

### Erfüllte Hoffnung: Städtepartnerschaften als Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung, 1950-2000

Filipová, Lucie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Filipová, L. (2015). *Erfüllte Hoffnung: Städtepartnerschaften als Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung, 1950-2000*. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, 237). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. <https://doi.org/10.13109/9783666101397>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

# Erfüllte Hoffnung

Städtepartnerschaften als Instrument  
der deutsch-französischen Aussöhnung,  
1950-2000



V&R Academic



Veröffentlichungen des  
Instituts für Europäische Geschichte Mainz

Abteilung für Universalgeschichte  
Herausgegeben von Johannes Paulmann

Band 237

Vandenhoeck & Ruprecht

# Erfüllte Hoffnung

Städtepartnerschaften als Instrument  
der deutsch-französischen Aussöhnung, 1950–2000

von  
Lucie Filipová

*Aus dem Tschechischen von Nina Lohmann*

Vandenhoeck & Ruprecht

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, der Karls-Universität Prag und der Stiftung von Josef, Marie und Zdeňka Hlávka.



Coverabbildung: Festliche Begegnung der Bürgermeister von Ludwigsburg und Montbéliard, zwischen denen die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft geschlossen wurde. (Fotoalbum des Besuchs der deutschen Delegation in Montbéliard vom 14. bis 16. Mai 1958, S. 4, Sign. 1Fi 131).

© Mit freundlicher Genehmigung der Archives municipales de Montbéliard.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.

Das Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz  
BY-NC-ND International 4.0 (»Namensnennung – Nicht kommerziell –Keine  
Bearbeitung«) unter dem DOI 10.13109/9783666101397 abzurufen. Um eine Kopie  
dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie [https://creativecommons.org/licenses/  
by-nc-nd/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/). Jede Verwendung in anderen als den durch diese Lizenz erlaubten Fällen  
bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verlages.

Satz: Vanessa Weber, IEG Mainz

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 2197-1048  
ISBN 978-3-666-10139-7

# Inhalt

Vorwort .....	9
Einleitung .....	11
1. Begriffserklärung .....	13
2. Fragestellung und Methoden .....	17
3. Quellenbasis .....	24
I. Kommunale Partnerschaften als Gegenstand multidisziplinärer Forschung .....	29
1. Allgemeine Charakteristik .....	29
2. Die politologische Perspektive .....	33
3. Die historische Perspektive .....	42
4. Die juristische Perspektive .....	51
5. Die kulturwissenschaftliche Perspektive .....	55
6. Die Perspektive der praktischen Anwendung .....	58
7. Zusammenfassung .....	65
II. Die Rahmenbedingungen der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit .....	69
1. Kommunalpartnerschaften als Brückenschlag zwischen den Völkern .....	69
a) Der Westen: Versöhnung und Aufbau eines »Europa von unten« .....	69
b) Der Osten: Wahrung des Friedens .....	73
c) West und Ost: Entspannung und Annäherung .....	76
d) Entwicklungshilfe .....	78
e) Die zweite Welle der Versöhnung und des Aufbaus eines »Europa von unten« .....	80
2. Die Beziehungen zwischen den höchsten Repräsentanten Deutschlands und Frankreichs (1950–2000) .....	81
a) Von der personellen Instabilität zur gegenseitigen Annäherung (1950–1962) .....	82
b) Stagnation (1963–1973) .....	84
c) Persönliche Verständigung (1974–1981) .....	85
d) Überwindung der ungünstigen Ausgangssituation (1982–1989) .....	87
e) Die Veränderungen infolge der deutschen Wiedervereinigung (1990–2000) .....	88

3.	Unterschiede zwischen der deutschen und französischen kommunalen Sphäre .....	89
a)	Siedlungsstruktur .....	90
b)	Die Stellung der Kommunen im Staatsaufbau .....	97
III.	Unsichere Erfolgsaussichten (1950–1962) .....	103
1.	Von der Besetzung zum Bündnis .....	103
2.	Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Dutzende Partnerschaften .....	112
3.	Fallstudie: Mainz – Dijon .....	122
a)	Mainz – Dijon: Eine Partnerschaft mit regionaler Verankerung .....	122
4.	Zusammenfassung .....	131
IV.	Wachsende Popularität und geographische Ausweitung (1963–1973) .....	137
1.	Zeit der Krise und des Misstrauens .....	137
2.	Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Hunderte Partnerschaften .....	143
3.	Fallstudien: Duisburg – Calais – Wismar ... ..	151
a)	Duisburg – Calais – Wismar: Eine Partnerschaft im Zeichen der Kommunalpolitik .....	151
b)	Mainz – Dijon: Von der Regional- zur Kommunalebene .	177
4.	Zusammenfassung .....	179
V.	Die Suche nach neuen Inhalten (1974–1981) .....	189
1.	Neuausrichtung der bilateralen Zusammenarbeit .....	189
2.	Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Tausend Partnerschaften .....	193
3.	Fallstudien: Kirkel – Mauléon ... ..	203
a)	Kirkel – Mauléon: Eine Partnerschaft mit einer stärkeren französischen Initiative .....	203
b)	Mainz – Dijon: Blüte des Schüleraustausches trotz allgemeiner Stagnation .....	214
c)	Duisburg – Calais – Wismar: Irritationen aufgrund politischer und finanzieller Probleme .....	218
4.	Zusammenfassung .....	226
VI.	Die Hochphase der Kooperation und ihre Klippen (1982–1989) ....	235
1.	Die »Schicksalsgemeinschaft« am Ende des Kalten Kriegs ...	235
2.	Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Über 1.500 Partnerschaften .....	238



3.	Fallstudien: Brombachtal – La Rivière-de-Corps ...	245
a)	Brombachtal – La Rivière-de-Corps: Eine Partnerschaft auf Basis der örtlichen Vereine .....	245
b)	Mainz – Dijon: Bestrebungen um eine größere Einbindung der einfachen Bürger .....	254
c)	Duisburg – Calais – Wismar: Die Stabilisierung der gegenseitigen Beziehungen .....	257
d)	Kirkel – Mauléon: Die persönliche Dimension der kommunalen Partnerschaft .....	261
4.	Zusammenfassung .....	267
VII.	Neue Mittel zur Erreichung neuer Ziele (1990–2000) .....	279
1.	Die Neugestaltung der deutsch-französischen Kooperation und Konkurrenz .....	279
2.	Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Zweitausend Partnerschaften .....	283
3.	Fallstudien: Bautzen – Dreux ...	297
a)	Bautzen – Dreux: Eine Partnerschaft zur Erweiterung der internationalen Kontakte .....	297
b)	Mainz – Dijon: Neue Aspekte der Zusammenarbeit .....	313
c)	Duisburg – Calais – Wismar: Stagnation der Beziehungen .....	321
d)	Kirkel – Mauléon: Kooperation im Zeichen der europäischen Integration .....	326
e)	Brombachtal – La Rivière-de-Corps: Die Partnerschaft als Instrument zur Bereicherung des Alltagslebens .....	334
4.	Zusammenfassung .....	340
	Schlussbetrachtung .....	357
	Summary .....	371
	Abkürzungsverzeichnis .....	373
	Diagrammverzeichnis .....	377
	Tabellenverzeichnis .....	379
	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	381
	Ortsregister .....	405



## Vorwort

Am Anfang dieses Buches stand die Idee, die deutsch-französischen Beziehungen aus der Perspektive der Bürger beider Länder zu erforschen. Dieses Vorhaben wurde umgesetzt in einer Dissertation, die die Annäherung von Deutschen und Franzosen durch Kommunalpartnerschaften thematisierte und die an der Karls-Universität Prag Anfang 2012 verteidigt wurde. Unmittelbar danach erfuhr der Text eine erste Überarbeitung, die schließlich im Januar 2013 – zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags – unter dem Titel »Francouzi a Němci na cestě ke sblížení: Partnerství měst a obcí (1950–2000)« [Franzosen und Deutsche auf dem Weg der Annäherung: Städte- und Gemeindepartnerschaften (1950–2000)] im Prager Verlag Academia erschien. Für die hier vorliegende deutsche Ausgabe wurde der Text dann nochmals überarbeitet und teilweise aktualisiert.

Die deutsche Version des Buches hätte nicht ohne die Unterstützung verschiedener Institutionen und Personen erscheinen können. An erster Stelle sei das Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz genannt, wo ich im Rahmen eines Stipendiaufenthalts im Jahr 2006 das Thema ausführlich diskutieren und den empirischen Teil der Untersuchung voranbringen konnte. Namentlich möchte ich vor allem dem Institutsdirektor Prof. Dr. Johannes Paulmann danken, der sich bereit erklärte, die Schrift in die Reihe der »Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte« aufzunehmen. Großer Dank gebührt auch meinem Doktorvater, Prof. Dr. Jiří Pešek, für seine inspirierende und freundliche Betreuung sowie seine stete Überzeugung, dass das Buch erfolgreich beendet werden wird. Ferner danke ich allen Institutionen, die die deutsche Ausgabe des Buches finanziell unterstützt haben: dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag und der Stiftung von Josef, Marie und Zdeňka Hlávka. Mein herzlicher Dank gilt ebenfalls Nina Lohmann, die nicht nur die Übersetzung ins Deutsche übernahm, sondern auch alle Klippen umschriffte, die sich bisweilen aus der unterschiedlichen deutschen und tschechischen Perspektive ergaben. Um die Endfassung des Buches schließlich haben sich vor allem Vanessa Brabsche und Dr. Joe Paul Kroll aus der Redaktion des IEG verdient gemacht, wofür ihnen mein aufrichtiger Dank gilt.

Angesichts der schwierigen Zugänglichkeit einiger Quellen, möchte ich überdies gerne allen Partnerschaftsaktiven danken, die es mir ermöglichten, Einsicht zu nehmen in umfangreiches, oft privates Archivmaterial. Ohne sie hätte ich nie die für die Fallstudien notwendigen Unterlagen zu-

sammengetragen. Genannt seien an dieser Stelle wenigstens Tomasz Nawka und Henning von Wolfersdorff aus Bautzen, em. Univ.-Prof. Dr. Hans T. Siepe aus Düsseldorf, Klaus Jankus, Heike Maus und Wolfgang Schwarzer aus Duisburg, Josef Schmidt aus Kirkel, Gerlinde Brautzsch, Martine Durand-Krämer, Herbert Jack, Prof. Dr. Ludolf Pelizaeus und Barb-Frauke Silby aus Mainz sowie Andreas Nielsen aus Wismar. Ein spezieller Dank gilt Hans-Dieter Blumenschein aus Brombachtal, der mich nach nur einem einzigen Telefonat zu einer Bürgerfahrt in die Partnergemeinde La Rivière-de-Corps einlud. Dadurch erhielt ich die einzigartige Gelegenheit, ein Partnerschaftstreffen am eigenen Leib zu erfahren, einschließlich eines Aufenthaltes in der sehr freundlichen Familie von Didier Clémont.

Zuletzt, aber dafür umso herzlicher danke ich meinen nächsten Angehörigen: meinem Vater, dem ersten und unermüdlichen Leser der einzelnen Textversionen, meiner Mutter, die mir dabei half, die wissenschaftliche Arbeit mit den Elternpflichten zu vereinbaren, sowie vor allem meinem Ehemann. Ohne seine unermüdliche Geduld und allumfassende Unterstützung hätte dieses Buch nie geschrieben werden können.

Prag, im Oktober 2014

Lucie Filipová

## Einleitung

Betrachten wir die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in einer gesamteuropäischen Perspektive, so können wir feststellen, dass die Koexistenz dieser beiden Staaten in den vergangenen zwei Jahrhunderten faszinierenden Veränderungen unterworfen war. Ist noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Bereich der Wirtschaft und der Kultur ein klares Übergewicht Frankreichs erkennbar, so glich sich dieses Ungleichgewicht in den deutsch-französischen Beziehungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts aus. Spätestens im Jahr 1871 wandelte sich das Kräfteverhältnis dann zugunsten des vereinten Deutschlands, das aus seinem wirtschaftlichen und demographischen Potenzial, seiner aktionsfähigen Armee und einem modernen Bildungs- und Forschungssystem schöpfen konnte. Rechnen wir noch die Territorialgewinne hinzu, die das Deutsche Reich auf Kosten Frankreichs zu verzeichnen hatte, so ist die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Franzosen als »ewige« oder »Erbfeinde« (*ennemis héréditaires*) wenig verwunderlich. Ihre Animosität vertiefte sich in den folgenden 75 Jahren noch weiter: zunächst infolge des Ersten Weltkriegs und des Versailler Friedens, danach unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs. Im Jahre 1945 konnte es daher den Anschein haben, dass sich die These von der Erbfeindschaft vollständig erfüllt hatte.

Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass gerade in der Zeit des Zweiten Weltkrieges die Vorstellung entwickelt wurde, die deutsch-französischen Beziehungen auf eine völlig neue Grundlage zu stellen – die des friedlichen Zusammenlebens und der gegenseitigen Kooperation. Auch wenn der Weg zu diesem Ziel bei weitem nicht geradlinig war, sondern vielmehr zahlreiche Hürden zu bewältigen hatte, zeigt doch die Geschichte Nachkriegs-europas, dass das Erreichte in der modernen europäischen Geschichte keine Parallelen hat. Die deutsch-französische Annäherung dient daher zurecht als inspiratives Modell zur Überwindung der konfliktreichen Vergangenheit verfeindeter Staaten und Nationen. Zu einem unverzichtbaren Instrument dieser Annäherung wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Städte- und Gemeindepартnerschaften (*jumelages*).

Diese Form der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene reflektiert in großem Maße die Ansichten, zu denen Adolf Gasser bereits im Jahre 1943 gelangt war. Der Baseler Professor der Verfassungsgeschichte, inspiriert durch das Schweizer politische System, war überzeugt davon, dass in der Zukunft weitere kriegerische Konflikte nur vermieden werden können,

wenn alle Obrigkeitsstaaten Europas ernsthaft zur Verwirklichung eines durchgreifenden Enthierarchisierungs- und Kommunalisierungsprogramms schreiten. [...] [E]inzig die kommunale Selbstverwaltung [vermag] die Völker des Abendlandes wahrhaft zu erziehen: sowohl zu disziplinierter Freiheit und demokratischer Gesinnung als auch zu außenpolitischer Friedlichkeit. Als eine Welt allgemeiner Gemeindefreiheit dürfte das künftige Europa endlich aufhören, ein friedenstörender Wetterwinkel zu sein – um so eher, als es ohnehin für Kriege zu klein geworden ist<sup>1</sup>.

Die Überzeugung, dass Gemeinden und Städte über ein Friedenspotenzial verfügen, führte die Intellektuellen um Gasser dazu, im Juni 1948 ein erstes Treffen von Vertretern der deutschen und französischen kommunalen Selbstverwaltung zu initiieren (zunächst auf neutralem Schweizer Boden) und zwei Jahre später die Gründung der Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit zu unterstützen. Sowohl die so geknüpften persönlichen Kontakte als auch die neue institutionelle Basis trugen wesentlich zur Schließung der ersten Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten und Gemeinden in den 1950er Jahren bei.

Im folgenden halben Jahrhundert wurde die kommunale Partnerschaft zu einem im Großen und Ganzen bekannten, jedoch unzureichend untersuchten und nicht immer genügend geschätzten Aspekt der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik. Obwohl heute die Zusammenarbeit zwischen Städten oder Gemeinden aus verschiedenen Ländern eine allgemein verbreitete Form der transnationalen Kooperation darstellt, bleiben doch die deutsch-französischen Partnerschaften in einer Reihe von Hinsichten spezifisch: erstens aufgrund der außerordentlich hohen Zahl geschlossener Partnerschaftsverträge, zweitens aufgrund ihres vielfältigen Inhalts und schließlich, drittens, nicht zuletzt angesichts ihrer Modellfunktion, die ihnen zumindest innerhalb von Europa zurecht zugeschrieben wird. Die deutsch-französische Annäherung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann deswegen als ein Mosaik verstanden werden, dessen Grundsteine zwar die Kooperation in den Bereichen der Politik, Wirtschaft und Kultur bildete, das allerdings ohne die Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten – in diesem Fall auf lokaler Ebene – unvollständig bliebe.

Dieses Buch bringt die Partnerschaften deutscher und französischer Städte und kleinerer Gemeinden aus verschiedenen Perspektiven näher. Das erste Kapitel zeigt die methodischen Kontexte des Themas auf und präsentiert zusammenfassend, wie die kommunalen Partnerschaften von Forschern

---

1 Adolf GASSER, Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung, Basel 1943, S. 182.

verschiedener Disziplinen in Deutschland und im Ausland betrachtet werden. Das zweite Kapitel bettet die deutsch-französische Zusammenarbeit auf lokaler Ebene in einen breiteren bilateralen und gesamteuropäischen Kontext ein. Es analysiert die Aufgabe, die den Städte- und Gemeindepartnerschaften im Nachkriegseuropa zukam, skizziert die Beziehungen zwischen den Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik und Frankreichs und weist auf die wichtigsten Unterschiede zwischen dem Staatsaufbau beider Länder hin. Die fünf folgenden Kapitel, chronologisch angeordnet und jeweils analog strukturiert, leisten eine detaillierte Analyse der eigentlichen deutsch-französischen Partnerschaften. Wie schon aus den einzelnen Kapitelüberschriften hervorgeht, stieß das Konzept der bilateralen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zunächst auf eine große anfängliche Unsicherheit (1950–1962). Dennoch fand es allmählich ein wachsendes Echo (1963–1973), was auch mit der Suche nach neuen Inhalten verbunden war (1974–1981). Nachdem die kommunale Kooperation in den 1980er Jahren ihre Hochphase erlebt hatte (1982–1989), wurde nach dem Ende des Kalten Kriegs schließlich versucht, ihre Ziele den neuen Umständen anzupassen (1990–2000). Die einzelnen Gründe für die angedeutete Entwicklung werden in jedem Kapitel auf Basis statistischer Daten, anhand von Fallstudien und mithilfe eines Vergleichs der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen auf kommunaler und auf höchster Ebene erklärt.

## 1. Begriffserklärung

In Einklang mit der Definition des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) bezeichnen die Begriffe *Städtepartnerschaft*, *Gemeindepartnerschaft* oder *Kommunalpartnerschaft* eine offizielle Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, die weder zeitlich noch inhaltlich begrenzt ist und die durch einen Partnerschaftsvertrag begründet wird, den die Vertreter der jeweiligen Städte oder Gemeinden unterzeichnen<sup>2</sup>. Neben Partnerschaften können Kommunen auch *Freundschaften*, die nur für eine bestimmte Zeit geschlossen werden oder sich nur auf spezielle Projekte beziehen, oder *Kontakte* pflegen, die sich auf kein schriftliches Dokument stützen und deshalb nur informellen Charakter haben<sup>3</sup>. Diese Formen der Kooperation begannen sich erst in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auszudifferenzieren, als sich die kommunale Zusammenarbeit massiv ausweitete<sup>4</sup>. Auch wenn diese

---

2 Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (Hg.), *Die Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1993, S. 6.

3 Ebd.

4 Der Deutsche Städtetag unterscheidet seit April 1974 zwischen »Partnerschaft« und »Freundschaft«. Vgl. Gisela REINSCH, *Das Netz der Städtepartnerschaften*, in: *Der Städtetag* 27 (1974),

Unterscheidung unwesentlich erscheinen mag, hat sie doch eine wesentliche Bedeutung für die finanzielle Unterstützung, die ihr vonseiten der Europäischen Kommission für den Ausbau der Zusammenarbeit gewährt wird<sup>5</sup>.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene wird in den weiteren Kapiteln fortlaufend mit der Entwicklung der *offiziellen Beziehungen auf höchster Ebene* konfrontiert. Diese werden auf der Basis zweier Faktoren analysiert. Erstens anhand von offiziellen Dokumenten, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik angenommen wurden und die einen Einfluss auf die weitere Gestalt ihrer gegenseitigen Beziehungen hatten. Den zweiten Faktor stellen die Beziehungen zwischen den faktisch höchsten Vertretern beider Staaten dar. Auf deutscher Seite figuriert in dieser Funktion während des gesamten Untersuchungszeitraums der Bundeskanzler, der nach dem Grundgesetz »die Richtlinien der Politik [bestimmt] und [...] dafür die Verantwortung [trägt]«<sup>6</sup>. Auf französischer Seite ging – parallel zum Wandel des politischen Systems im Jahre 1958 – diese Rolle vom Ministerpräsidenten (bzw. dem Vorsitzenden des Ministerrates) auf den Präsidenten der Republik über<sup>7</sup>. Der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler werden auch nach dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963, kurz Élysée-Vertrag, als gleichwertige Partner auf höchster Ebene betrachtet. Dieser bestimmte, dass beide Vertreter »sooft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich« zusammentreten<sup>8</sup>.

Die Darstellung der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene basiert auf der Fachliteratur. Als grundlegend erachte ich in diesem Zusammenhang fünf Titel, die eine detaillierte Analyse der

---

S. 317–320. Die dritte Form der Zusammenarbeit in Gestalt von »Kontakten« wurde auf Antrag der Städte und Gemeinden selbst geschaffen und taucht zum ersten Mal in einer Übersicht auf, die den Stand der kommunalen Zusammenarbeit zum 1. Januar 1987 erfasst. Vgl. Walter LEITERMANN, Die Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise, in: Der Städtetag 40 (1987), S. 589f., hier S. 589. Nur wenige Fälle der kommunalen Kooperation aus den 1950er und 1960er Jahren wurden nachträglich als Freundschaft oder Kontakte eingestuft.

5 Der Beitrag aus dem 1989 eingerichteten Städtepartnerschaftsfonds konnte in den 1990er Jahren nur für Aktivitäten im Rahmen einer offiziellen Partnerschaft abgerufen werden.

6 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 65, in: URL: <<http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>> (08.05.2014).

7 Vgl. den Text der Verfassung vom 27.10.1946, Abs. V, Art. 31 und Abs. VI, Art. 47, in: URL: <<http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/les-constitutions-de-la-france/constitution-de-1946-ive-republique.5109.html>> (08.05.2014). Vgl. ebenfalls den Text der Verfassung vom 04.10.1958, Abs. II, Art. 5 und Abs. VI, Art. 52, in: URL: <<http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/texte-integral-de-la-constitution-du-4-octobre-1958-engageur.5074.html>> (08.05.2014).

8 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, in: Ralph ERBAR (Hg.), Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963, Darmstadt 2003, S. 223–227.



bilateralen Beziehungen für einen längeren Zeitabschnitt und in breiteren Kontexten leisten. Dies betrifft vor allem die neuesten, in der Reihe »Deutsch-Französische Geschichte« herausgegebenen Synthesen: den 10. Band, der von Corine Defrance und Ulrich Pfeil verfasst wurde und die Jahre 1945 bis 1963 abdeckt, sowie den 11. Band von Hélène Miard-Delacroix, der die Zeit von 1963 bis 2010 behandelt<sup>9</sup>. Hinsichtlich der älteren Literatur wird insbesondere auf drei Titel zurückgegriffen, die zuvor die fehlenden Synthesen bis zu einem gewissen Grad ersetzen: die Monographien von Georges-Henri Soutou und Gilbert Ziebura, die den Zeitraum von den 1950er Jahren bis zum Beginn der 1990er Jahre behandeln, sowie das Buch von Wichard Woyke, das die bilateralen Beziehungen in den 1990er Jahren analysiert<sup>10</sup>.

In Einklang mit der Gesamtkonzeption des Buches werden die offiziellen Beziehungen auf höchster Ebene in den einzelnen chronologisch angelegten Kapiteln anhand einschneidender Ereignisse nähergebracht. Diese reflektieren die Tatsache, dass die deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts markante Veränderungen erfahren haben. Einmal war das Ergebnis die gegenseitige Annäherung, ein anderes Mal die Abkehr von der begonnenen Zusammenarbeit und die Hinwendung zu einem anderen Staat als Hauptpartner. Auf keinen Fall jedoch konnte ein linearer Übergang von der überlieferten Erbfeindschaft zu einer stabilen und unangefochtenen Partnerschaft ausgemacht werden. Als Einschnitte werden daher diejenigen Momente erachtet, die im Vergleich mit der vorherigen Entwicklung als Wendepunkte erscheinen. Die Frage, ob der jeweilige Wendepunkt eine positive oder negative Auswirkung auf die bilateralen Beziehungen hatte, wird je nach dem Charakter der bisherigen Kontakte beurteilt. Es ist daher nur natürlich, dass bis zur Unterzeichnung des Élysée-Vertrages im Jahr 1963 solche Ereignisse als Zäsuren bezeichnet werden, durch die die deutsch-französischen Beziehungen gefestigt wurden. Mit fortschreitender Zeit hingegen wächst der Anteil der negativen Wendepunkte, die die bisherige Zusammenarbeit beeinträchtigten und sie auf ein qualitativ niedrigeres Niveau zurückschraubten.

---

9 Corine DEFANCE/ULRICH PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa. 1945–1963*, Darmstadt 2011 (Deutsch-Französische Geschichte 10); Hélène MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung. 1963 bis in die Gegenwart*, Darmstadt 2011 (Deutsch-Französische Geschichte 11). Beide Publikationen stehen auch in einer französischen Version zur Verfügung: Corine DEFANCE/ULRICH PFEIL, *Entre guerre froide et intégration européenne. Reconstruction et rapprochement, 1945–1963*, Villeneuve d'Ascq 2012 (Histoire franco-allemande 10); Hélène MIARD-DELACROIX, *Le défi européen de 1963 à nos jours*, Villeneuve d'Ascq 2011 (Histoire franco-allemande 11).

10 Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands. 1954–1996*, Paris 1996; Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart <sup>1</sup>1997; Wichard WOYKE, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*, Wiesbaden <sup>2</sup>2004.

Eine wichtige Charakteristik der kommunalen Partnerschaften bzw. Freundschaften und Kontakte ist, dass die kooperierenden Städte und Gemeinden aus verschiedenen Staaten stammen. Die Partnerschaften zwischen Kommunen werden daher manchmal auch als »Außenpolitik auf kommunaler Ebene« bezeichnet<sup>11</sup>, wobei sich in den absolut meisten Fällen Kommunen aus nur zwei Staaten an den einzelnen Partnerschaften beteiligen. In Ausnahmefällen existieren allerdings auch Partnerschaften, die zwischen Städten oder Gemeinden aus mehreren Staaten geschlossen wurden. Diese sog. Ringpartnerschaften (frz. *jumelages multiples*) entstanden im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel, symbolisch zur Vereinigung Europas beizutragen. Im deutsch-französischen Kontext stammt das älteste Beispiel aus dem Jahr 1958, in dem Vertreter aus Köln, Lille, Lüttich, Rotterdam, Turin und dem luxemburgischen Esch-sur-Alzette einen Partnerschaftsvertrag unterzeichneten<sup>12</sup>. Der häufigere Fall ist jedoch eine multilaterale Partnerschaft, die schrittweise so entstand, dass eine bestimmte Stadt eine ihrer Partnerstädte mit einer weiteren befreundeten Kommune in Kontakt brachte. Zu einer solchen Situation kam es auch in einer der durchgeführten Fallstudien, als nämlich Calais eine Partnerschaft zwischen Duisburg und dem westafrikanischen Lomé initiierte.

Den Usus, dass sich an einer kommunalen Partnerschaft Städte oder Gemeinden aus verschiedenen Staaten beteiligen, durchbrachen nur die sog. deutsch-deutschen Partnerschaften. Obgleich sie ursprünglich zwischen Kommunen zweier deutscher Staaten entstanden waren, erhielten sie infolge der deutschen Wiedervereinigung den Charakter einer innerstaatlichen Zusammenarbeit. Diese erreichte ihren Gipfel zu Beginn der 1990er Jahre, als sich die Vertreter der westdeutschen Kommunen bemühten, den ostdeutschen Städten und Gemeinden aktiv bei der Eingliederung in das bundesdeutsche Verwaltungssystem zu helfen und ihnen insbesondere Erfahrungen aus der kommunalen Praxis zu vermitteln.

Der Begriff Partnerschaft verlangt noch eine weitere Konkretisierung, die für die Interpretation der statistischen Daten unerlässlich ist. Ist von der *Anzahl der Partnerschaften* die Rede, so handelt es sich immer um die Anzahl der Partnerschaftsverträge und nicht um die Anzahl der beteiligten Kommunen. Dies liegt zum einen in der unterschiedlichen Kommunalstruktur

11 Von »Außenpolitik auf kommunaler Ebene« sprach zum Beispiel im September 1978 der damalige bundesdeutsche Innenminister Gerhart Rudolf Baum auf dem Kongress der europäischen Partnerstädte in Mainz. Vgl. Europawahl und Städtepartnerschaft, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 2 (1978), S. 121.

12 Vgl. Warum Städtepartnerschaften? Köln pflegt partnerschaftliche Beziehungen in alle Welt, in: URL: <<http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/internationales/europaarbeit/warum-staedtepartnerschaften>>; Lille, une ville au cœur de l'Europe, in: URL: <<http://www.lille.fr/cms/accueil/votre-mairie/Relations-internationales/villes-partenaires/lille-ville-coeur-europe>> (beide 08.05.2014).

in Deutschland und Frankreich, zum anderen in den Konsequenzen der Gebietsreform in den einzelnen Bundesländern sowie der französischen dezentralisierenden Gesetzgebung begründet. Die genannten Tatsachen führten dazu, dass sich an einigen Partnerschaften auf der einen Seite oder auch auf beiden Seiten mehrere Kommunen gleichzeitig beteiligten<sup>13</sup>.

Angesichts dessen, dass sowohl der französische als auch der deutsche Staat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einige territoriale Änderungen erfahren haben, ist es notwendig, auch diese beiden Begriffe genau zu definieren. Der Begriff *französisch* umfasst das Territorium des metropolitane Frankreichs (*Hexagone*), d.h. ohne die ehemaligen Kolonien und die aktuellen Übersee-Departements und -Territorien. Die Bezeichnung *deutsch* bezieht sich auf das Gebiet der Bundesrepublik in ihren jeweiligen Grenzen, d.h. bis zum Dezember 1956 ohne das Saarland und bis zum September 1990 ohne das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Ausnahme bildet Westberlin, das für den gesamten Zeitraum als Teil der Bundesrepublik betrachtet wird<sup>14</sup>. Die Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen und französischen Städten bis zum Jahr 1989 wird in dem Buch in dem Maße berücksichtigt, wie es notwendig ist, um die deutsch-französische kommunale Kooperation nach der deutschen Wiedervereinigung analysieren und interpretieren zu können.

## 2. Fragestellung und Methoden

Die zeitliche Eingrenzung des Themas auf die Jahre 1950–2000 erfolgte aus sachlichen wie praktischen Erwägungen. Der Anfang wird definiert durch die Entstehung der ersten deutsch-französischen kommunalen Partnerschaft (konkret zwischen Ludwigsburg und Montbéliard)<sup>15</sup>, das Ende wurde aus Gründen des Zugangs zu den erforderlichen Quellen zehn Jahre nach der

---

13 Zur Anschaulichkeit seien einige Beispiele genannt, in denen immer nur ein Partnerschaftsvertrag figuriert. Das saarländische Kirkel kooperiert nach dem Vertrag vom 25. Oktober 1980 mit drei (später vier) französischen Gemeinden aus dem Département Deux-Sèvres. Fünf Ortschaften aus der Region Teucherner Land in Sachsen-Anhalt schlossen am 30. Juni 1996 einen Partnerschaftsvertrag mit dem französischen Saint Jean Bonnefonds aus dem Département Loire. Die Vertreter von vier niedersächsischen, in einer sog. Samtgemeinde unter der Führung der Gemeinde Heemsen zusammengeschlossenen Kommunen unterzeichneten am 11. April 1981 einen Partnerschaftsvertrag mit drei (später vier) Kommunen, die zusammen den Distrikt Véron im Département Idre-et-Loire bilden.

14 Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit wird Westberlin auch in den Tabellen, die die statistische Entwicklung der kommunalen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich erfassen, unter den Bundesländern angeführt.

15 Ausführliche Dokumentation zu der ersten deutsch-französischen Städtepartnerschaft befindet sich im Digitalen Lesesaal zur Städtepartnerschaft Ludwigsburg und Montbéliard, in: URL: <<http://ludwigsburg-montbeliard.bsz-bw.de>> (16.09.2014).

deutschen Wiedervereinigung gesetzt. Im Rahmen des Untersuchungszeitraums wurde ein größeres Gewicht auf die Entwicklung seit den 1970er Jahren gelegt, und zwar aus drei Gründen: Erstens kam es 1974 zu einer markanten Veränderung auf den faktisch höchsten politischen Posten in beiden Staaten, zweitens trat an der Wende der 1960er zu den 1970er Jahren eine neue Generation in das Erwerbsleben ein und drittens wurde die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit von der bisherigen Forschung überwiegend nur bis zur Mitte 1970er Jahre untersucht.

Im Sinne einer klaren Strukturierung des Themas wurden in dem gewählten Zeitraum vier Zäsuren definiert, die aus heutiger Perspektive für die deutsch-französischen Beziehungen als Wendepunkte erscheinen und eine weitere Untergliederung des Untersuchungszeitraums ermöglichen. Den ersten solchen Moment stellt die Unterzeichnung des Élysée-Vertrags im Jahr 1963 dar, der die vertragliche Basis für die bilaterale Zusammenarbeit in vielen Bereichen schuf. Die zweite Zäsur können wir 1974 ausmachen, als es fast parallel zu einem Wechsel in der Funktion des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Präsidenten kam: Die Stelle des verstorbenen Georges Pompidou wurde von Valéry Giscard d'Estaing eingenommen, und Willy Brandt wurde durch Helmut Schmidt ersetzt. Den dritten Einschnitt gibt es 1981/82, als wiederum die politisch mächtigsten Amtsträger beider Länder wechselten: Im Mai 1981 wurde François Mitterrand Präsident Frankreichs, und im Oktober 1982 trat Helmut Kohl das Amt des Bundeskanzlers an. Den letzten Umbruchmoment stellt schließlich das Jahr 1989 dar, in dem die Berliner Mauer fiel und der Weg zur deutschen Wiedervereinigung beschritten wurde. Dementsprechend wurde der Untersuchungszeitraum in folgende fünf Perioden eingeteilt: 1950–1962, 1963–1973, 1974–1981, 1982–1989 und 1990–2000.

Der bereits erwähnte spezifische Charakter der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften lieferte ausreichend Gründe dafür, dass diese Kooperation zum Gegenstand deutscher wie ausländischer Forschungen wurde. Diese wurden aus verschiedenen Perspektiven unternommen: am häufigsten aus dem politologischen, aber auch aus dem historischen, juristischen, kulturwissenschaftlichen und pädagogischen Blickwinkel. Eine eigenständige Gruppe bilden dann Titel mit Handbuchcharakter, die sich auf verschiedene Fragebogenerhebungen stützen und die oft als Anleitung oder Hilfsmittel für die Schließung und den Ausbau weiterer Partnerschaften dienen. Abseits der Aufmerksamkeit der interessierten Forscher blieben dabei jedoch mindestens drei wesentliche Aspekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf lokaler Ebene: erstens eine detaillierte Analyse dieser Kooperation für die 1980er und 1990er Jahre, zweitens eine vergleichende Untersuchung darüber, wie sich die Städte und Gemeinden der ehemaligen DDR seit 1990 in das Netzwerk der deutsch-französischen kommunalen

Partnerschaften eingliederten und drittens die Einbettung der kommunalen Partnerschaften in den Kontext der deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene.

Aus diesen Lücken in der bisherigen Forschung ergeben sich die folgenden Fragen, die den Leser durch das gesamte Buch begleiten werden: Inwieweit wirkte sich die deutsch-französische »hohe« Politik auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen beider Staaten aus? Was brachte Hunderttausende Deutsche und Franzosen dazu, sich in konkreten Partnerschaften zu engagieren, und inwiefern änderten sich ihre Motive während des Untersuchungszeitraums? Welche Unterschiede existierten zwischen den deutsch-französischen Partnerschaften in den alten und neuen Bundesländern?

In Anlehnung an das Buch *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften* von Thomas Grunert aus dem Jahr 1981<sup>16</sup>, das die bisher detaillierteste Analyse der deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften vorlegte, wurden die hier verwendeten Methoden so gewählt, dass sie eine quantitative wie qualitative Bearbeitung des Untersuchungsthemas ermöglichen. Dies reflektiert die Tatsache, dass die kommunale Kooperation besonders für den Zeitraum seit den 1980er Jahren ein spezifisches Thema darstellt, das sich in der historischen Forschung noch nicht ausreichend etabliert hat.

Für die quantitative Bearbeitung wurde ein statistisch-analytischer Ansatz gewählt. Dieser stützt sich auf verschiedene Übersichten der Gemeinde- und Städtepartnerschaften, insbesondere aber auf die öffentlich zugänglichen Datenbanken der deutschen und französischen Sektion des RGRE<sup>17</sup>. Das Ziel war es, Angaben über die Gesamtzahl der einzelnen Fälle von partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Kommunen zu erhalten, ihr Gründungsjahr festzustellen und die jeweiligen Kommunen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu lokalisieren. Diese Informationen wurden dann für jeden der fünf genannten Zeitabschnitte und unter Berücksichtigung der spezifischen Verbindungen einiger Bundesländer zu Frankreich analysiert. Die damalige Unvollständigkeit vor allem der französischen Datenbank hatte zur Folge, dass die geographische Verteilung

---

16 Thomas GRUNERT, *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften*. Ein Beitrag zur europäischen Integration, Kehl am Rhein 1981, S. 78 u. 153. Eine detaillierte Analyse des Grunert'schen Buches reicht das Kapitel »Kommunale Partnerschaften als Gegenstand der multidisziplinären Forschung«.

17 Konkret handelt es sich um den *Annuaire des communes jumelées*, in: URL: <[http://www.afcre.org/fr/annuaire\\_jumelles.asp](http://www.afcre.org/fr/annuaire_jumelles.asp)>, und die Datenbank der kommunalen Partnerschaften, in: URL: <<http://www.rgre.de/partnerschaften.html>>. Die Daten wurden am 26.06.2007 aus beiden Datenbanken für die weitere Bearbeitung und Überprüfung heruntergeladen. Zurzeit ist die französische Datenbank auf der folgenden Webseite abrufbar: <<http://www.afcre.org/fr/nos-membres/annuaire-des-villes-jumeles>> (21.08.2014).

der deutsch-französischen Partnerschaften in den einzelnen Regionen Frankreichs lediglich summarisch ausgewertet werden konnte, und zwar auf Basis der Literatur.

Die Bundesländer wurden aus zwei Gründen als Basiskriterium gewählt, nach dem die Daten sortiert und komparativ analysiert wurden. Zum einen weisen sie insbesondere im Vergleich mit der sich wandelnden administrativen Gliederung auf der untersten Ebene und der zunehmenden Bevölkerungszahl der Bundesrepublik eine relative Stabilität auf. Zum anderen arbeiten die Bundesländer am häufigsten mit den französischen Regionen zusammen, für die – als einzige – Teildaten zur Lokalisierung der einzelnen Fälle der partnerschaftlichen Zusammenarbeit verfügbar sind. Da jedoch die deutschen Bundesländer und die französischen Regionen große Unterschiede in der Bevölkerungszahl aufweisen, kam diese zumindest als Hilfskriterium zum Einsatz.

Gleichzeitig muss betont werden, dass die Analyse der statistischen Daten es lediglich ermöglichte, das sich verändernde Interesse an der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit im Falle neu geschlossener Partnerschaften zu untersuchen, nicht aber für solche Partnerschaften, die bereits auf der Basis von Verträgen aus früheren Zeitabschnitten bestanden. Der Grund dafür war vor allem die Anzahl derartiger Verträge (die in jedem Abschnitt des Untersuchungszeitraums um einige Hundert steigt), die verhinderte, dass alle bereits existierenden kommunalen Partnerschaften zwischen Deutschland und Frankreich näher untersucht werden konnten. Gerade deswegen wurde der quantitative Zugang durch qualitative Methoden ergänzt.

Für die qualitative Bearbeitung des Themas wurde ein komparativ-analytischer Ansatz gewählt. Dieser basiert auf den Ergebnissen von fünf Fallstudien, in denen die Entstehung und der Verlauf von sechs konkreten Partnerschaften untersucht wurden [Tabelle 1]<sup>18</sup>. Bei ihrer Auswahl wurde Wert darauf gelegt, dass die Partnerschaften einen unterschiedlich langen Zeitraum abdecken und auf deutscher Seite Gemeinden bzw. Städte mit einer unterschiedlichen Bevölkerungszahl, einer jeweils anderen historischen Verbindung zu Frankreich und einer verschiedenartigen strukturellen Charakteristik repräsentieren. Da Kommunen in der Regel Pendants von ähnlicher Größe und Struktur suchen<sup>19</sup>, spiegeln die Fallstudien in begrenztem Maße auch die Vielfalt der französischen kommunalen Sphäre wider.

---

18 Die Kooperation von Duisburg–Calais und Wismar–Calais wird als eine Doppelstudie präsentiert.

19 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 248.

**Tabelle 1:** Fallstudien  
deutsch-französischer Kommunalpartnerschaften

Periodisierung	Partnerkommunen	Gründungsjahr	Deutscher Partner		Einwohnerzahl*	Französischer Partner
			Besatzungsmacht/ Bundesland	Charakteristik		
1950–1962	Mainz + Dijon	1958	FR/RLP	Regionalmetropole	183.100	150.100
1963–1973	Duisburg + Calais	1964	GB/NRW	Hafenstadt	515.000	77.300
	Wismar + Calais	1971	UdSSR/MV	Partnerschaft zu DDR-Zeiten	47.400	77.300
1974–1981	Kirkel + Mauléon + Saint-Pierre-des-Échaubrognes + La Petite-Boissière	1980	FR/Saarland	Grenzgemeinde	10.300	9.200

Periodisierung	Deutscher Partner			Französischer Partner
	Partnerkommunen	Besatzungs- macht/ Bundesland	Charakteristik	
1982–1989	Brombachtal + La Rivière-de-Corps	USA/Hessen	ländliche Gemeinde	3.700  3.000
1990–2000	Bautzen + Dreux	UdSSR/ Sachsen	Partnerschaft aus der Zeit nach der Wiedervereinigung	43.400  31.800

\* Die Angaben über die Einwohnerzahl in den deutschen Kommunen erfassen den Stand der Jahre 1999–2003 und wurden den Webseiten der jeweiligen Landesämter für Statistik oder der Gemeinden selbst entnommen. Im Falle der französischen Kommunen wurden sämtliche Angaben aus der Volkszählung des Jahres 1999 gewonnen. Genaue Quellenangaben finden sich bei den jeweiligen Fallstudien.



Zu jeder analysierten Partnerschaft wurden detaillierte Angaben vor allem auf der Basis von Archivquellen, der zeitgenössischen Presse und semi-strukturierter Interviews zusammengetragen<sup>20</sup>. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen wurden eine allgemeine Charakteristik der kooperierenden Paare herausgearbeitet sowie Schlüsselthemen definiert, die die Zusammenarbeit der konkreten Gemeinden oder Städte in jedem Zeitabschnitt dominierten.

In methodisch-theoretischer Hinsicht trägt das Buch zwei unterschiedlichen Strömungen in der Historiographie Rechnung: der Sozialgeschichte und der transnationalen Geschichte. Die Sozialgeschichte findet in dieser Arbeit schon in der Art und Weise Anwendung, in der die deutsch-französischen Beziehungen präsentiert werden. Eine Thematik, die auf der Ebene der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten untersucht zu werden pflegt<sup>21</sup>, wird hier auf lokaler Ebene bearbeitet, und zwar unter größerer Berücksichtigung der einfachen Bürger. Zugleich lässt sich die Partnerschaftsidee im Allgemeinen und ihre Anwendung im deutsch-französischen Kontext im Besonderen aus dem Blickwinkel der transnationalen Geschichte untersuchen, die der Frage nachgeht, wie »people, ideas, products, processes and patterns [...] operate over, across, through, beyond, above, under, or in-between polities and societies«<sup>22</sup>. Obwohl dieser Zugang kein völliges Novum darstellt, kann die Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen im Lichte der kommunalen Zusammenarbeit doch als Versuch verstanden werden, »eine Alternative zur Dominanz einer national zentrierten Geschichtsschreibung zu bieten«<sup>23</sup>.

20 Zur Charakteristik des semi-strukturierten Interviews siehe Tom WENGRAF, *Qualitative Research Interviewing: Biographic Narrative and Semi-Structured Methods*, London 2001, S. 5.

21 Auf dieses Problem wies im Bereich der Kulturpolitik Hans Manfred Bock hin. Vgl. Hans Manfred BOCK, *Wiederbeginn und Neuanfang in den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen 1949 bis 1955*, in: *Lendemains* 21 (1996), H. 84, S. 58–66, hier S. 60f. Ein ähnlicher Einwand wurde auch gegen das Kapitel vorgebracht, das die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg in dem gemeinsamen deutsch-französischen Lehrbuch der Nachkriegsgeschichte skizziert. Vgl. Corine DEFRANCE/Ulrich PFEIL, *Deutsche und Franzosen seit 1945: Vergleichende Herangehensweise als Mehrwert – zu Teil 5*, in: *Dokumente* 62 (2006), H. 5, S. 82–87, hier S. 85f.

22 Akira IRIYE/Pierre-Yves SAUNIER, *Introduction. The Professor and the Madman*, in: Dies. (Hg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History*, New York 2009, S. XVIII–XX, hier S. XVIII. Zur Erforschung der deutsch-französischen kommunalen Beziehungen auf transnationaler Ebene vgl. auch das Kapitel »Kommunale Partnerschaften als Gegenstand multidisziplinärer Forschung«, Teil 2 und 3.

23 Klaus Kiran PATEL, *Transnationale Geschichte*, in: *Europäische Geschichte Online*, 03.12.2010, Abs. 9, in: URL: <<http://www.ieg-ego.eu/patelk-2010-de>> (27.08.2014). Von der Möglichkeit, die transnationale Geschichte mit einigen traditionsreichen Forschungsfeldern zu verknüpfen, ist z.B. Hans-Ulrich Wehler überzeugt. Vgl. Hans-Ulrich WEHLER, *Transnationale Geschichte – der neue Königsweg historischer Forschung?*, in: Gunilla BUDE/Sebastian CONRAD/Oliver JANZ (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2010, S. 161–174, hier S. 163 u. 167.

Ungeachtet der genauen methodologischen Zuordnung gilt, dass die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften die »Geschichte von unten« näherbringen – ob wir diese nun mit der angelsächsischen Historiographie als *history from below* (Großbritannien) bzw. als *history from the bottom up* (USA) als Teil der Sozialgeschichte verstehen<sup>24</sup> oder sie, wie die meisten deutschen Historiker, der Alltagsgeschichte zurechnen<sup>25</sup>. Schließlich werden in der Arbeit die qualitativen und quantitativen Methoden bewusst so kombiniert, dass sie ein möglichst plastisches Bild der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit zeichnen.

### 3. Quellenbasis

Als wichtigste Informationsquelle erwiesen sich unpublizierte Quellen, die in öffentlichen Archiven, Rathausregistraturen oder in privaten Sammlungen aufbewahrt werden. In den staatlichen Archiven wurden vor allem die entsprechenden Bestände des Bundesarchivs (Fonds Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR, BA-SAPMO) und jene des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA AA) ausgewertet. Beide Institutionen bewahren Fonds auf, die sich auf die kommunale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR beziehen und es daher ermöglichten, die deutsch-französischen Partnerschaften in den neuen Bundesländern in größere Kontexte einzubetten. Während das Bundesarchiv »im Interesse einer möglichst uneingeschränkten Forschungstätigkeit«<sup>26</sup> bereits von der Möglichkeit Gebrauch machte, die 30-jährige Schutzfrist für die Quellen ostdeutscher Provenienz aufzuheben, hat das PA AA, das die Bestände des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) übernommen hat, diesen forschungsfreundlichen Schritt noch nicht getan. Informationen über die Partnerschaften zwischen westdeutschen und französischen Kommunen können in den Beständen der Bundesministerien dagegen nur in Ausnahmefällen gefunden werden.

Die Unterlagen für die Fallstudien mussten daher vor allem direkt in den Partnerstädten bzw. -gemeinden recherchiert werden. Obwohl in den deutschen Städten mit mehr als 40.000 Einwohnern (konkret in Bautzen, Duisburg, Mainz und Wismar) Stadtarchive zur Verfügung standen, waren

24 Charles TILLY, Neuere angloamerikanische Sozialgeschichte, in: Joachim EIBACH/Günther LOTTES (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 38–52, hier S. 39.

25 Hubert C. EHALT (Hg.), Geschichte von unten, in: Ders. (Hg.), Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Wien 1984, S. 11–39, hier S. 11.

26 Siehe Hinweise des Bundesarchivs zur Benutzung der Bestände der Abteilung der DDR, in: URL: <<http://www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/ddr/index.html.de>> (08.05.2014).

ihre Bestände oft nicht ausreichend und mussten um Dokumente aus nicht-öffentlichen Aktensammlungen bzw. Archiven ergänzt werden. Zu diesen gehörten sowohl die Registraturen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen als auch die Privatarchive der örtlichen Partnerschaftsvereine. Die auf diesem Wege eingesehenen Materialien enthielten oft Sitzungsprotokolle und Beschlüsse der genannten Institutionen, ihre Jahresberichte oder Aufzeichnungen über den Verlauf der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in einem konkreten Jahr. So konnte nachvollzogen werden, wie sich die jeweilige Partnerschaft über einen längeren Zeitraum entwickelt hat.

Von den gedruckten Quellen wurden insbesondere die von den Kommunalverbänden herausgegebenen Periodika, die zeitgenössische Lokalpresse sowie Materialien, die auf Initiative von aktiv im Rahmen der Partnerschaftskooperation engagierten Institutionen oder Personen verfasst wurden, ausgewertet. Die zuletzt genannten Publikationen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie üblicherweise aus Anlass eines runden oder halbrunden Jubiläums der jeweiligen Partnerschaft entstanden sind<sup>27</sup>. Sie legten daher in der Regel eine Bilanz der bisherigen Zusammenarbeit vor inklusive des Weges, der zu ihrer Gründung führte. Es ist verständlich, dass die Partnerschaft in solchen Texten sehr positiv geschildert wurde und dass etwaige Probleme so gut wie keine Erwähnung fanden. Eine Ausnahme stellen lediglich Erinnerungen an die ersten Kontakte und damit auch an die anfängliche Skepsis dar, mit der ein größerer oder kleinerer Teil der Bevölkerung der geplanten kommunalen Kooperation begegnete.

In der Lokalpresse, die auf der Basis eigener Recherchen wie auch mithilfe von Ausschnittarchiven ausgewertet wurde, war das Bild der kommunalen Partnerschaft ausgewogener – trotz der Tatsache, dass die Berichte über die Partnerschaftstreffen und die Geschichte der bisherigen Zusammenarbeit mit dem deutschen oder französischen Pendant oft auf Initiative der Partnerschaftsorganisatoren selbst entstanden bzw. manchmal gar direkt aus ihrer Feder stammten. Die interessierten Redakteure oder auswärtigen Beiträger informierten gelegentlich auch über die Entwicklung in der Partnerkommune (z.B. über die dortigen Wahlen oder aktuelle Fragen und Probleme)<sup>28</sup>. In die überregionale Presse gelangte das Thema der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit nur in Ausnahmefällen – etwa anlässlich des Jubiläums der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, der Erreichung einer

27 Vgl. z.B. Josef SCHMIDT/Harald SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft Kirkel–Mauléon. 1980–2005. Festschrift zur Partnerschaftsfeier am 8. Oktober 2005, Kirkel-Limbach 2005. Die Jubiläumsbroschüren wurden manchmal in beiden Sprachvarianten herausgegeben, vgl. Heimat- und Verkehrsverein Laubenheim (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft. 25ème anniversaire. Laubenheim–Longchamp. 1966–1991, Mainz 1991.

28 Als beispielhaft für diese Art der Berichterstattung können die Mainzer Allgemeine Zeitung und die Dijoner Zeitung *Le Bien Public* aus den 1980er Jahren bezeichnet werden.

bestimmten Anzahl kommunaler Partnerschaften (z.B. 1.000 oder 1.500) oder wenn die Existenz der Partnerschaften bedroht erschien bzw. diese angefochten wurden<sup>29</sup>.

Die umfangreichsten Informationen über die deutsch-französischen Partnerschaften lieferten die Periodika, die von verschiedenen kommunalen Verbänden herausgegeben wurden. Auf deutscher Seite spielte seit den ersten Nachkriegsjahren die Monatszeitschrift (später Zweimonatszeitschrift) *Der Städtetag*, die dem Thema der Städte- und Gemeindepartnerschaften regelmäßig einige Seiten widmete, die Hauptrolle. Im Jahr 1977 erhielt *Der Städtetag* Konkurrenz in Form eines Zweimonatsperiodikums der deutschen Sektion des damaligen Rates der Gemeinden Europas, das zunächst unter dem Namen *Der Nachrichtendienst*, seit dem Jahr 1981 dann unter dem Titel *Europa kommunal* erschien.

Für die quantitative Analyse der kommunalen Zusammenarbeit wurden elektronische Datenbanken genutzt. Als Basis dienten die Übersichten, die sowohl die deutsche als auch die französische Sektion des RGRE über die existierenden deutsch-französischen Partnerschaften führen. Beide Datenbanken (im weiteren Text bezeichnet als *Ausgangsdatenbanken*) gibt es seit Beginn des 21. Jahrhunderts in einer elektronischen Version, die im Internet frei zugänglich ist<sup>30</sup>. Dabei erfassen sie jeweils nur diejenigen kommunalen Partnerschaften, an denen sich Städte und Gemeinden des eigenen Landes beteiligen. Die deutsche Datenbank bietet daneben auch Informationen über weniger formalisierte Formen der Zusammenarbeit (sog. Freundschaften und Kontakte). Die genannten Datenbanken wurden gewählt, weil sie im Rahmen von Organisationen erstellt wurden und werden, die sich langfristig mit der internationalen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene beschäftigen. Dennoch verzeichnen nicht einmal sie, ob die Zusammenarbeit zwischen einigen Kommunen unterbrochen oder inoffiziell beendet wurde.

Das zweite Problem, das in Hinblick auf die statistische Gesamtanalyse schwerer wog, besteht darin, dass die Erfassung in beiden Ausgangsdatenbanken freiwillig und somit unvollständig ist und dass Letztere manchmal auch falsche Angaben enthalten. Dies konnte am Beispiel der Partnerschaften, die zwischen den Kommunen aus Rheinland-Pfalz und Burgund existieren, verifiziert werden. Die Einträge in den Datenbanken der deutschen und französischen Sektion des RGRE wurden mit der detaillierten Liste

---

29 Auf den Seiten des Magazins *Der Spiegel* tauchte das Thema der Zusammenarbeit deutscher Kommunen mit dem Ausland zum Beispiel im Zusammenhang mit den hohen Ausgaben, die für die Aufrechterhaltung der Kontakte aufgewendet wurden, oder auch in einer Reaktion auf den Erfolg der französischen Kommunisten in den Kommunalwahlen auf. Vgl. Städtepartnerschaft. Küßchen links, rechts, in: *Der Spiegel* 29 (1975), H. 38, S. 60–65; Mit Vorsicht: Verunsicherung in westdeutschen Rathäusern, in: *Der Spiegel* 31 (1977), H. 19, S. 94–97.

30 Siehe Fußnote 17.

verglichen, die der Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/Burgund über diese Partnerschaften führt und von der angenommen werden kann, dass sie auf genaueren Informationen basiert als die großen nationalen Datenbanken<sup>31</sup>. Während der Verband für die Jahre 1950–2000 insgesamt 132 deutsch-französische Partnerschaften registrierte, waren in der Datenbank der deutschen Sektion lediglich 107 verzeichnet (d.h. 81 %). Auch wenn das Verzeichnis der französischen Sektion in diesem Falle vollständig war, wies es andere Ungenauigkeiten auf: Bei den deutschen Gemeinden wurde vielfach nicht das richtige Bundesland angeführt und einigen Partnerschaften wurde ein ganz anderes Gründungsjahr zugeschrieben.

Als einzige, wenn auch sehr arbeitsaufwendige Lösung, um relativ verlässliche Daten zu erhalten, erwies sich daher die Schaffung einer völlig neuen *Gesamtdatenbank*<sup>32</sup>. In dieser wurden die Angaben aus beiden Ausgangsdatenbanken zusammengetragen, anschließend verglichen und gegebenenfalls anhand von Informationen aus weiteren Quellen korrigiert<sup>33</sup>. Die Gesamtdatenbank wurde dann zur Basis für alle quantitativen Analysen und aus ihnen resultierenden Schlussfolgerungen, die dem Leser in diesem Buch vorgelegt werden<sup>34</sup>. Obwohl auch die Gesamtdatenbank keine hundertprozentige Verlässlichkeit hinsichtlich der erfassten Angaben garantiert, so stellt sie doch zweifelsohne genauere Daten zur Verfügung als alle bisherigen Arbeiten, die statistische Angaben über die Zahl der Fälle von kommunaler Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln. Die Autoren älterer Arbeiten überprüften entweder die jeweiligen Angaben überhaupt nicht oder verzichteten – mit Hinweis auf die zu großen Unterschiede zwischen den

31 Für die Erfassung der kommunalen Partnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund vgl. PA PV RLP/B, Bestehende Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz und Burgund, Oktober 2005. In den letzten Jahren steht online ein laufend aktualisiertes Verzeichnis zur Verfügung: Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/Burgund e.V., Gepartnerte Gemeinden, in: URL: <<http://www.partnerschaftsverband.de/wirueberuns/gepartnerte-gemeinden>> (13.01.2014).

32 Unter einer Datenbank verstehe ich einen Datenbestand in einer »verarbeitbaren Struktur«, hier konkret in dem Computerprogramm MS Excel. Vgl. Karl PIERAU, Datenbank- und Informationsmanagement in der Historischen Sozialforschung. Eine praxisorientierte Einführung, Köln 2002 (Historical Social Research/Historische Sozialforschung, Suppl. 14), S. 15.

33 Für die genaue Lokalisierung der konkreten Stadt oder Gemeinde wurden die folgenden Internetportale genutzt, die sich auf regionale und lokale Informationen spezialisieren: Das Portal für alle Städte und Gemeinden Deutschlands, in: URL: <<http://www.meinestadt.de>>, Toutes les communes et villes de France, in: URL: <<http://www.villorama.com>> und L'Encyclopédie des villes de France, in: URL: <<http://www.linternaute.com/ville/>>. Falls es notwendig war, die Angaben über den Abschluss der Partnerschaft zu überprüfen, boten sich drei Möglichkeiten an: zuerst die Datenbank des jeweiligen Bundeslandes zu konsultieren (verfügbar nur für Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Berlin), ferner die notwendigen Angaben auf den Internetseiten einer der Partnergemeinden zu finden oder schließlich die entsprechende Gemeinde per E-Mail zu kontaktieren.

34 Wenn nicht anders angegeben, basieren auch alle im Buch präsentierten Tabellen und Diagramme auf eben dieser Gesamtdatenbank.

einzelnen Quellen – auf die Nennung genauer Zahlen<sup>35</sup>. In einer Zeit, in der es nicht möglich war, die Daten mithilfe der modernen Informationstechnologie zu überprüfen, ist dieses Vorgehen verständlich. Befremdlich ist allerdings, dass im Grunde bis heute die Angaben aus der deutschen bzw. französischen Datenbank des RGRE ungeprüft übernommen werden<sup>36</sup>.

Was die statistischen Angaben über die kommunale Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich betrifft, so ist die Zuverlässigkeit der Gesamtdatenbank wesentlich geringer. Der Grund dafür sind die deutlich unterschiedlichen Angaben hinsichtlich der Zahl der ostdeutsch-französischen Partnerschaften in den zeitgenössischen französischen, ostdeutschen oder westdeutschen Dokumenten bzw. in den Unterlagen der Kommunalverbände<sup>37</sup>. Die Glaubwürdigkeit der neu geschaffenen Gesamtdatenbank wird jedoch dadurch erhöht, dass sie ursprünglich westdeutsche Quellen mit französischen Quellen kombiniert, von denen angenommen werden kann, dass sie über die Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Kommunen genauere Informationen hatten. Insgesamt können uns die statistischen Angaben über die Kooperation der französischen Städte mit ihren ostdeutschen Partnern für die Zeit vor 1990 also vor allem Entwicklungstendenzen aufzeigen.

Die letzte Informationsquelle stellen semi-strukturierte Interviews mit den Organisatoren, Koordinatoren und Teilnehmern der Partnerschaftsaktivitäten dar. Ziel war es, die Informationen zu den einzelnen Fallstudien zu ergänzen und zu erweitern, insbesondere hinsichtlich der kleineren Gemeinden oder der Entwicklung der Zusammenarbeit in den 1990er Jahren. Die Interviewpartner wurden so gewählt, dass sie sowohl die lokale Selbstverwaltung als den öffentlichen Träger der Partnerschaft als auch die Partnerschafts- oder andere Vereine als Initiatoren weniger formeller Kontakte repräsentierten.

---

35 Ein Beispiel für den ersteren Fall ist die Arbeit von Santini, in der nicht einmal die Quelle der statistischen Daten genannt wird. Siehe André SANTINI, *Les jumelages franco-allemands*, in: Henri MÉNUDIER (Hg.), *Le couple franco-allemand en Europe*, Paris 1993, S. 333–336. Die zweite, zurückhaltende Position nimmt dagegen z.B. GRUNERT, *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften*, S. 81, ein.

36 Vgl. z.B. den ansonsten sehr gewinnbringenden Text von Tanja HERRMANN, *Les jumelages franco-allemands*, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 201 (2012), S. 51–59. Aus der späteren Korrespondenz mit Tanja Herrmann geht jedoch hervor, dass die Autorin den beiden Datenbanken nun sehr viel kritischer gegenübersteht.

37 Vgl. Ulrich PFEIL, *Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln 2004, S. 383f.

# I. Kommunale Partnerschaften als Gegenstand multidisziplinärer Forschung

Die Städte- und Gemeindepартnerschaften stellen vermeintlich ein Thema dar, für das sich eher Amateurhistoriker und Lokalpatrioten als professionelle Forscher interessieren. Tatsächlich kam es jedoch bereits in der Mitte der 1960er Jahre zu einer wissenschaftlichen Thematisierung dieser Problematik. Eine bibliographische Recherche ergab, dass bis zum Jahr 2012 rund zwei Dutzend wissenschaftliche Monographien oder umfangreichere Studien aus verschiedenen geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit entweder direkt oder in einem größeren Kontext behandelten. Ferner bereiten mehr als zehn Publikationen die Quellen für die praktische Anwendung in der partnerschaftlichen Praxis auf.

Sowohl die rein wissenschaftlichen als auch die praktisch ausgerichteten Titel weisen einige gemeinsame Merkmale auf, die im ersten Teil dieses Kapitels vorgestellt werden. Danach erfolgt die Präsentation konkreter Arbeiten gemäß ihrer fachlichen Orientierung; berücksichtigt werden dabei Studien aus der Politologie, der Geschichtswissenschaft, der Rechtswissenschaft und der Kulturwissenschaft (inkl. der Kulturgeographie). Charakterisiert werden ebenfalls Texte, die vor allem für die Organisatoren und aktiven Teilnehmer der Partnerschaftsaktivitäten bestimmt sind. Im letzten Teil des Kapitels werden schließlich die bisherigen Hauptfragen der Forschung resümiert.

## 1. Allgemeine Charakteristik

Die Arbeiten, die in diesem Kapitel näher vorgestellt werden, sind in ihrer Gesamtheit unter drei Gesichtspunkten interessant: hinsichtlich ihrer Konzeption, ihres zeitlichen Horizonts sowie in Hinblick auf die Autoren.

Unter Letzteren ist auf den ersten Blick die Dominanz der deutschen Wissenschaftler deutlich. Die hingegen geringe Zahl französischer Beiträge verblüfft umso mehr, als die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepартnerschaften sogar bei anglophonen Experten ein relativ frühzeitiges, wenn auch nur kurzlebige Interesse geweckt hatten<sup>1</sup>. Diese Disproportion

---

1 John E. FARQUHARSON/Stephen C. HOLT, *Europe from Below. An Assessment of Franco-German Popular Contacts*, London 1975.

zwischen der deutschen und französischen Seite kann auf zweierlei Weise erklärt werden. Erstens hat die kommunale Sphäre in Frankreich eine schwächere Stellung als in der Bundesrepublik, was sich in dem Zugang der französischen Forscher zu den Städten und Gemeinden als Forschungsgegenstand niederschlagen kann. Zweitens interessieren sich allgemein mehr deutsche Experten für die jüngste Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen, wenngleich auf französischer Seite in den letzten Jahren ein steigendes Interesse zu verzeichnen ist. Insgesamt wurden auf Französisch zum Thema der bilateralen Beziehungen jedoch eher kursorische Übersichtsdarstellungen oder Monographien publiziert, in denen die Beziehung einiger französischer Präsidenten zur Bundesrepublik oder die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten untersucht werden. Deutsche Autoren legen häufiger Analysen umfangreicher Quellenbestände vor oder veröffentlichen thematisch angelegte Kollektivarbeiten, die oft den rein politischen Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit überschreiten. Die Existenz ein und derselben Publikation in deutscher und französischer Sprache ist eher unüblich. Eine Ausnahme bildet die neue, elfbändige Reihe zur deutsch-französischen Geschichte, die unter der Leitung von Thomas Maissen (bis 2013: Gudrun Gersmann) und Michael Werner vom Deutschen Historischen Institut in Paris herausgegeben wird und den Zeitraum vom Jahr 800 bis zum Jahr 2010 abdeckt<sup>2</sup>.

Aufmerksamkeit verdient auch die Tatsache, dass die Publikationen oder Texte, die für ein breiteres Publikum bestimmt sind, größtenteils von Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen oder der kommunalen Dachverbände verfasst wurden, wie etwa von Gerd Treffer, der verschiedene Ämter im Ingolstädter Rathaus bekleidete, oder Walter Leitermann, der zunächst die deutsche Sektion im RGRE vertrat und später die Leitung des Europabüros des Deutschen Städtetags in Brüssel übernahm<sup>3</sup>. Die rein wissenschaftlichen Titel sind oft das Ergebnis verschiedener postgradualer Studien, insbesondere aus dem Bereich der Politologie, der Geschichtswissenschaft oder der Rechtswissenschaft. In einigen Fällen wurde das Dissertationsthema direkt in Zusammenarbeit mit Institutionen formuliert, die die deutschen Kommunen auf internationaler Ebene vertraten<sup>4</sup>. Mit den Kommunalverbänden arbeiteten oft auch weitere Autoren zusammen, die auf diesem Weg Zugang zu für den internen Gebrauch bestimmten Dokumenten erhielten.

---

2 Die Reihe figuriert unter dem Titel »Deutsch-Französische Geschichte« bzw. »Histoire franco-allemande«. Zur Bewertung dieses Projekts vgl. z.B. Ansbert BAUMANN, *Deutsch-Französische Geschichte. Ein bilaterales Gemeinschaftsprojekt setzt Maßstäbe*, in: *Dokumente/Documents* (2012), H. 4, S. 55–57. Siehe auch Einleitung, Fußnote 9.

3 Vgl. Gerd TREFFER, *Kommunale Partnerschaften und Jugendaustausch*, Stuttgart 1984. Walter Leitermann publiziert regelmäßig in *Periodika zur Kommunalpolitik*.

4 Auf Anregung der Internationalen Bürgermeister-Union entstanden die folgenden Arbeiten: Hansjürgen GARSTKA, *Die Rolle der Gemeinden in der internationalen Verständigung nach dem*



In konzeptioneller Hinsicht stellen die untersuchten Titel entweder theoretische Analysen dar, die mit dem Instrumentarium eines geistes- oder sozialwissenschaftlichen Faches arbeiten, oder praktisch ausgerichtete Anleitungen bzw. Lehrbücher. Die bisherige Literatur zum Thema kann jedoch noch unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden. Ein Kriterium in unserem Zusammenhang ist erstens, ob die Städte- und Gemeindepartnerschaften ausschließlich anhand des deutsch-französischen Beispiels untersucht werden oder ob auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen aus anderen Staaten berücksichtigt wird. Werden die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften in einem breiteren Rahmen analysiert, so geschieht dies in der Regel im Kontext der europäischen Integration oder der deutsch-deutschen »Rivalität«. Zweitens lassen sich die Arbeiten danach einteilen, in welcher Breite sie die kommunale Zusammenarbeit untersuchen – d.h. ob sie eine komplexe Analyse dieses Prozesses vornehmen (von der Suche nach einer Partnergemeinde bis zur Entfaltung der gemeinsamen Aktivitäten) oder sich nur auf einen Teilbereich konzentrieren (z.B. die Gründung der Partnerschaft oder die Zusammenarbeit im Rahmen eines konkreten Projekts). Drittens können wir die Konzeption der analysierten Texte hinsichtlich des jeweils gewählten Untersuchungszeitraums unterscheiden. Während die meisten Arbeiten das Thema von der Entstehung der ersten Nachkriegspartnerschaften bis zur Gegenwart (d.h. bis zur Entstehungszeit der jeweiligen Publikation) behandeln, widmen sich einige historiographische Titel lediglich den 1950er und 1960er Jahren.

Eine kurze Charakterisierung verdient schließlich auch der Zeitraum, in dem die untersuchten Titel veröffentlicht wurden. Die erste umfangreiche, analytische Studie wurde nicht ganze 20 Jahre nach Abschluss der ersten deutsch-französischen Städtepartnerschaft publiziert<sup>5</sup>. Bis zu dieser Zeit war die Zusammenarbeit deutscher und französischer Städte und Gemeinden lediglich Thema kürzerer Aufsätze in Zeitschriften, die sich kommunalen Angelegenheiten oder den deutsch-französischen Beziehungen widmeten. In den 1970er Jahren wuchs allmählich das wissenschaftliche Interesse an den kommunalen Partnerschaften. An Intensität gewann es schließlich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, wozu die Schule Rudolf Hrbeks am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen wesentlich beitrug<sup>6</sup>. Die

---

zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung, Stuttgart 1972; GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften.

5 Rolf-Richard GRAUHAN, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden, in: Carl J. FRIEDRICH (Hg.), Politische Dimension der europäischen Gemeinschaftsbildung, Köln 1968, S. 35–105.

6 Der Begriff »Rudolf Hrbeks Schule« wurde übernommen von Hartmut ULLRICH, Vorwort, in: Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a. M. 1994, S. 7–11, hier S. 7.

Aufmerksamkeit, die den deutsch-französischen Partnerschaften in dieser Zeit zuteil wurde, wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass die Arbeit von Johannes Sticker im Jahr 1982 ihre zweite, erweiterte Auflage erfuhr<sup>7</sup>. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde die bisherige politologische Erforschung der Kommunalpartnerschaften um juristische Analysen erweitert. Die deutsch-französische Zusammenarbeit an sich wurde in diesen allerdings nur sporadisch behandelt, da sie aus juristischer Perspektive kein größeres Problem darstellte. Ferner wurden Texte publiziert, die die Erfahrungen aus der Praxis zusammenfassten und analysierten.

Mit der deutschen Wiedervereinigung verschwanden die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften zeitweilig aus dem Blick der Forschung. Erst in der Mitte der 1990er Jahre setzte eine erneute Beschäftigung mit diesem Thema ein, wenngleich die neue weltpolitische Konstellation der Forschung andere Akzente verlieh. Die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit wurde nun nicht mehr isoliert oder nur im Kontext der europäischen Integration betrachtet, sondern war Bestandteil weitergehender Problemstellungen. Diese fragten nach der Rolle der deutsch-französischen Partnerschaften in dem beendeten Konflikt zwischen West und Ost oder nach ihrer Bedeutung für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks.

Im neuen Jahrtausend riefen die Feierlichkeiten zum 40. Jubiläum des Élysée-Vertrags in der Wissenschaft eine Welle des Interesses für die deutsch-französischen Städtepartnerschaften hervor. Die Forschung konzentrierte sich wieder stärker auf den deutsch-französischen Kontext, in dem die Kommunalpartnerschaften nun als Ausdruck einer transnationalen Zivilgesellschaft interpretiert wurden. Diese Perspektive lenkte auch eine größere Aufmerksamkeit auf die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften in der DDR und auf den Vergleich mit ihren Pendanten in der Bundesrepublik<sup>8</sup>.

---

7 Johannes STICKER, *Kommunale Außenpolitik. Jumelage, Verschwisterung, Twinning, Gemellaggio, Verbroedering*, Köln 1982 (1975).

8 Die vorerst letzte Welle des wissenschaftlichen Interesses an der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit war im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages 2013 zu beobachten. Siehe z.B.: Nicole COLIN u.a. (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1945*, Tübingen 2013, S. 417–419; Ulrich KROTZ/Joachim SCHILD, *Shaping Europe. France, Germany, and Embedded Bilateralism from the Elysée Treaty to Twenty-First Century Politics*, Oxford 2013, S. 98–106; Kai PFUNDHELLER, *Städtepartnerschaften – Alternative Außenpolitik der Kommunen*, Opladen 2014; Claus W. SCHÄFER, *Freundschaft von unten: Wie die deutsch-französische Verständigung vorbereitet wurde*, in: *Deutsch-Französisches Institut (Hg.), Frankreich Jahrbuch 2012. Deutsch-französische Beziehungen: Entwicklungslinien und Funktionswandel*, Wiesbaden 2013, S. 77–88.

## 2. Die politologische Perspektive

Das bisher größte Interesse wird der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit vonseiten der Politologen zuteil. Die erste umfangreiche Studie, die eine Gesamtübersicht und eine kritische Analyse des Themas brachte, wurde in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre von Rolf-Richard Grauhan vorgelegt<sup>9</sup>. Seine Forschung stützte sich auf schriftliche Befragungen und persönliche Gespräche in den jeweiligen Partnerstädten und -gemeinden. Mit mehr als vierzigjährigem Abstand kann konstatiert werden, dass dieser Arbeit in einigen Aspekten eine Vorreiterrolle zukam – eine Reihe weiterer Autoren übernahm Grauhans Forschungsmethoden und Themenstrukturierung und zitierte die von ihm genannten Partnerkommunen.

Die Kernfrage von Grauhans Studie lautete, ob die deutsch-französischen Partnerschaften die Bewohner beider Länder dazu bewegen, den Gedanken der europäischen Einigung stärker zu unterstützen<sup>10</sup>. Aus den ausgefüllten Fragebögen ging hervor, dass die beiden Motive, die am häufigsten zur Entstehung deutsch-französischer Kommunalpartnerschaften führten, die europäische Integration nur indirekt betrafen. So knüpften die Initiatoren der Zusammenarbeit an die kommunale Partnerschaft entweder die Hoffnung, dass sie zur Überwindung der früheren Konflikte zwischen Deutschen und Franzosen beitragen würde, oder sie verbanden mit ihr den Wunsch, den Horizont der eigenen Gemeinde zu überschreiten<sup>11</sup>. Grauhan gelangte deswegen zu dem Schluss, dass die kommunalen Partnerschaften die europäische Einigung zwar voranbrächten, allerdings nicht gezielt:

Sie [die Verschwisterungen] fördern ein politisch relevantes Zusammengehörigkeitsgefühl unter den beteiligten Bevölkerungen gerade dann, wenn wenig davon in politischen Begriffen die Rede ist, und sie können zur europäischen Einigung gerade dann beitragen, wenn sie nicht als Instrumente zu ihrer Herbeiführung verstanden werden<sup>12</sup>.

Den Hauptbeitrag der deutsch-französischen Partnerschaften zum europäischen Integrationsprojekt erblickte Grauhan darin, dass sie das traditionelle Gefühl der Fremdheit zwischen Deutschen und Franzosen beseitigten und zwischen den Bewohnern der Partnerkommunen vielmehr ein »Innenbewusstsein« schafften. Für die Zukunft erwartete er allerdings, dass die deutsche und französische Seite ihre rein bilateralen Kontakte zugunsten

---

9 GRAUHAN, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden.

10 Ebd., S. 35. R.-R. Grauhan sprach wörtlich von einem »grass-roots support for the unification of Europe«, womit er auf die Arbeit von Carl J. FRIEDRICH, *The Grassroots Base of the Unification of Europe*, in: *Public Policy* 12 (1963), S. 23–40, hier S. 32, verwies.

11 GRAUHAN, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden, S. 46.

12 Ebd., S. 91.

einer multilateralen Zusammenarbeit begrenzen würden. Diese könne zur politischen Einigung Europas unter der Voraussetzung beitragen, dass diese Kooperation nicht die Grenzen der europäischen Staaten überschreite<sup>13</sup>. Grauhan wies ebenfalls auf die unterschiedliche Art und Weise hin, auf die die Städte- und Gemeindepartnerschaften von der kommunalen Sphäre in Deutschland und Frankreich betrachtet wurden: Während die Franzosen sich von der zwischenstaatlichen Politik distanzieren und die Kommunalpartnerschaften als »relations internationales des villes« interpretierten, verstünden die deutschen Kommunen die Partnerschaftsaktivitäten als »Beteiligung an der Außenpolitik des Bundes«<sup>14</sup>. Grauhans Studie verdient schließlich auch deswegen Beachtung, weil sie als erste die politisch-ideologischen Schwierigkeiten detaillierter behandelte, mit denen die deutsch-französischen Partnerschaften konfrontiert waren. Diese hatten ihre Wurzel zum einen in der Hallstein-Doktrin, zum anderen in dem Interesse der französischen Kommunisten an einer Zusammenarbeit mit den Städten in der DDR<sup>15</sup>.

Ende der 1960er Jahre ließ sich Hansjürgen Garstka durch Grauhans Buch in großem Maße inspirieren. In seiner Dissertation untersuchte er die Rolle der Städte und Gemeinden in der internationalen Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg, und zwar mit Schwerpunkt auf der deutsch-französischen Zusammenarbeit<sup>16</sup>. Die Arbeit verfolgte das Ziel, die »Pioniertätigkeit« der kommunalen Sphäre in diesem Bereich zu belegen<sup>17</sup>. Garstka reihte sich so in die umfangreiche Gruppe derjenigen Autoren ein, die auf die wichtige Rolle der Internationalen Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit (IBU) bei der Gründung der deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften hinwiesen<sup>18</sup>.

Der Autor ging von der These aus, dass sich die Bemühungen um eine internationale Verständigung nach 1945 grundsätzlich von ähnlichen Versuchen früherer Zeiten unterschieden. Beide Weltkriege hätten nämlich klar gezeigt, dass die damaligen internationalen Verträge nicht ausreichten, um den Frieden zwischen den Staaten zu gewährleisten. Daher sei es notwendig gewesen, direkt auf die Bürger einzuwirken, damit sie ihre Geisteshaltung gegenüber den Angehörigen des anderen Volkes änderten<sup>19</sup>. Das geeignete

---

13 Ebd., S. 97f.

14 Ebd., S. 93.

15 Ebd., S. 83–85.

16 GARSTKA, Die Rolle der Gemeinden. Die Grundthesen des Autors wurden auch in dem Bericht zu einer vom Deutsch-Französischen Institut veranstalteten Tagung veröffentlicht. Vgl. Institut de Ludwigsburg. Les jumelages de villes. Un mouvement démocratique, in: Documents 30 (1975), S. 122–130, hier S. 123–128.

17 GARSTKA, Die Rolle der Gemeinden, unpaginiert [Vorwort des Herausgebers].

18 Ebd., S. 70. Es muss jedoch ergänzt werden, dass Garstka dem Rat der Gemeinden Europas einen ähnlichen Einfluss zuschrieb.

19 Ebd., S. 116–121.

Umfeld für die Entfaltung solcher Bestrebungen erblickte der Autor gerade auf lokaler bzw. kommunaler Ebene: Diese ermögliche es nicht nur, direkte Kontakte zwischen einfachen Bürgern zu knüpfen, sondern auch politische Ziele mit privaten Initiativen zu verbinden, ohne dass die Bürger diese als Diktat von oben betrachteten<sup>20</sup>. Garstka wies ebenso wie Grauhan darauf hin, dass der bloße Kontakt mit den Fremden nicht die Beseitigung der Vorurteile garantiere<sup>21</sup>.

Die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit selbst teilte Garstka chronologisch in drei Phasen ein: In den Jahren 1950–1954 sei sie durch einen »schleppenden Verlauf« charakterisiert gewesen, in den folgenden acht Jahren sei es dann zu einer Belebung gekommen und im Zeitabschnitt von 1963 bis 1969 habe sie einen geradezu sprunghaften Anstieg verzeichnet<sup>22</sup>. Trotz ihrer relativ geringen Originalität fand Garstkas Arbeit ein Echo bei weiteren Autoren. Aus heutiger Perspektive ist der Text vor allem eine nützliche, sekundäre Informationsquelle über die Anfänge der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene in den Jahren 1948–1950.

Die Kommunalpartnerschaften zwischen Deutschland und Frankreich weckten Mitte der 1970er Jahre auch das Interesse britischer Experten<sup>23</sup>. John E. Farquharson und Stephen C. Holt widmeten diesem Thema eines von zehn Kapiteln ihres Buches<sup>24</sup>, in dem sie unter dem Titel »Europa von unten« aus der Perspektive der westeuropäischen Integration eine Gesamtübersicht der Kontakte zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und Frankreich reichten (sog. *popular contacts*). Auch die ihnen erwachsene »Konkurrenz« in Gestalt der Städtepartnerschaften zwischen der DDR und Frankreich blieb dabei nicht ausgeklammert.

Im Unterschied zu einer Reihe deutscher Autoren bewerteten Farquharson und Holt den Nutzen der Partnerschaften zwischen den westdeutschen und französischen Städten zurückhaltend. Der erste Grund dafür war die Tatsache, dass

[t]he whole concept of twinning as an agent of international friendship is relatively new. [...] It is not perhaps surprising that a good deal of what has taken place in many partnerships appears of little lasting value. What effect it has on Franco-German relations is obviously hard to say<sup>25</sup>.

---

20 Ebd., S. 121f.

21 Ebd., S. 113. Vgl. ebenso GRAUHAN, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden, S. 88f.

22 GARSTKA, Die Rolle der Gemeinden, S. 63.

23 FARQUHARSON/HOLT, Europe from Below.

24 Ebd., S. 127–148. Es handelt sich um das Kapitel »Twin Towing and Contacts at Popular Level«.

25 Ebd., S. 134.

Zweitens vertraten beide Autoren die These, dass die Entwicklung der kommunalen Zusammenarbeit von dem Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen abhängt. Gerade diese definierten ihrer Meinung nach, wie sich die Angehörigen verschiedener Völker gegenseitig wahrnehmen. Farquharson und Holt gestanden jedoch zu, dass im Zuge des Aufschwungs der Privatreisen und der Massenmedien auch die Meinung der einfachen Bürger an Bedeutung gewinne<sup>26</sup>. Insgesamt betrachteten sie die vielfältigen Kontakte zwischen den westdeutschen und französischen Bürgern daher mit einem »qualified optimism«<sup>27</sup>.

An der Wende der 1970er zu den 1980er Jahren wurde einer der beiden besten politologischen Texte zu den Kommunalpartnerschaften überhaupt verfasst. Dabei handelt es sich um die umfangreiche Dissertation von Thomas Grunert, die im Rahmen der bereits genannten Schule Rudolf Hrbeks entstand und die sich mit den »Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften« befasste<sup>28</sup>. Die Formulierung des Themas wurde nicht zuletzt durch die zeitgenössische Debatte darüber beeinflusst, ob die westeuropäische Integration zur informellen Gemeinschaftsbildung zwischen den Bürgern der beteiligten Staaten beitrage<sup>29</sup>.

Auf dieser Basis definierte Grunert seine Leitfragen, die untersuchten, wie die Kommunalpartnerschaften die Haltung der Bürger zu den Europäischen Gemeinschaften beeinflussen<sup>30</sup>. Der Autor suchte zunächst auf theoretischer Ebene Antworten – durch die Beurteilung der kommunalen Partnerschaften aus der Sicht verschiedener politologischer Zugänge –, und zog erst dann, auf Basis der Analyse eines umfangreichen Korpus empirischer Daten, eigene Schlussfolgerungen<sup>31</sup>. Obwohl in der Arbeit die europäische und nicht die deutsch-französische Dimension untersucht wird, blieben die Kommunalpartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Frankreich der Ausgangspunkt der gesamten Analyse.

Konzeptionell ist die Arbeit in einen qualitativen und einen quantitativen Teil gegliedert. Die qualitativen Aspekte der kommunalen Zusammenarbeit schließen sowohl ihren eigentlichen Verlauf (die Motivation, die Akteure, den Programminhalt und die Schulpartnerschaften als spezifische Form der Kooperation) als auch die damit zusammenhängenden Probleme, das potenzielle Ergebnis sowie die Perspektiven der kommunalen Partnerschaften ein.

26 Ebd., S. V.

27 Ebd., S. VI.

28 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften.

29 Ebd., S. I.

30 Detaillierter ebd., S. 1–7.

31 Der Autor wertet fünf Untersuchungen aus, die seine Vorgänger (R.-R. Grauhan und J. Sticker) oder Organisationen aus dem Bereich der kommunalen Zusammenarbeit (IBU und RGE) in den Jahren 1946–1976 unternommen hatten. Diese ergänzte er um eine eigene Fragebogenuntersuchung. Vgl. GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. XI.

Zu den quantitativen Aspekten zählt der Autor die zahlenmäßige Expansion der Partnerstädte und -gemeinden, ihre territoriale Verbreitung, die Art und Weise, wie die Partnerschaften geschlossen und institutionalisiert wurden, sowie die Finanzierung der Partnerschaftskooperation.

Die Schlussfolgerungen lassen den Unwillen des Autors zu einer allzu starken Verallgemeinerung erkennen, was etwa schon bei der Feststellung der Gesamtzahl der kommunalen Partnerschaften deutlich wird<sup>32</sup>. Allerdings bestätigte Grunert auch so, dass sich in den Jahren 1963–1975 die Zahl der deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften wesentlich erhöht habe, und äußerte die Vermutung, dass sich dieser »Boom« nur schwerlich wiederholen werde<sup>33</sup>. Um die eigentliche Existenz der Kommunalpartnerschaften sorgte er sich allerdings nicht, weil sie sich als lebensfähige und zeitlose Institutionen erwiesen hätten<sup>34</sup>.

Auf die Frage, ob die kommunalen Partnerschaften eine informelle Gemeinschaftsbildung begünstigten, gab Grunert eine differenzierte Antwort. So trügen die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen zur informellen Gemeinschaftsbildung bei, allerdings nur zwischen den beiden genannten Staaten und nicht zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaften insgesamt<sup>35</sup>. Grunert machte zugleich auf das Paradoxon aufmerksam, dass die Städte- und Gemeindepartnerschaften zwar aus dem Gedanken geboren worden seien, die Vereinigung Europas zu fördern, diese Idee jedoch nicht in die Praxis umgesetzt werde<sup>36</sup>. Er verwies jedoch auf den Nutzen, den die Kommunalpartnerschaften für die wechselseitigen Beziehungen in der Heimatgemeinde bzw. in der Heimatstadt hätten<sup>37</sup>.

Die steigende Zahl der deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften veranlasste die Forscher dazu, neue – realisierbare und zugleich relevante – Zugänge zu diesem Thema zu suchen. Die wohl einfachste Lösung stellte die Eingrenzung der Untersuchung auf einen Teil des deutschen oder französischen Gebiets dar. Genau dieses Vorgehen wählte Johann Wolfgang Wimmer, der sich der kommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet Nordrhein-Westfalens widmete, wobei er sich auf Städte mit einer Bevölkerung von mindestens 50.000 Einwohnern beschränkte<sup>38</sup>. Obwohl

---

32 Ebd., S. 81, 173 u. 244.

33 Ebd., S. 104.

34 Ebd., S. 324f.

35 Ebd., S. 54 u. 98.

36 Ebd., S. 326.

37 Grunert spricht von den Kommunalpartnerschaften als »Bindegliedern zwischen Kommune und Bürgerschaft« und von ihrem Potenzial, als »Generator und Transformator kommunaler »Innenbeziehungen« zu wirken. Ebd., S. 5.

38 Johann Wolfgang WIMMER, Städtepartnerschaften der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Münster 1989.

Wimmers Text weder hinsichtlich der Methode noch der Konzeption besonders innovativ war, lieferte er doch eine Reihe von sachlichen Erkenntnissen über die Partnerschaften, die von den Städten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes in den 1980er Jahren im Ausland unterhalten wurden. Die Zusammenarbeit mit französischen Städten wurde mit den Partnerschaften der nordrhein-westfälischen Kommunen in Westeuropa, im Ostblock und in einigen außereuropäischen Staaten konfrontiert. Die meisten Arbeiten bettet die deutsch-französische Zusammenarbeit anschließend in einen derart breiten Kontext ein.

Wimmer erblickte den Hauptbeitrag seiner Arbeit darin, dass sie die Städtepartnerschaften aus einer kommunalen Perspektive betrachtete, und zwar mit dem Ziel, die inneren und äußeren Bedingungen zu erforschen, die das Vorgehen der Kommunen beim Abschluss und beim Ausbau der Partnerschaft beeinflussen<sup>39</sup>. Die traditionellen Fragebogenuntersuchungen ergänzte er um die Analyse einiger schriftlicher Dokumente, insbesondere der Partnerschaftsverträge. Von den Ergebnissen, die die praktische Seite der Zusammenarbeit betrafen, überraschten vor allem die Angaben über ihre Finanzierung. So flossen in die partnerschaftlichen Aktivitäten bloße 0,0018 bis 0,25 Prozent des Kommunalhaushaltes<sup>40</sup>.

Von der bisher präsentierten politologischen Literatur weicht die von Antje Klemm 1984 als Dissertation an der Pädagogischen Hochschule »Karl Friedrich Wilhelm Wander« in Dresden eingereichte Arbeit deutlich ab<sup>41</sup>, die die deutsch-französischen Partnerschaftsbeziehungen jenseits des Eisernen Vorhangs behandelt. Die Autorin konzentrierte sich auf den Zeitraum von Anfang der 1960er bis zum Beginn der 1970er Jahre, wobei sie die ostdeutsch-französischen Partnerschaften im Kontext der Tätigkeiten der internationalen kommunalen Organisationen untersuchte. Angesichts dessen, dass die Arbeit zumindest teilweise den »kapitalistischen Westen« tangierte, überrascht es nicht, dass der Text bis zum Jahr 1990 als »vertrauliche Dienstsache« behandelt wurde<sup>42</sup>. Da die Arbeit in der ersten Hälfte der 1980er Jahre entstand, als sich der sozialistische Block von den durch die NATO stationierten Mittelstreckenraketen bedroht fühlte, war das Thema des Ringens um eine friedliche Koexistenz bzw. des Kampfes gegen die »Gefahr eines nuklearen Infernos«<sup>43</sup> höchst aktuell.

---

39 Ebd., S. 10.

40 Ebd., S. 247.

41 Antje KLEMM, *Zum Platz der Partnerschaftsbeziehungen zwischen ausgewählten Territorien der DDR und der Republik Frankreich im Ringen um Frieden von Anfang der 60er bis zum Beginn der 70er Jahre*, 2 Bde., Dissertation Dresden 1984. Alle folgenden Nennungen beziehen sich auf den ersten Band, der zweite Band enthält nur Beilagen.

42 Gegenwärtig ist die Arbeit von Antje Klamm in der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig frei zugänglich.

43 Ebd., S. 158.



Während sich Klemm im methodologisch-theoretischen Teil auf die materialistische Dialektik berief, ging sie an die eigentliche Forschung mit mehr Invention heran. Ähnlich wie die westdeutschen Kollegen unternahm sie Fallstudien, in denen sie Verlauf und Charakter dreier ostdeutsch-französischer Partnerschaften untersuchte<sup>44</sup>.

Obwohl Klemm die deutsch-französische Versöhnung als »Versuch des westdeutschen und französischen Monopolkapitals, ihr reaktionäres Klassenbündnis zu begründen und von den tatsächlichen Erfordernissen einer echten Entspannung in Europa abzulenken«, kritisierte<sup>45</sup>, bewertete sie die eigentliche Existenz der Partnerschaften auf lokaler Ebene ähnlich wie ihre westdeutschen Kollegen. Sie schätzte vor allem ihr Potenzial zur Einbindung der »Volksmassen« sowie die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern positiv zu beeinflussen<sup>46</sup>. Zugleich verwies sie auf die Bedeutung der Regionalebene, auf der verschiedene Bevölkerungsschichten gezielter angesprochen werden könnten als über gesamtstaatliche Institutionen<sup>47</sup>. Dennoch vertrat die Autorin die These, dass die Kommunalpartnerschaften Teil der offiziellen Außenpolitik seien<sup>48</sup>. Für die Zusammenarbeit der Städte der DDR mit ihren Pendanten aus den »kapitalistischen« Staaten galt tatsächlich, dass sie auf ostdeutscher Seite fest unter der Kontrolle der SED standen.

Die internationale Entwicklung nach 1989 brachte eine neue Perspektive in die Erforschung und vor allem die Interpretation der kommunalen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Diesen Wandel versuchten die Beiträge einer Konferenz unter dem Titel »Gemeindeparknerschaften im Umbruch Europas« zu erfassen<sup>49</sup>. Ein Autorentrio stellte hier die Ergebnisse empirischer Studien vor, in denen die Partnerschaften von fast zwei Drittel der hessischen Städte und Gemeinden analysiert worden waren<sup>50</sup>. Auf Basis einer neuen Stichprobe bestätigten die Autoren die Ergebnisse der früheren Forschung hinsichtlich der »konjunkturellen Schübe« des Interesses für die kommunale Zusammenarbeit, der unzureichenden finanziellen

---

44 Es handelte sich um folgende Partnerschaften: Cottbus und Montreuil, Eisenhüttenstadt und Drancy, Rüdersdorf und Pierrefitte-sur-Seine.

45 Ebd., S. 5.

46 Ebd., S. 12.

47 Ebd., S. 154.

48 Ebd., S. 9.

49 Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), *Gemeindeparknerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994.

50 Simona GERHARD/Corinna HEIPCKE/Emanuel RICHTER, *Städtepartnerschaften haben Konjunktur – und Konjunktur benötigt Impulse. Eine empirische Studie zu Partnerschaften hessischer Gemeinden und Städte*, in: Ebd., S. 167–182, hier S. 167.

Unterstützung aus den Kommunalhaushalten und der geringen Einbindung ökonomischer und politischer Gruppierungen<sup>51</sup>.

Auf die deutsch-französischen Partnerschaften selbst bezog sich die Feststellung, dass ihr Abschluss zwar von der Konjunktur der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten abhängig sei, sie in Wirklichkeit aber viel stärker von den Aktivitäten ihrer Bürger lebten als von den ursprünglich gesteckten politischen Zielen<sup>52</sup>. Die Forschung bestätigte ferner, dass die Partnerschaften mit Frankreich, die von mehr als zwei Dritteln der angesprochenen Gemeinden unterhalten wurden, für die absolute Mehrheit von ihnen eine besondere Bedeutung hatten<sup>53</sup>. Letzteres bezog sich direkt auf die Situation zu Beginn der 1990er Jahre, als die hessischen Kommunen intensiv Beziehungen mit ihren Pendanten aus den neuen Bundesländern und weiteren Staaten des ehemaligen Ostblocks knüpften. Im hessischen Fall war dieser »Boom« größer als der Zuwachs der Kommunalpartnerschaften mit Frankreich nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags im Jahr 1963<sup>54</sup>.

In den Konferenzband wurde auch ein zwanzigseitiger Beitrag aufgenommen, in dem Beate Wagner einige Ergebnisse ihrer Dissertation vorstellte<sup>55</sup>. Diese brachte die politologische Forschung im Bereich der kommunalen Zusammenarbeit wesentlich voran und ist in ihrer Bedeutung vergleichbar mit der Publikation von Grunert, auch wenn sie kein ähnliches Echo fand. Am Beispiel der Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden untersuchte die Autorin die kommunale Zusammenarbeit erstens zwischen den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, zweitens zwischen dem westlichen und östlichen Teil Europas und schließlich zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt. Dabei ging Wagner vor allem der Frage nach, welche Bedeutung die Kommunalpartnerschaften im Geflecht der internationalen und transnationalen Beziehungen haben und ob sie zu einer Erhöhung der internationalen Sicherheit beitragen<sup>56</sup>.

---

51 Ebd., S. 167, 169f. u. 177.

52 Ebd., S. 179 u. 181.

53 Ebd., S. 176.

54 Ebd.

55 Beate WAGNER, Städtepartnerschaften zwischen Ost- und Westeuropa: Eine Analyse am Beispiel bundesdeutscher Städte und Gemeinden, in: JÜNEMANN/RICHTER/ÜLLRICH (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, S. 109–130; dies., Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden. Transnationale Beiträge zur internationalen Sicherheit, Münster 1995.

56 WAGNER, Partnerschaften deutscher Städte, S. 17f. Transnationale Beziehungen definierte die Autorin als »jene Kontakte, Koalitionen und Interaktionen [...], die über Staatsgrenzen hinweggehen, jedoch nicht durch die zentralen außenpolitischen Organe der Staatsregierungen kontrolliert werden und oftmals auch nicht kontrolliert werden können«. Vgl. ebd., S. 43. Die Frage, inwieweit die Kommunalpartnerschaften die internationale Sicherheit fördern, basiert auf der Theorie der Sicherheitsgesellschaft, die Ende der 1950er Jahre von K. W. Deutsch formuliert wurde. Vgl. Karl W. DEUTSCH u.a., *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton 1957.

Die bisherigen sozialwissenschaftlichen Arbeiten teilte die Autorin in zwei Gruppen ein. Die erste Gruppe konzentrierte sich auf die Strukturanalyse, d.h. sie suchte einen Zusammenhang zwischen den Kommunalpartnerschaften und internationalen oder anderen transnationalen Beziehungen<sup>57</sup>. Dieser Gruppe ist auch die eigene Arbeit Wagners zuzuordnen. In die zweite Gruppe fallen Studien, die untersuchten, wie sich die Kommunalpartnerschaften auf die Haltung der Bevölkerung auswirken, insbesondere auf ihre Vorurteile und Stereotypen (Wirkungsanalyse)<sup>58</sup>. Mit Verweis auf die zahlreichen methodologischen Schwierigkeiten, auf die z.B. Grunert und Treffer gestoßen waren, betrachtete die Autorin die zweite Vorgehensweise eher skeptisch.

Was die Beziehung zwischen kommunaler Kooperation und internationaler Sicherheit betrifft, kam Wagner zu dem Schluss, dass die Kommunalpartnerschaften zur Festigung der Sicherheitsgemeinschaften auf zwei spezifische Arten beitragen<sup>59</sup>: Zum einen dadurch, dass sie das gesamte gesellschaftliche und politische Spektrum des jeweiligen Gebiets (einschließlich der Opposition) einschlossen, zum anderen dank der Tatsache, dass sie Wert auf persönliche Beziehungen zwischen den beiden Kommunen legten (d.h. auch auf den qualitativen Aspekt)<sup>60</sup>. Durch beide Charakteristika unterschieden sie sich nach Wagner somit von der »hohen« Außenpolitik. Außerdem könnten die Partnerschaften schneller und flexibler als größere substaatliche Gebietskörperschaften oder der Staat auf den für die jeweilige bilaterale Beziehung akuten Bedarf reagieren<sup>61</sup>. So sei es zum Beispiel in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nötig gewesen, den feindlichen, stark personifizierten Blick auf die andere Nation zu überwinden. Dieses Ziel wurde nach Wagner gerade dadurch erreicht, dass sich die Bürger beider Staaten im Rahmen der Städtepartnerschaften kennenlernten: »Dies ermöglichte erst eine schnelle Akzeptanz gleichberechtigter zwischenstaatlicher Zusammenarbeit«<sup>62</sup>. Dass die Zahl der neu geschlossenen deutsch-französischen Partnerschaften Mitte der 1970er Jahre stark zurückging, bezeichnete die Autorin als natürliche Erscheinung. Sie erklärte dies so, dass die Funktion, die bis dahin nur die Kommunalpartnerschaften erfüllt hätten, nunmehr auch von weiteren Institutionen, Organen und Personen übernommen worden sei<sup>63</sup>.

---

57 WAGNER, Partnerschaften deutscher Städte, S. 32.

58 Ebd., S. 32–34.

59 Ebd., S. 346.

60 Ebd., S. 346 u. 351f.

61 Ebd., S. 354.

62 Ebd., S. 355.

63 Ebd., S. 354.

Wagner machte auch auf den Wandel aufmerksam, den die Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden zu Beginn der 1980er Jahre erfahren hätten. Seien sie zuvor noch ausschließlich mit dem Ziel entstanden, die westeuropäische Integration zu fördern, so seien sie spätestens 1983 zu einem Instrument der Annäherung an Osteuropa geworden. Hier hätten sie dann wie ein Katalysator für die Annäherung des östlichen Systems an den Westen funktioniert<sup>64</sup>. Die 1980er Jahre seien nicht nur mit neuen regionalen Schwerpunkten verbunden gewesen, sondern auch mit neuen Instrumenten der partnerschaftlichen Kontakte. Die Bedeutung von Symbolen und symbolischen Gesten habe abgenommen und die auf praktische kommunale Projekte abzielende Zusammenarbeit hingegen zugenommen<sup>65</sup>.

Obwohl Wagners Arbeit analytischer ist als die meisten ihrer Vorgängerinnen, bei denen (mit der Ausnahme des Buches von Grunert) noch die Deskription überwogen hatte, verbindet sie mit den früheren Autoren mindestens eine grundlegende Sache: Alle untersuchten die Städte- und Gemeindepartnerschaften als politisches Thema – ob nun auf kommunaler, zwischenstaatlicher oder internationaler Ebene<sup>66</sup>.

### 3. Die historische Perspektive

Während sich die Politologen schon seit dem Ende der 1960er Jahre für die deutsch-französische Kommunalpartnerschaften interessierten, folgten ihnen die Historiker erst in den 1990er Jahren. Eine erste Vorstellung über die internationalen Kontakte französischer Städte und Gemeinden konnte der frankophone Leser aus der 1992 erschienenen kurzen Studie von Cécile Chombard-Gaudin gewinnen<sup>67</sup>. Diese stellte wenigstens in Grundzügen die Geschichte der kommunalen Partnerschaften in Frankreich vor und fasste zugleich die bisherige französische Forschung zu diesem Thema zusammen.

In ihrem Beitrag machte die Autorin vor allem auf den mehrschichtigen politischen Kontext aufmerksam, in dem sich die Städte- und Gemeindepartnerschaften seit den 1950er Jahren abspielten<sup>68</sup>. Sie selbst untersuchte diesen – analog zu den deutschen Historikern – am Beispiel der Konkurrenz zweier internationaler Kommunalverbände: des Weltbundes der

64 Ebd., S. 27 u. 348.

65 Ebd., S. 358.

66 Mit dem Anbruch des neuen Jahrtausends begann sich die politologische Forschung jedoch auch anderen als rein politischen Aspekten der kommunalen Zusammenarbeit zuzuwenden, wie etwa ihrem Beitrag zum Schutz der Umwelt. Siehe z.B. Martin STEFFAN, Klimaschutz in Städtepartnerschaften. Zur Genese eines neuen Politikfeldes, Münster 2002.

67 Cécile CHOMBARD-GAUDIN, Pour une histoire des villes et communes jumelées, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 35 (1992), S. 60–66.

68 Ebd., S. 60.

Partnerstädte (WPS) und des Rates der Gemeinden Europas (RGE). Von ihren Kollegen aus der Bundesrepublik unterschied sich Chombard-Gaudin jedoch dadurch, dass sie die Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden vor allem als Vorstufe der Kooperation zwischen Regionen und anderen Gebietskörperschaften verstand<sup>69</sup>. Zugleich erinnerte sie an das Erbe der kolonialen Vergangenheit, mit dem sich die französischen Kommunen bei der Aufnahme von Beziehungen auseinandersetzen mussten<sup>70</sup>. Die eigentlichen deutsch-französischen Partnerschaften analysierte sie nicht, sondern erwähnte lediglich den großen Beitrag, den sie für die Versöhnung beider Staaten und ihrer Bewohner geleistet hätten<sup>71</sup>.

Die bisherige Erforschung der französischen Kommunalpartnerschaften bewertete die Autorin als »très faible«<sup>72</sup>. Heute, mit einem mehr als zwanzigjährigen Abstand, können wir konstatieren, dass alle Themen, die von der Autorin als die größten Desiderata bezeichnet wurden, bereits zum Gegenstand der Forschung geworden sind. Diese wurde nicht nur von deutschen Wissenschaftlern unternommen, sondern auch von französischen Experten, bei denen in den letzten zwei Jahrzehnten ein verstärktes Interesse für die Geschichte der Städte- und Gemeindepartnerschaften konstatiert werden kann<sup>73</sup>.

Auf deutscher Seite gehört Hans Manfred Bock zu den besten Kennern der historischen Entwicklung der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit. In Einklang mit seinem Interesse für die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten in der Zwischenkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit<sup>74</sup> betrachtet er die deutsch-französischen Partnerschaften als Bestandteil breit verstandener Kulturbeziehungen. Seine Hauptthesen zu diesem Thema stellte er in einer Studie aus dem Jahr 1994

---

69 Ebd., S. 60 u. 63.

70 Ebd., S. 63f.

71 Ebd., S. 66.

72 Ebd., S. 64. Es ist bedauerlich, dass Chombard-Gaudin die deutschen Studien über die kommunale Zusammenarbeit nicht kannte, die bereits damals einige Lücken in der französischen Forschung schlossen.

73 Hier sind vor allem Antoine Vion und Corine Defrance zu nennen, deren Arbeiten im Folgenden vorgestellt werden. Für den weiteren Kontext sei auch auf Pierre-Yves Saunier verwiesen, der sich als Historiker mit den Kontakten zwischen den Städten, insbesondere zwischen ihren Selbstverwaltungsorganen, in der modernen Geschichte beschäftigt, und zwar aus der Perspektive der Global City-Forschung. Vgl. Pierre-Yves SAUNIER, Taking Up the Bet on Connections: a Municipal Contribution, in: Contemporary European History 11 (2001), S. 507–527; Pierre-Yves SAUNIER/Shane EWEN (Hg.), Another Global City. Historical Explorations into the Transnational Municipal Movement, 1850–2000, New York 2008.

74 Vgl. die Publikation, die insgesamt 14 Studien von Bock zu diesem Thema präsentiert: Hans Manfred BOCK, Kulturelle Wegbegleiter politischer Konfliktlösung. Mittler zwischen Deutschland und Frankreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Tübingen 2005.

vor<sup>75</sup>, deren Titel »Europa von unten« auf das bereits erwähnte Buch von Farquharson und Holt verweist. Bock beschäftigte sich in seiner Forschung sowohl mit den Vorläufern der Kommunalpartnerschaften in der Weimarer Republik und im Dritten Reich als auch mit den Anfängen der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit in den Jahren 1948–1963.

Analog zu der Konzeption des Sammelbandes, in den Bocks Studie aufgenommen wurde, stellt sich der Autor die Frage, auf welche Weise die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften zum Aufbau eines Europa von unten beitragen, d.h. wie sie das Interesse der einfachen Bürger für das europäische Integrationsprojekt wecken bzw. verstärken. Obgleich der Autor den Nachkriegspartnerschaften ein solches Potenzial zubilligte, ging es seiner Meinung nach vielfach verloren:

Die weitgehende Ausgrenzung der wichtigsten Intermediärorgane zwischen Gesellschaft und Staat in Deutschland wie in Frankreich (nämlich der Parteien und Interessengruppen) aus dem transnationalen Beziehungsgeflecht der Gemeindepartnerschaften ist zumindest problematisch, wenn man das Ziel eines »Europa von unten« gelten lässt<sup>76</sup>.

Bock wies zugleich darauf hin, dass sich die kommunale Zusammenarbeit nicht auf die immer gleichen Elemente stützen sollte. Während am Anfang die Ausrichtung auf »Jugend, Spiel und Sport« zum gegenseitigen Kennenlernen von Deutschen und Franzosen wie auch zum Abbau der größten Vorurteile beigetragen habe, erschien Bock diese Orientierung am Ausgang des 20. Jahrhunderts als unzureichend und veränderungswürdig<sup>77</sup>.

Neue Erkenntnisse über die Entwicklung der kommunalen Zusammenarbeit in Deutschland und Frankreich brachte der Beginn des 21. Jahrhunderts. Auf französischer Seite machte sich darum Antoine Vion mit seiner 2001 verteidigten Dissertation verdient, die sich mit den Aktivitäten der französischen Städte auf internationaler Ebene zwischen 1947 und 1995 beschäftigte<sup>78</sup>. Obwohl es sich bis heute um die detaillierteste Arbeit zum Thema der Kommunalpartnerschaften in Frankreich handelt, wurden ihre Ergebnisse lediglich in Form von zwei Zeitschriftenaufsätzen veröffentlicht.

---

75 Hans Manfred BOCK, Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften, in: JÜNEMANN/RICHTER/ULLRICH (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, S. 13–35.

76 Ebd., S. 34.

77 Ebd.

78 Antoine VION, La construction des enjeux internationaux dans le gouvernement des villes françaises de 1947 à 1995, Dissertation Rennes 2001.

Der jüngere, in englischer Sprache verfasste Aufsatz war sowohl aufgrund der theoretischen Verankerung des Themas als auch hinsichtlich des Bildes, das er von den französischen Kommunalpartnerschaften der 1950er Jahre zeichnete, gewinnbringend<sup>79</sup>. Auf den eigentlichen Gegenstand der Forschung applizierte Vion die Hobsbawm'sche These von der erfundenen Tradition (*invented tradition*)<sup>80</sup>. In Einklang mit ihr behauptete er, dass sich die Städtepartnerschaften auf eine mehr oder weniger imaginäre Vergangenheit stützten mit dem Ziel, sie zugunsten einer sozialen, kulturellen oder politischen Innovation zu nutzen<sup>81</sup>. Damit näherte sich Vions Zugang stark einer sozialwissenschaftlichen, teilweise sogar historisch-anthropologischen Betrachtungsweise<sup>82</sup>.

Vions englischsprachige Studie zeigte ferner die lange Zeit verborgenen Zusammenhänge zwischen den Kommunalpartnerschaften und der französischen Politik auf. Zum Interesse der Politiker für dieses Thema trug nach Vion nicht nur die internationale Spannung in der ersten Hälfte der 1950er Jahre bei, sondern auch das intensive Wirken zweier unterschiedlicher Gruppen auf französischem Gebiet, die die Städte- und Gemeindepartnerschaften unterstützten. Auf der einen Seite war dies die Gruppierung *La Fédération*, die der katholischen Kirche nahestand und die Basis des RGE bildete<sup>83</sup>. Auf der anderen Seite entstand in Frankreich 1951 die Organisation *Le Monde Bilingue*, die später in den WPS transformiert wurde und deren Vertreter auch außerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft Partnerkommunen suchten – zunächst in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, später in der Sowjetunion<sup>84</sup>. Zwischen beiden Organisationen entspann sich im Jahr 1955 ein »twinning war«, dessen Hauptursache der Kampf um die Gunst der französischen Regierung war<sup>85</sup>. Diese konnte zwar anfangs *Le Monde Bilingue* für sich gewinnen, im Kontext der vorbereiteten Gründung von Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellte sich die Pariser Regierung jedoch schließlich auf die Seite des RGE. Der hohe Grad der Politisierung, mit dem die internationale Kooperation auf kommunaler Ebene

---

79 Antoine VION, Europe from the Bottom Up: Town Twinning in France during the Cold War, in: Contemporary European History 2 (2002), S. 623–640. Die gesamte Zeitschriftennummer wurde monothematisch konzipiert unter dem Titel »Municipal Connections: Co-operation, Links and Transfers among European Cities in the Twentieth Century«.

80 Ebd., S. 623. Zur Hobsbawm'schen These vgl. Eric HOBBSBAWM, Inventing Traditions, in: Eric HOBBSBAWM/Terence RANGER (Hg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1983, S. 1–14.

81 VION, Europe from the Bottom Up, S. 628.

82 Der Autor selbst bezeichnet die Städte- und Gemeindepartnerschaften als wichtigen Aspekt der Sozialgeschichte, vgl. ebd., S. 623.

83 Ebd., S. 630f.

84 Ebd., S. 635.

85 Ebd., S. 637.

in den 1950er Jahren verbunden war, nahm allmählich ab. Die Städte- und Gemeindepartnerschaften wurden vielmehr zum Symbol einer entpolitisierten, sachlich orientierten Kooperation<sup>86</sup>.

Der weiteren Entwicklung der französischen Kommunalpartnerschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts widmete sich detaillierter der zweite, in französischer Sprache verfasste Aufsatz Vions<sup>87</sup>. Die 1960er und 1970er Jahre wertete er als Zeitabschnitt, in dem sich die kommunale Zusammenarbeit in Frankreich intensiv entfaltet habe, wobei die Hauptzielgruppe die jüngste Generation gewesen sei<sup>88</sup>. In den 1980er Jahren habe sich der Schwerpunkt der partnerschaftlichen Aktivitäten dann in die Wirtschaftssphäre verschoben, und nach 1989 seien Kontakte mit den Städten in Mittel- und Osteuropa in den Vordergrund gerückt<sup>89</sup>. Der Autor betonte zugleich die symbolische und folkloristische Bedeutung der Partnerschaften, die insbesondere beim Partnerschaftseid und dessen alljährlicher Feier erkennbar sei. Während dieser würden vor allem der Friede und die kommunale Autonomie gefeiert, womit sie sich deutlich von den traditionellen staatlichen Feiertagen abhoben, die in der Regel an die politischen oder militärischen Siege des jeweiligen Staates erinnerten (bzw. an die Niederlage ihrer Kontrahenten)<sup>90</sup>.

Was die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten anbetrifft, so schrieb Vion ihre Entstehung der deutschen Initiative zu. Zugleich unterstrich er die Bedeutung, welche die bilaterale Zusammenarbeit auf höchster Ebene für die Entwicklung dieser Kontakte gehabt habe<sup>91</sup>. Indirekt deutete er jedoch an, dass er die Kommunalpartnerschaften als Aktivitäten betrachte, die ihren Zenit schon überschritten hätten, denn »c'est plutôt dans la compétitivité et la pluri-dimensionnalité qu'elles organisent aujourd'hui les rapports politiques à l'espace urbaine«<sup>92</sup>.

Das deutsche Gegenstück zu der Forschung Vions stellt gewissermaßen die Dissertation von Ingo Bautz dar, die die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen in den 1950er und 1960er Jahren untersucht<sup>93</sup>. Von den deutschen historiographischen Arbeiten ist sie zweifellos die beste – dank

86 Ebd., S. 640.

87 Antoine VION, *Au-delà de la territorialité: l'internationalisation des villes. Notes sur quelques déplacements de frontières du politique*, in: *Annuaire français de relations internationales* 2 (2001), S. 362–375.

88 Ebd., S. 365.

89 Ebd., S. 367.

90 Ebd., S. 366f.

91 Ebd., S. 365f. Bezüglich der deutschen Initiative vgl. Vions Feststellung: »Les sollicitations nombreuses des autorités politiques allemandes ont profondément bouleversé l'orientations de la dynamique des jumelages de villes amorcée en France«.

92 Ebd., S. 374.

93 Ingo BAUTZ, *Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 1960er Jahren*, Dissertation Siegen 2002, in: URL: <<http://www.ub.uni-siegen.de/epub/diss/bautz.htm>> (29.05.2014).



einer gründlichen Kenntnis der bisherigen Literatur, durch den Umfang der originalen Forschung und auch in konzeptioneller Hinsicht. Der Autor selbst bezeichnete sie als Beitrag zur Städtegeschichte und zur Geschichte der europäischen Integration<sup>94</sup>.

Die Bautz'sche Analyse geht von der These aus, dass die Kommunalpartnerschaften in Westeuropa Teil eines Wandels gewesen seien, den das Prinzip der Nationalstaaten durchlaufen habe. Dieses sei zunächst geschwächt und bezweifelt worden, habe später jedoch im Rahmen der »europäischen Rettung des Nationalstaats« seine Legitimation erfahren – Teil dieser Rettung sei auch die teilweise Übertragung von Kompetenzen auf die europäischen Institutionen gewesen<sup>95</sup>. Ausgehend von den Zielen, die die kommunalen Partnerschaften verfolgten, unterscheidet der Autor zwischen drei verschiedenen Typen. Setzte die kommunale Bewegung die gleichen Ziele wie die nationale Regierung durch, habe es sich um »koordinierte transnationale Beziehungen« gehandelt, zu denen er auch die deutsch-französischen Partnerschaften zählt<sup>96</sup>. Den zweiten Typus stellten die »reglementierten transnationalen Beziehungen« dar, in denen die Regierung und die lokale Selbstverwaltung unterschiedliche Vorstellungen über das Maß der kommunalen Autonomie hatten. Während die Städte und Gemeinden ihre Ausweitung forderten (etwa im Sinne einer stärkeren Vertretung in den europäischen Organen), lehnte die Regierung dieses ab<sup>97</sup>. Die dritte Gruppe sei von »instrumentalisierten transnationalen Beziehungen« gekennzeichnet gewesen, welche die Zusammenarbeit zwischen Kommunen aus dem westlichen und östlichen Teil Europas begleitet hätten<sup>98</sup>. Die Vertreter der osteuropäischen Städte hätten sich auf diesem Wege bemüht, die Außenpolitik ihrer kommunistischen Regierungen zu unterstützen.

Verständlicherweise bestanden nicht alle drei Typen von Kommunalbeziehungen direkt seit den ersten Nachkriegsjahren<sup>99</sup>. In den 1950er und 1960er Jahren seien in der Bundesrepublik Deutschland nur diejenigen Partnerschaften verwirklicht worden, welche die gleichen Ansprüche wie die Bundesregierung erhoben hätten. Später hingegen, insbesondere in den 1980er Jahren, habe es Fälle von kommunaler Kooperation gegeben, die im Widerspruch zu der offiziellen Außenpolitik der Bundesrepublik gestanden hätten. Am bekanntesten wurde hier die Zusammenarbeit mit den nicaraguanischen Städten (die sog. Nicaragua-Partnerschaften) sowie Partnerschaften,

---

94 Ebd., S. 10.

95 Ebd., S. 33 u. 124.

96 Ebd., S. 34.

97 Ebd., S. 34 u. 234.

98 Ebd., S. 34 u. 332.

99 Ebd., S. 335f.

die die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone anstrebten. Die deutschen Kommunen konnten sich ein solches Vorgehen vor allem deswegen leisten, weil die Interessen der subnationalen Gebietskörperschaften seit den 1970er Jahren allmählich stärker berücksichtigt wurden. Das Hauptverdienst daran hatten die Regionen, die zum Gegenstand des Interesses der europäischen Institutionen wurden. Paradox – jedoch aufgrund der politischen Interessen durchaus verständlich – war, dass die Regionen oft den Städten und Gemeinden die Autonomie absprachen, um die sie selbst mit den Zentralorganen rangen<sup>100</sup>.

Im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften, deren Ziele in beiden Ländern der offiziellen Politik entsprachen, verwies Bautz auf die wenig bekannte Tatsache, dass die französische Regierung die Kommunalbewegungen früher unterstützte als ihr westdeutsches Pendant<sup>101</sup>. Das Interesse der Bundesregierung an den Städte- und Gemeindepartnerschaften setzte erst an der Wende der 1950er zu den 1960er Jahren ein, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen musste sie dem sowjetischen Interesse an einer Zusammenarbeit mit westeuropäischen Städten entgegenreten, zum anderen wollte sie die Hallstein-Doktrin auch auf kommunaler Ebene durchsetzen<sup>102</sup>. Der Autor gelangte daher zu dem Schluss, dass sich um die nun zunehmende Unterstützung der Bundesregierung für die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten nicht unwesentlich die DDR verdient gemacht habe. Zum Schlüsselmoment für die kommunale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich wurde dann die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW; *Office franco-allemand pour la Jeunesse*, OFAJ) im Jahr 1963. Gerade dessen Tätigkeit führte nach Bautz dazu, dass sich die Zahl der Kommunalpartnerschaften zwischen beiden Staaten nunmehr deutlich erhöhte. Dadurch erhielt die bis dahin zahlenmäßig ausgeglichene Entwicklung der Kommunalpartnerschaften zwischen den einzelnen westeuropäischen Staaten eine deutliche deutsch-französische »Schlagseite«<sup>103</sup>.

Die neuesten Studien zur deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit sind mit dem Namen von Corine Defrance verbunden, die sich langfristig mit den bilateralen Beziehungen im Bereich der Kultur und Bildung beschäftigt<sup>104</sup>. In einem Aufsatz aus dem Jahr 2008 widmete sie sich der Analyse der ältesten Partnerschaften, die in den Jahren 1950 bis 1963

---

100 Ebd., S. 336.

101 Ebd.

102 Ebd., S. 333.

103 Ebd., S. 123.

104 Kultur wird hier im weitesten Sinne des Wortes verstanden – in Einklang mit dem »erweiterten Kulturbegriff« bzw. dem *concept de culture élargie*.

geschlossen worden waren<sup>105</sup>. Auf französischer Seite knüpfte sie damit an die Texte von Chombard-Gaudin und Vion an, zugleich aber übernahm sie in überarbeiteter Form auch einige Passagen aus ihrer eigenen, bereits Mitte der 1990er Jahre publizierten Studie<sup>106</sup>. Im Unterschied zu den genannten Kollegen konzentrierte sie sich jedoch auf den deutsch-französischen Aspekt der kommunalen Zusammenarbeit, den sie um die ostdeutsche Dimension erweiterte, d.h. sie widmete sich auch den Partnerschaften zwischen den französischen Städten und ihren Pendants in der DDR.

Der Text von Corine Defrance ist sowohl in faktographischer als auch in interpretativer Hinsicht gewinnbringend. Die Autorin betonte die Rolle, die die Kommunalverbände bei dem Abschluss der ersten Partnerschaften gespielt hätten, und verwies auf den Konkurrenzkampf, der zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Bereich der kommunalen Zusammenarbeit mit Frankreich herrschte. Auf der Basis zeitgenössischer Periodika zeichnete die Autorin auch die zahlenmäßige Entwicklung der deutsch-französischen Partnerschaften nach. Die Analyse dieser Daten führte sie zu dem Schluss, dass das Jahr 1958 der Wendepunkt (*point d'inflexion*) gewesen sei, ab dem sich die Zahl der Partnerschaftspaare rapide erhöht habe<sup>107</sup>. Aus der geographischen Verteilung der ältesten Partnerschaften ging hervor, dass sich an diesen auf deutscher Seite insbesondere Städte und Gemeinden aus dem Westteil der Bundesrepublik (d.h. aus den Frankreich relativ nahe liegenden Gebieten) beteiligten, während auf französischer Seite die Entfernung von der Grenze mit der Bundesrepublik eine wesentlich kleinere Rolle spielte<sup>108</sup>.

In Einklang mit der Forschung der letzten Jahre interpretierte die Autorin die Kommunalpartnerschaften als Beispiel transnationaler Beziehungen, »qui accordent à des acteurs non étatiques leur place dans les relations franco-allemandes, aux côtés des États et des gouvernements«<sup>109</sup>. Defrance behauptete deshalb, dass es vor allem die Partnerschaften deutscher und französischer Städte gewesen seien, die die Durchsetzung der Idee der bilateralen Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene ermöglicht hätten. Ihr zufolge trug die kommunale Kooperation damit wesentlich zur Veränderung der gegenseitigen Wahrnehmung der Bürger beider Länder bei, ohne die der Élysée-Vertrag nur schwerlich hätte unterzeichnet werden können.

---

105 Corine DEFRANCE, Les jumelages franco-allemands: aspect d'une coopération transnationale, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 99 (2008), S. 189–201.

106 Corine DEFRANCE, Les premiers jumelages franco-allemands. 1950–1963, in: *Lendemains* 84 (1996), S. 83–95.

107 DEFRANCE, Les jumelages franco-allemands, S. 197.

108 Ebd., S. 198f.

109 Ebd., S. 190.

An diese Ergebnisse knüpfte ein Sammelband an, an dem sich Defrance sowohl als Autorin wie auch als Herausgeberin beteiligte und dessen Hauptthema die Rolle der nichtstaatlichen Akteure in den deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen war<sup>110</sup>. Als einer dieser Akteure und zugleich als Vertreter der deutsch-französischen Zivilgesellschaft wurden gerade die Kommunalpartnerschaften bezeichnet, denen sieben von insgesamt 20 Beiträgen gewidmet wurden<sup>111</sup>. Zwei von ihnen bestätigten die Tendenz der letzten Jahre, die Forschung über die deutsch-französischen Partnerschaften um eine Analyse der kommunalen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR zu erweitern<sup>112</sup>.

Die Studie von Defrance beschäftigte sich mit dem Konzept der Zivilgesellschaft und seiner Anwendung auf die Nachkriegsbeziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik<sup>113</sup>. Die Zivilgesellschaft bezeichnete sie in diesem Fall als eine transnationale, die das Kennenlernen des anderen Landes und einen gegenseitigen soziokulturellen Austausch anstrebe ohne Anspruch auf einen direkten politischen oder ökonomischen Gewinn<sup>114</sup>. Die Verdienste der Zivilgesellschaft an der deutsch-französischen Annäherung hatte Defrance bereits in ihrer Studie aus dem Jahr 2008 präsentiert; neu fügte sie nun Anregungen für die weitere Forschung hinzu. So solle diese versuchen, soziologische Daten von den Initiatoren und Teilnehmern der partnerschaftlichen Aktivitäten zu erhalten, ferner die geographische Verteilung der kommunalen Partnerschaften »kartographieren« und die Beziehung der Befürworter der kommunalen Zusammenarbeit zu den amtlichen Stellen und Institutionen untersuchen<sup>115</sup>.

Im Zusammenhang mit dem genannten Sammelband muss auch der abschließende Beitrag von Hans Manfred Bock erwähnt werden, der nicht nur für die Forschung zu den deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften

110 Corine DEFRANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010.

111 Barbara DÜMMER, Die Städtepartnerschaft Frankenthal–Colombes (1958) und die Bedeutung transnationaler Kommunalverbände, in: DEFRANCE/KISSENER/NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung*, S. 189–203; Ulrich PFEIL, »Alles begann mit der Jugend«: Die Städtepartnerschaft zwischen Saint-Étienne und Wuppertal (1960), in: Ebd., S. 205–232; Florence PACCHIANO, Le jumelage Bordeaux–Munich (1964): liens historiques et poids des intérêts économiques, in: Ebd., S. 223–235; Jürgen DIERKES, Freundschaft ohne Grenzen? Die Städtepartnerschaft Borgentreich–Rue (1986), in: Ebd., S. 237–253; Hélène SIMONEAU, Les jumelages entre villes françaises et est-allemandes (1959–1975), in: Ebd., S. 255–269.

112 Es handelt sich um die Studien von Ulrich Pfeil und Hélène Simoneau.

113 Corine DEFRANCE, Société civile et relations franco-allemandes, in: DEFRANCE/KISSENER/NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung*, S. 17–31.

114 Ebd., S. 23.

115 Ebd., S. 28–30. Diese Desiderata werden detaillierter ausgeführt bei DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 165–177.

relevant ist. Der Text wurde als Reaktion auf die häufigen Vorwürfe konzipiert, dass die Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen im soziokulturellen Bereich die Einordnung in einen breiteren Kontext vermissen lasse<sup>116</sup>. Bock schlug deswegen vor, Konzepte aus der Transnationalismusforschung auf diese Beziehungen zu applizieren. Als den in diesem Zusammenhang geeignetsten Zugang bezeichnete er den soziologischen. Dieser gehe nämlich davon aus, dass die soziale und ökonomische Dynamik der gegenwärtigen Gesellschaften so groß sei, dass sie den Rahmen der Nationalstaaten überschreitet und zur Entstehung neuer transnationaler Sozialräume sowie zur Schaffung einer (in diesem Fall deutsch-französischen) transnationalen Gesellschaft führt<sup>117</sup>.

#### 4. Die juristische Perspektive

Die einstweilige Entspannung der Beziehungen zwischen West und Ost, die auf die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 folgte, führte unter anderem zu häufigeren Kontakten zwischen den westeuropäischen Städten und ihren Pendanten aus den Staaten des Ostblocks. Diese Kooperation oder zumindest die Bemühungen um ihre Aufnahme hatten zur Folge, dass sich die Gruppe derjenigen deutschen Experten, die sich der Erforschung der Kommunalpartnerschaften widmeten, um die Juristen erweiterte. Diese konzentrierten sich in ihren Arbeiten auf drei Problemkreise. Erstens stellten sie die Frage, ob der Ausdruck »kommunale Außenpolitik« die richtige Bezeichnung für kommunale Aktivitäten ist, die die Grenzen des eigenen Staates überschreiten. Zweitens begutachteten sie die Zulässigkeit einiger Partnerschaftsverträge, in deren Text sich die Kommunen nicht nur zur gegenseitigen Zusammenarbeit verpflichteten, sondern auch strittige außenpolitische Äußerungen tätigten<sup>118</sup>. Drittens beschäftigten sie sich mit der kommunalen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten, die auf die praktischen Bedürfnisse der Bürger vor Ort zu reagieren versuchte und daher einen klaren Rechtsrahmen verlangte.

---

116 Hans Manfred Bock, Transnationalisierung als zeitdiagnostisches Kennwort und zeitgeschichtliches Konzept für die deutsch-französischen Beziehungen, in: DEFRA/NCE/KISSNER/NORDBLOM (Hg.), Wege der Verständigung, S. 349–377.

117 Ebd., S. 355.

118 Diese Probleme gab es z.B. bei Partnerschaften zwischen westdeutschen und polnischen Städten. Vgl. Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.) (= KAS), West-Ost-Beziehungen auf kommunaler Ebene. Eine Dokumentation, Recklinghausen 1987, S. 26.

Die deutsch-französischen Partnerschaften an sich stellten für die Juristen kein hinreichend interessantes Thema dar. Dies lag vor allem darin begründet, dass die Partnerschaften zwischen den westdeutschen und französischen Kommunen in Einklang mit den offiziellen bilateralen Beziehungen beider Staaten standen und sich sogar der (finanziellen oder wenigstens verbalen) Unterstützung ihrer höchsten politischen Repräsentanten erfreuten. Deswegen wurde nicht einmal die terminologische Frage als größeres Problem betrachtet. Als relevantes Thema erwies sich allerdings die zielgerichtete grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der die fast 450 Kilometer gemeinsamer deutsch-französischer Grenze genug Raum boten und die sich gerade in den 1970er Jahren entfaltete<sup>119</sup>. In diesem Fall jedoch handelte und handelt es sich bis heute um eine andere Form kommunaler Kooperation als diejenige, die Gegenstand dieses Buches ist. Partnerschaften, die auf Basis eines universalen Partnerschaftsvertrags geschlossen wurden, können zwar auch zwischen Kommunen gefunden werden, die in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingebunden sind (z.B. zwischen dem saarländischen Völklingen und dem lothringischen Forbach oder dem badischen Breisach und dem elsässischen Neuf Brisach); im unmittelbaren Grenzgebiet jedoch dominiert eine Form der Zusammenarbeit, die primär die Überwindung der Grenze als praktisches Hindernis und erst sekundär als psychologische oder ideologische Barriere zum Ziel hat. Die gemeinsame Grenze verkompliziert vielfach die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur oder führt zu überflüssigen Ausgaben, wenn auf beiden Seiten die gleichen Einrichtungen und Anlagen entstehen. Wenngleich mit der fortschreitenden europäischen Integration diese Hindernisse zunehmend verschwinden, bleibt doch die Notwendigkeit bestehen, den rechtlichen Rahmen der einzelnen Aspekte dieser Zusammenarbeit zu definieren.

Im nachfolgenden Text werden für eine bessere Anschaulichkeit einige ausgewählte Publikationen vorgestellt, die sich den drei genannten Problemkreisen widmen. Unter den ersten Arbeiten befand sich auch eine kurze Studie von Dieter Blumenwitz, der unter dem Begriff »kommunale Außenpolitik« sowohl die Auslandsaktivitäten der lokalen Gebietskörperschaften der Bundesrepublik verstand als auch die Beschlüsse der Kommunalvertretungen, die die Außen- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung betrafen<sup>120</sup>. Obwohl die kommunalen Partnerschaften in der Forschungstätigkeit von Blumenwitz eher ein Randthema darstellten, scheint es, als sei der Autor,

---

119 Vgl. die Datierung der in der Arbeit von Ernst Georg MAYER, *Auslandsbeziehungen deutscher Gemeinden. Bestandsaufnahme und rechtliche Probleme*, Bonn 1986, S. 54, zitierten Verträge.

120 Dieter BLUMENWITZ, *Kommunale Außenpolitik*, in: Albert von MUTIUS (Hg.), *Selbstverwaltung im Staat der Industriegesellschaft. Festgabe zum 70. Geburtstag von Georg Christoph von Unruh*, Heidelberg 1983, S. 747–761, hier S. 747.

ein anerkannter Spezialist für internationales Recht, schon einige Zeit zuvor auf das Thema aufmerksam geworden. Deutlich ist dies besonders im Falle seiner 1980 erschienenen Publikation über die Kommunalpartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen<sup>121</sup>.

Während Blumenwitz' Studie nur eine Einführung in die juristischen Aspekte der kommunalen Zusammenarbeit war, legte die Dissertation von Ernst Georg Mayer Mitte der 1980er Jahre eine detaillierte Analyse vor<sup>122</sup>. Der Text stellt ein adäquates Gegenstück zu den Dissertationen der Politologen Grunert und Wagner und des Historikers Bautz dar. Dem Titel gemäß widmete sich Mayer in seiner Arbeit verschiedenen Formen der Auslandsaktivitäten deutscher Kommunen: beginnend mit den Städtepartnerschaften und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene über die Aktivitäten der deutschen Kommunen in den Europäischen Gemeinschaften und internationalen Städte-Organisationen bis hin zur Einbindung deutscher Kommunen in die internationalen Kulturkontakte und die Entwicklungshilfe. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit definierte er als spezielle Form der Zusammenarbeit, die einen bestimmten Raum (Grenzgebiet) betrifft und spezifische Aufgaben umfasst, womit sie sich von den Städtepartnerschaften unterscheidet<sup>123</sup>. Diese sollten nach Meinung des Autors richtig als »kommunale Auslandsbeziehungen« und nicht als »kommunale Außenpolitik« oder »auswärtige Angelegenheiten« bezeichnet werden<sup>124</sup>.

Mayer kam zu dem Schluss, dass die Städte und Gemeinden das Recht hätten, »sowohl vertragliche als auch rechtlich nicht bindende, faktische Auslandsbeziehungen« zu knüpfen und ebenso mit ihren Pendanten im gemeinsamen Grenzgebiet zusammenzuarbeiten<sup>125</sup>. Er betonte jedoch, dass für sie weiterhin die Legislative des Heimatstaates und nicht das internationale Recht bindend sei. Die Schließung von Kommunalpartnerschaften betrachtete er nicht als Eingriff in die Kompetenzen der bundesdeutschen Außenpolitik. In diesem Zusammenhang merkte er an, dass die deutschen Kommunen nur die Freiheit nutzten, die ihnen in außenpolitischen Angelegenheiten durch die Verfassung gegeben sei und die in dieser Hinsicht in den 1980er Jahren die großzügigste in ganz Westeuropa war<sup>126</sup>.

---

121 Dieter BLUMENWITZ, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen im Lichte des Staats- und Verfassungsrechts, Bonn 1980.

122 MAYER, Auslandsbeziehungen deutscher Gemeinden.

123 Ebd., S. 38f.

124 Ebd., S. 2f.

125 Ebd., S. 444.

126 Ebd., S. 447.

Die eigentlichen Partnerschaftsverträge waren nach Ansicht Mayers rechtlich nicht bindend. Dennoch herrschte ein gewisser Unterschied zwischen den Verträgen, die von deutschen Kommunen mit ihren westeuropäischen Partnern auf der einen und mit Städten des Ostblocks auf der anderen Seite geschlossen worden waren. Im ersten Fall könne, wenn der Text vor allem eine Erklärung der moralischen und politischen Ziele enthalte und jegliche Kontroll- oder Sanktionsmechanismen vermissen lasse, nicht einmal von einem sog. Nichtrechtsvertrag gesprochen werden. Im zweiten Fall dagegen seien die Bedingungen für einen Nichtrechtsvertrag erfüllt gewesen – durch die Art und Weise, wie der Vertrag ausgehandelt wurde, durch seine Struktur und seine begrenzte Gültigkeit<sup>127</sup>.

Den juristischen Aspekten der Außenpolitik auf kommunaler Ebene widmete sich Ende der 1980er Jahre auch Horst Christoph Heberlein<sup>128</sup>. In Einklang mit der Definition von Blumenwitz verstand er unter dem Begriff der kommunalen Außenpolitik sowohl die Beziehungen zwischen Städten und Gemeinden aus verschiedenen Staaten als auch die Haltung der Kommunen gegenüber der Außenpolitik der eigenen Regierung<sup>129</sup>. Unter Berufung auf die öffentlich-rechtliche Körperschaftsstruktur zählte Heberlein alle kommunalen Gebietskörperschaften, d.h. Städte und Gemeinden, Landkreise und regionale Gemeindeverbände, zu den kommunalen außenpolitischen Akteuren<sup>130</sup>. Die Gebietskörperschaften hatten nach Ansicht des Autors nur zu denjenigen Auslandsaktivitäten eine Berechtigung, welche die örtliche Gemeinschaft betrafen. In diese Kategorie fielen die Kommunalpartnerschaften, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder die Partnerschaften mit Entwicklungsländern<sup>131</sup>.

Der Blick der Juristen auf die deutsch-französischen Städte- oder Gemeindepartnerschaften änderte sich auch nach dem Jahr 1990 nicht. Etwaige Forschungen konzentrierten sich daher auf Themen, die in juristischer Hinsicht strittig waren und bei denen ein realer Klärungsbedarf bestand. Am häufigsten handelte es sich um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und um die praktische Kooperation der unteren Gebietskörperschaften. Als Beispiel seien komparative Studien zu der entsprechenden deutschen oder französischen Legislative oder Analysen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vom Standpunkt des deutschen Verfassungsrechts angeführt<sup>132</sup>.

127 Ebd., S. 148f. u. 159f.

128 Horst Christoph HEBERLEIN, *Kommunale Außenpolitik als Rechtsproblem*, Köln 1989.

129 Ebd., S. 3.

130 Ebd., S. 4.

131 Ebd., S. 131.

132 Frank PAUL, *Internationale Partnerschaften zwischen lokalen Gebietskörperschaften nach deutschem und französischem Recht*, Aachen 1993; Markus KOTZUR, *Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Der Beitrag von Art. 24 Abs. 1a GG zu einer Lehre vom kooperativen Verfassungs- und Verwaltungsstaat*, Berlin 2004.



## 5. Die kulturwissenschaftliche Perspektive

Für Wissenschaftler, die sich mit der Kultur im weiteren Sinne beschäftigen, stellen die deutsch-französischen Beziehungen ein hoch interessantes Thema dar. So untersuchen sie die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur in historischer Perspektive wie auch auf Basis gegenwärtiger Aktivitäten, auf theoretischer wie praktischer Ebene<sup>133</sup>. Aufmerksamkeit wurde, wiewohl nur am Rande, auch den Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen zuteil.

Einen etwas ungewöhnlichen Beitrag zu diesem Thema verfasste 1983 Hans-Günther Brüske, der spätere Programmdirektor des Saarländischen Rundfunks<sup>134</sup>. Obwohl Brüskes Text sehr kurz war und nicht den Charakter einer wissenschaftlichen Studie hatte, verdient er aufgrund seiner Konzeption Beachtung. Im Unterschied zu Beiträgen, die früher aus Anlass des Jahrestages des Élysée-Vertrags erschienen waren und vor allem einen feierlichen Charakter hatten, war dieser Text sehr kritisch konzipiert, und zwar in Form von zwölf »provokanten Thesen«. Brüske, der sich auf persönliche Erfahrungen stützte, beschäftigte sich sowohl mit der Rolle der örtlichen Selbstverwaltung im Rahmen der deutsch-französischen Partnerschaften als auch mit möglichen negativen Aspekten dieser Zusammenarbeit.

Der Ausgangspunkt von Brüskes Überlegungen war die Feststellung, dass der Friede zwischen Deutschen und Franzosen zu Beginn der 1980er Jahre als Selbstverständlichkeit betrachtet werde. Die jungen Bürger beider Staaten fühlten somit nicht das Bedürfnis, sich gegenseitig besser kennenzulernen und anzunähern, geschweige denn sich in der Kooperation mit der Partnergemeinde zu engagieren. Infolgedessen bleibe die Pflege der Partnerschaftskontakte in den Händen der mittleren und älteren Generation. Der Autor warnte zugleich vor einer Unterschätzung der Kontakte zwischen den offiziellen Repräsentanten der Partnerkommunen, denn den »offiziellen Tourismus«

---

133 Vgl. dazu etwa die folgenden Arbeiten: Joana ARDIZZONE/Bérénice MANAC'H/Dieter MENYESCH, *Relations culturelles franco-allemandes depuis 1945. Bibliographie sélective 1991–2000/Deutsch-französische Kulturbeziehungen seit 1945. Auswahlbibliographie 1991–2000*, Stuttgart 2001; Andréas RITTAU, *Interaction Allemagne-France. Les habitudes culturelles d'aujourd'hui en questions*, Paris 2003; Ulrich PFEIL, *Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert: ein institutionengeschichtlicher Ansatz*, München 2007; COLIN u.a. (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen*; Christiane SOLTE-GRESSER/Hans-Jürgen LÜSEBRINK/Manfred SCHMELING (Hg.), *Zwischen Transfer und Vergleich. Theorien und Methoden der Literatur- und Kulturbeziehungen aus deutsch-französischer Perspektive*, Stuttgart 2013 (Vice Versa. Deutsch-französische Kulturstudien 5).

134 Hans-Günther BRÜSKE, *Provokante Thesen zum Thema »Deutsch-französische Städtepartnerschaften«*, in: Ders. (Hg.), *Städtepartnerschaften. Kulturelle Beziehungen*, Bonn 1983 (Transnational 21), S. 38f.

betrachtete er als unerlässlich für die Entwicklung der Zusammenarbeit<sup>135</sup>. Die kommunale Selbstverwaltung forderte er dabei auf, keine bloße »Bank« mehr zu sein, welche die partnerschaftlichen Aktivitäten finanziere, sondern sich vielmehr an der Zusammenarbeit aktiv zu beteiligen.

Einen etwaigen Konflikt zwischen den Partnerkommunen bewertete Brüske als nichts Tragisches. Er erblickte im Gegenteil in einem gelösten Konflikt das Potenzial für eine mögliche Belebung der Kontakte. Hinsichtlich der langfristigen Auswirkungen der Partnerschaften äußerte er sich allerdings eher skeptisch: So meinte er, dass die Kommunalpartnerschaften nicht zu einer »Vermischung« der Völker beitragen und dass sie darüber hinaus nur einen lokal oder regional begrenzten Blick auf das Nachbarland vermittelten<sup>136</sup>. Hier verkannte Brüske allerdings die Bedeutung, die persönliche, lokal begrenzte Erfahrungen für das Verständnis des Ganzen haben. Zum Ende seiner Thesen warnte der Autor davor, durch die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich das Misstrauen der Nachbarstaaten zu schüren, um nicht auf diese Weise die europäische Integration zu untergraben.

Ungefähr zehn Jahre nach der Veröffentlichung von Brüskes kritischem Beitrag widmete sich Bettina Fieber den kulturellen Aspekten der Kommunalpartnerschaften<sup>137</sup>. Sie beschränkte ihre Forschung auf kleine Gemeinden im Landkreis Mainz-Bingen, für welche die Kommunalpartnerschaften das einzige Instrument internationaler Beziehungen darstellen, mit dem sie disponieren können<sup>138</sup>. Im Unterschied zu den Politologen oder Historikern beschäftigte sie sich nicht mit dem Wandel der Partnerschaften über die Zeit, sondern konzentrierte sich auf die Einstellung der örtlichen Bevölkerung zu den Kommunalpartnerschaften und auf die Rückwirkung dieser Zusammenarbeit auf das Leben in der jeweiligen Gemeinde.

Obwohl Fieber die gleichen Forschungsmethoden wie ihre Vorgänger anwandte (Fragebogenuntersuchungen, Interviews und das Studium von Archivquellen), betrachtete sie das Thema aus einer anderen Perspektive. Wurde bisher hauptsächlich auf die Absenz der jungen Generation unter den Teilnehmern der Partnerschaftsaktivitäten hingewiesen, bot Fieber eine Charakteristik derjenigen Personen, die sich aktiv an der partnerschaftlichen Zusammenarbeit beteiligten. Deren Altersdurchschnitt und

---

135 Ebd., S. 38.

136 Ebd., S. 39.

137 Bettina FIEBER, Internationale Gemeindepartnerschaften. Kulturaustausch und seine Wirkungen in europäischen Landgemeinden, Trier 1995.

138 Ebd., S. 2. Die Wahl des Landkreises Mainz-Bingen hing wohl damit zusammen, dass die Dissertation an der Universität Mainz entstand, wobei Mainz wie auch das ganze Land Rheinland-Pfalz seit den 1950er Jahren enge Kontakte mit Burgund unterhalten. Beide Regionen bemühen sich seit langem darum, möglichst viele Städte und Gemeinden in diese Zusammenarbeit einzubinden.

sozioökonomischer Status unterscheiden sich von der Mehrheit der Einwohnerschaft vor Ort: Das Alter bewegt sich zwischen 45 und 60 Jahren, Bildungsniveau und Fremdsprachenkenntnisse sind überdurchschnittlich, in der Regel arbeiten sie als Angestellte oder Staatsbeamte und häufig handelt es sich um Neuansiedler<sup>139</sup>. Die Autorin verwies mit ihrer Forschung unbeabsichtigt auch auf die komplizierte Beziehung zwischen Neu- und Altbürgern, die zum Beispiel in der Vorliebe für unterschiedliche Vereine deutlich sei<sup>140</sup>. Anders als die Politologen schrieb Fieber einer vergleichbaren Größe und Struktur der Partnergemeinden eine große Bedeutung zu<sup>141</sup>. Zugleich wies sie auf die Tatsache hin, dass eine Kommune mit einer geringen Einwohnerzahl in der Regel kein großes Interesse an einer eventuellen weiteren Partnerschaft zeigt. Der Grund dafür seien die begrenzten Finanzmittel sowie die Befürchtung, dass sich in der Gemeinde nicht genügend Interessenten für die Aktivitäten mit zwei Partnern finden könnten<sup>142</sup>. Da die Autorin das Thema aus einer lokalen Mikroperspektive betrachtete (und nicht aus der Makroperspektive der internationalen Beziehungen), gelangte sie zu dem Schluss, dass »die Partnergemeinden [...] Funktionen [erfüllen], die zuvor ausschließlich von den Nachbargemeinden übernommen wurden«<sup>143</sup>.

Am Ende dieses kulturwissenschaftlichen Überblicks soll wenigstens kurz die Studie des renommierten amerikanischen Kulturgeographen Wilbur Zelinsky vom Anfang der 1990er Jahre erwähnt werden<sup>144</sup>. Sein Text ermöglichte es, die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen in einem breiteren, außereuropäischen Kontext zu betrachten. Der Autor charakterisiert die Städtepartnerschaften als Erscheinung einer miteinander vernetzten globalen Gesellschaft (*interactive planetary society*), der fast überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt werde – im Unterschied zur globalisierten Ökonomie und Ökologie<sup>145</sup>.

Zelinsky präsentierte in seiner Studie die historische Entwicklung der Kommunalpartnerschaften, ihre geographische Verteilung und die entscheidenden Faktoren für ihre Existenz. Als Primärquelle benutzte er die Datenbank des WPS sowie Übersichten der amerikanischen Organisation *Sister Cities International*<sup>146</sup>. Während die erste Quelle von europäischen Autoren

---

139 Ebd., S. 201.

140 »In nur wenigen Vereinen mischen sich Altbewohner und Neubürger, so in Sportvereinen«.  
Ebd., S. 11.

141 Ebd., S. 200.

142 Ebd., S. 203.

143 Ebd., S. 201.

144 Wilbur ZELINSKY, *The Twinning of the World: Sister Cities in Geographic and Historical Perspective*, in: *Annals of the Association of American Geographers* 81 (1991), S. 1–31.

145 Ebd., S. 2.

146 Die Datenbank des WPS verzeichnete damals die meisten Kommunalpartnerschaften in Frankreich, dann in der Bundesrepublik und schließlich in den USA, siehe ebd., S. 12. Der

durchaus gelegentlich genutzt wurde, war die amerikanische Datenbank in der europäischen Literatur bis dahin überhaupt nicht präsent. Daneben arbeitete der Autor vor allem mit der englischsprachigen Literatur, wenngleich er auch die wichtigsten deutschen Arbeiten zitierte. Für den europäischen Leser waren sowohl die Erkenntnisse über die Partnerstädte auf dem amerikanischen und asiatischen Kontinent interessant als auch die Anwendung des Zentrum-Peripherie-Modells auf die kommunale Zusammenarbeit. Zelinsky gelangte zu dem Schluss, dass Gebiete mit einem höheren sozioökonomischen Entwicklungsstand eine höhere Zahl von Partnerschaften aufweisen. Dieses Modell gelte auch im internationalen Maßstab<sup>147</sup>. Da Zelinsky jedoch nur von der Anzahl der Partnerschaften in einer gegebenen administrativen Einheit ausging, ohne deren Bevölkerungszahl oder die Anzahl der jeweiligen Kommunen zu berücksichtigen, besitzen seine Thesen nur begrenzte Gültigkeit.

## 6. Die Perspektive der praktischen Anwendung

Die letzte Gruppe der analysierten Arbeiten bilden Texte, die für Praktiker der kommunalen Partnerschaften bestimmt sind. Einige dieser Publikation näherten sich wissenschaftlichen Studien dadurch, dass sie sich auf die Ergebnisse der Forschung stützen; sie lassen jedoch in der Regel eine genügende theoretische und methodische Verankerung, manchmal sogar auch klare Beschlüsse vermissen. Je nach Ausrichtung können wir drei Texttypen unterscheiden: zum einen allgemeine Handbücher zur kommunalen Kooperation als Ganzes (d.h. von der Suche einer Partnergemeinde über den Abschluss einer Partnerschaft bis hin zur weiteren Entfaltung der Zusammenarbeit); zweitens Texte, die sich mit der Kontaktaufnahme zwischen den Jugendlichen aus den Partnerkommunen beschäftigen; und drittens Lehrbücher der Sprache, die in der Partnergemeinde gesprochen wird.

Einer der ersten Autoren, die sich an die Leser aus den Reihen der Organisatoren und Teilnehmer der Kommunalpartnerschaften wandten, war Johannes Sticker, der beim Schreiben aus eigenen Erfahrungen im rheinischen Nievenheim schöpfte<sup>148</sup>. Sein relativ schmales Buch erreichte sogar zwei Auflagen, und es ist wahrscheinlich, dass es mit seinem Titel »Kommunale Außenpolitik« zur allgemeinen Verbreitung dieses Begriffs beigetragen hat. Die Erlebnisse Stickers aus dem Zweiten Weltkrieg und vor allem sein

---

WPS (*United Towns Organisation*, UTO) ist heute Teil der Vereinigten Städte und lokalen Gebietskörperschaften (*United Cities and Local Governments*, UCLG).

147 Ebd., S. 28.

148 STICKER, *Kommunale Außenpolitik*, S. 9f.

mehnjähriger Aufenthalt in Frankreich mit dem Status eines Kriegsgefangenen machen ihn zum Vertreter der ältesten Gründergeneration der deutsch-französischen Partnerschaften auf lokaler Ebene<sup>149</sup>.

Unter dem Eindruck der Kriegsergebnisse begriff Sticker die Partnerschaften deutscher und französischer Kommunen vor allem als Weg zur Freundschaft zwischen ihren Bewohnern<sup>150</sup>. Dank seiner langjährigen Erfahrung mit der realen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene waren seine Vorstellungen nicht von allzu großer Naivität gekennzeichnet. Darüber hinaus konnte er dank der sieben Jahre, die seit der Erstausgabe vergangen waren, in der zweiten Ausgabe dem steigenden Gefühl Ausdruck verleihen, dass die Kooperation neue Impulse brauche, und Probleme identifizieren, mit denen die Verfechter der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften immer häufiger konfrontiert wurden. Zu diesen Schwierigkeiten zählten die zu große Entfernung zwischen den kooperierenden Kommunen, die Unkenntnis der Sprache des Partners oder ungenügende Finanzmittel<sup>151</sup>. Er legte daher – im Unterschied zu vielen Autoren ohne praktische Erfahrungen auf diesem Gebiet – großes Gewicht auf die Persönlichkeiten der Hauptorganisatoren, die er als die »treibende Kraft« (*cheville ouvrière*) der Zusammenarbeit bezeichnete<sup>152</sup>. Zugleich betonte er die Wichtigkeit privater Kontakte, die es ermöglichten, die Partnerschaft aus den offiziellen Organisationsstrukturen und öffentlichen Haushalten auszugliedern<sup>153</sup>. Gerade die Unterschiede in der Höhe der Haushalte der Partnerstädte und -gemeinden nahm er als eines der größten Probleme wahr – viel größer als eine zu große Entfernung zwischen den kooperierenden Kommunen<sup>154</sup>.

Eine größere Distanz zum Thema ist deutlich in dem Text von Holger Mirek, einem weiteren Vertreter von Rudolf Hrbeks Schule in Tübingen<sup>155</sup>. Das Ziel von Mireks Arbeit war es, den qualitativen Charakter der Kommunalpartnerschaften zu untersuchen und einen »Leitfaden für Praktiker« zu erstellen<sup>156</sup>. Der Autor ging bei der Bearbeitung des Themas von einigen Gegebenheiten aus. Zunächst unterstrich er die Bedeutung der persönlichen Kontakte und die Unterbringung in Familien als Instrument, um das Alltagsleben im Partnerland kennenzulernen. Als großes Positivum für

---

149 Seine Erinnerungen an die Zeit der Gefangenschaft verarbeitete der Autor auch literarisch, vgl. Johannes STICKER, *Moi, Johannes Sticker, prisonnier allemand en Bretagne: 1945–1947. Un avenir précoce*, Sables-d’Or-les-Pins 2006.

150 Ebd., S. 10.

151 Ebd., S. 22 u. 92–94.

152 Ebd., S. 23.

153 Ebd., S. 28.

154 Ebd., S. 28 u. 36.

155 Holger MIREK, *Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften. Ein Leitfaden für Praktiker*, Kehl am Rhein 1984.

156 Ebd., S. IX.

die Zusammenarbeit betrachtete er die personelle Kontinuität – sowohl in der kommunalen Selbstverwaltung als auch in den Reihen der Organisationen – und den Konsens zwischen diesen Gruppen in der jeweiligen Gemeinde. Großen Wert legte er ebenso auf den demokratischen Zugang zu Finanzbeiträgen<sup>157</sup>. Schließlich identifizierte er vier »sozialpsychologische« Faktoren, die sich in der deutsch-französischen Partnerschaft widerspiegeln: den Zweiten Weltkrieg, französische Befürchtungen vor einem »reichen« deutschen Nachbarn, die deutsche Angst vor einer Zusammenarbeit mit den französischen Kommunisten und schließlich die Frage, ob und wie Einwohner in die Kommunalpartnerschaften eingebunden werden können, die Bürger eines dritten Staates sind<sup>158</sup>.

Mireks Schlussfolgerungen hatten einen doppelten Charakter. Auf der einen Seite hoben sie die positiven Folgen der kommunalen Zusammenarbeit hervor, auf der anderen Seite wiesen sie jedoch auf deren Unzulänglichkeiten oder Misserfolge hin. Eine ähnliche Position (mit einer größeren Betonung der Negativa) war auch in dem bereits erwähnten Beitrag von Brüske und in weiteren Arbeiten aus dieser Zeit zu beobachten<sup>159</sup>. Man kann sich deswegen des Eindrucks nicht erwehren, dass der 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags 1983 einen differenzierteren Blick auf die Kooperation von Städten und Gemeinden brachte, der bis dahin als unangemessen betrachtet worden wäre.

Mirek selbst wies auf einige Diskrepanzen zwischen den Erwartungen, die die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit ursprünglich geweckt hatte, und ihrer tatsächlichen Umsetzung hin. Beispielsweise erachtete er die Überwindung der nationalen Muster als sehr schwierig, und zwar auch im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit<sup>160</sup>. Schwierigkeiten waren auch mit den schulischen Austauschprogrammen zwischen den Schulen verbunden, die – sofern sie nicht richtig genutzt wurden – nach Meinung Mireks die ursprünglich negativen Ansichten eher verfestigen als zu ihrem Abbau beitragen konnten<sup>161</sup>. Der Autor machte auch auf den teilweisen Widerspruch zwischen dem Text der Partnerschaftsverträge und der realen Gestaltung der Partnerschaft aufmerksam:

---

157 Ebd., S. 2f.

158 Ebd., S. 13f.

159 Vgl. z.B. TREFFER, *Kommunale Partnerschaften und Jugendaustausch*, S. 45.

160 Ebd., S. 7.

161 Ebd., S. 65f.

Zwar enthalten alle Partnerschaftsurkunden normative Zielsetzungen allgemeiner politischer Natur (Europäische Einigung, Völkerverständigung, Friedenssicherung), jedoch finden diese Zielsetzungen in der Regel keinen Eingang in konkrete Begegnungsprogramme<sup>162</sup>.

Auch in den 1990er Jahren erschienen weiterhin Titel mit praktischem Bezug. Einen Verdienst daran hatte nicht zuletzt die Herausgebertätigkeit des französischen Außenministeriums und der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union. Das Interesse an derartigen Publikationen wurde wohl vor allem durch die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen west- und osteuropäischen Kommunen wie auch durch die zunehmende Bedeutung der unteren (Selbst-)Verwaltungsebenen ausgelöst. Auf deutscher Seite betätigte sich in diesem Bereich vor allem das Bonner Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ), namentlich Dietmar M. Woesler. Mitte der 1990er Jahre publizierte er ein Buch, das sich auf eine Untersuchung stützte, die in mehr als hundert deutschen Städten und Gemeinden durchgeführt worden war<sup>163</sup>. Das Ziel war es gewesen, herauszufinden, wie sich die Partnerschaften mit ihren französischen Pendanten entwickelten, ob sich unter ihren Partnern auch Kommunen aus dem ehemaligen Ostblock (einschließlich der neuen Bundesländer) befanden und wenn ja, ob in diese Zusammenarbeit auch der französische Partner eingebunden wurde<sup>164</sup>. In seiner Gesamteinschätzung schloss sich Woesler denjenigen Autoren an, die sich nicht scheuten, die möglichen Schwächen der kommunalen Partnerschaften beim Namen zu nennen:

Zu lange haben sich Partnerschaften damit begnügt, gute Freunde möglichst festlich zu empfangen. [...] Diese Art von ›Sonntagspartnerschaften‹ ist zwar ungemein wichtig für die grundsätzliche Verständigung [...]. Was die Partnerschaften ihren Namen eigentlich erst verdienen lässt, ist, Alltagswirklichkeiten sich mitzuteilen und daran zu partizipieren<sup>165</sup>.

Drei Jahre später publizierte Woesler wiederum ein ähnliches, allerdings geographisch breiter angelegtes Handbuch<sup>166</sup>. Aus der Übersicht der Partnerschaftsaktivitäten, die der Autor zusammenstellte, wird deutlich, dass

---

162 Ebd., S. 8.

163 Dietmar M. WOESLER (Hg.), *Deutsch-französische Städtepartnerschaften. Beispiele zur Entwicklung der Partnerschaften in den neuen Bundesländern und in Mittel-/Osteuropa*, Bonn 1995.

164 Ebd., S. 5.

165 WOESLER (Hg.), *Deutsch-französische Städtepartnerschaften*, S. 23.

166 Dietmar M. WOESLER, *Städtepartnerschaften in der Praxis. Handbuch für Städte- und Schulpartnerschaften*, Bonn 1998.

die Kommunalpartnerschaften in dem halben Jahrhundert ihrer Existenz bestimmte Veränderungen erfahren hatten. Obwohl die Schulpartnerschaften und der Jugendaustausch eine Konstante der gegenseitigen Kontakte blieben, wurde in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein größeres Gewicht auf die Kooperation im Bereich der Umwelt, Wirtschaft und Entwicklungshilfe sowie auf die Begegnung zwischen Senioren oder gesundheitlich beeinträchtigten Bürgern gelegt. Eine Neuigkeit war auch, dass die aus der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gewonnenen Erfahrungen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhten<sup>167</sup>.

Eine Vorstellung über die französische Variante derartiger Handbücher können aus dem »Führer« gewonnen werden, der auf Initiative des französischen Außenministeriums zusammengestellt wurde<sup>168</sup>. Die Publikation wurde mit dem Ziel herausgegeben, die internationale Zusammenarbeit der unteren Gebietskörperschaften (*coopération décentralisée*) zu unterstützen<sup>169</sup>. Sie vermittelte deswegen hauptsächlich Informationen zu der Geschichte, den Motiven, dem rechtlichen Rahmen sowie den möglichen Formen der sog. dezentralisierten Zusammenarbeit und machte den Leser zugleich mit weiteren Informations- und Finanzquellen vertraut.

Der französische Text unterschied sich von den deutschen Publikationen gleich auf den ersten Blick durch eine bessere graphische Bearbeitung. Er wies aber außerdem noch drei wesentliche inhaltliche Unterschiede auf. Erstens fehlte eine auf empirischen Daten fußende Analyse. Zweitens waren die europäischen Städte- und Gemeindepartnerschaften in der ganzen Arbeit nur ein Randthema; das Hauptaugenmerk galt vielmehr den internationalen Aktivitäten auf Ebene der Departements und Regionen. Die Autoren erkannten zwar die Vorreiterrolle der Kommunalpartnerschaften an<sup>170</sup>, aktuelle Hinweise auf die kommunale Zusammenarbeit betrafen aber fast ausschließlich Städte und Gemeinden aus Entwicklungsländern. Im europäischen Kontext wurde darüber hinaus die Kooperation zwischen Kommunen vor allem mit dem Kulturbereich in Verbindung gebracht. Der letzte Unterschied bestand in der Anonymität des Textes. Während die deutschen Handbücher mögliche Formen der Zusammenarbeit am Beispiel konkreter Partnerschaften aufzeigten, fehlten namentliche Hinweise im französischen Text gänzlich.

---

167 Ebd., S. 7.

168 Ministère des Affaires étrangères (Hg.), Guide de la coopération décentralisée. Échanges et partenariats internationaux des collectivités territoriales, Paris 2000.

169 Die *coopération décentralisée* wird in der Publikation definiert als »l'ensemble des actions de coopération internationale menées entre une ou plusieurs collectivités territoriales (régions, départements, communes et leurs regroupements) et une ou plusieurs autorités locales étrangères dans un intérêt commun«, siehe ebd., S. 9.

170 Im Text ist wörtlich die Rede von »pionnières de la coopération décentralisée«. Ebd., S. 15.



Das letzte, wiederum anders angelegte Handbuch für die Zusammenarbeit von Kommunen aus verschiedenen Staaten legte Barbara Lücke im Auftrag der europäischen Institutionen vor<sup>171</sup>. Genauso wie die vorherigen Texte bot sie den Lesern Ratschläge, wie sie bei Abschluss und der weiteren Entwicklung der Partnerschaft vorgehen sollten (einschließlich des Mustertextes eines Partnerschaftsvertrages)<sup>172</sup>, und gab Hinweise auf Förderinstitutionen. Der Unterschied zu den anderen Handbüchern bestand darin, dass Lückes Publikation für Leser aus verschiedenen Staaten bestimmt war<sup>173</sup>.

Die zweite Gruppe praktisch ausgerichteter Publikationen war der Entwicklung von Kontakten zwischen jungen Deutschen und Franzosen gewidmet. Die Förderung dieser Zusammenarbeit wurde direkt im Élysée-Vertrag verankert, und noch im Jahr 1963 erfolgte zu diesem Zweck die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Die Repräsentanten des DFJW rechneten zu dem Instrumentarium, das zur Annäherung junger Deutscher und Franzosen beitragen sollte, auch die kommunale Zusammenarbeit. Anfangs konnten die Partnergemeinden vor allem für die Kooperation zwischen Schulen oder für Begegnungen von Jugendvereinen finanzielle Unterstützung erhalten. Nach und nach wurde diese Förderung ausgebaut und teilweise in die Vermittlung von Informationen umgewandelt – sowohl in Form von Schulungen als auch in Form von Buchpublikationen<sup>174</sup>. Das DFJW verglich systematisch die Ansichten der jüngsten Generation in Deutschland und Frankreich, stellte neue Wege vor, wie diese Bevölkerungsgruppe für die bilaterale Zusammenarbeit gewonnen werden könnte, und beriet die erwachsenen Organisatoren in Bezug auf die Jugendarbeit<sup>175</sup>.

---

171 Barbara LÜCKE (Hg.), Ein Europa der Städte und Gemeinden. Handbuch für Städtepartnerschaften, Luxemburg 1997.

172 Ebd., S. 256f.

173 Dank der Verbreitung des Internets haben die oben zitierten Publikationen ihre Nachfolger in der Regel nur in elektronischer Form. Siehe die Webseite der deutschen Sektion des RGRE, in: URL: <<http://www.rgre.de/partnerschaftsarbeit.html>>; Homepage der französischen *Commission nationale de la coopération décentralisée*, in: URL: <<https://pastel.diplomatie.gouv.fr/cncdext/dyn/public/login.html>>; Webseite der europäischen Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA), in: URL: <[http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/action1\\_measure1\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/action1_measure1_en.php)> (alle 14.08.2014).

174 Eine umfangreiche Auswahlbibliographie der vom Deutsch-Französischen Jugendwerk herausgegebenen Texte findet sich bei Hans Manfred Bock (Hg.), Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, Opladen 2003, S. 327–332.

175 Siehe z.B. DFJW (Hg.), Städtepartnerschaften und Jugendaustausch: Informationen und Anregungen für Verantwortliche von Austauschprogrammen zwischen Partnerstädten und zwischen örtlichen Jugendgruppen, Bad Honnef 1981. Leider existiert von dieser Publikation keine aktualisierte Auflage, auch wenn sie sicher Abnehmer gefunden hätte – zumindest in den neuen Bundesländern. Informationen über die Tätigkeit des DFJW im Bereich der Kommunalpartnerschaften in den letzten Jahren können aus seinem Bulletin gewonnen werden.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre beschäftigte sich auch Gerd Treffer, der auf breite Erfahrungen aus dem bayerischen Ingolstadt zurückgreifen konnte, mit dem Jugendaustausch zwischen den Partnerkommunen<sup>176</sup>. Dem Leser bot er deswegen eine sachliche Bewertung dieses Bereichs der Zusammenarbeit wie auch realisierbare Vorschläge für deren Vertiefung: »Es kann nicht Ziel des Austausches sein, vom Erzfeind zum Erzfreund zu kommen, zur kritiklosen, von jeder eigenen Kenntnis unbeleckten Pro-Einstellung«<sup>177</sup>. Zugleich wies er auf die unkritische Haltung hin, mit der die politischen Repräsentanten den Kommunalpartnerschaften begegneten: Auf der einen Seiten verbänden sie mit ihnen große Ziele, auf der anderen Seite hätten sie jedoch keine konkrete Vorstellung davon, wie diese erreicht werden könnten<sup>178</sup>. Dennoch zog Treffer die Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaften keineswegs in Zweifel, sondern unterstrich vielmehr deren Vorbildrolle: »Sie haben die Effizienz der Partnerschaften *als Methode* [Hervorhebung im Original] unter Beweis gestellt: als Weg zur Verständigung über breit angelegten Austausch von Bürgern«<sup>179</sup>.

Die letzte, etwas unkonventionelle Gruppe bilden im Bereich der praktisch orientierten Texte die Sprachlehrbücher, die als Hilfsmittel für die Kommunikation bei den Partnerschaftstreffen konzipiert wurden. Die Lehrbücher richten sich in der Regel an die Schüler der Sekundarstufen I und II oder an erwachsene Hörer der Volkshochschulen.

Das erste hier vorgestellte Lehrbuch wurde Mitte der 1980er Jahre von Hans Bächle verfasst<sup>180</sup>, dem späteren stellvertretenden Schulleiter des Deutsch-Französischen Gymnasiums in Saarbrücken. Der Text wurde für erwachsene Anfänger konzipiert, die mit der Partnerfamilie aus Frankreich zumindest eine Basiskommunikation anstreben. Für jüngere Nutzer, konkret für die Schüler der letzten Jahrgänge der weiterführenden Schulen, war das Lehrbuch von Frank Springer aus dem Jahr 1990 bestimmt<sup>181</sup>. Der Text wurde wiederum auf Basis der pädagogischen Erfahrungen des Autors zusammengestellt und stellte an die Schüler wesentlich größere sprachliche und analytische Anforderungen als Bächles Buch. Die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften, die schon im Titel des Lehrbuchs

---

Vgl. etwa OFAJ/DFJW (Hg.), Infobrief – Städtepartnerschaften, Januar 2012, H. 38, in: URL: <[http://www.dfjw.org/sites/default/files/ofaj\\_ldi\\_38\\_def-Internet.pdf](http://www.dfjw.org/sites/default/files/ofaj_ldi_38_def-Internet.pdf)> (15.01.2014).

176 TREFFER, Kommunale Partnerschaften und Jugendaustausch.

177 Ebd., S. 48.

178 Ebd., S. 45.

179 Ebd., S. 13.

180 HANS BÄCHLE, *Bienvenue chez nous! Eine Sprachmethode zur Förderung von Städtepartnerschaften*, Frankfurt a. M. 1986. Siehe auch *Bienvenue chez nous. Neuartiger Sprachkurs zur Städtepartnerschaft*, in: *Europa Kommunal* 10 (1986), H. 1, S. 22

181 FRANK SPRINGER, *Les jumelages franco-allemands. Une contribution à l'intégration européenne?*, München 1990.

Erwähnung fanden, wurden auf der Basis verschiedener Texte und Illustrationen (einschließlich zeitgenössischer Dokumente) mit dem Ziel vorgestellt, eine Diskussion zu dem Thema anzuregen. Die Bedeutung der bilateralen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene sollte durch Rückblicke auf die Hauptmomente der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Jahr 1945 veranschaulicht werden. Gewissermaßen handelte es sich damit um einen Vorläufer des 2006 erschienenen gemeinsamen deutsch-französischen Lehrbuchs der Nachkriegsgeschichte<sup>182</sup>.

## 7. Zusammenfassung

Die vorstehende Analyse zeigte, dass die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften das Interesse der Experten gleich mehrerer geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen auf sich ziehen konnten. Dank dieser Tatsache wurde zu dem Thema eine Reihe von Teilstatistiken und empirischen Daten zusammengetragen, deren Auswertung in den zitierten Titeln erfolgte. Die so gewonnenen Informationen geben detailliert Auskunft über die Situation zum Zeitpunkt der Forschung, erfassen jedoch vielfach nicht die Veränderungen, welche die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene im Laufe der Jahre erfahren hat. Besondere Erwähnung verdienen deswegen jene Autoren, die sich nicht mit der statischen Auswertung des untersuchten Phänomens begnügten, sondern dieses vielmehr in einen breiteren Zeit-, Problem- und Raumkontext einbetteten. Konkret handelt es sich um die Politologen Grunert und Wagner, die Historiker Bautz und Defrance sowie den Kulturgeographen Zelinsky, deren Arbeiten die Basisliteratur zu diesem Thema darstellen.

Es ist nicht gerade üblich, dass sich Experten verschiedener Fächer parallel mit demselben Thema beschäftigen. Noch ungewöhnlicher ist eine Situation, in der die Forscher in dessen abschließender Bewertung übereinstimmen. Im Fall der deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften ist jedoch ein solcher Konsens zu beobachten: Unter den Autoren herrscht die eindeutige Überzeugung vor, dass die kommunale Zusammenarbeit positive Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik hatte und bis heute hat.

Daneben gibt es jedoch auch eine Reihe von strittigen Themen, zu denen sich Wissenschaftler wie interessierte Öffentlichkeit seit den 1960er Jahren äußern. Eine Kontroverse gibt es beispielsweise bezüglich der Frage, ob und

---

182 Guillaume LE QUINTREC/Peter GEISS (Hg.), *Histoire/Geschichte: Europa und die Welt seit 1945*, Stuttgart 2006; dies., *Histoire/Geschichte: L'Europe et le monde depuis 1945*, Paris 2006.

wenn ja, in welchem Maße die Kommunalpartnerschaften von der Entwicklung der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen abhängig waren. Einige Autoren diskutieren ferner, ob die Partnerschaften zwischen den deutschen und französischen Kommunen die Voraussetzung für den Abschluss des Élysée-Vertrags waren. Ein Gegner dieser These ist zum Beispiel Grunert, der vielmehr davon ausgeht, dass der Élysée-Vertrag auch ohne eine funktionierende deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene unterzeichnet worden wäre<sup>183</sup>. Die Bedeutung der zwischenstaatlichen Beziehungen betonen auch Vion oder Farquharson und Holt<sup>184</sup>.

Wagner hingegen ist der Meinung, die deutsch-französischen Städtepartnerschaften hätten dazu beigetragen, dass der Élysée-Vertrag überhaupt geschlossen wurde, und dass sie darüber hinaus die erste Form der Kooperation gewesen seien, die den Inhalt des Vertrags umzusetzen begonnen hätte<sup>185</sup>. Der Wagner'schen Sicht neigt auch Bautz zu, der konstatiert, dass sich die Kommunalpartnerschaften unabhängig von der Außenpolitik der Nationalstaaten entwickelt hätten<sup>186</sup>. Davon, dass der Élysée-Vertrag ohne die Existenz der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften bzw. ohne deren positiven Einfluss auf die Gesinnung der jeweiligen Bürger nicht unterzeichnet worden wäre, ist auch Defrance überzeugt. Die Autorin lehnt daher klar die lange tradierte Ansicht ab, dass der Élysée-Vertrag den Beginn der deutsch-französischen Zusammenarbeit darstelle. Zugleich warnte sie jedoch vor der Schaffung eines anderen Mythos, nämlich dass der Wille zu einer deutsch-französischen Versöhnung schon im Jahr 1945 existent gewesen sei<sup>187</sup>. Insgesamt ist von der Autonomie der kommunalen Außenpolitik – neben einigen weiteren Experten – auch die absolute Mehrheit derjenigen Personen überzeugt, die sich aktiv in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit engagierten<sup>188</sup>.

Unterschiedliche Ansichten existieren ferner zu verschiedenen Teilfragen der Städte- und Gemeindepartnerschaften, wie z.B. zur Rolle der kommunalen Selbstverwaltung, zur Bedeutung einer vergleichbaren Größe der Partnerkommunen und der zwischen ihnen liegenden Entfernung oder zur Einbindung einer dritten Partei in die partnerschaftliche Zusammenarbeit.

183 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 332f.

184 Vgl. VION, Au-delà de la territorialité, S. 366. FARQUHARSON/HOLT, Europe from Below, S. V.

185 WAGNER, Partnerschaften deutscher Städte, S. 356.

186 BAUTZ, Die Auslandsbeziehungen, S. 123.

187 DEFRANCE, Les jumelages franco-allemands, S. 200.

188 Siehe etwa die Äußerung des Präsidenten der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas: »Wenn dieser Vertrag unterschrieben werden konnte, so nur deshalb, weil auch [Hervorhebung im Original] die Entwicklung der Partnerschaften zwischen Frankreich und Deutschland einen Wandel in der Einstellung der Bevölkerung beider Staaten herbeigeführt hatte«. Vgl. Ansprache des Präsidenten des Rates der Gemeinden Europas – Deutsche Sektion, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 63f., hier S. 63.

Nichtsdestoweniger nehmen mit der abklingenden Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und den sich verstärkt bietenden Reisemöglichkeiten die möglichen Streitfragen ab. Stattdessen melden sich jedoch Stimmen zu Wort, die fragen, ob die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten und Gemeinden noch nötig seien<sup>189</sup>. Allerdings bestreiten nicht einmal diejenigen, die den aktuellen Nutzen der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit bezweifeln, dass die Kommunalpartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in den vergangenen Jahrzehnten eine durchwegs positive Rolle gespielt haben.

---

189 Vgl. etwa Guido MÜLLER, Städtepartnerschaften und deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen seit dem ersten Weltkrieg, in: Richard BAUM/Béatrice DUMICHE/Gilles ROUET (Hg.), *Europa der Regionen – L'Europe des Régions. Euregio Maas-Rhein – Région Champagne-Ardenne*. Akten des Interdisziplinären Kolloquiums der Universitäten Aachen und Reims, Bonn 2002, S. 333–344, hier S. 335f.



## II. Die Rahmenbedingungen der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit

Der Abschluss und der Ausbau der deutsch-französischen Partnerschaften war nicht nur abhängig von dem Interesse der einzelnen Kommunen, sondern auch von verschiedenen äußeren Umständen. Zu diesen gehörte zum einen die Rolle, die den Städte- und Gemeindepartnerschaften im Nachkriegseuropa allgemein zufiel. Eine weitere Rahmenbedingung stellten die offiziellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich dar. Und schließlich wirkte sich auch die Position, die die Städte und Gemeinden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Staatsaufbau beider Staaten einnahmen, auf die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit aus.

### 1. Kommunalpartnerschaften als Brückenschlag zwischen den Völkern

Der brutale Verlauf des Zweiten Weltkriegs, der das Schicksal von Dutzenden Millionen Menschen beeinflusste und gewaltige materielle Schäden verursachte, regte vor allem auf dem europäischen Kontinent zahlreiche Überlegungen darüber an, wie einem ähnlichen Konflikt in Zukunft vorgebeugt werden könne. Die eingangs zitierte Äußerung aus der Arbeit Adolf Gassers zeigte bereits, dass einer der Wege zu einem friedlichen Zusammenleben gerade in der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gesehen wurde. Diese Idee hatte sowohl in Westeuropa und in den neutralen Staaten als auch im Ostblock ihre Befürworter. Jede Seite betonte jedoch andere Elemente der kommunalen Zusammenarbeit.

#### a) Der Westen: Versöhnung und Aufbau eines »Europa von unten«

Im Westteil des europäischen Kontinents wurde das Hauptaugenmerk auf die Versöhnung der miteinander verfeindeten Nationen sowie auf die Förderung einer möglichst breiten Zusammenarbeit ihrer Staaten gelegt. Angesichts dessen, dass die Jahrzehnte zuvor insbesondere durch die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Franzosen gekennzeichnet gewesen waren, richteten sich die Bemühungen um eine Annäherung am häufigsten gerade auf sie. Die Zwischenkriegszeit, in der zeitweilig von einem »geistigen

Locarno« (*Locarno intellectuel*) gesprochen wurde, hatte jedoch gezeigt, dass die Idee der Annäherung nicht nur auf die Eliten beschränkt bleiben sollte<sup>1</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich die Vertreter einer deutsch-französischen Annäherung daher eher auf diejenigen Bereiche, die den einfachen Bürgern näher waren. Einer davon war die kommunale Sphäre, deren Vertreter als viel geeignetere Vermittler zwischenmenschlicher Kontakte betrachtet wurden als die zentralen Staatsorgane. Unter den Menschen sollte das Interesse an einer Begegnung mit den Bewohnern des jeweils anderen Staates geweckt werden, um so das gegenseitige Kennenlernen, den Abbau von Vorurteilen sowie die Gewinnung positiver Erfahrungen zu fördern<sup>2</sup>. Diese Kontakte und verschiedenen Formen der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene sollten zugleich die europäische Idee stärken und die Schaffung eines »Europa von unten« unterstützen<sup>3</sup>.

Der auf Versöhnung und Annäherung ausgerichtete Gedanke der kommunalen Zusammenarbeit entfaltete sich intensiv nicht nur zwischen Deutschland (bzw. in den westdeutschen Besatzungszonen) und Frankreich, sondern auch in den meisten demokratischen europäischen Staaten, insbesondere in Großbritannien, der Schweiz und Italien. Auch die Städte und Gemeinden in den Vereinigten Staaten blieben nicht abseits – vielmehr knüpften sie, parallel zu der Kooperation auf dem amerikanischen Kontinent und im pazifischen Raum, zahlreiche Kontakte mit ihren westeuropäischen Pendants. Die amerikanischen Partnerschaften waren insofern spezifisch, als sie vor allem durch private Subjekte finanziert wurden und sich auch die Wirtschaft in der kommunalen Kooperation engagierte<sup>4</sup>.

Zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz der westeuropäischen Staaten wurden nicht lange nach dem Krieg zwei internationale Organisationen gegründet. So entstand während eines Treffens deutscher und französischer Bürgermeister 1950 in Stuttgart die Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit (IBU; *Union internationale des maires pour la compréhension franco-allemande*,

- 
- 1 Der Begriff »geistiges Locarno« verweist auf die Unterzeichnung des rheinischen Garantiepaktes in Locarno 1925, nach der es zu einer einstweiligen Wiederaufnahme der Kontakte zwischen den deutschen und französischen Eliten kam. Siehe ausführlicher und mit Hinweisen auf die weitere Literatur DEFANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 164. Ein Beispiel für eine solche Zusammenarbeit sowie die Bemühungen um eine gegenseitige Annäherung analysiert detailliert Hans Manfred BOCK, *Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit*, in: *Francia* 17 (1990), Bd. 3, S. 57–101.
  - 2 Charlotte CANTZ/Heinz ENGELHARDT (Bearb.), *Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Livre d'or des jumelages franco-allemands*, Stuttgart 1964, S. 170.
  - 3 Vgl. Jean BARETH, *Das Europa der Gemeinden*, o.O. [1956], S. 10. Jean Bareth war Generalsekretär des RGE.
  - 4 Mark BORTMAN, *Amerikanische Erfahrungen: vorwiegend privat*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 15 (1965), S. 15–17.



UIM)<sup>5</sup>. Das Hauptverdienst daran kam den Schweizer Intellektuellen Eugen Wyler und Hans Zbinden zu, die bereits 1948 ein solches Treffen erstmals organisiert hatten.

Im Jahr 1951 initiierten dann Adolf Gasser und Jean Bareth in Genf die Gründung des Rates der Gemeinden Europas (RGE; *Conseil des communes d'Europe*, CCE; *Council of European Municipalities*, CEM). Das Engagement der Schweizer Intellektuellen in diesen Projekten war nicht zufällig, sondern reflektierte vielmehr die Bedeutung, die diese auf der Basis eigener Erfahrungen einer starken Stellung der Kommunen zuschrieben. Zugleich demonstrierten sie dadurch, dass sie Interesse an einem Frieden in Europa hatten und die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogene Schweizer Politik der Neutralität rehabilitieren wollten. Die Schweizer Intellektuellen erfüllten so die Rolle eines unparteiischen Vermittlers, der das anfängliche Misstrauen, das insbesondere auf französischer Seite deutlich war, überwinden half<sup>6</sup>.

Obwohl sich beide Organisationen auf das Potenzial stützten, mit dem die Gemeinden als unterste Gebietskörperschaften disponierten, konzentrierte sich jede von ihnen auf einen anderen Aspekt. Die IBU strebte ihrem Namen gemäß vor allem eine deutsch-französische Verständigung an, auf deren Basis sie die Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Staaten entwickeln wollte:

Die Union will die schöpferische Kraft der Gemeinden im zwischenstaatlichen Leben in erster Linie für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland mobilisieren und einsetzen, um unabhängig von den wechselnden Situationen der hohen Politik eine kontinuierliche Entwicklung der Annäherung beider Länder zu gewährleisten und damit die Grundlage für eine europäische Zusammenarbeit zu sichern<sup>7</sup>.

Unter Berufung auf die internationale Konferenz des Jahres 1925, die in Locarno stattfand und die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zeitweilig verbesserte, wird die deutsch-französische Nachkriegszusammenarbeit auf kommunaler Ebene auch als »Locarno von unten« bezeichnet<sup>8</sup>.

Der Rat der Gemeinden Europas ließ hingegen diese bilaterale Orientierung vermissen und vermittelte vielmehr Partnerschaften zwischen Kommunen

---

5 DEFRANCE, *Les premiers jumelages franco-allemands*, S. 85.

6 GARSTKA, *Die Rolle der Gemeinden*, S. 35.

7 Vgl. Richtlinien für die praktische Arbeit der IBU, teilweise abgedruckt in: GARSTKA, *Die Rolle der Gemeinden*, unpaginiert [vor dem Inhaltsverzeichnis].

8 Als Erster verwendete diesen Begriff wahrscheinlich Emil Kraus, der Bürgermeister von Frankenthal und ehemalige Oberbürgermeister von Mainz, auf dem IBU-Kongress des Jahres 1952. Ein Auszug aus der Kraus'schen Rede wird zitiert in: CANTZ/ENGELHARDT (Bearb.), *Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften*, S. 29.

aus verschiedenen demokratischen Staaten Europas. Zu seinen Zielen zählte insbesondere die Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung, die er als Grundlage einer zukünftigen Föderation europäischer Staaten betrachtete. So behauptete der RGE, dass

die Bürgermeister und gewählten Vertreter der Gebietskörperschaften über die Grenzen durch ihre Verwaltungstätigkeit und durch ihre auf das engste mit der Bevölkerung verbundenen Aufgaben vereint, die unentbehrlichen Mitarbeiter an einem freien, vereinten Europa sind [...]⁹.

Diese zum Teil unterschiedliche Vorstellung über das Hauptmotiv der kommunalen Zusammenarbeit hatte zur Folge, dass in den 1950er Jahren zwischen der IBU und dem RGE eine erkennbare Rivalität herrschte<sup>10</sup>. Dank der Kontakte jedoch, die die französischen Sektionen beider Organisationen verbanden, und infolge der inneren Krise, in die die IBU in der ersten Hälfte der 1960er Jahre geriet, gelang es dem RGE, eine Monopolstellung zu erlangen. Beide Organisationen näherten sich seit den 1960er Jahren allmählich einander an, was 1988 in die Auflösung der IBU bzw. ihre Eingliederung in den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in Form eines selbstständigen Deutsch-Französischen Ausschusses mündete<sup>11</sup>.

Nichtsdestoweniger konkurrierte der RGRE noch mit dem 1913 in Gent gegründeten Internationalen Gemeindeverband (IGV; *International Union of Local Authorities*, IULA; *Union Internationale des Villes et Pouvoirs Locaux*) um Einfluss. Der IGV zeichnete sich gegenüber dem RGRE nicht nur durch reichere Erfahrungen, sondern auch durch seinen weltweiten Wirkungskreis aus. Insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren war der Konflikt zwischen dem politisch profilierten RGRE und dem IGV, der jegliche Politisierung ablehnte und seine Expertenrolle in kommunalen Angelegenheiten betonte, deutlich<sup>12</sup>. In den nachfolgenden zwei Jahrzehnten gelang es jedoch, diese Streitigkeiten zu reduzieren und eine Zusammenarbeit aufzunehmen. Diese führte im Jahr 1991 dazu, dass der RGRE zu einem Bestandteil des IGV wurde und die Rolle seiner europäischen Sektion übernahm<sup>13</sup>.

---

9 Statuten des RGE. Zitiert nach BARETH, *Das Europa der Gemeinden*, S. 10.

10 Ausführlicher vgl. BAUTZ, *Die Auslandsbeziehungen*, S. 86–99.

11 Déclaration solennelle. Feierliche Erklärung, in: *Europa kommunal* 12 (1988), H. 5–6, S. 192. Der Rat der Gemeinden Europas wurde 1984 in den Rat der Gemeinden und Regionen Europas umbenannt, womit der steigenden Bedeutung dieser Gebietskörperschaften Ausdruck verliehen wurde. Im Französischen bürgerte sich für die umbenannte Organisation die Abkürzung CCRE (*Conseil des Communes et Régions d'Europe*) ein. Außerhalb des deutsch-französischen Raums wird der Rat mit der Abkürzung CEMR (*Council of European Municipalities and Regions*) bezeichnet.

12 BAUTZ, *Die Auslandsbeziehungen*, S. 126–128.

13 Die Integration von IULA und RGRE, in: *Europa kommunal* 15 (1991), H. 1, S. 6.

In diesem Zusammenhang sollte ergänzt werden, dass die kommunale Kooperation gelegentlich bereits für die Zeit vor 1945 erwähnt wird. In der neueren Literatur herrscht jedoch Einigkeit darüber, dass diese Verbindungen einen anderen Charakter hatten als die oben beschriebenen Städte- und Gemeindeparterschaften der Nachkriegszeit. Vor allem wurden sie nicht von dem Bestreben um eine Annäherung der einfachen Bürger gelenkt<sup>14</sup>. Wie etwa die Zwischenkriegskontakte zwischen französischen und britischen Städten zeigen, waren die damaligen Partnerschaften auf eine kulturelle Zusammenarbeit der Eliten oder einen Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunalvertretern angelegt. Ein weiteres Motiv war die Förderung der nationalen Bewusstwerdung, wie zum Beispiel in der Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Kiel und dem dänischen Sønderborg (seit dem Jahr 1925) oder dem hessischen Wiesbaden und dem kärntnerischen Klagenfurt (seit 1930)<sup>15</sup>. Einen noch stärkeren ideologischen Subtext hatte dann die Kooperation, die offiziell zwischen den deutschen und italienischen Städten nach 1933 (z.B. Weimar und Florenz) aufgenommen wurde<sup>16</sup>.

#### b) Der Osten: Wahrung des Friedens

Den Gedanken der kommunalen Zusammenarbeit unterstützten ebenso die Staaten des Ostblocks. Auch hier war der Hintergrund die brutale Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Diese wurde von der sowjetischen Führung wiederholt in jenen Momenten ins Bewusstsein gerufen, in denen die Beziehungen zwischen West und Ost in eine Krise gerieten. Die »Freundschaft« der Städte wurde deswegen als Mittel zur Erhaltung des Friedens betrachtet<sup>17</sup>.

Erste Forschungen, die vor allem in den Archiven der ehemaligen DDR durchgeführt wurden, zeigen, dass die Politik der friedlichen Koexistenz, die von der Moskauer Führung in Einklang mit den Beschlüssen des XX. Parteitag der KPdSU von 1956 durchgesetzt wurde, dazu führte, dass nun auch die Sowjets und ihrer Satelliten Interesse an Partnerschaften mit Städten in den nichtkommunistischen Staaten Westeuropas bekundeten<sup>18</sup>.

---

14 Vgl. z.B. WIMMER, Städtepartnerschaften der Kommunen, S. 1; FIEBER, Internationale Gemeindeparterschaften, S. 37–40.

15 Auf das zuletzt genannte Motiv, konkret auf die Förderung des großdeutschen Gedankens, weist BAUTZ, Die Auslandsbeziehungen, S. 38f., hin.

16 Andrea HOFFEND, Zwischen Kultur-Achse und Kulturkampf: die Beziehungen zwischen »Drittem Reich« und faschistischem Italien in den Bereichen Medien, Kunst, Wissenschaft und Rassenfragen, Frankfurt a. M. 1998, S. 345f.

17 Unter Einfluss der Sowjetunion wurde im Ostblock diese Form der Zusammenarbeit als »Druschba« bezeichnet, was im Russischen »Freundschaft« bedeutet.

18 BAUTZ, Die Auslandsbeziehungen, S. 316.

Es kann angenommen werden, dass sich die kommunale Zusammenarbeit innerhalb des Ostblocks selbst bereits seit den ersten Nachkriegsjahren entwickelte<sup>19</sup>. Davon zeugt zum Beispiel die Existenz von Gesellschaften, die in den einzelnen kommunistischen Staaten für eine Zusammenarbeit mit den anderen kommunistischen Ländern eintraten (z.B. der Verband der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft, die Gesellschaft der Freunde der Tschechoslowakei, die Gesellschaft der Freunde Polens usw.)<sup>20</sup>.

Die Sowjetunion und weitere Satellitenstaaten traten nach dem XX. Parteitag der KPdSU zwei globalen Organisationen bei, die die Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden aus verschiedenen Staaten förderten und mittels derer die Länder des Ostblocks Partnerschaften mit Städten aus nichtsozialistischen Ländern schließen wollten. Die erste von ihnen war der bereits genannte Internationale Gemeindeverband, der den sowjetischen Zielen allerdings zurückhaltend gegenüberstand<sup>21</sup>. Die zweite Organisation stellte der Weltbund der Partnerstädte (WPS; *United Towns Organization*, UTO; *Fédération mondiale des villes jumelées*, FMVJ) dar<sup>22</sup>, in dem die Staaten des Ostblocks für ihr Ansinnen Unterstützung fanden. Der Grund dafür war die Tatsache, dass sich der Weltbund der Partnerstädte zum Ziel gesetzt hatte, Kontakte zwischen Bürgern verschiedener Städte zu vermitteln und ihre Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen des Berufs- und Privatlebens zu fördern, und zwar ohne Rücksicht auf die Grenzen der politischen Blöcke<sup>23</sup>. Obwohl einige westeuropäische Staaten (z.B. Frankreich) und die USA diese Organisation anfangs unterstützten, betrachteten sie deren immer deutlichere Ausrichtung auf Städte der kommunistischen Länder allmählich negativ. Darüber hinaus beschuldigten sie den WPS, sich ein Monopol auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit aufbauen zu wollen. Beides führte dazu, dass sie ihm keine Finanzbeiträge mehr zukommen ließen. Als sich 1960 auch die französische Regierung zu diesem Schritt ent-

19 Vgl. zum Beispiel die sowjetische Broschüre über die Partnerstädte, deren Autor behauptet, dass »[d]er Gedanke der Partnerschaft von Städten [...] von allem Anfang im Lager des Sozialismus lebhaft begrüßt« worden sei. Vgl. Wladimir SAIZEW, *Partnerstädte*, Moskau 1971, S. 12.

20 Vgl. etwa das Manifest des Verbandes der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft vom 22.02.1948 in dem Buch *Československo-sovětské vztahy 1945–1950. Dokumenty a materiály* [Tschechoslowakisch-sowjetische Beziehungen 1945–1950. Dokumente und Materialien], Prag 1971, S. 132f.

21 BAUTZ, *Die Auslandsbeziehungen*, S. 316.

22 Im Jahr 1956 existierte der Weltbund der Partnerstädte noch unter dem Namen *Monde bilingue*. Dieser wies auf die ursprüngliche Absicht hin, insbesondere die Zusammenarbeit französischer Kommunen mit ihren britischen und amerikanischen Pendanten zu fördern. Vgl. DEFANCE, *Les jumelages franco-allemands*, S. 193.

23 Eines von fünf Prinzipien des WPS war der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, vgl. SAIZEW, *Partnerstädte*, S. 16.

schied, wurde der WPS von den Mitgliedsbeiträgen der Städte des Ostblocks abhängig<sup>24</sup>.

Im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre gelang es den Ländern des Ostblocks, die ersten kommunalen Partnerschaften vornehmlich in Staaten mit einer starken kommunistischen Partei (Frankreich und Italien) sowie im neutralen Finnland zu schließen. Eine spezifische Stellung hatten einige sowjetische Großstädte (z.B. Leningrad und Stalingrad), die spätestens in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auch einen britischen Partner gewinnen konnten (Coventry und Manchester)<sup>25</sup>. In den meisten Fällen hatten die kommunalen Kontakte jedoch einen indirekten Charakter und fanden Ausdruck in kulturellen Aufführungen, Ausstellungen und Vorlesungen, Brieffreundschaften (oft zwischen Schülern) oder Präsentationen auf den örtlichen Messen. Zu persönlichen Begegnungen kam es nur im Falle offizieller Abordnungen oder von Arbeitsdelegationen sowie zwischen Kindern in Sommerlagern.

Ein besonderes Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Kommunen in den westeuropäischen Staaten zeigte die Deutsche Demokratische Republik, die auf diesem Wege versuchte, ihre internationale Position zu stärken und die Existenz des deutschen »Arbeiter- und Bauernstaates« zu verteidigen. Die proklamierten pazifistischen Ziele waren somit eng mit weltpolitischen Ambitionen verbunden<sup>26</sup>. Das ostdeutsche Interesse an Partnerschaften mit westeuropäischen Kommunen wurde in der Bundesrepublik mit großem Unmut betrachtet, da dieses als Angriff auf ihren Alleinvertretungsanspruch verstanden wurde. Sehr gereizte Reaktionen gab es insbesondere auf die kommunale Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich, dessen Städte in nicht wenigen Fällen parallel Kontakte zu beiden deutschen Staaten unterhielten, auch wenn die Kooperation mit den ostdeutschen Partnern häufig einen nichtoffiziellen Charakter hatte<sup>27</sup>. Weil einige ostdeutsch-französische

---

24 BAUTZ, Die Auslandsbeziehungen, S. 317f. Im Zusammenhang mit dem Ostblock ist es gerechtfertigt, nur von Städten zu sprechen, denn an den kommunalen Partnerschaften beteiligten sich zumeist Städte mit einer Einwohnerschaft von 10.000 bis hin zu mehreren Millionen. Die Städte aus dem Ostblock wurden gerade deswegen zu den Hauptbeiträgern des WPS, weil die Mitgliedsbeiträge nach der Zahl der Einwohner bezahlt wurden.

25 SAIZEW, Partnerstädte, S. 12. Auch Dijon schloss eine Partnerschaft mit Stalingrad, und zwar bereits 1959.

26 Die weltpolitischen Ziele werden deutlich aus der Passage, die von den höchsten ostdeutschen Organen für den Text derjenigen Verträge entworfen wurde, die die Partnerschaften mit den Kommunen West- und Nordeuropas bestätigten: »Die Beseitigung der Überreste des 2. Weltkrieges ist eine Angelegenheit von beiderseitigem Interesse. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß man gemeinsam gegen jede Kriegshetze, gegen den kalten Krieg, gegen die Bedrohung des Friedens kämpfen wird. [...] Hier sollte erreicht werden, daß die Partner [...] hervorheben, daß sie für die Anerkennung der DDR aktiv eintreten und gegen jegliche Diskriminierung von DDR-Bürgern sind [...]«. Vgl. StA Bautzen, Best. 63004: 1239, Hinweise für den Inhalt von Freundschaftsverträgen zwischen Städten der Deutschen Demokratischen Republik und Städten West- und Nordeuropas, o.J. [2. Hälfte der 1960er Jahre].

27 Vgl. die Fallstudien Duisburg–Calais–Wismar und Bautzen–Dreux.

Partnerschaften unter der Schirmherrschaft des WPS abgeschlossen wurden, lehnten die westdeutschen Verbände jegliche Zusammenarbeit mit dieser Organisation ab<sup>28</sup>. Aus der heutigen Perspektive scheint es, dass dem WPS mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde, als seinem tatsächlichen Einfluss entsprochen hätte<sup>29</sup>. Dies kann zu einem großen Teil gerade dem erwähnten deutsch-deutschen Konkurrenzkampf im Bereich der kommunalen Kooperation zugeschrieben werden.

### c) West und Ost: Entspannung und Annäherung

Während die Bundesrepublik sich von den demokratischen Staaten Europas in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten wohl am meisten gegen eine kommunale Zusammenarbeit mit den Staaten des sowjetischen Blocks sträubte, reagierten ihre Städte und Gemeinden umso rascher auf die nachfolgende weltpolitische Entspannung und begannen damit, Kontakte mit den Kommunen in den kommunistischen Staaten aufzunehmen. Diese Kooperation, die sich über die politischen Blöcke hinweg entfaltete, wird im nachfolgenden Text gerade am Beispiel der westdeutschen Städte und Gemeinden nähergebracht. Der Grund dafür sind sowohl die traditionellen Verbindungen der Bundesrepublik zu zahlreichen Gebieten des Ostblocks als auch die umfangreicheren Kompetenzen, über die die Kommunen in Westdeutschland im Vergleich mit vielen westeuropäischen Pendanten verfügten<sup>30</sup>.

Den ersten Impuls für diese Zusammenarbeit brachte die Brandt'sche Ostpolitik Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, die sich hauptsächlich in der Zusammenarbeit mit Städten in Jugoslawien widerspiegelte<sup>31</sup>. Die zweite Anregung ging von der Schlussakte aus, die im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1973–1975 verhandelt worden war. Das Ergebnis war die erste offizielle (d.h. durch einen offiziellen Vertrag bestätigte) deutsch-sowjetische Partnerschaft, die im März 1975 zwischen Saarbrücken und Tbilisi (Tiflis) geschlossen wurde, sowie die

28 Ausführlicher Lucie FILIPOVÁ, *Německo-francouzská partnerství měst a obcí (1950–1990). Příklad soupeření mezi SRN a NDR [Deutsch-französische Städte- und Gemeindepartnerschaften (1950–1990). Ein Beispiel für den Konkurrenzkampf zwischen BRD und DDR]*, in: *Český časopis historický/The Czech Historical Review* 105 (2007), S. 585–608, hier S. 594f.

29 BAUTZ, *Die Auslandsbeziehungen*, S. 318.

30 Zu der Zusammenarbeit zwischen den französischen Städten und ihren Pendanten aus dem Ostblock vgl. VION, *Europe from the Bottom Up*.

31 Die erste kommunale Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien war wahrscheinlich die Zusammenarbeit zwischen dem hessischen Marburg und dem slowenischen Maribor (deutsch: Marburg an der Drau), die offiziell im Jahre 1968 aufgenommen wurde. Bis zur Mitte der 1970er Jahre entstanden vermutlich fünf weitere deutsch-jugoslawische Partnerschaften. Vgl. Kontakte deutscher Städte und Gemeinden mit Osteuropa, in: *Der Städtetag* 31 (1978), S. 37f.

erste deutsch-polnische Partnerschaft, zu der sich 1976 Bremen und Danzig verpflichteten<sup>32</sup>. Zu einer weiteren Welle kommunaler Kontaktaufnahmen kam es zu Beginn der 1980er Jahre, als die erste Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, konkret zwischen Wuppertal und Košice (1980), ins Leben gerufen wurde<sup>33</sup>. Als 1982 die Zusammenarbeit zwischen den kleinen Gemeinden Hajós und Hirrlingen aufgenommen wurde, bedeutete dies auch den Beginn westdeutscher Kommunalkontakte mit Ungarn<sup>34</sup>. Den größten Aufschwung verzeichnete schließlich die Zusammenarbeit mit Kommunen aus der DDR. Obwohl die erste deutsch-deutsche Partnerschaft erst im Jahr 1986 geschlossen wurde, und zwar zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt, stieg ihre Zahl bis zum Herbst 1989 auf 58<sup>35</sup>.

Die Partnerschaften, die westdeutsche Kommunen mit den Städten und Gemeinden aus den sozialistischen Staaten schlossen, verfolgten in der Regel drei Ziele, deren gemeinsamer Nenner es war, zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem jeweiligen Staat beizutragen. Die Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden sollte sich vor allem in folgenden Bereichen entfalten: in der Kommunalpolitik (Erfahrungsaustausch in Bezug auf das Funktionieren und die Verwaltung der Stadt), in der Kultur (Gastspiele von Theater- und Musikensembles, Ausrichtung von Ausstellungen, Zusammenarbeit von Kultur- und Bildungsinstitutionen) und auf der Ebene der Bürger (z.B. bei gemeinsamen Auftritten und Sportveranstaltungen oder Schulaustauschen)<sup>36</sup>. Nichtsdestoweniger blieb das Vorhaben, die einfachen Bürger in die partnerschaftliche Zusammenarbeit einzubinden – und damit ähnlich wie in Westeuropa zu ihrer Annäherung beizutragen – in der Regel unerfüllt.

---

32 KAS (Hg.), *West-Ost-Beziehungen*, S. 23 u. 25; Hans KOSCHNICK, Keine Einbahnstraße in der Zusammenarbeit, in: *Der Städtetag* 29 (1976), S. 314f.

33 Wuppertal beschließt Partnerschaft mit ČSSR-Stadt Košice, in: *Der Städtetag* 33 (1980), H. 5, S. 26. Für den Text des Partnerschaftsvertrages vgl. KAS (Hg.), *West-Ost-Beziehungen*, S. 77–79. Zu den deutsch-tschechoslowakischen Partnerschaften bis zum Jahr 1993 vgl. WAGNER, *Partnerschaften deutscher Städte*, S. 148–151.

34 KAS (Hg.), *West-Ost-Beziehungen*, S. 29.

35 Roland HÖHNE, Von deutsch-deutschen zu innerdeutschen Städtepartnerschaften. Ein europäischer Sonderfall, in: JÜNEMANN/RICHTER/ULLRICH (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, S. 69–107, hier S. 73. Die Angabe wurde übernommen aus der Arbeit von WEIZSÄCKER, *Verschwisterung im Bruderland: Städtepartnerschaften in Deutschland*, Bonn 1990, S. 19.

36 Vgl. den Text des Rahmenvertrags über die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Danzig vom 12.04.1976 in dem Artikel von KOSCHNICK, Keine Einbahnstraße, S. 314f. und den Wortlaut des Vertrags über die Zusammenarbeit zwischen Konstanz und Tábor vom 16.09.1983, abgedruckt in: KAS (Hg.), *West-Ost-Beziehungen*, S. 79–81.

Ein wenig anders entwickelten sich die deutsch-deutschen Partnerschaften. Angesichts des spezifischen Charakters der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrachtete Erstere diese Partnerschaften nicht als internationale Zusammenarbeit. Auf der einen Seite wollte die Bundesrepublik die Kontakte zwischen den Bürgern aus Ost und West festigen, wobei nicht zuletzt die gemeinsame Sprache förderlich war. Auf der anderen Seite jedoch lehnte sie die politischen Forderungen ab, mit denen die ostdeutschen Organe die geplanten Partnerschaften oft unterminierten<sup>37</sup>. Gegenstand der Kritik waren daher oft die Präambeln der Partnerschaftsverträge, in denen sich die Kommunalvertreter aus beiden Staaten Verpflichtungen in der Frage der Friedenssicherung auferlegten, obwohl sie sich damit nach Meinung ihrer Opponenten unrechtmäßig in die Außenpolitik der Bundesrepublik einmischten<sup>38</sup>.

#### d) Entwicklungshilfe

Seit den 1970er Jahren erhielt die kommunale Zusammenarbeit noch eine weitere Dimension, und zwar sowohl in inhaltlicher als auch in territorialer Hinsicht. Die reichen Städte und Gemeinden Westeuropas, unter denen die Kommunen der Bundesrepublik eine prominente Position bekleideten,

---

37 Ausführlicher Walter LEITERMANN, *Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften*, in: *Der Städtetag* 41 (1988), S. 172–176. Vgl. auch die Monographien zu diesem Thema, die deutlich belegen, dass sich die Forschung besonders in den Umbruchjahren 1989/90 mit den deutsch-deutschen Partnerschaften beschäftigte: Inge Maria BURGNER, *Städtepartnerschaften als neues Element der innerdeutschen Beziehungen*, Bonn 1989; Thomas NOBBE, *Kommunale Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der DDR*, Münster 1990; Nicole-Annette PAWLOW, *Innerdeutsche Städtepartnerschaften: Entwicklung – Praxis – Möglichkeiten*, Berlin 1990; Oliver SCHNAKENBERG, *Innerdeutsche Städtepartnerschaften: rechtliche Aspekte grenzüberschreitenden kommunalen Handelns*, Baden-Baden 1990; WEIZÄCKER, *Verschwisterung im Bruderland*. In den nachfolgenden Jahren ging das Interesse an einer Bearbeitung der deutsch-deutschen kommunalen Zusammenarbeit vor allem von den Partnerstädten selbst aus, vgl. Wolfgang ZWIENER, *Saarlouis–Eisenhüttenstadt: Chronik der ersten deutsch-deutschen Städtepartnerschaft. 1984–1992*, Saarlouis 1993; Gabriel LISIECKI, *Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften: ihre historische Entwicklung und Bedeutung*. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Städtepartnerschaft Erlangen–Jena, Jena 1995. Aus der neueren Literatur vgl. Rudolf MÜLLER/Thomas MÜLLER (Hg.), *Kommunaler Brückenschlag zur Wiedervereinigung. 20 Jahre innerdeutsche Partnerschaft der Landkreise Trier-Saarburg und Saalfeld-Rudolstadt 1990–2010*, Trier 2010; Uta RÜCHEL, *Schwerin–Wuppertal. Von den Anfängen einer grenzüberschreitenden Partnerschaft*, Schwerin 2012.

38 Einen kritischen Standpunkt und die entsprechenden Argumente präsentieren z.B. diese Aufsätze: Dieter BLUMENWITZ, *Das Recht der Gemeinden zur Aufnahme kommunaler Auslandsbeziehungen und die Schranken kommunaler »Aussenpolitik«*, in: Paul von KODOLITSCH (Hg.), *»Kommunale Außenpolitik«*. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften, Berlin 1989, S. 47–51; Hans KOSCHNICK, *Handlungsspielraum kommunaler Aussenpolitik*, in: KODOLITSCH (Hg.), *»Kommunale Außenpolitik«*, S. 123–125.



begannen damit, den armen Städten oder Siedlungen vor allem in Afrika und Asien eine helfende Hand zu reichen. Im Rahmen dieser Entwicklungshilfe vermittelten die europäischen Städte den Partnern ihre Erfahrungen und halfen ihnen bei der Realisierung verschiedener kommunaler Projekte, an deren Finanzierung sie sich oft beteiligten<sup>39</sup>. Da diese Zusammenarbeit bis heute einen anderen Charakter hat als die europäischen bzw. europäisch-amerikanischen Partnerschaften, wird sie manchmal mit speziellen Termini belegt: Im deutschen Milieu ist der Begriff »Patenschaft« gebräuchlich, in Frankreich wird von einer »jumelage-coopération« gesprochen<sup>40</sup>. Besonders im Falle der französischen Städte gilt zudem, dass diese Form der Hilfe vor allem denjenigen Gebieten zukommt, die Frankreich sprachlich und kulturell nahe stehen.

Die armen Gegenden Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wurden allerdings auch durch die Staaten des sowjetischen Blocks unterstützt. Letztere taten dies mit günstigen Krediten, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft bestimmt waren, mit gelegentlichen Materialspenden, mit der Entsendung eigener Experten in die Entwicklungsländer oder der Erteilung von Stipendien an dortige Studenten<sup>41</sup>. Wie zum Beispiel die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Vietnam zeigt, war diese Unterstützung »im Geiste des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus«<sup>42</sup> nur für ideologisch gleichgesinnte Regime bestimmt. Darüber hinaus wurde sie in der Regel von den zentralen Staats- oder Parteiorganen organisiert und blieb somit außerhalb der kommunalen Struktur.

---

39 Ausführlicher vgl. WAGNER, Partnerschaften deutscher Städte, S. 256–344.

40 Das Institut für Kommunalwissenschaften der KAS charakterisierte die »Patenschaften« als »Beziehungen zwischen nicht Gleichberechtigten, wie etwa bei der Betreuung von Entwicklungsprojekten in der Dritten Welt oder der Betreuung von Bevölkerungsgruppen, die keine kommunale Verwaltung haben«. Vgl. KAS (Hg.), West-Ost-Beziehungen, S. 21. »Partnerschaft-Zusammenarbeit« (*jumelage-coopération*) wird definiert als »Expression d'une solidarité Nord-Sud, les jumelages-coopération unissent des collectivités locales de pays »industrialisés« et de pays »en voie de développement« afin d'établir une nouvelle forme de coopération, privilégiant les rapports humains. Les jumelages-coopération associent donc au concept de paix, celui de développement«. Siehe Comité pour l'information sur l'Europe de l'Est, Histoire de la coopération décentralisée, in: URL: <[http://www.colisee.org/article.php?id\\_article=555](http://www.colisee.org/article.php?id_article=555)> (30.04.2014).

41 Vgl. V. F. STRATANOVIČ, Podpora spravlivého boje národů Asie, Afriky a Latinské Ameriky proti imperialismu, za nezávislost a společenský pokrok [Die Unterstützung des gerechten Kampfes der Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus, für die Unabhängigkeit und den gesellschaftlichen Fortschritt], in: ČSSR-SSSR: spolupráce a sbližování [ČSSR-UdSSR. Zusammenarbeit und Annäherung], Prag 1980, S. 193–205.

42 Iva KLINDEROVÁ, Vietnamská socialistická republika [Die Sozialistische Republik Vietnam], Prag 1987, S. 200.

e) Die zweite Welle der Versöhnung  
und des Aufbaus eines »Europa von unten«

Der Fall der kommunistischen Regimes und die deutsche Wiedervereinigung gaben der kommunalen Zusammenarbeit zu Beginn der 1990er Jahre neue Impulse. Die westeuropäischen Städte und Gemeinden bemühten sich um eine Kontaktaufnahme mit den Kommunen Mittel- und Osteuropas in dem Bestreben, sie in ihr bisheriges Netz von Kommunalpartnerschaften einzugliedern. Die gegenseitige Zusammenarbeit richtete sich auf die gleichen Tätigkeitsfelder wie vor dem Jahr 1989, d.h. auf kommunale Angelegenheiten, Kulturaustausch und Bürgertreffen. Der Grad ihrer Realisierung war jedoch unvergleichbar höher. Einen bedeutenden Anteil daran hatte auch die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union, die die Partnerschaften zwischen den Mitgliedsstaaten der EG/EU und den Kandidatenländern verbal wie finanziell unterstützte<sup>43</sup>. Eine nicht unwichtige Rolle spielte ebenso das Motiv der (wiewohl verspäteten) Versöhnung und der Aufbau eines Europa von unten. Dies äußerte sich zum Beispiel in der Vergrößerung der Mitgliederbasis des RGR.

Eine spezifische Rolle fiel in dieser Zeit den Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR zu. Obwohl deren partnerschaftliche Zusammenarbeit bis zum Jahr 1989 in vielem eher denjenigen Partnerschaften entsprach, die die Kommunen aus den Staaten des Ostblocks unterhielten, wurden sie im Oktober 1990 Teil der partnerschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik – ohne jegliche Vorbereitung und fast mit allen Anforderungen, die sich aus ihnen ergaben, was besonders im Falle der Partnerschaften mit den französischen Kommunen deutlich war.

Insgesamt orientierte sich die Bundesrepublik jedoch auf andere Staaten als Frankreich. Während die deutschen Städte und Gemeinden einen wesentlichen Anstieg in der Zahl der Partnerschaften mit Polen und danach auch mit weiteren Staaten Mittel- und Osteuropas (Ungarn, Tschechische Republik, Russische Föderation) verzeichneten, konzentrierten sich die französischen Kommunen von den genannten Ländern nur auf Polen. Partnerschaften schlossen sie in dem Bestreben um eine Förderung der Frankophonie insbesondere mit rumänischen Städten und Gemeinden, und intensivierten ferner die Kontakte mit ihren Mittelmeerpartnern<sup>44</sup>.

---

43 Nicole FONTAINE, Partnerschaften – tragende Säule einer europäischen Bürgerschaft, in: *Europa kommunal* 18 (1994), H. 2, S. 79–82.

44 Für die Bundesrepublik vgl. Walter LEITERMANN, Über 6.000 Beziehungen zu Kommunen in 87 Ländern, in: *Europa kommunal* 22 (1998), H. 4, S. 191–193. Zu Frankreich vgl. die Datenbank unter der URL: <<http://www.afccre.org/fr/nos-membres/annuaire-des-villes-jumelees>> (30.04.2014).

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Städte- und Gemeindepartnerschaften auf dem europäischen Kontinent seit den 1990er Jahren kein politisches Streitthema mehr waren, was unter anderem zur Zusammenarbeit und der nachfolgenden Fusion der zwei globalen Partnerschaftsorganisationen IGV und WPS führte. Auf ihrer Basis entstand im Jahr 2004 die Organisation Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften (*United Cities and Local Governments*, UCLG; *Cités et Gouvernements Locaux Unis*). Die Kehrseite dieser Beruhigung war jedoch ein sinkendes Interesse an den kommunalen Partnerschaften, insbesondere zwischen den Städten und Gemeinden in Westeuropa.

## 2. Die Beziehungen zwischen den höchsten Repräsentanten Deutschlands und Frankreichs (1950–2000)

Spiegelte sich in den deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften der Charakter der internationalen Nachkriegsbeziehungen wider, so reflektierte die kommunale Zusammenarbeit natürlich auch die Entwicklung der offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf höchster Ebene. Diese Form der Kontakte wird in der vorliegenden Studie auf Basis der Aktivitäten der wichtigsten politischen Repräsentanten beider Staaten sowie der bilateralen (bzw. multilateralen) Verträge untersucht, die einen Einfluss auf die weiteren deutsch-französischen Beziehungen hatten. Der folgende Text bietet eine kurze Charakteristik der Beziehungen zwischen den politischen Hauptakteuren in Deutschland und Frankreich. Dabei soll nicht der gesamte Komplex der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene analysiert, sondern vielmehr auf die Bedeutung der persönlichen Beziehungen zwischen den jeweils höchsten politischen Vertretern Deutschlands und Frankreichs hingewiesen werden<sup>45</sup>. Diese konnten (aber mussten nicht) in den einzelnen Perioden zu einem symbolischen Vorbild für die kommunalen Partnerschaften werden, denn gerade in jenen spielten persönliche Kontakte eine tragende Rolle.

---

45 Zum Thema der »personalisierten Außenpolitik« vgl. Wilfried von BREDOW, Bilaterale Beziehungen im Netzwerk regionaler und globaler Interdependenz, in: Karl KAISER/Joachim KRAUSE (Hg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3: Interessen und Strategien, München 1996, S. 109–115, hier S. 109f.

a) Von der personellen Instabilität zur gegenseitigen Annäherung (1950–1962)

Der erste Untersuchungszeitraum, begrenzt durch die Jahre 1950 und 1962, zeichnete sich auf französischer Seite durch eine wesentliche personelle Instabilität aus. Diese war gegeben durch das politische System der IV. Republik, aufgrund dessen Folge sich in den Jahren 1950–1958 in Paris insgesamt 16 Regierungen abwechselten. Die Funktion des Ministerpräsidenten übten dabei 13 verschiedene Politiker aus. Eine Stabilisierung brachte erst die neue Verfassung vom Oktober 1958, in der die Position des Präsidenten deutlich gestärkt wurde; seit 1962 wurde der Amtsträger zusätzlich durch Direktwahl legitimiert<sup>46</sup>. Zum ersten Präsidenten der nunmehr V. Republik wurde General Charles de Gaulle gewählt, der Gründer des *Rassemblement du peuple français* (RPF), aus dem im Jahr 1958 die *Union pour la nouvelle République* (UNR) hervorging. Das Amt des Bundeskanzlers übte während des gesamten Zeitraums Konrad Adenauer von der CDU aus.

Da die Bundesrepublik bis zur Mitte der 1950er Jahre nur über eine begrenzte Souveränität verfügte und sich die Zusammensetzung des französischen Kabinetts fortwährend änderte, waren die Bedingungen für eine personalisierte Form der bilateralen Zusammenarbeit nicht gerade günstig. Nichtsdestoweniger waren Anzeichen engerer (wenn auch nicht immer herzlicher) Kontakte zwischen den höchsten politischen Vertretern beider Staaten während der Regierungen Pierre Mendès France (Juni 1954 – Februar 1955) und Guy Mollet (Februar 1956 – November 1957) erkennbar. Obwohl Adenauer Ministerpräsident Mendès France, der die Radikalen (*Parti radical et radical-socialiste*) repräsentierte, der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der Pariser Nationalversammlung bezichtigte, betrachtete er ihn insgesamt als einen sehr energischen und starken Partner, mit dem er im Herbst 1954 über eine bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Kultur verhandelte<sup>47</sup>. Mendès France beteiligte sich im Oktober desselben Jahres ebenfalls an den internationalen Verhandlungen über die Zukunft der Bundesrepublik.

Mit Guy Mollet, Mitglied der französischen sozialistischen Partei (*Section française de l'Internationale ouvrière*, SFIO), nahm Adenauer zwei Jahre später, nach dessen Wahl zum Ministerpräsidenten, Kontakt auf. Ihre

46 Udo KEMPF, Das politische System Frankreichs, Wiesbaden 2007, S. 31 u. 34f.

47 Vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963, Bd. 2, München 2001, S. 1879; ders., Diplomatische Faktoren: Die deutsch-französische Annäherung im europäischen und transatlantischen Zusammenhang, in: Hélène MIARD-DELACROIX/Rainer HUDEMANN (Hg.), Wandel und Integration: die Pariser Verträge von 1954 im Prozeß der deutsch-französischen Annäherungen der Nachkriegszeit/Mutations et intégrations. Les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante, München 2005, S. 69–86, hier S. 80.

Zusammenarbeit fand unter anderem in der Unterstützung, die der Bundeskanzler dem französischen Ministerpräsidenten während der Suez-Krise zukommen ließ, in der gemeinsamen Vereinbarung bezüglich der Zukunft des Saarlandes oder in dem Vorhaben, die Kooperation zwischen den sechs westeuropäischen Staaten zu stärken, ihren Ausdruck<sup>48</sup>.

Die Übernahme des gestärkten Präsidentenamtes durch de Gaulle rief bei Adenauer zu Beginn des Jahres 1958 ein deutliches Unbehagen hervor. Der Grund dafür war sowohl die bisherige Kritik de Gaulles an der Nordatlantik-Allianz und der europäischen Integration – also den Grundpfeilern der gleichberechtigten Stellung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den westlichen demokratischen Staaten – als auch die sehr bedächtige Haltung des neuen französischen Präsidenten gegenüber Deutschland an sich. Nach dem gemeinsamen Treffen auf de Gaulles Privatsitz in Colombey-les-Deux-Églises im September 1958 erfuhr Adenauers Meinung über den französischen Präsidenten jedoch einen grundlegenden Wandel<sup>49</sup>. Für die letzten fünf Jahre seiner Regierung gewann Adenauer einen entschiedenen Partner, dessen politischen Vorhaben er deutlich wohlwollender gegenüberstand als die meisten Mitglieder des Bundeskabinetts. Das bekannteste Beispiel für die Streitigkeiten bezüglich der deutschen außenpolitischen Orientierung ist der Élysée-Vertrag, über den Adenauer und de Gaulle im Januar 1963 ohne große Konsultationen entschieden, sowie die Präambel, die der Deutsche Bundestag dem Vertrag nachträglich hinzufügte<sup>50</sup>. Angesichts dessen, dass die Erfahrung des letzten Krieges in den deutsch-französischen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt noch immer relativ frisch war, erfuhren die Zusammenarbeit Adenauers mit de Gaulle ebenso wie ihre Ergebnisse eine sehr positive Bewertung. Auch wenn der Blick auf dieses Duo oftmals zu idealistisch ausfällt, wurde es doch berechtigterweise zum deutlichsten Symbol der deutsch-französischen Annäherung.

---

48 LAPPENKÜPER, *Diplomatische Faktoren*, S. 83f.

49 Lappenküper vergleicht diesen Wandel in Adenauers Denken mit der Bekehrung Pauls zum christlichen Glauben auf dem Weg nach Damaskus (Damaskus-Erlebnis), vgl. LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 189f. Pierre Maillard spricht vom »Wunder von Colombey« (*miracle de Colombey*), vgl. Pierre MAILLARD, *De Gaulle et le problème allemand. Les leçons d'un grand dessein*, Paris 2001, S. 128.

50 Den Umfang und die eventuelle Begrenzung der außenpolitischen Kompetenzen des Bundeskanzlers in den deutsch-französischen Beziehungen untersucht und bewertet Martin KOOPMANN, *Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965*, Baden-Baden 2000, z.B. S. 291f.

## b) Stagnation (1963–1973)

Die Jahre 1963 bis 1973 zeichneten sich im Unterschied zu der vorangegangenen Periode durch häufigere Wechsel in der Funktion des Bundeskanzlers als im Amt des französischen Präsidenten aus. Zum ersten Personalwechsel kam es auf deutscher Seite im Oktober 1963, als Konrad Adenauer durch den bisherigen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) abgelöst wurde. Erhard zog eindeutig die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit der Entwicklung der deutsch-französischen Kooperation vor, die er lediglich im Rahmen der westeuropäischen Strukturen aufrecht erhalten wollte. Deshalb beschränkten sich seine direkten Kontakte mit de Gaulle auf die regelmäßigen deutsch-französischen Gipfeltreffen, die dem Élysée-Vertrag gemäß zweimal jährlich stattfanden. In der Regierungszeit Erhards hatten diese Treffen jedoch einen rein formellen Charakter. Diese Tatsache spiegelte sich auch in der Bezeichnung beider Partner als »non-couple Erhard – de Gaulle«<sup>51</sup> und der Charakterisierung ihrer Beziehung als »dialogue de sourds« wider<sup>52</sup>.

Nach dem Amtsantritt Kurt Georg Kiesingers (CDU), der im Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt worden war, verbesserten sich die Beziehungen zwischen den politischen Hauptakteuren beider Länder nur teilweise. Der neue Kanzler strebte zwar eine ausgewogenere außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik an, die Gesamtbilanz der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Zeit seiner Regierung wirkte jedoch eher negativ<sup>53</sup>. Die Gründe dafür wurzelten vor allem in der Entwicklung der internationalen Beziehungen und der Volkswirtschaften beider Staaten im Jahr 1968. Darüber hinaus gehörte Kiesinger zu denjenigen Politikern, die in das nationalsozialistische Regime verstrickt gewesen waren – 1933 war er der NSDAP beigetreten und während des Zweiten Weltkriegs hatte er eine führende Funktion in der Propaganda-Abteilung des Reichsaußenministeriums bekleidet. Kiesingers Vergangenheit figurierte daher auch gelegentlich in einigen Anspielungen oder Formulierungen, die de Gaulle bei den bilateralen Verhandlungen fallen ließ<sup>54</sup>.

Zu einem weiteren Personalwechsel, diesmal in beiden Staaten, kam es im Jahr 1969. Nach de Gaulles Rücktritt wurde im Juni 1969 der ehemalige

51 Christoph LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen in der Ära Kohl–Mitterrand 1982–94. Medienspektakel oder Führungsinstrument?*, Baden-Baden 1998, S. 47.

52 Hans-Peter SCHWARZ, Willy Brandt, Georges Pompidou und die Ostpolitik, in: Horst MÖLLER / Maurice VAÏSSE (Hg.), *Willy Brandt und Frankreich*, Opladen 2005, S. 155–165, hier S. 155.

53 Pierre JARDIN / Adolf KIMMEL, Introduction, in: Dies. (Hg.), *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, Paris 2001, S. 19–45, hier, S. 29.

54 Vgl. Manfred STEINKÜHLER, *Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969*, Berlin 2002, S. 128–190. Für ein Beispiel der erwähnten Anspielungen vgl. ebd., S. 186f.

Premierminister Georges Pompidou, Mitglied der gaullistischen *Union pour la défense de la République* (UDR), in das Amt des Präsidenten gewählt. In der Bundesrepublik übernahm im Oktober desselben Jahres der bisherige Vizekanzler Willy Brandt (SPD) den Posten des Bundeskanzlers. Obwohl sich die Amtszeiten Brandts und Pompidous fast vollständig deckten und zwischen beiden Politikern ein nur geringer Altersunterschied bestand (zwei Jahre), waren ihre Beziehungen sehr reserviert und ließen jegliche persönliche Annäherung vermissen<sup>55</sup>. Die Ursache lag wohl vor allem in den unterschiedlichen politischen Zielen, die sich am deutlichsten im Zusammenhang mit der deutschen Ostpolitik offenbarten. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich der Blick auf das Duo Brandt – Pompidou in den letzten Jahren verändert. Wurde früher bei der Bewertung der Beziehungen zwischen den beiden politischen Hauptakteuren auf die herrschenden Widersprüche und das gegenseitige Unverständnis, begleitet von französischen Ängsten vor der erstarkenden Wirtschaftskraft der Bunderepublik, hingewiesen, bietet die neuere Forschung differenziertere Ergebnisse. So weist sie auf die gemeinsamen Berührungspunkte in der Entspannungspolitik und den Fortschritt hin, den die westeuropäische Integration dank der Einigkeit der beiden Politiker erzielte<sup>56</sup>. Aus der heutigen Perspektive erscheinen daher ihre Beziehungen als ein »korrektes, insgesamt produktives Zusammenwirken ohne grässliche Missklänge«<sup>57</sup>.

### c) Persönliche Verständigung (1974–1981)

Der unerwartete Tod Pompidous und der Rücktritt Willy Brandts infolge der Affäre Guillaume im Frühjahr 1974 führten zu einer Neubesetzung der beiden Posten. Während in der Bundesrepublik mit Helmut Schmidt erneut die Sozialdemokraten den Kanzler stellten, mussten die Gaullisten den Präsidentenposten räumen. Der neue französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing war Vertreter einer Partei von Unabhängigen, repräsentiert zunächst durch die *Fédération nationale des républicains et indépendants* (FNRI), später durch die *Union pour la démocratie française* (UDF).

Wenngleich sich Schmidt ursprünglich auf die Zusammenarbeit mit den anglophonen Mächten konzentriert hatte, nahm er mit seinem neuen

---

55 Claudia HIEPEL, Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012, S. 321; Sylvain SCHIRMANN/Sarah MOHAMED-GAILLARD, Georges Pompidou et l'Allemagne, Bruxelles 2012, S. 15.

56 Vgl. neben den in Fußnote 55 genannten Studien auch Horst MÖLLER/Maurice VAISSE (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, Opladen 2005.

57 Vgl. SCHWARZ, Willy Brandt, S. 155.

französischen Partner sehr schnell die aktive Zusammenarbeit auf<sup>58</sup>. Dies ist nicht zuletzt auf zwei Tatsachen zurückzuführen: Erstens kannten sich beide Politiker bereits aus der Zeit ihres vorherigen Wirkens an der Spitze der Finanzministerien ihrer Länder, zweitens verstanden sie sich sehr gut, und zwar auch in ihrem Pragmatismus<sup>59</sup>. Zur gegenseitigen Harmonie trug ebenso die Schwächung der außenpolitischen Rolle der Vereinigten Staaten bei, die wiederum die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation im internationalen Maßstab stärkte. Vielleicht gerade deswegen erzielten Kanzler Schmidt und Präsident Giscard d'Estaing größere Erfolge in den Europäischen Gemeinschaften bzw. auf der Ebene der führenden Wirtschaftsnationen der Welt als im rein bilateralen Rahmen. Nichtsdestoweniger führten das bisher nicht dagewesene persönliche Einvernehmen und die konkreten Ergebnisse vor allem im Bereich der Wirtschaft dazu, dass sich das Paar Schmidt – Giscard d'Estaing an die Seite des Duos Adenauer – de Gaulle reihte und somit zu einem weiteren personifizierten Symbol der deutsch-französischen Kooperation wurde.

Umso schwieriger gestalteten sich seit Mai 1981 für Schmidt die Kontakte zu François Mitterrand, dem neuen französischen Präsidenten aus den Reihen der Sozialisten (*Parti socialiste*, PS). Obwohl sich beide Politiker durch ihr Alter und die Parteizugehörigkeit nahestanden, kam es während der andert-halb Jahre, in denen sie auf höchster Ebene miteinander verhandelten, zu keiner Annäherung. Wenngleich Schmidt für seine Zurückhaltung rationale Gründe hatte – z.B. die Ablehnung von Mitterrands sehr linksorientiertem Wahlprogramm – kann sie teilweise auch als Ausdruck der Nostalgie verstanden werden. Eine ausführliche Analyse ihrer gemeinsamen Verhandlungen deutet nämlich an, dass einige Ansichten Mitterrands (etwa hinsichtlich der Verteidigungspolitik) denjenigen von Schmidt relativ nahe kamen<sup>60</sup>. Diese Tatsache gelangte jedoch nicht ins breitere Bewusstsein, denn Schmidt hob stets die »coopération exemplaire« mit Giscard d'Estaing hervor. Allerdings unterhielt auch Mitterrand viel engere Beziehungen zu Willy Brandt als zu dessen Nachfolger<sup>61</sup>.

---

58 HÉLÈNE MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982)*, Berne 1993, S. 33–47; MICHÈLE WEINACHTER, Valéry Giscard d'Estaing et l'Allemagne. Le double rêve inachevé, Paris 2004, S. 70–73.

59 MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix*, S. 93–95. Einen detaillierten Vergleich der Biographien und politischen Ansichten beider Politiker bietet Matthias WAECHTER, *Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre*, Bremen 2011.

60 MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix*, S. 327–336.

61 ULRICH LAPPENKÜPER, *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011, S. 348f.



#### d) Überwindung der ungünstigen Ausgangssituation (1982–1989)

Als im Oktober 1982 Helmut Kohl das Amt des Bundeskanzlers antrat, wurde damit in der Bundesrepublik die Koalition der Christdemokraten mit den Liberalen erneuert. Die Aussichten für Kohls Zusammenarbeit mit Mitterrand waren nicht gerade vielversprechend, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen beteiligten sich an der von Mitterrand ernannten Regierung Mitglieder der kommunistischen Partei, der Kohls CDU äußerst zurückhaltend gegenüberstand. Zum anderen war die reservierte Haltung Mitterrands in Bezug auf den Élysée-Vertrag bekannt. Er selbst hatte sich bei dessen Ratifizierung 1963 der Stimme enthalten, da er diesen »discutable traité« als Ergebnis der unangebrachten Politik de Gaulles betrachtete<sup>62</sup>. Nichtsdestoweniger bestätigte sich abermals, dass eine identische oder ähnliche politische Orientierung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem französischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler bei weitem nicht zwingend notwendig war. Das Gleiche gilt für die Tatsache, dass Oppositionspolitiker mit der Übernahme der Regierungsgewalt oftmals ihre bisherigen Positionen verändern.

So war es gerade Mitterrand, der auf französischer Seite bedeutend zur Erfüllung des zweiten Teils des Élysée-Vertrags, d.h. der Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, beitrug. Die sehr häufigen persönlichen Treffen beider Repräsentanten spiegelten sich auf der Ebene der Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft wider, die ebenfalls intensivere deutsch-französische Kontakte verzeichneten<sup>63</sup>. Die bilaterale Zusammenarbeit erlebte auch einige symbolische Momente, von denen wohl der gemeinsame Besuch auf dem Schlachtfeld von Verdun, wo Kohl und Mitterrand im Herbst 1984 Hand in Hand der gefallenen Soldaten gedachten, am stärksten nachwirkte. Die deutsch-französischen Initiativen erstreckten sich nicht nur auf bilaterale Projekte, sondern betrafen auch die europäische Zusammenarbeit. Zu ihrer Umsetzung kam es allerdings in den meisten Fällen erst zu Beginn der 1990er Jahre, und zwar im Kontext des Zerfalls des Ostblocks und vor allem als Reaktion auf die deutsche Wiedervereinigung. Diese Ereignisse brachten, wenngleich unter Druck, auch neue Impulse für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Obwohl sich ihre Kooperation für den Großteil der 1980er Jahre vorbildlich entwickelte, durchlief sie im Herbst des Jahres 1989 doch eine Phase der Stagnation<sup>64</sup>.

---

62 Karl-Heinz BENDER, *Mitterrand und die Deutschen (1938–1995) oder die Wiedervereinigung der Karolinger*, Bonn 1995, S. 46–49; LAPPENKÜPER, *Mitterrand und Deutschland*, S. 348.

63 JARDIN/KIMMEL, *Introduction*, S. 37.

64 Ebd., S. 40; siehe auch LAPPENKÜPER, *Mitterrand und Deutschland*, z.B. S. 248 u. 257.

e) Die Veränderungen infolge der  
deutschen Wiedervereinigung (1990–2000)

Mit dem Jahr 1990 beginnt der letzte untersuchte Zeitabschnitt, der die gesamten 1990er Jahre umfasst. Wenngleich das Jahr 1990 für die deutsch-französischen Beziehungen umwälzend war, kam es auf den Posten der faktisch höchsten Vertreter Frankreichs und des wiedervereinigten Deutschlands zu keinem Wechsel. Präsident Mitterrand stand noch fast am Beginn seines zweiten Septennats, und Bundeskanzler Kohl bzw. seine bisherige Regierungskoalition ging aus den ersten gesamtdeutschen Wahlen als klarer Sieger hervor. Allerdings war es an der Wende der Jahre 1989/90 zu einer einstweiligen Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Politikern gekommen, die durch die unterschiedlichen Vorstellungen über die Art und Weise der Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten ausgelöst wurde. Ob sich nun Mitterrand inoffiziell auf verschiedenen Wegen bemühte, diesen Prozess zu verhindern, oder nur durch den schnellen Ablauf der Ereignisse am Ende des Jahres 1989 überrascht war – in der Folgezeit handelte er jedenfalls konstruktiv<sup>65</sup>. Seine Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Kohl wurde spätestens auf dem gemeinsamen Gipfeltreffen im April 1990 in Paris fortgesetzt<sup>66</sup>. Mit Abstand werden ihre intensiven, dreizehnjährigen Kontakte eindeutig positiv bewertet, und zwar mit der Begründung, dass sie die deutsch-französischen Beziehungen sowohl quantitativ als auch qualitativ im Grunde in allen wesentlichen Politikbereichen verbessert hätten<sup>67</sup>. Das Duo Kohl – Mitterrand bildet daher auch in unserer Untersuchung das dritte deutsch-französische Politiker-Paar.

Die zweite Hälfte der 1990er Jahre war durch zwei Personalwechsel gekennzeichnet, die in beiden Fällen anfangs mit Komplikationen verbunden waren. Im Jahr 1995 übernahm Jacques Chirac, der Kandidat des neogaullistischen *Rassemblement pour la République* (RPR), das Amt des französischen Präsidenten und überraschte Bundeskanzler Kohl mit der Wiederaufnahme der Atomversuche im Pazifik. Nachdem im Juni 1997 die Linke die französischen Parlamentswahlen gewonnen hatte, war die Position Chiracs durch die nunmehr notwendige Kohabitation geschwächt. Ein Jahr später wurde Gerhard Schröder (SPD) neuer Partner Chiracs und stellte erstmals in der deutschen Geschichte eine Regierung zusammen, an der sich auch die Grünen beteiligten. Er war zugleich der erste Bundeskanzler, der keine unmittelbaren Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg mehr hatte.

65 Die verschiedenen Expertenmeinungen bezüglich Mitterrands Haltung zur deutschen Wiedervereinigung fasst das Kapitel »Die Hochphase der Kooperation und ihre Klippen (1982–1989)«, Fußnote 17, zusammen.

66 LIND, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen, S. 180–182.

67 Ebd., S. 275.

Schröder entwickelte bis zum Jahr 2000, mit dem dieses Buch abschließt, trotz regelmäßiger Konsultationen keine engere persönliche Beziehung zu seinen französischen Partnern. Vielmehr neigte er eher dem britischen Premierminister Blair zu als Präsident Chirac bzw. Premierminister Jospin, der an der Spitze der linksgerichteten französischen Regierung stand. Dennoch erfuhren die persönlichen Beziehungen der höchsten Vertreter Deutschlands und Frankreichs seit dem Jahr 2001 eine deutliche Verbesserung<sup>68</sup>. Dies betraf vor allem die praktische Politik, wie zum Beispiel den gemeinsamen Kampf für eine »flexible« Auslegung des Stabilitätspaktes, die Koordination bei der Vorbereitung des Europäischen Konvents oder die parallele Kritik an dem amerikanischen Vorgehen gegenüber dem Irak. Die wiederaufgenommene Zusammenarbeit spiegelte sich auch auf symbolischer Ebene bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags im Jahr 2003 wider<sup>69</sup>.

Verallgemeinern wir die Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen den höchsten Repräsentanten Deutschlands und Frankreichs, so zeigt sich, dass die Verfolgung gleicher politischer Ziele für die Anknüpfung engerer persönlicher Bindungen eine unerlässliche, jedoch keine ausreichende Bedingung war. Wie am besten an dem Duo Kohl – Mitterrand deutlich wird, waren für eine gegenseitige Annäherung weder die gleiche Generationserfahrung noch dieselbe politische Orientierung nötig. Vielmehr war die – wissenschaftlich nur schwer zu eruierende – persönliche Sympathie ausschlaggebend, was das Tandem Schmidt – Giscard d’Estaing wohl am besten bestätigt.

### 3. Unterschiede zwischen der deutschen und französischen kommunalen Sphäre

Der dritte Aspekt, der die Bedingungen für die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen bestimmte, war deren unterschiedliche Stellung im jeweiligen Staat. Sollte die partnerschaftliche Zusammenarbeit aufgenommen und entwickelt werden, waren sowohl das deutliche Missverhältnis in der Gesamtzahl der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik und in Frankreich als auch die Unterschiede in ihren kommunalen Kompetenzen zu berücksichtigen.

---

68 Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 179.

69 Wolfram Vogel, *Deutsch-französische Beziehungen*, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.), *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 2005, S. 418–434, hier S. 428–430. Vgl. ebenso die Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags, 22.01.2003, in: URL: <<http://www.assemblee-nationale.fr/12/dossiers/assemblee-bundestag-declaration.asp#deutschversion>> (06.07.2014).

## a) Siedlungsstruktur

Ungeachtet der territorialen Veränderungen, die Deutschland in den Jahren 1950 bis 2000 durchlaufen hat, war die Zahl der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik stets mindestens um ein Drittel kleiner als im metropolitane Frankreich. Während sich die Zahl der Kommunen auf französischem Territorium während des gesamten Untersuchungszeitraums nur unwesentlich veränderte (sie sank um etwa fünf Prozent), gab es im deutschen Fall eine deutlichere Dynamik: So können wir zunächst einen sehr leichten Anstieg verzeichnen, danach einen radikalen Rückgang, gefolgt wiederum von einem deutlichen Anstieg und schließlich einem allmählichen Rückgang [Tabelle 2].

**Tabelle 2:** Entwicklung der Gesamtzahl der Kommunen in der BRD und in Frankreich

Jahr	BRD	1951	1960	1978	1989	1991	2000
	Frankreich	1954	1961		1990	1990	1999
BRD		24.176	24.505	8.518	8.505	16.127	13.811
Frankreich (Mutterland)		38.000	37.971	36.382	36.551	36.551	36.565

Quellen: Dictionnaire national des communes de France, Paris 2001, S. 1394; Gérard LANG, Le Code officiel géographique, in: Courrier des statistiques (décembre 2003), H. 108, S. 53–62, hier S. 57; Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1953 (S. 40), 1961 (S. 45), 1979 (S. 58), 1989 (S. 44), 1991 (S. 54), Wiesbaden 1953, 1961, 1979, 1989, 1991; dass. (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2002, Wiesbaden 2002, S. 56.

Die Zahl der deutschen Städte und Gemeinden erhöhte sich erstmals nach der Eingliederung des Saarlandes als zehntes Bundesland im Jahr 1957. Was die eigentlichen Kommunalpartnerschaften betrifft, so spiegelte sich dieser Anstieg in ihrer Gesamtzahl nicht wider, weil die erste Partnerschaft zwischen einer saarländischen und französischen Gemeinde erst zu Beginn der 1960er Jahre geschlossen wurde. Bis zum Jahr 1978 sank die Zahl der deutschen Kommunen hingegen drastisch – fast auf ein Drittel des Ausgangswertes. Der Grund war die Gebietsreform, die seit Beginn der 1960er

Jahre nach und nach in allen Bundesländern (mit Ausnahme der Stadtstaaten) durchgeführt wurde. Diese betraf nicht nur die Städte und Gemeinden, sondern auch die Kreise. Das Ziel der Reform war es, Körperschaften zu schaffen, die eine kostengünstigere, personell weniger aufwändige und hinsichtlich der Kompetenzen effektivere Verwaltung ermöglichen und in die auch die schnell wachsenden Wohn- und Industrieviertel eingegliedert werden könnten. Da die Reform in den einzelnen Bundesländern durch die jeweilige Landesregierung, d.h. von oben, initiiert wurde, traf sie auf lokaler Ebene oft auf Proteste. Diese bewirkten, dass das ursprüngliche Regierungsvorhaben, nämlich die freiwillige Entscheidung der Kommunen zur Schaffung größerer lokaler Körperschaften, scheiterte. Die Gebietsreform wurde daher schließlich durch die Entscheidung der Landtage durchgesetzt<sup>70</sup>. Zu einer radikalen Zusammenlegung von Gemeinden oder der Eingliederung kleiner Gemeinden in größere Kommunen kam es im Saarland (Reduzierung auf 15 Prozent der ursprünglichen Kommunenzahl), Hessen (16 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (17 Prozent)<sup>71</sup>. Die anderen Bundesländer hingegen legten mehr Gewicht auf die Zusammenarbeit der Kommunen in den neu gegründeten Gemeindeverbänden<sup>72</sup>. In diesen Verbänden erfüllte stets eine Kommune die Rolle der übergreifenden Verwaltungseinheit, jedoch blieb den anderen Gemeinden ein Teil ihrer ursprünglichen Kompetenzen erhalten. An ihrer Spitze stand weiterhin der Bürgermeister, der seine Funktion allerdings ehrenamtlich ausübte<sup>73</sup>.

Die Gebietsreform löste unter den Anhängern der deutsch-französischen Zusammenarbeit wie auch unter den Organisatoren der konkreten Partnerschaften Befürchtungen hinsichtlich des weiteren Schicksals derjenigen Kooperationen aus, an denen sich Gemeinden beteiligten, die entweder als eigenständige Einheiten zu existieren aufhörten oder einen Teil ihrer

---

70 Hellmut WOLLMANN, Gebietsreform, in: Rüdiger VOIGT/Ralf WALKENHAUS (Hg.), Handwörterbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden 2006, S. 133–137, hier S. 133f.

71 Berechnet auf Basis der Angaben für die Jahre 1960 und 1989 in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1961, Wiesbaden 1961, S. 45; dass. (Hg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1989, Wiesbaden 1989, S. 44. Die konkreten Zahlen sind wie folgt: Saarland – 52 Kommunen von 347 erhalten; Hessen – 426 von 2.700; Nordrhein-Westfalen – 396 von 2.371. Für Nordrhein-Westfalen siehe auch Sabine MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000, München 2012.

72 Die Gemeindeverbände haben in jedem Bundesland, in dem sie existieren, eine spezielle Bezeichnung. In Schleswig-Holstein wurde der Ausdruck »Amt« gewählt, in Niedersachsen erhielt der Gemeindeverband die Bezeichnung »Samtgemeinde«, in Rheinland-Pfalz wurde er als »Verbandsgemeinde« bezeichnet und in Bayern und Baden-Württemberg wurde der Begriff »Verwaltungsgemeinschaft« eingeführt.

73 Henrik UTERWEDDE, Kommunen in Frankreich und Deutschland: Einführung in die kommunale Selbstverwaltung in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland/La vie communale en France et en République fédérale d'Allemagne, Bonn 1991, S. 38f.

Autonomie verloren<sup>74</sup>. Zu Beginn der 1980er Jahre zeigte sich jedoch, dass die Partnerschaften erhalten blieben<sup>75</sup>. Formell wurden sie zwar durch die größeren Kommunen, in die die kleineren Gemeinden eingegliedert worden waren, übernommen. Tatsächlich verlief die Zusammenarbeit jedoch weiterhin zwischen den ehemaligen Partnern<sup>76</sup>. Dafür gab es zwei Gründe: Entweder hatte die größere deutsche Kommune in Frankreich bereits ein Pendant oder die Beziehung zum potenziellen französischen Partner erwies sich als unebenbürtig – am häufigsten deswegen, weil Letzterer sehr viel kleiner war.

Die »erneuerte« Partnerschaft unterschied sich von der bisherigen Zusammenarbeit insbesondere dadurch, dass auf deutscher Seite keine selbstverwaltete Kommune mehr stand, sondern nur ein Stadt- oder Gemeindeteil. Damit ging häufig eine Veränderung der institutionellen Verankerung der Partnerschaft einher. Während in einer kleinen Kommune die Zusammenarbeit mit dem französischen Pendant in der Regel von einem Partnerschaftsausschuss mit dem deutschen Bürgermeister an der Spitze organisiert wurde, ging die Partnerschaftspflege nach der Gebietsreform in die Hände verschiedener privater Vereine über. Die Vereinigung mehrerer kleiner Gemeinden zu einem Ganzen konnte sogar dazu führen, dass die neu gebildete Kommune gleich mehrere Partnerschaften auf einmal gewann. Das westfälische Menden etwa, in das 1975 sieben umliegende Ortschaften eingemeindet wurden, erhielt zugleich mit der Gebietsreform fünf Partnerkommunen in Frankreich<sup>77</sup>. Ihre Beibehaltung auf der Ebene der Stadtteile war die einzige Lösung, sollten die Kontakte zu keiner der französischen Kommunen abgebrochen werden.

Die Zahl der Kommunen erhöhte sich jedoch wiederum infolge der Wiedervereinigung. Obwohl sich die neuen Bundesländer nicht einmal auf die Hälfte der Fläche der alten Bundesländer erstreckten und fast viermal weniger Einwohner hatten, existierte in beiden deutschen Staaten eine fast identische Zahl von Kommunen. Die Gesamtzahl der Städte und Gemeinden wuchs so in der vereinigten Bundesrepublik auf fast das Doppelte (16.127). Diese Veränderung hatte für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auf kommunaler Ebene zwei Folgen. Erstens wurden nun in

74 Alte Gemeinde-Partnerschaften auch nach der kommunalen Neugliederung fortsetzen, in: Der Städtetag 28 (1975), S. 29.

75 Hans-Gerd von LENNEP, Kommunale Partnerschaften: Beteiligung und Aktivitäten, in: Europa kommunal 7 (1983), H. 6, S. 102–107, hier S. 106.

76 Vgl. die Aufzeichnung über die Partnerschaft zwischen den Gemeinden Laubenheim und Longchamp, die 1966 geschlossen wurde: »Infolge der Kommunalreform [1969] wird Laubenheim eingemeindet und heißt jetzt Mainz-Laubenheim. [...] Der Vertrag mit der Stadt Mainz bestätigt ausdrücklich das Fortbestehen der Partnerschaft und sichert ihre Förderung und Unterstützung nach besten Kräften ab«. Vgl. Heimat- und Verkehrsverein Laubenheim (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, unpaginiert.

77 Deutsch-Französischer Bürgermeisterkongreß Ludwigsburg. Bericht des Arbeitskreises III, in: Europa kommunal 12 (1988), H. 5–6, S. VI–VIII, hier S. VIII.

die Statistik über die Gesamtzahl der deutsch-französischen Partnerschaften auch jene Partnerschaften aufgenommen, die bis 1989 zwischen Kommunen aus der DDR und Frankreich existiert hatten. Zweitens führte die Wiedervereinigung dazu, dass auf deutscher Seite deutlich die Zahl derjenigen Kommunen stieg, die in die Zusammenarbeit mit Frankreich nicht eingebunden waren und die daher Interesse an einer solchen bekunden konnten.

Die Gesamtzahl von mehr als 16.000 Städten und Gemeinden auf dem Gebiet der Bundesrepublik sank jedoch im Laufe der 1990er Jahre allmählich [Tabelle 3], und zwar dank der Gebietsreformen in den neuen Bundesländern. Eine Vorreiterrolle nahm Sachsen ein, wo die Reform trotz Protesten im Jahre 1998 abgeschlossen wurde<sup>78</sup>. Sachsen war so das einzige ostdeutsche Land, in dem es gelang, bis Ende 2000 eine Verordnung durchzusetzen mit dem Ziel, wenigstens teilweise die Disproportion in der Kommunalstruktur zwischen dem wenig bevölkerten östlichen Teil der Bundesrepublik und den dicht besiedelten Gebieten im Westen auszugleichen.

**Tabelle 3:** Veränderung der Gesamtzahl der Kommunen in der BRD (1989–2000)

Jahr	1989	1991	1995	2000
Zahl	8.505	16.127	14.775	13.811

Quellen: Eric FRÈRE, Vergleich der Kommunen in Deutschland und in Frankreich, Wiesbaden 1998, S. 82; Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1989 (S. 44), 1991 (S. 54), Wiesbaden 1989, 1991; dass. (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2002, Wiesbaden 2002, S. 56.

In Frankreich hingegen sank die Zahl der Kommunen im Untersuchungszeitraum lediglich um knapp 1.500. Seit dem Ende der 1970er Jahre bewegte sie sich um 36.500, was etwa 20 Prozent weniger waren als nach der

78 Annette REHFELD-STAUDT/Werner RELLECKE, Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2010, S. 282–306, hier S. 287f. Eine Erwähnung verdient auch die Tatsache, dass die Proteste, die die Zusammenlegung von Städten und Gemeinden zu größeren Einheiten begleiteten, nicht die Verringerung der Zahl der Landkreise betrafen, zu der es in allen neuen Bundesländern in der ersten Hälfte der 1990er Jahre kam. Vgl. WOLLMANN, Gebietsreform, S. 135f.

grundlegenden Verwaltungsreform, die im Jahre 1790 durchgeführt worden war<sup>79</sup>. Ähnlich wie in der Bunderepublik war auch im Nachkriegsfrankreich das Bestreben deutlich, die Kommunen zu einem freiwilligen Zusammenschluss zu bewegen. Allerdings hatte das Gesetz, das zu diesem Zweck 1971 angenommen wurde und die Gemeinden auch finanziell motivierte, kein allzu großes Echo: Die Zahl der Kommunen sank bis 1978 um ungefähr 1.300<sup>80</sup>. Da nicht nur einfache Bürger ihre Ablehnung der Reform zum Ausdruck brachten, sondern auch die Politiker und Staatsbeamten vor Ort, wurde das Modell der von oben oktroyierten Gebietsreform in Frankreich nicht angewandt. Die französische Regierung begann daher insbesondere seit den 1980er Jahren damit, die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden im Rahmen von Zweckverbänden zu fördern. Diese entstanden vor allem zwischen Kommunen, die sich im gleichen Kanton befanden – also einem Gebiet, das bei den Wahlen zu den Generalräten der Departements die Rolle von Wahlbezirken erfüllt<sup>81</sup>. Die Kommunen konnten aus mehreren institutionalisierten Formen der lokalen Kooperation wählen, die sowohl ihre Lage als auch das Maß der Unabhängigkeit, die sie sich bewahren wollten, berücksichtigten. Die höhere Stufe der Zusammenarbeit war auch mit der Befugnis verbunden, Steuern zu erheben<sup>82</sup>. Die Existenz von Zweckverbänden auf kommunaler Ebene wird heute als Erfolg gewertet – mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass sich bis zum Beginn des Jahres 2010 fast 95 Prozent der französischen Gemeinden an der einen oder anderen Form der zweckmäßigen Zusammenarbeit beteiligten<sup>83</sup>.

Zu guter Letzt muss noch auf das Spezifikum der Einwohnergröße der französischen Städte und Gemeinden hingewiesen werden. Da Frankreich

---

79 Mit Gesetz vom 15. Januar 1790 wurden in Frankreich aus den ursprünglichen Pfarrsprengeln ca. 44.000 Kommunen geschaffen. Vgl. Jean-Claude BONTRON, *L'irrésistible élan de l'intercommunalité*, in: Serge CORDELLIER/Élisabeth LAU (Hg.), *L'état des régions françaises 2004*, Paris 2004, S. 36–40, hier S. 36.

80 Im Jahre 1971 hatte das metropolitane Frankreich 37.659 Kommunen, bis zum Jahr 1978 sank ihre Zahl auf 36.382. Vgl. Gérard LANG, *Le Code officiel géographique*, in: *Courrier des statistiques* (décembre 2003), H. 108, S. 53–62, hier S. 57.

81 Das Gebiet des metropolitenen Frankreichs ist unterteilt in ca. 4.000 Kantone. Auf dem Land umfasst ein Kanton bis zu zehn kleine Gemeinden, auf dem Gebiet der großen Städte hingegen befinden sich gleich mehrere Kantone.

82 Die beschriebenen Formen der Zusammenarbeit findet man unter folgenden Bezeichnungen: *syndicat intercommunal à vocation unique* (SIVU), *syndicat intercommunal à vocation multiple* (SIVOM), *district*, *communauté de communes*, *communauté d'agglomération* und *communauté urbaine*. Mehr dazu bei BONTRON, *L'irrésistible élan*, S. 38, oder bei Bernhard SCHMIDT u.a., *Frankreich-Lexikon: Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Kultur, Presse- und Bildungswesen*, Berlin 2005.

83 Vincent HOFFMANN-MARTINOT, *Zentralisierung und Dezentralisierung in Frankreich*, in: Adolf KIMMEL/Henrik UTERWEDDE (Hg.), *Länderbericht Frankreich*, Bonn 2012, S. 92–110, hier S. 96.



bis zum Jahr 1989 bei einer ungefähr gleichen Einwohnerzahl wesentlich mehr Kommunen als die Bundesrepublik hatte, ist es logisch, dass die französischen Ortschaften weniger Einwohner haben mussten. Nach der Statistik des Jahres 1999 hatten fast 90 Prozent aller Gemeinden in Frankreich weniger als 2.000 Einwohner, während Städte mit 10.000 und mehr Einwohnern nur etwas über zwei Prozent der Gesamtzahl der Kommunen ausmachten [Tabelle 4]. In der alten Bundesrepublik hingegen hatte 1978 nur ungefähr die Hälfte der Kommunen 2.000 oder weniger Einwohner. Kommunen mit 10.000 oder mehr Einwohnern machten damals fast 13 Prozent aller deutschen Städte und Gemeinden aus. Nach der Eingliederung der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik änderte sich dieses Verhältnis leicht zugunsten der kleinsten Kommunen. Dennoch waren sich die Siedlungsstrukturen in der Bundesrepublik und Frankreich in den 1950er Jahren und in der ersten Hälfte der 1960er Jahre am nächsten, d.h. bevor die einzelnen Bundesländer zu der erwähnten Gebietsreform übergangen.

**Tabelle 4:** Bevölkerung der BRD und Frankreichs nach Kommunengröße (1951–2000)

Kommunen nach Einwohnerzahl	BRD			Frankreich
	1951 (in %)	1978 (in %)	2000 (in %)	1999 (in %)
Weniger als 2.000	86,6	56,1	61,6	87,7
2.000 – 9.999	11,4	31,0	27,5	10,0
10.000 – 49.999	1,6	11,2	9,6	2,0
50.000 und mehr	0,4	1,7	1,4	0,3

Quellen: Dictionnaire national des communes de France, Paris 2001, S. 1406 und eigene Berechnungen; Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1953 (S. 40), 1979 (S. 58), Wiesbaden 1953, 1979; dass. (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2002, Wiesbaden 2002, S. 56; Anm.: Überschreitet die Summe der Zahlen in den einzelnen Spalten 100 Prozent, ist dies mit der Ab- bzw. Aufrundung der Ausgangsdaten durch das Statistische Bundesamt zu erklären.

Um aus den oben angegebenen statistischen Daten Schlussfolgerungen ziehen zu können, müssen zunächst zwei Erkenntnisse der bisherigen Forschung zu den kommunalen Partnerschaften genannt werden: Erstens ist es für die partnerschaftliche Zusammenarbeit sinnvoll, wenn beide Kommunen eine

ähnliche Einwohnerzahl aufweisen<sup>84</sup>. Zweitens werden kommunale Partnerschaften am besten zwischen Städten und Gemeinden geschlossen und aufrecht erhalten, die zwischen 10.000 und 50.000 Einwohner haben. Zum einen verfügen sie (im Gegensatz zu kleinen Gemeinden) über die notwendige Infrastruktur, zum anderen lebt in ihnen (anders als in den Großstädten) ein noch »relativ überschaubarer Einwohnerkreis«<sup>85</sup>. Die Kommunen in Frankreich sind allerdings für gewöhnlich weniger dicht besiedelt als in der Bundesrepublik. Darüber hinaus erfreut sich nur ein Minimum von ihnen derjenigen Größe, die für die Partnerschaft am geeignetsten erscheint. Von daher ist es relativ geläufig, dass unter einem Partnerschaftsvertrag insbesondere auf französischer Seite mehrere Bürgermeister unterzeichnet sind. In der Regel handelt es sich um Vertreter von Nachbargemeinden, die auch bei der Bewältigung alltäglicher Angelegenheiten zusammenarbeiten, und zwar im Rahmen einer der genannten Zweckverbände.

Als Beispiel sei hier die Fallstudie über die Partnerschaft zwischen Kirkel und Mauléon erwähnt<sup>86</sup>. Obwohl auf dem Partnerschaftsvertrag lediglich die Unterschriften von drei französischen Bürgermeistern zu finden sind (in Vertretung der Gemeinden Mauléon, Saint-Pierre-des-Échaubrognes und La Petite-Boissière), beteiligen sich an der Zusammenarbeit in Wirklichkeit noch weitere sechs (ursprünglich sieben) Gemeinden, die an Mauléon angeschlossen sind und mit diesem das sog. Grand Mauléon bilden. Alle diese Kommunen gehören zu einem Kanton und kooperieren zugleich im Rahmen des Zweckverbands SIVOM. Jedoch stoßen wir auch auf Partnerschaften, in denen die deutsche Seite durch mehrere, ebenfalls in einem Gemeindeverband zusammengeschlossene Kommunen vertreten wird. So unterhalten etwa die zehn im »Amt Trittau« zusammengeschlossenen holsteinischen Gemeinden seit dem Jahr 1971 eine Partnerschaft mit sechs französischen Gemeinden aus der *communauté de communes* Loire-Divatte<sup>87</sup>. Gerade diese Kooperation, wo auf einer bzw. beiden Seiten mehrere Partner vertreten sind, ist der Grund dafür, dass in allen Statistiken in diesem Buch auf die Zahl der Partnerschaftsverträge und nicht auf die Zahl der beteiligten Kommunen verwiesen wird.

---

84 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 158.

85 Ebd., S. 123.

86 Siehe das Kapitel »Die Suche nach neuen Inhalten (1974–1981)«.

87 Vgl. dazu die Homepage des Amtes Trittau, in: URL: <<http://www.amt-trittau.de>> (30.04.2014).

## b) Die Stellung der Kommunen im Staatsaufbau

Die unterschiedliche Stellung der Kommunen in Deutschland und Frankreich wirkt sich aus mindestens zwei Gründen auf die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften aus. Erstens können etwaige Unterschiede bezüglich der kommunalen Kompetenzen wie auch der Finanzmittel die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Städte oder Gemeinden stören, da diese sich auf das Prinzip der Gegenseitigkeit stützt. Zweitens darf die Rolle des Bürgermeisters, der qua Amtes die Schirmherrschaft über die gesamte Partnerschaft hat, nicht außer Acht gelassen werden. Das Interesse des Bürgermeisters für die kommunale Zusammenarbeit kann Letzterer sehr zugute kommen, ein etwaiges Desinteresse seinerseits hingegen kann sie sehr verkomplizieren.

Das Maß der Befugnisse, mit denen die deutschen und französischen Kommunen disponieren, leitet sich von der staatsrechtlichen Ordnung im jeweiligen Land ab. Im französischen zentralistischen System sind die Städte und Gemeinden, trotz einer schrittweisen Dezentralisierung, den Zentralorganen, gegebenenfalls ihren Vertretern in den Departements untergeordnet. Die Pariser Regierung entscheidet also über alle grundlegenden Fragen rechtlicher, politischer und finanzieller Natur, die die Kommunalverwaltung betreffen<sup>88</sup>. In der Bundesrepublik hingegen fallen die Städte und Gemeinden in die Kompetenz der einzelnen Bundesländer. Diese bestimmen die Struktur des Kommunalnetzes wie auch den Charakter des Kommunalapparates und dessen konkrete Kompetenzen. Dieser dezentralisierte Zugang hatte zur Folge, dass auf dem Gebiet der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vier verschiedene Kommunalverfassungen existierten: die Süddeutsche Ratsverfassung, die Norddeutsche Ratsverfassung, die Magistratsverfassung und die Bürgermeisterverfassung. Sie unterschieden sich vor allem in der Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bürgermeister bzw. dem Oberbürgermeister auf der einen und dem Gemeinde- oder Stadtrat auf der anderen Seite<sup>89</sup>.

Die Bereiche selbst, auf die sich die kommunalen Befugnisse beziehen, sind in Deutschland und Frankreich im Grunde die gleichen<sup>90</sup>. Diese betreffen vor allem die Stadtplanung, den Aufbau und die Instandhaltung der kommunalen Infrastruktur, die unteren Schulstufen, Kultur und Verkehr auf lokaler Ebene sowie die Umweltpflege. Die Erfüllung mancher Aufgaben hängt von

---

88 UTERWEDDE, *Kommunen in Frankreich und Deutschland*, S. 36.

89 Eine Basischarakteristik jedes Typus einschließlich der Bundesländer, in denen er appliziert wird oder wurde, bieten Hans-Georg WEHLING/Andreas KOST, *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – eine Einführung*, in: KOST/WEHLING (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern*, S. 7–18, hier S. 8–14.

90 UTERWEDDE, *Kommunen in Frankreich und Deutschland*, S. 62.

dem Willen der Kommunalpolitiker ab (etwa der Ausbau der Freizeiteinrichtungen oder die Förderung der lokalen Wirtschaft), andere Tätigkeiten hingegen sind gesetzlich vorgeschrieben, da sie für das Funktionieren des Gesamtstaates unabdingbar sind (wie etwa die Sicherstellung der Wahlen, der Bau und die Instandhaltung des Verkehrsnetzes oder die Gewährleistung der Sicherheit).

Der Umfang der Befugnisse, über die die deutschen und französischen Kommunen jeweils verfügen, unterscheidet sich allerdings. Die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik erfreuen sich einer größeren Unabhängigkeit als ihre französischen Pendant<sup>91</sup>, und das trotz der Tatsache, dass die kommunalen Zuständigkeiten in Frankreich in den letzten mehr als 30 Jahren eine deutliche Stärkung erfahren haben. Eine grundlegende Veränderung brachte vor allem das Gesetz vom März 1982, mit dem der Präfekt (der als hoher Beamter den Staat auf der Ebene der Departements repräsentiert) die Befugnis verlor, sich in den Betrieb der Städte und Gemeinde einzumischen. Bis dahin hatte er dies insbesondere mit zwei Maßnahmen a priori getan: mit der Kontrolle der Entscheidungen des Gemeinde- bzw. Stadtrates und mit der Genehmigung des kommunalen Haushaltes. Die dezentralisierenden Gesetze belieben dem Präfekten lediglich das Recht auf eine nachträgliche Kontrolle der Ratsbeschlüsse. Die (ebenfalls erst nachträglich ausgeübte) Finanzaufsicht über die Kommunen ging vom Präfekten auf unabhängige regionale Rechnungshöfe über<sup>92</sup>. Das Gesetz vom Juli 1983 sollte darüber hinaus gewährleisten, dass die Kommunen mit den neuen Kompetenzen auch Quellen erhielten, aus denen sie die Ausübung der neu erworbenen Zuständigkeiten finanzieren konnten<sup>93</sup>.

Dennoch gilt weiterhin, dass die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik in den untersuchten fünf Jahrzehnten eine größere Finanzautonomie genossen als die französischen Kommunen<sup>94</sup>. Allerdings kann trotz der größeren Aufgabenskala der deutschen Kommunen nicht automatisch vorausgesetzt werden, dass sie auch reicher waren als ihre französischen Pendant. Es scheint eher, als hätten sich ihre finanziellen Mittel im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts auf einem vergleichbaren Niveau bewegt, denn die französische Dezentralisierung führte dazu, dass sich die kommunalen Einnahmen in beiden Staaten fast angleichen. In den 1990er Jahren machten Steuern, staatliche Zuweisungen (*dotations*) und sonstige Einnahmen

91 Eric FRÈRE, Vergleich der Kommunen in Deutschland und in Frankreich. Historische Entwicklungen, rechtliche Rahmenbedingungen und öffentliche Finanzstrukturen im föderalen und zentralen System, Wiesbaden 1998, S. 124f. u. 163f.

92 UTERWEDDE, Kommunen in Frankreich und Deutschland, S. 58.

93 Véronique LE MARCHAND/Frédéric TOUBOUL, Guide de la commune, Toulouse 1996, S. 48. Siehe auch SCHMIDT u.a., Frankreich-Lexikon, S. 284f.

94 FRÈRE, Vergleich der Kommunen, S. 80.

(Gebühren, Erwerbseinnahmen und Kredite) in den deutschen und französischen Kommunalhaushalten jeweils ungefähr ein Drittel aus<sup>95</sup>. Es ist daher zu vermuten, dass der Umfang derjenigen Mittel, die den Kommunen zur Verfügung stehen, vielmehr von der momentanen wirtschaftlichen Situation auf gesamtstaatlicher wie lokaler Ebene abhängt und nicht von der jeweiligen nationalen Gesetzgebung.

Ein weiteres Element, das die Entstehung und Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Partnergemeinde stark beeinflussen kann, ist das Amt des Bürgermeisters. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Frankreich ist der Bürgermeister eine Person, die die jeweilige Kommune nach außen repräsentiert und somit in ihrem Namen auch den Vertrag über die kommunale Partnerschaft unterzeichnet. Zugleich verfügt der Bürgermeister in beiden Staaten über reale Macht, die sich aus der Tatsache ergibt, dass er an der Spitze der Kommunalverwaltung steht und dem Stadt- bzw. Gemeinderat vorsitzt. Die deutschen Bürgermeister verfügen dabei gegenüber dem jeweiligen Rat über unterschiedlich große Befugnisse. Diese sind bzw. waren durch eine der vier genannten Kommunalverfassungen gegeben, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Anwendung fanden. In zwei Bundesländern (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen), in denen die sog. Norddeutsche Ratsverfassung appliziert wurde, galt darüber hinaus bis in die 1990er Jahre, dass an der Spitze der Kommunalverwaltung ein Gemeindedirektor oder Stadtdirektor, ggf. ein Oberstadtdirektor stand. Dieses System wurde jedoch aufgrund seiner »zweigleisigen Struktur« lange Zeit kritisiert, da diese eine klare und transparente Kompetenzverteilung zwischen dem Bürgermeister, dem Stadtdirektor und dem Stadtrat verhinderte, was schließlich dazu führte, dass das Amt des (Ober-) Stadtdirektors abgeschafft wurde<sup>96</sup>.

Hinsichtlich der Wahl des Bürgermeisters gibt es zwischen dem deutschen und französischen System klare Unterschiede. In Frankreich wird der Bürgermeister (*maire*) durch den Gemeinde- oder Stadtrat (*conseil municipal*) für sechs Jahre gewählt. Kommt es zu keinen außerordentlichen Ereignissen, wird der Bürgermeister gewählt, nachdem sich der Rat auf Basis des Ergebnisses der Kommunalwahlen konstituiert hat. Dies geschieht in ganz Frankreich etwa zur selben Zeit, da es für das gesamte Land einen einheitlichen Kommunalwahltermin gibt<sup>97</sup>. In der Bundesrepublik hingegen schreibt

---

95 Vgl. die Tabelle ebd., S. 70. Die Angaben werden für das Jahr 1994 angeführt.

96 Peter HOFFMANN, Kommunalpolitik in Niedersachsen, in: KOST/WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, S. 205–230, hier S. 205; Andreas KOST, Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, KOST/WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, S. 231–254, hier S. 231.

97 Im Rahmen des untersuchten halben Jahrhunderts fanden die französischen Kommunalwahlen in den folgenden Jahren statt: 1953, 1959, 1965, 1971, 1977, 1983, 1989 und 1995. Vgl. Pierre

jedes Bundesland für diese Wahlen einen eigenen Termin aus. Die Länge der Wahlperioden der deutschen Kommunalräte bewegte sich im Untersuchungszeitraum zwischen vier und sechs Jahren, was wiederum durch die jeweilige Landesgesetzgebung geregelt wurde<sup>98</sup>. Diese erfuhr in den 1990er Jahren in allen Bundesländern (mit Ausnahme der Stadtstaaten) eine deutliche Modernisierung, die die Mitwirkung der Bürger an der Regierung erhöhte – durch Referenden und die Direktwahl der Bürgermeister oder Oberbürgermeister<sup>99</sup>. Da die Bürgermeister und Oberbürgermeister für fünf bis neun Jahre gewählt wurden<sup>100</sup>, d.h. für einen längeren Zeitraum als der Stadt- oder Gemeinderat, kam es bisweilen zu einer Situation, in der Vertreter zweier gegensätzlicher politischer Lager über die Verwaltung der Gemeinde oder Stadt entschieden. Zu einer solchen Situation konnte es in Frankreich nicht kommen, da der Bürgermeister gerade durch den Rat gewählt wird.

Obwohl die Wahlperiode der französischen Bürgermeister einheitlich sechs Jahre beträgt, ist es üblich, dass ein und dieselbe Person dieses Amt auch mehrere Jahrzehnte lang ausübt. Der Rekordhalter war Tony Larue, der von 1935 bis 1995 an der Spitze der Stadt Grand-Quevilly stand (mit Ausnahme einer Unterbrechung von insgesamt fünf Jahren, v. a. infolge des Zweiten Weltkriegs)<sup>101</sup>. Fast 50 Jahre lang übte diese Funktion auch Jacques Chaban-Delmas aus, der zwischen 1947 und 1995 als Bürgermeister von Bordeaux wirkte. Die Tatsache, dass dieser Politiker vor allem als französischer Premierminister (1969–1972) bzw. als Präsident der Nationalversammlung (1958–1969, 1978–1981 und 1986–1988) allgemein bekannt wurde, verweist auf ein bedeutendes Charakteristikum der Kommunalpolitik in Frankreich – die Ausübung mehrerer politischer Mandate gleichzeitig (*cumul des mandats*). Dieser Tatsache trägt auch die französische Terminologie Rechnung, die denjenigen Bürgermeister, der zugleich Abgeordneter in der Nationalversammlung ist, als *député-maire* und jenen, der zugleich Senator ist, als *sénateur-maire* bezeichnet. Eine kommunalpolitische Funktion wird in Frankreich allgemein als »Sprungbrett« für die politische Karriere auf

---

MARTIN, Les élections municipales en France depuis 1945, Paris 2001 (Notes et études documentaires 5126–27).

- 98 Nach dem Jahr 2000 entschieden sich fast alle Bundesländer für einen Fünf-Jahres-Zyklus der Kommunalwahl. Die unterschiedlichen Termine wurden jedoch beibehalten. Vgl. die Tabelle »Kommunales Wahlrecht im Ländervergleich« im Anhang des Buches von KOST/WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, S. 406f.
- 99 Hans-Georg WEHLING, Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik. Ein Rückblick auf die Reformprozesse, in: KOST/WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, S. 353–366; Andreas KOST, Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene, in: KOST/WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, S. 389–402.
- 100 Vgl. die Tabelle »Bürgermeisterwahlen in deutschen Ländern« im Anhang des Buches KOST/WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, S. 407f.
- 101 Vgl. Ville de Grand-Quevilly, Historique des maires, in: URL: <<http://www.grandquevilly.fr/Vie-Municipale-Les-elus-Historique-des-maires-fr>> (06.07.2014).

gesamtstaatlicher Ebene verstanden, und die Ämterkumulation wird von den Wählern keinesfalls als negativ betrachtet<sup>102</sup>. Erfahrung mit der parallelen Ausübung mehrerer Mandate hatten auch verschiedene französische Präsidenten, von denen einige ihre politische Karriere gerade als Bürgermeister begannen bzw. festigten (Valéry Giscard d'Estaing in Chamalières in der Auvergne, François Mitterrand in Château-Chinon in Burgund, Jacques Chirac in Paris, Nicolas Sarkozy in Neuilly-sur-Seine und zuletzt François Hollande in Tulle im Limousin).

Mitte der 1980er Jahre wurden jedoch die ersten Verordnungen durchgesetzt, die diese Kumulation begrenzten. Im Jahre 2000 wurden sie durch ein Gesetz, das konkrete unzulässige Kombinationen von Mandaten festlegte, noch wesentlich erweitert. Im Prinzip wurde die gleichzeitige Ausübung nur zweier Mandate erlaubt, wobei die Kumulierung einiger Mandate (z.B. jenes des Bürgermeisters und des Vorsitzenden des Regionalrates) allerdings verboten wurde<sup>103</sup>. Den französischen Bürgermeistern kann jedoch eine Nebentätigkeit (d.h. einschließlich einer politischen) schon aus dem Grund nicht verboten werden, als sie ihr kommunales Amt unentgeltlich ausüben bzw. nur einen Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben<sup>104</sup>. Gegenüber dem Staat befinden sie sich somit in einer anderen Position als ihre deutschen Kollegen, die für die Dauer ihrer Amtszeit wie Beamte besoldet werden.

---

102 UTERWEDE, Kommunen in Frankreich und Deutschland, S. 90.

103 Eine vollständige Übersicht der politischen Mandate, deren parallele Ausübung nicht zulässig ist, bietet Laurent BACH, *Faut-il abolir le cumul des mandats?*, Paris 2012, S. 38, in: URL: <<http://www.cepremap.ens.fr/depot/opus/OPUS27.pdf>> (12.01.2014). In der Bundesrepublik ist die parallele Ausübung des Bürgermeisteramts und eines Mandats im Bundes- bzw. Landtag unter keinen Umständen erlaubt. Siehe Pierre KOENIG, *Maire et Bürgermeister*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 34 (2002), S. 547–554, hier S. 550.

104 Die Höhe dieser Erstattungen ist jedoch nicht unerheblich, ansehnliche Werte erreichen sie besonders in den großen Städten. Vgl. SCHMIDT u.a., *Frankreich-Lexikon*, S. 610.





### III. Unsichere Erfolgsaussichten (1950–1962)

#### 1. Von der Besatzung zum Bündnis

Die deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene verzeichneten in den Jahren 1950–1962 die dynamischste Entwicklung des gesamten Untersuchungszeitraums. Die wichtigsten Einschnitte gab es dabei in den Jahren 1954, 1956–1958 und 1960–1962. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich waren zu Beginn der 1950er Jahre stark durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs gekennzeichnet. Diese spiegelten sich in erster Linie im ungleichen Rechtsstatus wider. Die Vormachtstellung Frankreichs gegenüber dem westdeutschen Staat fand symbolischen Ausdruck auch auf diplomatischer Ebene: Das 1949 eingerichtete Amt des französischen Hohen Kommissars, das André François Poncet bekleidete, wurde erst im Jahre 1955 aufgelöst und durch den Posten eines Botschafters ersetzt. Die deutsche Botschaft in Paris war mit Zustimmung der Alliierten Hohen Kommission nur zwei Jahre zuvor eingerichtet und die Stelle des Botschafters mit Wilhelm Hausenstein besetzt worden<sup>1</sup>. Dieser Kunsthistoriker und Literat krönte damit sein Bestreben um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen durch die Förderung des deutsch-französischen Kulturaustausches<sup>2</sup>.

Ein weiterer Aspekt, der in dieser Zeit den Charakter der Beziehungen zwischen beiden Ländern prägte, war die französische Erfahrung der nationalsozialistischen Besatzung und die Erinnerung an die früheren kriegerischen Konflikte mit Deutschland. Die französischen Regierungen bemühten sich daher darum, den deutschen Nachbarn am Wiederaufbau des militärischen und wirtschaftlichen Potenzials zu hindern. Während dies in den ersten Nachkriegsjahren durch Verbote, Restriktionen und einseitige Kontrollen erzielt werden sollte, bewogen die Zunahme der internationalen Spannung, der Druck der westlichen Alliierten wie auch zahlreiche eigene (vor allem wirtschaftliche) Probleme Frankreich 1947 zu einer allmählichen Veränderung der Position. Seine Vertreter strebten zwar weiterhin eine Kontrolle des entstehenden westdeutschen Staates an, nun allerdings durch eine

---

1 Ulrich LAPPENKÜPER, Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris, in: VfZ 43 (1995), S. 635–678, hier S. 665.

2 Ebd., S. 666. Siehe auch Dieter JAKOB/Johannes WERNER/Renée-Marie PARRY HAUSENSTEIN (Hg.), Wilhelm Hausenstein als Wegbereiter der deutsch-französischen Beziehungen, München 2000.

gegenseitige Interessenverflechtung mit dem weiteren Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit ganz Westeuropas (»Sicherheit durch Integration«)<sup>3</sup>.

Über das deutsche Montangebiet wachte Frankreich seit dem Jahr 1951 mittels der Hohen Behörde, die das Exekutivorgan der durch die Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) war<sup>4</sup>. Die Kontrolle über die westdeutsche Wiederbewaffnung, die vor allem von den USA nach Ausbruch des Koreakriegs 1950 ernsthaft erwogen wurde, sollte Frankreich ein ähnlicher Entwurf aus der Feder von Ministerpräsident René Pleven sichern. Plevens Plan rechnete mit der Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die die Existenz deutscher Einheiten ermöglichen sollte, ohne dass die Bundesrepublik eine nationale Armee, einen Generalstab oder ein Verteidigungsministerium erhalten hätte<sup>5</sup>. Obwohl der Gründungsvertrag der EVG im Mai 1952 von allen Mitgliedsstaaten der EGKS unterzeichnet worden war, wurde er in den nachfolgenden zwei Jahren zum Gegenstand großer Kontroversen unter französischen Politikern. Der Konflikt war dermaßen zugespitzt, dass Soutou ihn mit der polarisierten Atmosphäre während der Dreyfus-Affäre vergleicht<sup>6</sup>. Da sich die französische Nationalversammlung schließlich im August 1954 gegen die Ratifizierung des Vertrags aussprach, wurde noch im selben Jahr die Eingliederung der zukünftigen westdeutschen Einheiten in die Nordatlantische Allianz (NATO) ausgehandelt. Damit wurde paradoxerweise eine Lösung gewählt, die für die Bundesrepublik militärisch wie politisch günstiger war und die von Anfang an nicht nur Bundeskanzler Adenauer, sondern auch die angelsächsischen Staaten bevorzugt hatten<sup>7</sup>. Umso wichtiger war es für die französische Seite, dass die Bundesrepublik zugleich der Westeuropäischen Union (WEU) beitrug, gegenüber der sie sich verpflichtete, keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen herzustellen sowie auf die Anwendung schwerer Waffen zu verzichten<sup>8</sup>.

---

3 DEFRANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 65. Eine bis heute bahnbrechende Arbeit über die französische Politik gegenüber Deutschland vor dem Beginn der europäischen Integration legte Dietmar Hüser vor: Dietmar HÜSER, Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996. Den gegenwärtigen Forschungsstand einschließlich der weiterhin existierenden Kontroversen restituieren DEFRANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 145–159.

4 Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18.04.1951, in: BGBl. 1952 II, S. 447–504.

5 DEFRANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 76.

6 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 14.

7 DEFRANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 83.

8 Vgl. Western European Union, Text of the Modified Brussels Treaty vom 23.10.1954, insbesondere Protokoll III über die Rüstungskontrolle, in: URL: <<http://www.weu.int/Treaty.htm>> (18.02.2014).

Das dritte Hauptproblem, das die deutsch-französischen Beziehungen fast bis zur Mitte der 1950er Jahre belastete, war das Schicksal des Saarlandes<sup>9</sup>. Schon bei den Repräsentanten des französischen Widerstandes tauchten Pläne zur Abtrennung dieses an Steinkohle reichen Gebietes vom deutschen Territorium auf<sup>10</sup>. Die französische Sonderverwaltung, der das Saarland seit 1945 unterstand, wurde zwei Jahre später durch eine Wirtschaftsunion mit Frankreich ergänzt. Obwohl diese staatsrechtliche und wirtschaftliche Ordnung anfangs die Unterstützung der saarländischen Bevölkerung und Politiker genoss, ließen der allmähliche wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik und ihre Eingliederung in das westliche Bündnissystem Zweifel an dieser Lösung aufkommen. Die westdeutschen Politiker betrachteten ebenso jegliche Festigung der Bindungen zwischen dem Saarland und Frankreich mit Missfallen – Ersteres wurde so »statt zum Vermittler [...] zum Stolperstein deutsch-französischer Beziehungen«<sup>11</sup>. Erst im Oktober 1954 beschritten Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Mendès France den Weg zur Lösung der Saarfrage. Dies war eine unerlässliche Voraussetzung für die Zustimmung Frankreichs zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität und zur Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis im Rahmen der Pariser Verträge<sup>12</sup>.

Das mühsam ausgehandelte Saarstatut sicherte dem Saarland eine spezifische Stellung im Rahmen der Westeuropäischen Union zu und bestätigte seine wirtschaftliche Anbindung an Frankreich<sup>13</sup>. Die Realisierung dieses Plans verhinderten die Saarländer jedoch in dem Referendum vom Oktober 1955, in dem 68 Prozent der teilnehmenden Wähler das Statut ablehnten und sich so indirekt für die Eingliederung in die Bundesrepublik aussprachen. Die wieder eingeleiteten deutsch-französischen Verhandlungen erzielten einen Kompromiss, der im Oktober 1956 durch den Luxemburger Saarvertrag besiegelt wurde und schließlich zur Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik als zehntes Bundesland am 1. Januar 1957 führte<sup>14</sup>.

---

9 Einen Forschungsüberblick über die Saarfrage und die entsprechende Bibliographie bieten Rainer HUDEMANN/Armin HEINEN, *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch*, Saarbrücken 2007.

10 Detailliert Ulrich POHLMANN, *Die Saarfrage und die Alliierten. 1942–1948*, Frankfurt a. M. 1993.

11 Armin HEINEN, Saarland, in: Wolfgang BENZ (Hg.), *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*, Berlin 1999, S. 412–415, hier S. 415.

12 LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963*, S. 464.

13 Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Saarstatut, 23.10.1954, in: ERBAR (Hg.), *Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963*, S. 174–178. Die deutsch-französischen Verhandlungen, die parallel zu einer Reihe von internationalen Konferenzen in Paris stattfanden, schildert detailliert LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 460–466.

14 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27.10.1956, in: BGBl. II 1956, S. 1589–1836.

Die wirtschaftliche Integration des Saarlandes war 18 Monate später abgeschlossen.

In Anbetracht der Streitigkeiten, die bezüglich der Saarfrage und insbesondere der deutschen Wiederbewaffnung herrschten, überrascht es nicht, dass die Jahre 1953 und 1954 (bis zum Herbst) als schwierige Periode gelten oder sogar behauptet wird, dass »[n]iemals seit Ende des Zweiten Weltkrieges [...] die Kluft zwischen westdeutschen und französischen politischen Zielen so groß wie in den Jahren 1953 / 1954« gewesen sei<sup>15</sup>. Dennoch kam es während der zweiten Hälfte des Jahres 1954 zu einer deutlichen Wende. Obwohl die deutsch-französischen Beziehungen im August 1954, als die französischen Abgeordneten den Vertrag über die EVG ablehnten, noch sehr angespannt waren, schafften es die Repräsentanten beider Staaten zwei Monate später, konstruktiver als erwartet miteinander zu verhandeln<sup>16</sup>. Das Fehlschlagen der EVG wirkte sich paradoxerweise positiv auf die bilateralen Beziehungen aus<sup>17</sup>. Die Bundesrepublik und Frankreich wurden dazu genötigt, ihre nationalen Ambitionen zu dämpfen und ihre Möglichkeiten realistischer zu betrachten<sup>18</sup>.

Ausdruck fand der nunmehr konstruktive Dialog in dem Treffen von Adenauer und Mendès France am 19. Oktober 1954 auf dem Schloss La Celle-Saint-Cloud, am Vorabend einer Serie internationaler Konferenzen in Paris. Neben der Saarfrage erörterten die Repräsentanten beider Staaten die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie einige praktische Folgen der nationalsozialistischen Okkupation Frankreichs<sup>19</sup>. Das genannte Übereinkommen spiegelte sich vier Tage später in mehreren deutsch-französischen Abkommen wider, die zugleich mit den bereits erwähnten Pariser Verträgen und dem Saarstatut unterzeichnet wurden. Mit diesen Abkommen wurden sowohl einige Lasten der Vergangenheit beseitigt als auch die Grundlagen für eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen gelegt<sup>20</sup>.

15 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 108.

16 Vgl. LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963, S. 1879.

17 DEFANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 82.

18 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 115.

19 LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 792f.

20 Die Vergangenheit betrafen das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung gewisser Probleme, die sich aus der Deportation aus Frankreich ergeben, 23.10.1954, in: ERBAR (Hg.), Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen, S. 188–192, und das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Kriegsgräber des Krieges von 1939–1945, 23.10.1954, in: Ebd., S. 180–184. Mit der zukünftigen Kooperation beschäftigte sich das Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik vom 23.10.1954, abgedruckt in: Ebd., S. 170–174. Die im Bereich der Wirtschaft vereinbarte Zusammenarbeit fand hauptsächlich in der 1955 eröffneten gemeinsamen Industrie- und Handelskammer sowie

Eine relativ dramatische Entwicklung nahmen die deutsch-französischen Beziehungen im Jahr 1956, das als weiterer Markstein der offiziellen Zusammenarbeit auf höchster Ebene bezeichnet werden kann. Bereits seit Mitte des Jahres 1955 waren die Vertreter beider Länder (sowie weiterer vier Mitgliedsstaaten der EGKS) mit Verhandlungen über eine Belebung der europäischen Integration beschäftigt. Sie kamen überein, die wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Montanunion hinaus zu erweitern mit dem Ziel, einen gemeinsamen Markt zu schaffen und die Kräfte bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu bündeln. Stellten diese Beschlüsse schon das Ergebnis eines nicht einfachen Kompromisses dar, so gestalteten sich die Verhandlungen über den Inhalt der konkreten Verträge noch schwieriger<sup>21</sup>. Die Unterschiede der deutschen und französischen Position ergaben sich aus den unterschiedlichen Präferenzen. Während Frankreich sich vor allem für die Kernenergie interessierte, was mit seinem Streben nach der Entwicklung einer eigenen Nuklearwaffe korrespondierte, setzte die deutsche Regierung hauptsächlich die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes durch, von dem die westdeutsche Industrie profitieren würde<sup>22</sup>. Die Divergenzen, die zwischen den beteiligten Staaten herrschten, erreichten im Herbst 1956 ein solches Ausmaß, dass ein vollständiges Scheitern der Verhandlungen drohte<sup>23</sup>.

Dies verhinderte jedoch der Ausbruch der Suez-Krise im Oktober 1956, die die deutsch-französischen Beziehungen unerwartet festigte. Obwohl die Bundesrepublik in dem Konflikt auf der Sinai-Halbinsel nicht direkt engagiert war, stellte sich Bundeskanzler Adenauer – entgegen der Empfehlung des bundesdeutschen Außenministers – eindeutig hinter den damaligen französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet<sup>24</sup>. Ausdruck der Solidarität war Adenauers offizieller Besuch in Paris, während dessen die beiden Regierungschefs einen Durchbruch in den Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wie auch die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) erzielten und über die Rüstungszusammenarbeit diskutierten<sup>25</sup>. Dank der definitiven Lösung der Saarfrage und infolge der Suez-Krise erhielten die deutsch-französischen Beziehungen 1956 einen neuen Charakter. Beide Seiten begannen, wirkliches Vertrauen zueinander zu

---

in der Annahme eines langfristigen Handelsabkommens Ausdruck. Siehe Sylvie LEFÈVRE, *Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955: De l'occupation à la coopération*, Vincennes 1998, in: URL: <<http://books.openedition.org/igpde/2871>> (12.03.2014), VII. Kap., Abs. 41–45 u. 53–62.

21 Vgl. Gerhard BRUNN, *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2006, S. 112.

22 ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 126–128; DEFRA/NCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 93–96.

23 ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 129.

24 LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 915f.

25 Ebd., S. 1035 u. 1887.

fassen<sup>26</sup>. Diese Atmosphäre spiegelte sich in der bilateralen Zusammenarbeit wider, die sich in den Jahren 1956–1957 sehr intensivierte, und zwar auch im Militärbereich<sup>27</sup>. Gerade diese Sphäre, die traditionell als eine nationale Angelegenheit betrachtet wird, zeugt davon, welche Intensität die deutsch-französische Kooperation vor dem Amtsantritt de Gaulles erreicht hatte.

Frankreich, das an der Entwicklung einer eigenen Kernwaffe arbeitete, erwog seit Mitte der 1950er Jahre die Möglichkeit, gemeinsame Rüstungsprojekte mit der Bundesrepublik voranzutreiben und ihre Militärdoktrinen zu koordinieren<sup>28</sup>. Seit Herbst 1956 bis zum Beginn des Jahres 1958 verliefen sogar Verhandlungen über eine Zusammenarbeit im Nuklearsektor, weil Frankreich Interesse an deutschen Erfahrungen (aus der Zeit der nationalsozialistischen Nuklearforschung) und Finanzen hatte und zugleich davon überzeugt war, auf diese Weise die nuklearen Ambitionen des westdeutschen Nachbarn besser kontrollieren zu können<sup>29</sup>. Nachdem auch Italien zu den deutsch-französischen Rüstungsverhandlungen eingeladen worden war, unterzeichneten die Verteidigungsminister aller drei Staaten im Oktober 1957 ein Protokoll, das die Kooperation in der konventionellen wie der nuklearen Rüstung vorsah<sup>30</sup>. Da die nukleare Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland jedoch für die meisten Mitglieder der französischen Regierung nicht annehmbar war, wurde im Frühjahr 1958 beschlossen, die weiteren Verhandlungen auf die konventionellen Waffen zu reduzieren<sup>31</sup>. Auch wenn der Inhalt des Protokolls nicht erfüllt wurde, wird aus ihm nach Soutou die Annäherung deutlich, die beide Staaten vor dem Ende der IV. Republik erreicht hatten: »Certes, ce n'était qu'un accord-cadre, qui devait être suivi de conventions d'exécution détaillées. C'était néanmoins, [...], un document d'une importance exceptionnelle, fondant une véritable communauté stratégique«<sup>32</sup>. Für außergewöhnlich hält die Zusammenarbeit der Jahre 1956 bis 1958 auch Ziebura, der sogar behauptet, dass

[...] die deutsch-französischen Beziehungen einen Höhepunkt erlebten, der später nie wieder erreicht werden sollte. Denn selbst im besten Jahr der Zusammenarbeit de Gaulle-Adenauer, 1962, kam man [...] über Verbalismus und Gesten voller Symbolik nicht hinaus<sup>33</sup>.

---

26 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 61; ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 130.

27 DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 90.

28 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 47.

29 Ebd., S. 40.

30 Ebd., S. 93.

31 Ebd., S. 95–97 u. 109.

32 Ebd., S. 95. Zur aktuellen Diskussion über die damalige Bedeutung dieses Protokolls vgl.

DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 119.

33 ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 130.

Wie Zieburas Einschätzung andeutet, können die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in den Jahren 1958 bis 1963, als de Gaulle und Adenauer an der Spitze beider Staaten standen, nicht als unproblematisch, geschweige denn als idyllisch betrachtet werden. In den ersten zwei Jahren war deutlich, dass das französische Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Nachbarn jenseits des Rheins nachgelassen hatte, da sich de Gaulle um eine strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien bemühte, allerdings ohne größere Erfolge zu erzielen<sup>34</sup>. Zu einer gewissen Wende kam es 1960, als der französische Präsident damit begann, den Beziehungen zur Bundesrepublik eine »besondere Pflege angedeihen« zu lassen<sup>35</sup>. In dieser Zeit erwies sich de Gaulle zugleich als Hauptverbündeter der Bundesrepublik in der zweiten Berlin-Krise. Diese war durch den sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow ausgelöst worden, als er im November 1958 ultimativ verlangte, Westberlin zu einer entmilitarisierten Freien Stadt zu erklären. De Gaulles Unterstützung war von Anbeginn der Krise an eindeutig, gehörte aber besonders seit 1960 zu den wesentlichen Faktoren der deutsch-französischen Annäherung<sup>36</sup>. Somit wiederholte sich das in der Suezkrise »erprobte« Modell des Jahres 1956, allerdings nun mit vertauschten Rollen.

Das Interesse an einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen fand nicht zuletzt in dem bilateralen Abkommen über die Entschädigung der französischen Opfer des Nationalsozialismus Ausdruck, das nach komplizierten vierjährigen Verhandlungen im Juli 1960 erzielt wurde. Die Tatsache, dass die französischen Opfer insgesamt 400 Millionen DM erhielten, und damit die höchste Summe, die an ein westeuropäisches Land überhaupt gezahlt wurde, wirkte »sich auf die allgemeinen deutsch-französischen Beziehungen deutlich beruhigend« aus<sup>37</sup>.

Die erhöhte Aufmerksamkeit, die der französische Präsident zu Beginn der 1960er Jahre den Beziehungen zur Bundesrepublik widmete, war auch dem Bestreben um eine engere Zusammenarbeit unter den westeuropäischen Staaten geschuldet. Diese Staaten (konkret Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Luxemburg und Niederlande) sollten unter französischer Führung eine von den Vereinigten Staaten und der Nordatlantischen Allianz unabhängige Europäische Politische Union (EPU) bilden. Die Hauptprinzipien dieses Projekts wurden im sog. Fouchet-Plan veröffentlicht, der auf der Zusammenarbeit der nationalen Regierungen basierte – einem Prinzip,

---

34 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 123 u. 144.

35 Knut LINSEL, *Charles de Gaulle und Deutschland*, Paris 1998, S. 177.

36 DEFANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 100f.; SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 147. Die deutsch-französischen Beziehungen während der zweiten Berlin-Krise behandelt ausführlich KOOPMANN, *Das schwierige Bündnis*, S. 45–123.

37 DEFANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 86.

das dem Gedanken supranationaler Institutionen, auf die die Europäischen Gemeinschaften zusteueren, zuwiderlief<sup>38</sup>. Allerdings konnten sich die Verhandlungsparteien weder auf die Kompetenzen der EPU noch auf ihre Beziehung zur NATO und zu Großbritannien einigen, weswegen die Idee einer breiteren westeuropäischen Kooperation auf Grundlage des Fouchet-Plans im Frühjahr 1962 scheiterte<sup>39</sup>. Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer setzten deshalb die Verhandlungen über eine Zusammenarbeit auf intergouvernementaler Ebene nur im bilateralen Rahmen fort<sup>40</sup>. Für Letztere sprachen nicht zuletzt die Befürchtungen, die die neue Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Amtsantritt Präsident Kennedys im Jahr 1961 ausgelöst hatte<sup>41</sup>.

Ein Zeichen der positiven Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im Jahr 1962 war ebenfalls der offizielle Besuch Adenauers in Frankreich, zu dem eine deutsch-französische Militärparade in Mourmelon und eine Messe in der Kathedrale von Reims gehörten. Kurz darauf unternahm de Gaulle eine offizielle Reise in die Bundesrepublik, wo ihm ein triumphaler Empfang zuteil wurde und bei der die Grundlagen des zukünftigen Élysée-Vertrages erörtert wurden<sup>42</sup>. Es überrascht daher nicht, dass Zieburas das Jahr 1962 als das beste in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen beiden Politikern bezeichnet<sup>43</sup>.

Obwohl der Zeitraum 1960–1962 als positive Etappe in den Beziehungen zwischen beiden Staaten betrachtet wird, kann er nicht als eindeutiges Zusteuern auf den Élysée-Vertrag gedeutet werden. Waren die persönlichen Beziehungen zwischen Adenauer und de Gaulle auch günstig für den Ausbau der Zusammenarbeit, so unterschieden sich ihre politischen Konzeptionen doch oft sehr<sup>44</sup>. De Gaulles Pläne gingen darüber hinaus von einer unterschiedlichen internationalen Stellung beider Staaten aus, und er trat stets dafür ein, dass dies so bliebe. Auch in den Jahren 1960–1962 gab es daher Momente, in denen die eine oder andere Seite eine engere Kooperation

---

38 Vgl. den Text der ersten Version (vom 02.11.1961) und der zweiten Version des Fouchet-Plans (vom 18.01.1962) auf den Webseiten des Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe, in: URL: <[http://www.cvce.eu/obj/projet\\_de\\_traite\\_plan\\_fouchet\\_i\\_2\\_novembre\\_1961-fr-485fa02e-f21e-4e4d-9665-92f0820a0c22.html](http://www.cvce.eu/obj/projet_de_traite_plan_fouchet_i_2_novembre_1961-fr-485fa02e-f21e-4e4d-9665-92f0820a0c22.html)> und <[http://www.cvce.eu/obj/projet\\_de\\_traite\\_plan\\_fouchet\\_ii\\_18\\_janvier\\_1962-fr-c9930f55-7d69-4edc-8961-4f12cf7d7a5b.html](http://www.cvce.eu/obj/projet_de_traite_plan_fouchet_ii_18_janvier_1962-fr-c9930f55-7d69-4edc-8961-4f12cf7d7a5b.html)> (beide 12.03.2014).

39 KOOPMANN, Das schwierige Bündnis, S. 175. Ausführlich zu beiden Versionen des Fouchet-Plans ebd., S. 125–184.

40 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 200; ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 162.

41 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 65; DEFANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 101f.

42 MAILLARD, De Gaulle et le problème allemand, S. 154 u. 158f.

43 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 130.

44 LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1356.



außerhalb dieses bilateralen Rahmens erwog, wie zum Beispiel Adenauers Interesse am Norstad-Plan im Jahre 1960 oder de Gaulles Entwurf einer Zusammenarbeit der Westmächte in der Nuklearrüstung belegen<sup>45</sup>.

Nichtsdestoweniger waren die letzten Monate des Jahres 1962 eine Zeit, in der sich sowohl der französische Präsident als auch der Bundeskanzler den deutsch-französischen Beziehungen intensiv widmeten. Sie diskutierten die Frage, wie die regelmäßigen Zusammenkünfte der deutschen und französischen Ministerialbeamten aus verschiedenen Ressorts gewährleistet werden könnten, d.h. ohne Rücksicht auf die momentane politische Konstellation in ihren jeweiligen Ländern. Zudem wollten sie neu auch die Minister der entsprechenden Ressorts sowie die Staats- bzw. Regierungschefs in das System der Konsultationen einbinden. Dennoch wurde bis zum Ende des Jahres allgemein davon ausgegangen, dass das vorbereitete bilaterale Dokument den Charakter eines Memorandums oder Protokolls haben würde, nicht aber den eines zwischenstaatlichen Vertrags<sup>46</sup>. Die Vertragsform entwarf Konrad Adenauer erst Mitte Januar 1963 in dem Bestreben, die deutsch-französische Zusammenarbeit vor zu proamerikanischen Nachfolgern an der Spitze der Bundesregierung zu schützen, und auf Basis einer juristischen Analyse, die auf die Notwendigkeit der Ratifizierung auch eines etwaigen Protokolls im Deutschen Bundestag hinwies<sup>47</sup>. Diese im letzten Moment erfolgte rechtliche Änderung interpretieren Defrance und Pfeil als Beweis dafür, »dass der Élysée-Vertrag improvisiert wurde«<sup>48</sup>.

Der Vertrag wurde am 22. Januar 1963 im Pariser Amtssitz des französischen Präsidenten unterzeichnet, in einer Zeit also, in der Konrad Adenauer zu seinem letzten offiziellen Besuch in Frankreich weilte. Der Vertragstext regelte zum einen die Mechanismen der regelmäßigen bilateralen Konsultationen, zum anderen spezifizierte er, wie die Zusammenarbeit in drei explizit genannten Bereichen aussehen soll: in den auswärtigen Angelegenheiten, in der Verteidigung sowie in Erziehungs- und Jugendfragen. Während die ersten beiden Ressorts eindeutig in die Kompetenz der Bundesorgane fielen, erhoben die Bundesländer Anspruch auf Entscheidungshoheit im letztgenannten Politikbereich<sup>49</sup>.

---

45 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 169–174 u. 229.

46 Ebd., S. 241–243.

47 LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 1906.

48 DEFANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 113.

49 Für eine detaillierte Analyse der Entstehung und des Inhalts des Élysée-Vertrags siehe Corine DEFANCE/Ulrich PFEIL (Hg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945 – 1963 – 2003*, München 2005.

## 2. Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Dutzende Partnerschaften

In den Jahren 1950–1962 wurden auf kommunaler Ebene insgesamt 120 Fälle von deutsch-französischer Zusammenarbeit verzeichnet. Von diesen hatten 97 Prozent die Form einer Partnerschaft (116), den Rest bildeten bilaterale Kooperationen in Form von Freundschaften (3) und Kontakten (1) [Tabelle 5]. Die Tatsache, dass bei den loseren Formen der kommunalen Zusammenarbeit nur eine minimale Zahl von Fällen registriert wurde, hängt zweifelsohne damit zusammen, dass die Unterscheidung der einzelnen Kategorien erst Mitte der 1970er Jahre eingeführt wurde.

**Tabelle 5:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1950–1962)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Insgesamt
1950	1	0	0	1
1951	1	0	0	1
1952	2	0	0	2
1953	4	0	0	4
1954	6	0	0	6
1955	11	0	0	11
1956	17	0	0	17
1957	21	0	0	21
1958	38	2	0	40
1959	50	2	0	52
1960	75	3	1	79
1961	94	3	1	98
1962	116	3	1	120

Im ersten Untersuchungsabschnitt erhöhte sich die Gesamtzahl der Partnerschaften lange Zeit nur sehr zögerlich. Ein sprunghafter Anstieg ist erst in den letzten drei Jahren erkennbar, in denen mehr als die Hälfte aller deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften geschlossen wurde. Diese un-

gleichmäßige Entwicklung spiegelt sich auch in dem durchschnittlichen Jahreszuwachs von knapp neun Partnerschaften wider. Zu einer umbrucharartigen Entwicklung kam es im Jahr 1958 [Diagramm 1], das Defrance zurecht als »point d'inflexion« charakterisiert<sup>50</sup>. Bis zu dieser Zeit erreichte die Anzahl neuer Partnerschaften maximal sechs Fälle jährlich, in den Jahren 1950–1954 wurden gar nur ein bis zwei Fälle verzeichnet, in Ausnahmefällen auch gar keiner. Im Abschnitt 1958–1962 hingegen erreichte die Zahl der neuen Partnerschaften stets einen überdurchschnittlichen Wert. Seit dem Jahr 1960 betrug der jährliche Zuwachs sogar das Doppelte des Durchschnitts, wobei die meisten neuen Partnerschaften (25) gerade 1960 geschlossen wurden. Wenngleich sich das Urteil Garstkas, der im Jahr 1955 eine Wende von einer Phase des »schleppenden Verlaufs« zu einer Phase der »Belebung« erblickte<sup>51</sup>, nicht bestätigte, so kann das genannte Jahr doch als Zeichen eines kommenden Wandels verstanden werden.

Die Zahl der neuen Partnerschaftsverträge stieg nicht nur in zeitlicher, sondern auch in geographischer Hinsicht ungleichmäßig [Tabelle 6]. Ein Drittel der deutsch-französischen Partnerschaften (39) entstand auf dem Gebiet Baden-Württembergs, und zwar einschließlich des ältesten Falls kommunaler Kooperation aus dem Jahr 1950. Die Städte und Gemeinden aus diesem Bundesland gehörten insbesondere seit Ende der 1950er Jahre zu denjenigen, die sich am häufigsten an der kommunalen Zusammenarbeit mit Frankreich beteiligten, und zwar auch in einer loseren Form der Kooperation. In der Partnerschaftsbewegung engagierten sich ebenso die Kommunen in Rheinland-Pfalz sehr aktiv, deren Repräsentanten mit den französischen Partnern die zweitmeisten Verträge schlossen (18). Dieselbe Zahl von deutsch-französischen Partnerschaften verzeichnete auch Nordrhein-Westfalen. Zu den aktivsten Städten und Gemeinden gehörten ebenfalls die hessischen Kommunen, die 16 Partnerschaftsverträge unterzeichneten. Eine ähnliche geographische Verteilung der deutsch-französischen Partnerschaften konstatierte auch Defrance, wenngleich sie die einzelnen Bundesländer in einer leicht abweichenden Reihenfolge anführt. Die Autorin weist dabei ebenso auf einen Drittelanteil Baden-Württembergs hin, gefolgt in deutlichem Abstand von Hessen und Rheinland-Pfalz (mit einem jeweils 15-prozentigen Anteil) sowie Nordrhein-Westfalen (12 Prozent)<sup>52</sup>.

---

50 DEFANCE, *Les jumelages franco-allemands*, S. 197.

51 GARSTKA, *Die Rolle der Gemeinden*, S. 63.

52 DEFANCE, *Les premiers jumelages franco-allemands*, S. 91.

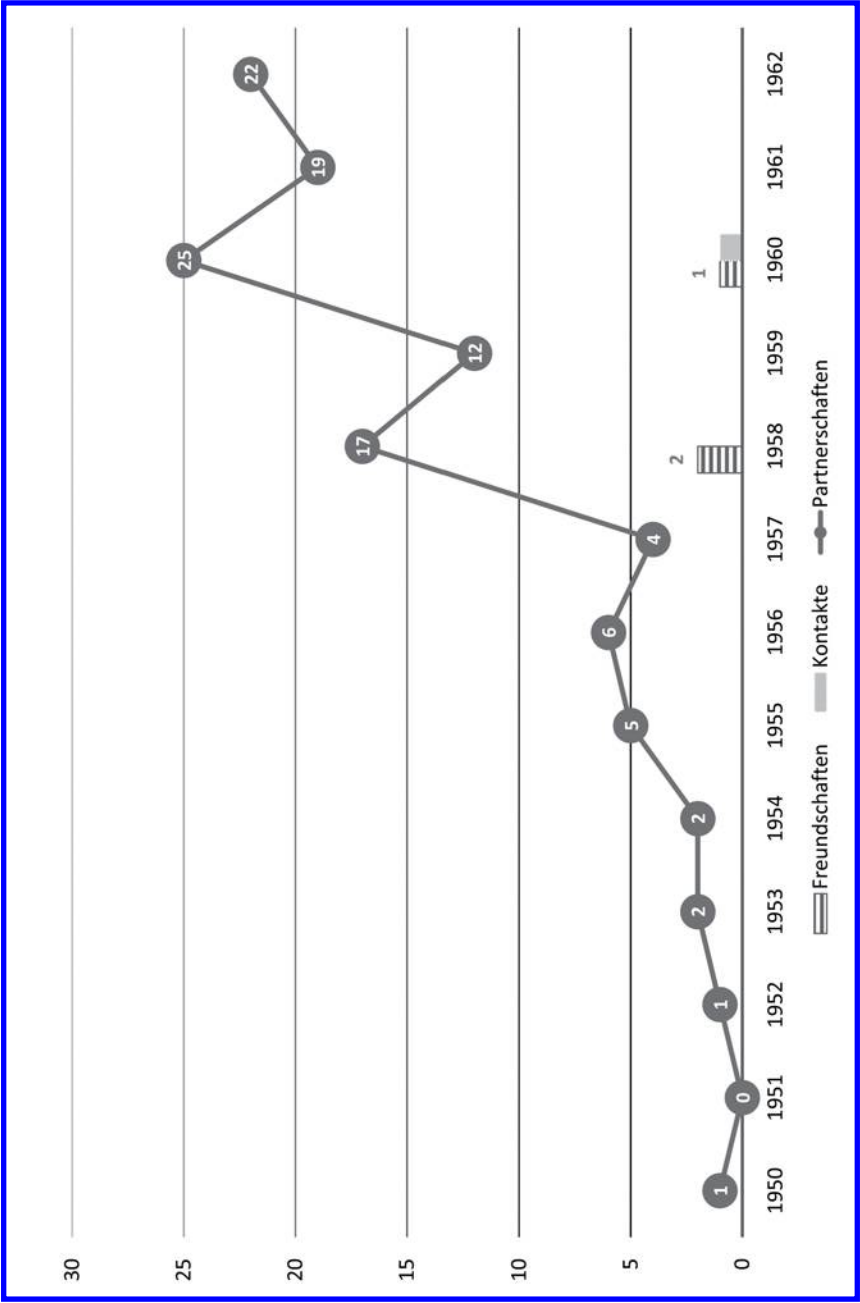


Diagramm 1: Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1950–1962).

**Tabelle 6:** Anzahl der 1950–1962 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit

Bundesland	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Baden-Württemberg	39	0	2
Rheinland-Pfalz	18	0	0
Nordrhein-Westfalen	18	0	0
Hessen	16	1	0
Bayern	9	0	1
Niedersachsen	6	0	0
Schleswig-Holstein	5	0	0
Westberlin	2	0	0
Bremen	1	0	0
Hamburg	1	0	0
Saarland	1	0	0
Insgesamt	116	1	3

Von den Flächenländern stehen am Ende der Rangliste der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit das Saarland (1)<sup>53</sup>, Schleswig-Holstein (5) und Niedersachsen (6). In diesen Bundesländern erreichte die Zahl der zwischen 1950 und 1962 geschlossenen Partnerschaftsverträge nicht einmal den Jahresdurchschnitt der gesamten Bundesrepublik. Auf genau diese Grenze, d.h. neun Partnerschaftsverträge, gelangte Bayern. Die absolute Mehrzahl der Partnerschaften, die die bayerischen Kommunen mit ihren französischen Pendanten schlossen, stammte dabei erst vom Anfang der 1960er Jahre. Zu der gleichen Reihenfolge der am wenigsten »aktiven« Länder gelangte auch Defrance, wenngleich sie einen kleineren Unterschied zwischen dem Anteil Bayerns auf der einen und dem Anteil Schleswig-Holsteins

53 Die saarländisch-französische Partnerschaft schlossen zwei Gemeinden mit dem gleichen Namen: Herbitzheim. Das deutsche Herbitzheim ist heute Teil des saarländischen Gersheim, das französische Herbitzheim liegt im Elsass. Nach der Datenbank der deutschen Sektion des RGRE wurde die Partnerschaft im Jahre 1962 geschlossen, die saarländische Datenbank der Partnerschaftsprojekte datiert den Beginn dieser Partnerschaft auf das Jahr 1961. Siehe Saarland – Partnerschaftsprojekte, in: URL: <[http://www.partnerschaftsprojekte.saarland.de/14267.htm?Satz\\_ID=163&mode=display](http://www.partnerschaftsprojekte.saarland.de/14267.htm?Satz_ID=163&mode=display)> (19.02.2014).

und Niedersachsens auf der anderen Seite ausmachte. Im Falle des Saarlandes stützte sie sich darüber hinaus auf Quellen, die die erste französisch-saarländische Partnerschaft auf die Zeit nach 1962 datieren.

Einen speziellen Fall stellten im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit Hamburg und Bremen dar. Beide Stadtstaaten haben bis heute in Frankreich nur eine Partnerstadt, wobei die Anfänge dieser Kooperation auf das Jahr 1958 bzw. 1960 datieren. In der deutsch-französischen Partnerschaftsbewegung engagierten sich ebenfalls zwei Stadtbezirke Westberlins (Neukölln und Spandau), die 1955 bzw. 1959 eine Zusammenarbeit mit den Pariser Vorstädten aufnahmen<sup>54</sup>.

Einen etwas anderen Blick darauf, wie intensiv sich die Städte und Gemeinden in den einzelnen Bundesländern an der Zusammenarbeit mit den französischen Kommunen beteiligten, bringt die Tabelle 7, die die Einwohnerzahl der einzelnen Bundesländer berücksichtigt. Die größte Veränderung ist deutlich im Falle Nordrhein-Westfalens, wo 1962 auf eine Million Einwohner etwa ein Partnerschaftsvertrag kam. Nordrhein-Westfalen befand sich so gemeinsam mit Bayern und Niedersachsen in derselben Gruppe wie die kleinen Bundesländer (insbesondere die Stadtstaaten), deren Potenzial für eine kommunale Zusammenarbeit mit Frankreich wesentlich geringer war. Eine unerwartet hohe Zahl von Partnerschaftsverträgen (2,1) pro eine Million Einwohner wies hingegen Schleswig-Holstein aus. Die Gruppe derjenigen Länder, die eine Führungsposition einnahmen, unterscheidet sich nicht wesentlich von den Angaben in Tabelle 6, auch wenn sich die Reihenfolge der einzelnen Bundesländer leicht veränderte. Rheinland-Pfalz überholte in dieser Perspektive mit mehr als fünf Verträgen pro eine Million Einwohner Baden-Württemberg (4,9) und vergrößerte zugleich deutlich seinen Vorsprung vor Hessen (3,2). Insgesamt war jedoch die Dominanz der Kommunen dieser drei Bundesländer bei der Zusammenarbeit mit Frankreich unbestreitbar.

Im Falle Baden-Württembergs muss jedoch auf dessen Vorreiterrolle hingewiesen werden, die aus Diagramm 2 klar hervorgeht. Von den fünf Ländern, die sich am häufigsten an der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf lokaler Ebene beteiligten [Tabelle 6], kann ansonsten noch Nordrhein-Westfalen als Wegbereiter bezeichnet werden. Auf seinem Gebiet entstanden zwar viel weniger Partnerschaften, dafür aber ununterbrochen seit dem Jahr 1954. Die rheinland-pfälzischen und hessischen Kommunen begannen erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mit der kontinuierlichen Schließung von Partnerschaftsverträgen. Als letztes Bundesland nahm Bayern die kommunale Zusammenarbeit mit dem Nachbarland auf. Auch wenn es unter den

---

54 RBm Berlin – Skzl, Städteverbindungen der Bezirke von Berlin – Ausland, Stand: 20.07.2005.

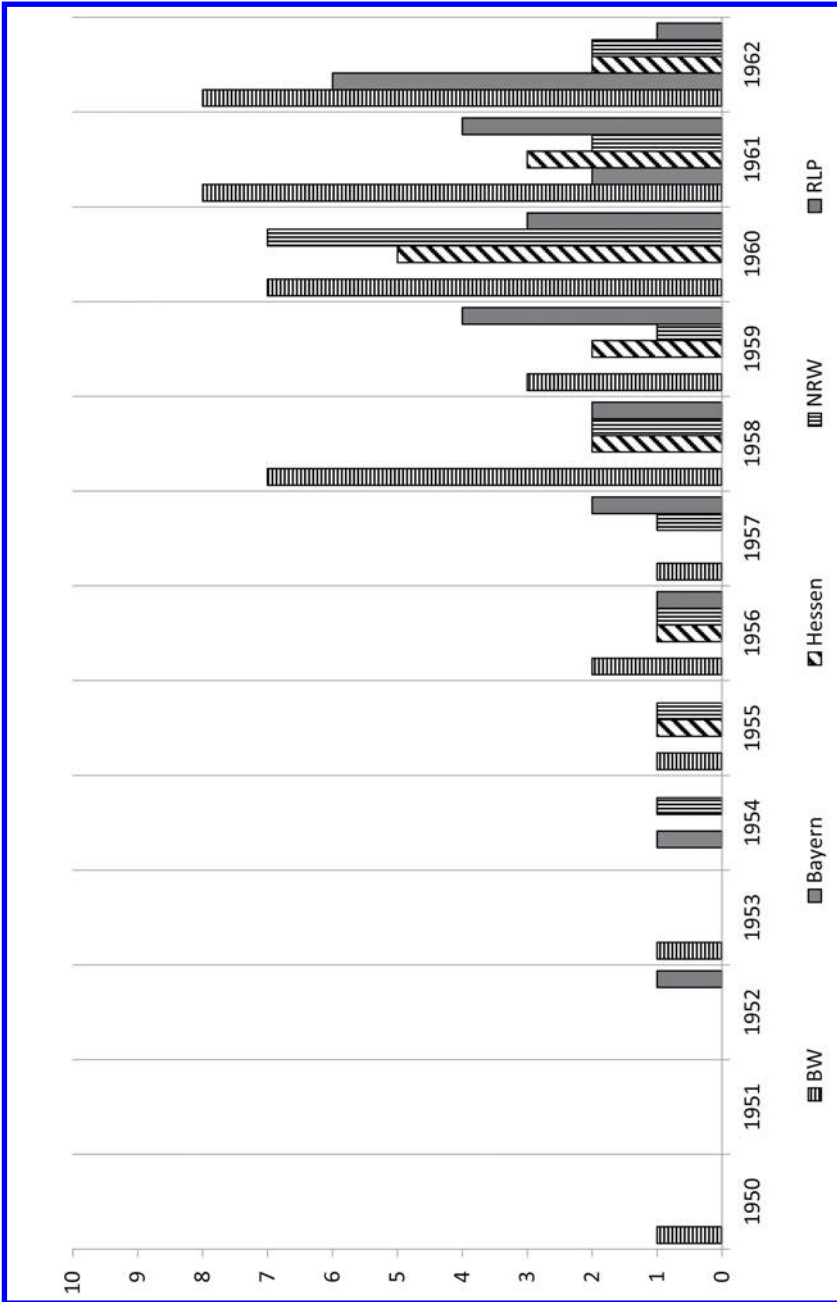
Partnerstädten bereits seit 1954 mit einer Kommune vertreten war, wurden weitere Fälle partnerschaftlicher Zusammenarbeit erst zu Beginn der 1960er Jahre verzeichnet<sup>55</sup>.

**Tabelle 7:** Anzahl der in den einzelnen Bundesländern 1950–1962 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Bundesland	Einwohnerzahl zum 31.12.1962*	Anzahl der Partnerschaften	Anzahl der Partnerschaften auf 1.000.000 Einwohner
Rheinland-Pfalz	3.474.000	18	5,2
Baden-Württemberg	7.991.000	39	4,9
Hessen	4.937.000	16	3,2
Schleswig-Holstein	2.351.000	5	2,1
Bremen	718.000	1	1,4
Nordrhein-Westfalen	16.195.000	18	1,1
Bayern	9.731.000	9	0,9
Westberlin	2.174.000	2	0,9
Saarland	1.097.000	1	0,9
Niedersachsen	6.732.000	6	0,9
Hamburg	1.847.000	1	0,5

\* Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1964, Wiesbaden 1965, S. 34.

55 Die erste bayerisch-französische kommunale Partnerschaft schlossen die Städte Nürnberg und Nizza. Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Kommunale Partnerschaften in Bayern: Partnerschaften der Gemeinden, Stand: 14.03.2014, in: URL: <[http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale\\_partnerschaften\\_gemeinden\\_...pdf](http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale_partnerschaften_gemeinden_...pdf)> (25.05.2014).



**Diagramm 2:** Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1950–1962).



Auch in Frankreich war das Interesse an der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit von Region zu Region verschieden. Aus den (wiewohl nicht ganz exakten) Angaben, die Defrance publizierte, geht hervor, dass in den Jahren 1950–1963 jede fünfte deutsch-französische Kommunalpartnerschaft auf dem Gebiet von Paris oder in der heutigen Region Île-de-France entstand<sup>56</sup>. Die weiteren Städte und Gemeinden, die in der Bundesrepublik einen Partner fanden, lagen am häufigsten in Südost-Frankreich, und zwar in den gegenwärtigen Regionen Rhône-Alpes (11 Prozent) und Provence-Alpes-Côte d’Azur (9 Prozent). Ein überdurchschnittliches Interesse an einer Kooperation mit den westdeutschen Kommunen war noch in vier weiteren Regionen erkennbar: im Elsass (6 Prozent) und in Lothringen (8 Prozent), im zentralfranzösischen Burgund und in der nördlichsten Region Nord-Pas-de-Calais<sup>57</sup>. Obwohl sich im Falle des Elsass und Lothringens die eigentlichen prozentuellen Angaben nicht sehr unterscheiden, zeigt eine detailliertere Analyse, dass die elsässischen Städte einer deutsch-französischen Zusammenarbeit etwas zurückhaltender gegenüberstanden und sich der Gedanke der kommunalen Partnerschaft hier erst später durchsetzte<sup>58</sup>.

Die französischen Städte und Gemeinden scheuten jedoch auch den Kontakt mit den Kommunen in der DDR nicht. Die Ausgangsdatenbanken verzeichneten für den Zeitraum bis 1962 18 Fälle ostdeutsch-französischer Kooperation, von denen 90 Prozent Partnerschaften (16) waren [Tabelle 8]. Im Schnitt wurde zwischen der DDR und Frankreich so jedes Jahr eine neue Partnerschaft geschlossen.

---

56 DEFANCE, *Les premiers jumelages franco-allemands*, S. 91. Die zitierten Daten bezeichne ich deswegen als ungenau, da sie sich lediglich auf französische Quellen stützen, d.h. sie wurden nicht mit den Angaben der deutschen Seite abgeglichen. Die Werte für das Jahr 1963 erfassen lediglich die Partnerschaften von Januar bis April 1963.

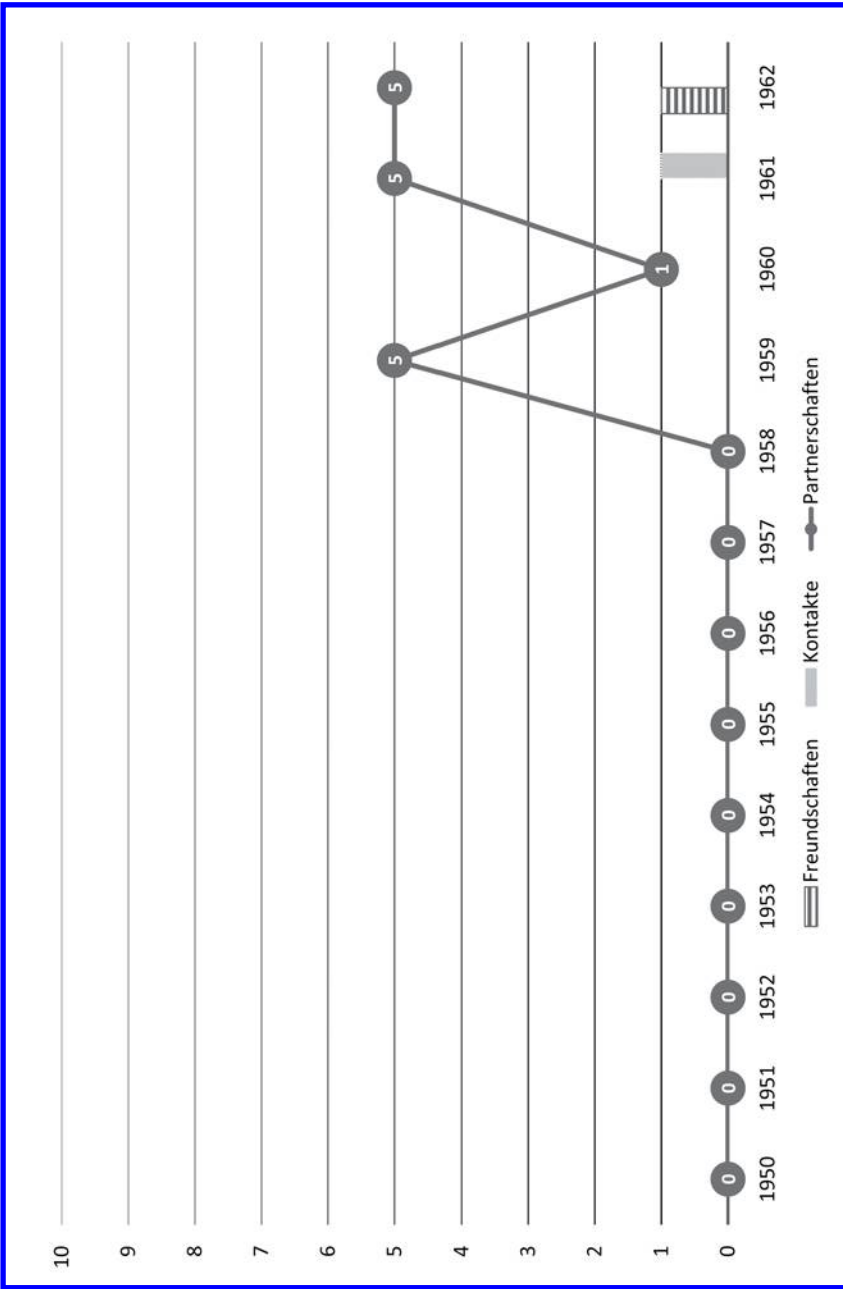
57 Bei Burgund und Nord-Pas-de-Calais wird der genaue Anteil an der Gesamtzahl der deutsch-französischen Partnerschaften nicht genannt, aus der Gesamtreihenfolge ergibt sich jedoch, dass er sich zwischen sechs und acht Prozent bewegte.

58 Corine DEFANCE, *La dimension régionale dans le rapprochement franco-allemand: l’Alsace face à l’Allemagne de l’immédiat après-guerre au début des années 1970*, in: Yves DENÉCHÈRE/Marie-Bénédicte VINCENT (Hg.), *Vivre et construire l’Europe à l’échelle territoriale de 1945 à nos jours*, Bruxelles 2010, S. 145–157, hier S. 147f. Siehe auch DEFANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 167.

**Tabelle 8:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich (1950–1962)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Insgesamt
1950	0	0	0	0
1951	0	0	0	0
1952	0	0	0	0
1953	0	0	0	0
1954	0	0	0	0
1955	0	0	0	0
1956	0	0	0	0
1957	0	0	0	0
1958	0	0	0	0
1959	5	0	0	5
1960	6	0	0	6
1961	11	0	1	12
1962	16	1	1	18

Die ostdeutsche Situation war dadurch spezifisch, dass alle Fälle kommunaler Zusammenarbeit erst an der Wende der 1950er zu den 1960er Jahren vereinbart wurden. Zwischen 1959 und 1962 erhöhte sich so die Zahl der Partnerschaften sprunghaft auf das mehr als Dreifache [Diagramm 3]. Die Gesamtzahl der Partnerschaften mit französischen Kommunen erreichte 1962 in der DDR damit ein Niveau, das in der Bundesrepublik schon 1957 erzielt worden war. Fünf Jahre später existierten in der Bundesrepublik bereits siebenmal mehr deutsch-französische Partnerschaftsverträge als in der DDR.



**Diagramm 3:** Anzahl der zwischen der DDR und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1950–1962).

### 3. Fallstudie: Mainz – Dijon

#### a) Mainz – Dijon: Eine Partnerschaft mit regionaler Verankerung

Die älteste der in diesem Buch detailliert vorgestellten Partnerschaften bilden die zwei regionalen Metropolen Mainz und Dijon. Die rheinland-pfälzische Hauptstadt Mainz trennen von Dijon, dem administrativen Zentrum des Departements Côte-d'Or und der Region Burgund, etwa 450 km. Im Jahr 1999 betrug die Einwohnerzahl Dijons 150.100, d.h. sie lag etwa um ein Fünftel unter derjenigen von Mainz, das im selben Jahr 183.100 Einwohner auswies<sup>59</sup>. Dennoch zählt Dijon zu den 20 größten französischen Städten, während Mainz hinsichtlich der Bevölkerungszahl gut drei Dutzend deutsche Städte vor sich hat<sup>60</sup>.

Neben einer vergleichbaren Einwohnerzahl besitzen Mainz und Dijon noch weitere gemeinsame Charakteristika. Das stellt für die Zusammenarbeit unzweifelhaft einen Vorteil dar, wenn auch dieser nicht immer voll genutzt wird. Das erste Bindeglied ist die lange Geschichte und das große kulturelle Erbe, das sich in der Existenz hochgeschätzter architektonischer Denkmäler widerspiegelt. Beide Städte dienen zudem bereits seit mehreren Jahrhunderten als Verwaltungszentren der katholischen Kirche, auch wenn Mainz mit seinem Erzbistum in der Kirchenhierarchie höher steht als das Dijoner Bistum. Drittens handelt es sich um Universitätsstädte, in denen neben den eigentlichen Universitäten auch verschiedene spezialisierte Hochschulen existieren. In beiden Städten bzw. in ihrer Umgebung herrschen darüber hinaus günstige klimatische Bedingungen für den Weinanbau, was die touristische Attraktivität beider Gebiete erhöht und zugleich auch den Lebensstil der burgundischen und rheinischen Metropole einander annähert.

Dass das Potenzial für die Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon wirklich groß ist, wurde auch von den örtlichen Kommunalvertretern betont, sei es nun bei der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages 1958 oder bei verschiedensten Jubiläen<sup>61</sup>. Die Kooperation zwischen Mainz und

59 Vgl. INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Dijon (21231 – commune), S. 1, in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/21/COM/DL\\_COM\\_21231.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/21/COM/DL_COM_21231.pdf)>; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Kreisfreie Stadt Mainz, in: URL: <<http://www.infothek.statistik.rlp.de/neu/MeineHeimat/zeitreihe.aspx?l=3&id=3537&key=0731500000&kmaid=1922&zmaid=872&topic=2&subject=21>> (beide 27.04.2011).

60 Im Jahr 2011 befand sich Dijon im nationalen Vergleich an 17., Mainz an 39. Stelle. Vgl. INSEE, Taille des communes les plus peuplées en 2011, in: URL: <[http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATTEF01214](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATTEF01214)> (10.03.2014) und Der neue Fischer Weltatlas nach 2013. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2012, S. 98.

61 Zum Beispiel PA Brautzsch, Rede von OB Franz Stein zur Proklamation der Partnerschaft Mainz – Dijon, 21.06.1958, oder das Zitat aus der Rede des Mainzer OB Herman-Hartmut Weyel in dem Aufsatz »Mainz und Dijon sind ideale Partner«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 02.11.1988.

Dijon wurde zugleich dadurch erleichtert, dass Frankreich in der modernen Geschichte der Rheinmetropole wiederholt eine spezifische Rolle spielte. So geriet Mainz während der Napoleonischen Kriege unter französische Oberhoheit (in den Jahren 1801–1814 war es sogar Teil des französischen Departements Mont-Tonnerre/Donnersberg), in den Jahren 1919–1930 und 1945–1949 waren die Franzosen wiederum als Besatzer in der Stadt.

Eine dauerhafte Spur hinterließ ihr Wirken insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 1946 machten sie aus Mainz die Hauptstadt des neu geschaffenen Bundeslandes Rheinland-Pfalz, erneuerten die dortige Universitätstradition durch die Gründung der Johannes Gutenberg-Universität und gründeten das *Centre d'Études Françaises* zur Verbreitung der französischen Sprache und Kultur. Mit diesen Entscheidungen hing auch der Entschluss zusammen, wesentlich zum Wiederaufbau der Stadt beizutragen, die zu einem Großteil zerbombt worden war<sup>62</sup>. Im Jahr 1949, als die Besatzungsverwaltung durch das Amt des Hohen Kommissars ersetzt wurde, übersiedelte ein Teil des neuen Apparates, der für den Kultur- und Bildungsbereich zuständig war (*Direction Générale des Affaires Culturelles*), von Baden-Baden gerade nach Mainz<sup>63</sup>. An der Wende der 1940er zu den 1950er Jahren wurden unter wesentlicher französischer Mitwirkung zwei neue Institutionen gegründet: die Akademie der Wissenschaften und der Literatur und das Institut für Europäische Geschichte. Zugleich erhielt das ursprüngliche *Centre d'Études Françaises* das Statut eines *Institut Français*. Nach der Auflösung des Amtes des französischen Hohen Kommissars 1955 wurde den privilegierten Beziehungen zwischen Mainz und Frankreich durch die Einrichtung eines französischen Generalkonsulats Ausdruck verliehen. Dieses existierte bis zum Ende des Jahres 1999, als es aus Kostengründen geschlossen wurde.

Für Dijon kann eine analoge Bindung an Deutschland nicht konstatiert werden. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre tauchten zwar Überlegungen dahingehend auf, in Dijon eine Zweigstelle des Lyoner Goethe-Instituts einzurichten, zu ihrer Eröffnung jedoch kam es nie<sup>64</sup>. Auf die Existenz engerer Kontakte zur Bundesrepublik weist somit lediglich das 1994 in Dijon eingerichtete Honorarkonsulat hin<sup>65</sup>. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass Burgund während des Zweiten Weltkriegs eines der Zentren

---

62 Detaillierter Corine DEFRAÏNCE, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*, Strasbourg 1994, S. 226–231.

63 Mehr dazu bei: Margarete MEHDORN, *Französische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Konzepte und zivilgesellschaftliche Initiativen 1945–1970*, Köln 2009, S. 128–136.

64 PA PV RLP/B, Ord. 45, Freundchaftskreis Mainz–Dijon. Mitgliederrundschreiben Nr. 11, 10.02.1988, S. 7; Victoria ZNINED-BRAND, *Deutsche und französische Auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945*, Frankfurt a. M. 1999, S. 163.

65 Den Posten des Honorarkonsuls bekleidet kraft seines Amtes der Direktor der *Maison de Rhénanie-Palatinat*.

des französischen Widerstandes gewesen war und der Gedanke der deutsch-französischen Aussöhnung in dieser Region daher zuerst weniger Anklang fand.

Was die eigentliche Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon betrifft, so nahm sie in den mehr als vierzig Jahren, die in der ersten Fallstudie analysiert werden, sehr unterschiedliche Formen an. Die intensivste Zusammenarbeit ist in drei Bereichen zu beobachten: im Schulwesen, in der Kultur und in der Kommunalverwaltung. Im ersten Fall entstanden Partnerschaften nicht nur zwischen verschiedenen Mittelschultypen, sondern es beteiligten sich nach und nach auch Berufsschulen, Sonderschulen sowie Grundschulen<sup>66</sup>. Eine Partnerschaft wurde ebenfalls zwischen beiden Universitäten geschlossen, gefolgt von weiteren Hochschulen und Volkshochschulen. In der kulturellen Sphäre nahm die Kooperation zwischen Mainz und Dijon am häufigsten die Form von Konzerten, Ausstellungen und Theatervorstellungen an. Später schlossen sich auch die örtlichen Bibliotheken an, die sich in der Partnerschaft durch einen sog. Bücherbus (*bibliobus*), ein für die damalige Zeit originelles Projekt, präsentierten<sup>67</sup>. Die Zusammenarbeit im Bereich der Kommunalpolitik umfasste vor allem einen Erfahrungsaustausch sowie Verhandlungen über entsprechende Sachthemen, an denen sich sowohl die Mitarbeiter der Rathausverwaltung als auch z.B. die städtischen Polizisten beteiligten. Eher eine Kuriosität stellte in diesem Zusammenhang der Verleih eines städtischen Autobusses (inkl. Fahrer) an die Partnerstadt dar, wo dieser eine Woche lang die Beförderung der dortigen Reisenden auf einer der regulären Linien übernahm<sup>68</sup>.

Gemeinsame Kontakte knüpften und pflegten ferner auch Gruppen mit den gleichen Freizeitinteressen (z.B. Kegler, Harmonikaspieler, Philatelisten, Schachspieler, Sportler), Personen, die den gleichen Beruf ausübten (z.B. Feuerwehrleute, Drucker, Ärzte, Geologen) oder Leute, die sich in einer ähnlichen sozialen Situation befanden (z.B. Senioren, Menschen mit Behinderung). Interesse an einer Zusammenarbeit zeigten ebenfalls katholische und evangelische Pfarrbezirke. Seit den 1980er Jahren diente die Partnerschaft auch kommerziellen Zwecken, sei es zur Propagierung lokaler Produkte oder touristischer Ziele unter den Einwohnern der Partnerstadt oder zur Knüpfung von Kontakten zwischen örtlichen Firmen.

---

66 Zu den Sonderschulen vgl. etwa PA PV RLP/B, Ord. 43, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1987; ebd., Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1988. Die Zusammenarbeit zwischen den übrigen Schultypen wird in den weiteren Kapiteln erwähnt.

67 Le bibliobus de Mayence boulevard Clemenceau cet après-midi, in: Le Bien Public, 28.09.1983; StV Mainz Reg., Ord. C, Dijon-Woche vom 20.–27.05.1985.

68 À Dijon pour une semaine. Erwin Becker et son bus mayençais chaque après-midi sur la ligne 14, in: Le Bien Public, 27.09.1983; PA PV RLP/B, Ord. 39, näher nicht identifizierbare Kopie eines Aufsatzes aus der Allgemeinen Zeitung (Mainz) vom Mai 1985.

Da kommunale Partnerschaften in den Medien in der Regel ein geringeres Interesse wecken, als sie sich wünschen würden, muss noch ein unikales Projekt erwähnt werden, das in den 1980er Jahren von den Mainzer und Dijoner Zeitungen betrieben wurde. Mit ungefähr monatlicher Periodizität konnten sich die Leser der Mainzer *Allgemeinen Zeitung* in der Rubrik »Blick nach Dijon« mit aktuellen Informationen aus der Partnerstadt vertraut machen, die ihnen Hans Albert Schneider, der Präsident des deutschen Freundschaftskreises Rheinland-Pfalz/Burgund darreichte. Sein französisches Pendant war Michel Marty, Professor der Germanistik und Generalsekretär der französischen *Amicale Bourgogne/Rhénanie-Palatinat*, der seit 1980 für die Leser der Zeitung *Le Bien Public* die Rubrik »Chronique du dernier mois à Mayence« verfasste. Im Oktober 1985 wurde der hundertste Teil dieser Chronik publiziert, 1992 lag die Gesamtzahl von Martys Beiträgen bei fast 250<sup>69</sup>. Auch wenn die Informationen über beide Rubriken (insbesondere über die Dauer ihrer Existenz) unvollständig sind, überschritten die Mitteilungen, die den Mainzer und Dijoner Bürgern über die Partnerstadt zur Verfügung standen, deutlich den üblichen Rahmen der deskriptiven und oft oberflächlichen Berichterstattung. Wahrscheinlich war dies auch einer der Gründe, der die *Association France-Allemagne* dazu bewog, beiden Städten im Jahr 1981 den »Prix France-Allemagne« für ihren Beitrag zur Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft zu verleihen<sup>70</sup>.

Nichtsdestoweniger muss die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon auch im Kontext derjenigen Aktivitäten betrachtet werden, die sie mit Städten aus weiteren Staaten unterhielten. Bereits vor dieser 1958 geschlossenen Partnerschaft hatten beide Städte eine offizielle Zusammenarbeit mit Kommunen in den angelsächsischen Ländern aufgenommen: 1956 wurde das britische Watford Partnerstadt von Mainz, Dijon war bereits 1953 eine Partnerschaft mit dem britischen York eingegangen und schloss dann 1957 eine weitere mit dem amerikanischen Dallas<sup>71</sup>. Während Mainz zurückhaltender

69 Jubiläum: 100. Mainzer Chronik in Dijons »Le Bien Public«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 15.10.1985; Chronist der Partnerschaft Mainz/Dijon, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 27.08.1992.

70 StV Mainz Reg., Ord. G, Städtepartnerschaftsaktivitäten zwischen Mainz und Dijon 1981, S. 1.

71 Landeshauptstadt Mainz, Watford, in: URL: <<http://mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/mkuz-5t3fu2.de.html>>; MAE, Atlas français de la coopération décentralisée et des autres actions extérieures, <<https://pastel.diplomatie.gouv.fr/cncdext/dyn/public/atlas/rechercheAtlasFrance.html>>(beide 10.03.2014). Obwohl der französische Atlas bei Dijon noch eine ältere Partnerschaft anführt, und zwar mit dem jugoslawischen bzw. mazedonischen Skopje aus dem Jahr 1951, handelt es sich höchstwahrscheinlich um einen Tippfehler. Sowohl Dijon als auch Skopje datieren die Unterzeichnung des Vertrags erst auf das Jahr 1961. Vgl. Official Portal of City of Skopje, Skopje Sister Cities, in: URL: <<http://www.skopje.gov.mk/EN/DesktopDefault.aspx?tabindex=0&tabid=69>>; Dijon, Villes partenaires de Dijon, in: URL: <<http://www.dijon.fr/relations-internationales!0-149/dijon-une-politique-renouvelee-a-l-international!!1-586>> (beide 10.03.2014).

vorging bei der Erweiterung des internationalen Netzes kommunaler Kontakte und erst 1967 eine weitere Partnerschaft mit dem damals jugoslawischen Zagreb schloss, nahm Dijon an der Wende der 1950 zu den 1960er Jahren – auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters Félix Kir – gleich mit einigen weiteren Städten offiziell die Zusammenarbeit auf. Von diesen war die 1959 entstandene Partnerschaft mit dem damaligen Stalingrad (heute Wolgograd) politisch die brisanteste<sup>72</sup>. In den 1960er Jahren war Dijon so eine der französischen Städte mit den meisten Partnerschaftsverträgen, und auch in den weiteren Jahrzehnten wurde die Ausweitung der internationalen Kontakte fortgesetzt. Die Stadt Dijon selbst gibt an, dass sie heute mit zehn Partnerstädten eine aktive Zusammenarbeit pflegt<sup>73</sup>. Diese liegen bis auf eine Ausnahme in Europa, vor allem in dessen zentralem und östlichem Teil.

Was Mainz betrifft, so schlossen seine Vertreter bis zum heutigen Tag acht Partnerschaftsverträge und eine Freundschaft; ferner übernahmen sie die Schirmherrschaft über zwei Partnerschaften infolge der Gebietsreform<sup>74</sup>. Eine von ihnen betrifft dabei Frankreich, konkret die burgundische Gemeinde Longchamp. Deren deutscher Partner ist seit dem Jahr 1966 Laubenheim, das 1969 in das Mainzer Kataster eingegliedert wurde<sup>75</sup>. Unter den ausländischen Partnern der rheinland-pfälzischen Hauptstadt dominieren zwar die europäischen Städte, der Anteil der außereuropäischen Zusammenarbeit ist jedoch – im Vergleich mit Dijon – wesentlich größer.

Da eine der Voraussetzungen einer funktionierenden Partnerschaft die Unterstützung vonseiten der jeweiligen Kommunalverwaltung mit dem Bürgermeister (Oberbürgermeister) an der Spitze ist, soll im Folgenden ein Blick darauf geworfen werden, wie sich die Leitung des Mainzer und Dijoner Rathauses zwischen den Jahren 1958 und 2000 veränderte. Mainz zeichnete sich durch eine relativ große personelle und vor allem parteipolitische Stabilität aus. Während des Untersuchungszeitraums wechselten sich an der Spitze der Stadt vier Oberbürgermeister ab, die stets aus den Reihen der Sozialdemokraten stammten: Franz Stein (1949–1965), Jakob »Jockel« Fuchs (1965–1987), Herman-Hartmut Weyel (1987–1997) und Jens Beutel (1997–2011)<sup>76</sup>. Die Funktion des Oberbürgermeisters von Dijon verzeichnete noch weniger personelle Wechsel, insgesamt haben wir es mit drei Politikern zu

72 CHOMBARD-GAUDIN, *Pour une histoire des villes*, S. 61.

73 Dijon, *Villes partenaires de Dijon*, in: URL: <<http://www.dijon.fr/rerelations-internationales/0-149/dijon-une-politique-renouvelee-a-l-international/1-586>> (10.03.2014).

74 Landeshauptstadt Mainz, *Mainzer Partnerstädte*, in: URL: <<http://mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/hthn-5x5dm2.de.html>> (10.03.2014).

75 Vgl. Heimat- und Verkehrsverein Laubenheim (Hg.), *25 Jahre Partnerschaft*.

76 Wilhelm HUBER, *Das Mainz-Lexikon. 3600 Stichworte zu Stadt, Geschichte, Kultur, Persönlichkeiten*, Mainz 2002.



tun: Félix Kir, oft bezeichnet als Kanonikus bzw. *Chanoine* Kir (1945–1968), Jean Veillet (1968–1971) und Robert Poujade (1971–2001)<sup>77</sup>. Die ersten zwei Politiker repräsentierten die Mitte-Rechts-Partei CNIP, Poujade vertrat die Gaullisten<sup>78</sup>.

Lassen wir Veillets Wirken beiseite, das nur eine Übergangslösung nach dem Tode Kirs darstellte, begleiteten die Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon auf französischer Seite von 1958 bis 2000 nur zwei Oberbürgermeister. Beide übten neben dieser Funktion ein Abgeordnetenmandat in der französischen Nationalversammlung aus, Poujade hatte zudem noch eine Reihe weiterer politischer Funktionen auf regionaler und gesamtstaatlicher Ebene inne. Die bekannteste von ihnen war der Posten des Umweltministers, den er in der ersten Hälfte der 1970er Jahre als erster überhaupt bekleidete<sup>79</sup>. Nichtsdestoweniger wurden Poujades politische Ambitionen in Mainz als Aktivitäten betrachtet, denen er sich auf Kosten der gemeinsamen Zusammenarbeit widmete. In den jährlichen Berichten über den Verlauf der Partnerschaft mit Dijon können daher wiederholt indirekte Beschwerden über das unzureichende Interesse Poujades an der Entwicklung der Zusammenarbeit mit Mainz gefunden werden – wie zum Beispiel die Erwähnung, dass die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen den Hochschulen in Mainz und Dijon wegen des Poujade'schen Wahlkampfengagements vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 1978 aufgeschoben wurde<sup>80</sup>.

\*\*\*

Der Zeitraum zwischen 1950 und 1962 war bei der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon vor allem durch die Anbindung von Kontakten und die Institutionalisierung der Zusammenarbeit geprägt. Bereits zuvor hatte der Mainzer Oberbürgermeister Emil Kraus (1945–1949) an dem ersten Treffen von Vertretern deutscher und französischer Städte 1948 im schweizerischen Mont Pèlerin ob Vevey teilgenommen. Die Repräsentanten von Mainz standen damit ganz am Anfang der Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich auf kommunaler Ebene.

---

77 Liste des maires de Dijon, in: URL: <<http://www.e-dijon.fr/listes/31-listes-dijon/114-liste-maires-dijon>> (11.07.2014).

78 CNIP ist die Abkürzung für *Centre national des indépendants et paysans*. Die Vertreter der französischen Sozialisten standen erst ab dem Jahr 2001, in dem François Rebsamen das Amt übernahm, an der Spitze des Rathauses von Dijon.

79 Eintrag »Robert Poujade« in der elektronischen Enzyklopädie Who's Who in France, verfügbar in der Datenbank Factiva, in: URL: <<http://new.dowjones.com/factiva>> (27.03.2011).

80 StV Mainz Reg., Ord. E, Jockel Fuchs (OB von Mainz) an Robert Poujade (OB von Dijon), 13.02.1978.

Die ersten Kontakte zwischen Mainz und Dijon wurden 1953 durch die französische Besatzungsverwaltung vermittelt, konkret durch den Germanisten Henry Chauchoy, der als Militärgouverneur in Rheinhessen wirkte und später an der Spitze des Mainzer *Institut Français* stand. Keine der weiter ausgewerteten Quellen bestätigt hingegen die These, dass die wichtigste Anregung für die Zusammenarbeit beider Städte von den jeweiligen Universitäten gekommen sei<sup>81</sup>. Im Übrigen war Chauchoy's Initiative Teil eines größeren Plans der Besatzungsbehörden, mittels der Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund zur Förderung der deutsch-französischen Annäherung beizutragen<sup>82</sup>. Zu diesem Zweck wurde in beiden Regionen ein Freundschaftskreis Burgund und Rheinland-Pfalz gegründet: In Mainz geschah dies im September 1956 unter der Bezeichnung »Freundschaftskreis Rheinland Pfalz/Burgund«, in Dijon wurde im Februar 1957 eine Vereinigung mit dem Namen »Amicale Bourgogne/Rhénanie-Palatinat« ins Leben gerufen<sup>83</sup>. Es muss betont werden, dass diese Verknüpfung der regionalen und kommunalen Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre äußerst ungewöhnlich war. Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und den französischen Regionen wurde in größerem Maße erst seit den 1970er Jahren entwickelt<sup>84</sup>, d.h. in einer Zeit, in der die Zahl der deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften bereits bei über 800 lag.

Wenden wir uns jedoch wieder der Kooperation zwischen Mainz und Dijon zu. In den Jahren 1953–1957 kam es zu einer persönlichen Begegnung der höchsten Repräsentanten beider Städte und zu ihrem Besuch in der zukünftigen Partnerstadt<sup>85</sup>. Für die etwaige Zusammenarbeit war der Standpunkt des französischen Oberbürgermeisters Kir, eines ehemaligen Widerstandskämpfers, maßgeblich. Seine Haltung gegenüber den Deutschen war anfangs sehr reserviert, aber gerade die Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung brachten ihn zum Umdenken<sup>86</sup>. Auch wenn die Materialien aus den Mainzer Archiven nur wenige Details enthalten, um den

81 Die Vorreiterrolle der Universitäten Mainz und Dijon thematisiert DEFANCE, *Les jumelages franco-allemands*, S. 197. Allerdings werden keine Quellen für diese Einschätzung genannt.

82 Landeshauptstadt Mainz, 50 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Dijon, in: URL: <<http://mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/RGOL-7DXG6H.DE.0>> (11.03.2014).

83 Christian SEBEKE, »Wir müssen Brücken bauen von Mensch zu Mensch«. Die Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Burgund als regionales Annäherungsmodell (1953–1969), in: DEFANCE/KISSNER/NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung*, S. 311–326, hier S. 311f.

84 Vgl. Deutsch-französische Regionalpartnerschaften, in: *Europa kommunal* 7 (1983), S. 123f.; Holger MIREK, *Glanz und Elend der Städtepartnerschaften. Wie entwickelt sich das Interesse – Wie kann man es fördern?*, in: *Dokumente* 43 (1987), S. 413–416, hier S. 416.

85 StV Mainz Reg., Ord. G, Mainz – Dijon – Partnerstädte seit 1958. *Partnerschaft in Zahlen und Fakten* [1968].

86 Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hg.), *Partnerschaft in Europa. Rheinland-Pfalz/Burgund*, Mainz 1991, S. 11.

Meinungswechsel Kirs zu rekonstruieren, vermitteln sie doch wenigstens die Hochachtung, die ihm dadurch bei den Mainzer Bürgern mit Oberbürgermeister Stein an der Spitze zuteil wurde:

Wir alle wissen, welche Erlebnisse von Hass und Feindschaft er [Chanoine Kir] durchgemacht hat. Wenn er nun die Überwindung des Geistes von Hass und Krieg befürwortet, so spricht das für eine Höhe der sittlichen Kraft, die uns alle veranlassen muss, ihm in dieser Bemühung zur Seite zu stehen<sup>87</sup>.

Der Weg zur offiziellen Partnerschaft wurde im Frühjahr 1958 gekrönt, als die gewählten Vertreter beider Städte dieser zustimmten. Dies geschah zunächst in Dijon, wo der Stadtrat die Aufnahme der offiziellen Zusammenarbeit mit Mainz am 5. Mai 1958 genehmigte. Die Abstimmung des Mainzer Stadtrates fand am 21. Juni 1958 statt<sup>88</sup>. Unmittelbar darauf tauschten die Oberbürgermeister Stein und Kir Dokumente aus, die die Partnerschaft besiegelten. Die Delegation aus Dijon, die an der feierlichen Verkündung teilnahm, erfuhr bei dieser Gelegenheit in Mainz eine sehr herzliche Begrüßung<sup>89</sup>.

Für den späteren Vergleich ist es wichtig zu erwähnen, dass das Dokument über den Abschluss der Partnerschaft den Charakter einer sehr kurzen und einfachen Proklamation hatte, die der jeweilige Oberbürgermeister unterzeichnete und seinem Pendant überreichte. Im Text wurden weder die Motive erwähnt, noch wurde er als Partnerschaftsvertrag bezeichnet: »La date du 5 Mai 1958 le Conseil Municipal de Dijon présidé par Monsieur le Chanoine Félix Kir a décidé le jumelage de Dijon et de Mayence Franz Stein en étant Bourgmestre«<sup>90</sup>. Die deutsche Version wich von dem nüchternen Amtsstil leicht ab:

Die Stadt Mainz, vertreten durch Oberbürgermeister Franz Stein, erklärt hiermit feierlich ihre Partnerschaft mit der Stadt Dijon und legt darüber diese Urkunde in die Hände des Oberbürgermeisters von Dijon Chanoine Kir. Möge Gottes Segen über diesem Bunde walten<sup>91</sup>!

Auch wenn die Motive in keiner der beiden Erklärungen genannt wurden, geht aus den Äußerungen der höchsten Repräsentanten beider Städte klar hervor, dass sie die Partnerschaft als Instrument für das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Franzosen betrachteten:

---

87 Rede von OB Franz Stein, 21.06.1958.

88 Landeshauptstadt Mainz, 50 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Dijon.

89 Jean VACHET, Une grande manifestation d'amitié – Bourgogne – Rhénanie – Palatinat, in: *Le Bien Public*, 24.06.1958.

90 StA Mainz, Best. ZGS/Z4: 1993/73, Partnerschaftsurkunde Dijon – Mainz.

91 Ebd.

Was wir heute tun, indem wir die Freundschaft zwischen Mainz und Dijon in einer feierlichen Partnerschaft besiegeln, das ist ein Schlag gegen den Geist des Hasses und der Feindschaft, und damit ein Steinchen im Schutzwall gegen drohende zukünftige Zerstörungen<sup>92</sup>.

Für den Beginn eines neuen Kapitels der deutsch-französischen Beziehungen sprach sich auch Oberbürgermeister Kir aus, wie ein Ausschnitt aus einer Rede des Jahres 1960 belegt:

Schon bei der ersten Begegnung der Freunde von beiden Seiten habe man verstanden, dass nach den Epochen, die unseren Völkern so viel Blut und Tränen brachten, eine neue Seite im Buch ihrer Geschichte geschrieben werden müsse – eine Seite des Verstehens und der Freundschaft<sup>93</sup>.

Das Jahr 1962, das die erste Untersuchungsperiode beschließt, verzeichnete für die Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon eine Ausdehnung ihrer institutionalisierten Form auf die Sphäre des Schulwesens und der Kultur. Die Jungenschulen St. Marienschule (bald umbenannt in Willigis-Gymnasium) und *St. François de Sales* bildeten die erste Schulpartnerschaft, zunächst in Form von Austauschaufenthalten in den Sommerferien. Der anfängliche Mangel an französischen Interessenten wurde bald abgelöst von einem geringeren Interesse der deutschen Schüler, da diese die Anforderung ausreichender Französischkenntnisse erfüllen mussten<sup>94</sup>. Ende des Jahres 1962 wurde außerdem die Deutsch-Französische Gesellschaft (DFG) Mainz gegründet<sup>95</sup>. In dem Bestreben, die deutsch-französische Verständigung zu unterstützen, konzentrierte sie sich insbesondere auf die Förderung der Beziehungen zwischen den in Mainz und Umgebung lebenden Franzosen und der örtlichen deutschen Bevölkerung<sup>96</sup>. Das Dijoner Pendant entstand erst 13 Jahre später<sup>97</sup>.

Im Zusammenhang mit dem Jahr 1962 darf überdies nicht die Unterzeichnung des Vertrags vergessen werden, der der Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und vier burgundischen Departements eine offizielle Form

---

92 Rede von OB Franz Stein, 21.06.1958.

93 Mainz bekommt eine »Rue de Dijon«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 08.09.1960.

94 PA PV RLP/B, Ord. 47, Die älteste Schulpartnerschaft Dijon–Mainz. 1962–1989. Ecole St. François de Sales und Willigis-Gymnasium. Aus dem Leben einer Partnerschaft, S. 5 u. 10.

95 Deutsch-Französische Gesellschaft Mainz e.V., in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1997, 2. Teil, Mainz 1998, S. 173f.

96 StV Mainz Reg., Ord. A, Satzung der Vereinigung »Deutsch-Französische Gesellschaft Mainz e.V.«, am 13.03.1972 angenommene Version.

97 PA PV RLP/B, Ord. 19, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1975, S. 72.

verlieh<sup>98</sup>. Die deutschen und französischen Kommunen aus diesen Gebieten erhielten dadurch eine wesentliche Anregung, um in der Partnerregion ein geeignetes Pendant zu suchen.

#### 4. Zusammenfassung

Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene durchlief in der Zeit vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags in statistischer Hinsicht drei verschiedene Phasen. In den Jahren 1950–1954, in denen sich die Zahl der neuen Partnerschaften zwischen null und zwei jährlich bewegte, handelte es sich im Wesentlichen um ein Experiment, dessen weitere Entwicklung niemand zu prophezeien wagte. Die ersten Anzeichen dafür, dass das neue Konzept der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene eine größere Verbreitung finden könnte, gab es Mitte der 1950er Jahre, als der jährliche Zuwachs erstmals fünf Partnerschaften betrug. Die weitere Grenze – zehn neue Partnerschaften – wurde 1958 überschritten, und zwar um fast das Doppelte. Der Zuwachs in den Jahren 1958–1962 zeigt, dass der Gedanke einer deutsch-französischen Annäherung durch Kontakte auf lokaler Ebene bereits ein breiteres Echo gefunden hatte. Während die 50. Partnerschaft im Jahre 1959 geschlossen wurde, konnte die Gründung der 100. Partnerschaft bereits drei Jahre später registriert werden. Am Ende des Untersuchungszeitraums existierten zwischen den Kommunen in der Bundesrepublik und in Frankreich bereits 116 Partnerschaften, wobei der durchschnittliche Jahreszuwachs neun Partnerschaften betrug.

Da die Zahl der deutsch-französischen Partnerschaften seit dem Jahr 1955 allmählich, und dann seit 1958 in deutlich höherem Tempo anstieg, stellt sich die Frage, ob irgendein Zusammenhang mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten auf höchster Ebene konstatiert werden kann. Wenn wir uns erinnern, dass ein positiver Verlauf der offiziellen Beziehungen am deutlichsten im Herbst 1954, ferner seit dem Herbst 1956 bis zum Frühjahr 1958 und schließlich in den Jahren 1960–1962 zu beobachten war, ist offensichtlich, dass kurz nach diesen Perioden jeweils ein Anstieg in der Zahl neu geschlossener Partnerschaften zu verzeichnen war. Wir können daher festhalten, dass die Verbesserung der Beziehungen, zu der es im Oktober 1954 dank der Lösung einiger internationaler und bilateraler Streitfragen

---

98 Landeszentrale für politische Bildung RLP (Hg.), *Partnerschaft in Europa. Rheinland-Pfalz/Burgund*, S. 13; SEBEKE, »Wir müssen Brücken«, S. 320. Burgund existierte in dieser Zeit lediglich als wirtschaftliche Einheit. Das Statut einer Gebietskörperschaft erhielt es erst dank der Dezentralisierungsreformen Anfang der 1980er Jahre.

(vor allem hinsichtlich der Souveränität der Bundesrepublik, der deutschen Wiederbewaffnung und der Zukunft des Saarlandes) gekommen war, zu einem leichten Anstieg der Zahl neuer Fälle von kommunaler Zusammenarbeit in den Jahren 1955–1957 beitrug. Ähnlich wirkte sich wohl die Festigung der deutsch-französischen Beziehungen während der Suez-Krise aus, die im Herbst 1956 eine weitere, fast zweijährige Phase enger Kontakte auf höchster Ebene einleitete und die sich auf kommunaler Ebene in dem 1958 verzeichneten sprunghaften Zuwachs neuer Partnerschaften niederschlug. Die einstweilige Abkühlung der zwischenstaatlichen Beziehungen, zu der es nach dem Amtsantritt de Gaulles kam, wurde 1960 schließlich durch ein neues französisches Interesse an intensiveren Beziehungen zur Bundesrepublik abgelöst. Damit korrespondierten auch die erhöhten Zuwächse, die die kommunalen Partnerschaften in den Jahren 1960–1962 verzeichnen konnten, wenngleich bisher unklar ist, warum der höchste Wert des gesamten Zeitabschnitts gerade im Jahr 1960 registriert wurde.

In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die hier vorgenommene Komparation der kommunalen Zusammenarbeit und der offiziellen politischen Beziehungen lediglich in Ansätzen erfolgte und diesen Rahmen auch in den weiteren Kapiteln nicht überschreiten wird. Aus diesem Grund wird die Entwicklung auf beiden Ebenen nicht Jahr für Jahr verglichen, sondern in bestimmten Abschnitten und mit Betonung auf der Untersuchung längerfristiger Tendenzen. Die Interpretation dessen, wie sich die Beziehungen auf höchster Ebene in der Zahl neuer Fälle kommunaler Zusammenarbeit widerspiegeln, muss noch aus einem weiteren Grund unter einem gewissen Vorbehalt erfolgen: Die positive Entwicklung der offiziellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich konnte die Kommunalvertreter entweder zu der Schließung einer Partnerschaft oder zu einer »bloßen« Aufnahme von Kontakten bewegen, die sich erst einige Jahre später in eine offizielle Partnerschaft verwandelten. Während die Informationen über den Zeitpunkt des Abschlusses einer Partnerschaft allgemein registriert werden, finden die Jahre der ersten Kontaktaufnahme in den Ausgangsdatenbanken keine Berücksichtigung.

Was die Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen und französischen Städten betrifft, so blieb sie hinter der kommunalen Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sowohl in quantitativer als auch in zeitlicher Hinsicht zurück. Obwohl die Statistiken über die ostdeutschen Partnerschaften immer mit einem gewissen Vorbehalt betrachtet werden müssen, steht außer Zweifel, dass bis 1962 in der Bundesrepublik wesentlich mehr Partnerschaftsverträge mit Frankreich unterzeichnet wurden als in der DDR – aus der Gesamtdatenbank geht hervor, dass der Unterschied das Siebenfache betrug. Es ist belegt, dass die fünf ältesten ostdeutsch-französischen Partnerschaften im Jahr 1959 geschlossen wurden, und zwar aus Anlass des 10. Jahrestages

der Gründung der DDR<sup>99</sup>. Auch wenn der Vorsprung der Bundesrepublik in der kommunalen Zusammenarbeit mit Frankreich deutlich war, können wir aufgrund der Kenntnis der weiteren Entwicklung konstatieren, dass der Unterschied zwischen der Zahl der deutsch-französischen Partnerschaften in der Bundesrepublik auf der einen und in der DDR auf der anderen Seite im ersten Untersuchungsabschnitt am geringsten war.

Bei der Analyse der deutsch-französischen kommunalen Kooperation muss ebenfalls in Betracht gezogen werden, in welchen Teilen der Bundesrepublik sich die Städte und Gemeinden befanden, die mit den französischen Kommunen die ersten Partnerschaften schlossen. Ein Drittel aller Verträge entfiel auf Baden-Württemberg, weitere 45 Prozent teilten sich fast zu gleichen Teilen Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Obwohl gerade Rheinland-Pfalz und Teile Baden-Württembergs die französische Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten, wäre es voreilig zu behaupten, dass diese Tatsache ausschlaggebend war für die Entstehung der ältesten kommunalen Partnerschaften<sup>100</sup>.

Gegen eine solche Schlussfolgerung sprechen drei Tatsachen. Erstens entzog sich das Saarland, das zwar kein offizieller Bestandteil der französischen Besatzungszone, mit Frankreich aber sehr eng verbunden war, der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit fast vollständig. Zweitens befand sich die knappe Mehrheit der deutsch-französischen Partnerschaften, die bis 1962 in Baden-Württemberg entstanden, auf dem Gebiet der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone<sup>101</sup>. Und drittens geht aus den chronologischen Übersichten der kommunalen Kooperation hervor, dass neben Baden-Württemberg auch Nordrhein-Westfalen, das Teil der britischen Besatzungszone war, in den deutsch-französischen Partnerschaften eine Vorreiterrolle spielte. Für beide genannten Bundesländer gilt ebenso wie für Rheinland-Pfalz, dass die Kontakte zu Frankreich wegen ihrer geographischen Nähe zum Nachbarland nur natürlich erscheinen. Dieses Charakteristikum trifft zwar auf Hessen, das Bundesland mit der vierthöchsten Zahl an Partnerschaften mit französischen Kommunen, nicht direkt zu; betrachten wir jedoch die geographische Lage Hessens im Rahmen des geteilten Deutschlands, ist das Interesse der hessischen Städte und Gemeinde an einer Zusammenarbeit mit Frankreich verständlich. Nichtsdestoweniger entzieht sich das Saarland der Schlussfolgerung, dass sich das Interesse an einer Partnerschaft mit französischen Städten vor allem von der geographischen Lage

---

99 PFEIL, Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen, S. 382f.

100 Eine solche, von Hansjürgen Garstka vorgelegte Erklärung findet sich in dem Tagungsbericht Institut de Ludwigsburg. Les jumelages de villes, S. 124.

101 Auf der Basis einer eigenen »Kartographierung« war die genaue Aufteilung wie folgt: 22 Partnerschaften und 1 Freundschaft in der ehemaligen US-Besatzungszone, 17 Partnerschaften und 1 Freundschaft in der ehemaligen französischen Besatzungszone.

ableitete, völlig. Dort entstand bis zum Ende des Jahres 1962 nur eine einzige deutsch-französische Partnerschaft. Diese Entwicklung muss wohl als Sonderfall betrachtet werden, bedingt durch die enge Anbindung an Frankreich im ersten Nachkriegsjahrzehnt wie auch durch die spezifische Rolle, die das Saarland in den deutsch-französischen Beziehungen allgemein spielte.

Auf französischer Seite wurden die meisten Partnerschaften mit deutschen Städten oder Gemeinden auf dem Gebiet der heutigen Region Île-de-France verzeichnet, gefolgt von den südöstlichen Gebieten Rhône-Alpes und Provençes-Alpes-Côte d'Azur. An der deutsch-französischen Zusammenarbeit beteiligten sich auch Kommunen aus Lothringen und dem Elsass, also aus einem Territorium, das mit Deutschland nicht nur die gemeinsame Grenze, sondern auch einen Teil der Geschichte teilte. Ein überdurchschnittliches Interesse an einer kommunalen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik war ebenfalls im zentralfranzösischen Burgund sowie in der nördlichsten Region Nord-Pas-de-Calais deutlich. Die geographische Entfernung vom potenziellen Partner spielte hier also eine kleinere Rolle als im deutschen Fall. Eine Ausnahme waren die sehr weit entfernt liegenden Regionen in Südwest-Frankreich, die sich an den ältesten Partnerschaften nur minimal beteiligten.

Eine konkrete Vorstellung davon, wie die deutsch-französischen Partnerschaften in Gebieten aussahen, in denen sich der Gedanke der kommunalen Zusammenarbeit zuerst durchzusetzen begann, bietet die erste Fallstudie. Diese konzentrierte sich auf die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon, die als Städte mit der Funktion eines Regionalzentrums (von Rheinland-Pfalz und Burgund) und einer über 100.000 Einwohner zählenden Bevölkerung ausgewählt wurden. Da der Vertrag über die offizielle Zusammenarbeit beider Städte im Jahre 1958 unterzeichnet wurde, fällt der Beginn der Partnerschaft genau in den Zeitraum, in dem die Zahl der deutsch-französischen Städtepaare erkennbar anzusteigen begann. Die mehrjährigen Kontakte zwischen Mainz und Dijon wurden kurz nach der Entstehung zweier 1956–1957 gegründeter Vereinigungen formalisiert, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund propagierten. Angesichts dessen, dass in Rheinland-Pfalz seit 1959 eine steigende Zahl von Kommunen zu verzeichnen war, die einen offiziellen Partner in Frankreich (vor allem in Burgund) besaßen, ist es angebracht, einen Zusammenhang zwischen der Aufnahme der regionalen Kooperation, dem Abschluss der Partnerschaft Mainz – Dijon und der Zunahme der deutsch-französischen Partnerschaften in Rheinland-Pfalz allgemein zu vermuten<sup>102</sup>. Obwohl in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre auch weitere Bundesländer ähnliche regionale Kontakte knüpften

---

102 DEFRANCE, *Les premiers jumelages franco-allemands*, S. 92.



(Hessen mit Rhône-Alpes und Niedersachsen mit der Normandie)<sup>103</sup>, scheint es nicht so, dass durch diese informelle Zusammenarbeit auch die örtlichen Städte und Gemeinden unmittelbar inspiriert worden wären. Zwar besteht die Kooperation zwischen Niedersachsen und der Normandie bis heute; in den 1970er Jahren wurde sie jedoch einstweilen unterbrochen. Und obwohl sie sich mittlerweile auf einige Dutzend kommunale Partnerschaften stützt, entstand die älteste von ihnen erst in den 1960er Jahren<sup>104</sup>.

Was die eigentliche Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon betrifft, so kann sie uns eine Vorstellung über die Motive und den Charakter der deutsch-französischen Kontakte auf kommunaler Ebene in den 1950er Jahren geben. Auch wenn der Mainzer Oberbürgermeister in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre zu den aktiven Anhängern einer deutsch-französischen Annäherung auf kommunaler Ebene gehört hatte, kam der Anstoß zur Aufnahme von Kontakten zwischen beiden Städten von einer dritten Partei und gewissermaßen von oben – konkret von dem Repräsentanten der französischen Besatzungsverwaltung vor Ort. Für die Umsetzung dieses Plans war jedoch die Unterstützung des Dijoner Oberbürgermeisters Kir, der im Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung aktiv gewesen war, unerlässlich. Wie aus weiteren Forschungen hervorgeht, traten Personen mit einer Vergangenheit im Widerstand relativ oft als Initiatoren der deutsch-französischen Partnerschaften auf. Sie erfreuten sich unter der lokalen Bevölkerung einer gewissen Autorität und schafften es daher, sie von der Notwendigkeit einer solchen Kooperation zu überzeugen<sup>105</sup>.

Das Motiv der gegenseitigen Zusammenarbeit, das Mainz und Dijon anführten, war eindeutig durch die Kriegserfahrung gegeben. Beide Seiten setzten sich zum Ziel, den Hass und die Feindschaft zwischen Deutschen und Franzosen zu beenden und so zum friedlichen Zusammenleben beider Nationen beizutragen. In dieser Perspektive reihte sich die Kooperation zwischen Mainz und Dijon in die Gruppe der ältesten deutsch-französischen Partnerschaften ein<sup>106</sup>, die die kommunale Zusammenarbeit noch in einem rein bilateralen Kontext betrachteten.

Obwohl die Partnerschaft Mainz – Dijon erst 1958 geschlossen wurde, waren die ersten Kontakte bereits 1953 aufgenommen worden. Anfangs hatten sie die Form von Begegnungen der kommunalen Repräsentanten, später

103 Ebd., S. 90.

104 Heinz ENGELHARDT, *Les jumelages: un acte humain et politique*, in: Documents 33 (1978), Sonderheft, S. 126–135, hier S. 128; Komitee Niedersachsen-Normandie, *Historie*, in: URL: <<http://niedersachsen-normandie.de/kom/his.php>> (11.03.2014).

105 DEFRANCE, *Les jumelages franco-allemands*, S. 195; DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 169.

106 GRUNERT, *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften*, S. 163. Das Bestreben, einen neuen deutsch-französischen Krieg zu verhindern, führt der Autor als Hauptmotiv der bis 1957 entstandenen Partnerschaften an.

erweiterten sie sich auf den Schul- und Kulturbereich, wo sich im Jahre 1962 die ersten institutionalisierten Partnerschaften bildeten. Diese Entwicklung entspricht dem allgemeinen Charakter der deutsch-französischen Partnerschaften in den 1950er Jahren. Während sich zu Beginn des Jahrzehnts die Partnerschaften auf Kontakte zwischen den jeweiligen Kommunalverwaltungen konzentrierten, wurde Ende der 1950er Jahre das Hauptaugenmerk auf die Jugendbegegnungen und die Schulung der Jugendleiter gelegt<sup>107</sup>. Die Erfahrungen der ersten Partnerschaften hatten nämlich gezeigt, dass die Jugend der Möglichkeit, die Einwohner der Partnergemeinde kennenzulernen und zu treffen, offener gegenüberstand als die Generation ihrer Eltern<sup>108</sup>.

---

107 Bock, *Europa von unten*, S. 31f.

108 *Städtefreundschaften*, *Der Städtetag* 8 (1955), S. 360.

## IV. Wachsende Popularität und geographische Ausweitung (1963–1973)

### 1. Zeit der Krise und des Misstrauens

Das Jahrzehnt, das auf die Unterzeichnung des Élysée-Vertrags folgte, war im Vergleich mit dem Zeitabschnitt vorher und nachher aus zwei Gründen spezifisch: aufgrund häufiger Wechsel auf dem Posten des deutschen Kanzlers und durch eine überwiegend negative Bilanz der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Als Umbruchmomente wurden daher die Jahre 1964, 1968 und 1973 identifiziert, in denen die Krise der bilateralen Beziehungen am deutlichsten zutage trat. Daran änderte auch die Belebung der Beziehungen an der Wende der Jahre 1969/70 nichts.

Die Probleme, denen die deutsch-französischen Beziehungen unter Adenauers Nachfolger ausgesetzt sein sollten, deutete schon der Verlauf der Ratifizierung des Élysée-Vertrags im Deutschen Bundestag an<sup>1</sup>. Da ein Teil der Abgeordneten der Regierungskoalition die Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen mit großem Unwillen betrachtete, vor allem aus Sorge um die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten, wurde der deutschen Version des Vertrags eine erklärende Präambel vorangestellt<sup>2</sup>. In dieser erklärte die Bundesrepublik Deutschland, dass der Vertrag die Hauptziele der deutschen Politik fördere – unter anderem die enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Vertiefung der Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften. Der so ergänzte Vertrag wurde vom Deutschen Bundestag am 15. Juni 1963 ratifiziert<sup>3</sup>.

Der mit dem Élysée-Vertrag einhergehende Gesetzgebungsprozess wurde einen Monat später abgeschlossen, als die Außenminister auf dem ersten bilateralen Gipfeltreffen in Bonn den Vertrag über die Gründung

---

1 Diesen Prozess beschreibt detailliert LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, z.B. S. 1810–1812. Vgl. ebenso Adolf KIMMEL/Pierre JARDIN (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation*, Opladen 2002, S. 56–66.

2 Zu der (etwas schematischen) Einteilung der deutschen Politiker in »Atlantiker« und »Gaullisten« siehe MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 32.

3 Die Präambel wurde der deutschen Version des Élysée-Vertrags im Rahmen des Gesetzes zu der Gemeinsamen Erklärung und zu dem Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit beigelegt. Vgl. KIMMEL/JARDIN (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963*, S. 44f. Für den Vertragstext siehe ebd., S. 40–44. Der damalige FDP-Vorsitzende Erich Mende behauptete später, dass der Vertrag ohne die Präambel nicht die erforderliche Mehrheit im Bundestag erhalten hätte. Vgl. STEINKÜHLER, *Der deutsch-französischer Vertrag*, S. 65.

des Deutsch-Französischen Jugendwerks unterzeichneten<sup>4</sup>. Das Dokument, das den Zweck, die Finanzierung und die Organe dieser neuen Institution festlegte, knüpfte an den Élysée-Vertrag an (konkret an Punkt II C2), der die Entwicklung der Kontakte zwischen der deutschen und französischen Jugend als eines der Hauptziele der bilateralen Zusammenarbeit bezeichnete. In einer langfristigen Perspektive werden die Gründung und vor allem die Tätigkeit des Jugendwerks übereinstimmend zu den Haupterfolgen des Élysée-Vertrags gezählt<sup>5</sup>.

Das Jahr 1964 zeichnete sich dadurch aus, dass die Differenzen zwischen dem neuen Bundeskanzler Erhard, der im Oktober 1963 an die Spitze der Bundesregierung gewählt worden war, und dem französischen Präsidenten de Gaulle, voll zutage traten. Ludwig Erhard, der traditionell den USA zugewandt war, kam die Tatsache gelegen, dass auch die Vereinigten Staaten zu Beginn seiner Amtszeit Interesse an einer Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit bekundeten. Diese befürchteten nämlich, dass de Gaulle unkontrolliert die deutschen nuklearen Ambitionen fördern könnte. Diese Ansicht war auch der Grund für die negative amerikanische Bewertung des Élysée-Vertrags sowie für das – zeitweilige – Bestreben, die Bundesrepublik in das Projekt der sog. *Multilateral Force* (MLF) einzubinden<sup>6</sup>. Gerade dieser Plan, der es der deutschen Seite ermöglicht hätte, über die Stationierung und den Einsatz westeuropäischer und amerikanischer Nuklearwaffen mitzuentcheiden, bewirkte, dass sich die deutsch-französischen Beziehungen im Jahr 1964 wesentlich verschlechterten. Präsident de Gaulle bezeichnete die deutsche Beteiligung an dem genannten Projekt als unvereinbar mit dem Élysée-Vertrag<sup>7</sup>. Die anschließende Situation charakterisiert Soutou als eine »[...] pleine crise, une crise on a du mal aujourd'hui à imaginer la virulence«<sup>8</sup>. Die deutliche Verschlechterung der Beziehungen gegenüber der Jahreswende

4 Vgl. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik vom 5. Juli 1963, in: KIMMEL/JARDIN (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963*, S. 483–487.

5 Vgl. etwa SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 261; ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 221; Ansbert BAUMANN, *Erziehungs- und Jugendfragen: Die Bande enger gestalten und das Verständnis füreinander vertiefen?*, in: DEFRANCE/PFEIL (Hg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 147–166, hier S. 162. Zur Geschichte des DFJW vgl. die Jubiläumspublikationen: BOCK (Hg.), *Deutsch-französische Begegnungen*; Hans Manfred BOCK u.a. (Hg.), *Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la jeunesse 1963–2008*, Paris 2008; DFJW (Hg.), *50 Jahre Deutsch-französisches Jugendwerk. L'Office franco-allemand pour la Jeunesse a 50 ans*, Berlin 2013.

6 MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 77. Soutou konstatiert jedoch, dass die amerikanischen Befürchtungen völlig unbegründet gewesen seien, da de Gaulle das deutsche Interesse an Atomwaffen als sehr negativ betrachtet und dieses vielmehr zu bremsen versucht habe. Siehe SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 258.

7 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 279.

8 Ebd., S. 280.

1962/63 bestätigte sich auch während des deutsch-französischen Gipfeltreffens, das Anfang Juli 1964 in Bonn stattfand. Unstimmigkeiten herrschten fast in allen Bereichen, sodass Ziebura konstatiert: »Nie war das Klima so schlecht«<sup>9</sup>. Zu der negativen Bilanz der gegenseitigen Beziehungen trug ebenfalls die Debatte bei, die während des Jahres 1964 in der Bundesrepublik über die anstehende Verjährung der Kriegsverbrechen nach dem 8. Mai 1965 geführt wurde und die ein Großteil der französischen Öffentlichkeit intensiv verfolgte<sup>10</sup>.

Hatte de Gaulle zu Beginn der Erhard'schen Regierungszeit noch Interesse an einem Ausbau der bisherigen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik bekundet, so schlug die französische Politik spätestens 1965 einen anderen Weg ein. Die deutsch-französischen Differenzen waren vor allem in den Fragen der europäischen Integration, der Reform der NATO sowie in den Beziehungen mit dem sowjetischen Block deutlich<sup>11</sup>. Die neue Strategie de Gaulles spiegelte sich in mehreren radikalen Entscheidungen wider: in der sog. Politik des leeren Stuhls im Ministerrat der EWG in der zweiten Hälfte des Jahres 1965, in dem Ausscheiden Frankreichs aus der integrierten Militärstruktur der NATO im Frühjahr 1966 und in der Unterzeichnung einer französisch-sowjetischen Deklaration während de Gaulles Besuch in der Sowjetunion im Sommer 1966. Eine unmittelbare Komplikation für die deutsch-französischen Beziehungen bedeutete das Ausscheiden der französischen Einheiten aus der NATO, denn im Rahmen dieser Organisation waren sowohl das Statut als auch die Rolle der französischen Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik festgelegt. Mit der Lösung dieses Problems im Dezember 1966 hatten die gegenseitigen Beziehungen »damit ihre schwierigste Phase seit Unterzeichnung des Élysée-Vertrags«<sup>12</sup> überwunden.

Zu einer wesentlichen Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen kam es jedoch auch nach dem Wechsel der Bundesregierung Ende 1966 nicht. Kurt Georg Kiesinger, der an der Spitze der neu entstandenen Großen Koalition stand, bemühte sich dabei, zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich so zu manövrieren, dass keiner der beiden Staaten als präferierter Partner wahrgenommen wurde<sup>13</sup>. Während sich die persönlichen Beziehungen zwischen den höchsten Repräsentanten beider Staaten normalisierten,

---

9 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 177.

10 DEFANCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 89.

11 JARDIN/KIMMEL, Introduction, S. 27f.

12 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 37. Details bezüglich des neuen Statuts der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik (einschließlich des Spezialabkommens zwischen Frankreich und der NATO) führt SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 293–299, an.

13 LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1909f.; MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 38.

gestaltete sich die Suche nach Übereinstimmungen in den wichtigsten außenpolitischen Themen weiterhin kompliziert. Die Situation verschlechterte sich im Jahre 1968, das sich in die deutsch-französische Geschichte als ein weiterer negativer Einschnitt einschrieb.

Die erste Ursache war die Niederschlagung des sog. Prager Frühlings, der zweite Grund war der Zustand der französischen Wirtschaft infolge der Studentenrevolte vom Mai 1968. Beim ersten Streitthema herrschte auf französischer Seite die Überzeugung, dass die Bundesrepublik indirekt zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei beigetragen habe, und zwar durch ihre Politik gegenüber diesem Land, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten (z.B. durch die Einrichtung einer Handelsvertretung in der ČSSR oder durch den Besuch des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing in Prag)<sup>14</sup>. Wie die Aufzeichnung der Verhandlungen der beiden Außenminister belegt, war der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei eines der Hauptthemen des deutsch-französischen Gipfeltreffens im September 1968<sup>15</sup>.

Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik spielte eine nicht geringe Rolle im zweiten Fall, als die Geschehnisse des sog. *mai '68* eine deutliche Schwächung der französischen Währung zur Folge hatten. Während die französische Zentralbank reichlich Devisenreserven veräußerte, registrierten die Finanzmärkte ein erhöhtes Interesse an der D-Mark. In dem Bemühen, das Währungssystem und die auswärtige Zahlungsbilanz zu stabilisieren, drang Frankreich – gemeinsam mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten – darauf, die deutsche Währung zu stärken. Die Bundesrepublik wehrte sich intensiv gegen diesen Druck, da sie die Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte auf den Weltmärkten nicht gefährden wollte<sup>16</sup>. Die Entscheidung über die Abwertung des Franc traf erst de Gaulles Nachfolger im August 1969<sup>17</sup>. Nichtsdestoweniger versetzte »[d]as Währungsdebakel in Frankreich [...] den deutsch-französischen Beziehungen erneut einen schweren Schlag«<sup>18</sup>. Die Franzosen hielten die deutsche Reaktion auf ihre

14 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 304f.; ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 199f.

15 Vgl. Dokument Nr. 313, in: AAPD 1968, Bd. 2, München 1999, S. 1212–1219, hier S. 1217. Michel Debré konstatierte bei den Verhandlungen mit Willy Brandt am 27.09.1968, »Deutschland sei wieder eine industrielle und wirtschaftlich gerüstete Macht, dank der Dynamik seiner Unternehmensführer verfüge es über große Mittel, und es sei natürlich, dass die Unternehmen sich Absatzmärkte suchten. Diese natürliche Tendenz als Ausdruck der bewundernswerten Vitalität der deutschen Wirtschaft habe aber psychologische Auswirkungen, die von der sowjetischen Propaganda falsch dargestellt würden«.

16 MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 56.

17 Ebd.

18 ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 200.

Währungsprobleme für arrogant; darüber hinaus nahm der ökonomische Vorsprung der Bundesrepublik seit diesem Moment zu, was in Frankreich mit großem Missfallen betrachtet wurde<sup>19</sup>.

In der Zeit, in der Georges Pompidou (Juni 1969) das Amt des französischen Präsidenten übernahm und Willy Brandt den Posten des Bundeskanzlers antrat (Oktober 1969), befanden sich die bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene immer noch in einer Phase des Stillstands<sup>20</sup>. Wie jedoch die Ergebnisse des europäischen Gipfeltreffens in Den Haag belegen, verzeichnete die deutsch-französische Zusammenarbeit noch Ende des Jahres 1969 eine Belebung<sup>21</sup>. Ein nicht geringes Verdienst daran hatte Präsident Pompidou, der – im Unterschied zu Charles de Gaulle am Ende seiner Amtszeit – Interesse an einem weiteren Ausbau der privilegierten deutsch-französischen Beziehungen hatte. Die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit betrachtete Pompidou nämlich als Instrument, um auf Deutschland den größtmöglichen Einfluss zu behalten<sup>22</sup>. Dank der Tatsache, dass auch Bundeskanzler Brandt das deutsch-französische Verhältnis als »tragende Struktur der Europäischen Gemeinschaft« betrachtete<sup>23</sup>, gelang es an der Wende der 1960er zu den 1970er Jahren, in der europäischen Politik einige wesentlichen Entscheidungen zu treffen: nämlich die erste Erweiterung der EG vorzubereiten, Übereinstimmungen in den Agrarzuschüssen zu erreichen und die EG in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu lenken<sup>24</sup>. Teilerfolge verzeichnete auch die bilaterale Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Industrie (z.B. bei der Produktion der Airbus-Flugzeuge) und des Schulwesens (Gründung deutsch-französischer Gymnasien)<sup>25</sup>.

Das Hauptinteresse Brandts galt jedoch der Normalisierung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik. Obwohl der Bundeskanzler die neue Ostpolitik als »östliche Komponente der Europapolitik«<sup>26</sup> bezeichnet hatte, besaß Brandts Initiative viele Gegner im In- und Ausland. Zu diesen wird in der Regel automatisch auch Georges Pompidou gezählt – ungeachtet dessen, dass die Ostpolitik in Einklang stand mit der französischen Vorstellung von einer europäischen *détente* und dem Wunsch, in

---

19 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 311.

20 ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 225; SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 311.

21 MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 41; HIEPEL, *Willy Brandt und Georges Pompidou*, S. 71.

22 SCHIRMANN/MOHAMED-GAILLARD, *Georges Pompidou et l'Allemagne*, S. 15.

23 Andreas WILKENS, *Willy Brandt, die deutsch-französischen Beziehungen und die Europapolitik (1969–1974)*, in: Horst MÖLLER/Maurice VAISSE (Hg.), *Willy Brandt und Frankreich*, Opladen 2005, S. 199–214, hier S. 201.

24 HIEPEL, *Willy Brandt und Georges Pompidou*, S. 73–135.

25 SCHIRMANN/MOHAMED-GAILLARD, *Georges Pompidou et l'Allemagne*, S. 22–28.

26 Zitiert nach Andreas WILKENS, *Willy Brandt, die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 199.

Europa den Nachkriegs-Status quo zu erhalten<sup>27</sup>. Es sei daher daran erinnert, dass Pompidou persönlich im März 1972 Rainer Barzel, den Vorsitzenden der oppositionellen CDU/CSU-Bundestagsfraktion, davon überzeugte, die Ratifizierung der Ostverträge im Deutschen Bundestag nicht zu blockieren<sup>28</sup>.

Pompidous Misstrauen gegenüber der Ostpolitik nahm jedoch allmählich zu. Im Frühjahr 1973 – nach dem offiziellen Empfang Leonid Breschnews in der Bundesrepublik – überwog dann beim französischen Präsidenten definitiv die Befürchtung vor einer unkontrollierten deutschen Entwicklung (*dérive allemande*), insbesondere vor einem Austritt der Bundesrepublik aus den westlichen Sicherheitsstrukturen und ihrer nachfolgenden Neutralisierung<sup>29</sup>. Die Personifizierung dieser befürchteten deutschen Tendenzen war für die französische Seite Egon Bahr, der Unterhändler der meisten Ostverträge und Brandts enger Mitarbeiter<sup>30</sup>.

Differenzen zwischen der deutschen und französischen Seite herrschten ebenfalls in der Frage, wo die Entspannung auf dem europäischen Kontinent hinführen solle. Teil dieses Prozesses waren zwei internationale Verhandlungen, die fast zeitgleich im Jahre 1973 begannen. Während Frankreich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterstützte, setzte die Bundesrepublik die Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen (*Mutual and Balanced Force Reductions*; MBFR)<sup>31</sup> durch. Die deutsch-französischen Differenzen erreichten 1973 mit der unterschiedlichen Reaktion auf den sprunghaften Anstieg des Ölpreises, der einen wesentlichen Einfluss auf den Charakter der Wirtschaft beider Staaten in den nachfolgenden Jahren hatte, ihren Höhepunkt<sup>32</sup>. Während die Bundesrepublik der amerikanischen Aufforderung zu einem einheitlichen Vorgehen der Verbraucherstaaten zustimmte, wählte Frankreich eine Öldiplomatie, die unabhängig von den anderen Ländern war<sup>33</sup>. Das Ergebnis war die tiefste Krise der bilateralen Beziehungen während der Regierungszeit Georges Pompidous und Willy Brandts<sup>34</sup>.

27 SCHIRMANN/MOHAMED-GAILLARD, Georges Pompidou et l'Allemagne, S. 19.

28 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 51; SCHIRMANN/MOHAMED-GAILLARD, Georges Pompidou et l'Allemagne, S. 17.

29 SCHWARZ, Willy Brandt, Georges Pompidou und die Ostpolitik, S. 161f.

30 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 315. Ziebura charakterisiert Egon Bahr als »regelrechte deutsche Version des Gaullismus«, vgl. ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 226.

31 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 334; ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 244.

32 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 254.

33 Pierre JARDIN/Adolf KIMMEL, L'ère des avancées prudentes. 1969–1973. Présentation, in: Dies. (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 146f.

34 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 255.



## 2. Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Hunderte Partnerschaften

In dem Jahrzehnt zwischen 1963 und 1973, kamen auf kommunaler Ebene 574 Fälle deutsch-französischer Zusammenarbeit hinzu. Ebenso wie in dem Zeitabschnitt zuvor überwog auch nun eindeutig die bilaterale Kooperation in Form von Partnerschaften (570). Auf Freundschaften (2) und Kontakte (2) entfiel weniger als ein Prozent aller neu registrierten Fälle kommunaler Zusammenarbeit. Die Partnerschaften verbreiteten sich derart schnell [Tabelle 9], dass von einem sprunghaften Anstieg im Vergleich mit dem Zeitraum vor 1963 gesprochen werden kann<sup>35</sup>. Bereits 1965 war die Zahl der deutsch-französischen Partnerschaften doppelt so hoch wie im Jahr 1962<sup>36</sup>. Die runde Zahl von 500 Partnerschaften wurde im Jahr 1970 erreicht.

**Tabelle 9:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1963–1973)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Insgesamt
1963	154	3	1	158
1964	205	4	1	210
1965	251	4	1	256
1966	323	4	2	329
1967	391	4	2	397
1968	436	4	2	442
1969	486	5	2	493
1970	537	5	2	544
1971	570	5	2	577
1972	624	5	3	632
1973	686	5	3	694

<sup>35</sup> GARSTKA, Die Rolle der Gemeinden, S. 63.

<sup>36</sup> Ende des Jahres 1962 existierten insgesamt 116 Partnerschaften.

Das Tempo, mit dem das Interesse an der deutsch-französischen Zusammenarbeit stieg, wird anschaulich durch die Höhe des durchschnittlichen Jahreszuwachses widerspiegelt. Dieser betrug in den Jahren 1963–1973 mehr als 51 Partnerschaften. Gleich im ersten Jahr dieses Zeitabschnitts wurden 38 Partnerschaftsverträge geschlossen, was gegenüber dem Jahr 1962 einen Anstieg von mehr als 70 Prozent bedeutete. Die neuen Partnerschaften prosperierten dann besonders in den Jahren 1966–1967 und 1972–1973, in denen sich ihre Zahl zwischen 54 und 72 pro Jahr bewegte [Diagramm 4]. Im Übrigen war das Jahr 1966, in dem die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit um 72 neue Partnerschaftsverträge bereichert wurde, im Zeitraum von 1950 bis 2000 das zweiterfolgreichste<sup>37</sup>. Die wenigsten Fälle kommunaler Zusammenarbeit (33) wurden hingegen im Jahr 1971 verzeichnet. Auch wenn dieser Wert im Kontext der vorangegangenen Jahre sehr niedrig war, überstieg er doch immer noch die Angabe aus dem Jahr 1960 von 25 neu geschlossenen Partnerschaften (den Rekordwert des vorherigen Zeitabschnitts). Dennoch kann der Behauptung, dass die statistische Entwicklung der kommunalen Kooperation nach dem Jahr 1962 »eine Phase der Konsolidierung und des *kontinuierlichen* [Hervorhebung durch L.F.] Aufschwungs« widerspiegeln, nicht ganz zugestimmt werden<sup>38</sup>.

Wenn wir die Verteilung der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit unter regionalen Gesichtspunkten betrachten [Tabelle 10], so ist ebenso wie vor 1963 ein Übergewicht von vier Bundesländern deutlich: Baden-Württemberg (130), Nordrhein-Westfalen (106), Rheinland-Pfalz (98) und Hessen (94). Auf ihrem Territorium entstanden drei Viertel aller neuen Partnerschaften. Auch wenn im Rahmen dieses Quartetts weiterhin Baden-Württemberg dominierte, wo in diesem Zeitraum mehr als ein Fünftel aller Partnerschaftsverträge unterzeichnet wurde, verringerte sich sein Vorsprung allmählich. Auffällig ist auch die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, wo die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit eine sehr ungleichmäßige Entwicklung nahm [Diagramm 5]. Während hier 1967 20 neue Partnerschaften entstanden – diesen Rekordwert erreichte später nur Bayern –, war der Jahreszuwachs vier Jahre vorher wie nachher minimal (4 und 3). Berechneten wir allerdings für Nordrhein-Westfalen den durchschnittlichen Jahreszuwachs für den gesamten Zeitraum, so erhielten wir den höchsten Wert (fast zehn Partnerschaften) in seiner Geschichte.

37 Der genannte Wert wurde später lediglich im Jahr 1991 übertroffen, als auf dem Gebiet der vereinigten Bundesrepublik 77 neue Partnerschaften entstanden.

38 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 100.

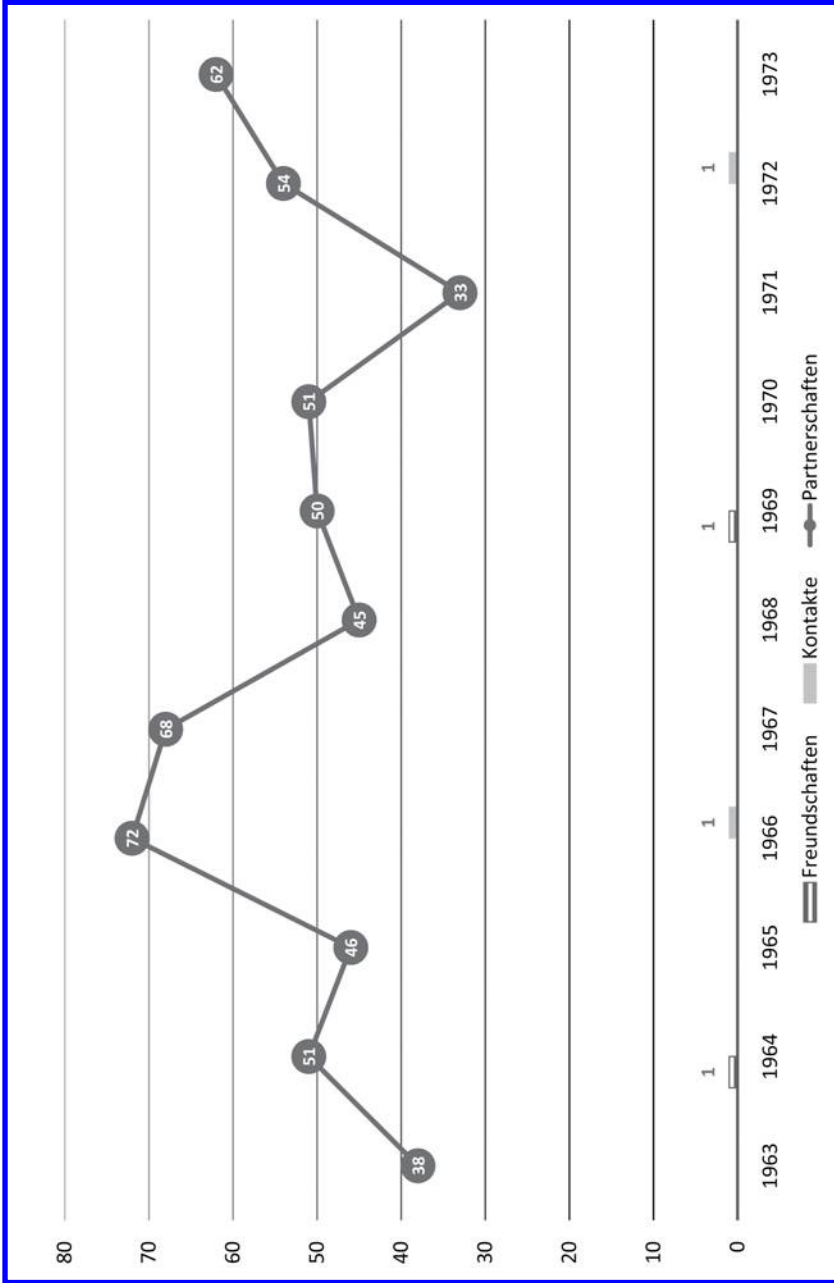


Diagramm 4: Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1963–1973).

**Tabelle 10:** Anzahl der 1963–1973 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit

Bundesland	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Baden-Württemberg	130	1	1
Nordrhein-Westfalen	106	0	0
Rheinland-Pfalz	98	0	0
Hessen	94	0	0
Bayern	58	0	1
Niedersachsen	56	1	0
Saarland	20	0	0
Schleswig-Holstein	6	0	0
Westberlin	2	0	0
Insgesamt	570	2	2

Anm.: Weder Bremen noch Hamburg gingen in diesem Zeitraum eine neue Kooperation mit Frankreich ein.

Unter quantitativen Gesichtspunkten entwickelte sich die kommunale Zusammenarbeit auch in Rheinland-Pfalz sehr erfolgreich. In den Jahren 1963–1973 wurde hier zwei Mal der höchste Jahreszuwachs aller Bundesländer erreicht, und zwar 1963 und 1966. Das Jahr 1966 war mit 17 Partnerschaftsverträgen zugleich das in dieser Hinsicht erfolgreichste in der Geschichte von Rheinland-Pfalz. Das Gleiche gilt auch für den gesamten Zeitabschnitt, in dem der durchschnittliche Jahreszuwachs neun Partnerschaften betrug. Fast denselben durchschnittlichen Zuwachs erreichte auch Hessen, das somit das Quartett der auf diesem Felde aktivsten Bundesländer in dem Untersuchungsjahrzehnt beschließt.

Zu denjenigen Bundesländern, die den gesamtdeutschen Durchschnitt in der Zahl neuer Partnerschaften pro Jahr überschritten, reihten sich noch Bayern (58) und Niedersachsen (56) [Tabelle 10]. Bayern war dadurch spezifisch, dass die Zunahme der kommunalen Zusammenarbeit in den einzelnen Jahren nicht dem gesamtdeutschen Trend entsprach. In den Jahren, in denen die Bundesrepublik die höchste Zunahme neuer Partnerschaften mit französischen Kommunen verzeichnete, beteiligte sich Bayern nur sehr halbherzig an dieser Zusammenarbeit [Diagramm 5].

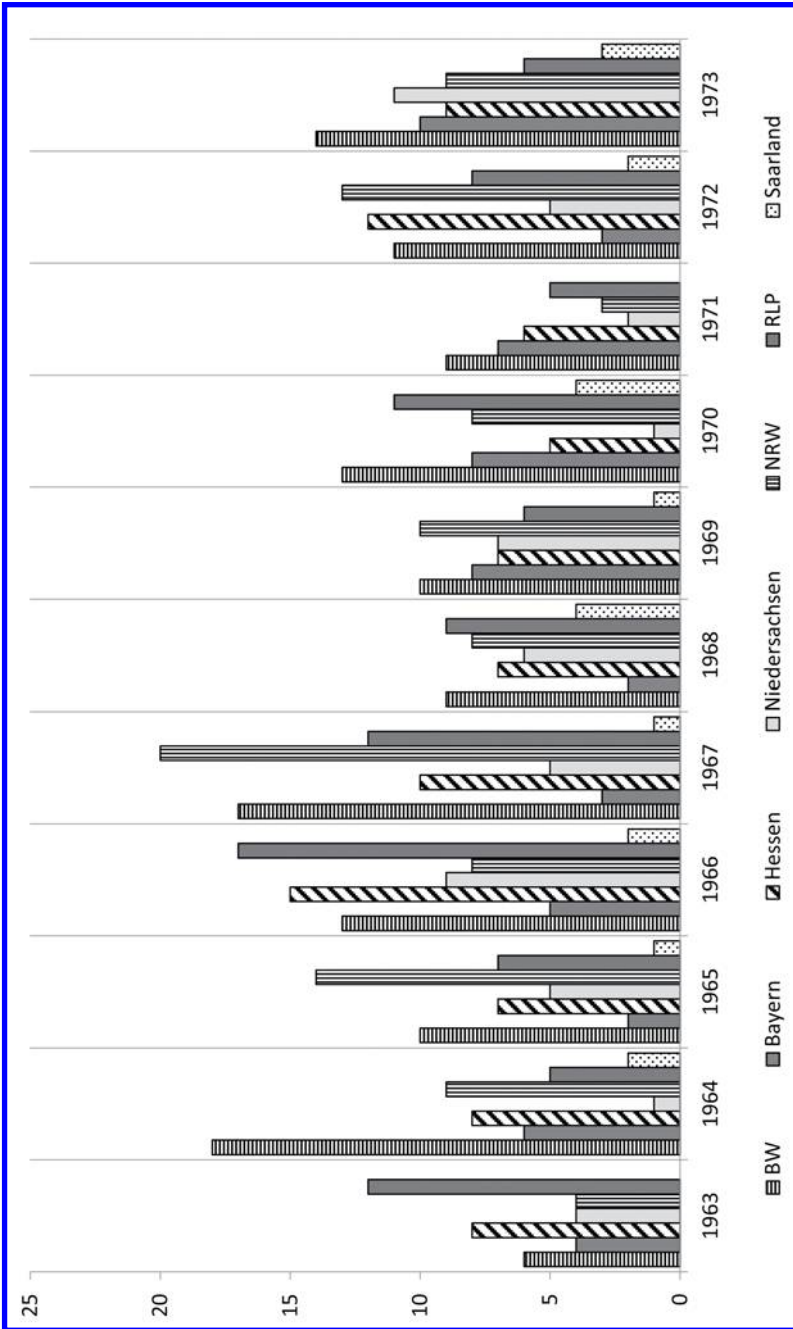


Diagramm 5: Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1963–1973).

Am anderen Ende der Tabelle 10 befanden sich Schleswig-Holstein (6) und das Saarland (20). Die schleswig-holsteinischen Städte und Gemeinden, die hunderte von Kilometern von der französischen Grenze entfernt lagen, ließen sich nur sehr zögerlich auf die Zusammenarbeit mit Frankreich ein. Da vier von sechs Verträgen Mitte der 1960er Jahre unterzeichnet wurden, konnte keine steigende Tendenz untersucht werden. Den genau gegenteiligen Fall stellt das Saarland dar, wo (insbesondere seit dem Jahr 1968) ein wachsendes Interesse an einer Partnerschaft mit den französischen Kommunen deutlich war [Diagramm 5]. Wenngleich 20 Partnerschaftsverträge im gesamtdeutschen Maßstab ein niedriger Wert sind, so stellte der Zeitraum 1963–1973 aus saarländischer Perspektive doch den Beginn einer intensiven Zusammenarbeit mit Frankreich auf kommunaler Ebene dar. Was Westberlin betrifft, so beteiligten sich zwei weitere Stadtbezirke (Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf) an der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit<sup>39</sup>. Die entsprechenden Verträge wurden in den Jahren 1966 und 1970 unterzeichnet.

Die Reihenfolge der Bundesländer, die nach der Zahl der neu geschlossenen Partnerschaften zusammengestellt wurde, kann wiederum mit der Übersicht verglichen werden, die die Unterschiede in der Einwohnerzahl berücksichtigt [Tabelle 11]. Aus dem ersten Quartett fiel (ebenso wie im Zeitraum bis 1962) Nordrhein-Westfalen heraus, wo auf eine Million Einwohner ungefähr sechs neue Partnerschaftsverträge kamen. Die anderen drei Bundesländer wechselten nur die Reihenfolge – je weniger Einwohner, desto größer der untersuchte Indikator. Rheinland-Pfalz (26,5) bestätigte so die Führungsrolle, die diesem Bundesland fast seit Beginn der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit zufiel. Eine überraschende, wenn auch im Text weiter oben bereits erwähnte Entwicklung durchlief das Saarland. Mit einem Wert von 18 neuen Partnerschaften auf eine Million Einwohner überholte es alle Länder mit der Ausnahme von Rheinland-Pfalz. Die Rangfolge der übrigen Bundesländer – konkret Niedersachsens, Bayerns, Schleswig-Holsteins und Westberlins – unterscheidet sich nicht wesentlich von jener in Tabelle 10.

---

39 Städteverbindungen der Bezirke von Berlin – Ausland.

**Tabelle 11:** Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1963–1973 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Bundesland	Einwohnerzahl zum 31.12.1973*	Anzahl der Partnerschaften	Anzahl der Partnerschaften auf 1.000.000 Einwohner
Rheinland-Pfalz	3.701.000	98	26,5
Saarland	1.112.000	20	18,0
Hessen	5.584.000	94	16,8
Baden-Württemberg	9.239.000	130	14,1
Niedersachsen	7.259.000	56	7,7
Nordrhein-Westfalen	17.245.000	106	6,1
Bayern	10.853.000	58	5,3
Schleswig-Holstein	2.580.000	6	2,3
Westberlin	2.048.000	2	1,0

\* Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch 1989 für die BRD, Wiesbaden 1990, S. 43.

Eine wesentliche quantitative Zunahme der kommunalen Kooperation war nicht nur zwischen der Bundesrepublik und Frankreich deutlich, sondern auch zwischen der DDR und Frankreich. Die Angaben in den Ausgangsdatenbanken zeigen, dass auch hier eindeutig die Zusammenarbeit in Form von Partnerschaften (39) dominierte, wenn auch die Freundschaften (2) und Kontakte (4) fast 15 Prozent aller Fälle ostdeutsch-französischer Kooperation ausmachten. Jedes Jahr entstanden im Schnitt mehr als drei neue Partnerschaften, wobei dieser Wert in den Jahren 1963 (8) und 1964 (6) am deutlichsten übertroffen wurde [Diagramm 6]. Die Anzahl der 1963 mit Frankreich geschlossenen kommunalen Partnerschaften war im Übrigen die höchste in der Geschichte der DDR.

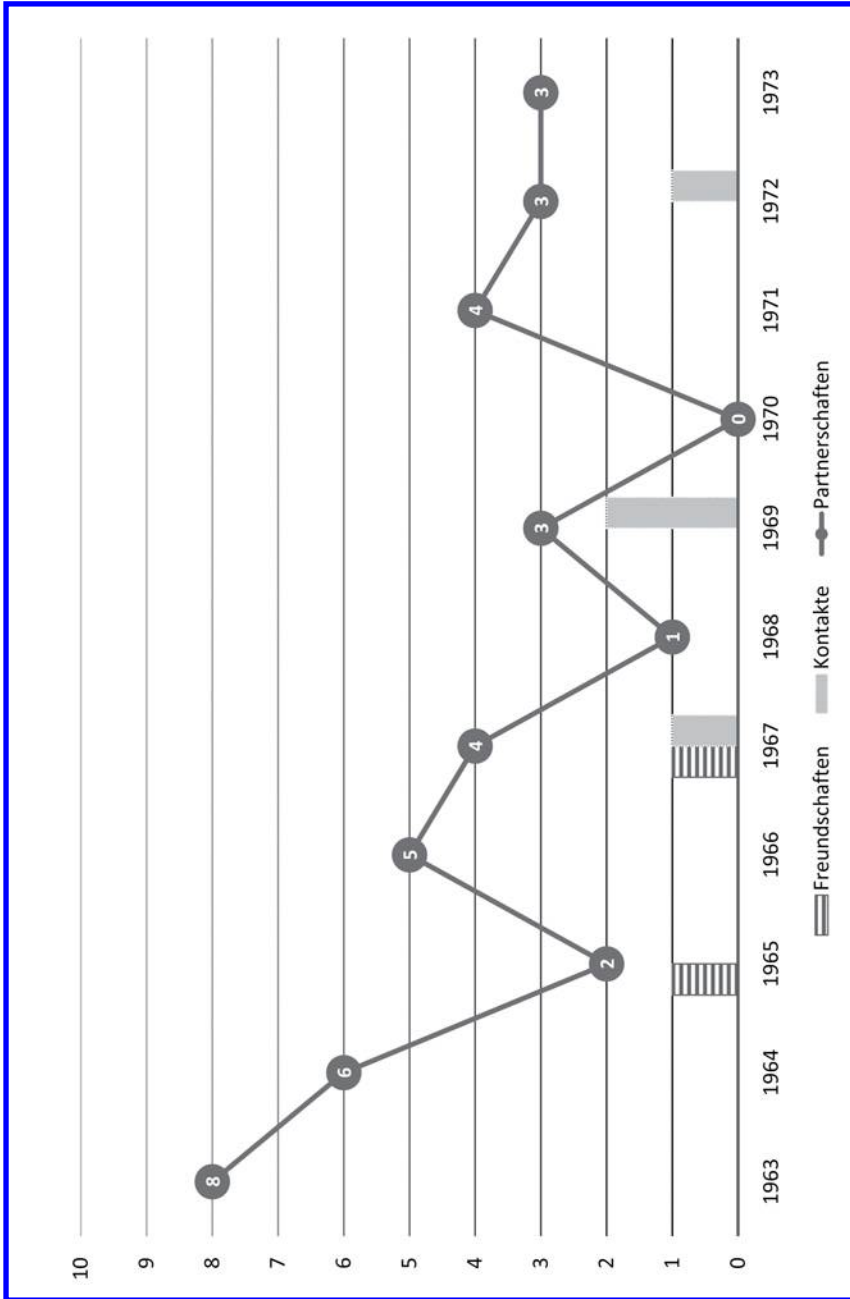


Diagramm 6: Anzahl der zwischen der DDR und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1963–1973).



Insgesamt handelt es sich bei dem untersuchten Jahrzehnt um eine Zeit, in der die Bindungen zwischen ostdeutschen und französischen Städten am stärksten zunahmen. Von allen ostdeutsch-französischen Partnerschaften, die während der Existenz der DDR entstanden, wurden 57 Prozent gerade in den Jahren 1963–1973 registriert. Würden alle Formen der Zusammenarbeit (d.h. einschließlich der Freundschaften und Kontakte) gezählt, so entfielen auf diesen Zeitraum sogar 81 Prozent aller Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich. Nichtsdestoweniger beteiligten sich nicht alle Regionen der DDR in gleichem Maße an diesen Aktivitäten. Die meisten der damaligen Partnerschaften finden wir heute auf dem Gebiet Sachsens (14), gefolgt von Thüringen (10) und Brandenburg (9). Auf dem jetzigen Territorium Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts hingegen gab es nur sporadisch Städte, die einen Partner in Frankreich hatten.

Im gesamtdeutschen Kontext muss jedoch daran erinnert werden, dass die 45 Fälle kommunaler Zusammenarbeit (davon 39 Partnerschaften), die in den Jahren 1963–1973 zwischen der DDR und Frankreich verzeichnet wurden, gegenüber der Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in quantitativer Hinsicht fast unerheblich waren. Der durchschnittliche Jahreszuwachs betrug 51 westdeutsch-französische Partnerschaften, d.h. er war höher als die Zahl der im gesamten untersuchten Jahrzehnt geschlossenen ostdeutsch-französischen Partnerschaften.

### 3. Fallstudien: Duisburg – Calais – Wismar ...

#### a) Duisburg – Calais – Wismar:

##### Eine Partnerschaft im Zeichen der Kommunalpolitik

Das für die zweite Fallstudie gewählte Städtepaar bilden die bedeutenden Hafenstädte Duisburg und Calais. Duisburg, an der Mündung der Ruhr in den Rhein gelegen, gehört zu den größten Städten des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Calais, das sich an der Küste des Ärmelkanals erstreckt, ist Teil des nordfranzösischen Departements Pas-de-Calais und der Region Nord-Pas-de-Calais. Die Entfernung zwischen beiden Städten beträgt ca. 380 km.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Duisburg und Calais besteht in der Einwohnerzahl. Während Duisburg im Jahr 2000 über eine halbe Million Einwohner zählte (515.000), wurde in Calais ein Jahr zuvor nicht einmal ein Sechstel davon registriert (77.300)<sup>40</sup>. Es ist daher nicht verwunderlich,

---

40 Vgl. Statistisches Amt für Nordrhein-Westfalen, Bevölkerung im Regierungsbezirk Düsseldorf, in: URL: <[http://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/amtlichebevoelkerungszahlen/rpl\\_dez10.html](http://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/amtlichebevoelkerungszahlen/rpl_dez10.html)>; INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Calais (62193 – com-

dass Calais aus Duisburger Perspektive wie eine »Kleinstadt« erschien<sup>41</sup>. In engem Zusammenhang mit der ungleichen Bevölkerungszahl ist ferner ein Unterschied in der Höhe des Kommunalhaushalts wie auch in der Zahl der Kultur- und Bildungseinrichtungen zu beobachten. Darüber hinaus wurden die sich anbietenden Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Kultur und Bildung oft nicht gebührend genutzt. Als Beispiel dafür können die jeweiligen Hochschulen, d.h. die Gesamthochschule Duisburg (2003 umbenannt in Universität Duisburg-Essen) und der Ableger der *Université du Littoral Côte d'Opale* in Calais, angeführt werden, deren Zusammenarbeit den Rahmen des Erasmus-Programms nicht überschritt. Damit unterschieden sich die Bindungen zwischen den beiden Hochschulen nicht von den Beziehungen, die sie mit Dutzenden von weiteren Universitäten in Europa unterhielten.

Trotz der deutlichen Unterschiede gibt es jedoch auch einige Charakteristika, die Duisburg und Calais teilen. Die geographische Lage und die historische Entwicklung führten dazu, dass beide Städte die Rolle eines wichtigen Verkehrsknotenpunktes erfüllen – sowohl für den Schienen- und Autobahnverkehr als auch und besonders für die Binnen- (Duisburg) und Seeschifffahrt (Calais). Ferner mussten sich beide Städte im 20. Jahrhundert mit Problemen auseinandersetzen, die durch die Zurückdrängung einiger traditioneller Erwerbsquellen hervorgerufen wurden. In Duisburg wurden vor allem Arbeitsplätze in der Schwerindustrie gestrichen, Calais hatte insbesondere mit dem Rückgang des Fischfangs und der Textilherstellung zu kämpfen. Schließlich verbindet beide Städte die Art und Weise, in der sie durch den Zweiten Weltkrieg geprägt wurden, denn in beiden Fällen wurde ein Großteil der historischen Bausubstanz durch Bomben zerstört.

Wir können also konstatieren, dass zwischen Duisburg und Calais mehr Bindeglieder existieren, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Trotzdem geht aus den verfügbaren Quellen hervor, dass dieses Potenzial für die partnerschaftliche Zusammenarbeit nur minimal genutzt wurde. Die gemeinsamen Begegnungen waren vielmehr vom Sport dominiert. In diesem Bereich wurden bereits 1964, als die Kooperation zwischen Duisburg und Calais einen offiziellen Charakter erhielt, Kontakte aufgenommen, die bis zu den 1990er Jahren im Zentrum des gemeinsamen Interesses standen<sup>42</sup>. In manchen Jahren fanden sportliche Begegnungen in bis zu zehn verschiedenen

---

mune), S. 1, in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/62/COM/DL\\_COM62193.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/62/COM/DL_COM62193.pdf)> (beide 22.03.2014).

41 Maïke PHILIPP, Frischer Wind für eine alte Partnerschaft. Offizielle Delegation reiste nach Calais, in: Neue Ruhr Zeitung, 23.05.1989.

42 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Städtepartnerschaft Calais – Duisburg. Entwicklung [1984], S. 12; Volker SCHMITT, »Pokal der Freundschaft« bleibt für ein weiteres Jahr in Calais, in: Neue Ruhr Zeitung, 12.05.1997.

Disziplinen statt<sup>43</sup>. Zu den ältesten Formen der Kooperation gehörte auch die Zusammenarbeit zwischen den Schulen. Die ersten Schüleraustausche wurden spätestens 1965 organisiert, und zwar einschließlich der Unterbringung in Gastfamilien<sup>44</sup>. Zehn Jahre später erweiterte sich die gemeinsame Tätigkeit auf die Volkshochschulen<sup>45</sup>. Dennoch kann aus der Art und Weise, wie die Lokalpresse über diese Partnerschaften referierte, geschlossen werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen nicht allzu umfangreich war und nur gelegentlich zustande kam<sup>46</sup>.

Die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais spiegelte sich auch im Kulturbereich wider. So fanden sich im Kulturprogramm immer wieder folkloristische oder musikalische Auftritte und Ausstellungen, die von Vereinen oder entsprechenden Institutionen aus der Partnerstadt organisiert wurden. Eine langfristige Kooperation gingen ebenfalls die Stadtbibliotheken ein<sup>47</sup>. Im ersten Jahrzehnt gehörte auch die katholische Kirche, insbesondere die Vereine der christlichen Arbeiterjugend, zu den aktiven Teilnehmern an der partnerschaftlichen Zusammenarbeit<sup>48</sup>.

Der Gedanke der deutsch-französischen Kooperation war nicht nur für Gruppen mit den gleichen Freizeitinteressen ansprechend, sondern auch für solche mit der gleichen Berufsausrichtung. Neben verschiedensten Handwerkern (z.B. Friseuren und Bäckern) unterhielten auch die Mitarbeiter des Roten Kreuzes, Polizisten oder Gewerkschafter gegenseitige Kontakte. Die meisten dieser Aktivitäten wurden jedoch spätestens in den 1980er Jahren allmählich abgebaut<sup>49</sup>. Ein ähnliches Schicksal erfuhr Mitte der 1970er Jahre auch die Duisburger Beteiligung an der Messe *Côte d'Opale de Calais*. Die Unterschiede zwischen dem Charakter, den die Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais am Ende der 1960er Jahre und ein Vierteljahrhundert später hatte, sind markant. Während die gemeinsamen Aktivitäten in den

---

43 Es handelte sich um Badminton, Eishockey, Fußball, Gewichtheben, Handball, Schwimmen, Segeln, Sportschießen, Tennis und Tischtennis. Vgl. Duisburg und Calais feiern ein Jubiläum, in: Neue Ruhr Zeitung, 31.05.1989.

44 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 II, Stattgefundene Calais-Begegnungen (1964–1965).

45 StA Duisburg, Best. 403/142, Begegnungen zwischen Duisburg und Calais im Jahre 1975.

46 Für gewöhnlich verweist die Lokalpresse bei den Partnerstädten auf solche Beispiele der Zusammenarbeit, die einen langfristigen Charakter haben. Im Falle der Schulpartnerschaften zwischen Duisburg und Calais wurde jedoch nichts Derartiges registriert.

47 Klaus E. SCHROEDER, Bürger prägen Freundschaft zwischen den beiden Städten, in: Rheinische Post, 18.11.1995.

48 Vgl. z.B. StA Duisburg, Best. 45-12, Ord. IX, Bericht über die Begegnungen und Ereignisse zwischen Calais und Duisburg im Jahre 1967; ebd., Bericht über die Begegnungen und Ereignisse zwischen Calais und Duisburg im Jahre 1968.

49 Dieser Unterschied wird aus den Vermerken über die gemeinsamen Aktivitäten in den Jahren 1971 und 1989 deutlich. StA Duisburg, Best. 403/49, Übersicht über die Begegnungen mit den Partnern aus Calais im Jahr 1971; Mit Musik und Kunst nach Calais gereist, in: Rheinische Post, 23.05.1989.

ersten Jahren zahlreich und vielfältig gewesen waren, reduzierten sie sich schrittweise auf den sportlichen Bereich, auf vereinzelte Schüleraustausche und das gelegentliche Angebot eines Kulturprogramms.

Eine Vorstellung über die Kooperation zwischen Duisburg und Calais kann jedoch nicht ohne Informationen über ihre weiteren Partnerstädte gewonnen werden. Während Calais seine erste Partnerschaft erst 1964 schloss, d.h. mit seinem westdeutschen Pendant, beteiligte sich Duisburg bereits seit 1950 an der internationalen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene<sup>50</sup>. Dank der Initiative des britischen Kommandanten der Besatzungsverwaltung in Duisburg wurde das englische Portsmouth zum ersten Partner Duisburgs. Eine aus Anlass des sechzigsten Jahrestags der Zusammenarbeit herausgegebene Broschüre zeigt deutlich, dass der Umfang und die Kontinuität der Kontakte zwischen Duisburg und Portsmouth viel größer waren als zwischen Duisburg und Calais<sup>51</sup>.

Duisburg erweiterte sein Netz internationaler Kontakte 1974 um eine Partnerschaft mit Lomé, der Hauptstadt des westafrikanischen Staates Togo<sup>52</sup>. Der damalige stellvertretende Oberbürgermeister und spätere Oberbürgermeister Josef Krings erklärte die Entstehung dieser Kooperation so, dass sie Duisburg im Wesentlichen aufgezwungen worden sei. Er berief sich auf die Initiative von Calais, das Lomé zuerst zum Partner gewählt habe. Zugleich verwies er auf den Druck des Auswärtigen Amtes, das sich bemüht habe, die Städte dazu zu bewegen, eine Zusammenarbeit mit Kommunen aus Entwicklungsländern aufzunehmen<sup>53</sup>. Krings gestand kritisch zu, dass sich die Partnerschaft als »Flop« erwiesen habe. Der Grund dafür sei sowohl das diktatorische Regime in Togo gewesen als auch der zu große Unterschied zwischen dem Lebensstandard dort und in der Bundesrepublik.

Spezifisch war auch die Partnerschaft, die Duisburg 1982 mit dem chinesischen Wuhan schloss. Unter Fachleuten, die sich mit der internationalen kommunalen Zusammenarbeit beschäftigen, ist diese Kooperation von allen Duisburger Partnerschaften die bekannteste – vor allem deswegen, weil es sich um die erste deutsch-chinesische Partnerschaft handelte, die darüber

---

50 Vgl. Stadt Duisburg, Städtepartnerschaft mit Portsmouth, Großbritannien, in: URL: <<http://www.duisburg.de/rathaus/rathaus/staedtepartnerschaften/portsmouth.php>> (21.03.2014).

51 Stadt Duisburg (Hg.), 60 Jahre Städtepartnerschaft. Portsmouth – Duisburg [2010], in: URL: <[http://www.duisburg.de/medien/bilder\\_aktuell/rathaus\\_politik\\_buergerservice/rathaus/60jahre.pdf](http://www.duisburg.de/medien/bilder_aktuell/rathaus_politik_buergerservice/rathaus/60jahre.pdf)> (21.03.2014).

52 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 29, Arnold Masselter (OB von Duisburg) an Jean-Jacques Barthe (Bgm. von Calais), 12.03.1974.

53 Gespräch der Autorin mit Josef Krings (1975–1997 Oberbürgermeister von Duisburg), 05.08.2005. Siehe auch das Kapitel »Lomé« in Krings Memoiren: Josef KRINGS, Begegnungen, Duisburg 2000, S. 182–194.

hinaus durch Wirtschaftskontakte motiviert wurde<sup>54</sup>. Das Trio der relativ ungewöhnlichen Partner wurde 1985 durch das damals noch sowjetische Vilnius erweitert, das die Duisburger entgegen den Plänen Moskaus wählten<sup>55</sup>. Die Grenzen Europas überschritt Duisburg auch bei der Wahl der jüngsten Partnerstädte. Diese befinden sich in der Türkei, in Russland, Honduras und den USA, wobei die offiziellen Verträge in den Jahren 2005–2011 unterzeichnet wurden<sup>56</sup>.

Im Fall von Calais kam es erst in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zu einem Ausbau der internationalen Kontakte auf kommunaler Ebene. In diese Zeit datiert die Entstehung von vier Partnerschaften. So besiegelte der Bürgermeister von Calais 1971 mit seiner Unterschrift zunächst die offizielle Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Wismar<sup>57</sup>. Obwohl der spätere Duisburger Oberbürgermeister behauptet, dass er über diese »Konkurrenz«-Partnerschaft keinerlei Informationen gehabt habe<sup>58</sup>, geht aus den Archiven hervor, dass sich Duisburg für die Entwicklung dieser Zusammenarbeit mindestens gelegentlich interessierte. Im Jahr 1973 schloss Calais dann zwei weitere Partnerschaften – mit dem englischen Dover und dem damals noch sowjetischen Riga<sup>59</sup>. Beide Städte sind bis heute bedeutende Seehäfen, die Bindung zwischen Calais und Dover wurde zudem durch die geographische Nähe und die historischen Bindungen der französischen Hafenstadt an England gefestigt. Schließlich unterschrieb Calais 1975 den Vertrag mit dem erwähnten Lomé. Auch wenn diese Unterschrift bereits für April 1974 geplant gewesen war<sup>60</sup>, wurde der Abschluss der offiziellen Partnerschaft mit Rücksicht auf die Präsidentschaftswahlen in Frankreich auf das nächste Jahr verschoben. Duisburg, das den ursprünglichen Termin einhielt, erweckte daher den falschen Eindruck, dass es an der Kooperation mit Lomé ein größeres Interesse hatte als der französische Partner. Es kann angenommen werden, dass die Partnerschaft mit Lomé für die französische Seite ähnlich problematisch war wie für Duisburg, denn heute wird es unter den ausländi-

---

54 Vgl. etwa Herbert SCHMALSTIEG, Städtepartnerschaften im Wandel, in: Paul von KODOLITSCH (Hg.), »Kommunale Außenpolitik«. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften, Berlin 1989, S. 19–31, hier S. 28; Walter LEITERMANN, Städte initiierten größte »Friedensbewegung« Europas, in: Europa kommunal 21 (1997), S. 3–7, hier S. 6.

55 Gespräch der Autorin mit Josef Krings, 05.08.2005.

56 Vgl. Stadt Duisburg, Städtepartnerschaften, in: URL: <[http://www.duisburg.de/rathaus/rathaus/internationale\\_beziehungen/102010100000279207.php](http://www.duisburg.de/rathaus/rathaus/internationale_beziehungen/102010100000279207.php)> (21.03.2014).

57 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 79, Vertrag über eine offizielle Städtepartnerschaft zwischen Wismar und Calais, 13.12.1971.

58 Gespräch der Autorin mit Josef Krings, 05.08.2005.

59 Ville de Calais, Douvres, in: URL: <<http://www.calais.fr/article/douvres#.UyxCjf15McE>>; Ville de Calais, Riga, in: URL: <[http://www.calais.fr/article/riga-1239#.UyxCj\\_15McE](http://www.calais.fr/article/riga-1239#.UyxCj_15McE)> (beide 21.03.2014).

60 Masselter an Barthe, 12.03.1974.

schen Partnern von Calais überhaupt nicht angeführt<sup>61</sup>. Die internationalen kommunalen Aktivitäten von Duisburg und Calais ähnelten sich nicht nur in ihrer Ausrichtung auf Gebiete außerhalb von Europa, sondern auch durch die lange Pause in der Aufnahme neuer Kontakte. Calais erweiterte die Gruppe seiner Partner ebenfalls erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts, und zwar in Richtung Slowakei und Rumänien<sup>62</sup>.

Bereits die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon hatte gezeigt, dass die Entwicklung oder der Niedergang der gegenseitigen Kooperation häufig von der Person des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters abhängig ist. Wie aus dem nachfolgenden Text deutlich wird, war dies auch bei dem Duo Duisburg – Calais nicht anders. An der Spitze des Duisburger Rathauses standen während der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Mitglieder der SPD, zwei von ihnen sogar länger als 20 Jahre. Auf drei männliche Amtsträger – August Seeling (1948–1969), Arnold Masselter (1969–1974) und Josef Krings (1975–1997) – folgte am Ende des Untersuchungszeitraums eine Frau: Bärbel Zieling (1997–2004)<sup>63</sup>.

Im Amt des Bürgermeisters von Calais wirkten in den Jahren 1964–2000 nur drei Politiker, allerdings aus zwei völlig unterschiedlichen politischen Lagern. Die Gaullisten Jacques Vendroux (1959–1969) und Charles Beaugrand (1969–1971) wurden zu Beginn der 1970er Jahre durch Jean-Jacques Barthe (1971–2000) abgelöst, einen Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF)<sup>64</sup>. Während Beaugrands Wirken als kurzes Intermezzo bezeichnet werden kann, können sein Vorgänger wie sein Nachfolger im Kontext der partnerschaftlichen Zusammenarbeit als markante Persönlichkeiten gelten. Jacques Vendroux, der u.a. der Schwager de Gaulles war, wirkte aktiv in der gaullistischen Bewegung. Jean-Jacques Barthe wiederum bedeutete für die westdeutsche Seite die erste ungebetene Konfrontation mit den Gedanken der französischen kommunistischen Bewegung. Darüber hinaus übten der Gaullist Vendroux sowie der Kommunist Barthe das Amt des Bürgermeisters die meiste Zeit als *députés-maires* aus<sup>65</sup>.

61 Ville de Calais, Les villes jumelées, in: URL: <<http://www.calais.fr/les-villes-jumeles->> (21.03.2014).

62 Ville de Calais, Bardejov, in: URL: <<http://www.calais.fr/article/bardejov-1242>>; Ville de Calais, Braïla, in: URL: <[http://www.calais.fr/article/braïla-1222#.UzqGrfl\\_scE](http://www.calais.fr/article/braïla-1222#.UzqGrfl_scE)> (beide 21.03.2014).

63 Zusammengestellt auf Basis von Artikeln in der Rheinischen Post und der Publikation Ludger HEID u.a. (Hg.), Kleine Geschichte der Stadt Duisburg. Von den Anfängen bis zu den 80er Jahren, Duisburg 1996.

64 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69, Informationen über Calais vom 04.05.1971; Pascal MARTINACHE, Calais, histoire d'un homme et d'un parti, in: La Voix du Nord, 22.03.2008.

65 Assemblée nationale, Base de données des députés français depuis 1789 – Jacques Vendroux, in: URL: <[http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/fiche.asp?num\\_dept=7219A](http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/fiche.asp?num_dept=7219A)>; Assemblée nationale, Base de données des députés français depuis 1789 – Jean-Jacques Barthe, in:

\*\*\*

Wie bereits erwähnt wurde, gehörte Calais zu jenen französischen Städten, die nicht nur mit Pendants in der Bundesrepublik Kontakte unterhielten, sondern auch mit solchen in der DDR. Wollen wir beide Formen der Zusammenarbeit vergleichen, so muss zunächst die Partnerschaft zwischen Calais und dem ostdeutschen Wismar allgemein charakterisiert werden.

Wismar, an der Ostseeküste gelegen, befand sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetischen Besatzungszone. In den 1950er Jahren wurde es in den neu geschaffenen Bezirk Rostock eingegliedert, und seit dem Jahr 1990 ist es Teil des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Wismar trennen von Calais ungefähr 750 km, d.h. die Entfernung ist doppelt so groß wie zwischen Duisburg und Calais.

Sehr viel näher hingegen waren sich Wismar und Calais in der Einwohnerzahl. Lebten im Jahre 1999 in der ostdeutschen Stadt 47.400 Menschen, hatte Calais zu dieser Zeit 77.300 Einwohner<sup>66</sup>. Der Unterschied zwischen der Population von Wismar und Calais war zu DDR-Zeiten noch geringer, im Laufe der 1990er Jahre verzeichnete Wismar jedoch einen deutlichen Bevölkerungsrückgang (ungefähr um 15 Prozent)<sup>67</sup>. Die Partnerschaft zwischen Wismar und Calais entsprach darüber hinaus der Zusammenarbeit übergeordneter administrativer Einheiten – der Kooperation zwischen dem Bezirk Rostock und dem Departement Pas-de-Calais<sup>68</sup>.

Die wirtschaftliche Hauptaktivität Wismars war eng verknüpft mit der Tatsache, dass es – ähnlich wie Calais – ein Seehafen ist. Vor dem Jahr 1990 war die Bedeutung Wismars umso größer, als die DDR nur wenige solcher Häfen besaß. Das ostdeutsche Außenministerium leitete aus dieser geographischen Gegebenheit ab, dass »Wismar [...] deshalb nur solche Verbindungen aufnehmen [sollte], die für die Beziehungen der DDR von Bedeutung sind«<sup>69</sup>. Neben dem Seeverkehr und dem Schiffbau gehörte auch

---

URL: <[http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/fiche.asp?num\\_dept=443](http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/fiche.asp?num_dept=443)> (beide 21.03.2014).

66 Statistisches Informationssystem, Bevölkerung am 31.12.1999 nach Gemeinden und Kreisen, in: URL: <[http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A117302G/stand/10/Bevoelkerung\\_am\\_3112\\_nach\\_Gemeinden\\_und\\_Kreisen](http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A117302G/stand/10/Bevoelkerung_am_3112_nach_Gemeinden_und_Kreisen)> (21.03.2014); INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Calais (62193 – commune), S. 1.

67 Berechnet auf Grundlage der Daten aus dem Jahr 1990, als Wismar 55.500 Einwohner auswies. Vgl. Statistisches Informationssystem, Bevölkerung am 31.12.1990 nach Gemeinden und Kreisen, in: URL: <[http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A117302G/stand/1/Bevoelkerung\\_am\\_3112\\_nach\\_Gemeinden\\_und\\_Kreisen](http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A117302G/stand/1/Bevoelkerung_am_3112_nach_Gemeinden_und_Kreisen)> (21.03.2014).

68 OB G. Lunow empfing 22 Kinder aus Calais, in: Ostsee-Zeitung, 30.08.1972.

69 PA AA, Best. MfAA: A 18777, Jahn (Leiter der Abteilung Kommunale u. Parlamentarische Auslandsbeziehungen im MfAA) an Mirus (Sekretär des Rates des Bezirkes Rostock), 29.04.1965.

die Holzverarbeitende Industrie in Wismar zu den Haupterwerbsquellen. Daneben bemühten sich die auf wirtschaftswissenschaftliche und technische Fächer ausgerichtete Hochschule Wismar sowie das 1990 gegründete Technologie- und Gewerbezentrum, zur Vergrößerung des wirtschaftlichen Potenzials der Stadt beizutragen.

Unter strukturellen und ökonomischen Gesichtspunkten sind die Ähnlichkeiten zwischen Wismar und Calais größer als zwischen Duisburg und Calais. Hingegen war die Tatsache, dass beide Städte historisch starke Bindungen an andere Staaten haben, einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Wismar und Calais nicht förderlich. Während Calais an der Wende vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit zu England gehörte, geriet Wismar 1648 unter schwedische Oberhoheit; zur offiziellen Rückgabe Wismars an Mecklenburg kam es erst im Jahre 1903<sup>70</sup>.

Die Ausrichtung Wismars nach Skandinavien und Nordeuropa spiegelte sich auch in seinen internationalen Aktivitäten auf kommunaler Ebene wider, und zwar bereits zu DDR-Zeiten. Noch vor der Aufnahme der Zusammenarbeit mit Calais war Wismar eine Partnerschaft mit dem finnischen Kemi (1959) und dem dänischen Aalborg (1963) eingegangen<sup>71</sup>. Die Lage an der Ostseeküste verband Wismar auch mit dem westdeutschen Lübeck – zu einer offiziellen Kooperation beider Städte kam es 1987. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erweiterte Wismar seine internationalen Aktivitäten überdies nach Norwegen und Schweden. Aus dieser Orientierung im Ostseegebiet und Skandinavien fielen nur Calais sowie Sansibar heraus, das noch zu DDR-Zeiten unter den Partnerstädten angeführt wurde<sup>72</sup>. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre nahm der Wismarer Stadtrat dann den Entwurf an, eine Partnerschaft mit einer der Städte in der Russischen Föderation zu schließen, in denen eine deutsche Minderheit lebte<sup>73</sup>. Dieser Gedanke wurde jedoch – trotz aller Proklamationen über die Notwendigkeit, sich »dem Osten zu öffnen« – nie realisiert<sup>74</sup>.

70 Zur historischen Verbindung Wismars mit Schweden vgl. Hansestadt Wismar, Die Abtretung Wismars von Schweden an Mecklenburg, in: URL: <<http://wismar.de/index.phtml?object=tx%7c1800.1&ModID=7&FID=1800.8350.1&sNavID=1800.368&mNavID=1800.4&NavID=1800.368&La=1>> (22.03.2014).

71 Hansestadt Wismar, Partnerschaften mit anderen Städten in Europa – Sinn und Zweck von Städtepartnerschaften, in: URL: <<http://wismar.de/index.phtml?La=1&mNavID=1800.6&ffsm=1&object=tx|136.4250.1&FID=136.4250.1>> (22.03.2014). Soweit nicht anders angeführt, wurden aus dieser Quelle auch die Angaben über die weiteren Partnerstädte Wismars übernommen.

72 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 55, Einschätzung der ausländischen Delegationen zum 20. Jahrestag der DDR in Wismar [1969].

73 Städtepartnerschaft muß lebendig sein!, in: Ostsee-Zeitung, 08.09.1993.

74 Gespräch der Autorin mit Andreas Nielsen (Leiter der Abteilung Marketing, Veranstaltungswesen, Repräsentation, Märkte und Internationale Beziehungen der Stadt Wismar), 20.11.2006. Vgl. ebenso Hansestadt Wismar, Partnerschaften mit anderen Städten in Europa.



Kehren wir jedoch zu der Frage zurück, welchen Charakter die Zusammenarbeit zwischen Wismar und Calais vor dem Jahr 1989 hatte. Ihr Hauptmerkmal war die Einseitigkeit: Die Rolle des Organisators und Gastgebers übernahm in den absolut meisten Fällen die ostdeutsche Seite, während die französische Seite sich fast immer in der Position des Teilnehmers und Gastes wiederfand. Die französischen Delegationen besuchten Wismar für gewöhnlich zu immer denselben Gelegenheiten. Zu Ostern kamen Lehrer aus Calais nach Wismar, die zugleich an einem pädagogischen Symposium in Rostock teilnahmen. Im August wurden in Wismar Kinder und Jugendliche empfangen, die zum Sommerlager oder zur »Arbeitsbrigade« in die DDR kamen. Die letzten Besuche fanden in der Regel im Oktober statt, wo die französischen Gäste sich an den Jubiläumsfeierlichkeiten zur Gründung der DDR beteiligten<sup>75</sup>. Unter den französischen Teilnehmern überwogen eindeutig die Mitglieder der französischen kommunistischen Partei sowie Förderer der Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich. Oft handelte es sich ebenfalls um Gewerkschafter oder ehemalige Angehörige des antifaschistischen Widerstands. Später besuchten auch Vertreter der nichtkommunistischen Parteien die ostdeutsche Stadt<sup>76</sup>. Auf dem Programm stand in der Regel vor allem der Besuch der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und der Fabriken sowie Diskussionen mit einer ausgewählten Gruppe von Einheimischen.

In umgekehrter Richtung (d.h. von Wismar nach Calais) hatten die Kontakte eine ganz andere Gestalt. Wismar präsentierte sich in Calais am häufigsten in Form von Ausstellungen oder durch Zeitungsartikel, die von der DDR wohlgesinnten Franzosen verfasst wurden. Dass einfache Bürger aus Wismar Calais besuchten, war ausgeschlossen, und auch ein Besuch des Wismarer Bürgermeisters blieb die Ausnahme. Die Ursache für diese einseitigen Reiseaktivitäten waren zunächst rechtliche Formalitäten – für die Bürger der DDR war es fast unmöglich, Transitvisa für das Gebiet der Bundesrepublik und Einreisevisa nach Frankreich zu erhalten. Nachdem Frankreich und die DDR im Februar 1973 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten und damit die bisherigen bürokratischen Barrieren größtenteils weggefallen waren, zeigte sich die wirkliche Ursache<sup>77</sup>. Diese war das Desinteresse des ostdeutschen Regimes an wechselseitigen und gleichwertigen Kontakten

---

75 Vgl. etwa StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69, Arbeitsvereinbarung. Programm der Komitees Wismar und Calais für das Jahr 1971.

76 So zum Beispiel die offizielle Delegation, die Wismar unter der Leitung des gaullistischen Bürgermeisters Beaugrand einen Besuch abstattete. Vgl. StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Abschlußbericht über die Studiendelegation aus Calais v. 20.–23.04.1970.

77 Mit der Entwicklung der für die Bürger der DDR bei einer Reise nach Frankreich notwendigen Formalitäten beschäftigt sich PFEIL, Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen, S. 390–393.

zwischen den Bürgern beider Staaten, verstärkt durch die Befürchtung, dass Frankreich zu einer Umsteigestation auf dem Weg in die Bundesrepublik werden könnte. Die Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais auf der einen und Wismar und Calais auf der anderen Seite unterschied sich also sowohl im Inhalt als auch in dem Maße, in dem sich die beteiligten Seiten engagierten.

Ein klarer Unterschied herrschte auch zwischen den Personen und Institutionen, die über die Gestalt der Partnerschaft entschieden. Während in Duisburg und allen anderen westdeutschen Städten der Oberbürgermeister/Bürgermeister und der Stadt-/Gemeinderat das Hauptwort hatten, fiel diesen unter den Bedingungen des ostdeutschen Sozialismus die Rolle bloßer Statisten zu, die etwas genehmigten, worüber sie in Wirklichkeit selbst nicht entschieden hatten. Dies änderte sich erst nach der Wende, als die kommunale Selbstverwaltung in Ostdeutschland wiederhergestellt wurde. In Wismar konkret wurde die Leitung des Rathauses im Mai 1990 von der sozialdemokratischen Politikerin Rosemarie Wilcken übernommen, die diese Funktion in der Folge zwei Jahrzehnte lang ausübte<sup>78</sup>.

In der Zeit der Existenz der DDR fiel die internationale Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene in die Kompetenz des übergeordneten Bezirksorgans. Diese Hierarchie legte im März 1956 der Ministerrat der DDR fest, der zugleich die Entstehung jeder offiziellen Partnerschaft von der Zustimmung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten abhängig machte<sup>79</sup>. Die Rolle des Ministeriums wurde später jedoch inoffiziell von der Liga für Völkerfreundschaft der DDR und der unter sie fallenden Deutsch-Französischen Gesellschaft (Deufra) übernommen. Beide Organisationen wurden zu Beginn der 1960er Jahre auf Weisung des Zentralkomitees der SED eingerichtet, das sie auch danach unter seiner Kontrolle hielt. Die Deufra nutzte die Städtepartnerschaften unter anderem als Mittel zur Distribution propagandistischer Materialien in Frankreich<sup>80</sup>.

---

78 Christel KINDLER/Hans WITTE, *Wismar 1803–2003. Eine Chronik*, Rostock 2002, S. 61. Für Wismar wird im Text einheitlich der traditionelle Begriff »Bürgermeister« verwendet, auch wenn der höchste Vertreter der Stadt in der Zeit des Nationalsozialismus wie auch in der DDR als »Oberbürgermeister« bezeichnet wurde. Der Ausdruck »Bürgermeister« taucht auch in einigen Quellen aus der Zeit der DDR auf. Vgl. zur Terminologie detaillierter Hansestadt Wismar (Hg.), *775 Jahre Wismar*, Wismar 2004, S. 28f.

79 StA Bautzen, Best. 63004: 1239, Arbeitsprogramm für kommunale Auslandsbeziehungen [zweite Hälfte der 1960er Jahre]. Obwohl Quellen zu dieser Problematik in Bezug auf Wismar nicht zur Verfügung stehen, können die nötigen Informationen dank der zentralistischen Ordnung der DDR aus anderen ostdeutschen Archiven gewonnen werden.

80 Zu beiden Organisationen ausführlicher PFEIL, *Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen*, S. 298–310.

Ein an den Bürgermeister von Wismar adressierter Brief des Bezirkskomitees der Liga in Rostock belegt, dass Letztere ihren Einfluss noch Mitte der 1980er Jahre wahrte:

[...] wurde nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bezirkskomitees die volle Verantwortung auch für die kommunalen Beziehungen der Städte der DDR in das nichtsozialistische Ausland tragen. Daher hat der gesamte Schriftwechsel Ihrer Stadt mit der Liga über das Arbeitssekretariat des Bezirkskomitees Rostock zu erfolgen. Des weiteren ist das Arbeitssekretariat über alle Kontakte mit Ihren Partnern zu informieren<sup>81</sup>.

Für die Tätigkeit der Organisation Deufra in Frankreich war die Zusammenarbeit mit ihrem französischen Pendant grundlegend, das den Namen *Échanges franco-allemands. Association française pour les échanges culturels avec l'Allemagne d'aujourd'hui* (EFA) trug, 1973 umgeändert in *Association France-RDA*. In der zeitgenössischen ostdeutschen Terminologie wurde die Vereinigung als Freundschaftsgesellschaft Frankreich – DDR bezeichnet. Die EFA war 1958 mit dem Ziel gegründet worden, die Zusammenarbeit mit der DDR zu fördern und zugleich die diplomatische Anerkennung der DDR durch die Französische Republik zu unterstützen<sup>82</sup>. In dieser Hinsicht war sie in den 1960er Jahren in Westeuropa die bedeutendste Organisation, die sich für die internationale Anerkennung der DDR einsetzte<sup>83</sup>. Die Tätigkeit der EFA war dadurch effektiv, dass sie über eine Reihe lokaler und regionaler Organisationen, die sog. EFA-Komitees, verfügte. Eines von ihnen wirkte auch in Calais, wobei seine Existenz erstmals im Jahr 1965 erwähnt wird<sup>84</sup>. Für die Führung von Wismar war das EFA-Komitee in Calais insbesondere solange ein wichtiger Partner, bis es gelang, eine offizielle Partnerschaft zwischen beiden Städten abzuschließen. Angesichts der Tatsache jedoch, dass einige Mitglieder des lokalen EFA-Komitees in Calais zugleich als Stadträte wirkten (insbesondere nach dem Amtsantritt des kommunistischen Bürgermeisters 1971)<sup>85</sup>, hatten sie auch in späteren Jahren Einfluss auf die Zusammenarbeit mit Wismar.

81 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 74, Komitee der Liga für Völkerfreundschaft des Bezirkes Rostock an Günter Lunow (Bgm. von Wismar), 29.01.1986.

82 Hélène YÈCHE, *Les Échanges Franco-Allemands et le rapprochement avec »l'Autre Allemagne«* (depuis 1958), in: DEFRANCE/KISSENER/NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung*, S. 119–133. Zu den Zielen der EFA vgl. BA-SAPMO, Best. DY 13:1966, Resolution angenommen auf dem 1. Kongress der Echanges Franco-Allemands in Paris am 01.12.1963.

83 PFEIL, *Die »wandernde« deutsch-französischen Beziehungen*, S. 276.

84 Jahn an Mirus, 29.04.1965.

85 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 74, Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen zu Partnern der Städte des Bezirkes im nichtsozialistischen Ausland, 08.08.1984.

Zusätzlich zu den genannten Vereinigungen zur Förderung der ostdeutsch-französischen Kontakte gab es noch das Freundschaftskomitee Frankreich/DDR (Calais – Wismar), das 1968 beim Wismarer Stadtrat geschaffen wurde<sup>86</sup>. Mit der personellen Besetzung, die Vertreter des Rathauses, der Gewerkschaften sowie der Bildungs- und Kultureinrichtungen umfasste, sollte der Eindruck erweckt werden, dass das Komitee dieselbe Funktion wie analoge Ausschüsse oder Vereine in westdeutschen Städten erfüllt. Da es über die weiteren Aktivitäten des Freundschaftskomitees in den Quellen jedoch keine Erwähnung gibt, ist davon auszugehen, dass sein Einfluss auf die Kooperation zwischen Wismar und Calais nur minimal war.

\*\*\*

Die offizielle Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais wurde zu Beginn des zweiten Untersuchungszeitraums geschlossen – im Sommer 1964. Damit wurden die fast fünf Jahre währenden Bemühungen um eine engere Verbindung zwischen beiden Städten gekrönt. Die erste Initiative kam aus Calais, dessen Bürgermeister Jacques Vendroux im April 1960 das *Centre culturel français* in Essen darum bat, ihm den Kontakt mit Duisburg zu vermitteln<sup>87</sup>. Angesichts dessen, dass Vendroux als Abgeordneter der französischen Nationalversammlung gegenüber Deutschland bzw. der Bundesrepublik eine eher reservierte Haltung einnahm<sup>88</sup>, wirkt sein Interesse an der deutsch-französischen Kooperation auf kommunaler Ebene ein wenig überraschend. Die zugänglichen Quellen bieten dafür allerdings keine Erklärung; ebenso ist unklar, warum die Wahl des Bürgermeisters von Calais gerade auf Duisburg fiel. Auf jeden Fall war es nicht einfach, 15 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Calais den Gedanken der Zusammenarbeit mit einem deutschen Partner durchzusetzen. Vor allem war es notwendig, die psychologische Barriere zu überwinden, die seit dem Krieg bei den Einwohnern von Calais bestand<sup>89</sup>.

Es ist daher paradox, dass es die deutsche Seite war, die die Aufnahme engerer Kontakte verzögerte. Zunächst wurde 1960 eine nichtoffizielle Reise von Duisburger Vertretern nach Calais mit Verweis auf die bevorstehenden

86 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69, Protokoll über die Konstituierung des Freundschaftskomitees Frankreich/DDR (Calais – Wismar) beim Rat der Stadt am 04.04.1968.

87 Städtepartnerschaft Calais – Duisburg. Entwicklung [1984], S. 1.

88 Assemblée nationale, Biographies des députés de la IV<sup>e</sup> République – Jacques Vendroux, in: URL: <<http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/biographies/IVRepublique/vendroux-jacques-28071897.asp>> (21.03.2014).

89 StA Duisburg, Best. 45-12: 11, Robert Fort (Vorsitzender der DFG Duisburg in 1961–1968) an Jean du Rivau (Jesuitenpater und einer der Initiatoren des deutsch-französischen Nachkriegsdialogs), 22.09.1964.

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen abgesagt<sup>90</sup>. Im Sommer des Folgejahres wurde der Plan einer Zusammenarbeit mit Calais sogar vorerst auf Eis gelegt:

Die Idee einer Partnerschaft zwischen den beiden Städten hat die Verwaltung nicht abgeschlossen, jedoch muss die Entscheidung hierüber in den politischen Gremien des Rates der Stadt getroffen werden. Die Aufnahme der politischen Gemeindegarbeit in den Ausschüssen hat nach der Neuwahl einige Änderungen gebracht, besonders auch hinsichtlich der kulturpolitischen Fragen, die es der Verwaltung im Augenblick nicht ratsam erscheinen lassen, die Bereitschaft für eine Städtepartnerschaft in den politischen Gremien zu sondieren<sup>91</sup>.

Wie interne Dokumente zeigen, erwog das Duisburger Rathaus Ende des Jahres 1962, die Kontakte mit Calais zu erneuern<sup>92</sup>. Zur Aufnahme einer Kooperation zwischen Duisburg und Calais forderte im Übrigen auch eine Analyse auf, die im Februar 1963 von der Deutsch-Französischen Gesellschaft (DFG) Duisburg vorgelegt wurde. Letztere hatte sich für die Entstehung einer solchen Partnerschaft bereits seit Längerem eingesetzt<sup>93</sup>. Die Gesellschaft erinnerte an die sehr entgegenkommende Haltung von Vendroux und betonte, dass die Bürger von Calais einer möglichen Partnerschaft mit Duisburg »außerordentlich günstig und durchaus positiv« gegenüberstünden. Wenn wir uns jedoch an die psychologische Barriere erinnern, die in Calais bestand, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Befürwortung durch die französische Bevölkerung gezielt überbewertet wurde. Neben anderen, rein sachlichen Argumenten führte die DFG die gute Verkehrsverbindung zu Calais an, die Nähe der (für die Duisburger attraktiven) Strände sowie die Erwartung, dass die Auslagen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit nicht hoch sein würden, da die französische Stadt über einen wesentlich geringeren Etat verfügte als Duisburg. Zugleich wurde die Bemerkung zugefügt, dass die französischen Städte mit einer ähnlichen Einwohnerzahl wie Duisburg bereits zuvor Pendants in der Bundesrepublik gefunden hätten. Dadurch wurde der gelegentliche Einwand, dass Duisburg und Calais keine ebenbürtigen Partner seien, gegenstandslos.

---

90 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 I, Henri Boucher (Direktor des *Centre culturel français* in Essen) an Dittrich (Beigeordnete in der Stadtverwaltung Duisburg), 28.10.1960. Die Kommunalwahlen fanden im März 1961 statt.

91 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 I, Gerhard Bothur (Oberstadtdirektor von Duisburg) an Boucher, 30.06.1961. In den erwähnten Kommunalwahlen hatte die regierende SPD Stimmeinbußen zu verzeichnen (mehr als sechs Prozentpunkte gegenüber 1956), die CDU hingegen konnte dazugewinnen (mehr als sieben Prozentpunkte).

92 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 I, Anmeldung zur Beigeordneten-Konferenz, 22.12.1962.

93 Ebd., DFG Duisburg an den OB von Duisburg, 21.02.1963.

Robert Fort, der Vorsitzende der Duisburger DFG betonte darüber hinaus wiederholt, dass nicht Calais, sondern Duisburg die Initiative ergreifen müsse. Er erinnerte daran, dass die französische Seite schon einmal der Aufnahme engerer Kontakte zugestimmt habe, wobei die deutsche Seite danach die gegenseitige Kommunikation unterbrochen habe<sup>94</sup>. Dennoch wählte die Duisburger Führung eine völlig entgegengesetzte Strategie. Nicht nur wurde kein Repräsentant von Calais kontaktiert, sondern im März 1963 vielmehr unter die möglichen französischen Partnerstädte auch noch das normannische Rouen aufgenommen<sup>95</sup>. Im Juli 1963 entschied jedoch die Beigeordneten-Konferenz, dass Duisburg weder mit Rouen noch mit Calais eine Partnerschaft schließen würde<sup>96</sup>. Aus den verfügbaren Quellen wird leider nicht deutlich, was der Grund für diese Entscheidung war. Jedenfalls veranlasste die Duisburger Unentschlossenheit Calais dazu, die bisherigen Kontakte zu Duisburg abubrechen<sup>97</sup>. Umso überraschender wirkt daher die nicht näher präzierte Information, dass Ende Mai 1964 der Bürgermeister von Calais, Jacques Vendroux, zu einem offiziellen Besuch nach Duisburg gekommen sei. Bei dieser Gelegenheit soll er einen oft zitierten Ausspruch getätigt haben, der auf seine verwandtschaftliche Beziehung zu Charles de Gaulle hinwies: »Der Präsident weiß, dass ich hier bin«<sup>98</sup>.

Im Vergleich zu der vorherigen Entwicklung war der Weg, der zum Abschluss der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais noch zu gehen war, kurz. Die Duisburger Stadtratsmitglieder reagierten auf Vendrouxs Besuch entgegenkommend – Ende Juni 1964 befürworteten sie, »den Freundschaftsgedanken mit Calais zu vertiefen«<sup>99</sup>. Diese Zustimmung, ergänzt um eine Anmerkung über die unterschiedliche Größe beider Städte, sprach zuerst der Ältestenrat aus, unmittelbar danach schloss sich auch der Hauptausschuss an<sup>100</sup>. Nach späteren Dokumenten soll die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais am 13. Juli auch vom gesamten Stadtrat bestätigt worden sein<sup>101</sup>. Es ist jedoch befremdlich, dass es in der entsprechenden Aufzeichnung der Ratssitzung keinerlei Erwähnung der Partnerschaft mit Calais gibt<sup>102</sup>. Dennoch wird in der Regel gerade der 13. Juli 1964 als Beginn der offiziellen Partnerschaft angegeben.

---

94 Ebd., Aktennotiz von Fort über die Unterredung mit OB August Seeling, 06.03.1963.

95 Ebd., Fort an Seeling, 12.03.1963.

96 Ebd., Ergebnis der Beigeordneten-Konferenz vom 26.07.1963.

97 Ebd., Fort an Seeling, 29.01.1964.

98 Städtepartnerschaft Calais – Duisburg. Entwicklung [1984], S. 10.

99 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 I, Auszug aus der Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Ältestenrates vom 29.06.1964.

100 Ebd.

101 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 I, Anmeldung zur Beigeordneten-Konferenz, 22.07.1964.

102 StA Duisburg, Best. 100A/I: 91, Niederschriften über Sitzungen des Rats der Stadt vom

Der Eindruck, dass die Schließung der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais einen etwas ungewöhnlichen Verlauf nahm, wird nicht zuletzt durch die Tatsache unterstrichen, dass die Repräsentanten beider Städte keinen Partnerschaftsvertrag unterzeichneten. Die Nichtexistenz dieses Dokuments wurde von den Mitarbeitern des Stadtarchivs Duisburg bestätigt<sup>103</sup>. Zugleich bezeichneten sie den 9. und 10. September 1964 als »Geburtsstunde« der Partnerschaft, als nämlich eine neunköpfige Delegation aus Calais, angeführt von Bürgermeister Vendroux, Duisburg besuchte<sup>104</sup>. Abgesehen davon, wann die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais genau entstand, muss betont werden, dass ihr Zustandekommen ein Verdienst der französischen Seite war – sowohl des Bürgermeisters von Calais, Jacques Vendroux, als auch des Vorsitzenden der DFG Duisburg, Robert Fort.

Letztgenannter war 1945 als französischer Marineoffizier nach Duisburg gekommen, um die Leitung der örtlichen Triton-Werft zu übernehmen<sup>105</sup>. An der Spitze der Deutsch-Französischen Gesellschaft, die seit 1950 in Duisburg tätig war, versuchte er auf verschiedensten Wegen, die Ruhrstadt zur Aufnahme von Kontakten mit einem französischen Pendant zu bewegen. Dieses Bestreben wird deutlich etwa aus den Verhandlungen, die Robert Fort 1963 mit Oberbürgermeister Seeling führte. Er versicherte ihm, dass eine etwaige Partnerschaft weder den städtischen Haushalt noch die Rathausangestellten in irgendeiner Weise ernsthaft belasten würde, da die Deutsch-Französische Gesellschaft bereit sei, die damit verbundene Arbeitsbelastung zu übernehmen. Den Oberbürgermeister bat er nur darum, der angedachten Zusammenarbeit seinen »Segen« zu geben<sup>106</sup>.

Die Bedeutung, die Robert Fort der kommunalen Zusammenarbeit zuschrieb, wird auch durch eine Äußerung aus dem Jahr 1966 belegt, mit der er wahrscheinlich auf die ungünstige Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen unter Erhard und de Gaulle reagierte:

Ich fügte am Schluss der Sitzung [des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg] als Schlussfolgerung hinzu, [...] dass die Partnerschaften weiterhin durchgeführt und funktionieren müssten, selbst wenn die internationale Politik zum Stillstand gekommen sein scheint, weil gerade dann die persönlichen Initiativen noch notwendiger werden<sup>107</sup>.

---

13.07.1964. Der Vermerk über den Beschluss des Stadtrates konnte auch in den Protokollen früherer Sitzungen nicht gefunden werden.

103 E-Mail von Regina Jesse (Mitarbeiterin des StA Duisburg) an die Autorin, 14.04.2011.

104 Städtepartnerschaft Calais – Duisburg. Entwicklung [1984], S. 12.

105 StA Duisburg, Best. 45-12: 3, Ernst Etzel Hanisch (Vorsitzender der DFG Duisburg in 1968–1974) an den Chefredakteur vom Luxemburger Wort, 03.02.1968.

106 Vermerk von R. Fort über die Besprechung mit OB Seeling, 06.03.1963.

107 StA Duisburg, Best. 45-12: 4, Fort an Charles Beaugrand (Vorsitzender des Partnerschaftskomitees in Calais), 16.02.1966. PHILIPP, Frischer Wind für eine alte Partnerschaft.

Robert Fort wurde für sein Engagement zugunsten der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit mehreren Auszeichnungen, einschließlich des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, geehrt<sup>108</sup>. Eine deutsche staatliche Auszeichnung, konkret das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik, erhielt 1967 auch Jacques Vendroux<sup>109</sup>.

\*\*\*

Wenn wir vergleichen, wie sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Kontakte zwischen Wismar und Duisburg auf der einen und Wismar und Calais auf der anderen Seite entwickelten, stoßen wir auf eine paradoxe Situation. Während Duisburg die offizielle Zusammenarbeit mit Calais aufnahm, ohne dass es zur Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrags gekommen wäre, wurde zwischen Wismar und Calais im Mai 1966 zwar ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet, eine offizielle Partnerschaft jedoch entstand nicht. Auf französischer Seite war der Signatar nämlich nicht der Bürgermeister von Calais, sondern der EFA-Generalsekretär des Departements Pas-de-Calais<sup>110</sup>. Dennoch war der Text des Vertrags so konzipiert, als ob dieser durch die gewählten Repräsentanten beider Städte geschlossen worden wäre:

Die beiden Hafenstädte Calais/Frankreich und Wismar/Deutsche Demokratische Republik schließen folgenden Vertrag [...]. Die Vertreter der beiden Städte bekunden, dass sie im Namen der Bevölkerung [...] die Zusammenarbeit beider Städte mit allen Mitteln der Vernunft und des guten Willens fördern helfen<sup>111</sup>.

Ähnlich wie in den Verträgen zwischen westdeutschen und französischen Kommunen verpflichteten sich der Bürgermeister von Wismar und der Vertreter des EFA-Komitees dazu, unter beiden Nationen und den Nationen weiterer Länder den Gedanken der Freundschaft zwischen Städten, gegenseitigen Respekt und den Willen zum Frieden zu verbreiten. Die genannten Ziele wollten sie durch den Austausch von Informationsmaterial zu Fragen

---

108 Hanisch an den Chefredakteur vom Luxemburger Wort, 03.02.1968.

109 StA Duisburg, Best. 45-12: 13, Fort an Jacques Vendroux (Bgm. von Calais), 30.04.1967.

110 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 40, Freundschaftsvertrag, 03.05.1966.

111 Ebd.



der Kommunalpolitik, der Kultur und des Sportes, zur sozialen Problematik und zur Bildung erreichen. Das ostdeutsche Dokument war jedoch in zweierlei Hinsicht spezifisch. Zum einen rechnete es überhaupt nicht mit der Einbindung der einfachen Bürger, zum anderen setzte es voraus, dass beide Seiten jedes Jahr im Voraus festlegten, wie sie die genannten Ziele konkret erfüllen werden.

Im Rahmen der Strukturen, die in der DDR über die Wahl der Partnerstadt im »kapitalistischen Ausland« entschieden, ist noch eine weitere Tatsache bemerkenswert: Gegen die Kooperation zwischen Wismar und Calais sprach sich 1965 das ostdeutsche Außenministerium aus. Seine Haltung begründete es damit, dass die Position der Gaullisten in Calais derart stark sei, dass nicht damit gerechnet werden könne, dass der örtliche Stadtrat dem Abschluss einer offiziellen Partnerschaft zustimmen würde<sup>112</sup>. Aus den Quellen geht leider nicht hervor, was die Beamten des MfAA schließlich dazu bewog, ihre Meinung zu ändern und ein Jahr später der Kontaktaufnahme zwischen dem Wismarer Rathaus und dem EFA-Komitee in Calais zuzustimmen.

\*\*\*

Auch wenn die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais hauptsächlich von Sportvereinen und Schulen betrieben wurde, diente sie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auch der Vermittlung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Es handelte sich dabei stets um Arbeits- oder Praktikumsplätze in Duisburg, die entweder von den örtlichen Arbeitgebern angeboten wurden oder für die sich die Bürger von Calais selbst interessierten. Die Ursache für dieses einseitige Interesse war vor allem die Höhe der westdeutschen Löhne<sup>113</sup>. Einer der interessierten Arbeitgeber war zum Beispiel die Duisburger Zweigstelle des Roten Kreuzes. Dessen stellvertretende Vorsitzende, die spezialisierte Schwestern für die Pflege von behinderten Kindern suchte, bekundete 1967 Interesse an Absolventinnen der Gesundheitsschule in Calais, und zwar mit folgender Begründung: »Wir haben durch das Tausendjährige Reich diesen Zweig der Sozialarbeit an behinderten Kindern zwanzig Jahre versäumt [...]. Das benachbarte Ausland ist uns weit überlegen in diesem Berufszweig<sup>114</sup>«. Die Vizevorsitzende berief sich dabei auf den früheren Besuch der französischen Pflegeschülerinnen in Duisburg, bei dem diese über die Höhe der deutschen Gehälter gestaunt und bekundet hätten, in Deutschland arbeiten

112 Jahn an Mirus, 29.04.1965.

113 Vgl. z.B. StA Duisburg, Best. 403/353, Lucien Cadet (28-jähriger Bürger von Calais) an das Arbeitsamt in Duisburg, 20.09.1964.

114 StA Duisburg, Best. 403/341, Elsa Förster (Deutsches Rotes Kreuz, stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands Duisburg) an Hanisch, 03.07.1967.

zu wollen. Das Interesse daran, in Duisburg Berufserfahrungen zu sammeln, wird schließlich auch durch Berichte über Praktika von jungen Menschen aus Calais in Duisburger Betrieben bestätigt<sup>115</sup>.

\*\*\*

Die jungen Franzosen aus Calais wurden auch in die Zusammenarbeit mit Wismar einbezogen. Je nach Alter reisten sie alljährlich entweder zu einem dreiwöchigen Sommerlager oder zur »Arbeitsbrigade« in die Partnerstadt. Das Lager war für etwa 20 französische Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren bestimmt und ermöglichte diesen eine Begegnung mit ihren ostdeutschen Altersgenossen<sup>116</sup>. An der Ferienarbeit beteiligte sich eine etwa zehnköpfige Gruppe junger Menschen im Alter von 15 bis 18 Jahren. Diese arbeiteten zunächst in einer Fabrik oder einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft vor Ort, danach war für sie ein touristisches und sportliches Programm vorbereitet<sup>117</sup>. Beide Formen des Aufenthalts sollten dem Kennenlernen des Lebens in der DDR und der nachfolgenden Propagierung des ostdeutschen Staates in Frankreich dienen:

Diese Jugendlichen haben hier einen tiefen Einblick in unsere Entwicklung bekommen und werden davon ihren Klassenkameraden berichten. Auch auf ihre Eltern werden sie einwirken, und den Gedanken der Freundschaft zwischen der Bevölkerung unserer beiden Städte darlegen<sup>118</sup>.

Die meisten Teilnehmer kamen aus kommunistischen Familien, die oft mit niedrigem Einkommen zu kämpfen hatten. Zweifelsohne begrüßten diese es daher, ihre Kinder zu einem dreiwöchigen Sommerlager schicken zu können, das aus ostdeutschen Mitteln finanziert wurde<sup>119</sup>.

---

115 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 II, Bericht über die Begegnungen und Ereignisse zwischen Calais und Duisburg im Jahre 1968.

116 Z.B. StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Kinderferienlager – Teilnehmerliste (1967); StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69, Auswertung des Aufenthaltes einer französischen Kindergruppe aus Calais in Wismar vom 03.–27.08.1973.

117 Z.B. StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 40, Einschätzung der französischen Jugend- und Kinderdelegation aus Calais vom 02. bis 24.08.1968.

118 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Bericht über eine französische Jugenddelegation aus Calais vom 31.07.–26.08.1967.

119 Als Beleg dafür mag z.B. ein Brief von Maurice Langlet aus dem Jahr 1967 gelten, der in Erfahrung bringt, ob es auch im nächsten Jahr ein Lager geben wird: »Ist wieder eine Kindergruppe in Wismar vorgesehen? Wie viel Kinder? Ich kenne bereits viele Interessenten, die sich gern beteiligen würden«. Vgl. StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 40, Langlet an »cher ami«, 15.12.1967.

Wenngleich die ostdeutsche Seite diese Aufenthalte als wichtiges Propagandamittel betrachtete, war das Verhalten der jungen Besucher und ihrer pädagogischen Betreuer unerwartet das Hauptthema der Abschlussberichte. Im August 1968 etwa beschwerten sich die jungen Franzosen nach einem zweitägigen Arbeitsaufenthalt in der VEB Getränkefabrik Wismaria darüber, dass die verlangte Arbeit zu schwer sei und es sich um »eine kapitalistische Ausbeutung« handle. Die ostdeutschen Organisatoren hatten jedoch kein Verständnis für ihre Proteste und betrachteten sie im Gegenteil als Ausdruck »einer schlechten Arbeitsmoral«. Sie verwiesen darauf, dass die örtliche Jugend in der Fabrik die gleiche Arbeit ausübe. Darüber hinaus kritisierten sie ihre französischen Gäste dafür, dass sie sich in der DDR nur vergnügen wollten und gegenüber den ostdeutschen Gastgebern nicht genügend Dankbarkeit an den Tag legten<sup>120</sup>. Drei Jahre später musste die Wismarer Seite sich zudem mit beträchtlichen materiellen Schäden auseinandersetzen, die die jungen Franzosen aus Calais hinterlassen hatten. Als Hauptschuldige wurden die französischen Betreuer bezeichnet, die

in gar keiner Weise auf Ordnung, Disziplin und Einhaltung der Hausordnung achteten. Das [...] hatte zur Folge, dass in dem Haus nicht nur eine unbeschreibliche Unordnung herrschte, sondern dass mit unserem Volkseigentum in verantwortungsloser Weise umgegangen wurde<sup>121</sup>.

Im Jahre 1973 klang die Bewertung der französischen Besucher schon viel positiver. Dazu trug zweifelsohne die Tatsache bei, dass die ostdeutsche Seite ihre Sicht auf die französischen Kinder verändert hatte. Da den jungen französischen Gästen »eine positive Einstellung zu kollektivem Eigentum nicht anerzogen« worden sei, bemühten sich die Gastgeber darum, der Verursachung materieller Schäden toleranter gegenüberzustehen<sup>122</sup>. Die Berichte über das Verhalten der französischen Jugend in Wismar zeigen anschaulich, wie verschieden jede Seite den Zweck der gegenseitigen Kontakte betrachtete. Die Dokumente machen zugleich indirekt auf die unterschiedlichen Auffassungen von Disziplin und Erziehung der Jugend aufmerksam, die in Westeuropa und im sozialistischen Block herrschten.

---

120 Ebd., Einschätzung der französischen Jugend- und Kinderdelegation aus Calais vom 02. bis 24.08.1968, S. 2.

121 StA Wismar, Best. RA XXIV: C 69, Dreier (Internatsleiter) an den Rat der Stadt Wismar, 17.09.1971.

122 Ebd., Auswertung des Aufenthaltes einer französischen Kindergruppe aus Calais in Wismar vom 03.–27.08.1973.

\*\*\*

Ein weiteres Thema, das die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais fast von Anfang an bis zum Beginn der 1970er Jahre begleitete, war die Rolle, die die örtliche Deutsch-Französische Gesellschaft bei der Entwicklung dieser Zusammenarbeit spielte. Die DFG hatte auf Duisburger Seite das Hauptverdienst daran, dass es überhaupt gelang, die Partnerschaft mit Calais zu schließen. Deshalb überrascht es nicht, dass von vornherein ein nicht geringer Teil der Kontaktpflege mit Calais auf ihren Schultern lag. Der Vorsitzende der DFG Duisburg Robert Fort wurde von OB Seeling damit betraut, die Kommunikation zwischen den offiziellen Organen beider Städte aufrechtzuerhalten. Diese Entscheidung hatte vor allem praktische Gründe, da Fort als Absolvent eines Volkswirtschaftsstudiums in Wien in der Lage war, ohne Probleme sowohl auf Französisch als auch auf Deutsch zu kommunizieren<sup>123</sup>. Die privilegierte Rolle der DFG beim Ausbau der Kooperation mit Calais wurde im März 1965 bestätigt, als in Duisburg das Freundschaftskomitee Calais–Duisburg gegründet wurde<sup>124</sup>. Dessen Hauptziel war es, alle interessierten Bürger in die partnerschaftlichen Aktivitäten einzubinden. Erster Vorsitzender des Komitees wurde der Vorsitzende der DFG Duisburg, also Robert Fort. Dieser versprach sich von der Existenz des Komitees vor allem Folgendes:

Ce comité me semble important, puisqu'il devra assurer la continuité et le bon fonctionnement du jumelage, en dehors de toute considération politique, en toute indépendance des partis et des changements de dosages politiques pouvant se produire à l'intérieur du conseil municipal<sup>125</sup>.

Diese funktionelle Symbiose des Duisburger Rathauses und der örtlichen DFG nahm jedoch spätestens im Jahr 1968 ein Ende, als Robert Fort in beiden Funktionen von Ernst Etzel Hanisch abgelöst wurde. Der Jurist Hanisch warf der Leitung der Stadt eine unzureichende Unterstützung vor allem in organisatorischen Angelegenheiten vor. Er konstatierte zurecht, dass eine Stadt mit einem Haushalt von 100 Mio. DM ausreichend Mittel dafür haben müsse, einen hauptamtlichen Dolmetscher zu beschäftigen und dem Freundschaftskomitee eine Sekretärin mit französischen Sprachkenntnissen als

---

123 StA Duisburg, Best. 45-12: 9, Zeitungsausschnitt »Ein Franzose in Duisburg: NRZ-Gespräch mit Direktor Robert Fort«, in: Neue Ruhr Zeitung, o.D. [1964].

124 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 II, Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 22.03.1965.

125 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 II, Fort an den Bgm. von Calais, 29.03.1965.

Teilzeitkraft zur Verfügung zu stellen<sup>126</sup>. In den folgenden Jahren verschärfte sich die Situation zwischen dem Duisburger Rathaus und dem Vorsitzenden der örtlichen DFG noch weiter. Aus Hanischs, wiewohl höflich formulierten, Briefen geht hervor, dass die Leitung der Stadt sich bemühte, die Tätigkeit des Freundschaftskomitees auf jede erdenkliche Art zu lähmen. Im Jahre 1971 zum Beispiel wurden ihm aus dem Kommunalhaushalt keine Mittel zugewiesen, darüber hinaus äußerte das Rathaus den Wunsch, die Rechnungsbelege des Komitees durch den Rechnungsprüfungsausschuss kontrollieren zu lassen<sup>127</sup>. Aus den zur Verfügung stehenden Quellen konnte leider nicht ermittelt werden, wie die Duisburger Kommunalverwaltung diese Schritte betrachtete und begründete. Auf jeden Fall strebte sie danach, dass in Zukunft der Oberbürgermeister und nicht der Vorsitzende der DFG dem Komitee vorstehen sollte<sup>128</sup>. Diese Veränderung wäre an sich verständlich, unterstrich doch die Anwesenheit des höchsten Repräsentanten der Stadt in der Funktion des Vorsitzenden die Bedeutung, die das Rathaus der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zuschrieb. Unwürdig war jedoch die Art und Weise, wie dieser Wechsel vorbereitet wurde. Die Tatsache, dass die DFG Duisburg den Großteil ihres Einflusses auf den Gang der Partnerschaft verlor, wurde in ihren Reihen als natürliche Folge einer funktionierenden Kooperation erklärt: Die mit der Partnerschaft zusammenhängende Verwaltung habe solche Ausmaße angenommen, dass sie nicht mehr in der Freizeit des Vorsitzenden Hanisch zu bewältigen und deswegen in die Kompetenz der Kommunalverwaltung übergegangen sei<sup>129</sup>.

Diese Änderung wurde offiziell im September 1972 vorgenommen, als – auf Basis der Entscheidung des Duisburger Stadtrats – die konstituierende Versammlung des Vereins zur Pflege der Partnerschaft Calais–Duisburg einberufen wurde<sup>130</sup>. In Einklang mit den Statuten erhielten die Kommunalpolitiker im Direktorium die absolute Mehrheit (genau 8 von 15 Vertretern), einer der übrigen Plätze wurde schließlich dem Vorsitzenden der DFG Hanisch überlassen. Er wurde jedoch *ad personam* ernannt, es war also nicht sicher, dass der höchste Vertreter der DFG auch in Zukunft diese Funktion innehaben würde. An die Spitze des neuen Vereins wurde schließlich der damalige

---

126 Ebd., Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 19.11.1968, S. 3f.

127 StA Duisburg, Best. 45-12, Ord. IX, Hanisch an Hans Strohm (Stadtamtman in Duisburg), 26.04.1971.

128 StA Duisburg, Best. 45-12: 3, Hanisch an Ernst Caumanns (Oberstadtdirektor von Duisburg), 19.07.1971.

129 Beate GÖDDE-BAUMANNs, 40 Jahre Deutsch-Französische Gesellschaft e.V. Duisburg, in: Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg (Hg.), 40 Jahre Deutsch-Französische Gesellschaft e.V. Duisburg, Duisburg [wahrscheinlich 1992], S. 7–16, hier S. 7.

130 StA Duisburg, Best. 45-12, Ord. IX, Niederschrift über die Gründungsversammlung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 25.09.1972.

stellvertretende Oberbürgermeister Josef Krings gewählt<sup>131</sup>. Obwohl die personelle Zusammensetzung des Vereins gegenüber dem ursprünglichen Komitee markante Veränderungen erfahren hatte, präsentierte sich diese Organisation nach außen auch weiterhin unter demselben Namen, d.h. als Freundschaftskomitee Calais – Duisburg<sup>132</sup>.

\*\*\*

Während das erneuerte Duisburger Freundschaftskomitee es als sein Hauptziel bezeichnete, so viele Bürger wie möglich in die Zusammenarbeit mit Calais einzubinden, war die Wismarer Perspektive eine deutlich andere – mit der Einbindung der Wismarer Bürger wurde gar nicht gerechnet. Letztere konnten höchstens dann mit Bürgern aus Calais in Kontakt kommen, wenn die französischen Delegationen die örtlichen Schulen, Krankenhäuser oder Fabriken besuchten, bzw. als Kinder im Sommerlager. Es überrascht jedoch, dass sich die Vertreter Wismars anfangs wünschten, dass sich in Calais nicht nur Arbeiter an der Zusammenarbeit beteiligten, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Geschäftsleute, Lehrer oder Ärzte)<sup>133</sup>. Die Repräsentanten des örtlichen EFA-Komitees reagierten auf diesen Vorschlag allerdings sehr zurückhaltend<sup>134</sup>.

Das Interesse der ostdeutschen Seite nahm jedoch zu Beginn der 1970er Jahre ab. Zunächst kam die Anweisung, dass gespart werden müsse, weswegen die französischen Delegationen nicht um jeden Preis eingeladen werden sollten<sup>135</sup>. Als zum Beispiel 1971 die offiziellen Vertreter von Calais (und nicht jene der EFA) Interesse an einem Wettkampf zwischen den Sportlern aus beiden Städten bekundeten, lehnten die ostdeutschen Partner diesen Gedanken, der offenbar durch die Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais inspiriert worden war, indirekt ab. Den französischen Partnern teilten sie mit,

131 Ebd., S. 3. Krings blieb auch nach seiner Wahl zum Duisburger OB an der Spitze des Vereins. Siehe z.B. StA Duisburg, Best. 100A: 204/1, Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 04.05.1982, S. 8f.

132 Obwohl die Statuten den Titel trugen »Satzung des Vereins zur Pflege der Partnerschaft Calais – Duisburg«, heißt es direkt im ersten Absatz: »Der Verein trägt den Namen »Freundschaftskomitee Calais – Duisburg««. Vgl. Niederschrift über die Gründungsversammlung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 25.09.1972, Anlage.

133 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Einschätzung der Delegation aus der französischen Hafenstadt Calais vom 10.08.–17.08.1966.

134 Ebd.

135 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Bericht über die französische Lehrerdelegation aus Calais vom 28.03.–02.04.1970, S. 6.

dass solche Delegationsaustausche nur über die zuständigen zentralen Stellen möglich sein könnten, da dort zentral geplant wird. Zwischen Frankreich und der BRD wäre das einfacher, da staatliche Beziehungen bestehen. [...] Wir sind an unsere Gesetze gebunden. Ob es überhaupt möglich sein wird, eine Sportmannschaft nach Calais zu schicken, können wir nicht sagen und auch keine Erklärung dazu abgeben<sup>136</sup>.

Die Tatsache, dass die Städtepartnerschaft in der DDR vor allem politischen Zielen dienen sollte, und keineswegs der Annäherung der jeweiligen Bürger, bestätigt auch die Geschichte der französischen Familie Langlet. Beide Eltern, aktive Mitglieder der kommunistischen Partei und des EFA-Komitees in Calais, und ihr Sohn Claude besuchten Wismar wiederholt. Bei einem der Aufenthalte lernte Claude ein Wismarer Mädchen kennen, mit dem er eine Liebesbeziehung hatte und die Hochzeit plante. Die Leitung von Wismar reagierte gereizt auf diese Tatsache, insbesondere, da sich die Eltern während ihres Aufenthaltes nicht genügend dem offiziellen Programm gewidmet hätten<sup>137</sup>. Die ostdeutsche Seite betrachtete also die Knüpfung persönlicher Kontakte zwischen Bürgern beider Städte als unerwünschte Komplikation und nicht als erwünschtes Ergebnis der gegenseitigen Zusammenarbeit. Daran änderte auch die Eheschließung und die Geburt des gemeinsamen Kindes nichts<sup>138</sup>. Im Falle der kommunalen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hingegen wurde ein solches Ereignis als bester Beweis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit gewertet.

\*\*\*

Die Unklarheiten, die auf Duisburger Seite in Bezug auf die Frage herrschten, wer für die Kontaktpflege mit Calais zuständig war, trugen fast sicher dazu bei, dass zu Beginn der 1970er Jahre wiederholte Erwähnungen über eine Abnahme der Zusammenarbeit auftauchten. Im Jahr 1972 wurde eine deutliche Reduzierung der Partnerschaftstreffen und der beteiligten Personen registriert. Die Angabe von acht Treffen und ungefähr 250 Teilnehmern bedeutete einen spürbaren Rückgang gegenüber den Vorjahren, in denen mindestens je 13 Treffen mit 330 bis 480 Teilnehmern stattgefunden hatten<sup>139</sup>.

---

136 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 79, Protokoll über den Abschluss eines Kommuniqués und eines Arbeitsplanes zur Realisierung der Arbeitsvereinbarung zwischen den Städten Wismar und Calais vom 13.12.1971 am 05.04.1972, S. 1.

137 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 55, Einschätzung der ausländischen Delegationen zum 20. Jahrestag der DDR in Wismar, S. 4.

138 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Langlet an den Bgm. von Wismar, 16.11.1969.

139 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Zwanzig Jahre Städtepartnerschaft Calais – Duisburg [1984], S. 13.

Der Vorsitzende der DFG Duisburg Hanisch konstatierte sogar: »Inzwischen ist die Partnerschaft weitgehend eingeschlafen«<sup>140</sup>. Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass dieser Entwicklung ein grundlegender politischer Wandel in Calais vorausgegangen war.

Im Frühjahr 1971 wurden die regierenden Gaullisten von den Kommunisten mit Jean-Jacques Barthe an der Spitze abgelöst. Das Duisburger Rathaus leugnete in internen Dokumenten nicht, dass an Verbindungen zu der neuen Leitung der Stadt kein allzu großes Interesse bestand: »Die Kontakte nach Calais besonders auf der offiziellen Ebene haben in letzter Zeit, bedingt durch die derzeitigen politischen Verhältnisse in der Partnerstadt, nachgelassen«<sup>141</sup>. Und das trotz der Tatsache, dass Bürgermeister Barthe sich darum bemühte, einen persönlichen Kontakt zu dem Duisburger Oberbürgermeister herzustellen<sup>142</sup>. Zu einem Treffen zwischen beiden kam es wahrscheinlich erst im Oktober 1973, als die Vertreter beider Städte in Duisburg die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Zusammenarbeit vorbereiteten. Krings bewertete Barthe im Rückblick als den »politischsten aller Partner«, auf den er im Rahmen der internationalen Aktivitäten Duisburgs getroffen sei. Er begründete dies mit intensiven Gesprächen, die sie über den Sozialismus und weitere politische Themen geführt hätten<sup>143</sup>.

\*\*\*

Während die Übernahme des Rathauses von Calais durch den kommunistischen Bürgermeister 1971 zu einer Abkühlung der Beziehungen zu Duisburg beitrug, bedeutete sie für die Zusammenarbeit mit Wismar die Krönung der vielversprechenden Entwicklung des Vorjahres. Im April 1970 war bereits der Gaullist Charles Beaugrand, der direkte Vorgänger Barthes im Amt des Bürgermeisters von Calais, nach Wismar gekommen. Die Reise nach Wismar hatte im Anschluss an einen Besuch in Duisburg stattgefunden, wo er ein geplantes Treffen mit dem neuen Oberbürgermeister Masselter hatte<sup>144</sup>.

140 StA Duisburg, Best. 45-12: 3, Hanisch an Fort, 04.04.1972.

141 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 29, Vorbereitung einer Ausstellung mit stadtwerberischem Charakter in unserer Partnerstadt Calais, 12.07.1972.

142 Ebd., Barthe an Masselter, 02.08.1972.

143 Gespräch der Autorin mit Josef Krings, 05.08.2005.

144 Vgl. Langlet an den Bgm. von Wismar, 16.11.1969: »Je pense vous avoir dit que Calais est déjà jumelé avec Duisbourg en Allemagne Fédérale. La délégation municipale pense d'ailleurs y passer la nuit lors de leur voyage«. Siehe auch StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Offizielle Begegnungen (1963–1984), S. 1.



Bürgermeister Beaugrand präsentierte seine Reise nach Wismar als Informationsbesuch und betonte, dass er nicht beabsichtige, einen Vertrag zu schließen. Zugleich fügte er an, dass Calais Wert auf freundschaftliche Beziehungen zu beiden deutschen Staaten lege<sup>145</sup>. Nach der Rückkehr bewertete Beaugrand den Empfang, der ihm in Wismar zuteil wurde, als sehr freundschaftlich. Gleichzeitig wies er aber auf die Rückständigkeit der DDR hin bzw. er schätzte, dass die DDR etwa 20 Jahre hinter Frankreich zurückliege<sup>146</sup>. Dennoch kann behauptet werden, dass Beaugrand als Bürgermeister in nicht geringem Maße zur Stärkung der Kontakte zwischen Calais und seinem ostdeutschen Pendant beigetragen hat. Für die Zusammenarbeit mit Duisburg hingegen blieb Beaugrands Wirken an der Spitze des Rathauses von Calais ohne Bedeutung.

Als im Frühjahr 1971 Jean-Jacques Barthe die Stelle des Bürgermeisters von Calais antrat, war er für die Leitung der Stadt Wismar eine bekanntere Person als für das Duisburger Rathaus. Der Kommunist Barthe hatte Wismar bereits im August 1969 besucht, als er eine Gruppe französischer Kinder, darunter auch seine beiden eigenen, in das DDR-Sommerlager begleitete. Die ostdeutsche Seite bewertete damals Barthes Wirken in der Rolle der pädagogischen Aufsicht sehr positiv<sup>147</sup>. Die unmittelbare Reaktion Wismars auf die Wahl Barthes an die Spitze von Calais ist leider nicht dokumentiert. Es ist jedoch fast sicher, dass dieser politische Wechsel ein positives Echo in der ostdeutschen Stadt hatte. Spätestens Ende des Jahres 1971 waren die Vertreter Wismars auch darüber informiert, dass der Sieg der Kommunisten bei den Kommunalwahlen zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Duisburg und Calais geführt hatte: »Vor 14 Tagen war ein Ratsmitglied aus Duisburg in Calais und hat erläutert, mit Calais nicht mehr zusammenarbeiten, da Calais eine kommunistische Regierung hat«<sup>148</sup>.

Die vielversprechende Entwicklung der Kontakte zwischen Wismar und Calais wurde im Dezember 1971 offiziell bestätigt. Damals kam eine Delegation aus Calais unter der Leitung von Bürgermeister Barthe zu einem mehrtägigen Besuch in die ostdeutsche Stadt<sup>149</sup>. Die Tatsache, dass der neue Bürgermeister sich zu einem offiziellen Besuch nach Calais begab, ohne zuvor Duisburg besucht zu haben, belegt, dass sich die Partnerschaft

---

145 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Einschätzung der französischen Delegation vom 20.–23.04.1970 aus Calais.

146 Vgl. StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 55, Bericht über die Auslandsarbeit und die gegenwärtigen Aufgaben der Auslandsarbeit (19.11.1970), S. 4.

147 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 60, Bericht über die französische Jugend- und Kinderdelegation aus Calais vom 02. bis 28.08.1969.

148 Protokoll über den Abschluss eines Kommuniqués und eines Arbeitsplanes, 05.04.1972, S. 3.

149 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69, Bericht über den Besuch einer Delegation aus der Partnerstadt Calais, vom 09.–14.12.1971.

zwischen Duisburg und Calais nicht günstig entwickelte. Am 13. Dezember 1971 unterzeichneten Barthe und sein ostdeutsches Pendant Lunow in Wismar den Vertrag über die offizielle Partnerschaft<sup>150</sup>. Dessen Text unterschied sich nicht wesentlich von den Dokumenten, die die französischen Kommunen mit ihren westdeutschen Partnern schlossen. Beide Bürgermeister beriefen sich auf die »vom Geiste der Freundschaft, der gegenseitigen Achtung und Solidarität« getragene Entscheidung der Stadträte. Sie führten ebenfalls das übliche Ziel der gegenseitigen Kooperation an: »[...] alle Initiativen im Sinne des Friedens, der Zusammenarbeit und der internationalen Verständigung zu fördern, zu ermutigen und im Rahmen des Möglichen zu unterstützen«<sup>151</sup>. Politische Aspekte wurden im Vertrag ebenso wenig erwähnt wie eine Unterstützung der DDR auf internationaler Ebene. Er war nur in dem Sinne spezifisch, dass dem Begriff »Städtepartnerschaft« jeweils das Adjektiv »offiziell« beigefügt war.

Fast ein Jahr später, im November 1972, begab sich der Bürgermeister von Wismar zu einem offiziellen Besuch nach Calais. Die französische Seite hatte lange auf diesen Besuch gedrungen, da sie überzeugt war, dass die Kontakte zwischen Wismar und Calais auf Gegenseitigkeit beruhen sollten, und zwar trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Absenz offizieller Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich ergaben<sup>152</sup>. Die wiederholten Einladungen nach Calais, die in Wismar eintrafen, belegen, dass die französische Seite Interesse daran hatte, die Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Partner ähnlich zu gestalten wie mit dem westdeutschen Pendant. Die Barriere, die dies zum großen Teil verhinderte – zumindest in der Argumentation der Wismarer Repräsentanten –, wurde am 9. Februar 1973 beseitigt. Die Tatsache, dass Frankreich mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnahm, wurde in Calais sowohl von dem örtlichen EFA-Komitees als auch vom Stadtrat begrüßt. Bürgermeister Barthe schickte zu dieser Gelegenheit sogar ein Glückwunschtelegramm nach Wismar<sup>153</sup>.

---

150 Vertrag über eine offizielle Städtepartnerschaft, 13.12.1971. Vgl. auch Freundschaftsvertrag Wismar–Calais gestern im Rathaus unterzeichnet, in: Ostsee-Zeitung, 14.12.1971.

151 Vertrag über eine offizielle Städtepartnerschaft, 13.12.1971.

152 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69, Barthe an Lunow, 12.04.1972.

153 Vgl. StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 69.

b) Mainz – Dijon:  
Von der Regional- zur Kommunalebene

Die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon wurde im Zeitraum 1963–1973 von drei Themen bestimmt. Erstens brachten die Repräsentanten beider Städte, die sich an der Entstehung oder dem Ausbau der Partnerschaft beteiligt hatten, offiziell ihre gegenseitige Anerkennung zum Ausdruck. Zunächst wurde 1964 der Dijoner Oberbürgermeister Kir zum Ehrenbürger der Stadt Mainz ernannt; später wurde auch eine Mainzer Schule nach ihm benannt (die Kanonikus-Kir-Realschule)<sup>154</sup>. Der Mainzer Oberbürgermeister Fuchs wiederum wurde 1966 Ehrenbürger von Dijon<sup>155</sup>. In Mainz wurde 1972 mit Camille Pelletret ein weiterer Vertreter Dijons ausgezeichnet, und zwar mit dem Ehrenring der Stadt, den er als erster Ausländer überhaupt erhielt<sup>156</sup>. Pelletret war langjähriges Mitglied in der Leitung der *Amicale Bourgogne/Rhénanie-Palatinat* und in der Funktion des stellvertretenden Oberbürgermeisters für die partnerschaftliche Zusammenarbeit verantwortlich. Nach dem Amtsantritt Oberbürgermeister Poujades 1971 war es gerade Pelletret, der für Mainz eine Garantie dafür war, dass die Kontakte auf kommunaler Ebene nicht zurückgefahren würden.

Zu den symbolischen Auszeichnungen gehört auch die Benennung einer Straße nach der Partnerstadt. In Mainz gab es so bereits vor dem Jahr 1964 eine Dijon-Straße<sup>157</sup>. Diese befindet sich im Westteil der Stadt, in der Nähe der Watfordstraße, deren Name auf die Partnerstadt in Großbritannien verweist. Auch in Dijon kann eine Straße gefunden werden, die an die Partnerschaft mit Mainz erinnert. Da sich die *Rue de Mayence* im Nordosten der Stadt befindet, weit entfernt vom historischen Zentrum, kann davon ausgegangen werden, dass diese Benennung späteren Datums ist.

Ein weiteres Thema, das die Beziehungen zwischen Mainz und Dijon bestimmte, war das Bestreben, die gegenseitige Kooperation unabhängig von der Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund zu gestalten. Die Repräsentanten beider Städte einigten sich 1970 darauf, dass man sich

154 StV Mainz Reg., Ord. G, Mainz – Dijon – Partnerstädte seit 1958. Partnerschaft in Zahlen und Fakten [1968]. Erstaunlicherweise wurde Kir die Ehrenbürgerwürde erst sechs Jahre nach der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland erteilt. Das genaue Jahr der Umbenennung der Schule konnte leider nicht ermittelt werden. Aus den verfügbaren Quellen geht lediglich hervor, dass diese vor dem Jahr 1988 erfolgte.

155 StV Mainz Reg., Ord. D, chronologische Auflistung der Auszeichnungen mit der Überschrift »Dijon« [1983].

156 PA PV RLP/B, Ord. 14, Partnerschaftsbericht 1972, S. 1. Pelletret erhielt ebenfalls das Verdienstkreuz der Bundesrepublik, das genaue Jahr konnte jedoch nicht ermittelt werden.

157 Die »Dijon-Straße« ist erstmals auf einem Stadtplan von Mainz aus dem Jahre 1964 nachgewiesen. Vgl. Rita HEUSER, Namen der Mainzer Straßen und Örtlichkeiten. Sammlung, Deutung, sprach- und motivgeschichtliche Auswertung, Stuttgart 2008, S. 166.

nicht auf gegenseitige Treffen im Rahmen der jährlich vom Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund und der *Amicale Bourgogne/Rhénanie-Palatinat* organisierten sog. Freundschaftstage verlassen könne, wenn es zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Mainz und Dijon kommen soll. Es wurde daher ein Mechanismus regelmäßiger Konsultationen vereinbart, der mit mindestens zwei Arbeitssitzungen pro Jahr rechnet, die wenigstens zwei volle Arbeitstage dauern und an denen sich Vertreter beider Städte beteiligen sollten. Auf diesen Sitzungen sollte über gemeinsame kommunale Probleme beraten werden, wie zum Beispiel die Beseitigung des kommunalen Abfalls, die Versorgung der vorstädtischen Gebiete, die Sozialpolitik oder die durch Gastarbeiter verursachten Probleme<sup>158</sup>.

Die Protokolle der Verhandlungen aus den weiteren Jahren zeigen allerdings, dass der verabredete Mechanismus nicht eingehalten wurde bzw. dass sich die Vertreter beider Städte weiterhin – möglicherweise auch aus organisatorischen und finanziellen Gründen – bei Aktionen trafen, die Rheinland-Pfalz und Burgund gemeinsam organisierten. Die Mainzer Repräsentanten kritisierten daher diese parallele Terminierung im Jahre 1977 erneut mit dem Hinweis, dass im Rahmen des vom Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund vorbereiteten Programms für Fachdiskussionen zwischen den Vertretern beider Städte nicht ausreichend Zeit bleibe<sup>159</sup>. Als Antwort auf diese Kritik entschied der Hauptausschuss des Mainzer Stadtrates, dass Mainz und Dijon selbstständige Treffen zur Besprechung von Arbeitsfragen abhalten werden<sup>160</sup>. Im Grunde kam es so zu einer Bestätigung der sieben Jahre zuvor getroffenen Vereinbarung. Allerdings wurde diese erst Ende der 1970er Jahre tatsächlich umgesetzt<sup>161</sup>.

Das letzte Thema, das in den Dokumenten zur Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon am Ende des Untersuchungszeitraums auftaucht, ist die Frage der deutsch-französischen Annäherung. Konkret wurde immer häufiger die Ansicht geäußert, dass die Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen erreicht worden sei. Ein Beispiel dafür war der deutsche Vortrag des französischen Botschafters Sauvagnargues, den dieser 1972 aus Anlass des 10. Jahrestages der Gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Mainz hielt. Sauvagnargues betonte, dass »die heutige Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik an einem so positivem Abschnitt

158 PA PV RLP/B, Ord. 12, Ergebnisniederschrift über die Besprechung mit der Delegation aus Dijon über Möglichkeiten zur Vertiefung der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon, am 28.09.1970 in Mainz.

159 StV Mainz Reg., Ord. G, Willi Abts und Karl Konrath (Mitglieder des Stadtrates der Landeshauptstadt Mainz) an Fuchs, 16.06.1977.

160 StV Mainz Reg., Ord. G, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 11.07.1977.

161 Vgl. etwa StV Mainz Reg., Ord. G, Protokoll, betr. Arbeitsgespräch am 06.07.1979 im Rathaus Mainz.

angekommen sei, dass sich jedes Pathos erübrige«. Zugleich äußerte er seine Überzeugung, dass »die Jugend [...] das Wort ›Versöhnung‹ nicht mehr [benötige], weil sie versöhnt sei«. Den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen hielt er für so gut, dass »man sich bei dem heutigen Stand der Freundschaft auch ruhig mal etwas Unangenehmes sagen [könne], um es dann gemeinsam auszuräumen«<sup>162</sup>.

An der Tatsache der deutsch-französischen Annäherung zweifelte auch OB Fuchs zwei Jahre später nicht. Gleichzeitig rief er jedoch dazu auf, dass sich die Jugend aus beiden Ländern stärker an der bilateralen Zusammenarbeit beteiligen sollte:

Sie [die Jugend] hat die Aufgabe, die aufgenommenen Verbindungen zum Partner zu pflegen. Die Jugend hat sich über die Vergangenheit hinweggesetzt, sie ist Geschichte für sie. Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Realität. Die flüchtigen Treffen von maßgeblichen Persönlichkeiten sollten daher in den Hintergrund treten und einer aktiven Zusammenarbeit der Jugend beider Länder weichen. Daran muss noch weiter gearbeitet werden<sup>163</sup>.

Der Mainzer Oberbürgermeister nahm so mit seinen Überlegungen die Frage des Generationswechsels vorweg, die in den 1980er Jahren häufig thematisiert werden sollte.

#### 4. Zusammenfassung

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Kommunen konnte in den Jahren 1963–1973 mit insgesamt 570 neuen Partnerschaften einen deutlichen Zuwachs verzeichnen. Der Ausbau der kommunalen Kooperation verlief jedoch sehr ungleichmäßig. Zunächst war ein steiler Anstieg zu beobachten (mit der Ausnahme des Jahres 1965), der 1966 mit 72 geschlossenen Partnerschaften kulminierte. Danach stellte sich der erste Rückgang ein, begleitet von zwei deutlicheren Einbrüchen in den Jahren 1968 und 1971. Das Jahr 1971 stellte mit »nur« 33 Partnerschaften den Tiefpunkt dar. Danach folgte eine schnelle Rückkehr zu den vorherigen hohen Werten. Die deutliche Ausweitung der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit wird auch aus den runden Meilensteinen deutlich. So wurde im Jahr 1964

---

162 Deutsch-Französische Gesellschaft zog in Mainz Zehnjahres-Bilanz, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 23.10.1972.

163 PA PV RLP/B, Ord. 17, Fuchs an den Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund, 04.11.1974.

der 200. Partnerschaftsvertrag unterzeichnet, 1970 wurden schon mehr als 500 dieser Verträge registriert und bereits drei Jahre später fehlte nur noch wenig zum Erreichen der Marke von 700 Partnerschaften. Aus der statistischen Entwicklung, die im untersuchten Jahrzehnt einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von 51 Partnerschaften auswies, wird deutlich, dass sich der Gedanke der deutsch-französischen Annäherung mithilfe der kommunalen Zusammenarbeit einer wachsenden Popularität unter den Bewohnern der Bundesrepublik wie auch Frankreichs erfreute.

War die Dynamik, durch die sich der wechselhafte Anstieg der deutsch-französischen Partnerschaften auszeichnete, auch in den bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene spürbar? Die Suche nach Parallelen zwischen beiden Ebenen gestaltet sich relativ schwierig, da sich in den offiziellen Beziehungen zwischen 1963 und 1973 Krisenzeiten und Momente einstweiliger Stabilisierung abwechselten, ohne dass aber ein wirklich positiver Wandel eingetreten wäre. Bei den erwähnten zwischenstaatlichen Krisen, die in den Jahren 1964, 1968 und 1973 ihren Höhepunkt erreichten, ist nur in einem Fall ein Zusammenhang mit der Entwicklung auf kommunaler Ebene zu beobachten, und zwar in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Der Rückgang neuer Partnerschaften um mehr als ein Drittel 1968 (gegenüber dem Jahr 1967) kann durchaus auf die Verschlechterung der offiziellen Beziehungen zurückzuführen sein, die durch die Schwächung der französischen Währung und die unterschiedliche Haltung bezüglich des Vorgehens gegenüber der Tschechoslowakei während des Prager Frühlings verursacht wurde. Zugleich ist davon auszugehen, dass die Ereignisse des Mai 1968 die Aufmerksamkeit vieler französischer Bürgermeister und Stadträte von der auswärtigen Zusammenarbeit hin zu innenpolitischen Angelegenheiten lenkten.

Was das Jahr 1964 anbelangt, so hatten die Widersprüche zwischen der Entwicklung der kommunalen Zusammenarbeit und den deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene offensichtliche Gründe. Obwohl zwischen Erhard und de Gaulle deutliche Differenzen herrschten, »lebte« die Partnerschaft deutscher und französischer Städte weiterhin von dem Erbe der Zusammenarbeit Adenauers mit de Gaulle. Die zwischen den Jahren 1963 und 1966 geschlossenen Partnerschaftsverträge waren entweder das logische Ergebnis von Kontakten, die zu Beginn der 1960er Jahre geknüpft worden waren, oder eine direkte Folge des Élysée-Vertrags. Dieser legte nicht nur die ideelle Grundlage der bilateralen Zusammenarbeit, sondern sicherte einigen ihrer Ausprägungen auch eine beträchtliche finanzielle Unterstützung aus dem Haushalt des DFJW. Dank dieser konnten die Anhänger der deutsch-französischen Kooperation auf kommunaler Ebene leichter solche Aktivitäten organisieren, die für die Jugend bestimmt waren, insbesondere in der Form von Schulpartnerschaften oder der Begegnung von Sportler-

gruppen<sup>164</sup>. Insofern scheint die Annahme berechtigt, dass sich die Anfangskontakte zwischen den Vertretern der jüngsten Generation vielfach auf die gesamte Gemeinde erweiterten und schließlich das Statut einer offiziellen Partnerschaft erhielten<sup>165</sup>.

Mit der finanziellen Unterstützung vonseiten des DFJW können jedoch nicht alle Gegensätze begründet werden, die zwischen der Situation auf kommunaler Ebene und den zwischenstaatlichen Beziehungen verzeichnet wurden, wie etwa im Jahr 1973. Auch wenn einige Kommunen durch den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags zur Schließung einer offiziellen Partnerschaft motiviert worden sein können, stellt sich die Frage, ob die wechselhaften jährlichen Zuwächse im Bereich der deutsch-französischen Partnerschaften nicht noch einer anderen Dynamik folgten als jener der offiziellen Beziehungen auf höchster Ebene. Wie gezeigt, wurde der höchste Rückgang in den Partnerschaftsstatistiken neben 1968 noch für die Jahre 1965 und 1971 registriert. Zudem spricht eine der Fallstudien für das Jahr 1971 von einer Partnerschaftskrise, die durch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der beteiligten französischen Stadt hervorgerufen worden sei. Die Vermutung, dass die Einbrüche in den Statistiken mit den kommunalen Wahlperioden zusammenhängen könnten, wird durch einen Blick auf die Wahltermine bestätigt. Die französischen Stadt- und Gemeinderatswahlen fanden tatsächlich in den Jahren 1965 und 1971 statt. Einen weiteren Beleg bringt der Rückblick auf das vorherige Kapitel, denn auch hier war in dem Kommunalwahljahr 1959 ein Rückgang in der Zahl der neu geschlossenen deutsch-französischen Partnerschaften erkennbar.

In allen drei Fällen gilt, dass der Einbruch nur kurzfristig war, da die Zahl der neuen Partnerschaften im Folgejahr wieder zu der steigenden Tendenz zurückkehrte, die in dem Jahr vor den Kommunalwahlen deutlich gewesen war. Dieser zeitweilige Rückgang konnte sowohl dadurch ausgelöst werden, dass durch die anstehende Wahl logischerweise das Interesse an internationalen Aktivitäten schwand, als auch durch eine mit den Wahlen einhergehende Veränderung im personellen Bereich bzw. hinsichtlich der kommunalpolitischen Prioritäten. Für den Zeitraum zwischen 1963 und 1973 gilt also, dass die Einschnitte in der Entwicklung auf kommunaler Ebene (allerdings mit gesamtstaatlicher Relevanz) in einigen Fällen stärker waren als in den deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene. In diesem Zusammenhang müssen deutlich ältere Beschlüsse relativiert werden, die die Einbrüche in den Jahren 1965 und 1971 lediglich damit erklärten, dass

---

164 H. M. Bock schreibt wörtlich, dass das DFJW 1964 von »einer Lawine von Anträgen« überflutet worden sei. Vgl. Hans Manfred Bock, *Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren*, in: Ders. (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung*, S. 61–90, hier S. 75.

165 PFEIL, »Alles begann mit der Jugend«, S. 213.

es zu einer Krise der europäischen Zusammenarbeit gekommen sei (1965) bzw. dass sich die Meinung der deutschen und französischen Öffentlichkeit über das Integrationsprojekt verschlechtert habe (1971)<sup>166</sup>. Einem etwaigen Zusammenhang zwischen dem Jahreszuwachs der deutsch-französischen Partnerschaften und dem Termin der französischen Kommunalwahlen wird auch in den weiteren Kapiteln nachgegangen. Da es in der Bundesrepublik weder einen einheitlichen Termin für die Kommunalwahlen noch eine einheitliche Wahlperiode gibt (beides variiert vielmehr von Bundesland zu Bundesland), kann für die deutsche Seite eine solche Analyse nicht vorgenommen werden.

Auch die Interpretation der statistischen Entwicklung der kommunalen Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich muss korrigiert werden. Die bisherige Forschung erblickte für die 1960er Jahre einen Zusammenhang zwischen der steigenden Anzahl westdeutsch-französischer Partnerschaften auf der einen und ostdeutsch-französischer Partnerschaften auf der anderen Seite mit der Behauptung, dass das Streben nach einer Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich unbeabsichtigt auch für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen aus der DDR und Frankreich den Boden bereitet habe<sup>167</sup>. Dieser Charakteristik entspräche die zahlenmäßige Entwicklung der ostdeutsch-französischen Partnerschaften in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, wobei es sicher kein Zufall ist, dass die Ausgangsdatenbanken den höchsten Wert für das Jahr 1963 auswiesen. Der genannten Schlussfolgerung widersprechen jedoch die Angaben aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, in der die Zahl der neuen Partnerschaften allmählich zurückging. Ein leichter Anstieg wurde erst wieder im Jahr 1971 verzeichnet, was – wie auch eine der Fallstudien belegt – dem Erfolg der französischen Kommunisten bei den Kommunalwahlen zugeschrieben werden kann<sup>168</sup>. Die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich zu Beginn des Jahres 1973 spiegelte sich in den Statistiken hingegen nicht wider. Es bleibt die Frage, ob sich die französischen Städte und Gemeinden, die eine Zusammenarbeit mit einem ostdeutschen Partner aufnahmen, nicht auf diese Weise negativ gegenüber der Annäherung zwischen Frankreich und dem von den französischen Kommunisten scharf kritisierten westdeutschen Staat abgrenzten. Zweifelsohne verzeichnete jedoch die Kooperation zwischen Kommunen in der DDR und in Frankreich in den Jahren 1963 bis 1973 den größten Aufschwung. Die 39 Partnerschaften, die für diesen Zeitraum in den Ausgangsdatenbanken registriert wurden, stellten fast zwei Fünftel aller

---

166 Thomas GRUNERT, Städtepartnerschaften – ein Faktor in den deutsch-französischen Beziehungen?, in: *Dokumente* 37 (1981), S. 29–40, hier S. 31f.

167 PFEIL, Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen, S. 392.

168 Zum Wahlerfolg der PCF vgl. MARTIN, Les élections municipales, S. 94.



ostdeutsch-französischen Partnerschaften dar, die in der Zeit zwischen 1950 und 1989 geschlossen wurden. Vergleichen wir diese Entwicklung allerdings mit dem durchschnittlichen Zuwachs in der Bundesrepublik, der für das untersuchte Jahrzehnt 51 westdeutsch-französische Partnerschaften jährlich betrug, relativiert sich die genannte Zahl deutlich.

Das Interesse an einer Zusammenarbeit mit französischen Kommunen war nichtsdestotrotz in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Am intensivsten war es in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen, auf deren Territorium 75 Prozent aller Partnerschaftsverträge unterzeichnet wurden. Dieses Quartett war das gleiche wie in dem Zeitabschnitt bis 1962, der Vorsprung Baden-Württembergs war jedoch etwas geschmolzen. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hingegen verzeichneten in den Jahren 1963–1973 ihre höchsten Jahreszuwächse (durchschnittlich wie absolut) des gesamten Untersuchungszeitraums. Auch wenn die Mehrzahl der Partnerschaften weiterhin in den westlichen Gebieten der Bundesrepublik entstand, setzte sich der Gedanke der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit allmählich auch im Norden (Niedersachsen) und Süden (Bayern) des Landes durch. Fast zwei Dutzend Partnerschaftsverträge gab es auch im Saarland, was als Beleg für dessen faktische Integration in den westdeutschen Staat gewertet werden kann. Diese wird noch deutlicher, wenn wir die Zahl der Verträge im Verhältnis zur saarländischen Bevölkerung betrachten. Die Analyse der regionalen Verteilung ermöglicht schließlich wenigstens eine Teiluntersuchung der Frage, ob irgendein Zusammenhang zwischen den Terminen der Kommunalwahlen und der sich verändernden Zahl neuer Partnerschaftsverträge besteht. Das Beispiel Nordrhein-Westfalens, also desjenigen Bundeslandes, das die längste Kontinuität bei der Schließung deutsch-französischer Kommunalpartnerschaften aufweist (seit dem Jahr 1954), belegt, dass auf deutscher Seite ein solcher Bezug nicht erkennbar ist<sup>169</sup>.

Die Einbindung der Städte und Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen in die deutsch-französische Zusammenarbeit bringt auch die zweite Fallstudie näher, die die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais analysiert. Diese beiden Städte, die sich in der Größe wesentlich unterscheiden, liegen in Regionen, die aus geographischen wie historischen Gründen eher zu Großbritannien als zu Deutschland oder Frankreich als Partnerland neigten. Angesichts dessen, dass Calais auch mit dem ostdeutschen Wismar Kontakte unterhielt, wurde aus der ursprünglichen Studie eine Doppelstudie, die die

---

169 Während der untersuchten fünf Jahrzehnte fanden in den folgenden Jahren Kommunalwahlen in NRW statt: 1952, 1956, 1961, 1964, 1969, 1975, 1979, 1984, 1989, 1994 und 1999. Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1946 bis 2009, in: URL: <<http://alt.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/ab1946/index.html>> (22.03.2014).

Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais im Kontext der Beziehungen der französischen Hafenstadt zu Wismar untersuchte. Dabei handelt es sich sowohl hinsichtlich der Länge des bearbeiteten Zeitraums als auch durch die komparative Bearbeitung des Themas um eine in der Forschung bisher einmalige Untersuchung. Vor dem Jahr 1973 existierten nämlich nur einige wenige Kommunen, die eine offizielle Partnerschaft mit Städten und Gemeinden in beiden deutschen Staaten schlossen<sup>170</sup>. In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, dass in dem untersuchten Dreieck zwischen Wismar und Calais größere strukturelle und ökonomische Parallelen zu beobachten waren als zwischen Duisburg und Calais.

Die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais entstand 1964, d.h. genau in einer Zeit, in der sich die Initiatoren der kommunalen Partnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf den ideellen und praktischen Gewinn der Annäherung Adenauers und de Gaulles stützen konnten. Die Initiative zur und die Umsetzung der untersuchten Partnerschaft waren eindeutig das Verdienst der Franzosen, namentlich des Bürgermeisters von Calais, der trotz des Misstrauens der örtlichen Bevölkerung Interesse an einer Zusammenarbeit mit der westdeutschen Stadt bekundete, ferner des Direktors des *Centre culturel français* in Essen, der 1960 die ersten Kontakte zwischen beiden Städten vermittelte, und schließlich des französischen Vorsitzenden der DFG in Duisburg, der wesentlich dazu beitrug, dass die Beziehungen zwischen beiden Städten den Charakter einer offiziellen Partnerschaft erhielten. Die positive Rolle, die die örtlichen deutsch-französischen bzw. französisch-deutschen Vereine bei der Schließung der kommunalen Partnerschaften spielten, wird im Übrigen auch durch weitere Teiluntersuchungen bestätigt<sup>171</sup>. Das Duisburger Rathaus hingegen entwickelte in den Beziehungen mit Calais nur wenig Initiative und brachte insgesamt eine deutliche Unentschlossenheit zum Ausdruck.

Da die eigentliche Schließung der Partnerschaft fast nicht dokumentiert ist (einschließlich der Unklarheit bezüglich des genauen Datums), können auch die Motive nicht analysiert werden, mit denen die offizielle Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais begründet wurde. Dokumente, die nur indirekt damit zusammenhängen und die Tätigkeit des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg betreffen, bestätigen lediglich, dass die Partnerschaft – wenig überraschend – als Beitrag zur deutsch-französischen Annäherung betrachtet wurde. Somit kann älteren Ansichten beigeprüft werden, die den deutsch-französischen Partnerschaften der Jahre 1963–1974 als Motiv

---

170 So arbeitete etwa Amiens offiziell sowohl mit Dortmund (seit 1960) als auch mit Görlitz (seit 1971) zusammen.

171 DEFRANCE, *Société civile*, S. 29; DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 166.

zuschreiben, die »Vereinbarungen des Deutsch-Französischen Vertrages mit Leben zu erfüllen«<sup>172</sup>. Für die Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais fand sich allerdings kein Anzeichen dafür, dass die Städte ihre Partnerschaft im untersuchten Zeitraum als Instrument zur Beschleunigung und Vertiefung der europäischen Integration betrachtet hätten<sup>173</sup>. In den erhaltenen Dokumenten fanden sich einzig gelegentliche Hinweise auf die damalige Entwicklung der deutsch-französischen »hohen« Politik, von der die Partnerschaft unabhängig sein bzw. deren negative Bilanz sie gegebenenfalls ausgleichen sollte.

Die konkrete Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais konzentrierte sich zum einen auf die Jugend – die schulpflichtigen Kinder wie auch jene, die in verschiedenen Interessenvereinen organisiert waren –, zum anderen auf Sportler unterschiedlicher Alterskategorien. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde die Partnerschaft in größerem Maße auch zur Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten genutzt. In Hinblick darauf, dass das Hauptmotiv die Höhe der westdeutschen Einkommen war und nicht das Streben danach, die andere Nation näher kennenzulernen, war dieses Interesse einseitig auf Duisburg gerichtet.

Dank der zeitlichen Parallelität der beiden Fallstudien (Duisburg – Calais und Mainz – Dijon) kann auf zwei Elemente hingewiesen werden, die beide Partnerschaften gemein hatten und die damit auf einige allgemeinere Charakteristika der damaligen deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit hinweisen könnten. Das erste betrifft die symbolische Ebene der partnerschaftlichen Kooperation, denn den Hauptinitiatoren wie den Verfechtern beider Partnerschaften wurden verschiedene Ehreenauszeichnungen verliehen, sowohl auf lokaler als auch auf staatlicher Ebene. Da eine Reihe dieser Auszeichnungen in den Jahren 1963–1969 erteilt wurden, stellt sich die Frage, ob Letztere nicht die wenig guten bis schlechten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf höchster Ebene ausgleichen sollten.

Das zweite gemeinsame Merkmal tauchte an der Wende der 1960er zu den 1970er Jahren auf und betraf die Organisation der partnerschaftlichen Aktivitäten. Im Fall von Mainz und Dijon wurde ein – anfangs erfolgloser – Versuch verzeichnet, die Zusammenarbeit zwischen beiden Selbstverwaltungen unabhängig von der Tätigkeit der Regionalpartner Rheinland-Pfalz und Burgund zu gestalten. Die Kooperation zwischen Duisburg und Calais wiederum wurde auf deutscher Seite zum Gegenstand von Kompetenzstreitigkeiten. Nachdem die örtliche DFG die zentrale Rolle in der Zusammenarbeit mit Calais abgeben musste, wurde das Duisburger Rathaus

---

172 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 165.

173 Diese Interpretation vgl. ebd.

zum Hauptorganisator der Partneraktivitäten. Diese Veränderung weist auf die Bedeutung hin, die die Duisburger Stadtverwaltung der Zusammenarbeit mit Frankreich nunmehr zuzuschreiben begann.

Die Partnerschaft Duisburg – Calais durchlief jedoch paradoxerweise fast zur gleichen Zeit eine Krise. Die Hauptursache war das Ergebnis der französischen Kommunalwahlen des Jahres 1971, durch das ein Mitglied der kommunistischen Partei an die Spitze des Rathauses von Calais gelangt war. Die Vertreter Duisburgs konnten oder wollten sich mit dieser Tatsache nicht arrangieren, was sich in einem deutlichen Rückgang der gemeinsamen Aktivitäten niederschlug. Die Situation, in die Duisburg geraten war, nahm dabei eine Entwicklung vorweg, zu der es nach den nächsten Kommunalwahlen in Frankreich in einer ganzen Reihe anderer westdeutscher Städte kommen sollte.

Die Übernahme der Führung von Calais durch die Kommunisten 1971 spiegelte sich hingegen positiv in der Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Wismar wider. Noch im selben Jahr erhielten die gegenseitigen Kontakte, die seit 1966 auf französischer Seite vor allem durch die kommunistische Organisation EFA unterhalten worden waren, den Charakter einer offiziellen Partnerschaft. Auch wenn die Repräsentanten von Calais der Zusammenarbeit mit Wismar einen ähnlichen Charakter geben wollten wie den Kontakten mit Duisburg, zeigten die Vertreter der DDR kein Interesse. Obwohl der Partnerschaftsvertrag zwischen Wismar und Calais lediglich allgemeine humanistische Ziele wie die Förderung des Friedens, der Verständigung und der Solidarität als Motive anführt, war die ostdeutsche Seite vor allem um eine Stärkung ihrer internationalen Position bestrebt.

Die Partnerschaft, die Calais mit der Bundesrepublik auf der einen und der DDR auf der anderen Seite unterhielt, unterschied sich deshalb nicht nur durch die Motive (vor allem auf deutscher Seite), sondern auch hinsichtlich der Organisatoren, der Zielgruppen und des Inhalts. Die Kontakte zwischen den Vertretern von Calais und Wismar hatten darüber hinaus einen fast einseitigen Charakter, da sie sich in der absoluten Mehrzahl auf dem Gebiet der DDR abspielten. Bewerten wir diese Beziehungen im Rahmen des Dreiecks Duisburg – Calais – Wismar, wird deutlich, dass sich die Kontakte größtenteils asynchron entwickelten. Bis zum Jahr 1970 konzentrierten sich die »deutschen« Aktivitäten von Calais auf Duisburg, danach folgte eine Übergangszeit 1970–1971, in der die offiziellen Vertreter von Calais Beziehungen zu beiden deutschen Städten unterhielten. Seit 1971 orientierte sich das französische Interesse allerdings auf Wismar, was dazu führte, dass die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais von einigen Beobachtern 1972 als »eingeschlafen« bezeichnet wurde. Zur Belebung der offiziellen Kontakte kam es erst wieder an der Wende der Jahre 1973/74.

In einem Kontrast zu dieser Entwicklung stehen die Äußerungen, die etwa zur gleichen Zeit zum Thema der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Mainz getätigt wurden. Zum einen erwähnten sie den produktiven Dialog zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, zum anderen betonten sie, dass die Versöhnung zwischen den Angehörigen beider Nationen – vor allem in der jungen Generation – schon erreicht worden sei. Weitsichtigere Redner sprachen in diesem Kontext bereits die Frage des Generationswechsels an bzw. eröffneten die Diskussion darüber, wie die deutsche und französische Jugend für den Gedanken der bilateralen Kooperation gewonnen werden könne.



## V. Die Suche nach neuen Inhalten (1974–1981)

### 1. Neuausrichtung der bilateralen Zusammenarbeit

Im dritten Untersuchungszeitraum verzeichneten die deutsch-französischen Beziehungen den größten Wandel gleich zu Beginn. Während sie sich noch im Januar 1974 »in die Nähe des Gefrierpunktes« bewegten<sup>1</sup>, entwickelte sich bereits seit der zweiten Jahreshälfte eine Zusammenarbeit, die als »deutsch-französisches Tandem« bzw. als »*couple franco-allemand*« in das allgemeine Bewusstsein einging. Das Hauptverdienst an diesem schnellen Umschwung hatten die unerwarteten personellen Veränderungen an der Spitze der Bundesregierung wie auch im Élysée-Palast im Mai 1974. Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing fanden eine gemeinsame Sicht auf eine Reihe bilateraler wie internationaler Themen und gaben den offiziellen deutsch-französischen Beziehungen einen persönlichen Charakter, den sie seit der Demission Konrad Adenauers 1963 hatten vermissen lassen. Der wichtigste Einschnitt dieser Periode wird daher durch die zweite Hälfte des Jahres 1974 und die erste Hälfte des Jahres 1975, d.h. das erste Regierungsjahr beider Politiker, markiert. In dieser Zeit wurden die Grundlagen gelegt für eine Neuausrichtung der deutsch-französischen Beziehungen, die sich vor allem dadurch auszeichneten, dass »man die Zwänge des Élysée-Vertrags gar nicht benötigte«<sup>2</sup>. Die zweite Wende erfolgte dann im Jahr 1981, als es Giscard d'Estaing nicht gelang, sein Präsidentenmandat zu verteidigen, und die auf engen persönlichen Kontakten basierende Zusammenarbeit endete. Obwohl Themen existierten, zu denen Schmidt und Giscard unterschiedliche Ansichten hatten, waren ihre Differenzen nie so wesentlich, dass sie die bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene negativ beeinträchtigt hätten. Umso offenkundiger war jedoch die Verstimmung, die die Situation in der Bundesrepublik in den Jahren 1976 und 1977 und zu Beginn der 1980er Jahre in der französischen Gesellschaft hervorrief.

Die Veränderung, die sich nach dem Amtsantritt Schmidts und Giscard in den offiziellen bilateralen Beziehungen einstellte, fand schon auf dem ersten gemeinsamen Gipfeltreffen in Bonn im Juli 1974 Ausdruck. Obwohl sich die Erklärungen, die auf offiziellen Treffen erklingen, traditionell auf die Positiva der gemeinsamen Zusammenarbeit konzentrieren, war aus

---

1 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 257.

2 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 65.

den abschließenden Worten des französischen Präsidenten deutlich, dass in den bilateralen Beziehungen tatsächlich eine ungewöhnliche Lockerheit herrschte:

[...] nous avons constaté pratiquement qu'il n'y avait pas de problèmes bilatéraux à l'heure actuelle entre l'Allemagne fédérale et la France. Et ceci est en soi-même un événement historique de penser que lorsque les dirigeants de nos deux pays se rencontrent, il n'y a plus désormais de problèmes, de difficultés bilatérales, il n'y a plus en matière bilatérale que des thèmes de coopération<sup>3</sup>.

Zur Ausweitung der Zusammenarbeit sollte auch die Beteiligung einer höheren Anzahl von Ministern auf den deutsch-französischen Gipfeltreffen beitragen. Gewöhnlich waren an jeder Seite sechs bis neun von ihnen anwesend<sup>4</sup>. In sachlicher Hinsicht herrschte bei Schmidt und Giscard ein einvernehmliches Interesse an einer stärkeren Rolle beider Staaten in den Europäischen Gemeinschaften und an einer größeren Bedeutung der EG in der Weltwirtschaft. Ferner verringerten sich die Unterschiede in den Beziehungen beider Länder zu den Vereinigten Staaten, und die deutsche Seite setzte die Ostpolitik vorsichtiger und für Frankreich annehmbarer fort als noch die Regierung Brandt<sup>5</sup>. In symbolischer Hinsicht war die Entscheidung Giscard von 1975 grundlegend, den 8. Mai mit Hinweis auf die deutsch-französische Versöhnung als Gedenktag des alliierten Sieges über das nationalsozialistische Deutschland abzuschaffen<sup>6</sup>.

Auf internationaler Ebene wurde die aktive deutsch-französische Zusammenarbeit 1975 durch die Ausrichtung eines informellen Treffens der Vertreter der wichtigsten Industrieländer der Welt, später als G7 bezeichnet, bestätigt. Am deutlichsten fand jedoch »die Effizienz der pragmatischen deutsch-französischen Methode«<sup>7</sup> in der europäischen Politik Anwendung – sowohl in institutionellen als auch in ökonomischen Fragen. Eine gemeinsame Initiative Schmidts und Giscard d'Estaings führte zur Einrichtung des Europäischen Rates, zur Einführung direkter Wahlen in das Europäische Parlament und vor allem zur Schaffung des Europäischen Währungssystems, das 1979 zum Grundstein der Wirtschafts- und Währungsunion wurde.

3 Déclaration de Valéry Giscard d'Estaing, Bonn, 09.07.1974 (extrait), in: JARDIN/KIMMEL (Hg.), *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, S. 207–208, hier S. 207.

4 LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen*, S. 53.

5 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 356; ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 261.

6 MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 231f. Diese Verordnung wurde von Präsident Mitterrand im Oktober 1981 aufgehoben. Auf Basis eines entsprechenden Gesetzes wurde der 8. Mai wiederum zum arbeitsfreien Feiertag erklärt, der an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnern sollte.

7 MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 315.



Weitere Erfolge erzielten die beiden Politiker auf bilateraler Ebene, wo eine Reihe von Verträgen in den Bereichen Technologie, Wissenschaft und Bildung unterzeichnet wurde<sup>8</sup>. Einen – in den Jahren zuvor nur schwer denkbaren – Wandel erfuhr auch die französische Verteidigungsstrategie, die 1976 im Sinne einer »erweiterten Schutzzone« (*sanctuarisation élargie*) adaptiert wurde<sup>9</sup>. Die Tatsache, dass Frankreich zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit bereit war, ebenfalls das Gebiet der Nachbarstaaten zu verteidigen, und zwar auch mit dem Einsatz von Atomwaffen, wurde von einem Großteil der deutschen Gesellschaft allerdings kritisch betrachtet. Schmidt selbst war zwar ein Verfechter der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Territorium und unterstützte sogar die nicht realisierte Variante mit Neutronenwaffen. Dieser Haltung widersprachen jedoch sowohl seine eigene Partei, die SPD, als auch der überwiegende Teil der deutschen Öffentlichkeit<sup>10</sup>. Für den Untersuchungszeitraum gilt daher, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Feld der Verteidigungspolitik zu denjenigen Bereichen gehörte, die nur schwierig vorankamen. Und das trotz der Tatsache, dass sich die französische Vorstellung von einer europäischen Verteidigung während der Amtszeit Giscard's der Doktorin der Nordatlantischen Allianz annäherte<sup>11</sup>.

Ein Beispiel für unterschiedliche Prioritäten war auch die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften und die Reaktion auf die sowjetische Invasion in Afghanistan. Die Bundesrepublik gehörte zu den eindeutigen Anhängern einer Erweiterung der EG um die südeuropäischen Staaten, Frankreich hingegen gab einer Vertiefung der Zusammenarbeit der bisherigen EG-Mitglieder den Vorrang<sup>12</sup>. Eine abweichende Haltung nahmen die deutschen und französischen Vertreter auch gegenüber den Olympischen Spielen ein, die im Sommer 1980 in Moskau stattfanden: Während die Bundesrepublik dem amerikanischen Aufruf zu einem Boykott der Spiele als Verurteilung des Einmarsches nach Afghanistan Folge leistete, nahm die französische Delegation an diesen teil<sup>13</sup>.

---

8 Pierre JARDIN/Adolf KIMMEL, La priorité européenne. 1974–1981. Présentation, in: Dies. (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 203–205, hier S. 203. Das Rahmendokument für die genannten Bereiche ist die Gemeinsame Kultur-Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 06.02.1981, in: Harald KÄSTNER (Bearb.), Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule, Bonn 1999, S. 49–54.

9 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 361; MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 84.

10 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 85.

11 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 351 u. 368.

12 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 274.

13 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 89.

Eine verschiedenartige Interpretation erfuhren allerdings auch zwei primär innere Angelegenheiten der Bundesrepublik. Das erste Streitthema war die Sorge der deutschen Staatsorgane vor den Aktivitäten linksextremer Gruppierungen, die durch die Terrorakte der Gruppe Rote Armee Fraktion (RAF) verstärkt wurde. Bereits 1972 hatten daher die Ministerpräsidenten der Länder unter der Führung von Bundeskanzler Brandt die »Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen« (auch bezeichnet als »Radikalenerlass« oder »Extremistenbeschluss«) angenommen, die die Bedingungen für die Verbeamtung von im öffentlichen Dienst Beschäftigten verschärfte<sup>14</sup>. Jeder Bewerber sollte zunächst dahingehend überprüft werden, ob er nicht eine verfassungswidrige Tätigkeit ausübt oder einer Organisation angehört, die verfassungsfeindliche Ziele anstrebt. Beide Tatsachen waren ein wesentlicher Grund dafür, dem Kandidaten den Beamtenstatus zu verweigern. Da insbesondere Mitglieder linksradikaler Gruppierungen unter Verdacht gerieten, wurde diese Verordnung in Frankreich vor allem von der Opposition kritisiert, die in ihr in erster Linie ein Verbot der freien Berufsausübung erblickte. Sowohl die Mitglieder der französischen kommunistischen Partei als auch die Sozialisten gründeten entsprechende Protestkomitees<sup>15</sup>. In dem von der Sozialistischen Partei 1976 initiierten *Comité français pour la liberté d'expression et contre les interdictions professionnelles en RFA* engagierte sich auch François Mitterrand. Im Folgejahr kamen weitere Kritiker hinzu, die die deutsche Reaktion auf den kulminierenden Terrorismus als inadäquat betrachteten und denen die Einschränkung der Bürgerrechte und -freiheiten zu weit ging; einige rechtfertigten den linken Terrorismus sogar<sup>16</sup>.

Das zweite problematische Thema stellte der bereits erwähnte deutsche Widerstand gegen die Kernwaffen dar, der sich hauptsächlich in der zweiten Hälfte der Giscard'schen Amtszeit sowie zu Beginn der Regierung seines Nachfolgers Mitterrand präsentierte. Der deutschen Gesellschaft war bewusst, dass das deutsche Territorium im Falle eines Atomkrieges zum Hauptkriegsschauplatz mit den meisten Opfern würde. Seit dem Ende der 1970er Jahre wollte sie dieser Gefahr nicht mit eigenen Kernwaffen begegnen, sondern mit der Reduzierung selbiger. Infolgedessen stellte sie

14 Siehe Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst, 18.02. 1972, in: URL: <[http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0113\\_ade&object=pdf&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0113_ade&object=pdf&st=&l=de)> (03.05.2014); MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 184f.

15 Hélène MIARD-DELACROIX, Willy Brandt, Helmut Schmidt und François Mitterrand. Vom Komitee gegen »Berufsverbote« 1976 bis zum Streit um die Mittelstreckenraketen 1983, in: MÖLLER/VAÏSSE (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, S. 231–245, hier S. 236f.

16 MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix?*, S. 105. Für ein Verständnis dessen, warum der Linksextremismus in der Bundesrepublik und in Frankreich so unterschiedlich bewertet wurde, siehe dies., Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 183–186.

sich kritisch gegenüber den französischen Kurzstreckenraketen *Pluton* wie auch den amerikanischen Plänen einer Stationierung von Neutronenbomben in Europa<sup>17</sup>. Die Friedensbewegung, die in der Bundesrepublik eine starke Unterstützung fand, erregte beim westlichen Nachbarn deutlichen Unwillen. Mit Verweis auf die »deutschen Unwägbarkeiten« (*incertitudes allemandes*) warnten die französischen Medien vor einem unerwünschten Pazifismus, Neutralismus und einem neuen deutschen Nationalismus<sup>18</sup>. Die Aktivitäten der deutschen Zivilgesellschaft in der Atomwaffenfrage wurden auf beiden Seiten des Rheins so unterschiedlich interpretiert, dass Miard-Delacroix den Beginn der 1980er Jahre als eine Phase bezeichnet, »in der von Annäherung keine Rede sein kann«<sup>19</sup>.

Zu dieser Bewertung der bilateralen Beziehungen trug allerdings auch das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen wesentlich bei. Mit dem Sieg Mitterrands im Mai 1981 kam es in den deutsch-französischen Beziehungen zu einem deutlichen Bruch<sup>20</sup>. Der Grund waren sowohl die Regierungskoalition des Präsidenten, zu der die kommunistische Partei eingeladen wurde, und seine geplanten weitreichenden Eingriffe in die Wirtschaft (einschließlich der Verstaatlichung) als auch Mitterrands außenpolitische Konzeption, die die Beziehungen zur Bundesrepublik nicht mehr als privilegiert betrachtete<sup>21</sup>. Obwohl das deutsch-französische Konsensmaß wesentlich sank, bemühten sich beide Seiten, in der bilateralen Zusammenarbeit die Kontinuität zu wahren<sup>22</sup>. Die Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen war zwar deutlich, allerdings in einem kleineren Ausmaß als nach dem Rücktritt Adenauers.

## 2. Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Tausend Partnerschaften

In dem Zeitraum zwischen 1974 und 1981 erweiterte sich die kommunale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich um 370 Fälle. Den absoluten Großteil bildeten Kooperationen in der Form von Partnerschaften (359), wengleich die Zahl der Freundschaften (5) und Kontakte (6) geringfügig anstieg. Die Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl änderten

---

17 SOUTOU, *L'alliance incertaine*, S. 355 u. 367.

18 ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 280 u 282.

19 MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 90.

20 Ebd., S. 19.

21 Pierre JARDIN/Adolf KIMMEL, *La relance de la coopération. 1981–1989. Présentation*, in: Dies. (Hg.), *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, S. 249–252, hier S. 249.

22 LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen*, S. 55.

sich wie folgt: Während Ende des Jahres 1973 noch 694 Fälle kommunaler Zusammenarbeit registriert wurden (davon 688 Partnerschaften), waren es acht Jahre später bereits 1.064 Fälle (davon 1.045 Partnerschaften) [Tabelle 12]. Gerade auf das Jahr 1981 entfiel die Schließung der tausendsten Partnerschaft.

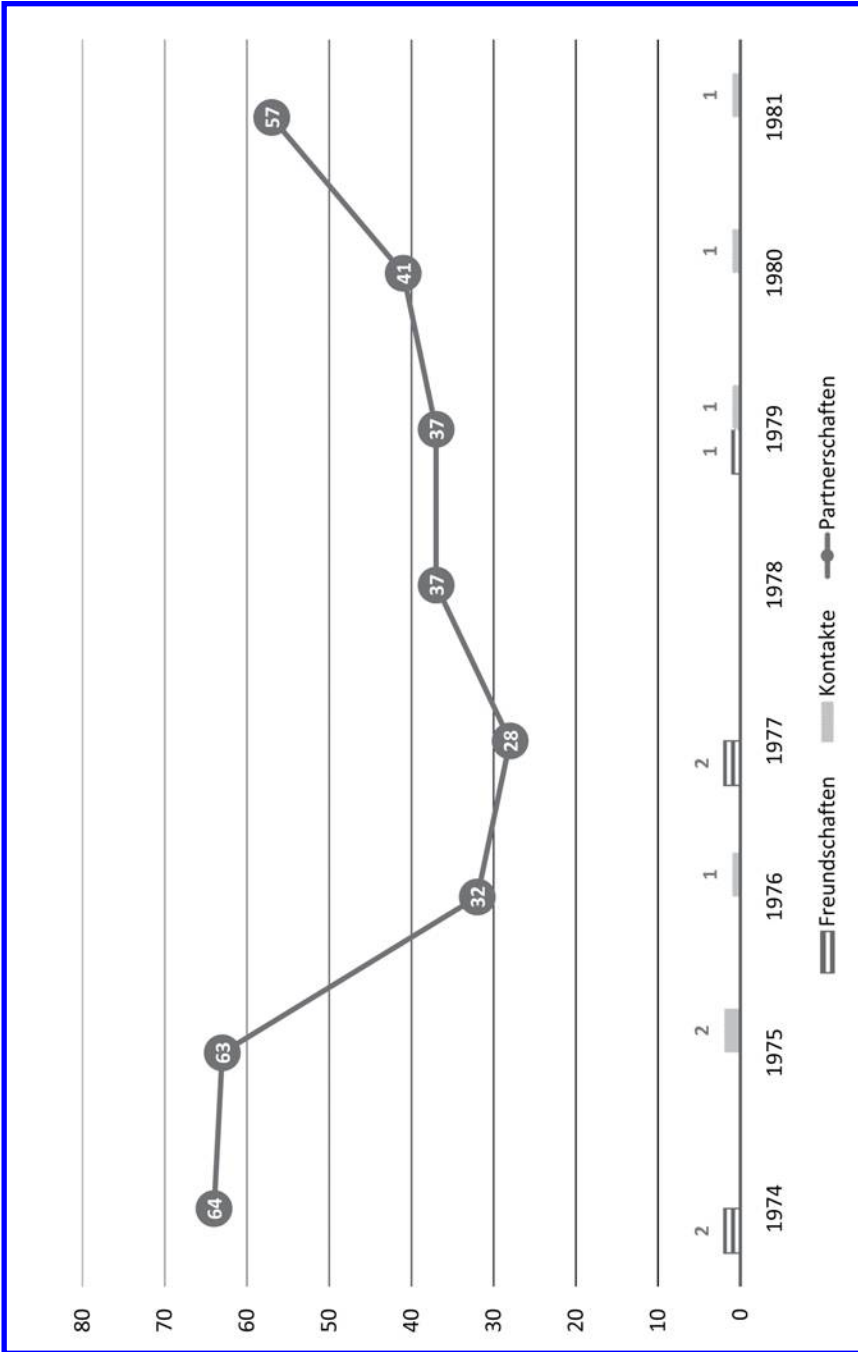
**Tabelle 12:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1974–1981)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Insgesamt
1974	750	7	3	760
1975	813	7	5	825
1976	845	7	6	858
1977	873	9	6	888
1978	910	9	6	925
1979	947	10	7	964
1980	988	10	8	1.006
1981	1.045	10	9	1.064

Auch wenn die Internationale Bürgermeister-Union für Deutsch-Französische Verständigung und Europäische Zusammenarbeit mit dem Rat der Gemeinden Europas vereinbart hatte, dass dieser Titel symbolisch einer konkreten Partnerschaft zufallen sollte, schmückten sich mit dieser Bezeichnung mindestens zwei Städtepaare: zum einen die Winzergemeinden Kiedrich (Rheinland-Pfalz) und Hautvillers (Champagne)<sup>23</sup>, zum anderen die historische Stadt Remagen (Rheinland-Pfalz) und die Pariser Vorstadt Maison-Lafitte (Île-de-France)<sup>24</sup>. Wenn wir uns daran erinnern, dass die 500. Partnerschaft im Jahr 1970 entstand, ist evident, dass das Interesse an der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit in den 1970er

23 Hans-Gerd von LENNEP, 1000 deutsch-französische Städtepartnerschaften, in: Europa kommunal 5 (1981), S. 43f. Vgl. auch Gemeinde Kiedrich, Hautvillers, Frankreich, in: URL: <<http://www.kiedrich.de/tourismus-freizeit/kiedrichhautvillers.html>> (26.03.2014).

24 1000 deutsch-französische Städtepartnerschaften, in: Europa kommunal 5 (1981), S. 127–129 u. 154f. Vgl. auch Stadt Remagen, Partnerstädte von Remagen, in: URL: <[http://www.stadtremagen.de/Rathaus\\_Buergerservice/Partnerstaedte/?&d=1](http://www.stadtremagen.de/Rathaus_Buergerservice/Partnerstaedte/?&d=1)> (26.03.2014).



**Diagramm 7:** Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1974–1981).

Jahren insgesamt groß war. Zugleich unterlag es aber deutlichen Schwankungen, die bei einem Vergleich des zweiten und dritten Viertels der 1970er Jahre am deutlichsten sind [Diagramm 4, Diagramm 7].

Es ist daher verständlich, dass der durchschnittliche Jahreszuwachs in den Jahren 1974–1981 geringer war als im Zeitraum 1963–1973: Statt 51 betrug er nun 45 Partnerschaften. Aus dem Diagramm 7 wird deutlich, dass zu Beginn und am Ende des Untersuchungsabschnitts, d.h. in den Jahren 1974 (64 Partnerschaften), 1975 (63) und 1981 (57), überdurchschnittliche Werte erzielt wurden. Das bedeutet, dass das Interesse an der kommunalen Kooperation in diesen Jahren fließend an die Entwicklung vom Anfang der 1970er Jahre anknüpfte bzw. die Entwicklung des Jahres 1982 vorzeichnete. Die Anzahl der zwischen 1976 und 1980 geschlossenen Partnerschaften war hingegen unterdurchschnittlich. Der größte Einbruch wurde dabei im Jahr 1977 registriert, in dem lediglich 28 neue Partnerschaftsverträge unterzeichnet wurden. Ähnlich niedrige oder noch niedrigere Werte waren zuletzt im Jahr 1962 (22) erreicht worden und danach erst wieder am Ende der 1990er Jahre. Ganz allgemein stimmt also die Bewertung, dass die Entwicklung der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit in den Jahren 1976–1979 »eine Phase der Stagnation bzw. des Rückgangs« gewesen sei<sup>25</sup>. Es muss jedoch präzisiert werden, dass es sich viel eher um einen Rückgang als um eine bloße Stagnation handelte. Da dieser Einbruch zwar markant, aber lediglich vorübergehend war, muss allerdings der Ansicht Wagners widersprochen werden, dass der erwähnte Rückgang nur natürlich gewesen sei, da bereits viele weitere Institutionen, Organe oder Einzelpersonen die Funktion kommunaler Partnerschaften übernommen hätten<sup>26</sup>.

Der Blick auf die deutsch-französische kommunale Kooperation unter regionalen Gesichtspunkten bringt zwei Hauptergebnisse [Tabelle 13]. Erstens ist weiterhin die Dominanz Baden-Württembergs als Bundesland mit dem höchsten Zuwachs an neuen Partnerschaftsverträgen (83) evident. Deren Anteil an allen Partnerschaftsverträgen, die zwischen 1974 und 1981 geschlossen wurden, erhöhte sich gegenüber dem vorherigen Zeitabschnitt sogar leicht – von mehr als einem Fünftel auf fast ein Viertel.

---

25 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 100.

26 WAGNER, Städtepartnerschaften zwischen Ost- und Westeuropa, S. 354.

**Tabelle 13:** Anzahl der 1974–1981 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit

Bundesland	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Baden-Württemberg	83	1	1
Rheinland-Pfalz	63	0	1
Bayern	62	4	2
Hessen	55	0	1
Nordrhein-Westfalen	48	0	1
Niedersachsen	35	0	0
Saarland	8	0	0
Schleswig-Holstein	4	0	0
Westberlin	1	0	0
Insgesamt	359	5	6

Anm.: Weder Bremen noch Hamburg gingen in diesem Zeitraum eine neue Kooperation mit Frankreich ein.

Zweitens gehörte nunmehr erstmals Bayern zu dem Trio derjenigen Bundesländer, auf deren Gebiet die meisten neuen Fälle kommunaler Kooperation registriert wurden, und zwar auf Kosten Nordrhein-Westfalens. Die bayerischen Kommunen waren darüber hinaus die erfolgreichsten bei der Anknüpfung weniger offizieller Formen der Zusammenarbeit. An den vorderen Positionen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz änderte sich nichts. Baden-Württemberg verzeichnete sogar den höchsten Zuwachs in seiner Geschichte, konkret 19 Partnerschaften im Jahr 1974 [Diagramm 8].

Am anderen Ende der Rangliste der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit finden wir schon traditionell Schleswig-Holstein (4) und das Saarland (8) [Tabelle 13]. Den durchschnittlichen gesamtdeutschen Jahreszuwachs erzielte in diesem Zeitraum nicht einmal Niedersachsen, wo 35 Partnerschaften neu entstanden. Einen Partnerschaftsvertrag trug schließlich Westberlin bei, der 1975 die Gruppe der Westberliner Partnerschaften mit den Pariser Vorstädten um den Stadtbezirk Tempelhof erweiterte<sup>27</sup>.

27 Städteverbindungen der Bezirke von Berlin – Ausland.

Berücksichtigen wir bei der Untersuchung der regionalen Unterschiede die Einwohnerzahl, so verändert sich die Reihenfolge der Bundesländer [Tabelle 14]. Den ersten Platz nimmt hier nicht mehr Baden-Württemberg ein, sondern – genau wie in den beiden vorherigen Perioden – eindeutig Rheinland-Pfalz, das für die Jahre 1974–1981 einen Zuwachs von mehr als 17 Partnerschaften pro eine Million Einwohner auswies. Diese Angabe beträgt fast das Doppelte der Werte Hessens (9,8) und Baden-Württembergs (8,9), die Platz 2 und 3 einnehmen. Hier gilt bereits, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern nicht wesentlich sind. Eine weitere markante Veränderung gegenüber der Tabelle 13 ist für das Saarland zu beobachten, dessen Einbindung in die kommunale Kooperation mit Frankreich unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl wiederholt größer erscheint. Was Bayern und Nordrhein-Westfalen betrifft, so bestätigt die Tabelle 14 die genannte Tendenz, d.h. ein allmählich steigendes Interesse der bayerischen Kommunen und ein definitiv zurückgehendes Engagement der Städte in Nordrhein-Westfalen.

**Tabelle 14:** Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1974–1981 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Bundesland	Einwohnerzahl zum 31.12.1981*	Anzahl der Partnerschaften	Anzahl der Partnerschaften auf 1.000.000 Einwohner
Rheinland-Pfalz	3.641.000	63	17,3
Hessen	5.612.000	55	9,8
Baden-Württemberg	9.288.000	83	8,9
Saarland	1.063.000	8	7,5
Bayern	10.959.000	62	5,7
Niedersachsen	7.267.000	35	4,8
Nordrhein-Westfalen	17.046.000	48	2,8
Schleswig-Holstein	2.619.000	4	1,5
Westberlin	1.889.000	1	0,5

\* Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch 1989 für die BRD, Wiesbaden 1990, S. 43.



Die quantitativen Veränderungen, die die deutsch-französische kommunale Kooperation im Rahmen der gesamten Bundesrepublik verzeichnete, sind auch bei denjenigen Bundesländern offenkundig, in denen die meisten Partnerschaftsverträge unterzeichnet wurden [Diagramm 8]. Dabei handelte es sich vor allem um Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen, in geringerem Maße um Rheinland-Pfalz. Die höchsten Zuwächse verzeichneten sie zu Beginn und am Ende des Untersuchungsabschnitts, die größten Einbrüche hingegen im Jahr 1977. Von diesem Trend wich nur Bayern ab, das zwei Jahre später ein Krisenjahr erlebte.

Was die kommunale Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich betrifft, so durchlebte sie zwischen den Jahren 1974 und 1981 eine eindeutige Phase der Stagnation. Die Ausgangsdatenbanken weisen für diese Zeit 13 Partnerschaften und 1 Freundschaft aus, was die geringste Zahl aller drei bisher untersuchten Zeitabschnitte darstellte. Durchschnittlich kamen ein bis zwei neue Partnerschaften jährlich hinzu, eine Ausnahme stellte lediglich die Mitte der 1970er Jahre dar [Diagramm 9]: Im Jahr 1975 entstand überhaupt keine Partnerschaft, 1976 hingegen wurden gleich vier geschlossen.

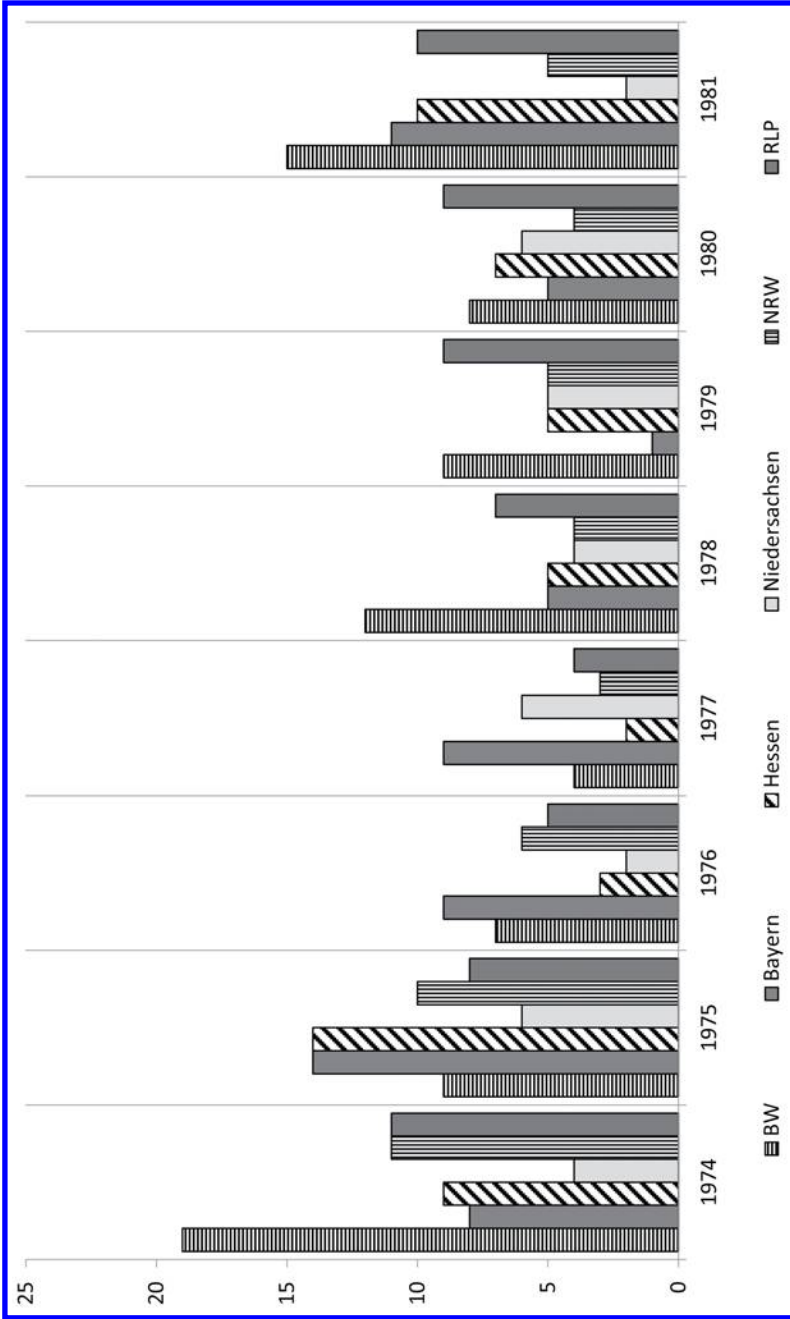


Diagramm 8: Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1974–1981).

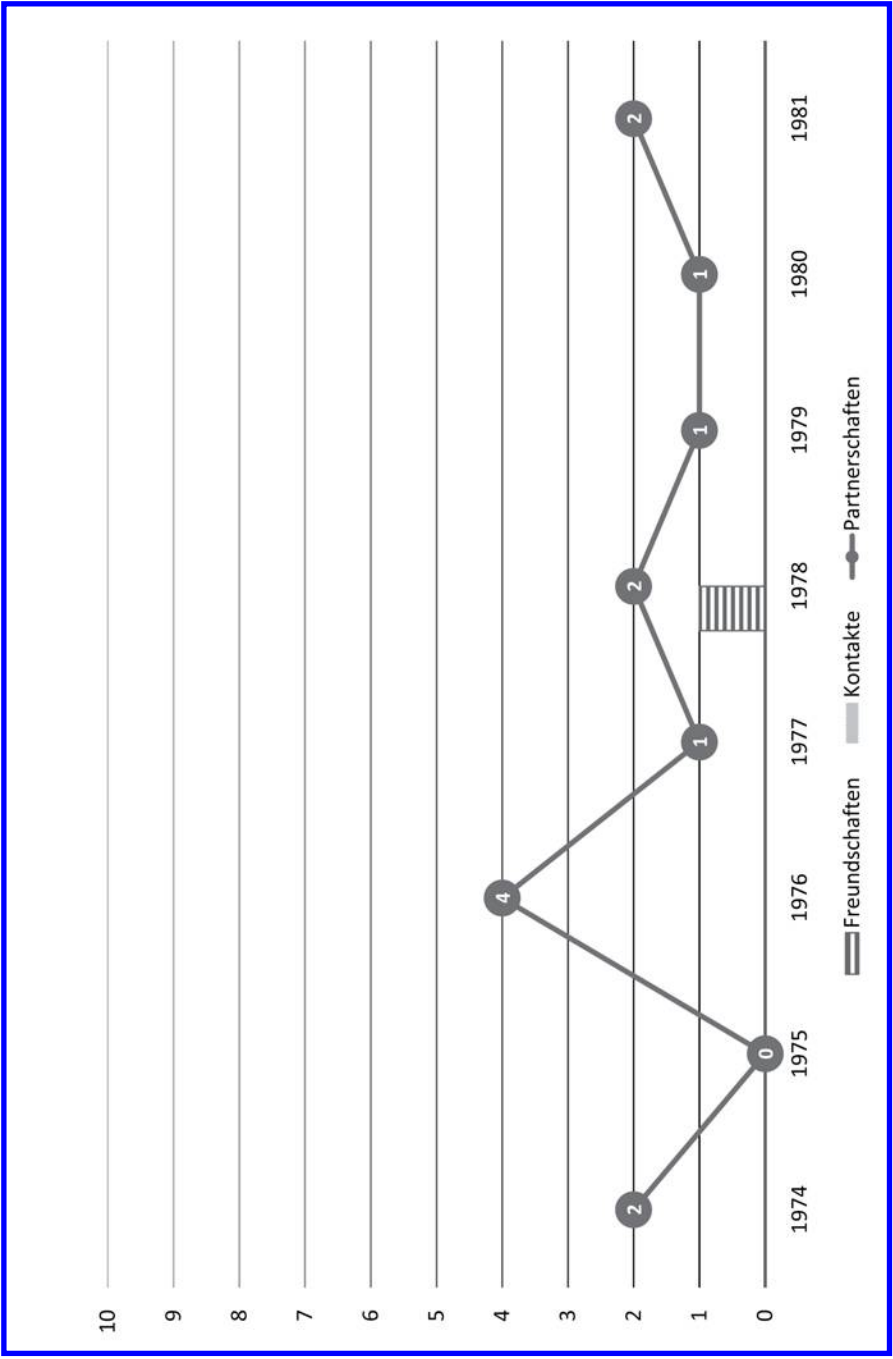


Diagramm 9: Anzahl der zwischen der DDR und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1974–1981).

Aus der bisherigen Analyse wird deutlich, dass die ostdeutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene unter quantitativen Gesichtspunkten eine deutlich andere Richtung nahm als die Kooperation zwischen Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik und Frankreich. Im untersuchten Zeitabschnitt entfielen auf eine neue Partnerschaft in der DDR fast 28 neue Partnerschaftsverträge in der Bundesrepublik. Noch plastischer ist das Beispiel des Jahres 1981, als im westdeutschen Staat die Existenz der bereits 1000. Partnerschaft gefeiert wurde, während sich die Gesamtzahl der existierenden Partnerschaften in der DDR in einer viel niedrigeren Größenordnung bewegte – nach den Angaben der Ausgangsdatenbanken näherte sie sich der 70 [Tabelle 15]. Auch galt seit dieser Zeit nicht mehr, dass die ostdeutschen Städte eher zu einer loseren Form der Zusammenarbeit mit Frankreich neigten als ihre westdeutschen Pendanten.

**Tabelle 15:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich (1974–1981)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Insgesamt
1974	57	3	5	65
1975	57	3	5	65
1976	61	3	5	69
1977	62	3	5	70
1978	64	4	5	73
1979	65	4	5	74
1980	66	4	5	75
1981	68	4	5	77

### 3. Fallstudien: Kirkel – Mauléon ...

#### a) Kirkel – Mauléon:

##### Eine Partnerschaft mit einer stärkeren französischen Initiative

Das Thema der dritten Fallstudie ist die Partnerschaft zweier ländlicher Gebiete: des deutschen Kirkel auf der einen und des französischen Mauléon mit einigen umliegenden Gemeinden auf der anderen Seite. Im Rahmen des gesamten Buches wird diese Zusammenarbeit am detailliertesten skizziert – vor allem dank der Tatsache, dass die deutsche Seite den Zugang zu Quellen ermöglichte, die den gesamten Zeitraum abdecken.

Beide untersuchten Gebiete liegen im westlichen Teil des entsprechenden Staates: Kirkel befindet sich im Saarland, Mauléon gehört zum Département Deux-Sèvres und zur Region Poitou-Charentes. Obwohl Kirkel nur 25 km von der deutsch-französischen Grenze entfernt ist, beträgt die Entfernung zu Mauléon fast 800 km<sup>28</sup>. Die Tatsache, dass der Weg von der einen in die andere Gemeinde eine ganztägige Fahrt mit dem Auto bedeutet, wurde insbesondere von den Repräsentanten Kirkels als größtes Hindernis einer möglichen Zusammenarbeit betrachtet<sup>29</sup>. Zugleich meldeten sich aber Stimmen zu Wort, dass gerade Städte und Gemeinden im deutschen Grenzgebiet die Kooperation mit entlegeneren Teilen »Innerfrankreichs« aufnehmen sollten<sup>30</sup>. Dieser geographische Nachteil wurde darüber hinaus in den 1990er Jahren zu einem gewissen Vorteil, da dadurch die Wahrscheinlichkeit höher war, dass Kirkel und Mauléon Mittel für die Durchführung der gemeinsamen Aktivitäten aus dem Fonds erhielten, den die Europäische Kommission zur Förderung der kommunalen Partnerschaften geschaffen hatte.

Ein Spezifikum, das die beiden Gebiete verband, war ihre administrative Entwicklung. Die Territorien Kirkels wie Mauléons durchliefen eine Reform, die aus ihnen größere Gebietskörperschaften mit höherer Bevölkerungszahl machte. Im Jahr 1973 entstand so durch die Vereinigung von Mauléon mit sieben kleineren Gemeinden das sog. Grand Mauléon<sup>31</sup>. In Kirkel wurde die Reform ein Jahr später durchgeführt. Damals wurde aus den drei selbst-

28 Den Autobahnwegweiser mit der Angabe 786 km ließen die Repräsentanten Kirkels 2009 anfertigen, siehe L'association de jumelage Mauléon–Kirkel, Voyage à Kirkel Octobre 2009, in: URL: <<http://mauleonkirkel.over-blog.com/40-index.html>> (04.04.2014).

29 GV Kirkel Reg., Ord. C, Ernst Bach (Bgm. von Kirkel) an Louis Fruchard (Bgm. von Mauléon), 08.11.1976.

30 GV Kirkel Reg., Ord. H, Leserbrief im Namen des Ausschusses »Kirkel–Mauléon«, adressiert an die Saarbrücker Zeitung in Reaktion auf einen Artikel vom 17.05.1984.

31 Grand Mauléon (im Text weiter als Mauléon) wurde aus diesen Gemeinden gebildet: La Chapelle-Largeau, Le Temple, Loublande, Mauléon, Moulins, Rorthais, Saint-Amand-sur-Sèvre (bis zum Jahr 1992) und Saint-Aubin-de-Baubigné, Vgl. Ville de Mauléon, Présentation, in: URL: <[http://www.mauleon.fr/web2/p26\\_le-grand-mauleon.html](http://www.mauleon.fr/web2/p26_le-grand-mauleon.html)> (26.03.2014).

ständigen Gemeinden Altstadt, Kirkel-Neuhäusel und Limbach eine einzige Gemeinde mit dem Namen Kirkel geschaffen<sup>32</sup>. Die Tatsache, dass diese Zusammenlegung nicht freiwillig erfolgte, fand in einer gelegentlichen Rivalität der Ortsteile (z.B. bei der Lösung verschiedener kommunaler Angelegenheiten) Ausdruck<sup>33</sup>.

Da die Vertreter Kirkels und Mauléons erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre Kontakte aufnahmen, hatten die Gebietsreformen auf den formellen Charakter der Partnerschaft keinen Einfluss. Es kann jedoch nicht übersehen werden, dass unter dem Partnerschaftsvertrag neben den höchsten Repräsentanten Kirkels und Mauléons noch zwei weitere Personen unterzeichnet sind<sup>34</sup>. Es handelt sich dabei um die Bürgermeister von La Petite-Boissière und Saint-Pierre-des-Échaubrognes, zwei kleinen Gemeinden in der Nachbarschaft Mauléons, die jedoch nicht zu dem Gemeindeverband Grand Mauléons gehören. Im Jahr 2005 schloss sich dem Partnerschaftsvertrag in Form eines Zusatzes noch ein weiterer Signatar an, und zwar der Bürgermeister der Gemeinde Saint-Amand-sur-Sèvre, die sich 1992 von Mauléon abgespalten hatte<sup>35</sup>. Alle drei (später vier) französischen Gemeinden waren formell gleichberechtigte Teilnehmer an den partnerschaftlichen Aktivitäten. Ein Beleg dafür sollte auch ihre Vertretung im Mauléoner Partnerschaftsverein sein, der sich um die Zusammenarbeit mit Kirkel kümmerte<sup>36</sup>. Dennoch beschwerten sich die Vertreter der kleineren Gemeinden von Zeit zu Zeit darüber, dass die Partnerschaft auf französischer Seite nur mit Mauléon verbunden werde<sup>37</sup>. Im Sinne einer besseren Verständlichkeit werden in diesem Buch als Mauléon alle Gemeinden bezeichnet, die im Département Deux-Sèvres liegen und sich an der offiziellen Kooperation mit Kirkel beteiligen. Die Dominanz Mauléons auf französischer Seite wird im Übrigen durch die Angaben über die Einwohnerzahl bestätigt. Während Mauléon im Jahr 1999 7.300 Einwohner hatte, lebten in den Gemeinden Saint-Pierre-des-Échaubrognes und La Petite-Boissière nur 1.300 bzw. 600

---

32 Die Gemeinde Kirkel, Geschichte und Gegenwart, in: URL: <<http://www.kirkel.eu/gemeinde/index.php>> (26.03.2014).

33 Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt (Vorsitzender des Ausschusses »Kirkel – Mauléon« in den Jahren 1980–1994), 20. u. 21.06.2006.

34 Vgl. Partnerschaftsvertrag zwischen Mauléon, La Petite-Boissière, Saint-Pierre-des-Échaubrognes und Kirkel, 25.10.1980, abgedruckt in: SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 19.

35 Urkunde mit der Bezeichnung »Partnerschaft – Zusatz zum Partnerschaftsvertrag zwischen Kirkel und Mauléon, Saint-Pierre-des-Échaubrognes und La Petite-Boissière, 08.10.2005«, ausgestellt auf dem Gang des Kirkeler Rathauses.

36 Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

37 PA Schmidt, Ord. I, Marc-André Bisleau (Vorsitzender der *Association amicale et culturelle Mauléon–Kirkel*, 1978–1994) an Schmidt, 20.10.1980.

Personen<sup>38</sup>. Zusammen zählten alle drei Gemeinden 9.200 Bewohner, was 10 Prozent unter den Angaben für Kirkel lag: Hier waren im Jahr 2003 insgesamt 10.300 Einwohner registriert<sup>39</sup>.

Außer einer ähnlichen Einwohnerzahl besaßen Kirkel und Mauléon noch weitere gemeinsame Charakteristika. Erstens ist bei beiden Gemeinden weiterhin offensichtlich, dass sie durch die Zusammenführung zuvor selbstständiger Kommunen entstanden. Zweitens können sich beide Orte einer langen Geschichte rühmen, die bis ins Mittelalter reicht<sup>40</sup>. Dieses kulturelle Erbe besitzt ein beträchtliches touristisches Potenzial, was das dritte Element darstellt, das beide Gemeinden teilen. Kirkel bemüht sich darüber hinaus, Besucher für die umliegende Natur anzulocken.

Wenn wir davon absehen, dass der Besuch der lokalen historischen und Naturdenkmäler traditionell Bestandteil des Programms ist, das den Gästen aus der Partnerstadt angeboten wird, wurden die Parallelen zwischen Mauléon und Kirkel zur Zusammenarbeit fast nicht genutzt. Nicht einmal zwischen den lokalen Museen wurden Kontakte verzeichnet, ebenso wenig wie ein Erfahrungsaustausch bezüglich der bestmöglichen Ausnutzung des vorhandenen touristischen Potenzials. Der Bericht darüber, dass die Kirkeler Pfadfinder im Sommer 1993 bei der Reparatur der Befestigung in Mauléon halfen<sup>41</sup>, ist daher eine lichte Ausnahme.

Die strukturelle Charakteristik beider Gemeinden hingegen weist zahlreiche Unterschiede auf<sup>42</sup>. In wirtschaftlicher Hinsicht hat Mauléon einen stärker landwirtschaftlichen Charakter als sein deutsches Pendant, da die örtliche Leder verarbeitende Industrie wie auch die Uranförderung zurückgefahren bzw. ganz eingestellt wurden. Für das Leben in Mauléon spricht jedoch die Tatsache, dass die Gemeinde 1983 in dem gesamtfranzösischen Wettbewerb *Villages que j'aime* ausgezeichnet wurde. In Kirkel wurden im untersuchten Vierteljahrhundert nicht nur durch kleine Privatfirmen

---

38 INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Mauléon (79079 – commune), S. 1, in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/79/COM/DL\\_COM79079.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/79/COM/DL_COM79079.pdf)>; INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Saint-Pierre-des-Échaubrognes (79289 – commune), S. 1, in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/79/COM/DL\\_COM79289.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/79/COM/DL_COM79289.pdf)>; INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. La Petite-Boissière (79207 – commune), S. 1, in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/79/COM/DL\\_COM79207.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/79/COM/DL_COM79207.pdf)> (alle 26.03.2014).

39 Vgl. Gemeinde Kirkel, Einwohnerstatistik, in: URL: <[www.kirkel.de](http://www.kirkel.de)> (20.04.2006).

40 Sofern nicht anders angegeben, wurden die Angaben über Kirkel und Mauléon aus zwei Informationsbroschüren übernommen: Gemeinde Kirkel (Hg.), Burggemeinde Kirkel; Mauléon und Umgebung. »Hauptstadt der Vendée militaire«. In beiden Fällen wird kein Veröffentlichungsjahr angeführt.

41 SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 34.

42 Sofern nicht anders angegeben, stützt sich der folgende Vergleich auf das Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch durch die Zweigstelle einer Handelskette sowie durch ein Ausbildungszentrum, das von der Arbeitskammer des Saarlandes betrieben wird<sup>43</sup>.

Ein weiterer großer Unterschied besteht in der Anbindung beider Gemeinden an die Verkehrsinfrastruktur. Während Mauléon weder an das Schienen- noch an das Autobahnnetz angeschlossen ist, steht den Bewohnern Kirkels beides zur Verfügung, was ihnen das Pendeln in die weitere Umgebung erleichtert. Eine gewisse Disproportion ist auch in der Struktur der Bildungseinrichtungen erkennbar. Einen beträchtlichen Nachteil für die partnerschaftliche Zusammenarbeit stellt vor allem die Tatsache dar, dass in keiner der beiden Gemeinden ein Gymnasium existiert, das allgemein einen größeren Wert auf die Lehre von Fremdsprachen legt und somit Interesse an Kontakten ins Ausland hat. Im Falle Kirkels ist dies umso bedauerlicher, als die saarländischen Gymnasien ihre wichtigsten ausländischen Partner in der Regel gerade in Frankreich haben. Schließlich unterscheiden sich die Partnergemeinden teilweise durch das Religionsbekenntnis. Während die Einwohner Mauléons und der umliegenden Gemeinden katholisch sind, überwiegen unter den Kirkeler Bürgern die Protestanten<sup>44</sup>.

An der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kirkel und Mauléon beteiligten sich in dem untersuchten Vierteljahrhundert Vertreter aller Generationen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität in verschiedenen Perioden. Zu den Ersten, die einen persönlichen Kontakt mit der Partnergemeinde anknüpften, gehörten Senioren wie auch Jugendliche im Mittelschulalter<sup>45</sup>. Die Einbindung der Jugend muss auch deswegen betont werden, weil es zwischen den Schulen in Kirkel und Mauléon keine offizielle Kooperation gab. Der Besuch der Partnergemeinde verlief daher in Form von kurzen Austauschaufenthalten während der Ferien oder in Form eines Zeltlagers in Mauléon, das der TV Limbach in den 1980er Jahren für die deutschen Kinder organisierte<sup>46</sup>. Die jungen Bewohner Mauléons hingegen bemühten sich wiederholt darum, in Kirkel ein Praktikum oder einen Ferienjob zu bekommen. Mitte der 1990er Jahre »verjüngte« sich zudem die Leitung des Kirkeler Partnerschaftsausschusses und des Mauléoner Partnerschaftsvereins.

---

43 Gemeinde Kirkel (Hg.), Burggemeinde Kirkel.

44 Angaben über die aktuelle Zahl von Protestanten und Katholiken bietet die Gemeinde Kirkel, Einwohnerstatistik, in: URL: <<http://www.kirkel.eu/rathausonline/daten/statistik/index.php>> (04.04.2014).

45 Siehe etwa GV Kirkel Reg., Ord. C, Fruchard an Bach, 24.01.1978; GV Kirkel Reg., Ord. A, Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses »Partnerschaft Mauléon–Kirkel« am Dienstag, den 24.06.1980, S. 2.

46 GV Kirkel Reg., Ord. A, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift über die Sitzung am 26.01.1982, S. 1; GV Kirkel Reg., Ord. G, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift der Sitzung vom 23.01.1987, S. 2.



Persönliche Verbindungen zwischen den Vertretern der mittleren Generation entstanden am häufigsten dank gemeinsamer Freizeitaktivitäten. Neben Sportlern (hauptsächlich Fußballern und Tennisspielern) handelte es sich dabei um Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sowie um Amateursänger. Die Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehrleuten war zugleich ein Paradebeispiel dafür, wie die persönliche Freundschaft zweier beteiligter Personen – konkret Roland Tschierschkes und Marcel Dixneufs – als treibender Motor auch für die anderen diente<sup>47</sup>. Damit hing allerdings zusammen, dass die Kontakte zwischen den Feuerwehrleuten nach der Pensionierung beider Initiatoren deutlich abnahmen<sup>48</sup>.

Die Kooperation im musikalischen Bereich war dadurch spezifisch, dass sie in beiden Gemeinden die Gründung eines Chors anregte. In Mauléon geschah dies 1981, wobei der dortige Chor *Alauda* allmählich zahlreiche Erfolge verbuchen konnte und sich einen überregionalen Ruf erarbeitete<sup>49</sup>. Das langfristige Interesse der Mauléoner Bevölkerung an einer Mitwirkung in dem Chor ist umso bemerkenswerter, als die Tradition des Amateur-Chorwesens in Frankreich nicht allzu weit verbreitet ist. In Kirkel entstand ein durch die kommunale Partnerschaft inspirierter Chor erst zehn Jahre später, und zwar unter dem Namen »Mauléon-Chor«. Auf der deutschen Seite erfüllte er zugleich eine wichtige Integrationsfunktion, da er Einwohner aus allen der drei früher selbstständigen Teile Kirkels für sich zu gewinnen vermochte<sup>50</sup>. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts war der Chor jedoch sowohl mit einem Mangel an männlichen Mitgliedern als auch mit finanziellen Problemen konfrontiert, was schließlich zu seiner Auflösung führte<sup>51</sup>. Das Interesse am Singen und Musizieren, das in beiden Gemeinden zu beobachten war, spiegelte sich auch in der Komposition von Liedern wider, die bei den ersten Partnerschaftstreffen – in einfachen Texten – die Zusammenarbeit zwischen Kirkel und Mauléon feierten<sup>52</sup>.

Der Auftritt der genannten Chöre und weiterer Musikensembles war traditionell auch einer der Programmpunkte der Partnerschaftsbegegnungen. Auf dem Programm standen ebenfalls ökumenische Gottesdienste, die in einigen

---

47 SCHMIDT/ SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 23.

48 Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

49 Vgl. Association Kirkel–Mauléon, Chorale Alauda, in: URL: <<http://membres.multimania.fr/mauleonkirkel/page16.html>> (10.06.2011); Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

50 Frankreich liegt den Sängern am Herzen, in: Saarbrücker Zeitung, 16.01.1999.

51 GV Kirkel Reg., Ord. F, Niederschrift über die Mitgliederversammlung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon am 30.01.2002, S. 6.

52 GV Kirkel Reg., Ord. A, Notenblatt (einschließlich Text) mit der Überschrift »Kirkel–Mauléon 19.–22.04.1979«; PA Schmidt, Ord. I, Freuden-Lied/Hymne à la joie; ebd., Refrain [o.D.].

Jahren parallel in beiden Sprachen gefeiert wurden<sup>53</sup>. Fand die Begegnung in Kirkel statt, wurden die Messen manchmal in mehreren Kirchen gleichzeitig so gefeiert, wie es den konfessionellen Unterschieden der örtlichen Einwohnerschaft und der »Rivalität« zwischen den einzelnen Teilen der deutschen Gemeinde entsprach<sup>54</sup>. Der gemeinsame Besuch der Messe stand noch im Jahre 2000 auf dem Programm, was belegt, dass der religiöse Aspekt als fester, wenn vielleicht auch nur formeller Bestandteil der gemeinsamen Begegnungen betrachtet wurde<sup>55</sup>. Ebenso wurde die Unterbringung in Gastfamilien als selbstverständlich angesehen, obgleich deren Organisation seit der Wende der 1980er zu den 1990er Jahren gelegentlich Probleme verursachte<sup>56</sup>.

Bei der Aufnahme und der Ausweitung der Kontakte zwischen Kirkel und Mauléon spielten zwei Organe, die noch vor der Schließung der eigentlichen Partnerschaft entstanden waren, eine tragende Rolle – der deutsche Ausschuss »Kirkel–Mauléon« und die französische *Association amicale et culturelle Mauléon–Kirkel* (oft abgekürzt als *Association Mauléon–Kirkel*)<sup>57</sup>. Die Repräsentanten Mauléons erwogen zwar durchaus zweimal einen Ausbau der auswärtigen Partnerschaften, aber aus den Informationen auf den Webseiten der Stadt geht klar hervor, dass die internationalen Aktivitäten auch im 21. Jahrhundert auf Kirkel beschränkt blieben<sup>58</sup>. Beide Pläne der Mauléoner Stadtväter waren jedoch dahingehend interessant, als sie sich bemühten, auch Kirkel in die weitere Zusammenarbeit einzubinden und somit eine Ringpartnerschaft zu bilden. Zu einem ersten Versuch kam es noch vor dem Fall der Berliner Mauer, als der Mauléoner Bürgermeister vorschlug, dass beide Gemeinden Kontakte mit einer Gemeinde in der DDR aufnehmen und eine gemeinsame Partnerschaft schließen sollten<sup>59</sup>. Den zweiten Entwurf zur Bildung einer Ringpartnerschaft legte die französische Seite 1994 vor, als sie ein Pendant in Südspanien suchte. Kirkel lehnte die angebotene Zusammen-

53 Eine Messe in deutscher und französischer Sprache wurde beispielsweise bei den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Zusammenarbeit gehalten. Vgl. GV Kirkel Reg., Ord. G, Bericht über die Partnerschaftsbegegnung vom 24.–27.05.1990 in Kirkel, S. 2; ebd., Bericht über die Partnerschaftsbegegnung vom 09.–12.05.1991 in Mauléon.

54 GV Kirkel Reg., Ord. C, Einladung an die Bevölkerung von Altstadt, Kirkel–Neuhäusel und Limbach zur Partnerschaftsfeier am 25.10.1980.

55 GV Kirkel Reg., Ord. I, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon am Dienstag 17.04.2000, S. 3. Da sich die Zahl der französischen Gäste in Kirkel im letzten Moment deutlich verringerte, wurde die gemeinsame Messe schließlich vom Programm genommen. Ebd., Niederschrift über die Vorstandssitzung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon am Mittwoch 03.05.2000, S. 3.

56 Z.B. GV Kirkel Reg., Ord. G, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift über die Sitzung vom 05.04.1990, S. 3.

57 Zur aktuellen Tätigkeit der *Association amicale et culturelle Mauléon–Kirkel* vgl. ihre Homepage, in: URL: <<http://mauleonkirkel.over-blog.com>> (04.04.2014).

58 Vgl. Mauléon, Tourisme et jumelage, in: URL: <[http://www.mauleon.fr/web2/p37\\_tourisme-et-jumelage.html](http://www.mauleon.fr/web2/p37_tourisme-et-jumelage.html)> (04.04.2014).

59 Vgl. dazu *Mariage à trois avec l'Allemagne de l'Est*, in: *Le Courrier de l'Ouest*, 20.–21.01.1990.

arbeit unter anderem mit Verweis auf die große Entfernung wiederum ab<sup>60</sup>. Im neuen Jahrtausend änderte die deutsche Gemeinde jedoch ihre Meinung. Seit dem Jahr 2012 hat Kirkel daher nicht nur in Frankreich, sondern auch im spanischen Andalusien eine Partnergemeinde<sup>61</sup>.

Hinsichtlich der politischen Führung beider Gemeinden kam es während der gesamten Zeit der Zusammenarbeit zu keiner großen Veränderung. In beiden Gemeinden erfolgte nur einmal ein Personalwechsel auf dem Posten des Bürgermeisters, die grundlegende politische Orientierung blieb jedoch dieselbe. In Kirkel regierten die Sozialdemokraten, konkret Ernst Bach (1974–1981) und Arno Hussong (1981–2001)<sup>62</sup>, in Mauléon gehörten die Bürgermeister eher zur politischen Rechten. Louis Fruchard, der das Amt des Bürgermeisters fast ein Vierteljahrhundert lang ausübte (1965–1989), war Mitglied der Mitte-Rechts-Partei UDF, sein Nachfolger Louis-Marie Marolleau (1989–2001) wurde als Unabhängiger mit politisch rechter Orientierung gewählt<sup>63</sup>. Beide engagierten sich zugleich in der Departemental- oder Regionalpolitik.

\*\*\*

Auch wenn der Partnerschaftsvertrag zwischen Kirkel und Mauléon erst 1980 unterzeichnet wurde, d.h. am Ende des hier untersuchten Zeitraums, wurden die ersten Kontakte durch die jeweiligen Bürgermeister bereits im Jahre 1976 geknüpft. Der Weg, der von Kennenlernbesuchen zur Schließung einer langfristigen Zusammenarbeit führte, ist (neben der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais) ein weiteres Beispiel dafür, dass die französische Seite ein größeres Interesse an der kommunalen Kooperation bekundete.

Die höchsten Vertreter beider Gemeinden, Ernst Bach und Louis Fruchard, lernten sich im Sommer 1976 bei einer Studienreise nach Helsinki kennen, die vom Deutschen Städte- und Gemeindebund und der *Association des maires de France* organisiert worden war<sup>64</sup>. Der Vorschlag zu einer gegenseitigen Zusammenarbeit kam vom Mauléoner Bürgermeister Fruchard, der nach eigener Aussage schon länger Interesse an einer Partnerschaft mit einer

---

60 Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

61 Gemeinde Kirkel, Städtepartnerschaft mit Torrox offiziell besiegelt, in: URL: <<http://kirkel.eu/gemeinde/partnerschaft/spanien/staedtepartnerschaft-mit-torrox-offiziell-besiegelt.php>> (04.04.2014).

62 SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 22.

63 Associated Press, Le Poitou-Charentes en quelques chiffres, 17.03.2004, verfügbar in der Datenbank Factiva in: URL: <<http://new.dowjones.com/factiva>> (04.04.2014); SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 30.

64 GV Kirkel Reg., Ord. A, Akten betr. die Städtepartnerschaft zwischen Kirkel und Mauléon (Frankreich), 24.12.1976.

Gemeinde in der Bundesrepublik gehabt hatte<sup>65</sup>. Im September 1976 erhielt Fruchards Vorhaben die offizielle Unterstützung des Mauléoner Gemeinderats<sup>66</sup>. Zwei Monate später kamen der französische Bürgermeister und sein Stellvertreter zu einem ersten Besuch nach Kirkel, um die Möglichkeiten einer konkreten Zusammenarbeit zu erörtern<sup>67</sup>.

Zu einer ersten Begegnung der Bürger beider Gemeinden kam es im April 1978, wiederum dank der Initiative der französischen Seite. Eine fast fünfzigköpfige Gruppe von Mauléoner Bürgern, vorwiegend Senioren, begab sich mittels eines Reisebüros nach Kirkel<sup>68</sup>. Dennoch bekundeten die Gäste aus Frankreich ein großes Interesse an einer Unterbringung in deutschen Familien, was schließlich dank des Kirkeler Bürgermeisters auch realisiert werden konnte. Letzterer rief nämlich seine Mitbürger dazu auf, die »Gelegenheit, im kleinen Rahmen im Sinne einer so notwendigen Völkerverständigung tätig werden zu können«, zu nutzen<sup>69</sup>. Insgesamt wurde der Verlauf der ersten Begegnung zwischen den Bürgern Kirkels und Mauléons sehr positiv bewertet<sup>70</sup>.

Ein weiterer Schritt, der der offiziellen Besiegelung der Kooperation voranging, beinhaltete die Entstehung der entsprechenden Organisationsstrukturen. Die wahrscheinlich schon 1978 gegründete französische *Association amicale et culturelle Mauléon–Kirkel* sollte auch nach Ansicht von Bürgermeister Fruchard unabhängig von der Kommunalverwaltung tätig sein<sup>71</sup>. Der deutsche Ausschuss »Kirkel – Mauléon« hingegen wurde im Juni 1980 als einer der Ausschüsse des Kirkeler Gemeinderats gegründet<sup>72</sup>. Im Vergleich zu den normalen Ausschüssen war er insofern spezifisch, als er das Statut eines offenen Ausschusses hatte, was ermöglichte, die Mitgliederzahl je nach Bedarf zu adaptieren<sup>73</sup>. Vorsitzender des Ausschusses wurde Josef Schmidt, der in dieser Funktion (bzw. als stellvertretender Vorsitzender)

65 Association Mauléon–Kirkel, Mots des anciens maires, in: URL: <<http://membres.multimania.fr/mauleonkirkel/page14.html>> (10.06.2011).

66 Fruchard an Bach, 17.09.1976, abgedruckt in: SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 12.

67 Bach an Fruchard, 08.11.1976.

68 GV Kirkel Reg., Ord. C, Fruchard an Bach, 13.03.1978.

69 Ebd., Aufruf von Ernst Bach an die Bürger von Kirkel vom April 1978.

70 Fruchard an Bach, 12.05.1978, abgedruckt in: SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 14; GV Kirkel Reg., Ord. C, Bach an Fruchard, 12.06.1978.

71 Association Mauléon–Kirkel, Mots des anciens maires.

72 Die Bezeichnung »Ausschuss »Kirkel–Mauléon« etablierte sich nach einigen Wochen der Tätigkeit des Ausschusses, anfangs hingegen stoßen wir auch auf den Namen »Ausschuss »Partnerschaft Mauléon–Kirkel«. Vgl. PA Schmidt, Ord. I, Niederschrift über die 1. Zusammenkunft des Ausschusses »Partnerschaft Mauléon–Kirkel«, am Samstag, dem 14.06.1980, S. 1.

73 Ebd.

die Zusammenarbeit zwischen Kirkel und Mauléon während des gesamten Untersuchungszeitraums organisierte. Die gewählte Organisationsform spiegelte die Vorstellung der deutschen Seite wider, dass die kommunale Partnerschaft eine Partnerschaft der Gemeinde sei und daher die lokale Selbstverwaltung in sie integriert werden sollte<sup>74</sup>.

Der letzte Beleg dafür, dass die französische Gemeinde die Entstehung der Partnerschaft aktiver betrieb, war die Abstimmung in den Gemeinderäten von Kirkel und Mauléon. Die Mauléoner Gemeinderäte stimmten der Aufnahme offizieller Kontakte spätestens im Juni 1980 zu, als sie sich an ihre Pendants in Kirkel wandten mit der Bitte, dass diese baldmöglichst nachziehen mögen<sup>75</sup>. Im September 1980 billigten die Kirkeler Gemeinderäte schließlich einstimmig die Partnerschaft mit Mauléon. Ihre Zustimmung betrachteten sie vor allem als einen Beitrag zur Versöhnung der Nationen und zur Förderung der deutsch-französischen Freundschaft<sup>76</sup>.

Die Feierlichkeiten zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags fanden am 25. Oktober 1980 in Kirkel statt, womit eine fast fünfjährige Vorbereitung ihren Abschluss fand. Die offizielle Partnerschaft wurde im Vertragstext selbst mit zwei Hauptmotiven begründet – mit den deutsch-französischen Beziehungen und der Vereinigung Europas:

In der Überzeugung, daß die Festigung und Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eine ständige Aufgabe bleibt und dass die Schaffung eines europäischen Bewußtseins wesentlich von der Ausweitung der menschlichen Kontakte abhängt, haben sich die Bürger dieser Gemeinden zu dieser Partnerschaft zusammengefunden. Die Gemeinden bemühen sich, die Möglichkeiten gegenseitiger Kontakte nach Kräften zu fördern und damit einen Beitrag zur europäischen Verständigung zu leisten<sup>77</sup>.

Was die bilateralen Beziehungen betrifft, so geht aus dem Dokument indirekt hervor, dass die Folgen der konfliktreichen Vergangenheit als überwunden und die Annäherung beider Völker als erreicht betrachtet wurden. Die Gemeinden setzten sich daher zum Ziel, diesen Zustand »nur« zu festigen und zu vertiefen. Aus der Korrespondenz im Vorfeld der Feierlichkeiten wird deutlich, dass beide Seiten den genannten Vertrag als Dokument mit einem

---

74 Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

75 Niederschrift über die 1. Zusammenkunft des Ausschusses, 14.06.1980.

76 GV Kirkel Reg., Ord. A, Auszug aus der Niederschrift über die Beratung des Bürgermeisters der Gemeinde Kirkel mit den Gemeinderäten vom 19.09.1980.

77 Partnerschaftsvertrag zwischen Mauléon, La Petite-Boissière, Saint-Pierre-des-Échaubrognes und Kirkel, 25.10.1980.

symbolischen und in längerer Perspektive auch historischen Wert betrachten. Detailliert wurden daher auch seine graphische Bearbeitung und seine Gesamtausführung erörtert<sup>78</sup>.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass ein solches Dokument in den bisherigen Fallstudien gänzlich fehlte oder einen wesentlich einfacheren Charakter hatte. Daraus wird deutlich, dass die Verträge, die die Entstehung offizieller deutsch-französischer Partnerschaften offiziell besiegelten, immer einen reinen Proklamationscharakter besaßen. Fast immer enthielten sie Informationen darüber, dass die Kooperation zwischen den konkreten Kommunen auf Basis einer freien Entscheidung der demokratisch gewählten Vertreter vereinbart wurde. Die Verträge führten ebenfalls sehr häufig die allgemeinen Ziele an, die durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit erreicht werden sollten. Da die Texte keine konkreten Verpflichtungen erwähnten, enthielten sie auch keine Sanktionen. Sie rechneten nicht einmal damit, dass die jeweiligen Gemeinden oder Städte die Partnerschaft irgendwann in der Zukunft aufkündigen wollen könnten. In einigen Partnerschaften kam es zu einer Aktualisierung des Vertrags – entweder in dem Bemühen, an die alte Verpflichtung zu erinnern und sie mit neuen Motiven zu begründen, oder infolge der Gebietsreformen, die zu einer Erhöhung der Zahl der beteiligten Kommunen geführt hatten.

Was den Partnerschaftsvertrag zwischen Kirkel und Mauléon bzw. dessen feierliche Unterzeichnung betrifft, so strebte das Kirkeler Rathaus danach, dieses Ereignis einem größtmöglichen Kreis von Bürgern zugänglich zu machen. Daher wurde eine Einladung mit Programm in einer Auflage von 1.500 Exemplaren hergestellt und an die meisten Kirkeler Haushalte verteilt<sup>79</sup>. Aus Mauléon kamen über 170 Gäste zu dem Festakt, was sogar die optimistischsten Erwartungen der französischen Seite übertraf<sup>80</sup>. Eine noch größere Teilnahme wurde im Juni 1981 verzeichnet, als die Entstehung der Partnerschaft in Mauléon gefeiert wurde, wozu 200 deutsche Gäste anreisten<sup>81</sup>.

Obwohl der Text des Vertrages, der die Kooperation zwischen beiden Gemeinden besiegelte, die konfliktreiche Vergangenheit unerwähnt lässt, wurde dieses Thema – vor allem der Zweite Weltkrieg – bei der Entfaltung der Kontakte in den Jahren 1976 bis 1981 mehrfach diskutiert. Zweimal diente dazu das Schicksal zweier Bürger aus Mauléon, die während des

---

78 GV Kirkel Reg., Ord. C, Niederschrift über die 5. Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 03.10.1980, S. 1; PA Schmidt, Ord. I, Niederschrift über die 6. Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 14.10.1980, S. 1.

79 Niederschrift über die 6. Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 14.10.1980, S. 2.

80 Bisleau an Schmidt, 20.10.1980.

81 GV Kirkel Reg., Ord. C, Niederschrift über die 13. Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am Freitag, dem 12.06.1981, S. 1.

Krieges als Kriegsgefangene in Kirkel gearbeitet hatten<sup>82</sup>. Einer von ihnen, André Durand, beteiligte sich sogar 1978 an einem Gruppenausflug nach Kirkel. Für die Dauer seines Aufenthaltes war er bei »seinen ›damaligen Arbeitgebern« untergebracht, mit denen ihn laut dem Autor des Berichts eine »herzliche Freundschaft« verbunden habe<sup>83</sup>.

Auch beim deutschen Bürgermeister Bach, Jahrgang 1920, rief die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags Erinnerungen an die Kriegsergebnisse hervor:

Ich gehöre zu der Generation, die den Zweiten Weltkrieg durchgemacht hat mit all seinem Elend. Die älteren unter ihnen werden mir es sicher am ehesten abnehmen, wenn ich sage, dass ich mich glücklich schätze, 35 Jahre nach dem Ende dieses schrecklichen Geschehens zwischen unseren beiden Völkern, an der heute stattfindenden deutsch-französischen Veranstaltung teilnehmen zu können<sup>84</sup>.

Die Festvorträge, die beide Bürgermeister im Oktober 1980 und im Juni 1981 hielten, berührten ebenfalls die Entwicklung der offiziellen deutsch-französischen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg und die positive Rolle, die die Kommunalpartnerschaften in ihnen gespielt hätten. Die Worte des Kirkeler Bürgermeisters waren zwar bescheiden formuliert, hoben aber die Kommunalpartnerschaften als wirksames Instrument der bilateralen Zusammenarbeit hervor<sup>85</sup>. Auch Bürgermeister Fruchard unterstrich in seinem Vortrag die Bedeutung der Partnerschaften: »Sur le plan national, nous contribuons aussi pour notre part, et cela il faut le redire inlassablement, à la grande construction d'une entente définitive entre nos deux pays«. Zugleich mahnte er, dass sich die kommunale Zusammenarbeit unabhängig von den Beziehungen zwischen beiden Staaten entwickeln solle: »Une véritable amitié ne doit jamais se laisser envahir par la politique«<sup>86</sup>.

---

82 GV Kirkel Reg., Ord. C, Aufenthalt der Bürger von Mauléon in Kirkel vom 04.–07.05.1978; GV Kirkel Reg., Ord. A, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses am Freitag, den 14.08.1981.

83 Aufenthalt der Bürger von Mauléon, S. 2.

84 GV Kirkel Reg., Ord. C, Text des Vortrags, den Ernst Bach bei der offiziellen Schließung der Partnerschaft am 25.10.1980 hielt.

85 Ebd.

86 Le jumelage Mauléon–Kirkel: un deuxième acte chaleureux, in: Le Courrier de l'Ouest, 22.06.1981.

## b) Mainz – Dijon:

## Blüte des Schüleraustausches trotz allgemeiner Stagnation

Die Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon verzeichnete in dem Zeitraum, der größtenteils in die zweite Hälfte der 1970er Jahre fällt, in einer Reihe von Bereichen eine gewisse Krise. Die ersten Anmerkungen darüber, dass sich die Partnerschaft nicht so entwickle – insbesondere zwischen den einfachen Bürgern –, wie es wünschenswert wäre, tauchten 1975 auf. Die Mainzer Seite kämpfte zudem damit, dass das Dijoner Rathaus ihre Vorschläge oft unbeantwortet ließ<sup>87</sup>. Die gegenseitige Kommunikation verbesserte sich auch in den Folgejahren nicht, eher im Gegenteil. Ein Bericht, der 1977 von der Mainzer Referentin für die Partnerstädte vorbereitet wurde, sprach davon, dass die Kooperation zwischen Mainz und Dijon »hinke«. Der Text charakterisierte zugleich etwas informell die Haltung der Hauptpersonen, die in Dijon für die Kontakte mit Mainz verantwortlich waren:

1. Zeigt der maire de Dijon, der nach Paris drängt, überhaupt kein Eigeninteresse an unserer Partnerschaft. 2. Auch Herr Pelletret reagiert auf Anliegen unsererseits nur, wenn man wenigstens zweimal nachhakt. 3. Selbst Madame Brain zeigt keine Initiative und läßt Schreiben von uns unbeantwortet<sup>88</sup>.

Ein großer Unterschied war insbesondere in der Haltung der höchsten Repräsentanten beider Städte zu beobachten. Während Oberbürgermeister Poujade mit der Entwicklung der französischen Innenpolitik beschäftigt war, suchte sein Amtskollege Fuchs Wege und Möglichkeiten, um die Zusammenarbeit zu beleben<sup>89</sup>.

Die Abschwächung der bisherigen Kontakte zwischen beiden Städten fand vor allem im Bereich des Sports und in den außerschulischen Jugendbegegnungen ihren Niederschlag. Ein Treffen der Sportler aus Mainz und Dijon wurde nicht nur durch abweichende Feiertage und Ferientermine erschwert, sondern auch durch die unterschiedlichen Niveaus, auf denen die Sportarten ausgeübt wurden, sowie durch die ungleiche Höhe der jeweils zur Verfügung stehenden Finanzmittel<sup>90</sup>. Bei den Begegnungen auf der Ebene der Jugendverbände war der Trend noch deutlicher. Wurden 1974 noch sieben

87 StV Mainz Reg., Ord. B, Gerlinde Brautzsch (Referentin für die Partnerstädte, Mainzer Stadtverwaltung) an Camille Pelletret (stellvertretender OB von Dijon), 23.12.1975.

88 StV Mainz Reg., Ord. D, Bericht von Brautzsch für OB Fuchs, 07.11.1977.

89 Ein Beispiel für Fuchs' Interesse an der Partnerschaft mit Dijon ist eine Bemerkung, die er dem oben genannten Bericht hinzufügte, mit der Anweisung, diesen den Unterlagen für die nächste Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrates beizufügen.

90 StV Mainz Reg., Ord. G, Für die Fortsetzung der Verhältnisse im Rahmen der Partnerschaft Dijon – Mainz 1977, S. 2.



solcher Treffen organisiert, von denen die meisten in Dijon stattfanden, gab es weder 1977 noch 1978 einen Austausch dieser Art<sup>91</sup>. Die Frage, wie der Jugendaustausch zwischen beiden Städten verbessert und ausgeweitet werden könnte, wurde daher zu einem der Themen, die auf der Arbeitssitzung 1978 diskutiert wurden<sup>92</sup>. Die Ursachen dieser Entwicklung können jedoch nicht nur auf der Kommunalebene gesucht werden. Der abrupte Abbruch der Kontakte zwischen den Jugendlichen war mindestens teilweise auch durch die neuen Regeln bedingt, die seit Januar 1974 für die Gewährung von Finanzmitteln seitens des DFJW galten.

Die Hauptveränderung bestand in der strengeren Bewertung der minimalen Aufenthaltsdauer, die bei kürzeren Austauschaufenthalten einen Anspruch auf Bezuschussung begründete. Auch wenn die ursprüngliche Richtlinie aus dem Jahr 1970 sechs Tage (einschließlich der An- und Abreise) vorsah, erlaubte sie unter bestimmten Umständen die Verkürzung auf drei Tage (einschließlich der Reise)<sup>93</sup>. Nach der neuen Richtlinie musste die Aufenthaltslänge mindestens fünf Tage betragen (ohne Reisetage)<sup>94</sup>. Diese Verschärfung rief große Entrüstung beim Mainzer Oberbürgermeister Fuchs hervor. Nach den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon wandte er sich daher an seine sozialdemokratischen Kollegen in Bonn, um mit ihrer Hilfe eine Modifikation dieser Regeln zu erzielen. Einen Brief adressierte er an Karl-Fred Zander, den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit<sup>95</sup>, ein zweiter Brief war für Hans-Jürgen Wischniewski, den Staatsminister im Bundeskanzleramt, bestimmt<sup>96</sup>.

Beiden Adressaten erklärte er, dass die Verlängerung der minimalen Aufenthaltsdauer sowohl die Begegnungen der jungen Sportler aus beiden Städten verkompliziere als auch der örtlichen Lehrlinge, die sich nur schwierig für eine längere Zeit frei nehmen könnten. Er setzte sich daher für eine größere Flexibilität bei der Aufstellung der Bedingungen ein<sup>97</sup>. Wischniewski versuchte er zugleich von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Haushalt

---

91 PA PV RLP/B, Ord. 25, Niederschrift über das Arbeitsgespräch am 21.10.1978 im Rathaus zu Mainz.

92 StV Mainz Reg., Ord. D, Programm anlässlich des Besuches einer offiziellen Delegation der Stadt Dijon zum 20-jährigen Partnerschaftsjubiläum 20.–22.10.1978, S. 2.

93 Directives de l'Office franco-allemand pour la Jeunesse (édition 1970), Punkt II.8. Teil der CD-ROM-Beilage zu der Publikation Бокк u.a. (Hg.), Les jeunes dans les relations transnationales.

94 Directives de l'Office franco-allemand pour la Jeunesse (mise en vigueur au 01.01.1974), Punkt 2.2.1, in: Ebd.

95 StV Mainz Reg., Ord. A, Fuchs an Karl-Fred Zander, 18.12.1978.

96 Ebd., Fuchs an Hans-Jürgen Wischniewski, 18.12.1978.

97 Fuchs an Zander, 18.12.1978.

des DFJW aufzustocken, da »die Wurzel des Weltfriedens [...] in der Erziehung und der Begegnung der Jugend [liege] und [...] eine großzügigere Förderung [verdienne]«<sup>98</sup>. Wenngleich die Fuchs'schen Argumente überzeugend gewesen sein mögen, so führten sie doch nicht zu einer Abänderung der bisherigen Bedingungen. In den seit Januar 1979 gültigen Richtlinien des DFJW blieb die minimale Aufenthaltslänge von fünf Tagen (ohne Reise) erhalten<sup>99</sup>.

Im Unterschied zu der Stagnation bzw. zum Abbruch der Kontakte zwischen den Jugendvereinen kann für den Bereich des Schüleraustauschs ein Aufschwung konstatiert werden. Am aktivsten beteiligten sich die verschiedenen weiterführenden Schulen an der Zusammenarbeit und schlossen zwischen 1974 und 1980 insgesamt sechs Partnerschaften<sup>100</sup>. Es ist dabei wahrscheinlich, dass Oberbürgermeister Fuchs einen wichtigen Impuls zum Ausbau der Schulpartnerschaften gab. So legte er 1973 dem Stadtrat einen Entwurf vor, das Budget des Rathauses zur Förderung der Auslandsreisen und Exkursionen aller Schultypen in die Mainzer Partnerstädte zu verzehnfachen<sup>101</sup>. Auch wenn aus den zugänglichen Quellen nicht deutlich wird, wie der Stadtrat auf diesen Vorschlag reagierte, kann angesichts der starken Stellung des Oberbürgermeisters davon ausgegangen werden, dass sein Entwurf (vielleicht teilweise modifiziert) angenommen wurde.

Die Intensivierung der Kontakte zwischen den Schulen wird auch durch die Angaben über die Anzahl der Dijoner Schüler belegt, die im Rahmen eines Austauschprogrammes Mainz besuchten. Während es im Jahr 1975 noch um die 250 waren, überschritt ihre Zahl zwei Jahre später bereits die Tausend<sup>102</sup>. Auch in dem bereits zitierten Dokument, das die Zusammenarbeit zwischen beiden Städten bis zum Jahr 1977 bilanzierte und relativ kritische Schlüsse zog, wurde die Kooperation zwischen den Schulen sehr positiv bewertet: »Dieser Sektor kennt [...] eine sehr gute und besonders ermutigende Tätigkeit«<sup>103</sup>. Wenngleich das Mainzer Rathaus den Schüleraustausch finanziell und durch die Gewährung verschiedener Dienstleistungen unterstützte, griff es in die eigentliche Organisation nicht ein.

98 Fuchs an Wischnewski, 18.12.1978.

99 Directives de l'Office franco-allemand pour la Jeunesse (version au 1er Janvier 1979), Punkt 2.2.1, Teil der CD-ROM-Beilage zu der Publikation Bock u.a. (Hg.), *Les jeunes dans les relations transnationales*.

100 Schulpartnerschaften zwischen Mainz und Dijon [1988].

101 PA PV RLP/B, Ord. 16, Bericht über den Ausbau der freundschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Städten Dijon und Mainz in 1973, 19.11.1973, S. 7.

102 PA PV RLP/B, Ord. 19, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1975, S. 70; StV Mainz Reg., Ord. G, Niederschrift über das Arbeitsgespräch der Vertreter der Stadt Mainz und der Vertreter der Stadt Dijon am Samstag, dem 04.06.1977, S. 2.

103 Für die Fortsetzung der Verhältnisse im Rahmen der Partnerschaft Dijon – Mainz 1977, S. 1.

Auf Basis einiger älterer Erfahrungen war es nämlich zu der Erkenntnis gelangt, dass die in ihrer Regie organisierten Begegnungen »von weniger Effizienz« seien und dass weder Lehrer noch Schüler sich damit »personifizierten«<sup>104</sup>.

Die zweite Hälfte der 1970er Jahre verzeichnete im Bereich des Schulaustauschs nicht nur eine höhere Zahl von Teilnehmern, sondern auch eine Erweiterung ihrer Skala. Eine neue Zielgruppe waren dabei die Lehrlinge, und zwar mit dem Argument, dass sie 70 Prozent aller jungen Leute darstellten, die eine Bildungseinrichtung besuchten<sup>105</sup>. Der erste Lehrlingsaustausch wurde 1979 von der Mainzer und Dijoner Handwerkskammer organisiert<sup>106</sup>. Bereits zwei Jahre zuvor wurden erstmals auch Schüler mit Behinderung in die Zusammenarbeit zwischen beiden Städten einbezogen<sup>107</sup>.

Die Kommunalpartnerschaft spiegelte sich schließlich auch in den internationalen Aktivitäten der örtlichen Hochschulen wider. So nahm etwa die Fachhochschule Rheinland-Pfalz 1976 Kontakte zu der *École supérieure de commerce et d'administration des entreprises de Bourgogne et Franche-Comté* auf<sup>108</sup>. Fast genauso alt ist die Zusammenarbeit zwischen beiden Universitäten – der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität und der Dijoner *Université de Bourgogne*<sup>109</sup>. Zunächst beteiligten sich an ihr Studierende der geisteswissenschaftlichen Fächer, von den Romanisten über die Historiker bis hin zu den Sprachwissenschaftlern. Am Anfang der 1980er Jahre gab es an der Universität in Dijon jährlich etwa 80 Studierende aus Mainz. Leider existieren weder über die Länge der Studienaufenthalte noch über die Zahl der Dijoner Studierenden in Mainz genauere Angaben<sup>110</sup>.

Zu guter Letzt dürfen die politischen Ereignisse, die sich in der Zusammenarbeit zwischen beiden Städten spiegelten, nicht aus dem Blick geraten. Im Rahmen des Untersuchungszeitraums waren dies die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die im Jahr 1979 stattfanden. Gleich zwei Mainzer Organisationen, in denen sich zum einen die Gewerkschaftler und zum anderen die Frauen zusammenschlossen, bezeichneten sie als Hauptthema des Besuchs, den sie ihren Partnern in Dijon im Vorjahr abgestattet

104 StV Mainz Reg., Ord. F, Standpunkt der Stadtverwaltung Mainz, Kultur- und Schulverwaltungsamt, 02.06.1982.

105 Dijon und Mainz wollen neue Wege gehen: »Weniger Feste – mehr Gespräche«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 28.06.1976.

106 PA PV RLP/B, Ord. 47, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1989.

107 PA PV RLP/B, Ord. 23, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1977.

108 Schulpartnerschaften zwischen Mainz und Dijon [1988].

109 Verschiedene Quellen geben ein unterschiedliches Jahr für den Beginn der Zusammenarbeit an. Die Datierungen bewegen sich zwischen 1975 und 1977. Vgl. z.B. PA PV RLP/B, Ord. 19, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1975, S. 71; Für die Fortsetzung der Verhältnisse im Rahmen der Partnerschaft Dijon – Mainz 1977, S. 1.

110 PA PV RLP/B, Ord. 33; Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1982, S. 84.

hatten<sup>111</sup>. Ohne ein detailliertes Programm kann jedoch nicht gesagt werden, in welchem Maße die Europawahlen ein reales oder nur formales Thema beider Treffen waren.

c) Duisburg – Calais – Wismar:  
Irritationen aufgrund politischer und finanzieller Probleme

Die Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais verzeichnete im Jahr 1974 eine gewisse Belebung. Diese spiegelte sich etwa in dem Plan wider, ihre internationalen Aktivitäten zu erweitern. Letztere richteten beide Städte übereinstimmend auf den afrikanischen Kontinent – konkret nach Lomé, in die Hauptstadt des Staates Togo. Für Duisburg bedeutete dies zugleich, dass es zum Gegenstand des unerwünschten Interesses des Weltbundes der Partnerstädte wurde, der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund als de facto von den Kommunisten beherrschte Organisation betrachtet wurde<sup>112</sup>. An diesem Beispiel kann deshalb anschaulich gezeigt werden, wie sich die hohe Politik in der kommunalen Kooperation widerspiegelte. Diese Verflechtung war im Falle der Partnerschaft Duisburg – Calais im Laufe der 1970er Jahre gleich zweimal zu beobachten.

Engere Kontakte zum Weltbund der Partnerstädte lehnte Duisburg wiederholt ab: erstmals im Jahre 1973, als der Weltbund vorschlug, dass die Repräsentanten von Duisburg, Calais und Lomé unter seiner Schirmherrschaft einen gemeinsamen Partnerschaftsvertrag unterzeichnen sollten. Duisburg wandte sich in dieser Angelegenheit an das Bundeskanzleramt und an den Deutschen Städte- und Gemeindebund. Beide Institutionen bezeichneten den Weltbund als ungeeigneten Partner, über den es auf deutscher Seite erhebliche Zweifel gab. Oberbürgermeister Masselter lehnte daraufhin ab, einen trilateralen Vertrag zu unterzeichnen<sup>113</sup>.

Da die Höhe der Mitgliedsbeiträge im Weltbund von der Einwohnerzahl abgeleitet wurde, bemühte sich diese Organisation noch einmal 1985 darum, Duisburg – eine potenziell attraktive Finanzquelle – als Mitglied zu gewinnen. Dies geschah wiederum mit Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen Duisburg, Calais und Lomé, wobei Duisburg seine Teilnahme an dem angebotenen Programm erneut ablehnte<sup>114</sup>. Oberbürgermeister Krings bemühte sich

111 PA PV RLP/B, Ord. 25, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1978, S. 95. Es handelte sich dabei um Vertreter und Vertreterinnen des DGB und des Deutschen Frauenrings.

112 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 47 II, Bericht über die Kontakte zwischen Duisburg und dem Weltbund der Partnerstädte, verfasst von Böhme, 21.06.1985.

113 Ebd.

114 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 47 II, Fuhrmann (Beigeordnete, Stadtverwaltung Duisburg) an den Weltbund der Partnerstädte, 28.03.1985.

zudem zu verhindern, dass der Weltbund die Partnerschaft mit dem afrikanischen Lomé als gemeinsame Aktivität der deutschen und französischen Stadt betrachtete. Er betonte, dass es sich um drei voneinander völlig unabhängige Partnerschaften handele<sup>115</sup>. Die ablehnende Reaktion Duisburgs entsprach dem offiziellen Standpunkt des Deutschen Städtebundes, der noch 1985 die Städte und Gemeinden der Bundesrepublik dazu aufrief, nicht mit dem Weltbund zusammenzuarbeiten<sup>116</sup>. Diese radikale Position wirkt zumindest übertrieben, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die westdeutschen Städte Mitte der 1980er Jahre bereits – in eingeschränktem Maße – mit Pendants aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zusammenarbeiteten und kurz darauf auch die erste deutsch-deutsche Kommunalpartnerschaft entstehen sollte.

Ein zweites Beispiel dafür, wie sich die auf höchster politischer Ebene getroffenen Entscheidungen in den Kommunalpartnerschaften widerspiegelten, war die Kritik aus Calais an dem sog. Radikalenerlass. Anlass dafür war die Entscheidung des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, auf Basis dieses Erlasses mehrere Duisburger Lehrer nicht zu verbeamten. Die Ministerialbeamten begründeten diese Verweigerung mit der aktiven Mitgliedschaft der betroffenen Pädagogen in der Deutschen Kommunistischen Partei bzw. verwiesen auf deren Unterstützung des Linksextremismus. Die betroffenen Personen fanden in den Jahren 1975–1976 Unterstützung in Calais, und zwar sowohl bei der lokalen Organisation der Kommunistischen Partei Frankreichs als auch bei der Organisation der ehemaligen Widerstandskämpfer<sup>117</sup>. Die französische Seite interessierte sich dabei konkret für Maria Nolte, Gunther Finkel, Günter Waberg und Else Heiermann<sup>118</sup>.

Der Letztgenannten wurde aufgrund ihrer familiären Herkunft besondere Aufmerksamkeit zuteil. Else Heiermann war die Tochter von Pakschies, eines deutschen Kommunisten der Zwischenkriegszeit, der von den Nationalsozialisten kurzzeitig verhaftet worden war. Im Jahr 1943 zur Kriegsmarine einberufen, wurde er 1944 wieder verhaftet, wegen Wehrkraftzersetzung in Marseille inhaftiert und später zum Tode verurteilt. Nur dank des Einzugs

---

115 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 26, Krings an den Weltbund der Partnerstädte, 01.03.1985.

116 Bericht über die Kontakte zwischen Duisburg und dem Weltbund der Partnerstädte, 21.06.1985.

117 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, PCF, Sektion Calais an Ernst Ermert (Fraktionsvorsitzender der SPD), 20.10.1975; ebd., Jean Antoniazzi (Vorsitzender des Departements Pas-de-Calais der Association Nationale des Anciens Combattans de la Résistance) an Krings, 23.12.1976.

118 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, Jürgen Girgensohn (Kultusminister in NRW) an Karl Heinz Kenn (Mitglied des Landtages NRW), 14.09.1976. Gegenstand des Briefes waren »Verfassungsfeindliche Bestrebungen und öffentlicher Dienst«.

der US-Armee wurde das Todesurteil nicht vollstreckt<sup>119</sup>. Seine Tochter sollte als Lehrerin im Dezember 1975 verbeamtet werden, allerdings wurde ihr schon im April desselben Jahres mitgeteilt, dass das entsprechende Verfahren gestoppt worden sei<sup>120</sup>.

Die Proteste gegen die sog. Berufsverbote störten die Beziehungen zwischen Duisburg und Calais umso mehr, als sie die aktive Unterstützung des französischen Bürgermeisters Barthe fanden. Der Grund dafür war nicht nur seine kommunistische Orientierung, sondern auch seine pädagogische Profession. Wie sich rückblickend sein damaliges Pendant Krings erinnert, konnte Barthe nicht verstehen, warum ein deutscher Lehrer kein Kommunist sein durfte<sup>121</sup>. Das Schicksal der vier Pädagogen wurde im Übrigen zum Gegenstand der Korrespondenz zwischen den höchsten Repräsentanten beider Städte. Barthe bat Krings um eine Intervention, insbesondere im Falle Else Heiermanns:

[...] cela fait plusieurs fois que je reçois de la part de citoyens de votre cité, des appels au soutien et à la solidarité. Il semble en effet que ces personnes soient victimes d'interdiction d'enseigner (Berufsverbote) [Hervorhebung im Original] pour la seule raison qu'ils sont sympathisants communistes. [...] je me permet de vous écrire afin de solliciter votre intervention pour empêcher que les menaces qui pèsent sur vos citoyens ne soient mises à exécution<sup>122</sup>.

Der Duisburger Oberbürgermeister reagierte mit der höflichen Antwort, dass seine Funktion ihn zur politischen Neutralität verpflichte. Die Kritik aus dem Ausland an den sog. Berufsverboten erklärte er damit, dass die Kritiker ungenügend über die Situation in der Bundesrepublik informiert seien. Zugleich versprach, dem Fall Else Heiermanns besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen<sup>123</sup>.

Krings' Antwort war wahrscheinlich auch eine Reaktion auf den einstimmigen Beschluss der linksorientierten Parteien im Stadtrat von Calais, den diese im Juni 1976 angenommen hatten und der von Bürgermeister Barthe mit seiner Unterschrift besiegelt worden war. In ihm hatten die Stadträte im Namen der Bürger von Calais ihren Protest gegen die sog. Berufsverbote

119 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, deutsche Übersetzung eines Artikels aus der Zeitung »Liberté«. Unter dem Titel »Enthüllungen von Duisburg über die Jagd auf kommunistische Lehrer in der BRD« wurde er dem Brief der PCF, Sektion Calais, an Ermert, 20.10.1975, beigelegt.

120 Girgensohn an Kenn, 14.09.1976.

121 Gespräch der Autorin mit Josef Krings, 05.08.2005.

122 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, Barthe an Krings, vom Mai oder Juni 1976 [die Krings'sche Antwort stammt vom 01.07.1976].

123 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, Krings an Barthe, 01.07.1976.

formuliert, auf das Schicksal von Else Heiermann verwiesen und das Duisburger Rathaus dazu aufgefordert, die Initiative gegen Berufsverbote zu unterstützen:

Les Elus Socialistes et Communistes de la Municipalité de Calais, réunis en Conseil Municipal le 11 Juin 1976, conscients d'exprimer l'opinion de la population calaisienne, protestent avec indignation contre les mesures d'interdiction de travail (Berufsverbote) dont sont victimes des citoyens de la République Fédérale d'Allemagne [...]; [ils] attirent particulièrement l'attention de M. le Maire de Duisbourg sur le cas de Mme Else Heiermann, institutrice en la Ville jumelée, dont l'incorporation a été suspendue pour le motif de doute de violation de la constitution [...]; [ils] souhaitent l'appui total de la Municipalité de Duisbourg à l'action menée dans cette ville par »Initiative gegen Berufsverbote«<sup>124</sup>.

Diese Protestkampagne, die aus der Partnerstadt auf Duisburg niederprasselte, initiierte eine intensive Korrespondenz zwischen den SPD-Mitgliedern im Stadtrat, im Landtag sowie in den Landesministerien. Das Ziel war es, den Regierungspräsidenten – der als einziger dazu berechtigt war – dazu zu bewegen, eine endgültige Entscheidung zu treffen, vor allem in der Frage der Beschäftigung von Else Heiermann<sup>125</sup>. Aus den jüngsten verfügbaren Quellen geht allerdings klar hervor, dass der Wunsch, die ganze Angelegenheit so schnell wie möglich abzuschließen, unerfüllt blieb. Das Landesministerium für Kultur und Bildung war im November 1978 noch nicht bereit, ein eindeutiges Gutachten darüber auszustellen, ob die Ansichten Else Heiermanns linksextrem seien oder nicht<sup>126</sup>.

Auf jeden Fall hatte das Maß, in dem sich die offiziellen Vertreter wie auch die Bewohner von Calais in die inneren Angelegenheiten der Partnerstadt einmischten, weder in den vorangegangenen noch in den folgenden Jahren der Zusammenarbeit eine Parallele. Ein ähnliches Verhalten, auch in einer anderen Angelegenheit, konnte für keine der anderen Partnerschaften festgestellt werden, die in diesem Buch als Fallstudien vorgestellt werden.

Die negative Reaktion, die die sog. Berufsverbote in Calais hervorriefen, war nicht das einzige Problem, mit dem die Partnerschaft Duisburg – Calais Mitte der 1970er Jahre zu kämpfen hatte. Angesichts dessen, dass die Zusammenarbeit beider Städte bereits zu Beginn dieses Jahrzehnts eine Phase der

124 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, Beschluss des Stadtrats in Calais am 11.06.1976 unter der Bezeichnung »Voeu relatif à l'interdiction de travail dont sont victimes des citoyens de la République Fédérale d'Allemagne«. Die deutschen Ausdrücke in dem Zitat entsprechen der französischen Originalquelle.

125 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, z.B. Wolfgang Kral (persönlicher Referent des Kultusministers des Landes NRW) an Christoph Zöpel (Mitglied des Landtages NRW), 24.09.1976.

126 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, Kral an Kenn, 03.11.1978.

Stagnation durchlief, können fast die gesamten 1970er Jahre als Krisenzeit bezeichnet werden, in der sich nur von Zeit zu Zeit lichtere Momente zeigten. Einer davon war die Jahreswende 1973/74, als die Vertreter beider Städte die Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der gemeinsamen Partnerschaft vorbereiteten. An der Arbeitssitzung, die im Oktober 1973 stattfand, beteiligte sich auch Bürgermeister Barthe<sup>127</sup>. Wahrscheinlich handelte es sich um den ersten Besuch Barthes in Duisburg, und somit auch um das erste Treffen mit dem damals noch stellvertretenden, zukünftigen Oberbürgermeister Krings. Aus ihrer späteren Korrespondenz kann geschlossen werden, dass sie normale Beziehungen unterhielten, die die Duisburger Seite ursprünglich – mit Hinsicht auf Barthes Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei – bei weitem nicht als selbstverständlich betrachtet hatte.

Bei den eigentlichen Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Partnerschaft im Jahr 1974 wurde deutlich, dass sich die gegenseitigen Beziehungen wieder verschlechtert hatten. Die Festlichkeiten wurden im letzten Moment vom Frühling auf den Herbst verschoben, und zwar unter Berufung auf die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Mai desselben Jahres<sup>128</sup>. Die Duisburger Verstimmung offenbarte sich gleich in zwei Hinsichten: Nicht nur kamen weniger deutsche Vereine zu der Oktoberfeier nach Calais, auch Oberbürgermeister Masselter war nicht anwesend<sup>129</sup>. Der Termin der französischen Präsidentschaftswahlen zögerte überdies den Beginn der offiziellen Kooperation von Calais mit dem afrikanischen Lomé hinaus. Auch wenn die französische Stadt der Hauptinitiator dieser Entwicklungszusammenarbeit gewesen war, unterzeichnete es den Partnerschaftsvertrag mit Lomé erst 1975, und damit ein Jahr später als Duisburg.

Seit der Mitte der 1970er Jahre trugen auch die erwähnten Proteste gegen die sog. Berufsverbote zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Duisburg und Calais bei. An diese Tatsache erinnerte sich rückblickend auch der damalige Oberbürgermeister Krings, fügte aber hinzu, dass die entstandenen Probleme »irgendwie überwunden« worden seien<sup>130</sup>. Die stockende Zusammenarbeit äußerte sich in einer geringen Zahl von Personen, die an den Partnerschaftsaktivitäten teilnahmen. Im Jahr 1975 waren es lediglich 270, was die drittniedrigste Zahl war, die in den Jahren 1964–1983 verzeichnet wurde. Eine schlechtere Bilanz hatten nur die Jahre 1972 mit 252 Teilnehmern und 1978 mit 237 Teilnehmern<sup>131</sup>.

127 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 29, 10-jähriges Bestehen der Städtepartnerschaft Calais – Duisburg [1974].

128 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 29, Barthe an Masselter, 08.04.1974.

129 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 29, Masselter an Barthe, 19.04.1974; StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Offizielle Begegnungen (1963–1984), S. 2.

130 Gespräch der Autorin mit Josef Krings, 05.08.2005.

131 Zwanzig Jahre Städtepartnerschaft Calais – Duisburg [1984], S. 14.



Die Tatsache, dass die Kontakte zwischen beiden Städten ihre frühere Intensität verloren hatten, vergegenwärtigte sich auch der neue Oberbürgermeister Josef Krings. Im Sommer 1976 sandte er daher an Barthe eine Stellungnahme zum Fall Else Heiermann, aber auch eine entgegenkommend formulierte Aufforderung zur Belebung der gegenseitigen Zusammenarbeit:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Barthe, lieber Kollege, darf ich diesen Brief auch zum Anlaß nehmen, unsere Kontakte zwischen den beiden Partnerschaftsstädten anzusprechen. Leider fehlt diesen Kontakten die Intensität früherer Jahre. Ich glaube, es ist müßig darüber zu rätseln, warum dies so ist. Für wichtig und wünschenswert halte ich es vielmehr, dass die Kontakte wieder aufgenommen werden und in Gesprächen die Bereitschaft und die Möglichkeiten dazu vertieft werden<sup>132</sup>.

Krings' Initiative war wenigstens insofern erfolgreich, als sich im Januar 1977 Vertreter beider Städte auf der Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg trafen<sup>133</sup>. Die deutsche Seite erwähnte hier einige erfolglose Versuche um die Anbindung von Kontakten mit Organisationen in Calais. Schwierigkeiten bereitete auch, dass in Calais kein Äquivalent des Duisburger Freundschaftskomitees existierte. Die französische Seite schlug daher alljährliche Zusammenkünfte vor, an denen sowohl die offiziellen Repräsentanten beider Städte als auch die Vertreter der Sportclubs und Organisatoren aus dem Kulturbereich teilnehmen würden. Die Leitung von Calais erblickte dabei das größte Potenzial für die Entwicklung der Partnerschaft im Bereich des Sports. Zugleich versprach sie, für die Duisburger Clubs und Vereine geeignete Partner zu finden und zu versuchen, mittels der Presse neue Gastfamilien zu gewinnen. Mit konkreten Schritten müsse allerdings bis nach den Kommunalwahlen im März gewartet werden.

Auch wenn Bürgermeister Barthe im März 1977 seinen Posten verteidigte, wurden die Versprechen nicht erfüllt<sup>134</sup>. Duisburg erklärte sich die Passivität auf Seiten der Partnerstadt damit, dass der Leiter der damaligen französischen Delegation in der Zwischenzeit die Kommunalpolitik verlassen hatte<sup>135</sup>. Angesichts dessen, dass Krings nicht vorhatte, von sich aus weitere Verhandlungen mit Calais zu initiieren<sup>136</sup>, überrascht nicht, dass die gemeinsamen Treffen im Jahr 1978 die bis dahin geringste Zahl von

---

132 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 34, Krings an Barthe, 01.07.1976, S. 2.

133 StA Duisburg, Best. 100A: 204/1, Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 14.01.1977.

134 StA Duisburg, Best. 100A: 204/1, Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 09.03.1978, S. 2f.

135 Ebd.

136 Ebd., S. 3.

Teilnehmern verzeichneten – die bereits erwähnten 237. Dennoch können die stagnierenden Beziehungen zwischen beiden Rathäusern nicht als einzige Ursache dieses Rückgangs betrachtet werden. Einen mindestens ebenso großen Anteil daran hatte die schlechte finanzielle Lage Duisburgs, die zu einer Verringerung der kommunalen Zuschüsse für die Partnertreffen führte, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1978<sup>137</sup>.

Die Höhe der Beiträge, die das Duisburger Rathaus regelmäßig für die Zusammenarbeit mit Calais bereitstellte, verzeichnete dabei in den ersten 20 Jahren der Partnerschaft grundlegende Veränderungen. Von den ursprünglichen 5.000 DM, die das Rathaus dem Freundschaftskomitee Duisburg – Calais Mitte der 1960er Jahre auszahlte<sup>138</sup>, stieg sie auf das mehr als Dreifache. Die Erhöhung der Summe begann aber erst im Jahr 1973, d.h. nachdem das Freundschaftskomitee aus der Verwaltung der Deutsch-Französischen Gesellschaft unter jene des Duisburger Rathauses überführt worden war<sup>139</sup>. Im Jahr 1975 betrug der Zuschuss fast 16.500 DM<sup>140</sup>. Dies war ein Paradox, weil sich gerade in dieser Zeit unterdurchschnittlich wenige Bürger an den Partnerschaftsaktivitäten beteiligten. Aus dem Zuschuss wurde nicht nur ein Teil der Reise- und Aufenthaltskosten nach bzw. in Calais bestritten, sondern auch ein Teil der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Besuch der französischen Partner in Duisburg. Den höchsten Wert erreichte der Beitrag aus dem Kommunalhaushalt 1977, als für die Förderung der Kontakte zwischen Duisburg und Calais die Gesamtsumme von 20.000 DM bereitgestellt wurde<sup>141</sup>. Mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung des kommunalen Haushalts wurde jedoch fast ein Fünftel (3.900 DM) auf die Förderung der Partnerschaft zwischen Duisburg und Portsmouth überführt mit der Begründung, dass der Zuschuss in der ursprünglichen Höhe sowieso nicht

137 StA Duisburg, Best. 100A: 204/1, Richtlinien für die Förderung von internationalen Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften mit den Städten Portsmouth und Calais, Beilage der Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 09.03.1978. Eine geringere Zahl von Begegnungen befürchtete auch OB Krings: »Leider werde die finanzielle Situation in diesem Jahr sicherlich wieder zu einem Rückgang führen«, in: Ebd., Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 09.03.1978, Punkt 5.

138 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 27 II, Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 22.03.1965, S. 6; Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 03.02.1966.

139 Im Jahr 1973 wurde ein neues Dokument bezüglich der Finanzierung der partnerschaftlichen Aktivitäten unter dem Titel »Richtlinien für die Förderung von internationalen Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften mit den Städten Portsmouth und Calais« angenommen. Leider steht der Text dieser Richtlinie im Bestand des Duisburger Stadtarchivs nicht zur Verfügung, auf seine Existenz berufen sich aber Dokumente jüngeren Datums, vgl. Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 09.03.1978.

140 Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 09.03.1978, Punkt 4.

141 Ebd., Punkt 2.

aufgebraucht worden wäre<sup>142</sup>. Für die Zusammenarbeit mit Portsmouth wie Calais galt, dass der Beitrag pro Person und Tag 6 DM betrug. Diese Summe wurde sowohl den Duisburgern, die sich in Calais aufhielten, als auch den Bürgern aus Calais, die sich an Partnerschaftstreffen in Duisburg beteiligten, ausbezahlt<sup>143</sup>.

Zu einer wirklich radikalen Kürzung der städtischen Zuschüsse kam es erst im Jahr 1978. Das Komitee, das sich um die Zusammenarbeit mit Calais kümmerte, erhielt nun bloße 7.000 DM. Die Vertreter des Rathauses waren jedoch der Ansicht, dass die genannte Summe für alle für das Jahr 1978 geplanten und vom Freundschaftskomitee Duisburg – Calais angemeldeten Aktivitäten ausreichen sollte<sup>144</sup>. Neben der Gesamtdotation verringerte sich 1978 auch die Höhe der Zuschüsse pro Person und Tag – von den ursprünglich 6 DM sanken sie auf 4 DM. Ferner wurden die Bedingungen bezüglich des Ziels und der Dauer des Aufenthaltes wie auch der minimalen und maximalen Teilnehmerzahl verschärft<sup>145</sup>. Den gleichen Beschränkungen unterlag auch die Kooperation mit dem englischen Portsmouth. Auf Basis der Statistik über die Zahl der partnerschaftlichen Aktivitäten und ihrer Teilnehmer in den einzelnen Jahren können wir feststellen, dass die Verringerung des kommunalen Zuschusses zu einer – mindestens vorübergehenden – effektiveren Organisation führte. So wurden in den Jahren 1978–1980 jeweils neun Treffen registriert, wobei die Zahl der Beteiligten sich fast um die Hälfte erhöhte: Von 237 im Jahr 1978 stieg sie auf 378 im Jahr 1980<sup>146</sup>. In den nachfolgenden Jahren stieg die Zahl der gegenseitigen Treffen, die Teilnehmerzahl oszillierte jedoch zwischen 300 und 400<sup>147</sup>. Die letzten Informationen über die Höhe des Zuschusses aus dem städtischen Haushalt stammen aus dem Jahr 1982, in dem sie 8.000 DM betrug<sup>148</sup>.

---

142 Ebd.

143 StA Duisburg, Best. 100A: 204/1, Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 14.01.1977, Punkt 3.

144 Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 09.03.1978, Punkt 3.

145 Ebd., Punkt 1 – Beilage (Richtlinien für die Förderung von internationalen Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften mit den Städten Portsmouth und Calais).

146 Zwanzig Jahre Städtepartnerschaft Calais – Duisburg [1984], S. 14.

147 Ebd.

148 Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 04.05.1982, S. 8f.

\*\*\*

Die Berichte, die detailliert einige Aspekte der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais beschreiben, stehen im Kontrast zu der Absenz von Quellen über die Zusammenarbeit zwischen Wismar und Calais in den Jahren 1974 bis 1981. Es ist unklar, ob die Dokumente fehlen, weil die Häufigkeit der Kontakte zwischen beiden Städten abnahm und somit weniger schriftliche Quellen entstanden, oder aus dem Grund, dass die durchforschten Archivfonds unvollständig sind. Uns stehen also nur sporadische Berichte über den Aufenthalt einiger Delegationen aus Calais zur Verfügung – insbesondere über den Besuch, der 1981 nach Wismar kam, um des zehnjährigen Jubiläums der offiziellen Partnerschaft zwischen beiden Städten zu gedenken<sup>149</sup>. Auf der Grundlage der Dokumente, die den Aufenthalt französischer Kinder in den Sommerlagern in Wismar und Umgebung in der ersten Hälfte der 1980er Jahre betreffen, kann geschlossen werden, dass diese Zusammenarbeit auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre existierte<sup>150</sup>. Insgesamt zeugt der Mangel an Informationen jedoch davon, dass die Staats- und Parteiorgane der DDR der kommunalen Zusammenarbeit mit dem »kapitalistischen Ausland« schon nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit widmeten wie noch in den Jahren 1963–1973.

#### 4. Zusammenfassung

Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene erfuhr in den Jahren 1974–1981 mit 359 neuen Partnerschaften eine weitere markante Erweiterung. Im Vergleich zu der Entwicklung bis 1973 waren nun häufiger auch die loseren Kooperationsformen zu beobachten (in insgesamt 11 Fällen). Vermutlich trugen dazu auch die kommunalen Dachverbände bei, in deren Verzeichnissen die weniger formalisierte Zusammenarbeit in der Form von »Freundschaften« erstmals gerade 1974 auftaucht. In statistischer Hinsicht sind im untersuchten Zeitabschnitt drei Einschnitte deutlich: Zunächst die Jahre 1974–1975, die sich durch sehr hohe Zuwächse auszeichneten, dann das Jahr 1977, in dem der vorherige, sehr schnelle Abschwung seinen Tiefpunkt erreichte, und schließlich das Jahr 1981, in dem die Zahl der neu geschlossenen Partnerschaften wiederum überdurchschnittlich war. Zwischen 1975 und

149 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 76, Bericht über den Besuch einer Delegation der Freundschaftsgesellschaft der Partnerstadt Calais vom 26.10. bis 31.10.1981.

150 StA Wismar, Best. RA XXIV: C 74, H. Hafenstein (Rat des Bezirks Rostocks, Abt. Internationale Beziehungen) an Karl Hackenschmidt (Sekretär des Rates der Stadt Wismar), 04.02.1981; ebd., Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen zu Partnern der Städte des Bezirks im nichtsozialistischen Ausland, 03.12.1985.

1976 wurde die größte zwischenjährliche Veränderung im gesamten halben Jahrhundert überhaupt registriert: Die Zahl der neuen Verträge sank um fast 50 Prozent (von 63 auf 32). Im Durchschnitt belief sich der Jahreszuwachs auf 45 Partnerschaften, was aber nur eine begrenzte Aussagekraft besitzt. Maßgeblicher ist deshalb die Nachricht über die Entstehung der tausendsten deutsch-französischen Partnerschaft auf kommunaler Ebene im Jahre 1981. Dies zeigte, dass die Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden in Frankreich auf der einen und der Bundesrepublik auf der anderen Seite im Verlauf von drei Jahrzehnten fast zu einem Massenphänomen geworden war.

Korrespondierte die statistische Entwicklung der deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften zwischen 1974 und 1981 in irgendeiner Weise mit der Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene in jener Zeit? Die offizielle Kooperation verzeichnete den ersten markanten Umbruch in den Jahren 1974–1975, als Bundeskanzler Schmidt und Präsident Giscard d'Estaing eine neue Etappe der bilateralen Beziehungen einläuteten, und dann wieder im Jahr 1981, in dem die auf engen persönlichen Beziehungen basierende Zusammenarbeit dieser beiden Politiker endete. Obwohl sich also die politischen und die kommunal-statistischen Einschnitte teilweise überschneiden, ist ihre Verflechtung nicht immer evident.

Die Belebung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene mochte zwar zu der positiven Entwicklung der Kommunalpartnerschaften in den Jahren 1974–1975 beigetragen haben, sie war jedoch sicher nicht der einzige Impuls. Ein Blick in das vorherige Kapitel zeigt, dass bereits 1973, also im zehnten Jahr nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, eine hohe Zahl neu geschlossener Partnerschaftsverträge (62) zu beobachten war. Die kommunale Kooperation knüpfte daher in den Jahren 1974–1975 in statistischer Hinsicht vor allem an die bereits gegen Ende des vorherigen Zeitraums begonnene Entwicklung an. Die Krise in den offiziellen Beziehungen an der Wende der Jahre 1973/74 schlug sich hier in keiner Weise nieder, was den Schluss zulässt, dass die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Kommunen in jener Zeit eine eigene Dynamik hatte.

Auch der Rückgang in der Zahl neuer Partnerschaften, der im Jahr 1977 verzeichnet wurde, entsprach nicht der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene. Auf diesen Gegensatz zwischen der Stabilisierung und Intensivierung der offiziellen Beziehungen einerseits und dem Rückgang des Interesses an der kommunalen Zusammenarbeit andererseits wies schon Grunert hin, wobei er den Nachteil eines nur geringen zeitlichen Abstands hatte<sup>151</sup>. Die Entwicklung in der kommunalen Sphäre wurde durch eine Reihe von Faktoren bedingt, von denen einige langfristig, d.h. auch noch in den 1980er und 1990er Jahren wirkten. Das galt zweifellos

---

151 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 103f.

für die Suche nach einer geeigneten Partnerkommune, die sich – nicht nur im deutsch-französischen Kontext – immer schwieriger gestaltete<sup>152</sup>: Einmal aus dem Grund, dass die meisten potenziell interessierten Städte und Gemeinden bereits in die Zusammenarbeit eingebunden waren, zum anderen, weil die kommunalen Partnerschaften durch den Massentourismus einen Teil ihrer Anziehungskraft, die sie insbesondere auf die deutschen Teilnehmer ausgeübt hatten, einbüßten<sup>153</sup>. Das zeugt davon, dass die Kooperation mit einem ausländischen Pendant zu einem normalen Bestandteil des kommunalen Lebens geworden war.

Zu diesen langfristigen Faktoren kamen Mitte der 1970er Jahre noch einige weitere, zeitlich begrenzte Einflüsse hinzu. Der erste war die größtenteils unfreiwillig erfolgte Zusammenlegung von Gemeinden in Deutschland. Auch wenn die Gebietsreformen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich erfolgten, kann angenommen werden, dass sich die Auswirkungen glichen. Dies betraf vor allem das vorübergehende Desinteresse an der Aufnahme einer Partnerschaft mit einer Kommune im Ausland, da nun andere, dringendere Angelegenheiten im Vordergrund standen und zudem die zukünftige Entwicklung unklar war. Eine negative Auswirkung hatte wohl auch die Kürzung des Haushaltes des DFJW, die 1973 zu einer deutlichen Verringerung der Mittel für Schüleraustausche führte<sup>154</sup>. Da derart geförderte Schulpartnerschaften bisweilen ein Argument für die Schließung einer offiziellen Kommunalpartnerschaft sind, kann vermutet werden, dass die fehlenden Finanzmittel im Gegenteil dazu führten, dass sich die Zahl der neuen Partnerschaftsverträge verringerte.

Einen weiteren Faktor stellte der westdeutsche Kampf gegen den links-extremen Terrorismus dar, der insbesondere bei den französischen Kommunisten und Sozialisten eine negative Reaktion hervorrief. Wie eine der Fallstudien detailliert schildert, zögerten die Einwohner wie auch die offiziellen Vertreter der betreffenden französischen Stadt nicht, sich in die internen Angelegenheiten des westdeutschen Partners einzumischen, und das ungewöhnlich intensiv. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass sich diejenigen französischen Kommunen, in denen die politische Linke herrschte und die bisher noch keinen Partner in der Bundesrepublik hatten, in dieser Zeit auch nicht um eine offizielle Zusammenarbeit bemühten. Wengleich auf deutscher Seite – besonders während des »Deutschen Herbstes« 1977 – die Städte und Gemeinden dazu aufgefordert wurden, ihr Netz kommunaler Kontakte

152 Auswärtige Angelegenheiten deutscher Städte – I. Partnerschaften, in: *Der Städtetag* 29 (1976), H. 3, S. 140.

153 Auf den Zusammenhang mit der Entwicklung des Auslandstourismus weist LEITERMANN, *Städte* initiierten, S. 4, hin.

154 Caroline DOUBLIER, *L'OFAJ et les échanges scolaires*, in: BOCK u.a. (Hg.), *Les jeunes dans les relations transnationales*, S. 367–387, hier S. 369.

zu erweitern und damit dazu beizutragen, das zu jener Zeit vorherrschende negative Bild der Bundesrepublik im Ausland zu korrigieren<sup>155</sup>, geht aus den Statistiken hervor, dass das Echo nicht gerade groß war.

Auch die Bewohner der Bundesrepublik betrachteten jedoch im selben Jahr die politische Entwicklung im Nachbarland mit Sorge. Der Grund waren die französischen Kommunalwahlen vom März 1977, in denen die Koalition der Sozialisten und Kommunisten den Sieg davontrug<sup>156</sup>. Die deutschen Kommunalpolitiker sorgten sich vor allem vor einer möglichen Zusammenarbeit mit Vertretern der Kommunistischen Partei<sup>157</sup>. Auch wenn sich die pessimistische Prognose, dass eine nicht geringe Zahl von Partnerschaften beendet werden würde<sup>158</sup>, nicht erfüllte, belegt die sehr geringe Anzahl von Verträgen, die im Jahr 1977 unterzeichnet wurden, dass die Schließung neuer Partnerschaften vielfach auf später vertagt wurde.

In statistischer Hinsicht wirkte sich dieser Aufschub positiv auf die Entwicklung in der zweiten Hälfte des Untersuchungsabschnitts aus. Der hohe Jahreszuwachs, der 1981 verzeichnet wurde, war darüber hinaus möglicherweise auch durch ein »Wetteifern« um den Titel der tausendsten deutsch-französischen Kommunalpartnerschaft motiviert. Das steigende Interesse, das zu Beginn der 1980er Jahre Kommunen aus beiden Ländern an einer Zusammenarbeit bekundeten, kontrastierte mit der Verschlechterung der offiziellen Beziehungen nach dem Antritt François Mitterrands im Amt des französischen Präsidenten. Auf Bundesebene wiederholte sich so die Situation, in der sich nicht wenige deutsche Bürgermeister bereits nach den französischen Kommunalwahlen des Jahres 1977 bzw. schon 1971 befunden hatten.

In einem Kontrast zu dem Anstieg der westdeutsch-französischen Partnerschaften in den Jahren 1974–1981 steht die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR. Von dem durchschnittlichen Jahreszuwachs von nicht ganzen zwei Partnerschaften weicht nur das Jahr 1976 deutlicher ab, in dem insgesamt vier neue Partnerschaften in den Ausgangsdatenbanken verzeichnet wurden. Ebenso wie im vorangegangenen Kapitel können wir also die Frage stellen, ob dieser kurzfristige Anstieg nicht Ausdruck einer negativen Abgrenzung der französischen Städte und

---

155 Hermann SCHMITT-VOCKENHAUSEN, Noch mehr Städtepartnerschaften, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion I (1977), H. 7, S. 97–98, hier S. 98.

156 MARTIN, Les élections municipales, S. 95–107, bes. S. 104f.

157 Die Befürchtungen der deutschen Kommunalpolitiker werden anschaulich in folgendem Satz aus dem Spiegel zusammengefasst: »Besorgte Bürgermeister, den Radikalenerlaß vor Augen und voller Scheu vor Kontakten mit Kommunisten, suchten vorsorglich Rat bei Parteibossen«. Zitat aus: Mit Vorsicht, S. 94.

158 GRUNERT, Städtepartnerschaften – ein Faktor, S. 35.

Gemeinden gegenüber der Bundesrepublik war, etwa in Ablehnung des westdeutschen Kampfes gegen die Terroristen der RAF und aus Sorge vor der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik.

Unterschiede in der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit waren nicht nur in der Zeit, sondern auch in der geographischen Verteilung zu beobachten. Ebenso wie im vorherigen Zeitabschnitt bestand das größte Interesse an einer Partnerschaft mit französischen Kommunen in Baden-Württemberg, das in dieser Hinsicht 1974 den höchsten Zuwachs seiner Geschichte verzeichnete, und in Rheinland-Pfalz. Zu diesem Duo gesellte sich außerdem neu auch Bayern hinzu: Auf dem Gebiet dieser drei Bundesländer entstanden fast 60 Prozent aller neuen Partnerschaften. Das Potenzial Nordrhein-Westfalens in Bezug auf die Schließung neuer deutsch-französischer Partnerschaften hingegen sank allmählich. Eine der Ursachen des verspäteten bayerischen Interesses war zweifellos die geographische Lage, d.h. die Tatsache, dass Bayern an keinen Staat der Europäischen Gemeinschaften angrenzte. Weitere Faktoren waren außerdem die erhebliche wirtschaftliche Rückständigkeit einiger Teile Bayerns sowie die Notwendigkeit, nach dem Zweiten Weltkrieg über zwei Millionen vertriebene und zwangsausgesiedelte Personen zu integrieren. Während diese Umstände in den 1950er Jahren für die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit eine wesentliche Hürde darstellten, konnte sie nach und nach überwunden werden. Spätestens gegen Ende der 1960er Jahre wurden die bayerischen Kommunen zu aktiven Interessenten an einer Kooperation mit Frankreich, die an die traditionellen politischen und kulturellen Beziehungen beider Länder in der Vergangenheit anknüpfen konnte<sup>159</sup>. Ein Gebiet, in dem weiterhin nur vereinzelt deutsch-französische Partnerschaften geschlossen wurden, war Schleswig-Holstein, und das obwohl sich das DFJW 1975 durch die Initiierung einer Partnerschaft mit der Region Poitou-Charentes um dessen Integration in den bilateralen Austausch bemühte<sup>160</sup>.

Das Duo Kirkel – Mauléon, das Gegenstand der dritten Fallstudie ist, wurde deswegen gewählt, weil es die Zusammenarbeit zweier ländlicher, weit voneinander entfernt liegender Gebiete (fast 800 km) mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.001 und 19.999 und mehreren Partnergemeinden auf einer der beiden Seiten (in diesem Fall der französischen) vermittelt. Das Saarland, in dem Kirkel beheimatet ist, war zu dieser Zeit außerdem das einzige Bundesland, das die Wahl des Französischen als erste Fremdsprache in den Schulen förderte. Die Partnerschaft zwischen Kirkel und Mauléon

---

159 Vgl. France – Bayern. Bayern und Frankreich: Wege und Begegnungen. 1000 Jahre bayerisch-französische Beziehungen/France-Bavière: Allers et retours. 1000 ans de relations franco-bavaroises, Paris 2006.

160 Deutsch-französische Regionalpartnerschaften, S. 123.



wurde 1980 geschlossen, d.h. einige Jahre nach der saarländischen Gebietsreform und in einer Zeit, in der die kommunale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich wieder an Intensität zunahm.

Wenngleich die ersten Kontakte zwischen Kirkel und Mauléon 1976 durch eine persönliche Begegnung der Bürgermeister beider Gemeinden zustande kamen, war es die französische Seite, die die Schließung einer offiziellen Partnerschaft aktiver betrieb. Noch vor der Unterzeichnung des Vertrags wurden in beiden Städten die entsprechenden Organisationsstrukturen geschaffen, was belegt, dass die Kooperation mit dem Ausland nun kein Ausdruck des bloßen Enthusiasmus mehr war, sondern zum Bestandteil der gängigen kommunalpolitischen Agenda wurde. Die Stellung, die der jeweilige Verein oder Ausschuss gegenüber der lokalen Selbstverwaltung einnahm, spiegelte die Überzeugung der Organisatoren wider: In Kirkel setzte sich die Ansicht durch, dass das Rathaus so stark wie möglich in die partnerschaftliche Kooperation eingebunden werden sollte, die Mauléoner bemühten sich hingegen um eine möglichst große Unabhängigkeit der Partnerschaft von den Kommunalvertretern.

Die eigentliche Zusammenarbeit zwischen den beiden genannten Gemeinden war durch ein zweifaches Bestreben motiviert: Zum einen sollte sie die deutsch-französische Freundschaft bestärken, zum anderen zur Verständigung der beiden Völker beitragen und dadurch die Vereinigung Europas unterstützen. Dies bestätigt, dass die deutschen Kommunen die Kooperation mit Partnern aus Westeuropas seit Beginn der 1970er Jahre auch als Beitrag zur europäischen Integration verstanden<sup>161</sup>. Die Krise, der sich die Zusammenarbeit deutscher und französischer Kommunen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre allgemein gegenüber sah, ist aus dem Gründungsdokument nicht ersichtlich. Dennoch wurde der Wunsch geäußert, die Kooperation unabhängig von der hohen Politik zu entfalten.

Die meisten Austauschaktivitäten waren im Fall Kirkels und Mauléons für die Bürger bestimmt. Anfangs beteiligten sich an diesen vor allem Senioren und Schüler der weiterführenden Schulen, bald kam jedoch auch die in verschiedenen Freizeitvereinen organisierte mittlere Generation hinzu. Wie durch die Zahl derjenigen Personen belegt wird, die 1980 bzw. 1981 zu dem jeweiligen Festakt in die Partnergemeinde reisten (insgesamt ungefähr 370 Personen), erfreute sich die Partnerschaft zwischen Kirkel und Mauléon eines breiten Interesses der örtlichen Einwohnerschaft. Wenn wir daran erinnern, dass sich an den gemeinsamen Aktivitäten von Duisburg und Calais im Jahr 1980 nicht ganze 380 Personen beteiligten, so zeigt sich, dass die Größe der Partnerstadt nicht unbedingt einen wesentlichen Einfluss auf die Zahl der Interessenten an der partnerschaftlichen Zusammenarbeit hatte.

---

161 LEITERMANN, Städte initiierten, S. 4.

Diese Angabe verändert sich vielmehr danach, ob sich die konkrete Partnerschaft in einer Phase der Blüte oder einer Phase des Stillstands befindet. Für eine genauere Vorstellung sei die Schätzung angeführt, zu der 1969 – auf der Basis einer wesentlich größeren Stichprobe – die Internationale Bürgermeister-Union gelangte: Auf eine Partnergemeinde entfielen demnach im Durchschnitt 188 Teilnehmer jährlich<sup>162</sup>. Wie jedoch aus der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon deutlich wird, kann sich diese Zahl wesentlich verändern, wenn es zu einer Intensivierung des Austausches zwischen den örtlichen Schulen kommt. Im genannten Fall wurde so die Zahl der Personen, die sich an den partnerschaftlichen Aktivitäten beteiligten, in zwei Jahren vervierfacht.

Die parallelen Fallstudien weisen noch weitere gemeinsame Merkmale auf. Eines ist die Konfrontation der Partnerstädte und -gemeinden mit der den nationalen Rahmen verlassenden Politik, wenngleich in unterschiedlicher Form und Intensität. Im Fall von Duisburg und Calais betraf dies das Interesse des Weltbundes der Partnerstädte an der Partnerschaft beider Städte mit dem afrikanischen Lomé. Duisburg betrachtete dieses Interesse als eindeutig unerwünscht. Die Tatsache, dass Duisburg genau nach der Empfehlung der Bundesorgane und -institutionen handelte, belegt, dass die westdeutschen Kommunen auch in den 1970er Jahren noch ihre internationalen Kontakte im Sinne der offiziellen Außenpolitik der Bundesrepublik pflegten<sup>163</sup>.

Am Beispiel von Mainz und Dijon wurde in diesem Kapitel erstmals konstatiert, dass die Partnerstädte auch die fortschreitende europäische Integration reflektierten. Anlass gaben die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament 1979, die das Thema zweier partnerschaftlicher Begegnungen waren. Dies entsprach dem damaligen Bestreben der Kommunalverbände, auf die Partnergemeinden so einzuwirken, dass diese ihre Bürger zu einer höheren Wahlbeteiligung bewegen und damit das Europäische Parlament stärken<sup>164</sup>.

Für den Zeitraum 1974–1981 ist ebenfalls detailliert belegt, dass die Kommunen die innenpolitische Entwicklung im Partnerland verfolgten. Einfache Bürger wie offizielle Vertreter von Calais protestierten so seit 1975 gegen die Art und Weise, auf die in Duisburg der sog. Radikalenerlass, konkret das auf den Staatsdienst bezogene Berufsverbot, umgesetzt wurde. Diese Proteste, die weder in der späteren Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten

162 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 172.

163 Für die 1950er und 1960er Jahre konstatierte dies GRAUHAN, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden, S. 93.

164 XII. Gemeindetag des Rates der Gemeinden Europas, Lausanne, 08.–11.06.1977, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 1 (1977), S. 58–73, hier S. 61; RGE-EntschlieÙung: Die Aufgabe der Gemeinden bei der Vorbereitung der Europawahl, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 2 (1978), S. 124f.

noch in einer der anderen untersuchten Partnerschaften eine Parallele hatten, verlangten eine Reaktion nicht nur der Duisburger, sondern auch der übergeordneten Landesbehörden.

Die Partneraktivitäten konnten auch durch scheinbar mit der Partnerschaft nicht zusammenhängende innenpolitische Ereignisse negativ beeinflusst werden. Wie der Fall des Dijoner Oberbürgermeisters Poujade von 1977 zeigt, reichte es aus, dass der höchste Repräsentant der Partnerstadt aktiv in diese involviert war. Probleme entstanden ebenfalls dann, wenn die Terminierung solcher Ereignisse, wie etwa der Präsidentschaftswahlen, mit den Partnertreffen kollidierte, hier konkret mit den Feierlichkeiten zum 10. Jubiläum der Partnerschaft Mainz – Dijon. Die Kommunalpartnerschaften waren jedoch in der Beziehungen zur »hohen Politik« nicht nur passives Subjekt. Das belegt der Versuch, den 1978 der Mainzer Oberbürgermeister Fuchs unternahm mit dem Ziel, eine Milderung der Förderrichtlinien des DFJW zu erreichen. Fuchs' Intervention bei seinen höher gestellten Parteikollegen erbrachte allerdings keine realen Ergebnisse.

Den Partnerschaften Mainz – Dijon und Duisburg – Calais war zudem gemein, dass ihre Kooperation im untersuchten Zeitraum eine mehrjährige Krise durchlief. Deren Ursachen waren folgende: die Priorisierung innenpolitischer Aktivitäten vor der Zusammenarbeit mit dem ausländischen Partner, die Kritik der inneren Angelegenheiten der Partnerstadt, das Ausscheiden der für die Partneraktivitäten Verantwortlichen aus dem Amt oder die wesentliche Verringerung der Fördermittel, die der Kommunalpartnerschaft aus dem städtischen Haushalt zukamen. Während die Vertreter der Stadt Mainz bei der Zusammenarbeit mit Dijon vor allem auf das erste Problem stießen, zeigten sich bei der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais alle vier genannten Schwierigkeiten. In diesem Fall war gerade deshalb das Bemühen besonders deutlich, die Kontakte zu beleben. Wenngleich sich in beiden Fällen Krisenmomente mit einer einstweiligen Verbesserung abwechselten, waren die größten Probleme insgesamt zwischen der Jahreswende 1974/75 und dem Jahr 1978 zu beobachten. In der Kooperation zwischen Wismar und Calais hingegen wurde keine derartige Krise verzeichnet bzw. die lückenhaften Quellen deuten nichts Derartiges an. Ein Grund dafür mögen die unterschiedlichen Ansprüche gewesen sein, die in Duisburg einerseits und in Wismar andererseits an die Zusammenarbeit mit Calais gestellt wurden.

Was die kommunale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich allgemein anbelangt, so bestätigen die zeitgenössischen Aufsätze in den entsprechenden Fachzeitschriften, dass die Schwierigkeiten der Städtepaare Mainz – Dijon und Duisburg – Calais keinesfalls eine Ausnahmeerscheinung waren. Bereits seit 1975 wurde ein Schwinden der Begeisterung für die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepартnerschaften registriert, drei Jahre später wurden die stagnierende Kooperation bzw.

solche Partnerschaften, die nur »auf dem Papier« existierten, als Ausdruck des aktuellen Charakters der bilateralen Kontakte auf kommunaler Ebene betrachtet<sup>165</sup>. Das Bestreben, dem Rückgang der gemeinsamen Aktivitäten entgegenzutreten, führte dazu, dass einige ausgewählte Bereiche der Zusammenarbeit bevorzugt und zugleich für die gemeinsame Tätigkeit völlig neue Themen gesucht wurden.

Im Fall von Mainz und Dijon wurde so der jüngsten Generation größere Aufmerksamkeit gewidmet. Dank erhöhter städtischer Zuschüsse erlebte der Schüleraustausch, hier vor allem zwischen den weiterführenden Schulen, einen Aufschwung. Austauschaufenthalte wurden nun auch für Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler mit Behinderung angeboten. Die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais wiederum wurde um Kontakte mit der Hauptstadt des Togo, Lomé, erweitert, wobei diese Kooperation eher einer Entwicklungshilfe auf kommunaler Ebene denn einer klassischen Partnerschaft entsprach. Auch wenn die deutsche Seite behauptete, dass sie unabhängig von Calais mit Lomé zusammenarbeitete, ist evident, dass die Beziehungen zwischen Duisburg und Lomé ohne die Initiative aus Calais überhaupt nicht zustande gekommen wären.

Wenngleich die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht frei von Ängsten und Vorurteilen waren, so bewegten sie sich im Vergleich mit dem Anfang der 1950er Jahre eindeutig auf einem qualitativ höheren Niveau. Ein gegenseitiger Krieg stellte keine reale Bedrohung mehr dar, ebenso wurden die Folgen der konfliktreichen Vergangenheit als überwunden betrachtet. Diese Tatsache spiegelte auch die Partnerschaft deutscher und französischer Kommunen wider, die immer öfter als Beitrag zur europäischen Integration betrachtet wurde. Wie die Kooperation zwischen Kirkel und Mauléon zeigt, und hier konkret die Gründung der Chöre *Mauléon* und *Alauda*, erfüllte die partnerschaftliche Zusammenarbeit auch eine wichtige Rolle für das Innenleben der beteiligten Gemeinden.

---

165 Städtefreundschaften – heute, in: Der Städtetag 28 (1975), S. 547f., hier S. 547; ENGELHARDT, Les jumelages, S. 135.

## VI. Die Hochphase der Kooperation und ihre Klippen (1982–1989)

### 1. Die »Schicksalsgemeinschaft« am Ende des Kalten Kriegs

In den Jahren 1982 bis 1989 wurden die deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene von François Mitterrand und Helmut Kohl gestaltet, deren gemeinsames Wirken durch Einschnitte in den Jahren 1984, 1987–88 und 1989 gekennzeichnet war. Wenngleich Mitterrand zu Beginn seines Mandats 1981 verkündet hatte, statt der privilegierten »Achse Bonn–Paris« eine Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften durchsetzen zu wollen<sup>1</sup>, änderte sich seine Überzeugung in den nächsten Jahren. Einen großen Anteil daran hatte der Konsens des deutschen Regierungschefs und des französischen Präsidenten in der Frage des wichtigsten sicherheitspolitischen Problems des damaligen Europas – der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 in den Staaten des Ostblocks. Mitterrand sprach sich (im Unterschied zu seinem Vorgänger) klar zugunsten des NATO-Doppelbeschlusses aus, und das sogar direkt im Deutschen Bundestag aus Anlass des 20. Jahrestags des Élysée-Vertrags<sup>2</sup>. Er wollte die Stärkung neutralistischer Tendenzen in der Bundesrepublik ebenso verhindern wie einen deutschen Bruch mit der NATO<sup>3</sup>. Helmut Kohl gewann dadurch für den innenpolitischen Kampf einen wichtigen Verbündeten, der ihn sogar im Bundestagswahlkampf unterstützte<sup>4</sup>. Zur gleichen Zeit kam es auch zu einer Annäherung der Wirtschaftspolitik beider Länder, da sich die von Mitterrand bei Amtsantritt versprochenen höheren Staatsausgaben und Verstaatlichungen als untragbar erwiesen hatten und im Frühjahr 1983 vielmehr durch Sparmaßnahmen ersetzt wurden.

Die allmähliche Rückkehr zu den privilegierten deutsch-französischen Beziehungen wurde im Mai 1984 durch Mitterrands öffentliche Äußerung auf dem bilateralen Gipfeltreffen in Rambouillet gekrönt, »dass Frankreich keinen besseren und solidarischeren Partner als die Bundesrepublik« habe<sup>5</sup>. In qualitativer Hinsicht begann für die deutsch-französischen Beziehungen, die Mitterrand nun als »Schicksalsgemeinschaft« (*communauté de destin*)

---

1 LAPPENKÜPER, Mitterrand und Deutschland, S. 158.

2 Discours prononcé par le président Mitterrand devant le Bundestag, 20.01.1983 (extrait), in: JARDIN/KIMMEL (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 261–263.

3 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 90f.

4 LIND, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen, S. 67.

5 Ebd., S. 87f.

bezeichnete<sup>6</sup>, definitiv ein neuer Zeitabschnitt. Dieser zeichnete sich durch ungewöhnlich häufige Begegnungen auf höchster Ebene sowie durch eine Verstärkung des Netzes der deutsch-französischen Institutionen aus. Eines gesteigerten Interesses erfreute sich auch das DFJW, dessen Haushalt bis 1989 schrittweise auf 40 Millionen DM erhöht wurde, womit er den gleichen Umfang wie in der Gründungsphase der 1960er Jahre erreichte<sup>7</sup>. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften kam es ebenfalls zu gemeinsamen Initiativen, die deren Funktionsweise reformierten (Einheitliche Europäische Akte), die Aufnahme neuer Mitglieder ermöglichten (Portugal und Spanien) und die Zusammenarbeit im Bereich der modernen Technologien erweiterten (z.B. das EUREKA-Projekt oder die Ariane-Raketen)<sup>8</sup>. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in den Jahren 1987–1988. Symbolische Manifestation der bilateralen Annäherung in Militär- und Verteidigungsfragen war das bis dahin größte deutsch-französische Manöver »Kecker Spatz« (*Moineau Hardi*) im September 1987. Die deutschen und französischen Vorstellungen in Verteidigungsfragen glichen 1988 einander so sehr, dass, wie es Soutou formuliert, »jamais [...] depuis 1960–1964 on n'avait été plus près de la possibilité d'une importante coopération politico-stratégique entre les deux pays«<sup>9</sup>. Konkrete Ergebnisse waren zum Beispiel die Bildung der Deutsch-Französischen Brigade oder die Vereinbarung über die gemeinsame Konstruktion eines Kampfhubschraubers<sup>10</sup>.

Zu den historischen Marksteinen reihte sich auch der Januar 1988, in dem 25 Jahre seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags gefeiert wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde das genannte Dokument um zwei Protokolle ergänzt, mit denen als Reaktion auf die vorherigen Vereinbarungen neue bilaterale Organe eingerichtet wurden: der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat (*Conseil franco-allemand de défense et de sécurité*) und der Deutsch-Französische Finanz- und Wirtschaftsrat (*Conseil économique et financier franco-allemand*)<sup>11</sup>. Während die Kooperation in Verteidigungsfragen bereits im Jahr 1963 vertraglich vereinbart wor-

6 Diesen Ausdruck verwendete Mitterrand erstmals in einem Brief, den er im Juni 1984 an Bundespräsident Karl Carstens anlässlich des 40. Jahrestages der alliierten Invasion in der Normandie adressierte. Siehe LAPPENKÜPER, Mitterrand und Deutschland, S. 206.

7 François BEILECKE, Kontinuität, Erneuerung und der europäische Imperativ: Das DFJW in den achtziger Jahren, in: BOCK (Hg.), Deutsch-französische Begegnung, S. 123–153, hier S. 125.

8 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 354f.

9 SOUTOU, L'alliance incertaine, S. 393.

10 Ebd., S. 392.

11 Protocole au traité entre la République française et la RFA sur la coopération franco-allemande du janvier 1963 portant création d'un Conseil franco-allemand de défense et de sécurité, 22.01.1988, in: JARDIN/KIMMEL (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 297f.; Protocole au traité entre la République française et la RFA sur la coopération franco-allemande du janvier 1963 portant création d'un Conseil franco-allemand économique et financier, 22.01.1988, in: Ebd., S. 298f.

den war, aber ohne praktische Anwendung blieb, waren die regelmäßigen Besprechungen in Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten eine Neuerung. Die Bundesrepublik hatte vor allem ein Interesse an verstärkten Kontakten in Sicherheits- und Verteidigungsfragen, Frankreich hingegen legte mehr Wert auf die Koordination der Wirtschaftspolitik<sup>12</sup>. Auch die Kulturzusammenarbeit blieb nicht außen vor. Nachdem bei dem sog. Kulturgipfel im Oktober 1986 die Defizite in diesem Bereich zum Thema geworden waren, wurde aus Anlass des 25. Jubiläums des Élysée-Vertrags die Gründung des Deutsch-Französischen Kulturrats (*Haut conseil culturel franco-allemand*) bekannt gegeben<sup>13</sup>. Daneben verliefen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bilaterale Verhandlungen zur Erhöhung sowohl der Schüler-, Lehrlings- und Studentenmobilität zwischen beiden Ländern als auch des Interesses am Erlernen der Sprache des Partnerlandes<sup>14</sup>.

Die Blüte, die die deutsch-französische Kooperation seit 1987 erlebte, wurde allerdings durch die Ereignisse des Jahres 1989 unterbrochen. Wenngleich Mitterrand dem deutschen Volk das Recht auf Einigung zubilligte, betrachtete er diese – vor allem in kurzfristiger Perspektive – als rein hypothetisch<sup>15</sup>. Der französische Präsident zeigte sich daher durch die Geschwindigkeit der Entwicklung in der DDR im Herbst 1989 überrascht. Dementsprechend war die offizielle französische Reaktion auf den Fall der Berliner Mauer neutral bis kühl. Eine eindeutige Ablehnung rief dann allerdings der Zehn-Punkte-Plan hervor, den Helmut Kohl ohne vorherige Absprache Ende November 1989 veröffentlichte<sup>16</sup>. Ob Mitterrand sich tatsächlich bemühte, die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern bzw. sie möglichst zu verkomplizieren, oder ob er nur Befürchtungen vor einer zu schnellen Entwicklung und einer damit einhergehenden Destabilisierung Europas hatte, ist weiterhin Gegenstand der Fachdiskussion<sup>17</sup>. Der französische Präsident strebte aber

12 LIND, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen, S. 147.

13 Accord portant création d'un Haut Conseil culturel franco-allemand, Paris, 22.01.1988, in: JARDIN/KIMMEL (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 300f.

14 Die Verhandlungen betrafen vor allem die gegenseitige Anerkennung der Prüfungszeugnisse. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: KÄSTNER (Bearb.), Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen, S. 122–171 u. 238–250.

15 MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 110f.

16 BRAND CRÉMIEUX, Les Français face à la réunification, S. 22f.

17 Die Ansicht, dass Mitterrand sich bemühte, die deutsche Wiedervereinigung möglichst zu blockieren, vertreten z.B. Jacques BINOCHÉ, Histoire des relations franco-allemandes de 1789 à nos jours, Paris 1996, S. 299f.; BRAND CRÉMIEUX, Les Français face à la réunification allemande, S. 23–26 und LAPPENKÜPER, Mitterrand und Deutschland, S. 352. Dieser These widersprechen u.a. BOZO, Mitterrand, la fin de la guerre froide, S. 21–26; MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 110; Maurice VAISSE/Christian WENKEL (Hg.), La diplomatie française face à l'unification allemande, Paris 2011, S. 29. Neue Erkenntnisse in dieser Diskussion können wohl erst erwartet werden, wenn die entsprechenden Dokumente aus den »Archives Mitterrands« frei zugänglich sind.

auf jeden Fall die Lenkung des Vereinigungsprozesses durch die ehemaligen Besatzungsmächte – und nicht durch die Bundesregierung – an<sup>18</sup>. Gemäß dieser Konzeption nahm Mitterrand eine frühere Einladung der ostdeutschen Führung an und unternahm im Dezember 1989 eine offizielle Reise nach Ostberlin, die von der westdeutschen Seite als Bestreben interpretiert wurde, die internationale Position der DDR zu stärken<sup>19</sup>. Insgesamt herrschten also an der Jahreswende 1989/90 in den deutsch-französischen Beziehungen »große Differenzen«, »Irritationen« und »Misstrauen«<sup>20</sup>. Umso bemerkenswerter ist das Verständnis, das die einfachen Bürger für die Entwicklung jenseits des Rheins aufbrachten: Die Mehrheit der Franzosen stand, mit Verweis auf die massenhafte Flucht ostdeutscher Bürger, die Gesamtsituation in der DDR sowie die grundlegenden Bürgerrechte, der Wiederherstellung eines vereinigten deutschen Staates positiv gegenüber<sup>21</sup>.

## 2. Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Über 1.500 Partnerschaften

Die Jahre 1982 bis 1989 gehören zwar im Rahmen des Untersuchungszeitraums zu den kürzesten Zeitabschnitten, schrieben sich jedoch sehr deutlich in die Geschichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene ein. Wurden Ende des Jahres 1981 noch 1.064 Fälle kommunaler Zusammenarbeit registriert (davon 1.045 Partnerschaften), so erhöhte sich ihre Zahl bis Ende 1989 auf 1.523 (davon 1.487 Partnerschaften) [Tabelle 16]. Wenngleich die internationalen Organisationen IBU und RGRE anführen, dass die fünfzehnhundertste deutsch-französische Partnerschaft bereits im Jahr 1988 geschlossen worden sei<sup>22</sup>, wurde dieser Meilenstein der Gesamtdatenbank zufolge erst zwei Jahre später erreicht. Dieser Unterschied kommt dadurch zustande, dass beide Organisationen auch die offiziellen Kooperationen zwischen Bezirken und Departements bzw. Bundesländern und Regionen zu den kommunalen Kooperationen rechneten. Ihre Datenbanken registrierten darüber hinaus bisweilen eine einzige Partnerschaft als mehrere selbstständige Städte- oder Gemeindepaare, sofern sich an ihr mehr als zwei Kommunen beteiligten.

18 BOZO, Mitterrand, la fin de la guerre froide, S. 21f.; LAPPENKÜPER, Mitterrand und Deutschland, S. 352.

19 PFEIL, Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen, S. 620 u. 622.

20 Vgl. WOYKE, Deutsch-französische Beziehungen, S. 187; ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 365; MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 113.

21 BRAND CRÉMIEUX, Les Français face à la réunification, S. 37f.

22 Vgl. z.B. Deutsch-Französischer Bürgermeisterkongreß Ludwigsburg, S. VI.

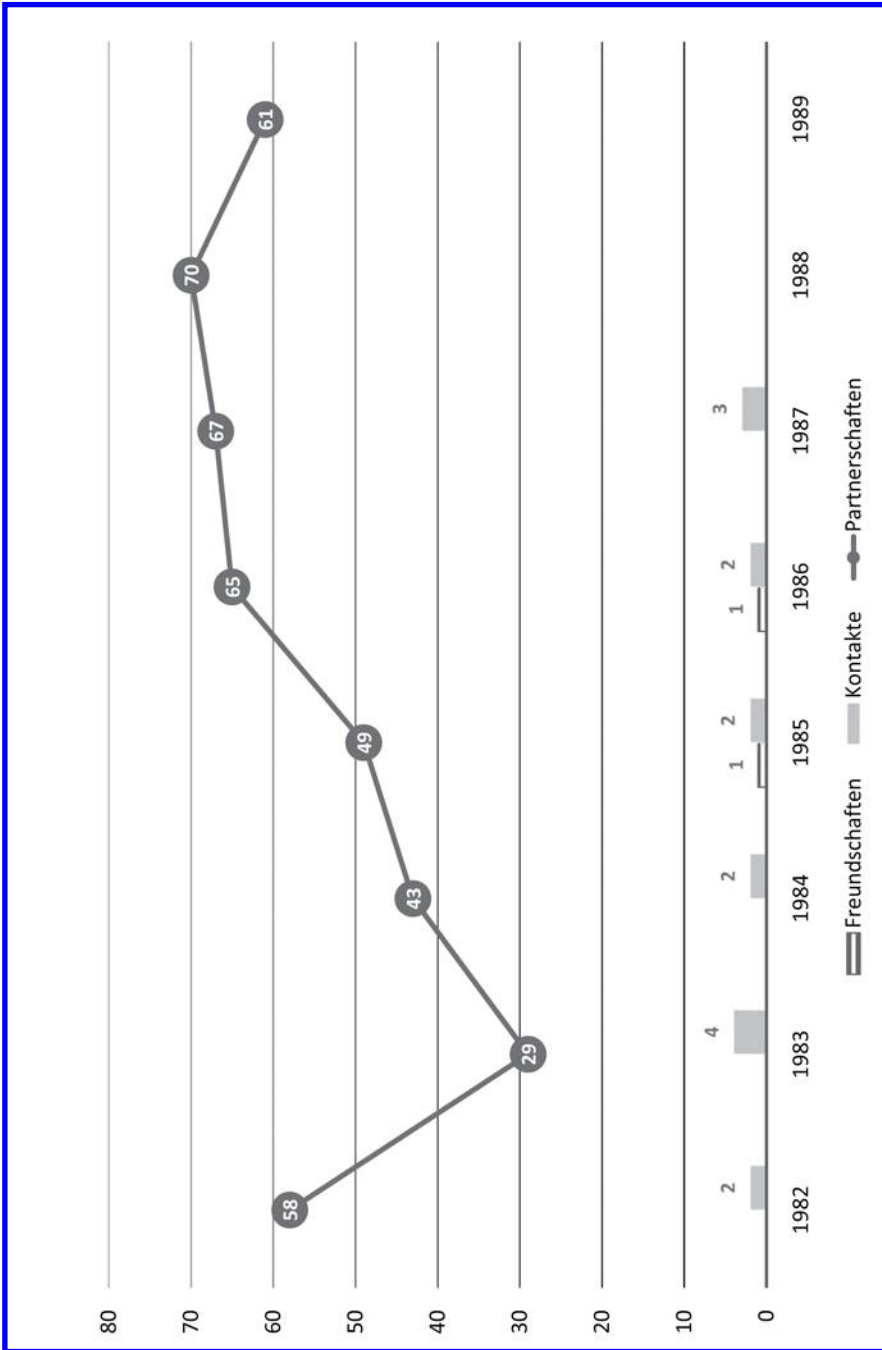


**Tabelle 16:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1982–1989)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Insgesamt
1982	1.103	10	11	1.124
1983	1.132	10	15	1.157
1984	1.175	10	17	1.202
1985	1.224	11	19	1.254
1986	1.289	12	21	1.322
1987	1.356	12	24	1.392
1988	1.426	12	24	1.462
1989	1.487	12	24	1.523

Nach der Gesamtdatenbank wurden im Laufe der Jahre 1982 bis 1989 insgesamt 459 neue Fälle deutsch-französischer Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene verzeichnet. Wieder galt, dass fast alle auf die Zusammenarbeit in Form von Partnerschaften entfielen (442). Die Zahl der neuen Freundschaften (2) und Kontakte (15) machte weiterhin nicht einmal vier Prozent aus. Eine Rekordhöhe erreichte der durchschnittliche Jahreszuwachs, der 55 Partnerschaften betrug – die meisten aller untersuchten Zeitabschnitte. Werte über diesem Durchschnitt wurden 1982 (58 Partnerschaften) und in den Jahren 1986–1989 verzeichnet, in denen sie sich zwischen 61 und 70 Partnerschaften bewegten [Diagramm 10]. Das Jahr 1988 rühmte sich 70 neuer Partnerschaften und war damit das in dieser Hinsicht zweiterfolgreichste nach dem Jahr 1966 (72); später wurde dieser Rekordwert nur noch im Jahr 1991 übertroffen. Im Diagramm ist ferner der Einbruch im Jahr 1983 nicht zu übersehen. Die in diesem Jahr geschlossenen 29 Verträge, begleitet von immerhin vier neuen Kontakten, stellten den zweitniedrigsten Wert seit Unterzeichnung des Elysée-Vertrags dar.

In regionaler Hinsicht kam es auf dem Felde der Zusammenarbeit deutscher und französischer Städte und Gemeinden zu einer Entwicklung, die sich bereits in den Jahren 1974 bis 1981 abgezeichnet hatte. Das Trio derjenigen Bundesländer, auf deren Gebiet die meisten neuen Fälle kommunaler Zusammenarbeit registriert wurden, bildeten wiederum Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz [Tabelle 17]. Baden-Württemberg verlor jedoch seine dominante Stellung an Bayern, das sich auf den ersten Platz vorschob. Das Verhältnis der in diesen beiden Bundesländern geschlossenen deutsch-



**Diagramm 10:** Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1982–1989).

französischen Partnerschaften betrug 100 zu 102 zugunsten Bayerns. Rheinland-Pfalz stand mit 64 Partnerschaften deutlich hinter den beiden größeren Bundesländern zurück, obwohl es einen genauso großen Zuwachs wie im vorherigen Zeitabschnitt verzeichnen konnte.

**Tabelle 17:** Anzahl der 1982–1989 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit

Bundesland	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Bayern	102	1	2
Baden-Württemberg	100	1	4
Rheinland-Pfalz	64	0	2
Hessen	50	0	3
Niedersachsen	44	0	1
Nordrhein-Westfalen	44	0	2
Saarland	24	0	0
Schleswig-Holstein	13	0	1
Westberlin	1	0	0
Insgesamt	442	2	15

Anm.: Weder Bremen noch Hamburg gingen in diesem Zeitraum eine neue Kooperation mit Frankreich ein.

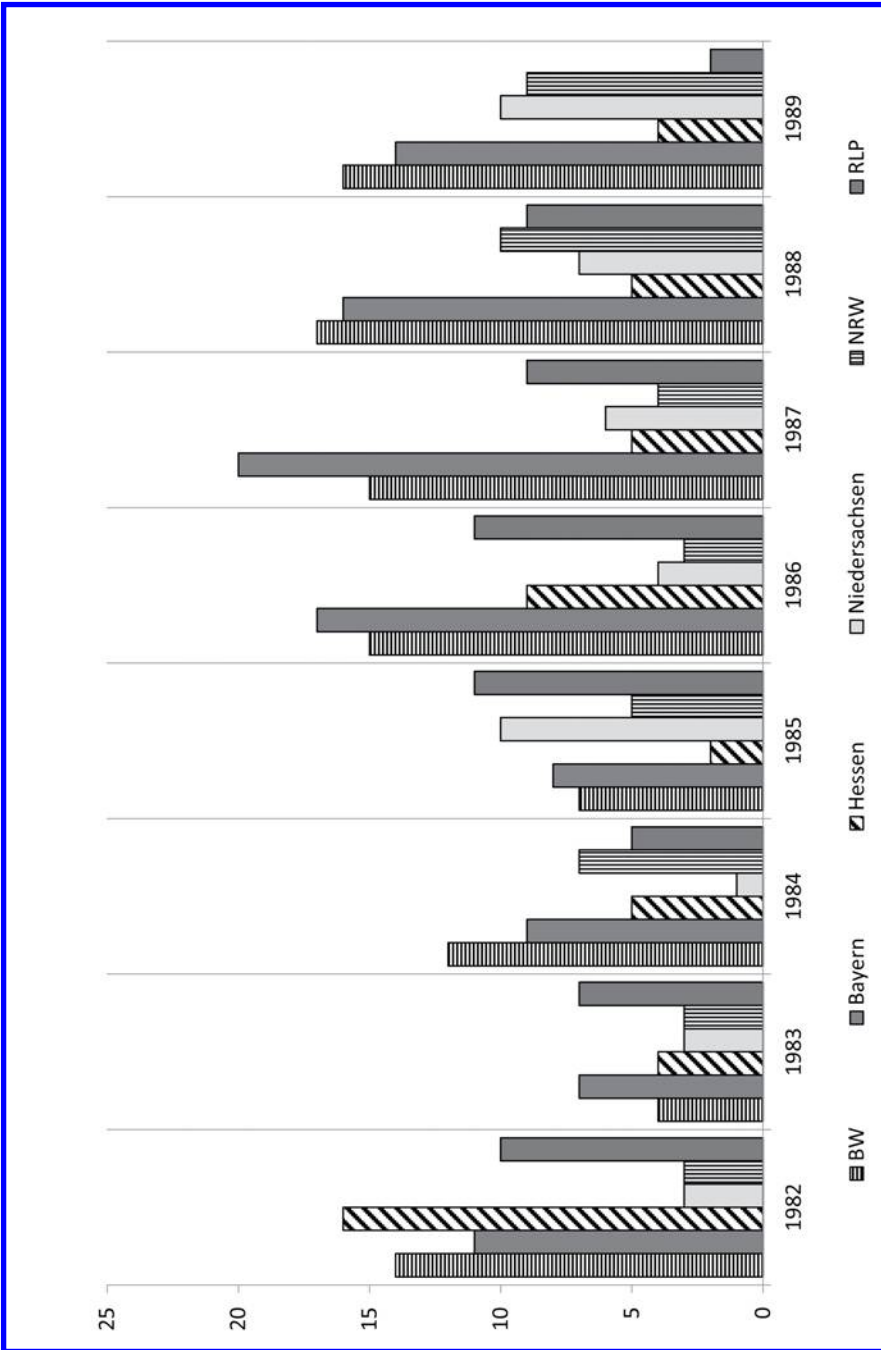
Die Bundesländer auf den ersten drei Positionen waren zugleich die einzigen, deren Gesamtbilanz neuer Partnerschaftsverträge den Jahresdurchschnitt der Bundesrepublik insgesamt übertraf. Unter diesen Durchschnitt fiel erstmals Nordrhein-Westfalen mit nur 44 neuen Partnerschaften. Unter denjenigen Ländern mit der geringsten Anzahl neuer Verträge blieben weiterhin Schleswig-Holstein (13) und das Saarland (24). Trotzdem erzielten beide Länder gerade in diesem Zeitabschnitt Rekordzuwächse: Schleswig-Holstein (4) im Jahr 1986, das Saarland (6) drei Jahre später. Historische Zuwächse registrierten noch drei weitere Bundesländer [Diagramm 11]. Der bayerische Rekord betrug 20 Partnerschaften im Jahr 1987 (und noch einmal 1992), Hessen erreichte den Höchstwert von 16 Partnerschaften im Jahr 1982, und Niedersachsen verzeichnete gleich in zwei verschiedenen Jahren zehn neue

Partnerschaften (1985 und 1989). Die Veränderungen in der regionalen Verteilung der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften spiegeln sich auch in der Statistik wider, die die Zahl der neuen Partnerschaftsverträge ins Verhältnis zur Einwohnerzahl rückt [Tabelle 18]. Es bestätigte sich die bereits erwähnte aufsteigende Tendenz Bayerns und des Saarlandes. Die Zahl derjenigen Verträge, die auf eine Million Einwohner im Saarland entfiel (22,5), war dabei mehr als doppelt so hoch wie in Bayern (9,1). Das Saarland löste somit Rheinland-Pfalz (17,3) auf der ersten Position ab. Auf die unteren Ränge rutschten Baden-Württemberg (10,4) und Hessen (8,8). Einen sprunghaften Anstieg verzeichnete hingegen die Anzahl neuer Partnerschaftsverträge im Verhältnis zu Einwohnerzahl in Schleswig-Holstein (5)<sup>23</sup>.

Die Tatsache, dass in den Jahren 1982–1989 in quantitativer Hinsicht einige Marksteine erreicht wurden, ist Anlass genug, einen Blick auf die Entwicklung der deutsch-französischen Kooperation in den einzelnen Bundesländern bzw. ihren Städte und Gemeinden seit 1950 zu werfen. Das Ergebnis ist die Einteilung der Länder in drei Gruppen. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen gehören zur ersten Gruppe, die durch ein kontinuierliches Interesse an der kommunalen Zusammenarbeit charakterisiert wird. War bei den ersten beiden Bundesländern dieses Interesse fast von Beginn an intensiv und deutlich, reagierten die niedersächsischen Kommunen mit einer gewissen Verspätung und in einem viel geringeren Umfang. Auch Westberlin beteiligte sich kontinuierlich an der deutsch-französischen Kooperation: In jedem Untersuchungsabschnitt wurde mindestens jeweils von einem Stadtteil ein Partnerschaftsvertrag geschlossen.

---

23 Im Zeitraum zwischen 1974 und 1981 entfielen in Schleswig-Holstein auf eine Million Einwohner lediglich 1,5 Partnerschaften.



**Diagramm 11:** Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1982–1989).

**Tabelle 18:** Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1982–1989 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Bundesland	Einwohnerzahl zum 31.12.1989*	Anzahl der Partnerschaften	Anzahl der Partnerschaften auf 1.000.000 Einwohner
Saarland	1.065.000	24	22,5
Rheinland-Pfalz	3.702.000	64	17,3
Baden-Württemberg	9.619.000	100	10,4
Bayern	11.221.000	102	9,1
Hessen	5.661.000	50	8,8
Niedersachsen	7.284.000	44	6,0
Schleswig-Holstein	2.595.000	13	5,0
Nordrhein-Westfalen	17.104.000	44	2,6
Westberlin	2.131.000	1	0,5

\* Quelle: GENESIS-Online Datenbank, Bevölkerung, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung: Bundesländer, Stichtag 31.12.1989, Bevölkerungszahl (Anzahl).

Bayern, das Saarland und Schleswig-Holstein bilden die zweite Gruppe, die sich durch ein steigendes Interesse an der kommunalen Kooperation mit Frankreich auszeichnet. Diese Tendenz war zuerst im Saarland seit Mitte der 1960er Jahre zu beobachten, trotz einer einstweiligen Stagnation Mitte der 1970er Jahre, danach in Bayern seit Ende der 1960er Jahre und schließlich, mit einigem Abstand, auch in Schleswig-Holstein seit Mitte der 1980er Jahre. Die dritte Gruppe bilden Hessen und Nordrhein-Westfalen, in denen das Interesse an einer Zusammenarbeit mit Frankreich auf kommunaler Ebene in langfristiger Perspektive eine rückläufige Tendenz hatte. So erfreute sich die Kooperation mit den französischen Städten und Gemeinden im Zeitraum 1963–1973 zwar einer großen Aufmerksamkeit. Seit Mitte der 1970er Jahre war jedoch ein Rückgang in der Zahl neu geschlossener Verträge zu beobachten. Für das folgende Kapitel stellt sich somit die Frage, wie sich die deutsche Wiedervereinigung und der Zerfall des Ostblocks auf diese steigende, kontinuierliche oder rückläufige Entwicklung auswirkten.

Während der Zeitraum 1982 bis 1989 für die kommunale Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in quantitativer Hinsicht sehr erfolgreich war, galt für die kommunale Kooperation zwischen der DDR und Frankreich das genaue Gegenteil. Die Ausgangsdatenbanken führen nur einen neuen Partnerschaftsvertrag an, der 1988 zwischen den Regionalmetropolen Lille und Erfurt geschlossen wurde. In der DDR wurden so gegen Ende ihrer Existenz 78 Fälle kommunaler Zusammenarbeit mit Frankreich verzeichnet, von denen die Partnerschaften (69) fast 90 Prozent ausmachten<sup>24</sup>.

### 3. Fallstudien: Brombachtal – La Rivière-de-Corps ...

#### a) Brombachtal – La Rivière-de-Corps: Eine Partnerschaft auf Basis der örtlichen Vereine

Die Fallstudie, die die Zusammenarbeit zwischen dem ländlichen Brombachtal und dem stadtnahen La Rivière-de-Corps analysiert, ist nicht nur durch die Größe beider Gemeinden (weniger als 5.000 Einwohner) spezifisch, sondern auch dadurch, dass die meisten Quellen französischer Provenienz sind. Für die geographische Basisorientierung sei angeführt, dass Brombachtal in Hessen liegt, knapp 500 km von der französischen Partnergemeinde entfernt<sup>25</sup>. La Rivière-de-Corps, deren Bewohner sich *les Ribocortins* nennen, ist Teil des Departements Aube und der Region Champagne-Ardenne. Obwohl Brombachtal offiziell erst 1971 durch die Zusammenlegung von fünf zuvor selbstständigen Gemeinden (Birkert, Böllstein, Hembach, Kirchbrombach und Langenbrombach) entstand, ist die Rivalität zwischen den Letztgenannten bei weitem nicht so groß wie zwischen den drei Ortsteilen des saarländischen Kirkel.

Während Brombachtal vom Mittelgebirge des Odenwalds umgeben ist, gehört sein französisches Pendant zur städtischen Agglomeration, die von der Stadt Troyes mit den umliegenden Gemeinden gebildet wird und zusammen

24 Es sei jedoch daran erinnert, dass die Angaben über die Gesamtzahl der ostdeutsch-französischen Partnerschaften lediglich Orientierungscharakter besitzen. Einige Autoren, die sich auf Angaben aus anderen Quellen stützen, geben an, dass 1989 zwischen den Kommunen in der DDR und Frankreich 150 Partnerschaften bestanden hätten. So etwa Dorothee RÖSEBERG, Mittler und Institutionen im Osten Deutschland seit 1989, in: Dies./Gilbert CASASUS (Hg.), Frankreich und die Neuen Länder, Tübingen 2004, S. 31–44, hier S. 35.

25 In Brombachtal wurde im Mai 1989 feierlich ein Kilometerstein mit der Angabe 496 km eingesetzt. Vgl. Ein Stein als Wegweiser zu guten Freunden, in: Odenwälder Heimatzeitung, 08.05.1989.

fast 130.000 Einwohner zählt<sup>26</sup>. In den Gemeinden selbst ist die Einwohnerzahl relativ ausgewogen: 1999 lebten in La Rivière-de-Corps 3.000 Personen, in Brombachtal wurden Ende des Jahres 2001 3.700 Einwohner registriert<sup>27</sup>. Ähnliche Charakteristika weisen auch die Vorschul- und Schuleinrichtungen auf. So gibt es in beiden Gemeinden einen Kindergarten und eine Grundschule, für die weitere Ausbildung müssen die Schüler in einen anderen Ort pendeln<sup>28</sup>. Die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen den Schulen wurde jedoch durch zwei Tatsachen erschwert: Im Unterschied zur vierjährigen Grundschule in Brombachtal bietet die Schule in La Rivière-de-Corps auch den Unterricht in der fünften Klasse an. Für diese Schüler deutsche Alters- und Interessengenossen zu finden, erwies sich als relativ kompliziert. Die zweite Schwierigkeit bestand in den Schulvorschriften, die verhinderten, dass sich die Schüler der Brombachtaler Grundschule im Rahmen des Schulunterrichts an einem Austauschaufenthalt im Ausland beteiligten<sup>29</sup>.

Die Entfaltung der Partnerschaft wurde noch durch einen weiteren Umstand erschwert, diesmal im Bereich des Sports. Obwohl der Sport selbst in beiden Gemeinden eine wichtige Rolle spielte, gab es verschiedene Präferenzen hinsichtlich der Sportarten<sup>30</sup>. Die unterschiedlichen Religionsbekenntnisse hingegen waren keine Barriere für die gegenseitige Kooperation: An den ökumenischen Gottesdiensten nahmen sowohl katholische Gläubige aus La Rivière-de-Corps als auch die überwiegend protestantischen Bewohner Brombachtals teil<sup>31</sup>. Der letzte Unterschied, der sich in Zukunft wesentlich auf die Partnerschaft auswirken könnte, ist die demographische Entwicklung beider Gemeinden. Wie die entsprechenden Angaben aus den Jahren 2001 und 2013 bestätigen, ist Brombachtal mit einem allmählichen

26 Vgl. Grand Troyes – communauté d'agglomération, La Collectivité, in: URL: <<http://www.grand-troyes.fr/fr/decouvrir/la-collectivite/index.html>> (10.04.2014).

27 INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. La Rivière-de-Corps (10321 – commune), in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/10/COM/DL\\_COM10321.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/10/COM/DL_COM10321.pdf)> (10.04.2014); Hessisches Statistisches Landesamt (Hg.), Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2001, Wiesbaden 2002, in: URL: <<http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/20/index.html>> (07.07.2011).

28 Georg WAGNER, La Rivière-de-Corps. Die Partnergemeinde von Brombachtal, Brombachtal [1988], S. 12.

29 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein (Vorsitzender des Kulturkreises Brombachtal), 26.05.2006. Blumenschein gab an, dass die Austauschaufenthalte für die jüngsten Schüler direkt durch das Hessische Schulgesetz verboten worden seien. Die aktuelle Fassung des Gesetzes beinhaltet allerdings kein solches Verbot, vgl. in: URL: <[https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/HKM/hessisches\\_schulgesetz.pdf](https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/HKM/hessisches_schulgesetz.pdf)> (19.05.2014).

30 Während in La Rivière-de-Corps Fußball, Tennis und Reiten dominierten, galt in Brombachtal dem Handball das größte Interesse, in einigem Abstand gefolgt von Tischtennis und Tennis. Siehe WAGNER, La Rivière-de-Corps, S. 14.

31 Im Jahr 2009 betrug das Verhältnis der Katholiken und Protestanten in Brombachtal etwa eins zu drei, siehe Brombachtal im Odenwald, Einwohner, in: URL: <[http://www.brombachtal.de/index\\_main.php?unid=1281&websiteid=standard](http://www.brombachtal.de/index_main.php?unid=1281&websiteid=standard)> (10.07.2011).



Bevölkerungsrückgang konfrontiert<sup>32</sup>. Der Grund dafür besteht zum einen in dem Mangel an Arbeitsgelegenheiten in der Gemeinde, zum anderen in der schlechten Anbindung an das Autobahn- und Eisenbahnnetz, was das etwaige Pendeln zur Arbeit erschwert<sup>33</sup>. In La Rivière-de-Corps hingegen ist für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ein wesentlicher Bevölkerungszuwachs zu beobachten (zwischen 1968 und 1999 auf das Dreifache), seit dem Ende der 1990er Jahre bleibt die Einwohnerzahl konstant<sup>34</sup>. Zu dieser Entwicklung trug vor allem die attraktive Lage der Gemeinde bei, die durch die umliegende Natur und die Nähe zur Regionalmetropole Troyes gegeben ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps selbst basierte von Anfang an auf Kontakten zwischen Familien. Gegenseitige Besuche fanden sowohl organisiert als auch – insbesondere bei langjährigen Bekanntschaften – individuell statt. Die Familientreffen nahmen verschiedenste Formen an, auch ein gemeinsamer Urlaub an einem dritten Ort war keine Ausnahme<sup>35</sup>. Von den örtlichen Vereinen engagierten sich vor allem die Musikkapellen und Chöre aus Brombachtal. Auf französischer Seite hatten sie zwar kein entsprechendes Pendant, dafür nahmen sie aber eine umso wichtigere Rolle im Rahmen der organisierten Familientreffen ein, bei denen sie einen beträchtlichen Teil des gesellschaftlichen Rahmenprogramms bestritten. Die Blaskapelle Langenbrombach wurde sogar auch zu anderen Gelegenheiten regelmäßig zu Auftritten nach La Rivière-de-Corps eingeladen<sup>36</sup>. Im sportlichen Bereich existierten Kontakte vor allem zwischen den Tennisvereinen, die einige gemeinsame Turniere ausrichteten<sup>37</sup>. Insgesamt jedoch nahm das Maß der Kooperation zwischen den Vereinen (z.B. Modellbauer und Hobbymaler) allmählich ab<sup>38</sup>. Auf dem Programm der regelmäßigen Bürgerfahrten standen ebenfalls ökumenische Gottesdienste, die Pfarrer aus beiden Gemeinden zelebrierten. Auch wenn aus den verfügbaren Quellen nicht hervorgeht, ob die Messe jedes Jahr stattfand, war sie

---

32 In diesem Zeitraum sank die Einwohnerzahl Brombachtals von 3.700 auf 3.513. Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (Hg.), *Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2013*, Wiesbaden 2013, in: URL: <<http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/20/index.html>> (12.05.2014).

33 Gespräch der Autorin mit Udo Keßler (Mitglied der Blaskapelle Langenbrombach), 26. u. 27.05.2006.

34 Für konkrete Angaben siehe INSEE, *Chiffres clés. Évolution et structure de la population. La Rivière-de-Corps*.

35 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

36 Z.B. PA CAB, *Zeitungsausschnitt »Le grand orchestre Blaskapelle au gala »Hobby expression«*, 13.06.1996.

37 PA CAB, *Zeitungsausschnitt »Journée internationale sportive et culturelle: AS Rivière-de-Corps et Brombachtal renforcent leurs liens de jumelage«*, 27.05.1990; *Zeitungsausschnitt »Échange franco-allemand TCRC/TSK Böllstein«*, 06.10.1995; *Zeitungsausschnitt »Comité de jumelage C.A.B.«*, 29.01.1996.

38 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

zweifelloso noch 1997 ein Bestandteil der partnerschaftlichen Aktivitäten<sup>39</sup>. Die letzte Bevölkerungsgruppe, der beide Seiten besondere Aufmerksamkeit widmeten, waren die Kinder und Jugendlichen. Bei den alljährlichen Zusammenkünften wurden sie von den Organisatoren mit einem speziellen Programm bedacht, an dem sich in der Regel auch die örtlichen Schulen und Kindergärten beteiligten. Darüber hinaus fanden in den Ferien wiederholt einwöchige Begegnungen statt, die gerade für die jüngeren Schüler bestimmt waren.

Bei der Organisation aller erwähnten Aktivitäten spielten zwei Vereine eine zentrale Rolle: der Kulturkreis Brombachtal und das *Comité des Amis de Brombachtal* (CAB). Der 1982 gegründete Brombachtaler Verein betrachtete die internationalen Kontakte als Instrument, um das Kulturleben in der Gemeinde zu fördern<sup>40</sup>. Das französische CAB, das 1985 gegründet wurde, bemühte sich wiederum, die Kommunalverwaltung so stark wie möglich in seine Aktivitäten einzubinden. Deren Repräsentanten nahmen daher im Vorstand gleich drei Sitze ein<sup>41</sup>. Wie aus den Äußerungen des damaligen CAB-Vorsitzenden hervorgeht<sup>42</sup>, konnte diese »Symbiose« auch in den 1990er Jahren aufrecht erhalten werden. In generationeller Hinsicht ist interessant, dass sich an der Gründung des *Comité* vor allem Personen der Jahrgänge 1943–1947 beteiligten, d.h. solche, die an den Zweiten Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen nur sehr schwache Erinnerungen hatten<sup>43</sup>. Von der fünfzehnköpfigen Gründungsgruppe hatten nur vier den Krieg tatsächlich erlebt.

Ebenso wie im Fall von Kirkel und Mauléon galt auch für die Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps, dass es keine Konkurrenz in Form einer weiteren Partnergemeinde gab. Die Repräsentanten der französischen Gemeinde erwogen zwar zu Beginn der 1990er Jahre eine Ausweitung der internationalen Aktivitäten nach Osteuropa, letztlich wurde aber keine weitere Partnerschaft geschlossen<sup>44</sup>. Die Zusammenarbeit von La Rivière-de-Corps mit der rumänischen Gemeinde Parava besaß eher den Charakter einer Entwicklungshilfe denn einer kommunalen Partnerschaft. Die Kooperation zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps hatte auch nicht mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die bisweilen durch

39 Dreitägige Feier zum Jubiläum, in: Odenwälder Heimatzeitung, 21.05.1997.

40 Georg WAGNER, Brombachtal, la commune jumelée avec La Rivière-de-Corps, Brombachtal [1988], S. 20.

41 PA CAB, Association »Comité des Amis de Brombachtal« – statuts [21.01.1985], S. 3.

42 Jean-Luc Chaudron, der Vorsitzende des CAB, konstatierte, dass zwischen dem CAB und der Gemeindeleitung immer »très bonnes relations« geherrscht hätten. Vgl. »Comité de jumelage C.A.B.«, 29.01.1996.

43 PA CAB, Association »Comité des Amis de Brombachtal« – membres fondateurs.

44 PA CAB, Zeitungsausschnitt »L'assemblée générale du Comité des Amis de Brombachtal«, 02.02.1990.

den Wechsel im Amt des Bürgermeisters ausgelöst wurden. Seit den ersten Kontakten bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wurde die Partnerschaft von zwei Kommunalpolitikern begleitet: dem Sozialdemokraten Bernd Kredel in Brombachtal und dem unabhängigen, rechtsgerichteten Maurice Sommer in La Rivière-de-Corps<sup>45</sup>.

\*\*\*

Im Fall der Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps kann nicht bestimmt werden, ob die deutsche oder die französische Seite mehr zu ihrer Entstehung beigetragen hat. Beide Gemeinden waren ähnlich aktiv, allerdings mit dem Unterschied, dass in Brombachtal der Hauptinitiator der dortige Bürger Georg Wagner war, wohingegen in La Rivière-de-Corps Bürgermeister Sommer den Gedanken der deutsch-französischen Partnerschaft etablierte<sup>46</sup>. Georg Wagner, Professor an der Fachhochschule in Mainz und erster Vorsitzender des Kulturkreises Brombachtal, kontaktierte bei der Suche eines geeigneten Pendants das französische Innenministerium mit der Bitte um Vermittlung eines Kontaktes zu etwaigen Interessenten in der Champagne<sup>47</sup>. Brombachtal interessierte sich für diesen Teil Frankreichs, weil seit 1958 eine offizielle Kooperation zwischen der dortigen Metropole Troyes und Darmstadt existierte, unter dessen Verwaltung wiederum Brombachtal fiel. Es ist leider nicht bekannt, ob mehr Gemeinden aus der Champagne Interesse an einer Zusammenarbeit mit Brombachtal bekundeten bzw. auf welcher Basis gerade La Rivière-de-Corps ausgewählt wurde.

Zu einer Begegnung zwischen Georg Wagner und Bürgermeister Sommer sowie weiteren Vertretern von La Rivière-de-Corps kam es erstmals im November 1983<sup>48</sup>. Die Abwesenheit des Brombachtaler Bürgermeisters belegt, dass das dortige Rathaus der geplanten Kooperation anfangs zögerlich gegenüberstand. Dort befürchtete man nämlich, dass eine Partnerschaft die Gemeindekasse zu sehr belasten könnte. Die Verfechter der Partnerschaft wiederum argumentierten, dass die Zusammenarbeit mit La Rivière-de-Corps eine Angelegenheit der Bürger und nicht der Kommunalverwaltung sei und daher die genannten Befürchtungen gegenstandslos seien<sup>49</sup>. Dass das

---

45 Bürgermeister-Direktwahlen, in: Frankfurter Rundschau, 03.09.2001; La stratégie d'un fondeur, in: L'Express, 03.04.2003.

46 Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht. Verschwisterungsfeier mit hundert französischen Gästen und einem umfangreichen Programm, in: Odenwälder Heimatzeitung, 29.05.1987; PA CAB, Zeitungsausschnitt »Échanges La Rivière-de-Corps – Brombachtal«, 22.11.1984.

47 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

48 Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht.

49 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

Brombachtaler Rathaus der Partnerschaft schließlich doch zustimmte, belegt die Gründung einer »Partnerschaftskommission« kurz vor der Bestätigung der offiziellen Partnerschaft im Jahr 1987, deren Leitung der Gemeindevertretervorsteher übernahm<sup>50</sup>. Die lückenhaften Quellen aus den 1990er Jahren lassen jedoch vermuten, dass sich die Tätigkeit der Kommission auf die Vorbereitung der feierlichen Partnerschaftsschließung beschränkte und dass die Organisation der Partneraktivitäten in den weiteren Jahren wiederum hauptsächlich der Kulturkreis Brombachtal übernahm. Auch die Gemeindeleitung von La Rivière-de-Corps verlangte, dass vor allem die örtlichen Vereine die Zusammenarbeit mit Brombachtal entwickelten. Diese konnten sich jedoch der Unterstützung des Rathauses gewiss sein, das ihnen nicht nur die notwendigen Räumlichkeiten, sondern auch eine nicht näher bestimmte Summe aus dem kommunalen Haushalt zur Verfügung stellte<sup>51</sup>. Dieser Beitrag wurde in den Jahren 1987 und 1988 vor allem für die Feierlichkeiten verwendet, die die Schließung der offiziellen Partnerschaft begleiteten<sup>52</sup>. Dennoch gibt es für die Behauptung, dass das französische Rathaus die Partnerschaft großzügiger unterstützt habe als sein deutsches Pendant, keine ausreichenden Belege.

Die Berichte über die Zusammenkünfte in den Jahren 1989 und 1990 bringen noch einen weiteren Beleg dafür, dass sich die örtlichen Kommunalverwaltungen mindestens teilweise an der Kooperation zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps beteiligten. In den genannten Jahren fanden gemeinsame Sitzungen von Vertretern beider Kommunen statt<sup>53</sup>, wenn es auch eher um eine gegenseitige Vorstellung der Gemeinden ging als um die Besprechung gemeinsamer kommunaler Probleme. Abgesehen davon beteiligten sich jedoch einige Gemeindevertreter regelmäßig als Privatpersonen an den Partnerschaftstreffen – sei es im Rahmen der Familienkontakte oder als Mitglieder der partizipierenden Vereine.

Obwohl seit der Anbindung der ersten Kontakte zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps bis zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags im Mai 1987 dreieinhalb Jahre vergingen, war bereits 1984 deutlich, dass Interesse an einer Partnerschaft bestand: »Le voyage était un premier pas vers l'officialisation [...]«<sup>54</sup>. In den verfügbaren Quellen findet sich kein Hinweis darauf, dass die eine oder die andere Seite Bedenken gehabt hätte, was die

50 Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht.

51 Les Allemands de Brombachtal ont été reçus ce week-end. Un jumelage à venir qui fait déjà l'unanimité, in: *Libération-Champagne*, 20.05.1985.

52 Das Band ist offiziell und eng geknotet. Partnerschaftsfeier zwischen La Rivière-de-Corps und Brombachtal, in: *Odenwälder Heimatzeitung*, 01.06.1987; PA CAB, Zeitungsausschnitt »Assemblée générale du C.A.B.«, 05.02.1988.

53 Ein Stein als Wegweiser zu guten Freunden; Diether PAUL, Katastrophe überschattet Besuch in der Partnergemeinde, in: *Odenwälder Heimatzeitung*, 29.05.1990.

54 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Voyage en Allemagne«, 13.09.1984.

gewählte Partnergemeinde betrifft, oder die Entstehung der Partnerschaft aus verschiedensten Gründen verzögert hätte, wie dies bei Duisburg und Calais der Fall war. In den entsprechenden Artikeln der französischen Presse ist überdies ein Phänomen zu beobachten, das auch bei anderen Partnerschaften üblich war, und zwar der Vergleich der Kommunalpartnerschaft mit einer Ehe. Die Journalisten berichteten daher von einer »Verlobung« (*fiançailles*), einer »Lebensgemeinschaft« (*concubinage*) oder einer »Hochzeit« (*noces*)<sup>55</sup>. Wie eine Rede von Bundeskanzler Schmidt aus dem Jahre 1980 zeigt, waren derartige Metaphern auch auf deutscher Seite nicht unüblich: »Städtepartnerschaften, das sind *Liebesehen* der Politik – ein seltener Begriff, die Bürger sind die *Trauzeugen*, der Friede soll der *Sprößling* [Hervorhebungen durch L. F.] sein«<sup>56</sup>.

Bereits vor Schließung der offiziellen Partnerschaft erhielten Bewohner von Brombachtal und La Rivière-de Corps die Möglichkeit, enge Kontakte zu knüpfen. So fanden in den Jahren 1984 und 1985 vier Bürgerfahrten statt (jeweils im Frühjahr und im Herbst), an denen sich 1985 auch die beiden Bürgermeister beteiligten<sup>57</sup>. Gerade in dieser Zeit entstand zwischen den interessierten Familien eine Reihe von Paaren, die den Kontakt aufrecht erhielten und sich auch noch am Ende des Jahrhunderts gegenseitig besuchten<sup>58</sup>. Dazu trug sicher auch bei, dass sich die Organisatoren bei der anfänglichen Auswahl darum bemühten, nach Alters- und Berufsstruktur möglichst ähnliche Partnerfamilien zusammenzubringen<sup>59</sup>. Manchmal war die Wahl so erfolgreich, dass aus den Mitgliedern der Partnerfamilie »wirkliche Freunde« wurden, die zu Hochzeiten und Beerdigungen eingeladen wurden, mit denen man in den Urlaub fahren konnte oder zu denen die Kinder geschickt wurden, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern<sup>60</sup>.

Es ist allerdings die Frage, wie verbreitet diese unmittelbaren Kontakte waren und inwieweit sie von einer guten Kenntnis der Sprache des Nachbarlandes abhängig waren. Aus den Äußerungen eines anderen Einwohners von Brombachtal, der sich regelmäßig an den Besuchen in La Rivière-de-Corps

55 Les Allemands de Brombachtal ont été reçus ce week-end; La Rivière-de-Corps et Brombachtal officialisent leur union. Le week-end a été aux réjouissances, in: Libération-Champagne, 24.05.1988.

56 Zitiert nach: Ansprache von Prof. Dr. Fr. Schäfer anlässlich der Verleihung der Ehrenfahne des Europarats an die Stadt Neckarsulm, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 4 (1980), S. 147f.

57 PA CAB, Zeitungsausschnitt »La Rivière–Brombachtal (Allemagne). Des premiers échanges chaleureux et fructueux«, 31.10.1984; Les Allemands de Brombachtal ont été reçus ce week-end; WAGNER, Brombachtal, S. 20.

58 Gespräch der Autorin mit Wilhelm Fröhlich (Mitglied der Blaskapelle Langenbrombach), 26.05.2006; Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

59 PA CAB, Georg Wagner (Vorsitzender des Kulturkreises Brombachtal, 1982–1992) an Nicole Thiel (Vorsitzende des Comité des Amis de Brombachtal, 1985–1989), 07.05.1984.

60 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

beteiligte, geht hervor, dass eine derartige Annäherung keineswegs selbstverständlich war. Zwei Tage Aufenthalt in der Gastfamilie erachtete er als eine zu kurze (wenn auch für den Gastgeber anspruchsvolle) Zeit dafür, um sich besser kennenzulernen. Die begrenzten Sprachkenntnisse ermöglichten überdies zwar eine Basiskommunikation, verhinderten aber, dass Gäste und Gastgeber kompliziertere Fragen thematisierten oder sich eine wirkliche Diskussion entfalte<sup>61</sup>.

Die Entscheidung über die offizielle Partnerschaft fiel im Dezember 1986, als beide Gemeinderäte ihre Zustimmung gaben<sup>62</sup>. Die feierliche Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags fand am 30. Mai 1987 in Brombachtal statt, der zweite Teil der Feierlichkeiten dann ein Jahr später in La Rivière-de-Corps<sup>63</sup>. Beide Treffen wurden von einer sehr feierlichen Atmosphäre begleitet. In Brombachtal wurde als Ort der Besiegelung der offiziellen Zusammenarbeit die Sporthalle gewählt, in der sich etwa 100 französische Gäste und 600 Einwohner des Ortes zusammenfanden. Beide Bürgermeister betonten in ihren Ansprachen, dass sie die Partnerschaft als Beitrag zur Stärkung des Friedens in der Welt betrachteten. Der höchste Repräsentant Brombachtals erinnerte auch an die Bedeutung, die die Partnerschaft für ein »geintes Europa« habe<sup>64</sup>. Bei der Versammlung erklangen drei Hymnen (die europäische, die französische und die deutsche), Bestandteil der Feierlichkeiten war ferner die Niederlegung von Blumen am Mahnmal für die Opfer der Kriege auf dem Gemeindefriedhof<sup>65</sup>.

Einen ähnlich feierlichen Verlauf nahmen die Festlichkeiten im Mai 1988 in La Rivière-de-Corps. Wieder erfreuten sie sich eines großen Interesses der örtlichen Bevölkerung, unter den Teilnehmern waren überdies die Bürgermeister der Nachbargemeinden<sup>66</sup>. Für die 150 deutschen Besucher waren die Straßen speziell geschmückt worden, und auch hier wurde der Kriegsoffer gedacht<sup>67</sup>. Am Sonntag Vormittag wurde ein ökumenischer Gottesdienst zelebriert<sup>68</sup>. Wahrscheinlich wurde außerdem gerade zu dieser Gelegenheit einer der Plätze in La-Rivière-de-Corps zu Ehren der Partnergemeinde in *Place de Brombachtal* umbenannt<sup>69</sup>.

61 Gespräch der Autorin mit Wilhelm Fröhlich, 26.05.2006.

62 Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht.

63 Das Band ist offiziell und eng geknotet; La Rivière-de-Corps et Brombachtal officialisent leur union.

64 Das Band ist offiziell und eng geknotet.

65 Jumelage Brombachtal – La Rivière-de-Corps: »Maintenant, nous sommes frères et sœurs«, in: L'Est-Éclair, 10.06.1987.

66 La Rivière-de-Corps et Brombachtal officialisent leur union.

67 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Signature de la charte de jumelage entre La Rivière-de-Corps et Brombachtal«, 14.05.1988.

68 La Rivière-de-Corps et Brombachtal officialisent leur union.

69 Die Existenz des Platzes wird in einem Zeitungsausschnitt aus dem Jahr 1990 erwähnt, siehe PA CAB, Zeitungsausschnitt »Comité des amis de Brombachtal« [o. D.].

Der Text des Vertrages, der von beiden Bürgermeistern unterzeichnet wurde, ähnelte im Inhalt dem Dokument, das die Zusammenarbeit zwischen Kirkel und Mauléon besiegelt hatte. Beide Städtepaare gaben übereinstimmend als Ziel der Partnerschaft an, die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Vereinigung Europas zu fördern. Brombachtal und La Rivière-de-Corps fügten noch die Völkerverständigung hinzu und betonten die Bedeutung der Kontakte zwischen den Vertretern der jüngsten Generationen:

Sie verpflichten sich, die menschlichen Beziehungen zwischen ihren beiden Gemeinden zu fördern und ihre Mitbürger in freundschaftlicher Weise im Geiste der Verständigung und ganz besonders die Jugend zusammenzuführen. Sie sind überzeugt, daß das Wohlbefinden ihrer Einwohner sich nur in einer freien Welt entwickeln und in einem vereinten Europa gesichert werden kann. Sie bekunden ihren gemeinsamen Willen, mit aller Kraft zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, zur Einigung Europas und zur Verständigung der Völker in Frieden und Freiheit beizutragen<sup>70</sup>.

Wie der Beitrag der beiden Gemeinden zur Stärkung der deutsch-französischen Kooperation aussehen könnte, skizzierte Georg Wagner, der Initiator der ersten Kontakte:

Wenn die Partnerschaft zwischen La Rivière-de-Corps und Brombachtal auch nur ein kleines Steinchen im Mosaik der deutsch-französischen Beziehungen ist, so ist es gerade die geistige Haltung der Menschen an der Basis, die die unerläßlichen Voraussetzungen für das Erreichen der von der politischen Führung vorgegeben Ziele schafft<sup>71</sup>.

Bei der Analyse der ersten Jahre der Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps muss noch auf einen weiteren Aspekt hingewiesen werden, nämlich das steigende Interesse an der Kenntnis der Sprache des Partnerlandes. Eine erhöhte Motivation wurde sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern registriert. Die deutschen Interessenten konnten sich bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zu Französischkursen anmelden, die der Kulturkreis Brombachtal organisierte<sup>72</sup>. Den Einwohnern von La Rivière-de-Corps wiederum standen seit 1985 vom CAB angebotene Deutschkurse offen<sup>73</sup>. Das *Comité* hatte auch das Hauptverdienst an der

---

70 WAGNER, La Rivière-de-Corps, S. 20.

71 Ebd., S. 2.

72 Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht.

73 »Voyage en Allemagne«.

Verbreitung von Deutschkenntnissen innerhalb der jüngsten Generation. So bot die Grundschule in La Rivière-de-Corps den Schülerinnen und Schülern seit Mitte der 1980er Jahre den Unterricht der deutschen Sprache an<sup>74</sup>, was wiederum ermöglichte, einen einwöchigen Austauschaufenthalt mit Schülern aus Brombachtal zu organisieren. Der erste derartige Austausch verlief mit einer zwanzigköpfigen Gruppe im Frühjahr 1987. Dies war nicht nur in Hessen ein Novum, sondern auch im Département Aube<sup>75</sup>.

#### b) Mainz – Dijon:

##### Bestrebungen um eine größere Einbindung der einfachen Bürger

Die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon konnte sich auf der einen Seite zahlreicher Kontakte zwischen den Bildungsanstalten, vor allem den Schulen der Sekundarstufen I und II, rühmen, auf der anderen Seite war sie jedoch von Anfang an mit einer geringen Beteiligung der einfachen Bürger konfrontiert. Sofern diese nicht im Rahmen ihrer Beschäftigung oder ihres Vereins mit der Partnerstadt in Berührung kamen, war die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich an einer der Partneraktivitäten beteiligten, relativ gering<sup>76</sup>. Die 1980er Jahre waren deshalb von dem Bestreben gekennzeichnet, dies zu ändern.

Es muss vorausgeschickt werden, dass ein ähnlicher Versuch bereits zu Beginn der 1970er Jahre unternommen wurde. So planten im Jahr 1970 die Vertreter beider Städte die Gründung eines »Freundschaftskreises Mainz–Dijon«, der bei der Anbindung direkter Kontakte zwischen den interessierten Bürgern und ihren Familien helfen sollte<sup>77</sup>. Ein Jahr später jedoch kippten die Repräsentanten von Mainz und Dijon diese Entscheidung, da sie auf einmal zu dem Schluss gelangt waren, dass die Gründung eines solchen Freundschaftskreises das bestehende Problem nicht lösen würde bzw. dass damit nur eine weitere, wenig flexible Institution geschaffen würde<sup>78</sup>. Die Gründe für diesen Meinungsumschwung sind aus den deutschen Quellen leider nicht ersichtlich. Es ist zudem befremdlich, dass dies gerade unter

74 Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht.

75 Une première! L'échange franco-allemand entre élèves d'écoles primaires est au point, in: L'Est-Éclair, 02.04.1987.

76 Gespräch der Autorin mit Adolf Krass (Mitglied des Freundschaftskreises Mainz–Dijon), 12.06.2006.

77 PA PV RLP/B, Ord. 12, Ergebnisniederschrift über die Besprechung mit der Delegation aus Dijon über Möglichkeiten zur Vertiefung der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon, am 28.09.1970 in Mainz, S. 2.

78 Diesen Beschluss zitiert P.-M. Wallenbor in seiner Magisterarbeit »Mainz/Dijon 1958–1973« aus dem Jahr 1973. Zitiert nach PA PV RLP/B, Ord. 45, Wolfgang Götz, »Möge Gottes Segen über diesem Bunde walten!« – 30 Jahre »Jumelage« [1988], S. 10.



Oberbürgermeister Fuchs geschah, der die Gründung des Freundschaftskreises schließlich 15 Jahre später initiierte<sup>79</sup>.

Im April 1986 entstand so ein Verein mit dem gleichen Namen wie sein nicht realisierter Vorgänger – der Freundschaftskreis Mainz–Dijon. Neben dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Fuchs setzte sich auch Christoph Stollenwerk, Staatssekretär für die CDU und Präsident des Freundschaftskreises Rheinland-Pfalz/Burgund, für seine Gründung ein<sup>80</sup>. Ihr Anliegen war es, eine Organisation zu schaffen, die sich außerhalb des Rahmens der offiziellen Begegnungen um die Partnerschaft kümmern würde. Es ist jedoch paradox, dass die Initiative zur Gründung des Freundschaftskreises Mainz–Dijon von oben kam und nicht von unten, wie es seiner geplanten Ausrichtung entsprochen hätte. Der Verein hatte nicht nur zum Ziel, die Kontakte zwischen den Bürgern beider Städte zu vertiefen, sondern auch den Stellenwert des Französischen im Schulunterricht und unter den Mainzer Einwohnern zu verbessern. Einige seiner Mitglieder beteiligten sich daher zugleich an der Tätigkeit der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Mainz<sup>81</sup>. Das französische Pendant entstand nur zwei Monate später unter der analogen Bezeichnung *Cercle d'amitié Dijon–Mayence*<sup>82</sup>. Hier bildeten die Senioren die aktivste Gruppe, deren Chor auch zum Hauptpartner des Mainzer Freundschaftskreises wurde, als dessen Zusammenarbeit mit dem *Cercle d'amitié* 1988 zu stagnieren begann<sup>83</sup>.

Dennoch zeigt die Bilanz, der die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon im Jahre 1988 anlässlich ihres 30. Jubiläums unterzogen wurde, dass das Interesse der einfachen Bürger an der Kooperation weiterhin gering war. Alle Bemühungen, in diesem Bereich eine grundlegende Veränderung zu erzielen, blieben ohne Erfolg. Was die Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum selbst betrifft, so hatte sie »[e]ine breitere Öffentlichkeit [...] wohl nicht zur Kenntnis genommen«<sup>84</sup>. Mit dem Problem der stärkeren Einbindung der Bürger hing auch die Frage des Generationswechsels zusammen. Dieser wurde im Fall von Mainz und Dijon bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre thematisiert, in den 1980er Jahren wurde er dann zu einem allgemein diskutierten Thema. So appellierte etwa Alain Poher, der Vorsitzende des französischen Senates, bei der Vergabe der Auszeichnung *Prix France-Allemagne*

---

79 Freundschaftskreis Mainz–Dijon, Zur Geschichte des Freundschaftskreises, in: URL: <[http://www.mainz-dijon.de/Frames/Frame\\_Geschichte\\_deutsch.htm](http://www.mainz-dijon.de/Frames/Frame_Geschichte_deutsch.htm)> (14.05.2014).

80 Direkt gefragt. Heute: Mainz-Dijon-Kreis [Gespräch mit Christoph Stollenwerk], in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 31.01.1986.

81 Gespräch der Autorin mit Gerlinde Brautzsch (ehemalige Referentin für die Mainzer Partnerstädte), 15.06.2006.

82 Direkt gefragt. Heute: Bürgerkontakte [Gespräch mit Christoph Stollenwerk], in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 02.–03.08.1986.

83 PA PV RLP/B, Ord. 45, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1988.

84 GÖTZ, »Möge Gottes Segen über diesem Bunde walten!«, S. 8f.

an die Vertreter von Mainz und Dijon im Jahr 1981 an die Jugend, in die Fußstapfen der Gründergeneration zu treten und die Partnerschaftspflege zu übernehmen<sup>85</sup>.

In diesem Kontext wies Wolfgang Götz einige Jahre später darauf hin, dass

[...] in den deutsch-französischen Beziehungen allgemein [...] eine Ära abgeschlossen ist und die Suche nach neuen Motivationen bereits begonnen hat. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, wie die Jugend in diese Prozesse einbezogen und für sie gewonnen werden kann, nachdem das ›Aussöhnungs‹-Motiv durch überaus erfreuliche Entwicklungen inzwischen überholt ist und keine Rolle mehr spielt<sup>86</sup>.

Die Kooperation zwischen Mainz und Dijon reflektierte auch in diesem Zeitraum die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf höchster Ebene. Oberbürgermeister Fuchs war davon überzeugt, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon unabhängig von der »hohen Politik« entwickelte und vor allem viel stabiler sei. So zitiert ihn die Allgemeine Zeitung in Mainz mit der Aussage, dass

[...] die Freundschaft zwischen beiden Städten auf einer soliden Basis gegründet sei. Nicht zuletzt deshalb, weil sie von vielen Schichten der Bevölkerung getragen werde. Sie bleibe auch unberührt von den jeweiligen Strömungen in der großen Politik<sup>87</sup>.

Die Fuchs'sche Bewertung der Situation muss allerdings relativiert werden, da sich die einfachen Bürger weiterhin nicht aus eigener Initiative, sondern nur dann in der Zusammenarbeit engagierten, wenn sie durch verschiedene Vereine oder Institutionen dazu gebracht wurden.

Auch der Prozess der europäischen Integration blieb nicht ohne Bedeutung für die Städtepartnerschaft. Im Juni 1988 riefen die Repräsentanten von Mainz und seinen drei Partnerstädten (Dijon, Valencia und Watford) mit einigem Vorsprung dazu auf, sich im nächsten Jahr an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen. Von einer höheren Wahlbeteiligung versprachen sie sich ein stärkeres Parlament, das dann der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedsstaaten neue Impulse geben könnte<sup>88</sup>. Das zweite Thema stellten die Vorbereitungen zur Schaffung eines europäischen

85 PA PV RLP/B, Ord. 45, Zeitungsausschnitt »Hohe Auszeichnung für die Partnerstädte Mainz und Dijon«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), [1981].

86 Götz, »Möge Gottes Segen über diesem Bunde walten!«, S. 9.

87 Die Freundschaft Mainz–Dijon ist ein großes Gesto, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 22.05.1985.

88 Partnerstädte rufen gemeinsam zur Teilnahme an Europawahl auf, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 01.07.1988.

Binnenmarktes dar. Gerade dieser wurde von Oberbürgermeister Poujade im Oktober 1988 als Argument dafür angeführt, zwischen beiden Städten eine intensivere Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft zu entfalten<sup>89</sup>.

c) Duisburg – Calais – Wismar:  
Die Stabilisierung der gegenseitigen Beziehungen

Die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais erlebte in den 1980er Jahren eine teilweise Belebung. Das Hauptverdienst daran hatten die Organisatoren aus dem Bereich des Sports, die im Frühjahr 1980 erstmals gemeinsame Sporttage (*journées omnisports*) veranstalteten<sup>90</sup>. Da das Aufeinandertreffen in verschiedensten Disziplinen die Bewohner beider Städte begeistern konnte, wurden die Sporttage dauerhaft in das Programm der Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais aufgenommen, wobei die Städte sich bei ihrer Ausrichtung abwechselten. Ihnen war nämlich bewusst, dass im Bereich des Sports die Sprachbarriere weniger hinderlich für das gegenseitige Kennenlernen war als in vielen anderen Bereichen<sup>91</sup>.

Wie die Affäre belegt, die im Mai 1984 durch Hermann von Wrangell, den Betreuer der Hockey-Mädchenmannschaft aus Duisburg, auf den Sporttagen in Calais ausgelöst wurde, gelang es allerdings nicht immer, dieses Vorhaben umzusetzen. Noch während des offiziellen Programms kritisierte von Wrangell die französischen Ausrichter wegen der aus seiner Sicht schlechten Organisation. Hauptkritikpunkt war die Unterbringung der deutschen Sportlerinnen und Sportler in einem abgelegenen Feriendorf<sup>92</sup>. Weitere Beschwerden veröffentlichte von Wrangell nach seiner Rückkehr in den Duisburger Zeitungen:

Ein Rahmenprogramm existierte lediglich für die Offiziellen. Um die Sportler hat sich [...] seitens der Organisatoren niemand gekümmert. Wie können wir von der «kleinen französischen Schwester» Duisburgs etwas entgegennehmen, wenn wir sie gar nicht zu Gesicht bekommen? [...] Die Freundschaft zwischen beiden Städten ist zu wertvoll, [...] damit sie nicht zu einer bloßen – vom Steuerzahler finanzierten – Wochenend- und Jubeltour der Offiziellen und ihrem Tross vorkommt<sup>93</sup>.

89 Mainz und Dijon sind ideale Partner.

90 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Offizielle Begegnungen (1963–1984), S. 2.

91 Gespräch der Autorin mit Josef Krings, 05.08.2005.

92 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Krings an Herbert Spartz (Vorsitzender des Clubs Raffelberg), 29.05.1984.

93 Leserbrief Hermann von Wrangells unter der Überschrift »Unfähigkeit der Sportbeamten beider Städte«, in: Neue Ruhr Zeitung, 08.06.1984. Eine ähnliche Zuschrift von Wrangells veröffentlichte im Juni 1984 auch die Rheinische Post.

Das Duisburger Rathaus bestritt zwar nicht, dass es gewisse organisatorische Probleme gegeben hatte, verurteilte jedoch von Wrangells Verhalten grundsätzlich und entschuldigte sich sogleich bei den französischen Organisatoren für dieses<sup>94</sup>. Diese Entschuldigung wurde ebenfalls von den Vertretern der CDU im Stadtrat unterstützt<sup>95</sup>, Oberbürgermeister Krings beschwerte sich zugleich bei der betreffenden Vereinsleitung über von Wrangells Verhalten. In diesem Zusammenhang erinnerte Krings an die Kämpfe des Zweiten Weltkriegs und präsentierte die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais als Weg dazu, eine Wiederholung dieser konfliktreichen Vergangenheit zu verhindern:

Dass das 20jährige Bestehen der Partnerschaft Calais–Duisburg mit diesem Mißklang endete, bedauere ich sehr. Die Veranstaltung fand übrigens in einem Saal statt, der wenige Meter von einem Bunker des Atlantikwalls steht<sup>96</sup>.

Hinsichtlich der Möglichkeiten der deutschen Sportler, die Partnerstadt und ihre Bewohner kennenzulernen, war die Beschwerde von Wrangells sicher gerechtfertigt. Die Art und Weise, in der sie vorgetragen wurde, war jedoch ganz und gar nicht angemessen: So krönte er seine Kritik damit, dass er es ablehnte, seinem französischen Pendant den Siegerpokal zu überreichen<sup>97</sup>. Insgesamt handelte es sich also um ein absolutes Versagen des pädagogischen Betreuers, der bei sportlichen Aktivitäten eine ganz grundlegende Rolle spielt. Gerade von ihm hängt nämlich in großem Maße ab, ob es gelingt, den Sport als Instrument der Annäherung zu nutzen oder ob dieser eher die bisherigen Auto- und Heterostereotypen verfestigt<sup>98</sup>.

Es gibt in den verfügbaren Quellen jedoch keinen Hinweis darauf, dass die von Wrangell'sche Kritik ernsthafte Auswirkungen auf die Kooperation zwischen Duisburg und Calais gehabt hätte. Im Gegenteil, die gegenseitigen Beziehungen schienen in den Jahren 1981–1984 außergewöhnlich gut zu sein, vor allem im Vergleich zu der Stagnation und den verschiedenen Peripetien der Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten in den 1970er

---

94 Krings an Spartz, 29.05.1984; Stadt zu Kritik des Hockey-Betreuers in Calais: »Anstand und Höflichkeit vergessen«, in: Rheinische Post, 09.06.1984.

95 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Karl von Hall (Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg) an Spartz, 12.06.1984.

96 Krings an Spartz, 29.05.1984.

97 Ebd.

98 André KOCH, Sport als Feld interkulturelles Lernens: Das DFJW und die deutsch-französischen Sportbegegnungsprogramme, in: BOCK (Hg.): Deutsch-französische Begegnung, S. 245–266, hier S. 248 u. 264. Zu der möglichen negativen Rolle des Sports vgl. auch Klaus P. FIEDLER, Kommunale Außenpolitik, in: Der Städtetag 31 (1978), S. 459–461, hier S. 461; GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 212.

Jahren. Den Impuls zur Verbesserung der Beziehungen gab eine Delegation von Vertretern aus Calais, die 1981 zum ersten Mal »seit langer Zeit« wieder nach Duisburg kam<sup>99</sup>. Dass Calais wieder Interesse an der Zusammenarbeit mit Duisburg bekundete, hing auch damit zusammen, dass sich Calais in der Partnerschaft mit Wismar viel weniger engagierte. Dies wurde den Duisburger Repräsentanten auch von einer Mitarbeiterin des Goethe-Instituts Lille bestätigt<sup>100</sup>. Kurz vor den Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bewertete das Duisburger Rathaus deshalb die Beziehungen zu Calais sehr positiv, da es besonders in den letzten Jahren zu einer grundlegenden Verbesserung gekommen sei<sup>101</sup>. Die zweite Hälfte der 1980er Jahre war daher von dem Bestreben begleitet, die funktionierende Kooperation zwischen den Schulen und Sportvereinen auch auf die kulturelle Sphäre auszudehnen<sup>102</sup>.

\*\*\*

Während die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais zu Beginn der 1980er Jahre eine Belebung erfuhr, schief die Zusammenarbeit zwischen Wismar und Calais eher ein. Auf diese Tatsache wiesen schon Duisburger Quellen hin, die jedoch nur die Folge des sinkenden Interesses der französischen Hafenstadt an Kontakten mit Wismar sahen, nicht aber dessen Ursache kannten. Diese bestand in der Absenz reziproker Beziehungen, insbesondere in der ausbleibenden Reaktion der Wismarer Repräsentanten auf die wiederholten Einladungen nach Calais. Nach den ostdeutschen Quellen war Bürgermeister Barthe von diesen ständigen Ablehnungen enttäuscht<sup>103</sup>. Die im Rahmen der Partnerschaft zwischen Calais und Wismar organisierten Aktivitäten hatten so immer einen rein einseitigen Charakter. Alljährlich beinhalteten sie das Sommerlager für die Kinder aus Calais, weniger häufig auch eine Delegation französischer Lehrer, die an pädagogischen Symposien in Rostock teilnahm, sowie einen kurzen Aufenthalt von Vertretern des EFA-Komitees aus Calais<sup>104</sup>.

---

99 Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais – Duisburg am 04.05.1982, S. 9.

100 Ebd., S. 13.

101 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 28, Oberbürgermeister an Oberstadtdirektor, 16.04.1984.

102 PHILIPP, Frischer Wind für eine alte Partnerschaft.

103 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 74, Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen zu Partnern der Städte des Bezirks im nichtsozialistischen Ausland, 08.08.1984, S. 4.

104 Zusammengestellt auf der Basis folgender Dokumente: Hafenstein an Hackenschmidt, 04.02.1981; Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen, 08.08.1984; Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen, 03.12.1985.

Ein ganz neues und von französischer Seite lange vermisstes Element stellten die Jugendaustausche dar, die erst Mitte der 1980er Jahre von der DDR erlaubt wurden. Der anfängliche Impuls ging vom Zentralkomitee der SED aus, das 1984 einen Beschluss unter dem Titel »Entwicklung des Tourismus mit dem sozialistischen und kapitalistischen Ausland«<sup>105</sup> annahm. Auf Basis dieses Dokuments vereinbarte die Liga für Völkerfreundschaft der DDR mit dem Reisebüro Jugendtourist die Bedingungen, unter denen diese Gruppenausflüge organisiert werden durften. Die Finanzierung folgte dem gleichen Basisprinzip wie auch die Austauschaufenthalte zwischen westdeutschen und französischen Städten: Die Reisekosten wurden von der entsendenden Seite getragen, die Aufenthaltskosten von den Gastgebern<sup>106</sup>. Aufgrund des devisaenlosen Austausches war es ferner notwendig, dass beide Seiten die gleiche Anzahl von Personen entsandten<sup>107</sup>. Diese Gruppenreisen sollten jeweils einmal in zwei Jahren veranstaltet werden<sup>108</sup>.

Zwischen Wismar und Calais fand ein solch reziproker Besuch erstmals im Jahr 1985 statt. Zunächst reisten im April zehn junge Franzosen nach Wismar, im Oktober 1985 machte sich dann eine wiederum zehnköpfige Gruppe von dort auf nach Calais<sup>109</sup>. Es handelte sich um die allererste Gruppe Wismarer Bürger, die die französische Partnerstadt besuchte. Die Mitglieder des EFA-Komitees in Calais betrachteten diese Form der Kooperation als einen neuen Schritt zur Verständigung zwischen den Bürgern der DDR und Frankreichs sowie als Ausdruck »der großen weltweiten Bewegung für den Frieden«. Zugleich bekundeten sie ein aufrichtiges Interesse daran, dass die jungen DDR-Bürger das Leben in Frankreich besser kennenlernten<sup>110</sup>.

Wie ein Bericht aus dem Jahr 1988 belegt, wurden die deutschen Teilnehmer sorgfältig ausgewählt. Teilnehmen durften nur Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die darüber hinaus bereits in einem Beschäftigungsverhältnis standen. Eine Ausnahmegenehmigung erhielt nur ein Student, der von der Gruppe als Dolmetscher benötigt wurde<sup>111</sup>. Der Austauschaufenthalt, der 1988 stattfand, war der zweite und zugleich letzte dokumentierte in der untersuchten Partnerschaft. Die Wismarer Gruppe fuhr im August nach Calais, der Aufenthalt der jungen Franzosen in Wismar entfiel auf den

---

105 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 74, B. Helmecke (Jugendtourist, Bezirksstelle Rostock) an Hackenschmidt, 08.10.1987.

106 Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen, 03.12.1985, S. 6.

107 Helmecke an Hackenschmidt, 08.10.1987.

108 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 76, Bernard Fourny (France-RDA, Sekretär des Ortskomitees Calais) an Hackenschmidt, 06.09.1985.

109 Zuarbeit für eine Analyse der kommunalen Beziehungen, 03.12.1985.

110 Fourny an Hackenschmidt, 06.09.1985.

111 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 76, Delegation deutscher Jugendlicher aus Wismar in Calais, vom 18.–25.09.1988.

Oktober<sup>112</sup>. Es ist unklar, ob in den Jahren 1985–1988 kein weiterer Austausch stattfand oder ob nur die entsprechenden Quellen im Wismarer Stadtarchiv nicht zur Verfügung stehen<sup>113</sup>. Allerdings muss erwähnt werden, dass der offizielle Empfang, der dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Januar 1988 bei seinem Besuch in Frankreich zuteil wurde, die ostdeutsche Seite dazu bewog, die Austauschaufenthalte zwischen den Jugendlichen aus der DDR und Frankreich noch stärker zu fördern<sup>114</sup>. Der reziproke Besuch zwischen den Gruppen aus Wismar und Calais im Jahr 1988 war daher sehr wahrscheinlich eine Folge gerade dieser Entscheidung.

#### d) Kirkel – Mauléon:

##### Die persönliche Dimension der kommunalen Partnerschaft

Zwischen Kirkel und Mauléon kam es die ganzen 1980er Jahre hindurch zu ein- bis zweiwöchigen Schüleraustauschen während der Ferienzeit. Noch bevor die Partnerschaft offiziell besiegelt wurde, fand im Juli 1980 der erste Austausch statt, Teilnehmer waren die Vertreter der jüngsten Generation im Alter zwischen 12 und 17 Jahren. Aus späteren (leider unvollständigen) Berichten kann geschlossen werden, dass die untere Altersgrenze danach auf 14 angehoben wurde<sup>115</sup>. Fanden in den Jahren 1981 und 1982 noch beide Besuche während eines Jahres statt, so wurden sie später auf zwei Jahre verteilt<sup>116</sup>.

Die Verfechter der Kooperation zwischen Kirkel und Mauléon hatten von vornherein Interesse daran, die örtlichen Schulen in die Partnerschaft einzubinden<sup>117</sup>, da erwartet wurde, dass eine offizielle Zusammenarbeit die Organisation des Austausches erleichtern und das Interesse am Erlernen der Sprache des Partnerlandes steigern würde. Ein Aufruf zur Schließung einer Schulpartnerschaft erging schon 1980, wobei ihr positiver Beitrag für den Unterricht der deutschen Sprache in Mauléon unterstrichen wurde<sup>118</sup>. Da keine der beiden Gemeinden über ein Gymnasium verfügte, boten sich

112 Ebd.; StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 76, Französische Jugendliche in Wismar, vom 23.–30.10.1988.

113 Nach dem geplanten zweijährigen Zyklus sollte ein weiterer Austauschaufenthalt bereits 1987 stattfinden.

114 StA Wismar, Best. RA XXIV: 3 C 74, Helmecke an den Bgm. von Wismar, 13.01.1988.

115 GV Kirkel Reg., Ord. H, Partnerschaft Mauléon – Kirkel (aufgestellt am 11.09.1985); GV Kirkel Reg., Ord. E, Schüler aus Mauléon (18.–28.07.1986).

116 Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses, 24.06.1980, S. 2; Partnerschaft Mauléon–Kirkel (aufgestellt am 11.09.1985); GV Kirkel Reg., Ord. A, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift über die Sitzung am 08.03.1982.

117 Bach an Fruchard, 12.06.1978.

118 Niederschrift über die 5. Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 03.10.1980, S. 2; PA Schmidt, Ord. I, Bisleau an Schmidt, 03.11.1981.

die Schulen der Sekundarstufe I als einzige reale Träger einer Schulpartnerschaft an: die damalige Hauptschule Kirkel-Neuhäusel (später aufgewertet zu einer erweiterten Realschule) und das katholische *collège* in Mauléon. Die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit erschien besonders im Jahr 1987 hoffnungsvoll, als an der Mauléoner Schule eine sehr interessierte Deutschlehrerin tätig war<sup>119</sup>. Obwohl eine etwaige Schulpartnerschaft auch die Unterstützung der Bürgermeister beider Gemeinden gehabt hätte<sup>120</sup>, kam sie jedoch auch in den 1990er Jahren nicht zustande.

Der fehlende formelle Rahmen durch eine Schulpartnerschaft führte dazu, dass der Kirkeler Partnerschaftsausschuss und die Mauléoner *Association* mit einer zu geringen Zahl an Austauschinteressierten zu kämpfen hatten. In Kirkel wurde daher 1985 entschieden, die Anforderungen an potenzielle Teilnehmer zu senken. Kenntnisse des Französischen waren nun keine unerlässliche Bedingung mehr, und auch die Zielgruppe wurde vergrößert: Das Angebot eines Aufenthaltes im Gastland wurde auch auf die älteren Schüler der umliegenden Gemeinden und die Lehrlinge erweitert<sup>121</sup>. Die gegenseitige Verständigung sollte dadurch gesichert werden, dass von den Mauléoner Teilnehmern mindestens Grundkenntnisse des Deutschen vorausgesetzt wurden. Dies kann als weiter Beleg dafür gewertet werden, dass die französische Seite in dieser Partnerschaft die aktivere und initiativere war. Das Verhalten der jungen Franzosen entsprach allerdings nicht immer den Vorstellungen der Organisatoren bzw. zeigte, dass die Schüler manchmal das Lernziel des Aufenthaltes sehr eigenwillig auslegten. In einigen Jahren wurden sie daher vor der Abreise mit den allgemeinen Verhaltensregeln innerhalb der Gastfamilien vertraut gemacht, deren Kenntnisnahme sie gemeinsam mit ihren Eltern durch ihre Unterschrift bestätigen mussten<sup>122</sup>.

Wenngleich die junge Generation den Partnerschaftsverantwortlichen ab und zu Sorgen bereitete, war gerade sie der beste Beleg dafür, dass sich die Einwohner beider Gemeinden wirklich näherkamen, etwa in der Form gemischter Ehen. Kirkel und Mauléon erlebten dieses Ereignis erstmals im April 1987, als sich die 21-jährige Heike Wellner und der 26-jährige Louis-Marie Chouteau vermählten<sup>123</sup>. Die Hochzeit, die in Kirkel stattfand, wurde als gesellschaftliches Ereignis betrachtet, das nicht nur das Brautpaar und

119 PA Schmidt, Ord. III, der Schulleiter der Grund- und Hauptschule Kirkel-Neuhäusel an Bgm. Hussong, 19.11.1987; GV Kirkel Reg., Ord. G, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift der Sitzung vom 18.02.1988, S. 2.

120 GV Kirkel Reg., Ord. G, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift der Sitzung vom 08.12.1989, S. 2.

121 GV Kirkel Reg., Ord. A, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift über die Sitzung vom 22.05.1985, S. 1.

122 PA Schmidt, Ord. III, échange linguistique [1986]; GV Kirkel Reg., Ord. E, »Il a été demandé aux jeunes«.

123 Jumelage – mariage, in: Saarbrücker Zeitung, 22.04.1987.



ihre Familien, sondern die Partnerschaft zwischen Kirkel und Mauléon insgesamt betraf. Da von französischer Seite zwei Busse mit Gästen und Verwandten des Bräutigams erwartet wurden, steuerte die deutsche Gemeinde 2.000 DM zu der Feier bei und bot einige Dienste gratis an<sup>124</sup>. Zeugen der zivilen Eheschließung waren der Mauléoner Bürgermeister Fruchard und sein ehemaliger deutscher Amtskollege Bach, die beide am Beginn der Partnerschaft gestanden hatten. Die kirchliche Trauung fand in Form einer zweisprachigen Messe statt<sup>125</sup>.

In Zusammenhang mit der Hochzeit wurde wiederholt erwähnt, dass Heike Wellner Mauléon bereits im Rahmen des ersten Schüleraustausches 1980 besucht habe<sup>126</sup>, auch wenn sie Louis-Marie Chouteau erst später kennenlernte. Hierbei muss allerdings betont werden, dass Frankreich für Heike Wellner kein unbekanntes Land war. So begann sie schon mit zehn Jahren, Französisch zu lernen, und erreichte schließlich ein solches Niveau, dass sie Germanistik in Angers studierte. In diesem Fach wollte sie sich um ein sog. CAPES (*Certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du second degré*) bewerben – ein Diplom, das ihr die Stelle einer Mittelschullehrerin mit Beamtenstatus in Frankreich gesichert hätte. Dies war ihren Angaben zufolge jedoch ohne französische Staatsbürgerschaft nicht möglich<sup>127</sup>. Nach der Hochzeit zog sie nach Mauléon und fand eine Stelle als Deutschlehrerin an dem Gymnasium in der nahegelegenen Stadt Bressuire. Nach Informationen der Kirkeler Seite war die erste Zeit in dem neuen Milieu trotzdem nicht ganz einfach, da auch die Eltern ihres Mannes, denen angeblich die deutsche Herkunft ihrer Schwiegertochter nicht gefiel, die Situation verkomplizierten. Nach dem Umzug der jungen Eheleute in ein eigenes Heim verbesserten sich die gegenseitigen Beziehungen jedoch. Von dem weiteren Schicksal dieses deutsch-französischen Paares ist bekannt, dass es zwei Töchter hat, die fließend deutsch und französisch sprechen, und dass Louis-Marie Chouteau in den Jahren 1994–2000 Vorsitzender der *Association Mauléon–Kirkel* war<sup>128</sup>.

Ein weiterer Beleg dafür, dass sich einige Bürger Kirkels und Mauléons tatsächlich näher kamen, stellte die Teilnahme an der Beerdigung eines Mitglieds der Gastfamilie dar. Ein Beispiel dafür sind die Eheleute Schmidt, die Anfang des Jahres 1985 eine lange nächtliche Reise unternahmen, um von

124 GV Kirkel Reg., Ord. A, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift der Sitzung vom 03.12.1986; Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift der Sitzung, 23.01.1987, S. 2.

125 »Von der Jumelage zur Poussage«, in: Saarbrücker Zeitung, 07.04.1987; Jumelage – mariage.

126 Jumelage – mariage.

127 Heike Chouteau a découvert le Bocage grâce au jumelage Kirkel–Mauléon, in: *Courrier de l'Ouest*, 26.01.1989.

128 Vgl. z.B. Partnerschaft: »C'est le i-Tüpfelche«, in: Saarbrücker Zeitung, 02.01.1993; Jumelage Mauléon–Kirkel. Louis-Marie Chouteau succède à Marc-André Bisleau, in: *Le Courrier de l'Ouest*, 15.02.1994.

Frau Bernard Abschied zu nehmen, die bei ihrem letzten Besuch in Mauléon ihre Gastgeberin gewesen war. Diesen Ausdruck der Anteilnahme würdigten sowohl die Hinterbliebenen als auch der Vorsitzende der Mauléoner *Association*: »Mr Bernard m'en a informé et a été très touché de cette marque d'affection. Le jumelage permet de sceller l'amitié [...] et ce n'est pas un vain mot. [...] ceci est la meilleure récompense que nous pouvons recevoir [...]«<sup>129</sup>.

Die angeführten Beispiele der persönlichen Annäherung entsprachen der Gesamtentwicklung der Kooperation zwischen Kirkel und Mauléon. Anschaulich drückte dies Bürgermeister Hussong aus, der mit Hinweis auf die Jahre 1980–1985 konstatierte: »Lebendiger kann eine Partnerschaft nicht sein«<sup>130</sup>. Wie schon zuvor erwähnt, wurde die offizielle Schließung der Partnerschaft in den Jahren 1980 und 1981 von einem großen Interesse der Bürger begleitet. Die deutsche Seite schätzte, dass in den ersten fünf Jahren der Partnerschaft ungefähr 600 Einwohner von Kirkel Mauléon besuchten<sup>131</sup>. Dank der gegenseitigen Beziehungen stieg auch die Zahl der erwachsenen Interessenten an den Kursen der Sprache des Partnerlandes, und auch die beiden Gemeinderäte knüpften engere Kontakte<sup>132</sup>.

Wenngleich eine solch florierende Zusammenarbeit wünschenswert war, hatte sie auch eine negative Folge: die unerwartet hohe Belastung des Kirkeler Gemeindehaushalts, wie sich gerade in den 1980er Jahren zeigte. Für die Partnerschaft mit Mauléon wurde 1980 die großzügige Summe von 10.000 DM zur Verfügung gestellt<sup>133</sup>, wovon die gemeinsamen Aktivitäten mit Mauléon finanziert und denjenigen Bürgern von Kirkel, die an einem Gruppenbesuch in der Partnerstadt teilnahmen, ein finanzieller Beitrag gewährt werden sollte. Die gleiche Summe stand auch 1981 und 1982 zur Verfügung<sup>134</sup>. Zur Illustration sei erwähnt, dass in dem 50-mal größeren Duisburg für die Zusammenarbeit mit dem französischen Partner lediglich 8.000 DM aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt wurden.

Über die Höhe des Kirkeler Beitrags in den weiteren Jahren finden sich in den Quellen leider keine Hinweise. Es ist jedoch belegt, dass 1984 die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausreichten, um alle beantragten Zuschüsse zu gewähren und deswegen einige von ihnen erst aus dem

129 PA Schmidt, Ord. III, Bisleau an Schmidt, 29.03.1985.

130 Fünf Jahre Jumelage Kirkel–Mauléon, in: Saarbrücker Zeitung, 16.09.1985.

131 Ebd.

132 GV Kirkel Reg., Ord. A, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift über die Sitzung am 07.02.1985, S. 2; SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 27; Fünf Jahre Jumelage Kirkel–Mauléon.

133 PA Schmidt, Ord. I, Niederschrift über die 3. Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am Dienstag, den 26.08.1980, S. 3.

134 GV Kirkel Reg., Ord. C, Niederschrift über die 11. Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 13.03.1981, S. 2; Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 08.03.1982.

Haushalt für 1985 ausgezahlt wurden<sup>135</sup>. Die Mittelknappheit war in großem Maße durch eine steigende Zahl von Antragstellern bedingt. Das Kirkeler Rathaus reagierte darauf mit der allmählichen Senkung der Zuschüsse für die Gruppenreisen nach Mauléon. Wurden 1982 Kindern und Jugendlichen noch 75 Prozent und Erwachsenen 50 Prozent der Reisekosten erstattet, so mussten sich die Teilnehmer im nächsten Jahr mit einem pauschalen Fahrtkostenzuschuss von 75 bzw. 50 DM begnügen<sup>136</sup>. Diese Summe wurde 1985 weiter gesenkt auf 50 bzw. 25 DM, was auch noch im Jahr 1992 Bestand hatte<sup>137</sup>. Die genannten Sparmaßnahmen wurden von dem Kirkeler Bürgermeister Hussong eingeleitet, der 1985 darauf hinwies, dass die Beibehaltung der ursprünglichen Höhe der Zuschüsse (75 und 50 DM) den Kommunalhaushalt mit 12.000 DM belasten würde<sup>138</sup>.

Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass auch der Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon selbst die Ausgaben für die Zusammenarbeit steigerte. Da er zu den Organen des Gemeinderates gehörte, stand den Mitgliedern des Ausschusses ein Sitzungsgeld zu<sup>139</sup>. Dem Ausschussvorsitzenden wurden darüber hinaus die Auslagen erstattet, die mit seiner Funktion in Zusammenhang standen – zunächst auf Basis der tatsächlichen Höhe, seit 1992 dann in Form einer pauschalen Vergütung<sup>140</sup>. Während die Erstattung der Sachausgaben auch in den Partnerschaftsvereinen anderer Städte üblich war, wurde die Teilnahme an ihren jeweiligen Sitzungen als ehrenamtliche Tätigkeit betrachtet.

Die zweite Hälfte der 1980er Jahre war im Fall der Partnerschaft Kirkel–Mauléon ein anschauliches Beispiel dafür, wie schnell sich intensive Kontakte in eine Stagnation der Zusammenarbeit verwandeln können. Diese war vor allem in den Jahren 1988 und 1989 deutlich, und zwar nicht nur aufgrund einer wesentlich geringeren Zahl von Partnerschaftstreffen, sondern auch wegen seltenerer Sitzungen des Kirkeler Partnerschaftsausschusses und der Mauléoner *Association*. Die Kirkeler Organisatoren behaupteten, »[...] dass die ›Besuchspause‹ ein Wunsch der Mauléoner war [...]«<sup>141</sup>. Dafür

---

135 Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 07.02.1985, S. 2.

136 GV Kirkel Reg., Ord. E, Erlaß des Gemeinderates vom 16.07.1982, Punkt 21; ebd., Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Sport-Ausschusses vom 07.02.1983, Punkt 12.

137 GV Kirkel Reg., Ord. E, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Sportausschusses vom 26.02.1985, Punkt 1; ebd., Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Sportausschusses vom 29.01.1991.

138 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Sportausschusses, 26.02.1985, Punkt 1.

139 Niederschrift über die 1. Zusammenkunft des Ausschusses, 14.06.1980, S. 1.

140 GV Kirkel Reg., Ord. G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am Montag, 28.10.1991, S. 2.

141 Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 08.12.1989, S. 1.

führten sie zwei Gründe an: Erstens seien die französischen Gastgeber, von denen es nur eine begrenzte Anzahl gebe, erschöpft, und zweitens habe es in Mauléon nach den Kommunalwahlen im März 1989 einen Wechsel im Amt des Bürgermeisters gegeben. Dem Kirkeler Partnerschaftsausschuss wurde allerdings versichert, dass der neue Mauléoner Bürgermeister der Zusammenarbeit mit Kirkel positiv gegenüberstehe<sup>142</sup>. Im genannten Zeitraum war jedoch auch in Kirkel eine geringere Begeisterung für die Partnerschaftstreffen zu beobachten. Als 1988 erstmals der Saarland-Tag ausgerichtet wurde, auf dem sich auch Mauléon präsentieren wollte, hatte die deutsche Seite deutliche Probleme damit, den französischen Gästen eine Unterbringung in Kirkeler Familien zu vermitteln<sup>143</sup>.

Ansonsten waren die Repräsentanten beider Gemeinden 1989 mit den Ereignissen in der DDR beschäftigt. War im Fall Kirkels das Interesse verständlich, ist die Aufmerksamkeit, die der Mauléoner Bürgermeister den Ereignissen in Ostdeutschland widmete, doch etwas überraschend. In einem Brief, den er einige Tage nach dem Fall der Mauer verfasste, hoffte er auf eine demokratische Entwicklung in der DDR und schlug seinem Kirkeler Amtskollegen vor, eine Partnerschaft mit einer ostdeutschen Gemeinde zu schließen<sup>144</sup>. Deren Wahl überließ Bürgermeister Marolleau der Kirkeler Seite, wobei er zufügte:

Ceci permettrait aux habitants de la ville qui sera retenue, de démontrer la solidarité qui existe non seulement avec votre ville, mais aussi avec les villes d'autres pays, et de démontrer qu'un rapprochement entre les deux Allemagnes n'est pas de nature à modifier les liens très forts existant entre nos deux cités<sup>145</sup>.

Eine konkrete ostdeutsche Gemeinde sollte bei den Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Partnerschaft im Mai 1990 ausgewählt werden<sup>146</sup>. Die Pläne für eine trilaterale Zusammenarbeit machten jedoch keine weiteren Fortschritte, da sie in Kirkel nicht die nötige Unterstützung fanden. Der Weg zur deutschen Wiedervereinigung war bereits vorgezeichnet und Kirkel hatte augenscheinlich kein Interesse an einer Partnerschaft mit einer Gemeinde aus dem eigenen Staat – trotz der Tatsache, dass es sich dabei

---

142 Ebd.

143 Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 06.05.1988, S. 2.

144 PA Schmidt, Ord. IV, Louis-Marie Marolleau (Bgm. von Mauléon) an den Bgm. von Kirkel, 16.11.1989.

145 Ebd.

146 Mariage à trois avec l'Allemagne de l'Est; Marc-André Bislaeau (Mauléon), »C'est bon pour l'Europe«, in: Le Courrier de l'Ouest, 03.10.1990, abgedruckt in: SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft, S. 32.

an der Wende der 1980er zu den 1990er Jahren um eine häufige Form der Unterstützung der westdeutschen Kommunen für ihre ostdeutschen Pendanten handelte.

#### 4. Zusammenfassung

Die kommunale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich machte in den Jahren 1982–1989 eine sehr lebhaftere Entwicklung durch. Die Tatsache, dass es sich in statistischer Hinsicht um den erfolgreichsten Zeitraum seit 1950 handelte, demonstriert am besten die Höhe des durchschnittlichen Jahreszuwachses von 55 neuen Partnerschaftsverträgen. Im untersuchten Zeitabschnitt erhöhte sich die Zahl der neuen Partnerschaften um 442, sodass die Gesamtzahl der bestehenden Partnerschaftsverträge mit 1.487 nur knapp die Marke von 1.500 verfehlte. Damit erfüllten sich die Prognosen nicht, die davon ausgingen, dass sich der Boom der Jahre 1963–1975 nicht wiederholen bzw. sich der jährliche Zuwachs nach der Schließung des tausendsten Partnerschaftsvertrags 1981 verringern würde<sup>147</sup>. Lediglich die loseren Formen der Zusammenarbeit (d.h. Städtefreundschaften und -kontakte) konnten nur einen geringen Zuwachs verzeichnen: Diese machten kaum vier Prozent aller neuen Fälle kommunaler Zusammenarbeit aus.

Die deutsch-französische Kooperation auf Kommunalebene befand sich in den 1980er Jahren im Aufschwung, obwohl sich die Suche nach einer geeigneten Partnerkommune gleich aus mehreren Gründen schwieriger gestaltete als zuvor. Erstens war die Nachfrage nach Partnergemeinden oder -städten unausgewogen, wobei in der Bundesrepublik ein größeres Interesse zu beobachten war als in Frankreich<sup>148</sup>. Zweitens gab es unter den potenziellen Partnern hauptsächlich Kommunen, die weit entfernt von der deutsch-französischen Grenze lagen<sup>149</sup>. Und drittens machte sich immer deutlicher die unterschiedliche Siedlungsstruktur bemerkbar: Überwogen unter den deutschen Interessenten Städte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 15.000, hatten die meisten interessierten französischen Kommunen nicht einmal 3.000 Einwohner<sup>150</sup>. Während die ersten beiden Probleme nur schwer zu lösen waren, konnte die dritte Schwierigkeit dadurch überwunden werden,

---

147 GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, S. 104; LENNEP, 1000 deutsch-französische Städtepartnerschaften, S. 44.

148 Ein außergewöhnliches Partnerschaftsgesuch, in: Europa kommunal 13 (1989), S. 45.

149 Deutsch-Französischer Bürgermeisterkongress Ludwigsburg, S. VI.

150 Ebd.

dass entweder Stadtteile (in der Bundesrepublik) oder im Gegenteil mehrere zu einem Zweckverband zusammengeschlossene Gemeinden (in Frankreich, zum Beispiel auf Kantonsebene) eine Partnerschaft eingingen.

Zu den Rekordwerten der neu geschlossenen Partnerschaftsverträge trug auch die Dezentralisierungsgesetzgebung in Frankreich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre bei, die eine Ausweitung der Kompetenzen der unteren Gebietskörperschaften mit sich brachte. Obwohl die Schwächung der Zentralorgane keinen direkten Einfluss auf die Existenz der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften hatte, ermöglichte sie den französischen Städten und Gemeinden durch die Ermächtigung, eigene wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten, mehr Finanzmittel für die Entfaltung der Partnerschaftsaktivitäten zu gewinnen. Im Falle der Regionen trugen die durch die Dezentralisierung gewonnenen Kompetenzen ganz offensichtlich dazu bei, dass sie sich stärker in der Kooperation mit ausländischen Pendanten engagierten. Es ist daher kein Zufall, dass gerade in dieser Zeit ein erhöhtes Interesse an der Partnerschaft zwischen französischen Regionen oder Departements auf der einen und deutschen Bundesländern bzw. Bezirken auf der anderen Seite zu beobachten ist.

Der zahlenmäßige Zuwachs, den die deutsch-französischen Partnerschaften in den Jahren 1982–1989 zu verzeichnen hatten, war zwar ausgewogener als in den vorangegangenen Zeitabschnitten, aber auch hier kam es in einem Jahr zu einem deutlichen Einbruch, und zwar 1983. Gegenüber 1982, als der erreichte Wert an den steigenden Trend der Vorjahre anknüpfte, war der Zuwachs 1983 nur halb so groß (29 Partnerschaften). Seit 1984 war wiederum eine aufsteigende Tendenz zu beobachten, die mit 70 neu geschlossenen Partnerschaften im Jahr 1988 kulminierte, in dem zugleich das 25. Jubiläum der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags gefeiert wurde. Im Rahmen des untersuchten halben Jahrhunderts stellen die Jahre 1986–1989 das längste zusammenhängende Segment dar, in dem die jährlichen Zuwächse mehr als 60 neue Verträge betragen<sup>151</sup>.

Inwieweit korrespondiert die Blüte der deutsch-französischen kommunalen Kooperation in dieser Zeit mit der Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene? Wie gezeigt, wurde das anfängliche Misstrauen zwischen Kohl und Mitterrand sowie die gewisse Skepsis bezüglich der Möglichkeiten ihrer Zusammenarbeit schnell überwunden. Spätestens seit 1984 befanden sich die offiziellen Beziehungen somit auf einem sehr guten Niveau. Bestätigt wurde dies sowohl durch häufige Begegnungen der beiden höchsten Repräsentanten als auch durch eine Reihe gemeinsamer Projekte

---

151 Auf die hohe Anzahl der seit dem Jahr 1986 (konkret bis 1996) geschlossenen deutsch-französischen Partnerschaften weist auch HERRMANN, *Les jumelages franco-allemands*, S. 56, hin.

im deutsch-französischen wie auch im europäischen Rahmen. Diese Entwicklung erreichte in den Jahren 1987–1988 ihren Höhepunkt. Die umwälzenden Veränderungen des Jahres 1989 hingegen wirkten sich negativ auf die deutsch-französischen Beziehungen aus. Zusammenfassend kann also konstatiert werden, dass für den größten Teil des hier untersuchten Zeitabschnitts eine gewisse Parallele zwischen der Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf höchster und auf kommunaler Ebene herrschte.

Dies betraf allerdings nicht die Jahre 1982–1983 und 1989. Während sich die offizielle Kooperation seit 1983 schrittweise verbesserte, nahm die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Kommunen radikal ab. Da im März 1983 in Frankreich Kommunalwahlen stattfanden, ist es sehr wahrscheinlich, dass der erwähnte Einbruch gerade durch die Wahlvorbereitungen und die nachfolgenden Umgestaltungen infolge der Wahlergebnisse verursacht wurden. Zu Letzteren gehörte die Tatsache, dass von den Verlusten der Linken nicht nur die Neugauillisten, sondern auch der rechtsextreme *Front National* (FN) profitierten<sup>152</sup>. Dieser war für die deutschen Kommunalpolitiker ein ähnlich kontroverser Partner wie die französischen Kommunisten, auch wenn der Tätigkeitsradius des FN auf kommunaler Ebene dadurch eingeschränkt war, dass dank einer Veränderung des Wahlgesetzes nun auch die Opposition Mandate im Kommunalrat erlangen konnte. Die Gewinne des FN waren darüber hinaus deutlich geringer als der Wahlerfolg, den die Kommunisten sechs Jahre zuvor erzielt hatten. Da für die deutsch-französischen Partnerschaften in den 1980er Jahren detaillierte Analysen bisher fehlen, kann die deutsche Reaktion auf die Kommunalwahlergebnisse der Jahre 1977 und 1983 nicht näher analysiert werden. Dennoch kann – auf Basis einer Analogie mit dem Jahr 1977 – eine Vermutung angestellt werden, warum sich die Zahl der neuen Partnerschaftsverträge 1983 wesentlich verringerte: So erlebte die Bundesrepublik im Herbst 1983 außergewöhnlich starke Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss, die von der französischen Öffentlichkeit sehr negativ bewertet wurden und den Anhängern der protestierenden Friedensbewegung die pejorative Bezeichnung »Pazifisten und Neutralisten« einbrachten<sup>153</sup>. Auf eine ähnliche Kritik war die deutsche Seite bereits in den 1970er Jahren gestoßen, als sie mit verschiedenen Methoden gegen den linksextremen Terrorismus vorzugehen versuchte. In einer der Fallstudien konnte dabei klar nachgewiesen werden, dass die unterschiedliche Bewertung dieser Situation Mitte der 1970er Jahre eine eindeutig negative Auswirkung auf die kommunale Zusammenarbeit hatte.

---

152 MARTIN, Les élections municipales, S. 111–123, hier S. 122f.

153 Horst AFHELDT, Sicherheit, in: Jacques LEENHARDT/Robert PICHT (Hg.), *Esprit/Geist*. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen, München 1989, S. 284–289, hier S. 285.

Bezüglich der statistischen Entwicklung in den 1980er Jahren ist es angebracht, auch im Jahr 1989 einen Zusammenhang mit den Kommunalwahlen zu suchen, als die Zahl der neuen Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten und Gemeinden zum zweiten Mal zurückging. Während der Rückgang in der Zahl der Partnerschaften nur gering war, war die Abkühlung der offiziellen Beziehungen sehr deutlich. Es kann daher angenommen werden, dass der überdurchschnittliche Wert von 61 neuen Partnerschaftsverträgen noch der vorherigen positiven Entwicklung sowie der Impulse der von Kohl und Mitterrand initiierten Kooperation geschuldet war. Unter anderem betraf dies die Erweiterung des Kuratoriums des DFJW im Jahr 1984. Dank dieser Reform waren erstmals auch Vertreter deutscher und französischer Städte und Gemeinden (für jeden Staat einer) in dem 30-köpfigen Gremium vertreten<sup>154</sup>, was als symbolische, wenn auch verspätete Anerkennung der Rolle betrachtet werden kann, die die Kommunalpartnerschaften bei der Annäherung junger Deutscher und Franzosen spielten. Während die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen und französischen Gemeinden in statistischer Hinsicht in den Jahren 1982–1989 ihre erfolgreichste Periode erlebte, wies die Kooperation zwischen der DDR und Frankreich genau die gegenteilige Bilanz aus: Nach den Ausgangsdatenbanken wurde lediglich eine neue Städtepartnerschaft verzeichnet.

Dennoch war das Interesse, dessen sich die Zusammenarbeit westdeutscher und französischer Kommunen erfreute, nicht in allen Teilen der Bundesrepublik ähnlich ausgeprägt. Vielmehr setzte sich die Tendenz der Jahre 1974–1981 fort, d.h. die meisten neuen Partnerschaftsverträge (insgesamt 60 Prozent) wurden in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz registriert. Die Position der beiden erstgenannten Länder war sehr ausgewogen, was davon zeugt, dass die bayerischen Städte und Gemeinden ihr Partnerschaftspotenzial voll zur Geltung gebracht hatten. Eine ungewöhnliche hohe Anzahl deutsch-französischer Partnerschaften wurde auch im Saarland und in Schleswig-Holstein verzeichnet. Berücksichtigen wir darüber hinaus die geringe Bevölkerungszahl des Saarlandes, so können wir gerade in diesem Bundesland das bundesweit größte Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem französischen Partner feststellen.

---

154 BEILECKE, *Kontinuität*, S. 139.



Es ist dabei auffällig, dass die Kommunalvertreter ihre Aufmerksamkeit immer häufiger auf bestimmte Regionen richteten. Da einige bayerische Bezirke in den 1980er Jahren Partnerschaftsverträge mit französischen Departements schlossen (konkret mit Haute-Vienne, Calvados, Mayenne, Alpes-Maritimes und Creuse), konzentrierte sich das Interesse der bayerischen Kommunen in der zweiten Hälfte des Untersuchungsabschnitts gerade auf diese Gebiete<sup>155</sup>. Unter den Partnern der saarländischen Gemeinden gab es in größerem Maße Kommunen aus dem Departement Loire-Atlantique, dessen Metropole Nantes bereits seit 1965 offiziell mit Saarbrücken kooperierte<sup>156</sup>. Das gleiche Modell kam auch bei den Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein zum Tragen, deren französische Partnerkommunen sich ungewöhnlich häufig in der Bretagne befanden. Die Partnerschaft zwischen dem bretonischen Verwaltungszentrum Brest und Kiel war bereits 1964 entstanden. Während im Falle des Saarlandes die Zusammenarbeit mit dem Departement Loire-Atlantique auch auf Landesebene angeführt wird, wobei jedoch das Entstehungsjahr nicht klar ist, gibt es für eine Verbindung zwischen Schleswig-Holstein und der Bretagne keinen Hinweis<sup>157</sup>. Wie gezeigt, nahm das nördlichste Bundesland in den 1970er Jahren auf Anregung von außen Kontakte mit der Region Poitou-Charentes auf. Diese wurden allerdings später nirgends erwähnt – im Unterschied zu der jüngeren Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und der Region Pays de la Loire<sup>158</sup>. Auf jeden Fall gilt jedoch, dass alle französischen Regionen oder Departements, die als mögliche Partner des Saarlandes und Schleswig-Holsteins in Betracht kamen, am Atlantik liegen. Es bestätigt sich also, dass diejenigen deutschen Gebiete, die sich erst später an der deutsch-französischen Zusammenarbeit beteiligten, weit entfernt von der gemeinsamen Grenze einen Partner suchen mussten.

Dass der zahlenmäßige Anstieg der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften in den Jahren 1982–1989 wirklich außergewöhnlich war, zeigt auch die Tatsache, dass eine Reihe von Bundesländern gerade in diesem Zeitraum den höchsten Jahreszuwachs in ihrer Geschichte erzielten. Dies gilt

---

155 Siehe Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Kommunale Partnerschaften in Bayern: Partnerschaften der Bezirke, Stand: 05.06.2013, in: URL: <[http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale\\_partnerschaften-bezirke.pdf](http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale_partnerschaften-bezirke.pdf)> (25.05.2014); Kommunale Partnerschaften in Bayern: Partnerschaften der Gemeinden, Stand: 14.03.2014.

156 Vgl. Saarland – Partnerschaftsprojekte, in: URL: <<http://www.partnerschaftsprojekte.saarland.de/14265.htm?Seite=2&suche=Erweitert&Staat=&Kommune=&Region=loire-atlantique&Schwerpunkte=>>> (25.05.2014).

157 Vgl. Französische Botschaft in Berlin, Partnerschaften der Bundesländer, in: URL: <<http://www.ambafrance-de.org/Partnerschaften>> (25.05.2014).

158 Ebd.

nicht nur für Bayern (20 Partnerschaften)<sup>159</sup>, das Saarland (6) und Schleswig-Holstein (4), sondern auch für Hessen (16) und Niedersachsen (10).

Da das Jahr 1989 eine Periode beschließt, in der die Bundesrepublik und die DDR eine unterschiedliche Auffassung der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit vertraten, ist eine Bewertung angebracht, welches Echo die Partnerschaftsidee in den einzelnen Bundesländern seit 1950 fand. Auf Basis der Regionalstatistiken für den Zeitraum bis 1989 können in dieser Hinsicht vier verschiedene Gruppen unterschieden werden: 1) Ein kontinuierliches Interesse an der Zusammenarbeit mit französischen Kommunen war zu beobachten in Baden-Württemberg, Westberlin, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. 2) Ein steigendes Interesse bekundeten die Städte und Gemeinden in Bayern, im Saarland und in Schleswig-Holstein. 3) Mit einem allmählich abnehmenden Interesse sind wir in Hessen und Nordrhein-Westfalen konfrontiert. 4) Ein nur einmaliges Interesse konnte schließlich in Bremen und Hamburg festgestellt werden.

Die langsam schrumpfende Gruppe hessischer Gemeinden, die sich neu an der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene beteiligen wollten, wird durch die vierte Fallstudie nähergebracht. Diese analysiert die Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps, die als repräsentativ für die Kategorie der kleinsten Gemeinden (bis 5.000 Einwohner) ausgewählt wurden. Das genannte Paar ist überdies ein Beispiel dafür, wie bei der Suche nach einer Partnergemeinde der »effet de voisinage« zum Tragen kommt<sup>160</sup>, hier konkret die Verbindungen zwischen den übergeordneten Verwaltungszentren Darmstadt und Troyes. In Gestalt von Brombachtal wird nicht zuletzt die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone vorgestellt.

Die offizielle Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps entstand 1987, d.h. in einer Zeit, in der die kommunale Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich einen ihrer Höhepunkte erlebte. Die ersten Kontakte zwischen beiden Gemeinden waren fast vier Jahre zuvor geknüpft worden, wobei sich die deutsche und französische Seite ähnlich intensiv für ihren Ausbau einsetzten. In Brombachtal wurde die etwaige Partnerschaft jedoch primär als Angelegenheit der Bürger betrachtet, und nicht als Agenda der Kommunalverwaltung, da das Rathaus unerwünschte Ausgaben befürchtete. In beiden Gemeinden existierte auch ein für die Partnerschaft zuständiger Verein, der allen interessierten Bürgern das notwendige organisatorische Umfeld bot.

---

159 Bayern registrierte noch 1992 20 neue deutsch-französische Partnerschaften.

160 Les jumelages de villes, S. 124.

Dass der Impuls zur gegenseitigen Kooperation bereits nicht mehr nur aus der unmittelbaren Erfahrung des Zweiten Weltkriegs herrührte, wird durch die Altersstruktur des Partnerschaftskomitees in La Rivière-de-Corps demonstriert: Die absolut meisten Gründungsmitglieder wurden zwischen 1943–1947 geboren. Der Text des bilateralen Vertrags verweist darauf, dass die Kooperation beider Gemeinden sowohl durch das Bestreben motiviert war, den Frieden und die Verständigung zwischen beiden Völkern zu stärken, als auch durch den Wunsch, die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Vereinigung Europas zu fördern. Zugleich wurde die Partnerschaft jedoch als Mittel zur Bereicherung des örtlichen Kulturlebens begriffen, was ein Charakteristikum ist, das kleineren Gemeinden, die Kontakte zum Ausland unterhalten, allgemein zugeschrieben wird<sup>161</sup>. In diesem Kontext ist es verständlich, dass die Schließung der Partnerschaft einen sehr feierlichen Charakter hatte und von mehreren symbolischen Akten begleitet wurde (Ehrung der Kriegsoffer, Abspielen der europäischen, französischen und deutschen Hymne). Der allgemeinen Behauptung, dass die Symbole in den Kommunalpartnerschaften seit den 1980er Jahren eine geringere Rolle gespielt hätten, kann daher nicht zugestimmt werden<sup>162</sup>. Vielmehr muss in dieser Hinsicht zwischen großen Städten, in denen tatsächlich der praktische Aspekt der kommunalen Kooperation überwiegen konnte, und Kleinstädten bzw. Dörfern, die stärker an den Symbolen festhielten, unterschieden werden. Die eigentliche Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps hatte am häufigsten den Charakter persönlicher Kontakte zwischen Familien. Großes Gewicht wurde aber auch auf die Einbindung der Schul- und Vorschulkinder gelegt, und die Vereine, hier vor allem verschiedene Musikgruppen, engagierten sich ebenfalls in der Partnerschaft.

Außer dem Duo Brombachtal – La Rivière-de-Corps wurden für den Zeitraum 1982–1989 noch drei weitere Partnerschaften ausführlich analysiert, was es ermöglicht, auf etwaige Gemeinsamkeiten hinzuweisen. Eine davon war die Reaktion auf politische Ereignisse. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften ging es vor allem um die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1989. Die Vertreter von Mainz, Dijon und weiteren zwei Partnerstädten riefen im Sommer 1988 die örtliche Bevölkerung dazu auf, sich in möglichst großer Zahl an den Wahlen zu beteiligen. Der gleiche Appell war Bestandteil der sog. Ludwigsburger Erklärung, die im Herbst desselben Jahres auf dem Kongress deutscher und französischer Bürgermeister angenommen wurde und in der sich die Anwesenden dazu verpflichteten, dass sie in der kommunalen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik

---

161 MIREK, Glanz und Elend, S. 413.

162 WAGNER, Partnerschaften deutscher Städte, S. 356.

und Frankreich deren europäische Dimension stärker betonen werden<sup>163</sup>. Der Oberbürgermeister von Dijon forderte ebenfalls, die Partnerschaft mit Mainz als Teil der Vorbereitung für die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes zu verstehen. Die Kooperation zwischen Kirkel und Mauléon reflektierte eher die Entwicklung in der DDR als in den Brüsseler Institutionen. Der Mauléoner Bürgermeister, der die Ereignisse in Ostdeutschland aufmerksam verfolgte, schlug Ende 1989 vor, die bisherige bilaterale Zusammenarbeit um einen Partner in der DDR zu erweitern. Der Vorschlag scheiterte jedoch an dem mangelnden Interesse der Kirkeler Seite. Insgesamt wurden die politischen Ereignisse der 1980er Jahre in den untersuchten Städten und Gemeinden wiederholt mit der Ansicht konfrontiert, dass sich die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene unabhängig von der »hohen Politik« entwickle.

Ein weiteres Thema, das alle analysierten Partnerschaften verband, war das Bestreben, die einfachen Bürger in diese einzubinden. Insbesondere im Vergleich zum vorherigen Zeitabschnitt verzeichnete in dieser Hinsicht das Städtepaar Duisburg – Calais einen gewissen Erfolg. Die jährlich ausgerichteten Sporttage boten den Sportinteressierten ein Programm, das in beiden Städten Anklang fand. Die Zusammenarbeit zwischen Calais und Wismar hingegen betraf die ostdeutschen Bürger so gut wie gar nicht. Deshalb ist davon auszugehen, dass auch in den 1980er Jahren die These von der asymmetrischen Entwicklung der Beziehungen zwischen Calais und Duisburg auf der einen und Calais und Wismar auf der anderen Seite Gültigkeit behielt. Um dies jedoch mit Sicherheit konstatieren zu können, bedürfte es einer umfangreicheren Quellengrundlage für die Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre.

Von der Zusammenarbeit zwischen organisierten Interessenverbänden oder Arbeitgebern abgesehen, stellte die Einbindung der einfachen Bürger in die partnerschaftlichen Aktivitäten das Duo Mainz – Dijon vor die größten Schwierigkeiten. In beiden Städten wurden deswegen auf Initiative »von oben« Vereine gegründet, die zu der gegenseitigen Annäherung der Bürger beitragen sollten. Aus den ersten Jahren ihrer Tätigkeit geht allerdings hervor, dass keiner der beiden Vereine bedeutende Veränderungen erzielte. Im Falle von Brombachtal und La Rivière-de-Corps hingegen war die Einbindung der Bürger eine Selbstverständlichkeit. Allerdings zeigten die Gespräche mit den direkten Beteiligten, dass auch die regelmäßigen Begegnungen zwischen den befreundeten Familien bestimmte Grenzen hatten, die verhinderten, dass die Gäste die Alltagsrealität des Partnerlandes wirklich kennenlernten<sup>164</sup>.

---

163 Ludwigsburger Erklärung, Deutschland – Frankreich: Zwei Länder – eine Zukunft, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 193f.

164 Auf diese Einschränkung weist auch DIERKES, Freundschaft ohne Grenzen, S. 248, hin.

Eine auf Kontakten zwischen den Bürgern aufgebaute Kooperation dominierte auch die Partnerschaft zwischen Kirel und Mauléon. Diese erlebte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine Stagnation, wenn nicht gar eine Krise, die in den Jahren 1988–1989 kulminierte. Dafür gab es gleich mehrere Ursachen: eine geringere Begeisterung seitens der Organisatoren, die Erschöpfung der regelmäßigen Gastgeber wie auch die Senkung der Beiträge, die das Kirkeler Rathaus für die partnerschaftlichen Aktivitäten bereitstellte. Die Pause in den gegenseitigen Kontakten wurde nicht zuletzt durch die Kommunalwahlen verlängert, die zu einem Wechsel im Amt des Mauléoner Bürgermeisters führten. Der Vorschlag, die Zusammenarbeit um einen ostdeutschen Partner zu erweitern, belegt jedoch, dass die Stagnation Ende 1989 überwunden worden war. In diesem Kontext sei daran erinnert, dass auch die Städtepaare Mainz – Dijon und Duisburg – Calais in den Jahren 1974–1978 eine ähnliche oder eine noch größere Flaute erlebt hatten. Zweifellos handelte es sich um einen natürlichen Bestandteil des Kooperationsprozesses, der am häufigsten durch finanzielle, personelle oder politische Faktoren bedingt war. Auf Basis der Fallstudien kann konstatiert werden, dass sich diese Krisenmomente in der Regel bereits vor dem 10. Jubiläum, spätestens jedoch vor dem 15. Jahrestag der offiziellen Zusammenarbeit einstellen. Diese Periode entspricht allgemein der »funktionellen Abnutzung« der Initiatoren wie auch der aktivsten Mitglieder der örtlichen Vereine, so es nicht bereits zuvor zu einem Generationswechsel kommt.

Im Falle von Duisburg und Calais wurde die Krise Ende der 1970er Jahre gebannt, wenngleich der Sport, der zur Belebung der gegenseitigen Kontakte gewählt wurde, bis heute ein problematisches Mittel bleibt. Dank allgemein verständlicher und universal akzeptierter Regeln ermöglicht er zwar die Beteiligung der Bewohner an partnerschaftlichen Aktivitäten, die sich zudem eines größeren medialen Interesses erfreuen als etwa die Kulturtätigkeit. Zu einer tatsächlichen Annäherung der beteiligten Personen trägt er jedoch im Grunde nicht bei. Das Potenzial, das der Sport für das Kennenlernen einer anderen Nation haben kann, muss auf geeignete Weise vermittelt werden, was hohe Anforderungen sowohl an die Organisatoren der Sportveranstaltungen als auch an das etwaige pädagogische Begleitpersonal stellt. Dieser Tatsache war sich auch das DFJW bewusst, bei dem gerade in den Jahren 1986–1987 große Zweifel herrschten, ob der Sport als Instrument der interkulturellen Verständigung überhaupt gefördert werden sollte<sup>165</sup>. Das absolute pädagogische Versagen eines Betreuers aus Duisburg bei den Sporttagen 1984 belegt, dass solche Überlegungen berechtigt waren.

---

165 Koch, Sport als Feld, S. 262.

Ebenso wie die zweite Hälfte der 1970er Jahre zeichneten sich auch die 1980er Jahre dadurch aus, dass die Verfechter der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die Kommunalpartnerschaften eine neue Motivation suchten. Dazu trug das 20. Jubiläum der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags 1983 bei, das mit Überlegungen darüber verbunden war, wie die bisherige Zusammenarbeit belebt und zugleich die junge Generation für diese gewonnen werden könnte<sup>166</sup>. Zugleich war deutlich, dass je selbstverständlicher die partnerschaftlichen Verbindungen zwischen deutschen und französischen Kommunen waren, es umso schwieriger war, ihnen einen lebensfähigen Inhalt zu geben<sup>167</sup>.

In allen Fallstudien wurde daher den Kontakten zwischen Jugendlichen große Aufmerksamkeit gewidmet. In Mainz und Dijon setzte sich vor allem die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Schulen fort. Schulpartnerschaften gab es in kleinerem Umfang auch zwischen Duisburg und Calais, wo sich die jungen Deutschen und Franzosen hauptsächlich bei gemeinsamen Sportaktivitäten begegneten. Eine gewisse Belebung verzeichnete auch die Kooperation zwischen Wismar und Calais, in deren Rahmen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zwei reziproke Jugendaustausche stattfanden. Auch wenn es sich vom ostdeutschen Standpunkt aus um eine grundlegende Veränderung der bisherigen Kontakte handelte, bestätigte die Abhängigkeit von den Anweisungen der SED und die gewissenhafte Auswahl der Wismarer Teilnehmer, dass die kommunale Kooperation mit Calais weiterhin der entsprechenden Kontrolle der übergeordneten Organe unterstand. Sowohl in Kirkel und Mauléon als auch in Brombachtal und La Rivière-de-Corps wurden für die Jugendlichen spezielle Austauschaufenthalte organisiert, die aus Mangel an einer geeigneteren Variante außerhalb des schulischen Rahmens stattfanden. War im ersten Fall der Austausch für die Schüler der weiterführenden Schulen und später auch für die Lehrlinge bestimmt, organisierten Brombachtal und La Rivière-de-Corps Aufenthalte für die Grundschüler ihrer Gemeinden. In beiden Fällen war die Sprache der Verständigung häufiger Deutsch als Französisch. Konstatierte die damalige Forschung, dass die Teilnehmer der partnerschaftlichen Aktivitäten einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen im Alter bis 25 Jahre aufwiesen<sup>168</sup>, so handelte es sich um das Ergebnis der gezielten Bemühungen, die junge Generation zu gewinnen.

---

166 Vgl. etwa BRÜSKE, *Provokante Thesen*, S. 38; LENNEP, *Kommunale Partnerschaften*, S. 103.

167 *Ansprache des Präsidenten des Rates der Gemeinden Europas – Deutsche Sektion*, S. 64.

168 MIREK, *Glanz und Elend*, S. 415.

Der Austausch kommunalpolitischer Erfahrungen, der von den Verfechtern der deutsch-französischen Zusammenarbeit wiederholt gefordert wurde<sup>169</sup>, gelangte schließlich auch auf das Programm der Begegnungen zwischen den Vertretern Kirkels und Mauléons wie jenen aus Brombachtal und La Rivière-de-Corps. In beiden Partnerschaften geschah dies in Form einer gemeinsamen Sitzung der örtlichen Gemeinderäte, die jedoch eher einen informativen und wohl nur einmaligen Charakter hatte. Im Falle der Partnerschaften Mainz – Dijon und Duisburg – Calais waren bereits vor 1982 gemeinsame Verhandlungen zu den Themen der Kommunalpolitik geplant worden. Die Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon diente seit den 1980er Jahren auch kommerziellen Zwecken, die auf die Propagierung der Produkte der Partnerstadt oder auf die Vermittlung von Kontakten zwischen den örtlichen Firmen abzielten.

Die Forderung nach neuen Motiven der kommunalen Zusammenarbeit hing auch damit zusammen, dass die Anhänger enger Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich die deutsch-französische Annäherung als definitiv vollendet betrachteten. Auch wenn es solche Stimmen bereits seit Anfang der 1970er Jahre gegeben hatte, wurde diese Ansicht im Jahr 1983 doch von der absoluten Mehrheit der interessierten Personen, d.h. von kommunalen Akteuren, Politikern wie auch Diplomaten, geteilt<sup>170</sup>. Dieselbe These vertraten fünf Jahre später auch die deutschen und französischen Bürgermeister, die auf dem Kongress in Ludwigsburg konstatierten, dass der nach dem Zweiten Weltkrieg begonnene Prozess der deutsch-französischen Versöhnung erfolgreich abgeschlossen worden sei<sup>171</sup>. Insbesondere in den kommunalen Dachverbänden liefen daher in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Diskussionen darüber, wie die Pflege der Städte- und Gemeindepartnerschaften an die junge Generation übergeben werden könne<sup>172</sup>. Deren Interesse zu gewinnen war umso schwieriger, als die Notwendigkeit der deutsch-französischen Versöhnung kein ausreichend überzeugendes Argument mehr darstellte.

---

169 Hans-Günther BRÜSKE, Neue Wege zur Gestaltung von Städtepartnerschaften, in: Dokumente 35 (1979), S. 238–241, hier S. 239f.

170 Siehe z.B. LENNEP, Kommunale Partnerschaften, S. 102; Städtepartnerschaften – größte Friedensbewegung Europas! Jubiläumstreffen der deutsch-französischen Partnergemeinden zur 20-Jahr-Feier des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 65f., hier S. 66 (Zitat aus der Rede des französischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Henri Froment-Meurice); Pierre PFLIMLIN, Für ein Europa der Bürger, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 96f., hier S. 96.

171 Ludwigsburger Erklärung, S. 193.

172 Vgl. z.B. Hans-Gerd von LENNEP, RGE-Kommunalkongress Stuttgart 1985, in: Europa kommunal 9 (1985), S. 34f., hier S. 34; Resolution des 5. Europäischen Partnerschaftskongresses, 20.–21. März in Bordeaux, in: Europa kommunal 11 (1987), S. 35.

Wird der Zusammenarbeit deutscher und französischer Kommunen kein geringes Verdienst daran zugeschrieben, dass nunmehr die Freundschaft (und nicht das Misstrauen) zwischen den Bürgern beider Staaten zu überwiegen begann, so bringen die gewählten Fallstudien diese allgemeine Behauptung anhand konkreter Beispiele näher. Im Falle von Kirkel – Mauléon und Brombachtal – La Rivière-de-Corps ist deutlich zu beobachten, dass die Kontakte mit der Partnerkommune (wenn vielleicht auch nur zeitlich begrenzt) die Motivation der örtlichen Bevölkerung erhöhten, sich die jeweilige Fremdsprache anzueignen. Ergebnis dieses Interesses waren sowohl Abendkurse beider Sprachen für Erwachsene als auch das Experiment des Deutschunterrichts in der Grundschule in La Rivière-de-Corps. Dieses Interesse »von unten« muss umso mehr hervorgehoben werden, als in beiden Staaten in den 1980er Jahren die Zahl derjenigen Schüler sank, die die Sprache des Nachbarlandes erlernten<sup>173</sup>. In Kirkel und Mauléon wurde die Annäherung der Bürger beider Gemeinden nicht zuletzt durch eine deutsch-französische Eheschließung bekräftigt.

---

173 Deutsch-Französischer Bürgermeisterkongreß Ludwigsburg, S. VI.



## VII. Neue Mittel zur Erreichung neuer Ziele (1990–2000)

### 1. Die Neugestaltung der deutsch-französischen Kooperation und Konkurrenz

François Mitterrand und Helmut Kohl waren das einzige deutsch-französische Tandem, das im Rahmen unserer Periodisierung die bilateralen Beziehungen über mehr als nur einen Zeitabschnitt prägte. Aufgrund der deutschen Wiedervereinigung fanden ihre Begegnungen im letzten Untersuchungsabschnitt allerdings unter deutlich anderen Umständen statt. Frankreich hatte wie die anderen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs auf seine Rechte gegenüber Deutschland verzichten müssen. Für die Bundesrepublik hingegen, deren Bevölkerung auf mehr als 80 Millionen angewachsen war, bot sich die Gelegenheit, ihr wirtschaftliches Potenzial um den entsprechenden politischen Einfluss zu ergänzen. Die 1990er Jahre können daher als eine Zeit betrachtet werden, in der beide Seiten eine Neugestaltung der bilateralen Beziehungen anstrebten. Während diese Bemühungen im Jahr 1990 zu positiven Ergebnissen führten, kann für die Jahre 1991, 1995 und 2000 eine Krise der bilateralen Beziehungen konstatiert werden.

War an der Wende der Jahre 1989/90 bei den höchsten französischen Repräsentanten noch das Bestreben deutlich, die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern oder wenigstens zu bremsen, verstand Mitterrand spätestens nach dem Ergebnis der Volkskammerwahlen in der DDR vom März 1990, dass ein selbstständiger ostdeutscher Staat keine Zukunft mehr hatte<sup>1</sup>. Umso mehr setzte er sich für eine verstärkte europäische Integration ein. In Einklang mit der wiederholten Versicherung Kohls, dass die deutsche und die europäische Einigung »zwei Seiten derselben Medaille«<sup>2</sup> seien, riefen die Staats- und Regierungschefs beider Länder daher zu einer intensivierten Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Einleitung von Verhandlungen über die Politische Union auf<sup>3</sup>. Das deutsch-französische Gipfeltreffen im April 1990 in Paris, das »im Zeichen der Aussöhnung« stattfand und insgesamt eine »Renaissance der deutsch-französischen Beziehungen« erlebte, belegt, dass die vormalige enge Zusammenarbeit wieder

---

1 MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix?*, S. 119.

2 Vgl. z.B. LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen*, S. 175.

3 Vgl. Gemeinsame Initiative des französischen Präsidenten, François Mitterrand, und des deutschen Bundeskanzlers, Helmut Kohl, vom 18.04.1990 zur Vorbereitung der Europäischen Union, in: WOYKE, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 221f.

aufgenommen worden war<sup>4</sup>. Die genannten europäischen Initiativen mündeten schließlich in den Vertrag von Maastricht und damit in die Europäische Union, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie einen Zeitplan für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Die deutsch-französischen Impulse des Jahres 1990 bestimmten somit die Richtung der europäischen Integration für die gesamten 1990er Jahre. Dennoch deuten die Probleme mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags in Frankreich, die abweichenden deutsch-französischen Vorstellungen über die Erweiterung der EU und die europäische Verteidigungspolitik sowie die Differenzen bezüglich der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank an, dass die konkreten Schritte oftmals das Ergebnis schwieriger Kompromisse waren<sup>5</sup>.

Zur selben Zeit, in der in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft Verhandlungen über eine Vertiefung der europäischen Integration eingeleitet wurden, brach auf dem westlichen Balkan ein bewaffneter Konflikt aus. Gerade die Frage des Vorgehens gegenüber der zerfallenden jugoslawischen Föderation wurde Ende 1991 zum Gegenstand einer großen deutsch-französischen Kontroverse<sup>6</sup>. Während Deutschland sich auf die Seite Kroatiens und Sloweniens stellte, zählte Frankreich traditionell zu den Verbündeten Serbiens. Die Bundesrepublik unterstützte Kroatien und Slowenien in ihrem Bestreben um Unabhängigkeit, Frankreich hingegen sprach sich für die Erhaltung Jugoslawiens aus. Sowohl Kohl als auch Mitterrand waren davon überzeugt, dass ihre jeweilige Lösung zu einem schnellen Ende der Kämpfe führen oder zumindest eine weitere Eskalation des Konflikts verhindern würde<sup>7</sup>. Die anderen Mitgliedsstaaten der EG präferierten eindeutig das französische Vorgehen. In einem einseitigen Schritt erkannte die Bundesrepublik dennoch im Dezember 1991 die beiden genannten Staaten an. Die Tatsache, dass diese Entscheidung mit Frankreich nicht konsultiert wurde, bedeutete für die bilateralen Beziehungen eine »ernsthafte Belastung«<sup>8</sup>. Die französischen Befürchtungen, dass das wiedervereinigte Deutschland die Hegemonie in Europa anstrebte, wurden durch zwei weitere Akte der deutschen Diplomatie genährt: zum einen durch die Forderung, Deutsch als dritte Arbeitssprache der EG einzuführen, zum anderen durch die Bemühungen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen<sup>9</sup>. Zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen an der Wende der Jahre 1991/92

---

4 LIND, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen, S. 180 u. 182.

5 Pierre JARDIN/Adolf KIMMEL, Une nouvelle donne. 1990–2000. Présentation, in: JARDIN/KIMMEL (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 347–350, hier S. 347.

6 MIARD-DELACROIX, Partenaires de choix?, S. 125f.

7 Die Unterschiede der deutschen und französischen Position analysiert detailliert Richard CAPLAN, Europe and the Recognition of New States in Yugoslavia, Cambridge 2005, S. 18–24.

8 WÖYKE, Deutsch-französische Beziehungen, S. 93.

9 Ebd.

trug auch die Entscheidung der Bundesbank bei, die Zinssätze zu erhöhen, was die französische Zentralbank trotz hoher Arbeitslosigkeit zu demselben Schritt zwang und der Bundesrepublik den Vorwurf einbrachte, die Kosten der Einheit auf die anderen Mitgliedsstaaten der EG abzuwälzen<sup>10</sup>.

Zwar war diese negative Atmosphäre kein dauerhafter Bestandteil der bilateralen Beziehungen. Dennoch kann nicht behauptet werden, dass es bis zum Ausscheiden Mitterrands aus dem Amt im Mai 1995 in der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu einer deutlichen Wende zum Besseren gekommen wäre, und das trotz der überdurchschnittlich guten persönlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Präsidenten. Die bilaterale Zusammenarbeit war letztlich durch wiederholte Streitigkeiten bezüglich der Lösung des Jugoslawienkonflikts, durch unterschiedliche Standpunkte in den Verhandlungen über die Liberalisierung des Welthandels (im Rahmen des GATT) sowie durch das endende Mandat Mitterrands, das keinen Raum mehr für große politische Vorhaben ließ, gekennzeichnet<sup>11</sup>.

In diese zwar nicht gerade vorbildlichen, aber dennoch stabilen Beziehungen brachte der Amtsantritt des neuen französischen Präsidenten Jacques Chirac eine grundlegende Wende. Zu Beginn seines Mandats erreichte die bilaterale Zusammenarbeit ihren Tiefpunkt<sup>12</sup>. Dabei spielten zwei Umstände eine Rolle. Erstens kam es zu einer Reihe von personellen Veränderungen auf den Posten der Präsidentenberater wie auch der hohen Beamten, wobei die Neankömmlinge oft nicht genug Verständnis für die Wichtigkeit enger Beziehungen zur Bundesrepublik aufbrachten und überdies keine Kontakte zu ihren deutschen Pendanten pflegten<sup>13</sup>. Damit hing auch der zweite Umstand zusammen, nämlich die Tatsache, dass der neue Präsident die wesentlichen Veränderungen in der französischen Verteidigungspolitik, die er zu Beginn seiner Amtszeit vornahm, nicht mit dem deutschen Partner abstimmte. So traf Chirac bereits im Juni 1995 die Entscheidung, die französischen Atomtests wieder aufzunehmen. Die Art und Weise der Ankündigung und schließlich Realisierung dieser Tests ließ »Frankreich als ein arrogantes, egoistisches und die Interessen und die Emotionen der Nachbarn und Alliierten missachtendes Land erscheinen«<sup>14</sup>. Anfang des Jahres 1996 wurde dann eine Reform der französischen Armee angekündigt, die von der Abschaffung der Wehrpflicht ausging. Auch über diese Änderung war die Bundesregierung nicht

---

10 LIND, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen, S. 209.

11 Ebd., S. 248.

12 ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 409.

13 Daniel VERNET, Ungewißheiten in der Europa-Politik. Neue deutsch-französische Entscheidungsträger, in: Internationale Politik 53 (1998), H. 9, S. 1–6, hier S. 1f.

14 WOYKE, Deutsch-französische Beziehungen, S. 64. Vgl. auch »Ein Akt der Dummheit«, in: Der Spiegel 49 (1995), H. 37, S. 152–155.

im Voraus informiert worden. Die Reform betraf dabei unmittelbar mehrere deutsche Städte, in denen französische Einheiten stationiert waren, die nun aufgelöst werden sollten<sup>15</sup>.

Auch das Ergebnis der Bundestagswahlen von 1998 führte nicht gerade zu einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen. Ähnlich wie Chirac maß der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder der Zusammenarbeit mit dem größten Nachbarn anfangs ebenfalls nicht genügend Bedeutung bei. Kompliziert wurde die Situation überdies durch die Differenzen bezüglich der gemeinsamen europäischen Währung ebenso wie durch innerfranzösische Probleme infolge der *Cohabitation*<sup>16</sup>. Die Chance auf eine Wende zum Besseren bot der bilaterale Gipfel Ende 1998 in Potsdam, auf dem über die Belebung der Zusammenarbeit im Kultur- und Bildungsbereich sowie auf dem Gebiet der internationalen Politik beratschlagt wurde. Das Treffen wurde als eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Beziehungen gewertet<sup>17</sup>. Dennoch verschlechterten sich diese in den beiden darauffolgenden Jahren wieder. Sichtbar war dies während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, als sich Chirac scharf gegen die geplante Reform der Agrarpolitik aussprach<sup>18</sup>. Der in den deutsch-französischen Beziehungen damals herrschende Konfrontationsstil setzte sich auch während der französischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 fort. Auf dem abschließenden Gipfel in Nizza kam es in der Frage der deutschen und französischen Stimmen im Rat der EU sowie der Höhe der nationalen Beiträge zum Unionshaushalt zu einer großen Kontroverse zwischen Schröder und Chirac<sup>19</sup>. Zu Beginn des neuen Jahrtausends befand sich daher die offizielle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in einer kritischen Situation, die bestätigte, dass die Entfremdung zwischen den beiden Partnern in den letzten Jahren größer geworden war<sup>20</sup>.

---

15 Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 166.

16 Ebd., S. 188.

17 Ebd., S. 180.

18 Helmut BÜNDER, *Vorstellungen von der Agrarpolitik. Frankreich und die Agenda 2000*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.03.1999.

19 Ulrike GUÉROT, *Nizza. Zur Genese eines unnötigen Psycho-Dramas*, in: *Dokumente 57* (2001), S. 13–21.

20 Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 189. Hélène Miard-Delacroix spricht für die deutsch-französischen Beziehungen am Ende der 1990er Jahre sogar von einem »Tiefststand«, MIARD-DELACROIX, *Im Zeichen der europäischen Einigung*, S. 323.

## 2. Die kommunale Zusammenarbeit im Blick der Statistik: Zweitausend Partnerschaften

Die 1990er Jahre brachten der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit mehrere neue Komponenten. Auf die erste Veränderung muss gleich am Anfang dieses Unterkapitels hingewiesen werden, um eine Fehlinterpretation der präsentierten Datensätze zu vermeiden. In Reaktion auf die deutsche Wiedervereinigung wurden in die deutsch-französischen Statistiken neu auch die bisherigen Partnerschaften zwischen ostdeutschen und französischen Kommunen eingegliedert. Während des Jahres 1990 kam es daher zu einem sprunghaften Anstieg der Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Da die Ausgangsdatenbanken bei allen Partnerschaften (Freundschaften, Kontakten) nicht das genaue Datum, sondern lediglich das Entstehungsjahr anführen, wird diese Veränderung im nachfolgenden Text schon mit Beginn des Jahres 1990, und nicht erst zum 3. Oktober 1990, berücksichtigt.

Zu Anfang dieses Jahres wurden somit auf dem Gebiet der bald wiedervereinigten Bundesrepublik insgesamt 1.601 Fälle deutsch-französischer kommunaler Zusammenarbeit gezählt, davon 1.556 Partnerschaften. Der Rest entfiel auf Freundschaften (16) und Kontakte (29). Aus den vorangegangenen Kapiteln ist offenkundig, dass die absolute Mehrheit dieser Partnerschaften auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik existierte. Genau handelte es sich um 1.523 Fälle kommunaler Zusammenarbeit, von denen die Partnerschaften (1.487) den größten Anteil ausmachten. In Ostdeutschland handelte es sich um 78 Fälle kommunaler Kooperation, bei denen ebenfalls die Partnerschaften (69) deutlich überwogen. Am Ende der Existenz der DDR entfielen somit auf eine ostdeutsch-französische Partnerschaft mehr als 20 westdeutsch-französische Partnerschaften. Dieses Verhältnis veränderte sich auch nach der Hinzuzählung der loserer Kooperationsformen nicht wesentlich. Infolge des Untergangs der DDR wuchs die Zahl derjenigen deutsch-französischen Partnerschaften, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik registriert waren und zum Beispiel um finanzielle Unterstützung aus bilateralen oder europäischen Quellen ersuchen konnten, insgesamt um etwa fünf Prozent.

Was die Entwicklung in den Jahren 1990 bis 2000 betrifft, so erhöhte sich die Anzahl aller Fälle deutsch-französischer kommunaler Zusammenarbeit um mehr als ein Drittel auf 2.210 (davon 2.041 Partnerschaften) [Tabelle 19]. Im Jahr 1996 überschritt die Gesamtzahl aller Kooperationen auf kommunaler Ebene die Grenze von 2.000, vier Jahre später erreichte allein die Anzahl der Partnerschaftsverträge diesen Meilenstein. Der Zuwachs betrug in diesem Jahrzehnt 609 Fälle. Auch wenn die Partnerschaften (485) aufgrund ihrer Menge weiterhin dominierten, erreichte der Anteil der Freundschaften

(25) und Kontakte (99) ein Fünftel, was gegenüber den vorherigen Zeitabschnitten ein deutlicher Anstieg war. Es muss jedoch wiederholt betont werden, dass die Angaben über die Anzahl der Freundschaften und Kontakte lediglich Orientierungscharakter haben, da die loseren Formen der Zusammenarbeit in der Regel nicht durch einen schriftlichen Vertrag besiegelt werden.

**Tabelle 19:** Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1990–2000)

Jahr	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte	Gesamt
1990	1.614	18	37	1.669
1991	1.691	21	43	1.755
1992	1.753	23	47	1.823
1993	1.807	25	48	1.880
1994	1.854	25	49	1.928
1995	1.884	25	50	1.959
1996	1.924	27	50	2.001
1997	1.953	27	50	2.030
1998	1.972	27	50	2.049
1999	1.993	27	50	2.070
2000	2.041	41	128	2.210

Der durchschnittliche Jahreszuwachs betrug 44 Partnerschaften, was im Rahmen der vorgenommenen Periodisierung den zweitgeringsten Wert darstellte. Nähmen wir allerdings auch die loseren Formen der Kooperation in die Rechnung auf, so erhöhte sich der durchschnittliche Jahreszuwachs für den Zeitraum 1990–2000 auf 55 Fälle. Die Grenze von 44 Partnerschaften wurde vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre überschritten, am deutlichsten in den Jahren 1990–1992 [Diagramm 12]. Der Beginn der 1990er Jahre verzeichnete zudem eine größere Anzahl von Freundschaften und Kontakten. Der 1991 erreichte Wert (77 Partnerschaften) war der absolut höchste, den die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit jemals registrierte [Diagramm 14].

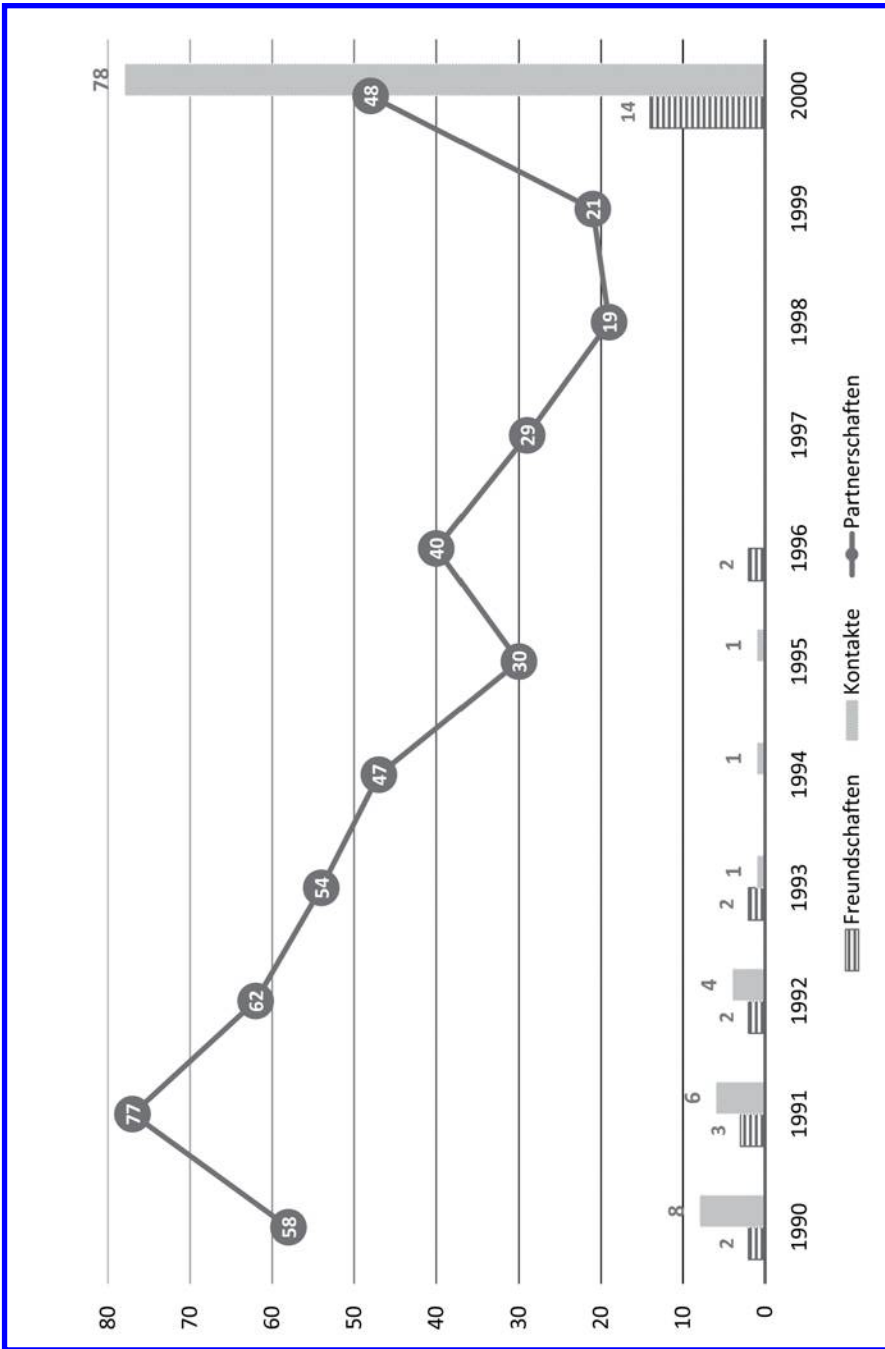


Diagramm 12: Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1990–2000).

Da im Jahr 1991 auf dem Gebiet der Bundesrepublik die meisten neuen kommunalen Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte in der Geschichte überhaupt registriert wurden (insgesamt 285)<sup>21</sup>, ist offenkundig, dass der Rekordzuwachs kein deutsch-französisches Spezifikum war.

Umso auffälliger ist der Einbruch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die bloßen 19 Partnerschaften, die in der Zeit des größten Stillstandes 1998 registriert wurden, bedeuteten in statistischer Hinsicht gewissermaßen eine Rückkehr in das Jahr 1961 [Diagramm 14]. Eine spezielle Entwicklung ist auch für das Jahr 2000 zu beobachten [Diagramm 12]: Erstens kann konstatiert werden, dass sich die Zahl der neuen Verträge (48) gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelte, zweitens erzielten die loseren Kooperationsformen Rekordwerte (14 Freundschaften, 78 Kontakte).

Auch wenn 1990 ein vereinigter deutscher Staat entstand, konnte das Maß der Einbindung des West- und Ostteils der neuen Bundesrepublik in die kommunale Zusammenarbeit mit Frankreich nicht ausgewogen sein – schon aufgrund der deutlich unterschiedlichen Ausgangsposition. Auf dem Gebiet der alten Bundesländer wurden in den Jahren 1990 bis 2000 insgesamt 400 Partnerschaften, 14 Freundschaften und 62 Kontakte geschlossen. Im gleichen Zeitraum entstanden in den neuen Bundesländern 85 Partnerschaften, 11 Freundschaften und 37 Kontakte. Der durchschnittliche Jahreszuwachs betrug somit 36 Partnerschaften in der alten Bundesrepublik und nicht ganze 8 Partnerschaften in der ehemaligen DDR. Dennoch verringerte sich das Missverhältnis in der Zahl der Partnerschaften mit französischen Kommunen innerhalb von zehn Jahren deutlich. Entfielen noch zu Beginn des Jahres 1990 auf eine deutsch-französische Partnerschaft in den neuen Bundesländern fast 22 Partnerschaften in der alten Bundesrepublik, betrug dieses Verhältnis am Ende des Jahres 2000 nur noch eins zu zwölf.

Die schrittweise Annäherung des West- und Ostteils der Bundesrepublik im Bereich der kommunalen Zusammenarbeit mit Frankreich wird zumindest in quantitativer Hinsicht auch deutlich, wenn wir die Anzahl der Partnerschaftsverträge im Verhältnis zur Einwohnerzahl betrachten<sup>22</sup>. Zu Beginn der 1990er Jahre entfielen auf einen Partnerschaftsvertrag 42.000 Einwohner in den alten und 238.000 in den neuen Bundesländern. Bis zum Ende des Jahres 2000 sank diese Zahl in beiden Landesteilen: im Westen auf 36.000, im Osten auf 98.000 Einwohner pro Partnerschaftsvertrag. In

---

21 LEITERMANN, Über 6.000 Beziehungen zu Kommunen, S. 193.

22 Für die alten Bundesländer (einschließlich Westberlins) wird von 62,7 Millionen (1990) und 67,1 Millionen (2000) Einwohnern ausgegangen. Die Angaben für die neuen Bundesländer sprechen von 16,4 Millionen (1990) und 15,1 Millionen (2000) Einwohnern. Diese Daten wurden den Webseiten des Statistischen Bundesamtes entnommen, in: URL: <<http://www.destatis.de>> (01.06.2014).



Prozenten ausgedrückt betrug dieser Rückgang etwa 15 Prozent auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik und mehr als 40 Prozent auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Weder die alten noch die neuen Bundesländer können jedoch als kompakte Gruppe betrachtet werden [Tabelle 20]. Insbesondere zwischen den alten Bundesländern herrschten in der quantitativen Entwicklung der deutsch-französischen kommunalen Kooperation nicht geringe Unterschiede, deren Ursachen oft in den vorherigen Zeitabschnitten begründet lagen. Das Trio derjenigen Bundesländer, in denen die meisten neuen Fälle kommunaler Kooperation registriert wurden, blieb seit dem Jahr 1974 unverändert: Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Die Positionen der beiden erstgenannten Bundesländer waren ähnlich wie bereits in den 1980er Jahren sehr ausgeglichen, da sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern in den Jahren 1990–2000 je 105 neue Partnerschaftsverträge unterzeichnet wurden. Der Abstand von Rheinland-Pfalz gegenüber dem Spitzenduo vergrößerte sich mit nur 58 Partnerschaften hingegen leicht.

Unter der Grenze des Jahresdurchschnitts der ganzen Bundesrepublik (44 Partnerschaften) blieben Nordrhein-Westfalen und Hessen (beide 38). Den sechsten Platz belegte Thüringen mit 34 Partnerschaften, womit es sich als einziges neues Bundesland unter den traditionellen Regionen der deutsch-französischen kommunalen Kooperation »festsetzte«. Die Angaben zu den alten Bundesländern beschließen das Saarland (11) und Schleswig-Holstein (10), bei denen weniger als eine neue Partnerschaft pro Jahr zu verzeichnen war. Ein spezieller Fall blieb weiterhin Berlin, das seine französischen Partner gleich um drei erweiterte, und zwar dank der Stadtteile Wilmersdorf, Mitte-Wedding und Schöneberg<sup>23</sup>.

Die neuen Bundesländer verblieben, mit Ausnahme Thüringens, in der zweiten Hälfte der Tabelle. Aus dieser Gruppe nahm Sachsen die kommunale Zusammenarbeit mit Frankreich am aktivsten in Angriff: Neben 17 Partnerschaften verzeichnete es eine fast gleiche Anzahl von Freundschaften bzw. Kontakten. Dieselbe Bilanz neuer Partnerschaftsverträge konnte auch Sachsen-Anhalt vorweisen. Ungefähr halb so viele deutsch-französische Partnerschaften entstanden in Mecklenburg-Vorpommern (9) und Brandenburg (8). Im Falle Brandenburgs bestätigte sich, dass die Städte und Gemeinden der neuen Bundesländer sehr viel öfter zu den loserer Kooperationsformen neigten als die Kommunen im Westteil der Bundesrepublik.

---

23 Städteverbindungen der Bezirke von Berlin – Ausland.

**Tabelle 20:** Anzahl der 1990–2000 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit

Bundesland	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Baden-Württemberg	105	5	22
Bayern	105	3	12
Rheinland-Pfalz	58	0	7
Nordrhein-Westfalen	38	4	3
Hessen	38	1	7
Thüringen*	34	7	10
Niedersachsen	32	1	9
Sachsen*	17	2	13
Sachsen-Anhalt*	17	1	5
Saarland	11	0	2
Schleswig-Holstein	10	0	0
Mecklenburg-Vorpommern*	9	1	1
Brandenburg*	8	0	8
Berlin	3	0	0
Insgesamt	485	25	99

Anm.: Weder Bremen noch Hamburg nahmen in diesem Zeitraum eine neue Kooperation mit Frankreich auf.

\* Im Sinne einer besseren Übersichtlichkeit werden die neuen Bundesländer mit \* gekennzeichnet.

Die in Tabelle 20 präsentierte Reihenfolge der Bundesländer erfährt jedoch deutliche Veränderungen, wenn die Einwohnerzahl berücksichtigt wird [Tabelle 21]. So fallen Baden-Württemberg und Bayern, die ursprünglich den größten Zuwachs an Partnerschaftsverträgen registrierten, auf den vierten und fünften Platz zurück. An die Spitze der Tabelle rückt Rheinland-Pfalz, recht unerwartet gefolgt von Thüringen. In der Zahl neuer Partnerschaften pro eine Million Einwohner (jeweils ca. 14) hatten beide Länder einen deutlichen Vorsprung. Das Führungstrio wird durch das Saarland (ca. 10) komplettiert, das somit seine Tendenz bestätigt, in der Tabelle diejenigen Bundesländer zu überholen, deren Einbindung in die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit zwar überdurchschnittlich war, die jedoch auch über eine überdurchschnittlich hohe Einwohnerzahl verfügten.

Aufmerksamkeit verdienen ebenfalls die Werte, die in den anderen neuen Bundesländern erzielt wurden. Sachsen-Anhalt, das einen Zuwachs von mehr als sechs neuen Partnerschaftsverträgen auf eine Million Einwohner vorweist, konnte sich mit Hessen messen. Mecklenburg-Vorpommern (5) gelang es, Niedersachsen zu überholen. Schließlich erzielte sogar Brandenburg, das in Hinsicht auf die kommunale Zusammenarbeit mit Frankreich das am wenigsten aktive neue Bundesland war, höhere Werte als Nordrhein-Westfalen.

Die Tatsache, dass die deutsch-französische Kooperation auf kommunaler Ebene in den 1990er Jahren große Schwankungen aufwies, wird auch aus dem Diagramm 13 deutlich. Während Bayern 1992 einen Rekordzuwachs von 20 Partnerschaften verzeichnete (den gleichen Wert wie bereits fünf Jahre zuvor), erinnern die Werte für die meisten anderen Bundesländer in einigen Jahren vielmehr an die geringen Zuwächse aus den Anfängen der deutsch-französischen Kooperation in den Jahren 1950–1962. In Baden-Württemberg betrifft dies etwa das Jahr 1998 mit nur drei geschlossenen Partnerschaften, ein Wert, der zuletzt 1959 verzeichnet worden war. In Hessen, das in den Jahren 1998 und 2000 keine einzige Partnerschaft registrierte, wiederholte sich die Situation des Jahres 1957. Nordrhein-Westfalen kehrte mit der Entwicklung in den Jahren 1994, 1998 und 1999 (je nur eine Partnerschaft) in das Jahr 1951 zurück. Thüringen hingegen erfreute sich eines Rekordzuwachses von fünf Partnerschaften in den Jahren 1991 und 1993. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Ausgangspositionen Thüringens und der alten Bundesländer in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich waren.

**Tabelle 21:** Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1990–2000 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Bundesland	Einwohnerzahl zum 31.12.2000**	Partnerschaften	Anzahl der Partnerschaften auf 1.000.000 Einwohner
Rheinland-Pfalz	4.030.000	58	14,4
Thüringen*	2.440.000	34	13,9
Saarland	1.070.000	11	10,3
Baden-Württemberg	10.493.000	105	10,0
Bayern	12.188.000	105	8,6
Sachsen-Anhalt*	2.633.000	17	6,5
Hessen	6.058.000	38	6,3
Mecklenburg-Vorpommern*	1.783.000	9	5,0
Niedersachsen	7.911.000	32	4,0
Sachsen*	4.443.000	17	3,8
Schleswig-Holstein	2.782.000	10	3,6
Brandenburg*	2.600.000	8	3,1
Nordrhein-Westfalen	18.000.000	38	2,1
Berlin	3.384.000	3	0,9

\* Im Sinne einer besseren Übersichtlichkeit werden die neuen Bundesländer mit \* gekennzeichnet.

\*\* Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2003 für die BRD, Wiesbaden 2003, S. 45.

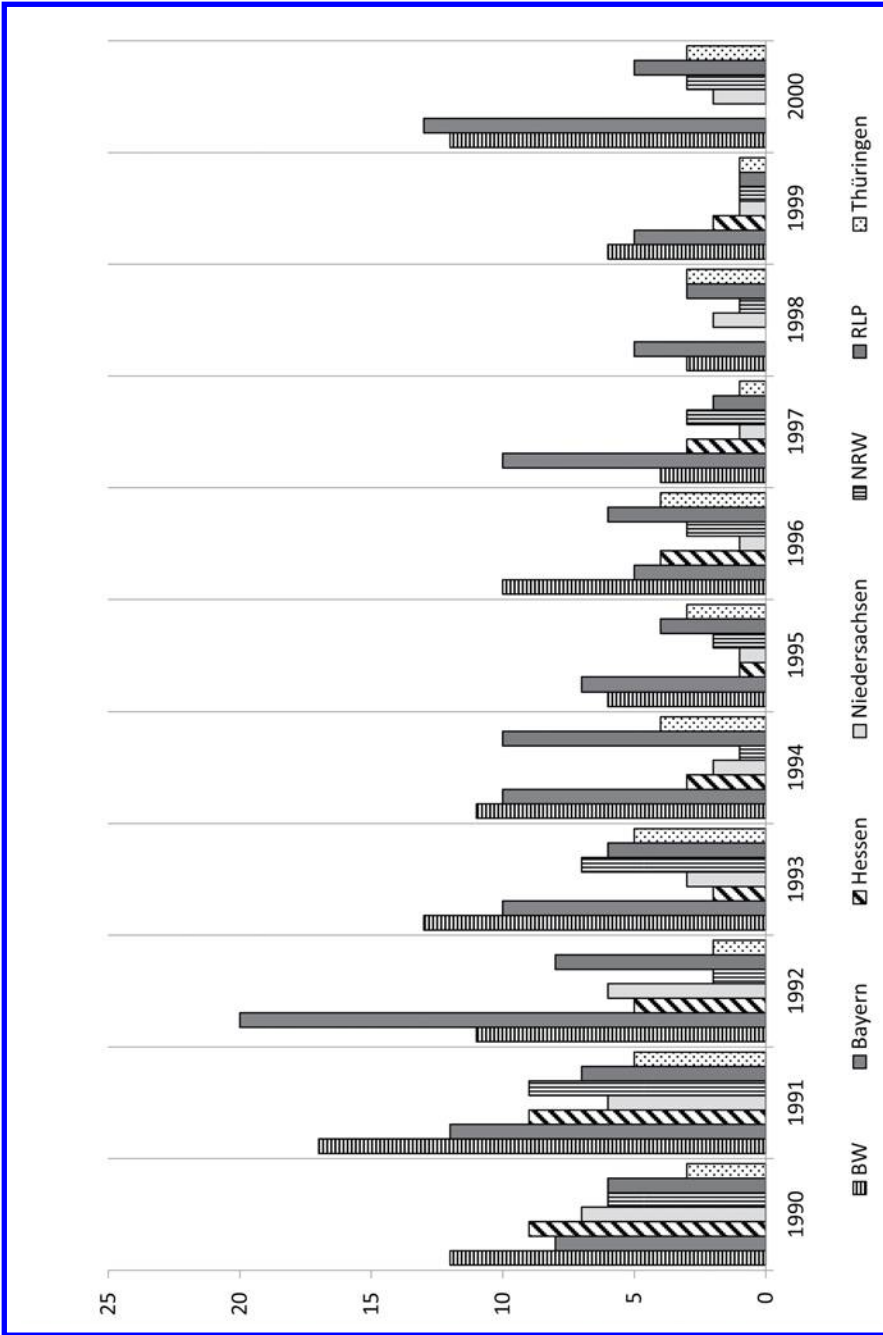


Diagramm 13: Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1990–2000).

Die Bilanz dessen, wie sich die Zusammenarbeit deutscher und französischer Kommunen in regionaler Hinsicht entwickelte, sei durch einen Blick auf den gesamten Untersuchungszeitraum ergänzt [Tabelle 22]. Die meisten Partnerschaftsverträge wurden in den Jahren 1950–2000 in Baden-Württemberg (457) unterzeichnet, gefolgt von Bayern (336) und Rheinland-Pfalz (301). Die wenigsten Partnerschaften hingegen wurden in den Stadtstaaten sowie in einigen neuen Bundesländern mit Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze (13) verzeichnet.

Die Reihenfolge ist jedoch eine deutlich andere, wenn wir die genannten Werte in Bezug zur Einwohnerzahl der einzelnen Bundesländer setzen. Die Angaben über die Population dienen in diesem Zusammenhang zur Bestimmung des Kooperationspotenzials des jeweiligen Landes bzw. dessen kommunaler Sphäre. Obwohl sich die Reihenfolge der Bundesländer nach dieser neuen Berechnung wesentlich verändert, entspricht sie den Tendenzen, die bereits in den vorherigen Kapiteln für die einzelnen Zeitabschnitte konstatiert wurden. Die eindeutig höchste Anzahl von Partnerschaften auf eine Million Einwohner weist Rheinland-Pfalz aus (ca. 75), gefolgt vom Saarland (ca. 60) und Baden-Württemberg (ca. 44). Unerwartet tief in der Rangliste ist Nordrhein-Westfalen abgerutscht (ca. 14). Auch wenn es den Anschein hat, dass die radikale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen und in ihrer Folge die Verringerung der Anzahl möglicher Partner für eine kommunale Kooperation mit Frankreich die Ursache für diesen »Einbruch« des bevölkerungsreichsten Bundeslandes darstellt, wird diese Hypothese durch die guten Platzierungen des Saarlandes und Hessens widerlegt<sup>24</sup>. Was die neuen Bundesländer betrifft, so bestätigt die Tabelle 22 die dominante Rolle der thüringischen Kommunen bei der Kooperation mit ihren französischen Pendants. Zugleich zeigt sie, dass die Unterschiede zwischen den übrigen Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kleiner sind, als es die Angaben über die Zahl der Partnerschaftsverträge vermuten ließen. Wie erwartet befinden sich die Stadtstaaten am untersten Ende der Tabelle. Dennoch ist die Tatsache, dass in Berlin gleich drei Partnerschaften auf eine Million Einwohner entfallen, ein Beleg dafür, dass die Anzahl der Kommunen für die Zahl der Partnerschaftsverträge keineswegs ausschlaggebend ist.

Es ist angebracht, den Blick auf die geographische Verteilung der kommunalen Zusammenarbeit wenigstens um die Basisangaben für die französische Seite zu ergänzen. Da die Ausgangsdatenbanken für eine solche Analyse keine hinreichenden Daten enthielten, wurden in die nachfolgenden Tabellen

---

24 Die Anzahl der Städte und Gemeinden wurde im Saarland und in Hessen genauso radikal gesenkt wie in Nordrhein-Westfalen, in allen drei Bundesländern blieben nur etwa 15 Prozent der ursprünglichen Kommunenzahl erhalten.

**Tabelle 22:** Anzahl aller in den einzelnen Bundesländern 1950–2000 entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Bundesland	Einwohnerzahl zum 31.12.2000**	Anzahl der Partnerschaften (1950–2000)	Anzahl der Partnerschaften auf 1.000.000 Einwohner
Rheinland-Pfalz	4.030.000	301	74,7
Saarland	1.070.000	64	59,8
Baden-Württemberg	10.493.000	457	43,6
Hessen	6.058.000	253	41,8
Bayern	12.188.000	336	27,6
Niedersachsen	7.911.000	173	21,9
Thüringen*	2.440.000	52	21,3
Nordrhein-Westfalen	18.000.000	254	14,1
Schleswig-Holstein	2.782.000	38	13,7
Sachsen-Anhalt*	2.633.000	27	10,3
Brandenburg*	2.600.000	23	8,8
Sachsen*	4.443.000	38	8,6
Mecklenburg-Vorpommern*	1.783.000	13	7,3
Berlin	3.384.000	10	3,0
Bremen	661.000	1	1,5
Hamburg	1.710.000	1	0,6

\*\* Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2003 für die BRD, Wiesbaden 2003, S. 45.

die Angaben des deutsch-französischen Internetportals übernommen, das von den Außenministerien beider Länder gemeinsam betrieben wird<sup>25</sup>. Der

25 Ministère des Affaires étrangères/ Auswärtiges Amt, La coopération communale – Les jumelages, in: URL: <<http://www.france-allemande.fr/La-cooperation-communale-Les,1151.html>> (01.06.2014).

Aussagewert dieser Daten ist aus verschiedenen Gründen begrenzt. Erstens basieren sie nur auf einer Quelle (konkret der französischen Sektion des RGR), die weder mit den Angaben der deutschen Seite abgeglichen noch mithilfe einer dritten Quelle überprüft wurde. Zweitens unterscheidet das französische Verzeichnis nicht zwischen Partnerschaften und loseren Kooperationsformen (d.h. Freundschaften und Kontakten). Drittens erfassen die dort genannten Zahlen die kommunale Zusammenarbeit im Zeitraum 1950 bis 2007, und nicht bloß für die Jahre 1950–2000. Trotz dieser Ungenauigkeiten ist jedoch davon auszugehen, dass die Angaben vertrauenswürdig genug sind, um das Interesse an der deutsch-französischen kommunalen Kooperation in den verschiedenen Teilen Frankreichs während unseres Untersuchungszeitraums zu kartographieren.

In zehn der 22 Regionen, die das metropolitane Frankreich bilden, konnte ein überdurchschnittliches Interesse (d.h. mehr als 102 Fälle oder 4,5 Prozent) beobachtet werden [Tabelle 23]. In den bevölkerungsreichsten Regionen ganz Frankreichs, Île-de-France und Rhône-Alpes, machte die Zusammenarbeit mit deutschen Städten und Gemeinden sogar das Doppelte (11,2 Prozent und 9 Prozent) des französischen Durchschnitts aus. In einem geringen Abstand von je etwa einem Prozentpunkt folgten die Regionen Pays de la Loire (8,1 Prozent) und Burgund (7,3 Prozent). Zu den sechs übrigen Regionen, auf deren Territorium mehr als 102 deutsch-französische kommunale Kooperationen existierten, gehörten Nord-Pas-de-Calais, Basse-Normandie, Lothringen, Centre, Bretagne und Haute-Normandie. Deutlich unterdurchschnittliche Werte wurden in den Regionen Languedoc-Roussillon, Franche-Comté, Limousin, Midi-Pyrénées und Korsika verzeichnet. Korsika nahm auch im Rahmen dieses Quintetts eine Sonderstellung ein, da auf seinem Gebiet nur eine einzige deutsch-französische Kommunalpartnerschaft registriert wurde. Berücksichtigen wir allerdings die unterschiedliche Einwohnerzahl der einzelnen Regionen, so verändert sich die Reihenfolge deutlich [Tabelle 24]. Den ersten Platz nimmt nunmehr Burgund ein, wo auf eine Million Einwohner 101 Partnerschaften oder losere Formen der Zusammenarbeit entfallen, was fast das Dreifache des französischen Durchschnitts ist. Den zweiten Platz belegt die Basse-Normandie, die es mit knapp 92 Fällen als einzige schafft, mit Burgund Schritt zu halten. Die nächstplatzierte Region Champagne-Ardenne kommt schon auf fast 30 Fälle weniger als die Basse-Normandie. Es ist interessant, dass alle Regionen aus dem Führungsquartett eine ähnliche Einwohnerzahl aufweisen, die sich zwischen 1,3 und 1,8 Millionen bewegt. Die Gebiete hingegen, in denen mehr als 3 Millionen Menschen leben (Île-de-France, Rhône-Alpes und Nord-Pas-de-Calais), finden sich in der unteren Tabellenhälfte wieder oder befanden sich dort bereits in der vorangegangenen Übersicht (Provence-Alpes-Côte d’Azur und Aquitanien).



**Tabelle 23:** Anzahl aller 1950–2007 in den Regionen des metropolitanen Frankreichs entstandenen Fälle deutsch-französischer Zusammenarbeit

Region	P + F + K (1950–2007)	Anteil an allen Kooperationen (in %)
Île-de-France	253	11,2
Rhône-Alpes	202	9,0
Pays de la Loire	183	8,1
Burgund	165	7,3
Nord-Pas-de-Calais	143	6,4
Basse-Normandie	134	6,0
Lothringen	120	5,3
Centre	119	5,3
Bretagne	113	5,0
Haute-Normandie	109	4,8
Elsass	100	4,4
Provence-Alpes-Côte d'Azur	91	4,0
Champagne-Ardenne	87	3,9
Picardie	82	3,6
Poitou-Charentes	69	3,1
Auvergne	66	2,9
Aquitanien	63	2,8
Languedoc-Roussillon	45	2,0
Franche-Comté	40	1,8
Limousin	40	1,8
Midi-Pyrénées	25	1,1
Korsika	1	0,0
Durchschnitt	102	4,5

Quelle: Ministère des Affaires étrangères/Auswärtiges Amt, La coopération communale – Les jumelages und eigene Berechnungen.

Die einzige Region, die die Grenze von drei Millionen Einwohnern überschreitet und zugleich eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Fällen deutsch-französischer Kooperation auf eine Million Einwohner ausweist, ist Pays de la Loire. Die Position Korsikas, der am dünnsten besiedelten Region Frankreichs, bleibt unverändert.

**Tabelle 24:** Anzahl aller 1950–2007 in den Regionen des metropolitanen Frankreichs entstandenen Fälle deutsch-französischer Zusammenarbeit im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Region	Einwohnerzahl zum Jahr 2007	P + F + K (1950–2007)	Anzahl P + F + K auf 1.000.000 Einwohner
Burgund	1.634.000	165	101,0
Basse-Normandie	1.461.000	134	91,7
Champagne-Ardenne	1.340.000	87	65,0
Haute-Normandie	1.817.000	109	60,0
Elsass	1.827.000	100	54,7
Limousin	737.000	40	54,3
Pays de la Loire	3.483.000	183	52,5
Lothringen	2.340.000	120	51,3
Auvergne	1.339.000	66	49,3
Centre	2.527.000	119	47,1
Picardie	1.900.000	82	43,1
Poitou-Charentes	1.740.000	69	39,7
Bretagne	3.120.000	113	36,2
Nord-Pas-de-Calais	4.022.000	143	35,6
Franche-Comté	1.159.000	40	34,5
Rhône-Alpes	6.066.000	202	33,3
Île-de-France	11.599.000	253	21,8
Aquitanien	3.151.000	63	20,0
Provence-Alpes-Côte d'Azur	4.864.000	91	18,7

Languedoc-Roussillon	2.561.000	45	17,6
Midi-Pyrénées	2.810.000	25	8,9
Korsika	299.000	1	3,3
Frankreich (Mutterland)	61.795.000	2.250	36,4

Quellen: Ministère des Affaires étrangères/Auswärtiges Amt, La coopération communale – Les jumelages und eigene Berechnungen; INSEE, Populations légales 2007 des régions de France métropolitaine, in: URL: <<http://www.insee.fr/fr/ppp/bases-de-donnees/recensement/populations-legales/france-regions.asp?annee=2007#regions>> (01.06.2014).

### 3. Fallstudien: Bautzen – Dreux ...

#### a) Bautzen – Dreux:

##### Eine Partnerschaft zur Erweiterung der internationalen Kontakte

Die letzte Fallstudie stellt am Beispiel von Bautzen und Dreux die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften in den neuen Bundesländern vor. Das genannte Duo wurde gewählt, obwohl zwischen beiden Städten bereits zu DDR-Zeiten Kontakte bestanden hatten. Dabei handelte es sich jedoch, anders als im Falle der Zusammenarbeit zwischen Wismar und Calais, nicht um eine offizielle Partnerschaft. Überdies betrachten die Vertreter von Bautzen und Dreux die Kontakte vor dem Jahr 1989 und die Partnerschaft in den 1990er Jahren als zwei unterschiedliche Etappen, die weder personelle noch inhaltliche Kontinuitäten aufweisen<sup>26</sup>.

Für die Wahl des Duos Bautzen – Dreux sprachen aber noch weitere Gründe. Da der Partnerschaftsvertrag bereits 1992 geschlossen worden war, konnte für die darauffolgenden Jahre untersucht werden, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen entwickelte. Bautzen, das Zentrum der sorbischen Kultur, war ferner interessant durch seine natürlichen Verbindungen zu den angrenzenden slawischen Staaten, die es ermöglichen, die Zusammenarbeit der ostdeutschen Kommunen mit ihren Pendants im Westen wie im Osten zu vergleichen. Als günstig erwies sich auch die Tatsache, dass Dreux in dem hessischen Melsungen neben Bautzen noch einen weiteren deutschen Partner hatte, mit dem es eine offizielle Partnerschaft verband. Wenngleich die eigentliche Kooperation zwischen

<sup>26</sup> Eine Ausnahme stellt der Bautzener Lehrer Henning von Wolfersdorff dar, der seit Mitte der 1960er Jahre bis zur Mitte der 1980er Jahre als Übersetzer und Dolmetscher eingesetzt wurde. Auf die Gestalt der damaligen Kontakte zwischen Bautzen und Dreux hatte er jedoch keinen Einfluss.

Dreux und Melsungen nicht Gegenstand dieser Fallstudie ist, können aus einigen Berichten, die zugleich Bautzen betreffen, Unterschiede zwischen den deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften in den alten und den neuen Bundesländern herausgelesen werden.

Was die geographische Lage der beiden untersuchten Städte betrifft, so befindet sich Bautzen im Osten Sachsens, ungefähr 30 km von der tschechischen und 50 km von der polnischen Grenze entfernt. Dreux liegt ca. 80 km westlich von Paris und gehört administrativ zum Departement Eure-et-Loir sowie zur Region Centre. Beide Städte trennen fast 1.200 km<sup>27</sup>, was persönliche Begegnungen zwischen ihren Einwohnern wesentlich erschwert. Im Vergleich dazu mussten die Unterschiede in der Einwohnerzahl als nebensächliches Problem erscheinen. Während in Dreux im Jahr 1999 31.800 Personen lebten, wurden in Bautzen ein Jahr später 43.400 Bewohner registriert<sup>28</sup>. Wesentlich größere Schwierigkeiten hingegen brachten die Unterschiede in der demographischen Gesamtentwicklung beider Städte mit sich. Ähnlich wie andere ostdeutsche Städte verlor Bautzen im Laufe der 1990er Jahre Tausende von Einwohnern: Der Gesamtverlust betrug für die Jahre 1989 bis 2000 insgesamt 17 Prozent der Population<sup>29</sup>. Die Entfaltung der partnerschaftlichen Kooperation wurde überdies dadurch erschwert, dass es vor allem die junge und mittlere Generation war, die Bautzen verließ.

Die Entwicklung in Dreux war eine deutlich andere. Wenngleich auch hier in den 1990er Jahren ein Bevölkerungsrückgang von ungefähr 10 Prozent zu verzeichnen war, handelte es sich eher um das Ende des demographischen Wachstums der Nachkriegszeit, das zu mehr als einer Verdoppelung der örtlichen Population geführt hatte<sup>30</sup>, als um den Beginn einer fallenden Tendenz. Den zweiten wesentlichen Unterschied stellte der hohe Anteil an Zuwanderern dar, der in Dreux 19 Prozent betrug und das Durchschnittsalter der örtlichen Bevölkerung deutlich senkte<sup>31</sup>. Diese Tatsache wurde von der Bautzener Seite anfangs positiv bewertet, da die deutschen Schüler so im

27 Stadtverwaltung Bautzen (Hg.), *Bautzen/Budyšin. Unsere Partnerstädte/Naše partnerske města* [2011], in: URL: <[http://www.bautzen.de/dokumente/FB\\_Partnerstaedte\\_2011.pdf](http://www.bautzen.de/dokumente/FB_Partnerstaedte_2011.pdf)> (01.06.2014).

28 Vgl. INSEE, *Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Dreux (28134 – commune)*, S. 1, in: URL: <[http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/28/COM/DL\\_COM28134.pdf](http://www.statistiques-locales.insee.fr/FICHES/DL/DEP/28/COM/DL_COM28134.pdf)> (07.05.2014); Silke KOSBAB, *Die Verfassung der Stadt vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart*, in: *Von Budissin nach Bautzen: Beiträge zur Geschichte der Stadt Bautzen*, Bautzen 2002, S. 84–97, hier S. 97.

29 Im Juni 1989 hatte Bautzen noch 52.000 Einwohner. Vgl. KOSBAB, *Die Verfassung der Stadt*, S. 97.

30 Die Einwohnerzahl von Dreux stieg von 14.600 (1946) auf 35.200 (1990). Vgl. *Des villages de Cassini aux communes d'aujourd'hui, Dreux*, in: URL: <[http://cassini.ehess.fr/cassini/fr/html/fiche.php?select\\_resultat=12219](http://cassini.ehess.fr/cassini/fr/html/fiche.php?select_resultat=12219)> (07.05.2014); INSEE, *Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Dreux (28134 – commune)*, S. 1.

31 Eigene Berechnung auf Basis der Angaben des INSEE aus dem Jahr 2009, vgl. <<http://www>.

Rahmen des Schüleraustauschs erfahren konnten, wie Menschen verschiedener Nationen und Hautfarben zusammenleben, und dadurch die Möglichkeit erhielten, sich in gegenseitiger Toleranz zu üben<sup>32</sup>. Zugleich gab es in Bautzen die Hoffnung, dass sich dank der Einwandererfamilien das Gefälle zwischen der Einwohnerzahl beider Städte verringerte<sup>33</sup>.

Im Laufe der 1990er Jahre stellten die Bautzener Organisatoren jedoch fest, dass die Einbindung von Immigrantenfamilien, die vor allem aus Nordafrika stammten, auf spezifische Probleme stößt<sup>34</sup>. Aufgrund ihrer andersartigen Wurzeln und völlig anderen historischen Erfahrung fühlten diese Einwohner von Dreux nicht das Bedürfnis, die deutschen Nachbarn oder die Bürger eines anderen europäischen Staates näher kennenzulernen. Ebenso war ihnen der Gedanke der Zusammenarbeit mit irgendeiner weit entfernten Stadt im Ausland fremd. Die zweite Schwierigkeit bestand in dem sozial schwachen Umfeld, aus dem viele Immigrantenkinder stammten und das keine reziproke Unterbringung in Gastfamilien ermöglichte.

Trotz der deutlichen demographischen Unterschiede wiesen Bautzen und Dreux in manchen Hinsichten auch Ähnlichkeiten auf. So handelte es sich in beiden Fällen um Städte, die in der Vergangenheit eine bedeutende Rolle auf regionaler Ebene gespielt hatten und die sich einer historischen Tradition rühmen konnten. Dieses Erbe ebenso wie das ansprechende Umland machen Bautzen wie Dreux zu einem attraktiven Touristenziel. Eine weitere Verbindung zwischen beiden Städten war die Industrie, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Erwerbsquelle der Einwohner darstellte. Sie war zugleich der Hauptgrund dafür, dass Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Dreux kamen. Schließlich ist beiden Städten gemein, dass sie während des Untersuchungszeitraums mit einer sehr großen Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Diese erreichte am Ende der 1990er Jahre 19 Prozent in Bautzen (2000) und gar über 23 Prozent in Dreux (1999)<sup>35</sup>. Den Hauptanteil daran hatten gerade die örtlichen Industriebetriebe, die entweder völlig aufgelöst bzw. umgesiedelt wurden oder ihre Produktion wesentlich drosselten.

---

[recensement.insee.fr/tableauxDetailles.action?zoneSearchField=DREUX&codeZone=28134-COM&idTheme=9&idTableauDetaille=24&niveauDetail=1](http://recensement.insee.fr/tableauxDetailles.action?zoneSearchField=DREUX&codeZone=28134-COM&idTheme=9&idTableauDetaille=24&niveauDetail=1) (15.07.2011).

32 Miteinander der Nationen beim Dreux-Besuch erlebt, in: Sächsische Zeitung, 03.–04.04.1993.

33 Carmen LEBER, Partnerschaft Dreux – Bautzen wird jetzt mit Leben erfüllt, in: Sächsische Zeitung, 21.10.1991.

34 Gespräch der Autorin mit Henning von Wolfersdorff (Lehrer am Albert-Einstein-Gymnasium in Bautzen und Gründer des Freundschaftsvereins *Salut Dreux*), 15. u. 17.10.2006.

35 Die Angaben wurden aus den folgenden Quellen übernommen: Nikolaus NÜTZEL, Freising als Hoffnungsträger für Bautzen, in: Süddeutsche Zeitung, 02.08.2000; INSEE, Chiffres clés. Évolution et structure de la population. Dreux (28134 – commune), S. 5.

Von den genannten Gemeinsamkeiten nutzten Bautzen und Dreux für die Zusammenarbeit nur ein einziges, und zwar das kulturelle Erbe. Die breite Kooperation im Bereich der Kultur zeigte sich am häufigsten in Gestalt von fotografischen Ausstellungen, musikalischen Aufführungen oder künstlerischen Wettbewerben. Aufseiten Bautzens beteiligten sich daran auch solche Vereine (z.B. Chöre), die sich der Erhaltung der sorbischen Kultur widmen<sup>36</sup>. Eine relativ intensive Zusammenarbeit entwickelte sich ebenfalls zwischen den weiterführenden Schulen. In den ersten Jahren gab es mehrere Gruppenbesuche zwischen den Partnerstädten pro Jahr, seit 1993 fanden sie dann in der Regel einmal pro Jahr statt, wobei sich beide Städte in der Rolle des Gastgebers regelmäßig abwechselten; die Unterbringung erfolgte in Familien. Auf dem Programm der Partnerschaftstreffen stand bisweilen auch ein ökumenischer Gottesdienst, an dem sich zwei katholische Priester (aus beiden Städten) und ein evangelischer Pfarrer (aus Bautzen) beteiligten<sup>37</sup>.

Bei den alljährlichen Gruppenbesuchen wie auch bei den speziellen Programmen für die jüngste Generation war es üblich, dass sich die Einwohner von Dreux nicht nur mit ihren Bautzener Pendanten trafen, sondern auch mit jenen aus den weiteren Partnerstädten. Gerade diese multilateralen Treffen waren auch die einzige Gelegenheit, bei der Kontakte zwischen Sportlern verzeichnet wurden<sup>38</sup>, die ja in vielen anderen Partnerschaften eine zentrale Rolle einnahmen. Die Vertreter von Bautzen und Dreux bzw. die örtlichen Vereine wurden auch zu traditionellen Feierlichkeiten eingeladen (so etwa zum »Bautzener Frühling« oder zum *Foire Saint-Denis*), die es ihnen ermöglichten, in direkten Kontakt mit den Einwohnern der Partnerstadt zu treten.

Auf die Gestalt der Beziehungen zwischen Bautzen und Dreux hatten auch die weiteren Kommunalpartnerschaften beider Städte Einfluss. Bautzen besaß vier weitere Partnerstädte, wobei mit allen die offizielle Zusammenarbeit erst in den 1990er Jahren aufgenommen wurde. Neben zwei Partnern aus den alten Bundesländern (Worms und Heidelberg) schlossen die Bautzener Repräsentanten auch einen Partnerschaftsvertrag mit zwei »Nachbarn« aus der Euroregion Neiße: mit dem tschechischen Jablonec nad Nisou und dem polnischen Jelenia Góra (Hirschberg)<sup>39</sup>. Dank der Kooperation mit Heidelberg

36 Zum Beispiel durch Auftritte des Chores Meja. Vgl. Carmen LEBER, Gemeinsames Konzert war Glanzpunkt, in: Sächsische Zeitung, 25.–26.05.1991.

37 Gespräch der Autorin mit Henning von Wolffersdorff, 15. u. 17.10.2006.

38 Sie z.B. das Internationale Jugendsportfest, das 1996 stattfand. Vgl. PA StPV Bautzen, Ord. A, Partnerschaftsverein Bautzen – Projekte für 1996.

39 Vgl. Stadt Bautzen – Städtepartnerschaften, in: URL: <<http://bautzen.de/bautzen.asp?mid=41&iid=149>> (28.05.2014). Die Entstehung von gleich zwei Partnerschaften mit Städten in der alten Bundesrepublik erklären die Vertreter Bautzens damit, dass sie keinen der beiden Interessenten ablehnen wollten. Gespräch der Autorin mit Edith von Wolffersdorff (Dezernentin für Kultur und Bildung im Bautzener Rathaus, 1990–1994), 15.10.2006.

nahm Bautzen auch Kontakte zum französischen Montpellier auf, das bereits seit 1961 Partnerstadt Heidelbergs war<sup>40</sup>.

Die internationalen Kontakte, über die Dreux auf kommunaler Ebene verfügte, zeichneten sich im Vergleich zu Bautzen durch eine sehr viel längere Kontinuität aus. Die älteste Partnerschaft stammte aus dem Jahr 1960 und verband Dreux mit dem italienischen Todi<sup>41</sup>. Sechs Jahre später schloss die französische Stadt eine offizielle Partnerschaft mit dem westdeutschen Melsungen, das die fast fünfzigjährige Kooperation mit Dreux als »die reichste und lebendigste Beziehung unter allen Partnerschaften« betrachtet<sup>42</sup>. Beleg dafür sind die Kontakte zwischen zahlreichen Vereinen, die langjährige Zusammenarbeit zwischen den Schulen, der Austausch von Praktikanten sowie zwei deutsch-französische Ehen<sup>43</sup>. Auch den Vertretern Bautzens erschien die Partnerschaft zwischen Dreux und Melsungen als sehr intensiv, und sie betrachteten sie gewissermaßen als nachahmenswertes Vorbild<sup>44</sup>. In den 1970er Jahren erweiterte Dreux seine internationalen Kontakte um das britische Evesham und im Rahmen der Entwicklungshilfe um Koudougou in Burkina Faso<sup>45</sup>.

Dass die Beziehungen zwischen Melsungen und Dreux außergewöhnlich gut waren, äußert sich nicht zuletzt darin, dass sich Melsungen an der Zusammenarbeit mit allen oben genannten Partnern von Dreux beteiligte und diese Kooperationen nach und nach mit offiziellen Partnerschaftsverträgen besiegelte<sup>46</sup>. Die Repräsentanten von Dreux entschieden so nicht nur über die internationalen Aktivitäten der eigenen Stadt, sondern beeinflussten auch wesentlich jene des westdeutschen Partners. Ohne ein Studium der Melsunger Quellen bleibt jedoch unklar, was die Stadtväter dazu bewog, die Entscheidungen des französischen Partners zu »kopieren«. Jedenfalls entsprach die Zusammenarbeit Dreux – Melsungen – Evesham ebenso wie die

---

40 Die Kontakte zwischen Bautzen und Montpellier bestätigen Marina GIRONDE DE L'AIN/Sylvie BANOUN, Unverbrüchliche Bande. Partnerstädte und deutsch-französischer Austausch, in: Dokumente 52 (1996), S. 122–128, hier S. 124. Bezüglich Heidelbergs und Montpelliers heißt es dort: »[...] kümmern sich gemeinsam um das von Heidelberg adoptierte Bautzen«.

41 Vgl. die Homepage des *Comité de Jumelage de Dreux*, in: URL: <<http://gpierre143.perso.sfr.fr/index.htm>> (31.05.2014).

42 Jürgen SCHMIDT, Melsungen. Die Geschichte einer Stadt von 1978–2005, Melsungen 2005, S. 112.

43 Ebd., S. 113.

44 Carmen LEBER, Das Vorbild Melsungen – Dreux, in: Sächsische Zeitung, 22.05.1991; Gespräch der Autorin mit Henning von Wolffersdorff, 15. u. 17. 10. 2006.

45 Homepage des *Comité de Jumelage de Dreux*.

46 Der Bürgermeister von Melsungen unterzeichnete 1982 mit Evesham und 1985 mit Todi einen Partnerschaftsvertrag. Die Zusammenarbeit Melsungens mit Koudougou erfolgte zunächst in Form einer Freundschaft und erhielt 2010 schließlich den Charakter einer Partnerschaft. Vgl. Städtepartnerschaftsverein Melsungen, Unsere Partnerstädte, in: URL: <<http://www.partnerschaftsverein-melsungen.de>> (31.05.2014).

Kooperation Dreux – Melsungen – Todi den zeitgenössischen Appellen, sich bei den Kommunalpartnerschaften in den Staaten der EG nicht nur auf zwei Kommunen zu beschränken, sondern die bereits erwähnten sog. Ringpartnerschaften zu bilden. Es überrascht daher nicht, dass sowohl Dreux als auch Melsungen für ihre partnerschaftlichen Aktivitäten in den 1990er Jahren durch den Europarat geehrt wurden<sup>47</sup>. Die Gruppe derjenigen Städte, die eine Zusammenarbeit mit Dreux aufnahmen, wurde nach 1990 um drei weitere Mitglieder erweitert: Jablonec nad Nisou, Jelenia Góra und das amerikanische Evesham<sup>48</sup>. Die Kooperationen mit der tschechischen und polnischen Stadt, in beiden Fällen in Form von Freundschaften, wurden durch Bautzen vermittelt<sup>49</sup>. Diese Vermittlerrolle Bautzens zeigt somit anschaulich, wie sich eine Partnerschaft zweier Städte zu einem Netz multilateraler internationaler Verbindungen auf kommunaler Ebene entwickeln kann.

Im Falle des hessischen Melsungen ist darüber hinaus bemerkenswert, dass sich dessen Vertreter bereits vor dem Fall der Berliner Mauer um eine Kontaktaufnahme mit Bautzen bemühten. Auch wenn die damaligen Verbindungen zwischen Bautzen und Dreux keinen offiziellen und darüber hinaus noch einen recht einseitigen Charakter hatten, versuchten die Repräsentanten Melsungens dennoch, diese zu nutzen. Die ersten Meldungen über eine mögliche Kontaktaufnahme zwischen den beiden deutschen Städten tauchten in den Melsunger Zeitungen im Frühjahr 1972 auf, als Vermittler wurde der Vorsitzende des *Comité de Jumelage* in Dreux bezeichnet<sup>50</sup>. Da zu dieser Zeit nicht einmal der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen worden war, überrascht es nicht, dass diese Initiative kein Ergebnis brachte. Einen weiteren Versuch unternahm 1982 der Melsunger Bürgermeister Appell, der sich schriftlich direkt an den Bautzener Rat der Stadt wandte. Sein Brief blieb allerdings unbeantwortet<sup>51</sup>. Zum ersten inoffiziellen Treffen von Bürgern aus Bautzen und Melsungen kam es erst im Mai 1988: In Dreux hielt sich damals eine Gruppe junger Bautzener auf, die mit dem FDJ-Reisebüro Jugendtourist zu einem Kurzbesuch in die Stadt gekommen war<sup>52</sup>. Ein offizielles Treffen auf deutschem Boden fand erst nach dem Fall des SED-Regimes statt.

47 Patricia NORTH, Conseil de l'Europe. Dreux obtient le diplôme européen, in: L'Écho Républicain, 29.09.1995; Städtepartnerschaftsverein Melsungen, Unsere Partnerstädte.

48 Homepage des Comité de Jumelage de Dreux.

49 Gespräch der Autorin mit Tomasz Nawka (Vorsitzender des Partnerschaftsvereins Bautzen seit 1993), 17.10.2006.

50 Über Dreux Freundschaft mit Bautzen? Vorsitzender Maillard sprach mit dem Bürgermeister der Stadt in der DDR, in: Melsunger Allgemeine, 29.04.1972.

51 Wie steht es mit Bautzen? Melsungen wünscht Kontakte, in: Melsunger Allgemeine, 31.12.1982; Bautzen meldet sich leider nicht. Aber: Bemühungen gehen weiter, in: Melsunger Allgemeine, 22.03.1983.

52 Bautzen (DDR) und Melsungen. Wird aus Flirt Liebe?, in: Melsunger Allgemeine, 05.05.1988.



Der letzte Umstand, der den Verlauf der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bautzen und Dreux beeinflusste bzw. beeinflussen konnte, betrifft die politischen und personellen Veränderungen an der Spitze der Kommunalverwaltungen. Im Bautzener Rathaus war die Entwicklung einfach: Nach dem Fall des kommunistischen Regimes wurde der christdemokratische Politiker Christian Schramm in die höchste Funktion gewählt, die er im gesamten Untersuchungszeitraum bekleidete. Schramms Pendant in Dreux waren in den 1990er Jahren ebenfalls Vertreter der Rechten, konkret des neogaullistischen RPR: Jean Hieaux (1983–1995) und Gérard Hamel (seit 1995)<sup>53</sup>. Letzterer war parallel dazu Mitglied der französischen Nationalversammlung und auch auf regionaler Ebene politisch aktiv<sup>54</sup>.

Der Amtsantritt von Jean Hieaux wurde allerdings nur dadurch ermöglicht, dass die örtlichen Konservativen in der zweiten Runde der Kommunalwahlen von 1983 eine gemeinsame Kandidatenliste mit dem *Front National* (FN) stellten. Diese Liste erzielte in dem 39-köpfigen Stadtrat insgesamt 31 Mandate, und Jean-Pierre Stirbois, Generalsekretär des FN, wurde stellvertretender Bürgermeister für Sicherheit<sup>55</sup>. Für den FN war dies ein Beweis für seine Wandlung von einer marginalen Partei zu einer unverzichtbaren politischen Kraft<sup>56</sup>. Wie ein Artikel im Spiegel belegt, zog dieses Ereignis auch die Aufmerksamkeit der ausländischen Journalisten auf sich. Der unerwartete Erfolg des FN wurde sowohl mit der allgemeinen Unzufriedenheit mit der linken Regierung und dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand als auch mit der Furcht der Wähler vor einer »Überfremdung« durch die große Zahl der in Dreux lebenden Zuwanderer erklärt<sup>57</sup>. Es ist befremdlich, dass der Erfolg des FN bei den Stadt- und Parteiorganen in Bautzen keine Reaktion hervorrief, wo doch der Aufstieg der radikalen Rechten sehr gut für eine propagandistische Ausschlichtung zugunsten der sozialistischen Staatsordnung hätte genutzt werden können. Auch im Falle Melsungens sind keine negativen Reaktionen auf die politische Situation in Dreux bekannt. In dem Kapitel über die kommunalen Partnerschaften, das Teil einer Publikation über die neueste Geschichte der Stadt ist, finden wir zur Zusammenarbeit mit Dreux 1983 lediglich eine kurze Anmerkung. Diese bezieht sich auf die (letztlich unbegründeten) Befürchtungen auf westdeutscher Seite, dass der konservative Bürgermeister Hieaux sich weniger für die Zusammenarbeit

53 Vgl. Ville de Dreux, in: URL: <<http://www.dreux.com/Municipalite/index.php?page=Elus-AnciensMaires#20eme>> (15.07.2011).

54 Siehe Assemblée nationale, Base de données des députés français depuis 1789 – Gérard Hamel, in: URL: <[http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/fiche.asp?num\\_dept=3738](http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/fiche.asp?num_dept=3738)> (31.05.2014).

55 1983–2007: de la percée au déclin, in: *Libération*, 22.06.2007.

56 Auf die gesamtstaatliche Bedeutung der Kommunalwahlen in Dreux von 1983 weist auch MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix?*, S. 201, hin.

57 Frankreich: Bremse angezogen, in: *Der Spiegel* 37 (1983), H. 38, S. 157f.

mit den Partnerstädten einsetzen würde als seine Vorgänger aus den Reihen der politischen Linken bzw. des Zentrums<sup>58</sup>. Obwohl es möglich ist, dass die Melsunger Archivquellen eine kritischere Beurteilung der politischen Entwicklung in Dreux enthalten, erreichte die Melsunger Kritik sicher nicht eine solche Intensität wie etwa die erwähnten Proteste der Vertreter und Bürger von Calais gegen die Berufsverbote in Duisburg in den 1970er Jahren.

Was die Zusammenarbeit mit Bautzen in den 1990er Jahren betrifft, so verursachte die Anwesenheit des *Front National* im Stadtrat von Dreux keine Schwierigkeiten bzw. diese wurde nicht als Umstand betrachtet, der die Partnerschaft zwischen beiden Städten irgendwie beeinträchtigt. Im Gegensatz zu den Erfolgen dieser Partei auf gesamtstaatlicher Ebene ging im Übrigen die Unterstützung für den FN in Dreux während der 1990er Jahre zurück<sup>59</sup>.

\*\*\*

Die ersten Kontakte zwischen Bürgern aus Bautzen und Dreux wurden an der Wende der Jahre 1989/90 geknüpft. Obgleich sich diese Menschen nicht persönlich kannten, wussten sie doch, dass zwischen beiden Städten in den vergangenen 30 Jahren einige Verbindungen entstanden waren. Als erste hatten zu Beginn der 1960er Jahre auf Impuls von Madeleine Martin, einer ehemaligen Insassin des Konzentrationslagers Ravensbrück, die örtlichen Frauenorganisationen die Zusammenarbeit aufgenommen<sup>60</sup>. Nach und nach übernahmen jedoch die politischen Instanzen die Kontaktpflege zwischen beiden Städten. In Bautzen waren dies die Mitarbeiter des Rathauses, unter der Kontrolle der Parteiorgane auf Bezirks- und Staatsebene; in Dreux übernahm das örtliche EFA-Komitee die Hauptinitiative<sup>61</sup>. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit waren regelmäßige Besuche vor allem kommunistischer oder generell linksorientierter Bürger aus Dreux in Bautzen. Ziel und zeitliche Abfolge dieser Reisen entsprachen jenen der Kooperation zwischen Wismar und Calais. Es handelte sich dabei um drei Formen des Aufenthalts: erstens um einen Besuch französischer Lehrer, die an Ostern an einem pädagogischen Symposium in der Bezirksstadt teilnahmen (die Pädagogen aus Dreux fuhren nach Dresden, jene aus Calais nach Rostock), zweitens um

58 SCHMIDT, Melsungen, S. 113.

59 1983–2007: de la percée au déclin.

60 StA Bautzen, Best. 63004: 1240, Zusammenfassender Bericht über den Besuch von Vertreterinnen der Union der französischen Frauen aus Dreux in Bautzen vom 26.–29.03.1965.

61 StA Bautzen, Best. 63004: 1240, Roger Moreau (Generalsekretär der EFA, Sektion Dreux) an den Bgm. von Dreux, 10.02.1970.

einen mehrwöchigen Aufenthalt französischer Kinder in einem Sommerlager sowie drittens um eine Dienstreise der EFA-Repräsentanten, während der das Programm für das folgende Jahr verabredet wurde<sup>62</sup>.

Der Standpunkt der offiziellen Repräsentanten von Dreux bezüglich einer Zusammenarbeit mit Bautzen erfuhr seit Mitte der 1960er Jahre zwei grundlegende Veränderungen. Lehnte das französische Rathaus in der ersten Hälfte der 1960er Jahre noch jegliche Kontaktaufnahme mit Bautzen ab<sup>63</sup>, war die Haltung gegenüber der ostdeutschen Stadt seit dem Amtsantritt des neuen Bürgermeisters Jean Cauchon (1965–1977) entgegenkommender. Den Höhepunkt dieser Entwicklung markierten die Reise Cauchons nach Bautzen im Jahr 1970 und der Empfang des Bautzener Bürgermeisters Urban in Dreux drei Jahre später<sup>64</sup>. Obwohl Cauchon gegen Kontakte zwischen beiden Städten nichts einzuwenden hatte, lehnte er deren offizielle Bekräftigung durch einen Partnerschaftsvertrag ab<sup>65</sup>. Die zweite Veränderung erfolgte unter Bürgermeisterin Françoise Gaspard (1977–1983), die ein lebhaftes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Bautzen bekundete. Im Jahr 1981 entsandte sie daher ihren Stellvertreter nach Bautzen, um über die Schließung einer Partnerschaft zu verhandeln<sup>66</sup>. Dieser Entwurf wurde jedoch von den Bautzener Offiziellen abgelehnt<sup>67</sup>, weswegen die Beziehungen zwischen beiden Städten bis zum Fall des SED-Regimes keinen offiziellen Charakter erhielten.

In diesem Licht ist es nur verständlich, dass die ersten Bemühungen um die Aufnahme einer Zusammenarbeit zwischen beiden Städten Ende 1989 von den Bürgern und nicht von den Kommunalpolitikern ausgingen. In Dreux übernahm Alain Foussier, Vorsitzender des *Comité de jumelage de Dreux* und Deutschlehrer, die Hauptinitiative. In Reaktion auf die politische Entwicklung in der DDR adressierte er Anfang Dezember 1989 einen Brief an den Bautzener Bürgermeister, in dem er vorschlug, in Gegenwart der Vertreter des hessischen Melsungen gemeinsam die neuen Kooperationsmöglichkeiten

---

62 Vgl. z.B. StA Bautzen, Best. 63004: 1239, Analyse der Ergebnisse der kommunalpolitischen Auslandsarbeit der Stadt Bautzen 1976, 15.11.1976.

63 PA AA, Best. MfAA: B 150/72, Information über den Stand der Entwicklung der kommunalen Auslandsbeziehungen der Stadt Bautzen im Jahre 1965, S. 1.

64 StA Bautzen, Best. 63004: 1240, Programm für den Besuch des Bürgermeisters von Dreux Herrn Cauchon und Gattin in Bautzen vom 07.–11.12.1970; PA AA, Best. MfAA: C 2704, Bericht über den Besuch des Bürgermeisters der Stadt Bautzen in der Stadt Dreux vom 28.11.–08.12.1973.

65 StA Bautzen, Best. 63004: 1240, Jean Cauchon (Bgm. von Dreux) an den Bgm. von Bautzen, 25.04.1972.

66 PA StPV Bautzen, Ord. A, Bürgermeisterin von Dreux an den Bgm. von Bautzen, 02.10.1981.

67 5 Jahre Städtepartnerschaft Bautzen und Dreux. Ein Blick in die Geschichte, in: Bautzener Bote, 26.09.1997. Die ostdeutsche Ablehnung bestätigte auch von Wolfersdorff, der bei den Verhandlungen als Dolmetscher anwesend war. Vgl. Gespräch der Autorin mit Henning von Wolfersdorff, 15. u. 17.10.2006.

auszuloten<sup>68</sup>. Während der Bautzener Bürgermeister, ein Repräsentant des SED-Regimes, es nicht für nötig hielt, auf die Aufforderung aus Dreux zu reagieren, wurde die Foussier'sche Initiative von den interessierten Bürgern sehr begrüßt<sup>69</sup>. Das französische Interesse an einer Annäherung belegen ebenfalls die spontanen Reisen von Bürgern aus Dreux nach Bautzen Ende des Jahres 1989<sup>70</sup>. Wie ein Bericht in der Lokalzeitung belegt, nahmen die Besucher auch die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen wahr, mit denen Bautzen konfrontiert war. So wiesen sie zum Beispiel auf die rasant steigende Arbeitslosigkeit wie auch Fälle von Fremdenfeindlichkeit hin<sup>71</sup>.

Auf deutscher Seite übernahmen die örtlichen Französischlehrer die Initiative und wandten sich Anfang 1990 an das *Comité de jumelage de Dreux*. Sie wollten die Zusammenarbeit mit Dreux insbesondere im Bildungsbereich nutzen – zur Organisation von Schüleraustauschen<sup>72</sup>. Im Laufe des Jahres 1990 fanden zwischen Bautzen und Dreux mehrere Besuche statt, die zum Ziel hatten, die potenzielle Partnerstadt kennenzulernen. Zu einem offiziellen Besuch von Dreux machte sich auch der neue, nun schon demokratisch gewählte Bürgermeister von Bautzen auf<sup>73</sup>. Die relativ intensiven Kontakte zwischen beiden Städten setzten sich in den Jahren 1991–1992 fort, in denen mindestens zwei Gruppenbesuche jährlich verzeichnet wurden. Eine wichtige Rolle spielten dabei Vereine, die sich um die Kontaktpflege zwischen beiden Städten kümmerten. In Dreux war dies das *Comité Dreux–Bautzen*, in Bautzen übernahm diese Aufgabe der 1991 gegründete Freundschaftsverein *Salut Dreux*<sup>74</sup>. Aus den Statuten des deutschen Vereins geht hervor, dass er die Kooperation mit Dreux nicht nur als Mittel zur Annäherung der Bürger beider Städte begriff, sondern auch als Instrument zur Verbreitung der französischen Sprache und Kultur. Damit erfüllte er eine Funktion, die in den westdeutschen Städten den Deutsch-Französischen Gesellschaften zukam.

Die Entscheidung, dass die Kooperation zwischen Bautzen und Dreux den Status einer Partnerschaft erhält, wurde im Oktober 1991 getroffen. Die Bürgermeister beider Städte und die Vorsitzenden der beiden genannten Vereine unterschrieben damals die offizielle Erklärung, dass die Partnerschaft im nächsten Jahr geschlossen werde, und zwar mit dem Ziel, persönliche

68 PA StPV Bautzen, Ord. A, Alain Foussier an den Bgm. von Bautzen, 01.12.1989.

69 Gespräch der Autorin mit Tomasz Nawka, 17.10.2006.

70 Gespräch der Autorin mit Henning von Wolfersdorff, 15. u. 17.10.2006.

71 »Dreux–Bautzen« se dissout et adhère au comité de jumelage, in: *L'Action Républicaine*, 08.12.1992.

72 5 Jahre Städtepartnerschaft Bautzen und Dreux; Gespräch der Autorin mit Henning von Wolfersdorff, 15. u. 17.10.2006.

73 StV Bautzen Reg., Chronologie Bautzen – Dreux [1992].

74 »Dreux–Bautzen« se dissout; StV Bautzen Reg., Ord. A, Satzung des »Bautzener Freundschaftsvereins *Salut Dreux* e.V.«, 16.01.1991.

Kontakte zwischen den Bürgern von Bautzen und Dreux zu initiieren<sup>75</sup>. Beide Stadträte sprachen sich einstimmig zugunsten der Partnerschaft aus<sup>76</sup>, die feierliche Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags fand schließlich am 3. Oktober 1992 in Dreux statt. Der Termin wurde bewusst so gewählt, dass die Unterzeichnung auf den ersten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung fiel<sup>77</sup>. Der symbolische Wert dieses Datums wurde allerdings durch das nass-kalte Herbstwetter getrübt, weswegen die Gruppenbesuche in den weiteren Jahren bereits im Frühjahr stattfanden.

Bei dem eigentlichen feierlichen Akt in Dreux waren im Oktober 1992 über 50 deutsche Teilnehmer zugegen<sup>78</sup>, was im Vergleich zu den Partnerschaften der anderen Fallstudien wie auch in Bezug auf die Einwohnerzahl Bautzens wenig erscheint. Unter den deutschen Gästen gab es darüber hinaus einen ungewöhnlich hohen Anteil (ein Drittel) von Vertretern des Bautzener Rathauses und der örtlichen politischen Parteien. Keinen Unterschied hingegen gab es bei der Unterbringung der deutschen Besucher. Alle, einschließlich Bürgermeister Schramms und seiner Frau, wurden in Gastfamilien einquartiert<sup>79</sup>. Eine symbolische Dimension erhielt das Treffen durch die gemeinsame Blumenniederlegung beider Bürgermeister am Mahnmal für die Opfer des Ersten Weltkriegs<sup>80</sup>. Bautzen erfuhr als neuer Partner von Dreux zudem eine unerwartet schnelle Verewigung in der Topographie der Partnerstadt: Noch Ende 1992 wurde eine der Straßen westlich des historischen Zentrums in *Rue de Bautzen* umbenannt<sup>81</sup>.

Der zweite Teil des feierlichen Akts fand im Mai des darauffolgenden Jahres in Bautzen statt. Anwesend waren etwa 50 Besucher aus Dreux sowie Vertreter dreier weiterer Partnerstädte (Melsungen, Jablonec nad Nisou und Jelenia Góra)<sup>82</sup>. Wenn wir den Vertragstext mit den entsprechenden Dokumenten vergleichen, die bisher vorgestellt wurden, wird sein apolitischer und allgemeiner Charakter deutlich. Unterstrichen wird das Interesse an einer gegenseitigen Verständigung und einem friedlichen Zusammenleben.

---

75 StV Bautzen Reg., Ord. A, Bürgermeister und Freundschaftsvereine von Dreux und Bautzen trafen sich im Rathaus, 18.10.1991.

76 StV Bautzen Reg., Ord. A, Zeitungsausschnitt »Freundschaftsurkunde Bautzen–Dreux«, 16.10.1992.

77 Dreux et Bautzen: un oui européen. Les cérémonies officielles du jumelage auront lieu samedi prochain, in: La République du Centre, 30.09.1992.

78 StV Bautzen Reg., Ord. A, Fahrt nach Dreux zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages Bautzen Dreux am 03.10.1992, S. 2.

79 StV Bautzen Reg., Ord. A, Verzeichnis der Partnerfamilien [Oktober 1992].

80 Rolf DVORACEK, Reiseeindrücke von der Fahrt in die französische Partnerstadt. Bautzen gehört jetzt zu einer »schönen Familie«, in: Sächsische Zeitung, 08.10.1992.

81 Une rue Bautzen, in: L'Action Républicaine, 15.12.1992.

82 PA StPV Bautzen, Ord. C, unbetitelter Zeitungsausschnitt aus L'Écho Républicain, 21.05.1993.

Unter den angegebenen Zielen hingegen finden wir weder die Förderung der deutsch-französischen Beziehungen noch die Stärkung des sich vereinigen-den Europas oder der europäischen Integration:

Wir [...] Verkünden die Verschwisterung der Städte BAUTZEN und DREUX, um eine Begegnung aller Mitbürger auf menschlichem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zu fördern. Erklären feierlich im Namen unserer Bürger unseren Willen, in den Herzen unserer Bevölkerung die gegenseitige Achtung und Freundschaft wachsen zu lassen, und so den Weg zum vollkommenen Einverständnis unter den Völkern und zum Frieden der Nation zu ebnen [...]»<sup>83</sup>.

Etwas überraschend wurde im Vertragstext die Förderung der Kontakte zwischen den Jugendlichen nicht hervorgehoben, obwohl gerade diese bzw. der Schüleraustausch zu Beginn der 1990er Jahre als Hauptmotiv der offiziellen Partnerschaft genannt wurde. Dank der Tatsache, dass die Sprachlehrer in beiden Städten zu den deutlichen Fürsprechern der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gehörten, konnten die ersten Austauschaufenthalte bereits im Frühjahr 1991 organisiert werden. Diese richteten sich an Schüler der weiterführenden Schulen, dauerten eine Woche und fanden bis zum Ende der 1990er Jahre in einem Zweijahresrhythmus statt<sup>84</sup>.

Die Organisatoren der Schüleraustausche an den Mittelschulen hatten jedoch mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Die erste bestand in dem Mangel an geeigneten Schulen. Auf französischer Seite wurde dieser dadurch verursacht, dass viele Bildungsanstalten ihre Partner bereits vor dem Jahr 1990 im hessischen Melsungen gefunden hatten<sup>85</sup>. Obwohl die ostdeutsche Seite sich dies nicht eingestehen wollte, stellte Melsungen also für Bautzen eine ungewollte Konkurrenz dar. In Bautzen war die geringe Anzahl geeigneter Schulen vor allem durch die demographische Entwicklung der Stadt bedingt, da eine rückläufige Kinderzahl dazu führte, dass eins von drei Bautzener Gymnasien in den 1990er Jahren geschlossen wurde. Die Situation wurde noch dadurch erschwert, dass einige Lehrer die Zusammenarbeit mit anderen Schulen präferierten, zu denen sie persönliche Beziehungen hatten und die von Bautzen nicht so weit entfernt waren. Das

83 »Freundschaftsurkunde Bautzen–Dreux«.

84 Miteinander der Nationen beim Dreux-Besuch erlebt; StV Bautzen Reg., Ord. A, Partnerschaftsverein Bautzen (Sektion Bautzen–Dreux) an die Bautzener Stadtverwaltung, 25.04.1993; Jana PURSCHE, Zum Abschied flossen dann auch Tränen. Schülerpartnerschaft Bautzen–Dreux ist lebendig, in: Sächsische Zeitung, 12.05.1995; PA StPV Bautzen, Ord. A, Partnerschaftsverein Bautzen – Projekte für 1997; Französische Schüler im Rathaus, in: Sächsische Zeitung, 30.04.1999.

85 Gespräch der Autorin mit Henning von Wolfersdorff, 15. u. 17.10.2006. Sofern nicht anders angegeben, stammen aus dieser Quelle auch die übrigen Informationen über die Probleme der Schulkooperation.

zweite Problem war das rückläufige Interesse der französischen Schüler am Unterricht der deutschen Sprache. Daraus lässt sich zugleich ableiten, dass die Schüler aus Bautzen und Dreux auf Deutsch kommunizierten bzw. dies zumindest versuchen sollten. Das ist insofern verständlich, als die Stellung des Französischen in den neuen Bundesländern in den 1990er Jahren schwächer war als in den alten Bundesländern. Wie im Übrigen die vorangegangenen Fallstudien zeigten, setzten auch die westdeutschen Schulen oft voraus, dass die französischen Kinder wenigstens Grundkenntnisse des Deutschen hatten. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich aus der sozialen Situation einiger Schüler (oft mit Migrationshintergrund) aus Dreux, die verhinderte, dass sie etwaige deutsche Gegenbesuche in ihren Familien unterbringen konnten. Die letzte Komplikation, die für die gesamte Zusammenarbeit zwischen den Schulen schließlich schicksalhaft war, war die Abhängigkeit der Austauschprojekte von konkreten Personen – Henning von Wolffersdorff in Bautzen und Nadine Laurin in Dreux. Nachdem der Französischlehrer Wolffersdorff 2001 in Pension gegangen und die Deutschlehrerin Laurin im selben Jahr unerwartet gestorben war, fanden sich keine weiteren Pädagogen, die die Kontakte zwischen den jeweiligen Schulen aufrechterhalten hätten<sup>86</sup>.

Während die Schüleraustausche einen rein bilateralen Charakter hatten, beteiligten sich an den meisten Partnerschaftstreffen auch Vertreter anderer Partnerstädte. Die Repräsentanten von Bautzen und Dreux verstanden offensichtlich die gemeinsame Partnerschaft als Bestandteil eines größeren Netzes internationaler Kontakte auf kommunaler Ebene. Ein gemeinsames Programm für die Einwohner gleich mehrerer Partnerstädte tauchte zwar bereits in den zuvor analysierten Partnerschaften auf, allerdings nur gelegentlich. In Bautzen und Dreux hingegen war die multilaterale Kooperation ein fester Bestandteil der gegenseitigen Beziehungen.

Diese Tatsache spiegelte sich auch in dem Aufbau derjenigen Vereine wider, die die Kontaktpflege mit der Partnerstadt zur Aufgabe hatten. Die deutsche Seite ließ sich dabei durch das in Dreux langfristig erprobte und bewährte Modell inspirieren. Sowohl das *Comité de jumelage de Dreux* als auch der Partnerschaftsverein Bautzen betreuten die Zusammenarbeit mit allen ausländischen Partnerstädten. Für jede von ihnen gab es dabei in der Organisationsstruktur des Vereins eine eigene Sektion. Diejenigen Sektionen, die sich mit der Zusammenarbeit zwischen Bautzen und Dreux befassten, waren aus den ursprünglich eigenständigen Vereinen »Freundschaftsverein *Salut Dreux*« und *Comité Dreux – Bautzen* hervorgegangen<sup>87</sup>.

---

86 Gespräch der Autorin mit Tomasz Nawka, 17.10.2006.

87 LEBER, Partnerschaft Dreux – Bautzen; »Dreux – Bautzen« se dissout.

Die Vorbereitung der gemeinsamen Aktivitäten für mehrere Partnerstädte war innerhalb einer solchen Struktur selbstverständlich einfacher und verhinderte zugleich, dass eine der Partnerschaften auf Kosten der anderen (insbesondere finanziell) bevorteilt wurde. Im Falle Bautzens ermöglichte diese Struktur darüber hinaus eine ausgewogene Kooperation mit den Partnern im Westen wie im Osten. In diesem Zusammenhang ist die Präambel der Satzung des Bautzener Vereins sehr interessant, da sie vermittelt, wie die Kommunalpartnerschaften in den neuen Bundesländern betrachtet wurden. So lag der Akzent weniger auf den deutsch-französischen Beziehungen als vielmehr auf der internationalen Entwicklung, in diesem Fall insbesondere auf dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien:

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, wie Fremdenfeindlichkeit und nationale, politische und ideologische Überheblichkeit eine der Voraussetzungen der Kriege und Teilungen ist, die so unsagbares Leid über die Völker und Nationalitäten Europas gebracht haben. [...] Angesichts der Gefahr neuer kriegerischer Auseinandersetzungen in der Welt, neuer Tendenzen eines engstirnigen Nationalismus und der immer noch bestehenden Lasten der Vergangenheit soll unser Wirken hier im zweisprachigen Gebiet der Lausitz, einer Region des traditionellen Austausches zwischen unterschiedlichen Kulturen, dazu beitragen, Brücken zu schlagen – Brücken zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands, Brücken zwischen Deutschland und seinen östlichen und westlichen Nachbarn<sup>88</sup>.

Die parallele Kooperation mit mehreren Partnerstädten hatte verschiedene Ebenen. Die erste betraf die Anwesenheit von Vertretern dritter Städte bei den regelmäßigen Begegnungen der Bürger aus Bautzen und Dreux. Im Jahr 1992 beispielsweise waren bei der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags zwischen beiden Städten Vertreter aller Partnerstädte von Dreux anwesend<sup>89</sup>. Der Besuch einer »vermittelten« Partnerstadt war vor allem zwischen Bautzen, Dreux und Jablonec nad Nisou gängig. Bürger aus Jablonec fuhren so wiederholt mit Bautzenern nach Dreux. Für die Bürger von Dreux hingegen, die sich in Gastfamilien in Bautzen aufhielten, wurden Tagesausflüge nach Jablonec organisiert<sup>90</sup>. Eine andere Form der Kooperation stellten multilaterale Projekte dar, die für konkrete Bevölkerungsgruppen bestimmt waren. Wie eine Übersicht der 1996 in Bautzen organisierten Projekte zeigt, bildeten vor allem Jugendliche und Vereine die Zielgruppe<sup>91</sup>.

88 StA Bautzen, Sammlung Nr. 1.7.1 (Partnerstädte), Satzung des Partnerschaftsvereins Bautzen – Präambel, Januar 1994.

89 Écrire une page d'histoire, in: L'Écho Républicain, 05.10.1992.

90 Einander besser verstehen lernen, in: Bautzener WochenKurier, 20.05.1998; Ines GESELL, Freunde aus Dreux zu Gast in Bautzen, in: Sächsische Zeitung, 27.05.1999.

91 Partnerschaftsverein Bautzen – Projekte für 1996.



Die Ausrichtung multilateraler Treffen und Projekte war nicht nur durch das Interesse an der Entwicklung breiterer internationaler Kontakte auf kommunaler Ebene motiviert, sondern auch durch die verfügbaren Finanzen. Die Partnerschaftsverantwortlichen in Bautzen und Dreux konnten zwar mit einem Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt rechnen, dieser hatte jedoch vor allem auf deutscher Seite eher symbolischen Charakter. So erhielt der Bautzener Verein zum Beispiel 1996 für alle Partnersektionen zusammen den Gesamtbetrag von 5.000 DM – allein die Kosten für den Reisebus nach Dreux beliefen sich schon auf 5.200 DM<sup>92</sup>. Die deutschen Organisatoren bemühten sich daher um die finanzielle Unterstützung aus Landes-, Bundes- oder europäischen Mitteln, wobei die Chancen deutlich stiegen (besonders im Fall der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit), wenn sich an den geplanten Aktivitäten Städte aus mehr als zwei Staaten beteiligten<sup>93</sup>. Es ist jedoch unklar, warum sich Bautzen mit einigen Projekten nicht auch an das DFJW wandte, obwohl Letzteres in den 1990er Jahren die Förderung direkter Kontakte zwischen Jugendlichen aus den neuen Bundesländern und Frankreich als eines seiner Hauptziele benannte<sup>94</sup>.

Die Bautzener Organisatoren bemühten sich schließlich, wenigstens den 1989 geschaffenen Städtepartnerschaftsfonds zu nutzen. Auch wenn dieser mit einem Gesamtetat von drei Millionen ECU von der Europäischen Kommission verwaltet wurde, war seine Einrichtung hauptsächlich das Verdienst der Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit Nicole Fontaine an der Spitze<sup>95</sup>. Aus dem Fonds konnte ein Fahrtkostenzuschuss für Reisen in die Partnergemeinde beantragt werden wie auch eine finanzielle Unterstützung für die Organisation des gemeinsamen Programms und die Unterbringung von Gästen aus der Partnergemeinde<sup>96</sup>. Bautzen erhielt 1997 so fast 5.700 ECU für das Partnerschaftstreffen zur Feier des fünften Jahrestages

---

92 PA StPV Bautzen, Ord. A, Kassenbericht 1996.

93 PA StPV Bautzen, Ord. A, Sächsische Staatskanzlei, Richtlinie zur Förderung von Projekten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 1994; ebd., Richtlinien über die Vergabe vom Auswärtigen Amt bereitgestellter Finanzmittel zur Förderung der internationalen Verständigung durch Jugendaustausch im kommunalen Bereich [1994].

94 Ulrich PFEIL, L'intégration des nouveaux Länder dans les structures et les programmes de l'OFAJ, in: BOCK u.a. (Hg.), Les jeunes dans les relations transnationales, S. 149–165, hier S. 158f.; Hans Manfred BOCK, Bilateralismus im Zeichen der deutschen Vereinigung, der Europäisierung und der Globalisierung, in: BOCK u.a. (Hg.), Deutsch-französische Begegnung, S. 155–191, hier S. 184.

95 Näher dazu Europäisches Parlament: Debatte über Partnerschaften, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 156–158; Entschliebung zum Thema Städtepartnerschaften, in: Der Städtetag 41 (1988), S. 756f.

96 GV Kirkel VKA R, Ord. G, Generalsekretariat der Europäischen Gemeinschaften, Information für die Antragsteller von Zuschüssen im Rahmen von »Städtepartnerschaften in der Gemeinschaft« [1989].

der offiziellen Kooperation mit Dreux<sup>97</sup>. Wenngleich der Bautzener Antrag nicht vorliegt, kann vermutet werden, dass in diesem die Anwesenheit von Vertretern weiterer Partnerstädte entsprechend betont wurde. Dabei handelte es sich nämlich um eins von sechs vorrangigen Kriterien, die von der Europäischen Kommission bei der Auswahl berücksichtigt wurden<sup>98</sup>. Das zweite Kriterium, das Bautzen und Dreux ebenfalls erfüllten, betraf verschiedenste geographische Erschwernisse, in diesem Fall die große Entfernung zwischen den Partnerstädten.

Die europäische Dotation hatte zweifellos einen Anteil daran, dass 1997 fast 60 Gäste aus Dreux zu dem Treffen nach Bautzen fuhren<sup>99</sup>. Weitere Angaben über die Besucherzahl sind erst wieder für das Jahr 2000 verfügbar, als nur 17 Bürger aus Bautzen nach Dreux kamen<sup>100</sup>. Dieser radikale Rückgang war Ausdruck eines insgesamt gesunkenen Interesses an den partnerschaftlichen Aktivitäten, was sich auch in der Beendigung der Schüler austausche niederschlug. Die Mitglieder der Partnerschaftsvereine waren sich dieser Tatsache bewusst. Wie ein Arbeitstreffen im September 2001 in Dreux zeigte, betraf dieses Problem nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Bautzen und Dreux<sup>101</sup>.

Der Vorsitzende des Partnerschaftskomitees in Dreux Bernard Jaguin wies im Jahr 2001 vor allem auf den allgemeinen Rückgang der partnerschaftlichen Aktivitäten hin, auf das höhere Alter der Teilnehmer und folglich auch auf den Mangel an jungen Interessenten:

En effet, nos jumelages vieillissent. Il y a une baisse de fréquentation dans les sections. Nous n'avons pas ou peu de jeunes. Nous ne pouvons plus nous contenter d'organiser des voyages touristiques entre les villes sœurs, trop de gens demandent maintenant à loger à l'hôtel et beaucoup de familles n'ont plus besoin du jumelage pour se rencontrer. Certains s'étonnent même que le jumelage existe encore. Il nous faut donc trouver d'autres perspectives [...]. Il ne faut surtout pas que le jumelage devienne seulement un moyen d'échanges entre notables<sup>102</sup>.

97 Von dem erhaltenen Zuschuss waren 3.000 ECU für die Deckung der Bautzener Auslagen im Zusammenhang mit der Organisation bestimmt, 2.675 ECU erhielt die französische Seite als Reisekostenzuschuss. Vgl. PA StPV Bautzen, Ord. A, Zuschussantrag vom 10.06.1997 für eine Partnerschaftsbegegnung mit Dreux vom 03.10.1997 bis 05.10.1997, 25.09.1997.

98 PA StPV Bautzen, Ord. A, Die Förderung von Städtepartnerschaften durch die Europäische Kommission 1996, S. 2.

99 5<sup>e</sup> anniversaire du jumelage Dreux–Bautzen, in: L'Écho Républicain, 18.–19.10.1997.

100 PA StPV Bautzen, Ord. B, Fahrt nach Dreux, Stand 14.03.2000.

101 Vgl. PA StPV Bautzen, Ord. B, Compte rendu de la réunion de travail sur le thème »Quel avenir pour nos jumelages?«, 30.09.2001, S. 1.

102 Ebd., S. 1.

Zur Belebung der Partnerschaft erwog Jaguin insbesondere neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit, beispielsweise auf dem Wege gemeinsamer Entwicklungshilfeprojekte, durch Projekte zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen oder in Form von Arbeitspraktika. Er sprach sich ebenfalls für eine häufigere Kooperation mit den örtlichen Vereinen wie auch eine vermehrte Einbindung weiterer Partnerstädte aus, da so die Chance auf finanzielle Unterstützung aus dritten Quellen stieg<sup>103</sup>. Die Tatsache, dass die französische Seite an der Belebung der kommunalen Partnerschaften ein reales Interesse hatte, wurde auch aus dem Versprechen des Bürgermeisters von Dreux deutlich, dass die Organisatoren der Partnerschaftsaktivitäten mit der Hilfe der Stadt rechnen könnten<sup>104</sup>. Der Zusammenarbeit zwischen Bautzen und Dreux eröffneten sich so neue Möglichkeiten, die aber keineswegs zu Lasten der anderen kommunalen Partner gingen. Im Übrigen hatte auch in Bautzen die Partnerschaft mit der französischen Stadt keinen Vorrang vor den Kontakten mit Jablonec nad Nisou oder Jelenia Góra. Eher im Gegenteil, denn beide Städte wurden in vielerlei Hinsicht als natürlichere Partner betrachtet<sup>105</sup>.

#### b) Mainz – Dijon: Neue Aspekte der Zusammenarbeit

In den Beziehungen zwischen Mainz und Dijon stellten die 1990er Jahre eine Zeit dar, in der die partnerschaftliche Kooperation am deutlichsten durch politische Ereignisse von internationaler Tragweite gekennzeichnet war. Dies betraf insbesondere den Zerfall des Ostblocks wie auch die sich vertiefende europäische Integration. An den Feierlichkeiten am 3. Oktober 1990 in Mainz anlässlich der deutschen Wiedervereinigung nahm daher auch der stellvertretende Dijoner Oberbürgermeister für internationale Beziehungen teil<sup>106</sup>. Ein Jahr später planten die höchsten Vertreter beider Städte, ihren Partnern im ehemaligen Ostblock beim Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung Hilfe zukommen zu lassen<sup>107</sup>. Die verfügbaren Quellen bestätigen jedoch lediglich einen Fall einer solchen trilateralen Zusammenarbeit, und zwar mit dem thüringischen Erfurt<sup>108</sup>. Wenngleich sich die Kooperation zwischen Mainz, Dijon und Erfurt auf die Angestellten der

---

103 Ebd., S. 3.

104 Ebd., S. 2.

105 Gespräch der Autorin mit Elke Lorenz (Mitarbeiterin der Pressestelle der Stadtverwaltung Bautzen), 16.10.2006.

106 PA PV RLP/B, Ord. 48, Mainz – Dijon. Veranstaltungen 1990.

107 Zusammen mit Dijon Hilfe für Städte im Osten, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 04.06.1991.

108 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1992, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1992, Mainz 1993, S. 86.

örtlichen Postämter beschränkte, muss darauf hingewiesen werden, dass die 1988 offiziell geschlossene Partnerschaft zwischen Mainz und Erfurt an sich sehr aktiv war. Das Gleiche galt für die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Thüringen<sup>109</sup>.

Die rheinland-pfälzische Hauptstadt wie auch die burgundische Metropole schrieben sich darüber hinaus in die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene ein, und zwar jeweils im Kontext der regelmäßigen deutsch-französischen Gipfeltreffen: Der 67. Gipfel fand im Juni 1996 in Dijon statt, Mainz war Schauplatz des 75. Gipfels im Juni 2000<sup>110</sup>.

Was die europäische Integration betrifft, so fanden konkrete Ereignisse zwar keine Beachtung, umso größeres Gewicht wurde jedoch auf den europäischen Integrationsprozess insgesamt gelegt. Die Notwendigkeit, in einem vereinigten Europa die benachbarten Nationen zu kennen und sich mit ihnen verständigen zu können, wurde beispielsweise als Hauptargument für die Schüleraustausche angeführt<sup>111</sup>. Ein Hinweis auf die europäische Integration findet sich auch in dem 1992 geschlossenen Partnerschaftsvertrag zwischen den unter dem Patronat des Hl. Bernhard stehenden Pfarreien in Mainz-Bretzenheim und Dijon<sup>112</sup>. Außer der Betonung des gemeinsamen Glaubens bezeichneten sie als ein Ziel ihrer Zusammenarbeit auch den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen, und zwar gerade »im Geiste der Europäischen Gemeinschaft«<sup>113</sup>.

Neben der Rezeption der politischen Entwicklung können in den Kontakten zwischen Mainz und Dijon in den 1990er Jahren noch zwei weitere, sich überschneidende Themenbereiche identifiziert werden: zum einen die Suche nach neuen Formen der partnerschaftlichen Kooperation, zum anderen verstärkte Anstrengungen, die Jugend zu einem Engagement in den partnerschaftlichen Aktivitäten zu bewegen.

Ein Beispiel für beides, wenngleich bisweilen nur indirekt, bietet die Zusammenarbeit der örtlichen Universitäten, die im untersuchten Jahrzehnt einen deutlichen Qualitätsschub verzeichnete. Die bisherigen gelegentlichen Kontakte zwischen verschiedenen – vor allem geisteswissenschaftlichen

109 So half beispielsweise der Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund bei der Schulung der thüringischen Französischlehrer. Vgl. E-Mail von Gabriele Hartmann (ehemalige Generalsekretärin des Freundschaftskreises), 13.03.2008.

110 Alexandre WATTIN, *Rétrospectives franco-allemandes. Les consultations bilatérales de 1991 à 2003*, Paris 2009, S. 97–99 u. 133–137. Zu Mainz siehe auch Mainz – Dijon. Veranstaltungen 2000, in: FK RLP/B (Hg.), *Berichts-Mappe 2000*, Mainz 2001, S. 132.

111 PA PV RLP/B, Ord. 54, *Erfahrungsbericht über den Schüleraustausch 1996*. Anne-Frank-Schule – Collège Champollion. 13.–20.06.1996.

112 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1992, in: FK RLP/B (Hg.), *Berichts-Mappe 1993*, Mainz 1994, S. 104.

113 PA PV RLP/B, Ord. 51, *Partnerschaftsurkunde [zwischen der Pfarrei Sankt Bernhard in Mainz und der Pfarrei Saint Bernard in Dijon]*, 16.10.1993.

– Fächern wurden um einen sog. integrierten Studiengang erweitert. Dieser umfasste die Immatrikulation im selben Fach in Mainz und Dijon, wechselnde Aufenthalte an beiden Universitäten und schließlich die Erteilung von zwei Diplomen. Seit dem Wintersemester 1991/92 konnten die Studierenden zwischen acht Fachbereichen wählen<sup>114</sup>. Heutzutage ist diese Möglichkeit an verschiedenen Hochschulen ein fester Bestandteil des Studienangebots, damals jedoch handelte es sich um eine absolute Ausnahme. Beide Universitäten nahmen daher in gewissem Sinne eine Vorreiterrolle ein. Der Studiengang selbst wurde sowohl aus Mitteln des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs wie auch im Rahmen des Erasmus-Programms gefördert<sup>115</sup>. Auch wenn die Initiatoren des integrierten Studiengangs eine ausgewogene Beteiligung von deutschen und französischen Bewerbern anstrebten, so überwogen während der gesamten 1990er Jahre Studierende aus Deutschland. Belegt wird dies zum Beispiel durch die Angaben aus dem Jahr 1996, als in Mainz 55 französische Studierende eingeschrieben waren, während sich in Dijon die Zahl der deutschen Studierenden um die 100 bewegte<sup>116</sup>. Das integrierte Studium erschien den jungen Deutschen offenbar so attraktiv, dass es auch Studierende aus weiter entfernt liegenden Regionen der Bundesrepublik (insbesondere aus dem Norden) an die Gutenberg-Universität führte<sup>117</sup>. Dank dieser Tatsache konnte die Mainzer Universität ihren Ruf einer bloßen Regionaluniversität wenigstens teilweise ablegen. Es überrascht daher nicht, dass die Rektoren beider Hochschulen bereit waren, »sich dieser [Hochschulpartnerschaft] weiterhin als ›Chefsache‹ anzunehmen«<sup>118</sup>. Jedoch wurde der Pioniergedanke des integrierten Studiums vielfach von praktischen Problemen begleitet, wobei die unzureichenden Kenntnisse des Deutschen auf Seiten der französischen Studierenden und Lehrenden dominierten<sup>119</sup>.

Außer der universitären Zusammenarbeit erhielt die Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon auch im ökonomischen Bereich eine neue Gestalt. Gab es zuvor nur sporadische Bemühungen um eine Entwicklung dieser Ebene (am häufigsten im Bereich des Tourismus zwischen beiden Städten)<sup>120</sup>, so wurden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Grundlagen für eine

---

114 PA PV RLP/B, Ord. 50, Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1991.

115 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1992, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1992, Mainz 1993, S. 88.

116 Université de Bourgogne–Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1998. Hochschulpartnerschaft im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1998, 2. Teil, Mainz 1999, S. 247f.

117 Gespräch der Autorin mit Ludolf Pelizaeus (Dozent im Fachbereich Geschichte an der Mainzer Universität), 27.06.2006.

118 Université de Bourgogne–Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1998. Hochschulpartnerschaft im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1998, 2. Teil, Mainz 1999, S. 248.

119 Gespräch der Autorin mit Ludolf Pelizaeus, 27.06.2006.

120 Im Jahre 1976 wurden beispielsweise sog. Freundschaftspässe Mainz–Dijon bzw. *Passeports*

systematische Kooperation gelegt. In diesem Fall handelte es sich um eine Initiative der Partnerregionen (d.h. Rheinland-Pfalz' und Burgunds) und nicht der Partnerstädte selbst. Den aktiveren Part spielte dabei die deutsche Seite, die in Dijon bereits im Mai 1990 die *Maison de Rhénanie-Palatinat* (Haus Rheinland-Pfalz) eröffnete<sup>121</sup>. Offizielles Ziel war es, »renforcer l'amitié franco-allemande et de promouvoir la coopération entre la Bourgogne et la Rhénanie-Palatinat et entre la France et l'Allemagne«<sup>122</sup>. Einer der Bereiche, den diese Institution – neben Sprachkursen und der kulturellen Zusammenarbeit – förderte, war gerade die Wirtschaft. Es ging vor allem um die Vermittlung von Kontakten zu den örtlichen Betrieben und Unternehmen, um die Organisation von Arbeitspraktika in Rheinland-Pfalz und die Propagierung der dortigen touristischen Ziele. Das französische Pendant in Mainz, das sog. Burgund-Haus, wurde erst Ende 1994 eingerichtet (heute: Haus Burgund)<sup>123</sup>. Es erfüllte ähnliche Aufgaben wie das Rheinland-Pfalz-Haus in Dijon; so sollte es etwa den burgundischen Firmen dabei helfen, im befreundeten Bundesland neue Absatzmärkte zu erschließen<sup>124</sup>. Für die breitere Öffentlichkeit veranstaltet das Burgund-Haus seit 1995 die Burgunder Tage<sup>125</sup>, bei denen die Mainzer zum Beispiel verschiedenste Produkte aus der Partnerregion kennenlernen können.

Das Bemühen um eine Stärkung der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen beiden Regionen führte 1995 auch zu einem Kooperationsvertrag zwischen den beiden örtlichen Bankinstituten – der Mainzer Volksbank und der *Banque Populaire de Bourgogne*<sup>126</sup>. Zu einer intensiveren Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich riefen ebenfalls die Mainzer und Dijoner Industrie- und Handelskammern auf. Bei einer Arbeitssitzung im April 1994 verabredeten die jeweiligen Vertreter sowohl eine Zusammenarbeit der örtlichen Firmen in den Bereichen Handel, Industrie und Tourismus als auch

---

*d'amitié Dijon–Mayence* ausgegeben, die den Inhabern verschiedene Vergünstigungen in der Partnerstadt sicherten. Vgl. PA PV RLP/B, Ord. 21, Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1976.

121 PA PV RLP/B, Ord. 48, Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1990; Rheinland-Pfalz-Haus in Dijon, in: Europa kommunal 14 (1990), S. 104f.

122 Maison de Rhenanie-Palatinat, Mission, in: URL: <[http://www.maison-rhenanie-palatinat.org/?page\\_id=657](http://www.maison-rhenanie-palatinat.org/?page_id=657)> (31.05.2014).

123 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1994, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1994, Mainz 1995, S. 99.

124 CRB Haus Burgund Mainz – die Aufgaben, in: URL: <[http://www.haus-burgund.de/Meine\\_Bilder\\_und\\_Dateien/Aufgaben%20Haus%20Burgund\\_mit%20Logo\\_Herbst%202012.pdf](http://www.haus-burgund.de/Meine_Bilder_und_Dateien/Aufgaben%20Haus%20Burgund_mit%20Logo_Herbst%202012.pdf)> (31.05.2014).

125 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1995, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1995, Mainz 1996, S. 77.

126 Neue Partner wollen Regionen verbinden. MVB und Dijoner Bank unterzeichnen Vertrag, in: Mainzer-Rhein-Zeitung, 10.–11.06.1995.

den Austausch von Lehrlingen und Praktikanten<sup>127</sup>. Mit Hinweis auf den europäischen Binnenmarkt betonten sie, dass

alles getan werden [müsse], um die noch vorhandenen Barrieren abzubauen, insbesondere was die Sprachen betreffe. Von solchen Möglichkeiten müsse vor allem die Jugend profitieren<sup>128</sup>.

Das Bestreben, die Jugend intensiver in die partnerschaftliche Zusammenarbeit einzubinden, war im Fall von Mainz und Dijon für die gesamten 1990er Jahre typisch. Zu diesem Zweck organisierte etwa der Freundschaftskreis Mainz–Dijon in den Jahren 1994 und 1995 für Mainzer Kinder im Alter von 10 bis 16 Jahren eine Stadtrallye (*jeu de piste*). Diese vermittelte den Kindern auf unterhaltsame Weise sowohl die französischen Einflüsse auf Geschichte und Gegenwart der Stadt Mainz als auch die französische Kultur<sup>129</sup>. Die Tatsache, dass diese Rallye bereits im ersten Jahr über 100 Teilnehmer hatte<sup>130</sup>, belegt, dass der ausrichtende Verein einen geeigneten Ansatz gefunden hatte, um die jüngsten Einwohner der rheinland-pfälzischen Metropole anzusprechen. Dennoch wurde die Rallye nach zwei Jahren eingestellt, da der Freundschaftskreis Mainz–Dijon nach der Pensionierung ihres Initiators und Direktors der Kanonikus-Kir-Schule Hartmut Hoenes keine Kapazitäten dafür hatte, diese fortzuführen<sup>131</sup>.

Die Einsicht, dass die Einbindung der jungen Generation für die weitere Entwicklung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit notwendig ist, war im Freundschaftskreis Mainz–Dijon jedoch weiterhin vorhanden – einschließlich der Erkenntnis, dass die Form der Zusammenarbeit den Vorstellungen der jungen Menschen entgegenkommen sollte, wie 1998 der Vorsitzende des Freundschaftskreises deutlich machte:

Die Zukunft der Partnerschaft steht und fällt damit, inwieweit es gelingt, die jüngere Generation für den Gedanken der Städtepartnerschaft zu begeistern. Dabei müssten manche Verhaltensweisen und Traditionen auf beiden Seiten überdacht werden, wenn sie jüngere Leute nicht mehr ansprechen<sup>132</sup>.

---

127 CCI Mayence et CCI Dijon: Amorce d'une coopération, in: Le Bien Public, 11.04.1994.

128 Partnerschaft erhält Impulse, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 16.04.1994.

129 PA PV RLP/B, Ord. 53, Hartmut Hoenes an Mainzer Lehrer, 06.09.1995.

130 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1994, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1994, Mainz 1995, S. 98.

131 E-Mail von Herbert Jack (Mitglied des Freundschaftskreises Mainz–Dijon), 27.06.2006.

132 Unverzichtbare Kontakte. Freundschaftskreis Mainz–Dijon blickt auf Jubiläumsjahr, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 07.12.1998.

Dennoch hatte der Freundeskreis Mainz–Dijon weiterhin mit zu wenigen jungen Mitgliedern zu kämpfen, wie aus dem Jahresbericht für 1999 hervorgeht: »Im Freundschaftskreis ist die junge Generation kaum vertreten«<sup>133</sup>. Eine der Ursachen für diesen Zustand kann darin gesehen werden, dass auch der Verein, dessen Vorsitzender Konrad zu einer Veränderung der traditionellen Form der Kooperation aufgerufen hatte, diese Forderung nicht voll umsetzte. Die im sog. Jugendausschuss (*Comité Jeunes*) zusammengeschlossenen jungen Fürsprecher der deutsch-französischen Zusammenarbeit erachteten daher den Freundschaftskreis nicht als potenziellen Partner. Sie begründeten dies mit einem zu großen Altersunterschied und den daraus resultierenden unterschiedlichen Interessen<sup>134</sup>.

Der Jugendausschuss ist im Übrigen eine Gruppierung, die im untersuchten Kontext besondere Aufmerksamkeit verdient. Dieser war ein offizieller Bestandteil des Partnerschaftsverbands Rheinland-Pfalz/Burgund auf deutscher und der *Union pour la coopération Bourgogne/Rhénanie-Palatinat* auf französischer Seite und beschränkte seine Tätigkeit auf das Territorium dieser beiden Gebiete<sup>135</sup>. Mit dem Thema der Einbindung von Jugendlichen in die kommunale Kooperation beschäftigte sich der Ausschuss erstmals 1996 im Rahmen eines Jugendforums<sup>136</sup>. Auf diesem diskutierten junge Deutsche und Franzosen, die selbst in Partnergemeinden wohnten, darüber, warum sich immer weniger junge Menschen in der kommunalen Partnerschaftsarbeit engagieren. Sie identifizierten gleich mehrere Gründe. Als erster wurde die Sprachbarriere genannt. Schuld wurde auch dem französischen Schulsystem gegeben, das zu wenig Zeit für außerschulische Aktivitäten lasse, die als Bindeglied zwischen den Partnergemeinden dienen könnten. Ferner kritisierten sie die verknöcherten Strukturen der Vereine und Komitees, die sich um die partnerschaftlichen Kontakte kümmerten. Und schließlich konstatierten sie einen wesentlichen Unterschied zwischen der Nachkriegsjugend und der Jugend des ausgehenden 20. Jahrhunderts, die »nicht nur ein gemeinsames Erlebnis, sondern auch einen persönlichen Gewinn«<sup>137</sup> erwarte.

Die weiteren Jugendforen, die einmal jährlich stattfanden, boten neben einer Analyse des aktuellen Zustands auch mögliche Lösungen, die sich immer auf ein konkretes Städte- oder Gemeindepaar bezogen. Zur Illustration

133 Freundschaftskreis Mainz–Dijon. Jahresbericht 1999, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1999, 2. Teil, Mainz 2000, S. 105f.

134 Gespräch der Autorin mit Sarah Schmitt (Mitgliederin des Jugendausschusses), 08.06.2006.

135 Die ursprüngliche Bezeichnung der genannten Organisationen war Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund und *Amicale Bourgogne/Rhénanie-Palatinat*.

136 Partnerschaftsverband RLP/B, Jugendforen, in: URL: <<http://yb.alroma.de/index.php?id=32>> (31.05.2014); Annette SACH, Die Jugend in der deutsch-französischen Partnerschaft: Es mangelt am Nachwuchs, in: Europa kommunal 21 (1997), S. 29f., hier S. 30.

137 SACH, Die Jugend in der deutsch-französischen Partnerschaft, S. 29f.



sei ein Zitat von dem dritten Forum 1998 angeführt, das die Eindrücke der jungen Leute (das Alter der Teilnehmer bewegte sich zwischen 20 und 35 Jahren) von den Partnerschaftstreffen plastisch vermittelt:

Lange Reden über den Krieg und die Wiederversöhnung stehen auf der Tagesordnung. Danach Stadtbesichtigung und großes Essen, für Jugendliche vielleicht *ein* [hervorgehoben im Original] Mal interessant, doch auf Dauer nicht sehr attraktiv<sup>138</sup>.

Die Vorschläge, wie das Programm für die junge Generation attraktiver gestaltet werden könnte, waren dreifacher Natur: Einbindung der Jugendlichen in die Tätigkeit der örtlichen Partnerschaftsvereine, Anknüpfung direkter Kontakte mit jungen Menschen aus der Partnergemeinde oder Vorschläge konkreter Aktivitäten, die die Jugendlichen übernehmen könnten<sup>139</sup>. Keiner dieser Vorschläge war jedoch umsetzbar in solchen Fällen, in denen die junge Generation kein Interesse am Partnerland und dessen Sprache hatte oder aus Studien- oder Arbeitsgründen die Heimatgemeinde verließ.

In der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Mainz und Dijon wurde Ende der 1990er Jahr noch ein weiterer Weg gewählt, der diese Kooperation den jüngsten Bevölkerungsgruppen erfahrbar machen sollte – konkret den Schülerinnen und Schülern der Grundschulen. So wurde erstmals 1999 ein Austauschaufenthalt für Drittklässler organisiert, ein Jahr später wurden gar Schüler der zweiten Klassen einbezogen<sup>140</sup>. Leider stehen keine detaillierteren Informationen über den Verlauf dieser Aufenthalte zur Verfügung. Ein Bericht über den Schüleraustausch in den höheren Klassen zeigt jedoch, dass ein solcher Austauschaufenthalt ohne ausreichende Vorbereitung eher negative Folgen zeitigen bzw. zur Verfestigung verschiedenster Klischees führen kann:

Der Aufenthalt in einem fremden Land, für viele das erste Mal ohne elterliche Begleitung, war für die Schüler eine große Herausforderung, die neben der Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten auch den persönlichen Reifungsprozess förderte. Dennoch zeigten die Ergebnisse vieler Einzelgespräche [...], dass die 10 Tage Leben in einer fremden Kultur von einem Teil der Schüler als problematisch empfunden wird. Die Konfrontation mit einem autoritären Schulsystem und Erziehungsstil und eine Anpassung an diese bereitet selbst kurzfristig den freier und individualistischer erzogenen

---

138 PV RLP/B (Hg.), Forum III. Die Jugend muss ran. En avant les jeunes. St. Martin/Pfalz, 27.–29.11.1998, S. 17, in: URL: <[http://yb.alroma.de/uploads/media/Forum\\_III\\_Dokumentation.pdf](http://yb.alroma.de/uploads/media/Forum_III_Dokumentation.pdf)> (31.05.2014).

139 Vgl. die konkreten Vorschläge für die einzelnen Partnerschaften in: Ebd.

140 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 1999, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 1998, Mainz 1999, S. 102–104; Mainz–Dijon. Veranstaltungen 2000, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 2000, Mainz 2001, S. 131–133.

deutschen Schülern Schwierigkeiten und führt zu Enttäuschungen und Bestätigungen von Klischeevorstellungen, obwohl im Vorfeld wiederholt über die andere Lebens- und Lernweise in Frankreich gesprochen wurde. Stärkeres pädagogisches Gewicht muss deshalb in Zukunft die Vorbereitung der Schüler sowie der Elternschaft erhalten<sup>141</sup>.

Dass die Begegnungen junger Deutscher und Franzosen ohne ausreichende Vorbereitung die gegenseitigen Vorurteile eher verfestigen als abbauen können, hatten die Organisatoren der deutsch-französischen Austauschprogramme bereits viele Jahre zuvor konstatiert<sup>142</sup>. Die zitierte Erfahrung der Lehrer des Mainzer Schlossgymnasiums und des Dijoner *Collège Marcelle Pardé* von 1993 bewog sie in den Folgejahren zu einer Modifizierung des Programms. So ging den Schüleraustauschen nun ein gemeinsamer Aufenthalt an einem dritten Ort sowie eine insgesamt intensivere Vorbereitung voraus. Der Bericht für das Schuljahr 1999/2000 kam zu dem Schluss, dass die vorgenommenen Veränderungen richtig gewesen sein. Der Aufenthalt fand bei den Schülern ein sehr positives Echo, was die Lehrer mit einer gründlicheren informatorischen wie psychologischen Vorbereitung und einer engeren Zusammenarbeit mit den Eltern erklärten<sup>143</sup>. Angesichts des finanziellen und zeitlichen Aufwands dieses Programms sind jedoch Zweifel angebracht, ob dieses Modell breitere Anwendung finden könnte. Auf jeden Fall zeigte der erwähnte Schüleraustausch, dass negative Heterostereotypen in den Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen einen immer neuen Nährboden finden.

Das Jahr 2000, das unseren Untersuchungszeitraum beschließt, brachte der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon unerwartet noch ein neues Thema – die Einmischung in die politische Entwicklung in der Partnergemeinde. So empfing der damalige sozialdemokratische Mainzer Oberbürgermeister Beutel aus Anlass des 75. deutsch-französischen Gipfeltreffens im Juni 2000 die sozialistische Delegation aus Burgund mit François Rebsamen an der Spitze. Letzterer war der Oberbürgermeisterkandidat seiner Partei für die im Frühjahr 2001 stattfindenden Kommunalwahlen<sup>144</sup>. Oberbürgermeister Beutel ergriff indirekt für ihn Partei, indem er das in den Händen der Neogaullisten befindliche Dijoner Rathaus offen kritisierte:

---

141 PA PV RLP/B, Ord. 51, Erfahrungsbericht vom 14.11.1993, verfasst von den Lehrern des Schlossgymnasiums.

142 ENGELHARDT, Les jumelages, S. 133f.

143 Erfahrungsbericht, verfasst von den Lehrern des Schlossgymnasiums für das Schuljahr 1999/2000, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 2000, Mainz 2001, S. 127.

144 Mainz–Dijon. Veranstaltungen 2000, in: FK RLP/B (Hg.), Berichts-Mappe 2000, Mainz 2001, S. 132.

Ein Wechsel in Dijon ist dringend erforderlich. Ich wünsche es von Herzen. Ich hatte bei meiner Wahl zum Oberbürgermeister auch keine Chance und habe das Rennen trotzdem gewonnen<sup>145</sup>.

Für diese Äußerung musste Beutel Kritik vonseiten der Mainzer CDU einstecken. Deren Fraktionsvorsitzender konstatierte, dass der Oberbürgermeister in einer unerhörten Art und Weise das traditionelle Gebot, sich nicht in die politischen Angelegenheiten der Partnerstadt einzumischen, missachtet und somit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit einen »Bärendienst« erwiesen habe<sup>146</sup>. Wengleich Beutels Offenheit taktisch unklug war, erlitten die offiziellen Kontakte zwischen Mainz und Dijon dadurch keinen sichtbaren Schaden. Im Frühjahr 2001 endete nämlich nicht nur die dreißig Jahre währende Herrschaft Robert Poujades, sondern auch der Neogaullisten insgesamt: In das Amt des Dijoner Oberbürgermeisters wurde tatsächlich der Sozialist Rebsamen gewählt.

#### c) Duisburg – Calais – Wismar: Stagnation der Beziehungen

Im Rahmen der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais reagierte die Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg am energischsten auf die deutsche Wiedervereinigung. So bemühten sich ihre Repräsentanten, den neuen Bundesländern bei der Eingliederung in das existierende deutsch-französische Kooperationsnetz behilflich zu sein. Konkret äußerte sich dies in der 1991 geschlossenen Partnerschaft zwischen der DFG Duisburg und der neu gegründeten DFG in Frankfurt an der Oder<sup>147</sup>. Diese Kooperation überschritt wohl deswegen den Rahmen des Dreiecks Duisburg – Calais – Wismar, weil in den 1990er Jahren in Wismar noch keine Deutsch-Französische Gesellschaft existierte; auch nach deren Gründung 2001 engagierte sie sich zudem in der Partnerschaft mit Calais nicht<sup>148</sup>.

---

145 Mechthild GÖBEL, Delegation aus Dijon bei OB Beutel, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 14.06.2000.

146 PA PV RLP/B, Ord. 50, CDU-Stadtratsfraktion Mainz, Presseinformation »CDU kritisiert OB«, 13.06.2000.

147 GÖDDE-BAUMANN, 40 Jahre Deutsch-Französische Gesellschaft e.V. Duisburg, S. 16.

148 Die Tatsache, dass sich die Wismarer DFG nicht in die partnerschaftliche Kooperation zwischen Wismar und Calais einschaltete, bestätigen zwei verschiedene Quellen, wiewohl mit einer unterschiedlichen Begründung. Vgl. Gespräch der Autorin mit Andreas Nielsen, 20.11.2006 und das Telefonat der Autorin mit der Ehefrau von Gunnar Prause, dem Vorsitzenden der DFG Wismar, 17.11.2006.

Die eigentliche Zusammenarbeit zwischen Duisburg und Calais stand in den 1990er Jahren eindeutig im Zeichen des Sports. Alljährlich fanden sog. Sporttage statt, bei deren Ausrichtung sich beide Städte abwechselten. Aus der Art und Weise der lokalen Berichterstattung kann jedoch geschlossen werden, dass diese Aktivitäten von der Öffentlichkeit vor allem als Sportwettbewerbe und weniger als Ausdruck der partnerschaftlichen Kooperation der beiden Städte betrachtet wurden<sup>149</sup>.

Spielte noch zu Beginn der 1990er Jahre die Partnerschaft vor allem dank der Niederrheinischen Musikschule in Duisburg hin und wieder auch im Bereich der Kultur noch eine Rolle<sup>150</sup>, so blieb der Sport in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre »nahezu der einzige noch funktionierende Austausch« zwischen Duisburg und Calais<sup>151</sup>. Als Beleg dafür, dass auch der Sport zur Annäherung zweier Völker beitragen kann, wurden vom Duisburger Stadtsportbund die bereits über drei Generationen stattfindenden Seglertreffen angeführt, die auf einer derart persönlichen Ebene abliefen, dass die Sportler sich gegenseitig in ihren Familien beherbergten<sup>152</sup>. In anderen Sportarten konnte dieses Element, das allgemein als ein wesentliches Instrument für das beiderseitige Kennenlernen betrachtet wird, jedoch nicht etabliert werden. Trotzdem stießen die Sporttage in beiden Städten während des gesamten Jahrzehnts auf ein lebhaftes Interesse<sup>153</sup>. So beteiligten sich im Jahr 2000 beispielsweise allein auf Duisburger Seite 150 Sportler und Sportfunktionäre an diesem Ereignis<sup>154</sup>. Abgesehen vom Sport war von der Partnerschaft zwischen Duisburg und Calais jedoch nicht viel zu vernehmen. Gleiches galt auch für die offiziellen Kontakte zwischen den Rathäusern<sup>155</sup>.

---

149 Duisburg schlägt Calais knapp, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10.06.1990; Städtevergleich ging deutlich an Duisburg. Erfolgreiche Revanche gegen die Gäste, in: Neue Ruhr Zeitung, 12.06.1993.

150 Michael TEGETHOFF, Fundierte Barock-Interpretationen. Konzert in der Salvatorkirche mit Dozenten aus der Partnerstadt Calais, in: Rheinische Post, 25.02.1991; Niederrheinische Musikschule in Calais. Franzosen applaudierten Duisburger Amateuren, in: Rheinische Post, 02.10.1992.

151 SCHMITT, »Pokal der Freundschaft«.

152 Ebd.

153 Gerd BÖTTNER, Calais machte Rennen um Freundschaftspokal, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 04.06.1996; ders., Franzosen und Deutsche pflegen tiefe Freundschaft. Sportaustausch im Zeichen der Partnerschaft, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 27.04.1998.

154 Duisburger in Calais: sportlicher Ehrgeiz und Völkerverständigung, in: Neue Ruhr Zeitung, 06.05.2000.

155 SCHROEDER, Bürger prägen Freundschaft.

Dennoch hinterließ die Kooperation beider Städte in diesem Zeitraum mindestens eine dauerhafte Spur, und zwar in der lokalen Topographie. In Duisburg wurde anlässlich des 30. Jahrestags der Partnerschaft 1994 der nach der Partnerstadt benannte »Calais-Platz« feierlich eingeweiht<sup>156</sup>. Dieser befindet sich am Rande der Duisburger Altstadt, in unmittelbarer Nähe des Innenhafens beim sog. Schwanen-Tor. Die ersten ernsthaften Überlegungen darüber, die französische Partnerstadt in der topographischen Nomenklatur zu verewigen, tauchten bereits im Zusammenhang mit dem 25. Partnerschaftsjubiläum auf, da sich zwei weitere Partnerstädte (Portsmouth und Lomé) bereits in den Duisburger Stadtplan eingeschrieben hatten<sup>157</sup>. Dass Calais »seinen« Platz erst mit einer fünfjährigen Verspätung erhielt, war sowohl durch die unvermeidlichen amtlichen Formalitäten als auch durch Differenzen mit anderen Interessenten (katholische Kirche) hinsichtlich der Benennung des ausgewählten Ortes bedingt<sup>158</sup>. Analog hinterließ auch Duisburg eine Spur auf dem Stadtplan von Calais, wenngleich unklar ist, wann es dazu kam: Die kurze *Rue de Duisbourg* befindet sich westlich des Stadtzentrums und schließt direkt an die *Rue de Lomé* an.

\*\*\*

Was die Zusammenarbeit zwischen Calais und seiner zweiten deutschen Partnerstadt Wismar betrifft, so markierten die Jahre 1989–1990 einen bedeutenden Einschnitt. Die neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, begleitet von grundlegenden personellen Veränderungen im Wismarer Rathaus, führten dazu, dass die frühere Kooperation zwischen Wismar und Calais sehr kritisch betrachtet wurde:

Mit Kraftanstrengung wurden die Beziehungen recht und schlecht gepflegt; sie waren mehr eine Sache des Papiers als des Herzens. Der Durchschnitts-Wismarer hatte kaum Kenntnis oder gar Nutzen davon<sup>159</sup>.

Daher überrascht es nicht, dass die bisherigen Kontakte abgebrochen wurden und die Beziehungen fast den Nullpunkt erreichten. Aus Zeitungsberichten und den wenigen Informationen des Wismarer Rathauses geht hervor, dass

---

156 Die Freundschaft mit Calais ist die zweitälteste Städtepartnerschaft Duisburgs, in: Rheinische Post, 18.11.1995.

157 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 21, Krings an Richard Klein (Oberstadtdirektor von Duisburg), 23.02.1988.

158 StA Duisburg, Best. 10 Büro OB: 21, Klein an Krings, 17.05.1988; ebd., Johannes Bruns (Katholisches Stadtsekretariat Duisburg, Stadtdechant) an Krings, 10.10.1988.

159 Städtepartnerschaft muß lebendig sein!

es während der gesamten 1990er Jahre nicht gelang, die Zusammenarbeit mit Calais auf eine neue Grundlage zu stellen – trotz der ähnlichen strukturellen Charakteristik und den aus ihr resultierenden Problemen, die zu einem gemeinsamen Thema hätten werden können.

In Wismar gab es die Tendenz, jegliche Schuld für diesen Zustand auf den französischen Partner abzuwälzen. So äußerte beispielsweise die Wismarer Bürgermeisterin Rosemarie Wilcken 1994 die Ansicht, dass Städtepartnerschaften nicht nur auf dem Papier bestehen sollten, und in Bezug auf Calais fügte sie hinzu, dass sämtliche Initiativen Wismars bisher ohne Echo geblieben seien<sup>160</sup>. Wismarer Pläne zur Belebung der Kontakte mit Calais wurden auch in den Folgejahren ab und zu in der Lokalpresse angekündigt<sup>161</sup>. Die Vertreter des Rathauses bekräftigten jedoch zugleich, dass die eigentliche Interessenssphäre Wismars im Ostseeraum und in Skandinavien liege. Diese Regionen charakterisierte Wolfgang Puls, im Wismarer Rathaus für die internationalen Angelegenheiten der Stadt zuständig, als »unsere interessantesten Partner«<sup>162</sup>. Tatsächlich hatten also beide Seiten ihren Anteil an der stagnierenden Partnerschaft, auch wenn die Untätigkeit seitens Calais deutlicher war. Auf den Webseiten der Stadt wird die Zusammenarbeit mit Wismar denn auch in der Vergangenheitsform präsentiert und wirkt insgesamt wie eine abgeschlossene Angelegenheit:

[...] à l'époque du jumelage, les deux villes étaient communistes. Depuis, les villes ont organisé des voyages scolaires et des expositions sur la vie et les activités des populations. Des échanges d'opinions sur les problèmes actuels, communaux, économiques et culturels ont lieu entre Calais et la ville allemande<sup>163</sup>.

Umso überraschender wirkt daher eine Information, die in internen Dokumenten des ostdeutschen Rathauses aus dem Jahr 1998 über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten zu finden ist. Diese stellte klar, dass die Partnerschaft zwischen Wismar und Calais weiterhin lebendig sei:

160 Marlies LINDNER, Städtepartnerschaften sollen mehr als ein Stück Papier sein, in: Ostsee-Zeitung, 29.04.1994.

161 Z.B. Heiko HOFFMANN, Was wurde aus den Städtepartnerschaften?, in: Ostsee-Zeitung, 10.02.1995; Haike WERFEL, Pfl egt Wismar seine vier Städtepartnerschaften?, in: Ostsee-Zeitung, 03.04.1998.

162 WERFEL, Pfl egt Wismar seine vier Städtepartnerschaften? Diese geographische Orientierung Wismars bestätigte auch Andreas Nielsen in einem persönlichen Gespräch mit der Autorin, 20.11.2006.

163 Ville de Calais, Wismar, in: URL: <[http://www.calais.fr/article/wismar-1221#.U5qINvl\\_swx](http://www.calais.fr/article/wismar-1221#.U5qINvl_swx)> (13.06.2014).

Auch wenn es immer den Anschein hat, dass die partnerschaftlichen Kontakte zwischen Wismar und Calais zum Erliegen gekommen sind, sollen die Beispiele der Kontakte aus den Jahren 1997/1998 belegen, dass dem nicht so ist<sup>164</sup>.

Als Beleg dafür wurden eine Schulpartnerschaft, die Kontaktaufnahme zwischen den jeweiligen Jugendämtern sowie das Interesse einiger Wismarer Subjekte an einer Zusammenarbeit mit *Pendants* aus dem Departement *Pas-de-Calais* angeführt. Die Schulpartnerschaft, an der sich auf deutscher Seite das Geschwister-Scholl-Gymnasium beteiligte, hatte zweifelsohne ihren Wert, wozu auch die Tatsache beitrug, dass es sich um die einzige Schule in Wismar handelte, an der zu DDR-Zeiten Französisch unterrichtet worden war<sup>165</sup>. Die weiteren Beispiele belegten jedoch nur das steigende Wismarer Interesse an Kontakten mit Frankreich, nicht aber an einer Erneuerung der eigentlichen partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Im Übrigen verwies auch das Wismarer Rathaus selbst darauf, dass einer vollen Entfaltung der Kooperation die unzureichenden Finanzen auf beiden Seiten entgegenstünden. Zwar wurde zugestanden, dass die Partnerschaft mit Calais »eine engere und erfolgreichere« sein könnte, jedoch sofort hinzugefügt, dass die Gastgeberpflichten Wismar zu nicht geringen Ausgaben nötigen würden<sup>166</sup>.

Die internen Materialien erwähnten nicht, dass diejenigen Vereine und Organisationen aus Calais, die Interesse an einer Kooperation mit einem deutschen Pendant geäußert hatten, dieses schon viel früher im größeren Duisburg gefunden hatten<sup>167</sup>. Das zum Beispiel aus der Partnerschaft zwischen Bautzen und Dreux bekannte Modell, dass sich zwei deutsche Kommunen mittels eines gemeinsamen Partners in Frankreich einander annäherten, fand bei dem Dreieck Duisburg – Calais – Wismar keine Anwendung. Die Partnerschaft zwischen Wismar und Calais in den 1990er Jahren wurde wohl am treffendsten von Andreas Nielsen, einem Mitarbeiter des Wismarer Rathauses, charakterisiert. Dieser konstatierte, dass sich keine der beiden Seiten stärker um eine engere Zusammenarbeit bemüht habe. Diese sei darüber hinaus wesentlich durch die gegenseitige Entfernung und die schwierige Kommunikation verkompliziert worden, die lange Zeit nur auf Französisch

164 StV Wismar Reg., Partnerschaftsarbeit Wismar–Calais [1998].

165 Einschätzung der französischen Delegation vom 20.–23.04.1970 aus Calais.

166 Partnerschaftsarbeit Wismar–Calais [1998].

167 Es sei daran erinnert, dass sich einige Duisburger Organisationen bereits Ende der 1970er Jahre darüber beschwerten, dass Calais ihnen nicht genügend geeignete Partner anbieten konnte: »Die vorhandenen Kapazitäten sind ausgeschöpft. Neue Vereine und Verbände in Calais, die an einem Austausch interessiert sind, können nicht gefunden werden«. Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Freundschaftskomitees Calais–Duisburg am 09.03.1978, Punkt 5.

möglich gewesen sei. Die politische Orientierung des Rathauses von Calais, das weiterhin in den Händen der Kommunisten blieb, habe hingegen keine Rolle gespielt<sup>168</sup>.

#### d) Kirkel – Mauléon:

##### Kooperation im Zeichen der europäischen Integration

Die Zusammenarbeit zwischen Kirkel und Mauléon zeichnete sich in den 1990er Jahren durch ein großes Interesse an der europäischen Thematik aus. Bereits aus dem Partnerschaftsvertrag ist ersichtlich, dass die Vertreter beider Städte die Kooperation als Beitrag zur europäischen Integration verstanden, und nach 1989 war ihre Selbstidentifizierung mit diesem Prozess noch deutlicher.

Zu Beginn der 1990er Jahre spiegelten sich vor allem die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags und der vorgesehene europäische Binnenmarkt in den gemeinsamen Aktivitäten wider. Während der Festlichkeiten zum zehnten Jahrestag der offiziellen Zusammenarbeit im Frühjahr 1991 in Mauléon fand diese Thematik auch bei der feierlichen Messe Erwähnung, in der ein Gebet für das zukünftige Europa gesprochen wurde<sup>169</sup>. Im darauffolgenden Jahr richteten die beiden Vereine, die sich um die Partnerschaft zwischen Kirkel und Mauléon kümmerten, an die Bürger der französischen Stadt die Aufforderung, im anstehenden Referendum für den Maastrichter Vertrag zu stimmen<sup>170</sup>. Die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes wurde in Kirkel und Mauléon als »Übergang in das grenzenlose Europa« aufgefasst<sup>171</sup>. Die französische Seite schlug daher vor, diesen Moment mit einem gemeinsamen Silvesterabend zu feiern. Die Feierlichkeiten an der Jahreswende 1992/93 fanden schließlich in Kirkel unter der Anwesenheit von ca. 60 Gästen aus Mauléon statt. Auf dem Programm standen sowohl ein feierlicher Abend mit Musikbegleitung als auch ein ökumenischer Gottesdienst in deutscher und französischer Sprache<sup>172</sup>. Das Gewicht, das auf den europäischen Aspekt des ganzen Treffens gelegt wurde, fand auch in der Berichterstattung der Lokalpresse Niederschlag:

168 Gespräch der Autorin mit Andreas Nielsen, 20.11.2006.

169 GV Kirkel Reg., Ord. G, Bericht »10ème anniversaire du jumelage«, verfasst von der Association Mauléon – Kirkel [1991], S. 6.

170 PA Schmidt, Ord. V, Zeitungsausschnitt »Sur le traité de Maastricht: Inquiétude à Kirkel«, in: Le Courrier de l'Ouest, o.D. Aus dem Kontext geht hervor, dass der Artikel kurz vor dem französischen Referendum über den Maastrichter Vertrag am 20.09.1992 erschien.

171 GV Kirkel Reg., Ord. G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am Mittwoch, 08.04.1992, S. 1.

172 GV Kirkel Reg., Ord. G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am Mittwoch, dem 25.11.1992, S. 1f.



Der große Silvester-Tanzabend in die Europäische Gemeinschaft sollte deutlich machen, dass die Bewohner beider Orte die Fortentwicklung Europas nicht nur den Politikern überlassen wollen. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Orten sollen dazu beitragen, dass Europa wächst und gedeiht<sup>173</sup>.

Die Festreden der höchsten Repräsentanten beider Gemeinden waren dadurch bemerkenswert, dass sie sich auf jeweils unterschiedliche Aspekte der europäischen Integration konzentrierten. Während der Mauléoner Bürgermeister Marolleau betonte, dass die Kommunalpartnerschaften auch in einem Europa ohne Grenzen ihre Bedeutung nicht verlören, vergaß der Kirkeler Bürgermeister Hussong nicht, die Schwierigkeiten und Risiken zu erwähnen, mit denen die Bürger eines vereinten Europas zu kämpfen hätten. Das Silvestertreffen wurde dadurch gekrönt, dass Bürgermeister Marolleau seinen Kirkeler Amtskollegen mit einer Europaplakette auszeichnete<sup>174</sup>.

Das Interesse, das die europäische Integration unter der Einwohnerschaft beider Gemeinden hervorrief, mündete ebenfalls in einen gemeinsamen Ausflug nach Brüssel. Dieser fand im Mai 1998 auf Einladung der Europaabgeordneten Doris Pack und Armelle Guinebertière statt, in deren Wahlbezirken sich Kirkel und Mauléon befanden<sup>175</sup>. Die Zahl der Interessenten war dabei deutlich höher als die Zahl der verfügbaren Plätze<sup>176</sup>. Während in Kirkel die aktiven Teilnehmer der Partnerschaftsaktivitäten, also die Mitglieder des Partnerschaftsausschusses und des Chors Mauléon, Vorrang erhielten, wurden in Mauléon insbesondere Lokalpolitiker ausgewählt<sup>177</sup>.

Die positive Beziehung der Kirkeler und Mauléoner Organisatoren zu den europäischen Institutionen konnte allerdings auch pragmatische Gründe haben. Den Gemeindevertretern war es nämlich in den 1990er Jahren gleich zweimal gelungen, eine finanzielle Zuwendung aus dem Städtepartnerschaftsfonds der Europäischen Kommission zu erhalten. Dank der rechtzeitigen Information durch die Europaabgeordneten Pack<sup>178</sup> stellte Kirkel den ersten Antrag bereits für das Jahr 1990, in dem der 10. Jahrestag der offiziellen Kooperation mit Mauléon gefeiert wurde. Aus dem Partnerschaftsfonds

---

173 Partnerschaft: »C'est le i-Tüpfelche«.

174 Ebd.

175 GV Kirkel Reg., Ord. H, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 17.02.1998, S. 3f.

176 GV Kirkel Reg., Ord. H, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 29.04.1998, S. 3.

177 GV Kirkel Reg., Ord. H, Teilnehmerliste [1998]; Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 17.02.1998, S. 3.

178 GV Kirkel Reg., Ord. B, Doris Pack (Mitglied der Europäischen Kommission) an die (Ober-)Bürgermeister der saarländischen Städte und Gemeinden, 20.11.1989.

wurden der Gemeinde mehr als 4.100 ECU zugewiesen, wobei der Großteil des Geldes (3.256 ECU) für die Reisekosten der Teilnehmer aus Mauléon bestimmt war<sup>179</sup>.

Als eindeutiger Erfolg kann gewertet werden, dass es beiden Gemeinden gelang, auch im Jahr 2000, als in Kirkel der nunmehr 20 Jahre währenden Partnerschaft gedacht wurde, einen Zuschuss aus diesem Fonds zu beziehen. Insgesamt erhielten sie mehr als 6.200 Euro, von denen der größere Teil (3.800 Euro) auf die Gestaltung und Durchführung des Programms in Kirkel entfiel und der Rest (2.427 Euro) für die Reisekosten der Partner aus Mauléon verwendet wurde<sup>180</sup>. Im Vergleich zu dem Antrag aus dem Jahr 1990 hatten sie diesmal – aufgrund einer besseren Informiertheit über die Zuschussmöglichkeit, einer zahlreicheren Gruppe relevanter Staaten und einer insgesamt höheren Anzahl von Partnerschaften – nicht nur mit einer sehr viel größeren Konkurrenz zu kämpfen, sondern auch mit strengeren Förderbedingungen<sup>181</sup>. Zugunsten des Kirkeler Antrags sprach vor allem die große Entfernung zwischen den beiden Gemeinden, womit sie sich in der Förderkategorie derjenigen Kommunen befanden, »die aufgrund ihrer geographischen Lage [...] benachteiligt sind«.

Für die eigentliche Zusammenarbeit zwischen Kirkel und Mauléon waren die 1990er Jahre deswegen wichtig, weil in dieser Zeit einige Maßnahmen getroffen wurden, die unabhängig von ihrer weiteren Entwicklung auch in Zukunft an die Partnerschaft zwischen beiden Gemeinden erinnern werden. Der sichtbarste Hinweis entstand in Mauléon in Form des *Place Mauléon-Kirkel*. Dieser Platz, der mit einer erklärenden Gedenktafel ausgestattet wurde, erlebte 1991 anlässlich des 10. Jubiläums der Partnerschaft seine feierliche Einweihung<sup>182</sup>. Obgleich in Kirkel seit Beginn der 1980er Jahre Diskussionen darüber geführt wurden, welcher Ort nach dem französischen Partner benannt werden könnte, war das einzige greifbare Ergebnis die Enthüllung des Partnerschaftsbrunnens im Ortsteil Kirkel-Neuhäusel im Jahr 1991<sup>183</sup>. Einen weiteren dauerhaften Nachweis der gegenseitigen Zusammenarbeit

179 PA Schmidt, Ord. IV, D. F. Williamson (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generalsekretariat) an Arno Hussong (Bgm. von Kirkel), 06.07.1990.

180 GV Kirkel Reg., Ord. I, Anne-Blanche Haritos (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur) an Martin Hussong, 29.05.2000.

181 Die allmähliche Verschärfung der Kriterien wird bei einem Vergleich der Bedingungen in den jeweiligen Jahren deutlich. Vgl. GV Kirkel Reg., Ord. G, Generalsekretariat der EG, Information für die Antragsteller von Zuschüssen im Rahmen von »Städtepartnerschaften in der Gemeinschaft« [1989]; PA StPV Bautzen, Ord. A, Die Förderung von Städtepartnerschaften durch die Europäische Kommission 1996; StV Bautzen Reg., Ord. B, Neue Kriterien für Subventionen der Europäischen Kommission zur Förderung von Städtepartnerschaften 2000.

182 GV Kirkel Reg., Ord. G, Bericht über die Partnerschaftsbegegnung vom 9.–12.05.1991 in Mauléon; Bericht »10ème anniversaire du jumelage«, S. 4.

183 Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 26.01.1982, S. 2; Partnerschafts-

stellte die 1999 von Josef Schmidt angeregte Jubiläumsschrift dar<sup>184</sup>. Die Publikation wurde schließlich 2005 vollendet, und zwar in Form einer siebzigseitigen, mit zahlreichen Fotografien ausgestatteten Broschüre, in der das erste Vierteljahrhundert der offiziellen Partnerschaft präsentiert wird<sup>185</sup>.

Kehren wir jedoch zu den Feierlichkeiten anlässlich des 10. Jubiläums zurück, die im Mai 1990 in Kirkel und ein Jahr später in Mauléon stattfanden. Diese erweckten den Eindruck, dass die Ende der 1980er Jahre zu beobachtende Stagnation der Zusammenarbeit überwunden worden war. An der feierlichen Zusammenkunft in Kirkel im Frühjahr 1990 nahmen über 200 Bürger aus Mauléon teil (einschließlich eines Chors, einer Feuerweereinheit und einer mehr als zwanzigköpfigen Gruppe von Schülern)<sup>186</sup>. An dem Festakt in Mauléon 1991 wiederum beteiligten sich 130 Einwohner Kirkels, von denen Sänger und Musiker einen bedeutenden Teil ausmachten<sup>187</sup>. Dennoch deuten die Berichte aus dem Jahr 1992 und auch aus einigen weiteren Jahren an, dass die Belebung der partnerschaftlichen Kontakte nur von kurzer Dauer war und dass die Kooperation zwischen Kirkel und Mauléon in den 1990er Jahren größtenteils wieder stagnierte.

Die deutsche Seite hatte bereits 1991 mit einem Mangel an Gastfamilien zu kämpfen<sup>188</sup>. Als Hauptursache für dieses Problem wurden die Befürchtungen seitens der Kirkeler Gastgeber genannt, sich mit den französischen Gästen nicht verständigen zu können<sup>189</sup>. Daher wurden im Kirkeler Partnerschaftsausschuss wiederholt Möglichkeiten diskutiert, diese Sprachbarriere abzubauen. Erwogen wurde insbesondere die Einführung des Französischunterrichts im Kindergarten und seine Erweiterung in der Grundschule<sup>190</sup>. Auf die geringe Anzahl der partnerschaftlichen Aktivitäten wies im Sommer 1992 angriffslustig auch ein Artikel in der Lokalpresse hin:

---

ausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 22.05.1985, S. 2; Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 28.10.1991, S. 2. Das adäquate Pendant zur *Place Mauléon–Kirkel* wurde in Kirkel erst 2013 unter dem Namen »Mauléonplatz« feierlich enthüllt. Vgl. Thorsten WOLF, Kirkel. Ein Meilenstein der Freundschaft, in: Saarbrücker Zeitung, 09.09.2013.

184 PA Schmidt, Ord. M, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 17.11.1999, S. 5.

185 Vgl. SCHMIDT/SCHMIDT (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft.

186 Bericht über die Partnerschaftsbegegnung vom 24.–27.05.1990, S. 1.

187 GV Kirkel Reg., Ord. G, Bericht über die Partnerschaftsbegegnung vom 09.–12.05.1991 in Mauléon.

188 Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 05.04.1990, S. 3.

189 Ebd., S. 5.

190 Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 28.10.1991, S. 2.

Alles andere als spritzig und lebendig stellt sich derzeit die Kirkeler Partnerschaft mit [...] Mauléon dar. Außerhalb der ohnehin raren amtlich-offiziell organisierten Begegnungen spielt sich nämlich recht wenig ab. Es mag sein, dass es derlei kommunalen Beziehungen auf internationaler Ebene allenthalben an Schwung mangelt<sup>191</sup>.

Auch die Vorbereitungen zu der für den Mai 1995 in Mauléon geplanten Feier des 15. Jahrestages der Partnerschaft führten nicht dazu, dass sich mehr Bürger für diese begeisterten. Unter den Einwohnern von Kirkel war das Interesse an einer Teilnahme so gering, dass gar eine Absage des Festakts drohte. Dass dies nicht geschah, war nur dem Kirkeler Bürgermeister zu verdanken, der eine solche Lösung als nicht akzeptabel betrachtete: »Der Bürgermeister hält den Besuch in Mauléon für unbedingte Pflicht zur Aufrechterhaltung der Verbindung; eine Absage wäre für ihn die Kündigung der Partnerschaft«<sup>192</sup>. Der Appell Bürgermeister Hussongs entfaltete eine solche Wirkung, dass schließlich etwa hundert deutsche Gäste in Mauléon eintrafen<sup>193</sup>. Dennoch ist offensichtlich, dass die Beziehungen zwischen beiden Gemeinden in einem deutlichen Niedergang begriffen waren.

Auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es diesbezüglich keine wesentliche Veränderung. Vielmehr fanden die von dem Kirkeler Ausschuss oder der Mauléoner *Association* veranstalteten Bürgerfahrten nun nicht mehr alljährlich statt. Für einige Jahre (etwa 1997) sind auch keine weiteren Gruppenkontakte nachgewiesen. Der Mangel an deutschen Interessenten führte 1999 gar dazu, dass der geplante Besuch Mauléons schließlich abgesagt werden musste<sup>194</sup>. Zu einem gemeinsamen Treffen kam es erst wieder im Juni 2000, als in Kirkel die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der offiziellen Zusammenarbeit stattfanden<sup>195</sup>. Anwesend waren auch etwa 50 Gäste aus Mauléon<sup>196</sup> und damit zwar deutlich mehr als in den vorangegangenen Jahren, aber zugleich wesentlich weniger als bei den Festlichkeiten zum 10. bzw. 15. Jubiläum. Selbst der Mauléoner Chor *Alauda*, der seine Entstehung in gewisser Weise gerade der partnerschaftlichen Kooperation verdankte, hatte seine Teilnahme im letzten Moment abgesagt.

191 Der Bliestalkiebitz, Saarpfalz-Anzeiger, 16.07.1992.

192 GV Kirkel VKA R, Ordner G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am Montag, dem 08.02.1995, S. 2.

193 GV Kirkel Reg., Ord. G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 11.01.1996, S. 3.

194 PA Schmidt, Ord. M, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 14.04.1999, S. 3; PA Schmidt, Ord. M, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 16.06.1999, S. 3.

195 Aus dem Herzklopfen ist Normalität geworden, in: Saarbrücker Zeitung, 03.06.2000.

196 GV Kirkel Reg., Ord. I, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon am Donnerstag, 25.05.2000, S. 3.

Immerhin gab die Nachricht über eine weitere Vermählung zwischen Bürgern aus beiden Gemeinden in den 1990er Jahren kurzzeitig Anlass zum Optimismus: So schlossen Cécilie Amiot, die Tochter des zukünftigen Bürgermeisters von Mauléon, und Marcus Hartmann 1997 den Bund fürs Leben<sup>197</sup>. Auch wenn sich die Eheleute nach einigen Jahren trennten, lebte Cécilie auch weiterhin in Kirkel<sup>198</sup>.

Ein sinkendes Interesse an den partnerschaftlichen Aktivitäten verzeichneten verständlicherweise auch die Mitglieder der älteren Generation, die an dem Beginn und der anfänglichen Blüte der Zusammenarbeit in den 1980er Jahren gestanden hatten. Marc-André Bisleau, in den Jahren 1978–1994 Vorsitzender der Mauléoner *Association*, adressierte gemeinsam mit seiner Ehefrau 1999 an den Kirkeler Partnerschaftsausschuss einen Brief, in dem er auf die unterschiedliche Atmosphäre bei den Partnerschaftstreffen in den 1980er Jahren und am Ende der 1990er Jahre hinwies. Er sei sich jedoch bewusst, dass eine neue Generation mit anderen Plänen und Vorstellungen komme<sup>199</sup>.

Dieser Generationenwechsel wurde in Mauléon von dem 33-jährigen Louis-Marie Chouteau verkörpert, der 1994 von Bisleau den Vorsitz der *Association* übernahm und dessen Frau aus Kirkel stammte<sup>200</sup>. Auf deutscher Seite kam es ein Jahr später zu einem Personalwechsel, als der 30-jährige Martin Hussong, der Sohn des damaligen Bürgermeisters von Kirkel, den Vorsitzenden Josef Schmidt im Partnerschaftsausschuss ablöste<sup>201</sup>. Der ehemalige Vorsitzende Bisleau war bereit, der jungen Generation zu helfen, da er ein Interesse an der Erhaltung der Partnerschaft wie auch der freundschaftlichen Verbindungen zwischen den Einwohnern beider Gemeinden hatte:

Ce jumelage a de l'importance, pour nous, dans le cadre de notre grande famille et il faut profiter de nos différences pour nous compléter. [...] Nous les ›sages‹ du jumelage nous essayons de maîtriser cet ardeur de la jeunesse, pour qu'elle soit positive. De toute évidence notre famille de jumelage connaît des moments un peu plus difficiles, mais les temps changent, faisons confiance aux jeunes et gardons l'espérance dans l'avenir. [...] L'essentiel est de regarder ensemble dans la même direction le jumelage et notre amitié passée, présente et future<sup>202</sup>.

197 Dominique CADU, Mauléon–Kirkel: priorité donnée aux jeunes, in: Courrier de l'Ouest, 18.06.2001.

198 Gespräch der Autorin mit Josef Schmidt, 20. u. 21.06.2006.

199 PA Schmidt, Ord. M, Marc-André und Louise Bisleau an Freunde in Kirkel, 09.03.1999.

200 Jumelage Mauléon–Kirkel. Louis-Marie Chouteau succède, in: Courrier de l'Ouest, 15.02.1994.

201 Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 08.02.1995, S. 2.

202 Marc-André und Louise Bisleau an Freunde in Kirkel.

Auch wenn die Intensität der Kontakte zwischen Kirkel und Mauléon in den 1990er Jahren deutlich nachließ, können die Partnerschaftsverantwortlichen nicht der Untätigkeit oder des Desinteresses beschuldigt werden, eine Veränderung dieses Zustandes herbeizuführen. Vielmehr bemühten sie sich, sowohl die örtlichen Vereine als auch die Vertreter der jüngsten Generation anzusprechen. Einer stärkeren Einbindung der Kirkeler Vereine sollte die am Ende des Untersuchungszeitraums durchgeführte Reorganisation des Partnerschaftsausschusses dienen: Im Januar 2000 wurde der Ausschuss in den »Partnerschaftsverein Kirkel – Mauléon« umgewandelt, dessen Mitglieder Einzelpersonen, ganze Familien oder andere Vereine werden konnten<sup>203</sup>. Dies bedeutete eine wesentliche Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Partnerschaftsausschuss, in dem lediglich die Kirkeler Gemeindevertreter saßen. Dennoch behielt der Partnerschaftsverein bestimmte Verbindungen zur örtlichen Kommunalverwaltung bei: Die Funktion des Geschäftsführers übernahm ein Angestellter des Rathauses, der Vereinssitz blieb in den Räumlichkeiten des Rathauses und einige Kirkeler Gemeindevertreter waren im Verein als Mitglieder weiter aktiv<sup>204</sup>. Der Vereinsvorsitzende erhielt darüber hinaus einen Betrag von 150 DM aus der Gemeindekasse, um die mit der Ausübung seines Amtes verbundenen Auslagen zu begleichen<sup>205</sup>.

Die Pflege der Partnerschaft mit Mauléon erhielt so endlich die Form, die in den meisten Gemeinden und kleineren Städten in Deutschland und besonders in Frankreich üblich war. Zugleich reflektierten die Ziele des Vereins die Entstehungszeit, d.h. die an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert empfundenen Erfordernisse. Auch wenn sich der Text der Satzung direkt auf den Partnerschaftsvertrag mit Mauléon berief, beschränkten sich die genannten Ziele nicht auf den deutsch-französischen Rahmen, sondern umfassten ganz allgemein »die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens«. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch weiterhin der Förderung des Jugendaustauschs gewidmet werden<sup>206</sup>.

Die Organisatoren der Partnerschaftsaktivitäten, die sich um eine stärkere Einbindung der Jugend in die kommunale Kooperation bemühten, hatten jedoch wiederholt damit zu kämpfen, dass das entsprechende Interesse in Kirkel gering war. So übernahm die Mauléoner Jugend selbst die Initiative, um in Kirkel einige Wochen in einem Ferienjob, einem Praktikum oder als

---

203 Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 17.11.1999, S. 3.

204 Erich SCHWARZ, Zeichen deutsch-französischer Freundschaft, in: Saarbrücker Zeitung, 28.01.2000.

205 GV Kirkel Reg., Ord. J, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon am 19.11.2001, S. 4.

206 GV Kirkel Reg., Ord. I, Satzung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon e.V., 26.01.2000, §3 (Ziele und Aufgaben des Vereins).

Au-Pair verbringen zu können<sup>207</sup>. Ähnlich fehlte es an Kirkeler Jugendlichen, die sich für den Schüleraustausch interessierten. So versandten die Organisatoren beispielsweise im Jahr 1990 200 Briefe, in denen sie die Kirkeler Familien dazu aufforderten, sich an den Austauschprogrammen zu beteiligen; positiv beantwortet wurden nur acht<sup>208</sup>.

Die Anzeige, mit der sich die deutschen Organisatoren sechs Jahre später bemühten, junge Teilnehmer anzulocken, wirkte daher fast wie das Angebot eines Reisebüros. Mauléon wurde als ein angenehmer Ort mit Schwimmbad und Tennisplätzen präsentiert, der sich in der Nähe von Poitiers und dem Freizeitpark *Futuroscope* befindet und nur eine Stunde Fahrt vom Atlantik entfernt liegt. Als einzige finanzielle Auslagen wurden die Reisekosten und gegebenenfalls Taschengeld genannt; Unterbringung und Verpflegung sollten unentgeltlich in Gastfamilien erfolgen<sup>209</sup>. In der Zeitungsannonce wurden weder der Bildungszweck des Aufenthalts noch sein reziproker Charakter erwähnt. Dennoch meldeten sich in Kirkel nur fünf Interessenten an<sup>210</sup>. Der Austausch fand 1996 schließlich dennoch statt, woraufhin im Juli 1997 acht Mauléoner Mittelschüler zu einem Besuch nach Kirkel kamen<sup>211</sup>. Ein weiterer Schüleraustausch mit nunmehr 14 deutschen Teilnehmern wurde erst wieder 1999 organisiert<sup>212</sup>.

Es bleibt jedoch die Frage, inwieweit es gelang, das mit diesen Aufhalten verbundene Ziel zu erfüllen. Zwei Wochen in einer Gastfamilie sollten sowohl das nähere Kennenlernen der Sprache und der Lebensart des Partnerlandes als auch die Knüpfung neuer Freundschaften ermöglichen. Von beidem versprachen sich die Verfechter der Kooperation einen Beitrag zur Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen<sup>213</sup>. Die Organisatoren selbst verwiesen allerdings auf die Tatsache, dass die Teenager beider Länder nicht allzu viel Interesse an gemeinsamen Aktivitäten mit der Gastfa-

---

207 Für konkrete Beispiele vgl. Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 05.04.1990, S. 2; GV Kirkel Reg., Ord. G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon, 03.05.1994; Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 11.01.1996, S. 3; Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 29.04.1998, S. 5.

208 Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift, 05.04.1990, S. 2.

209 Martin HUSSONG, Jugendaustausch bzw. Sprachferien in Mauléon, in: Kirkeler Nachrichten, 21.06.1996.

210 GV Kirkel Reg., Ord. G, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 24.04.1996, S. 4.

211 PA Schmidt, Ord. M, Association amicale et culturelle Mauléon–Kirkel, Séjour linguistique du 21.07. au 01.08.1997.

212 PA Schmidt, Ord. M, Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses Kirkel–Mauléon am 20.01.1999, S. 4; Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftsausschusses, 16.06.1999, S. 3.

213 Martin HUSSONG, Schüler-/Jugendaustausch mit Mauléon, in: Kirkeler Nachrichten, 19.03.1999.

milie bekundeten bzw. ihre Freizeit am liebsten mit den anderen Kindern aus ihrer Heimatgemeinde verbrachten. Dieses Problem wurde vor allem im Zusammenhang mit dem problematischen Alter der jungen Besucher gesehen<sup>214</sup>. Als sehr vernünftig können daher die Maßnahmen bezeichnet werden, die in Kirkel getroffen wurden, um das Interesse an der Sprache der Partnergemeinde auch unter den jüngeren Schülern zu steigern. So wurde 1990 in der Grundschule der Französischunterricht eingeführt, und Ende der 1990er Jahre wurde das Kollegium des Kirkeler Kindergartens durch eine französische Muttersprachlerin verstärkt<sup>215</sup>.

e) Brombachtal – La Rivière-de-Corps:  
Die Partnerschaft als Instrument zur Bereicherung  
des Alltagslebens

Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps blieben auch in den 1990er Jahren die Bürgerfahrten. Die Bürgermeister Kredel und Sommer hatten verabredet, diese Treffen ab 1989 einmal jährlich zu veranstalten, und zwar zu Himmelfahrt, da so ein verlängertes Wochenende in der Partnergemeinde verbracht werden konnte<sup>216</sup>. Aus den (wiewohl unvollständigen) Angaben über die Teilnehmerzahl geht hervor, dass das Interesse an dieser Form der Begegnung allmählich sank: Im Jahr 1990 kamen ungefähr 100 deutsche Gäste zu einem Besuch nach La Rivière-de-Corps, an der Feier zum 10. Jahrestag der Partnerschaft in Brombachtal 1997 nahmen etwa 80 Besucher aus Frankreich teil und zu einem weiteren Besuch 1999 kamen ungefähr noch 50<sup>217</sup>. Dennoch ist die Schlussfolgerung, dass die Partnerschaft insgesamt stagniert hätte, nicht ganz zutreffend. Wie im weiteren Text detailliert dargestellt werden wird, gab es neben den fortlaufenden Schüleraustauschen noch eine weitere und unerwartet erfolgreiche Form der Kooperation.

Schauen wir jedoch zunächst, wie sich in der Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps die rapide politische Entwicklung der 1990er Jahre widerspiegelte. Es ist überraschend, dass der Fall der Berliner Mauer und damit die Möglichkeit, Kontakte mit den Gebieten des

214 GV Kirkel Reg., Ord. I, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Partnerschaftsvereins Kirkel/Mauléon am Mittwoch, 22.11.2000, S. 3.

215 GV Kirkel Reg., Ord. G, Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. Niederschrift der Sitzung vom 16.02.1990, S. 2; GV Kirkel Reg., Ord. I, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Partnerschaftsvereins Kirkel–Mauléon am Mittwoch, 01.04.2000, S. 3.

216 Ein Stein als Wegweiser zu guten Freunden.

217 Comité des amis de Brombachtal [1990]; Dreitägige Feier zum Jubiläum; Wiedersehen mit Freunden. Besuch aus der Partnergemeinde La Rivière, in: Odenwälder Heimatzeitung, 20.05.1999.



ehemaligen Ostblocks aufzunehmen, ein größeres Echo in La-Rivière-de-Corps als in der deutschen Gemeinde weckte. Für Brombachtal sind lediglich kurzzeitige Kontakte mit der evangelischen Gemeinde im ostdeutschen Reichenbach nachgewiesen<sup>218</sup>. Auch wenn Bürgermeister Kredel hoffte, dass sich die Beziehungen vertiefen und einen reziproken Charakter erhalten würden, konnten keinerlei Kontakte zwischen den Kommunalverwaltungen in Brombachtal und Reichenbach verzeichnet werden. Die Repräsentanten Brombachtals planten auch gar nicht, mit einer ostdeutschen Gemeinde eine offizielle Partnerschaft zu schließen<sup>219</sup>.

La Rivière-de-Corps unterschrieb ebenfalls keinen weiteren Vertrag über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Das Interesse an der Situation in den ehemaligen sozialistischen Ländern war jedoch offenkundig. Die Hauptaufmerksamkeit galt dabei dem rumänischen Dorf Parava, zu dem über die Nachbarstadt Saint-André-les-Vergers ein Kontakt hergestellt wurde<sup>220</sup>. Beide französischen Kommunen erwogen, die Partnerschaft für Parava zu übernehmen, und boten Brombachtal an, sich ihnen anzuschließen. Dieses lehnte jedoch mit Hinweis auf die zu große Entfernung der rumänischen Gemeinde ab<sup>221</sup>. Die französische Seite kooperierte mit Parava insbesondere mittels des Verbands *Action »Amitié Roumanie«*, dem sie bei der Gewinnung von Finanzmitteln half<sup>222</sup>. Aus einer späteren Äußerung Maurice Sommers, des damaligen Bürgermeisters von La Rivière-de-Corps, geht indirekt hervor, dass die Unterstützung Paravas nicht nur als Entwicklungshilfe verstanden wurde, sondern auch als Stärkung der Frankophonie<sup>223</sup>.

Das zweite politische Thema, das in der Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps Widerhall fand, war die europäische Integration. Anfangs fand sie hauptsächlich symbolischen Ausdruck, zum Beispiel in der Verteilung des »Europa-Spiels« an die Schulen in La Rivière-de-Corps durch den deutschen Bürgermeister oder die Veranstaltung eines Schüler-Zeichenwettbewerbs zum Thema Europa in beiden Gemeinden zwei

218 Partnerschaft in der Musik, in: Odenwälder Heimatzeitung, 26.05.1990.

219 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

220 »L'assemblée générale du Comité des Amis de Brombachtal«, 02.02.1990.

221 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

222 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Action »Amitié Roumanie««, 07.12.1992. Dennoch führt weder La Rivière-de-Corps noch Saint-André-les-Vergers Parava unter den Partnergemeinden an. Vgl. La Rivière-de-Corps, in: URL: <<http://www.larivieredecorps.fr/index.html>>; Saint-André-les-Vergers, Ville – jumelage, in: URL: <[http://www.ville-saint-andre-les-vergers.fr/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=54&Itemid=98](http://www.ville-saint-andre-les-vergers.fr/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=54&Itemid=98)> (beide 20.06.2014).

223 Gespräch der Autorin mit Maurice Sommer (Bgm. von La Rivière-de-Corps, 1977–2004), 27. u. 28.05.2006. Aus dem Gespräch ergab sich, dass auf die Vertreter von La Rivière-de-Corps nicht nur die schlechte materielle Situation in Parava Eindruck machte, sondern auch die Französischkennntnisse der Dorfbewohner.

Jahre später<sup>224</sup>. Aufmerksamkeit zogen auch die Vorbereitungen zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und die Entstehung der Europäischen Union 1993 auf sich. In diesem Zusammenhang setzte sich das *Comité des Amis de Brombachtal* dafür ein, dass die Schüler in La-Rivière-de-Corps mehr Deutschunterricht und die Gelegenheit zu Praktika in deutschen Firmen erhielten<sup>225</sup>.

Die Existenz der Europäischen Union bewog den Vorsitzenden des CAB dazu, etwas pathetisch die große Bedeutung der Kommunalpartnerschaften für die europäische Integration hervorzuheben:

L'Europe ne peut être ni ordonnée, ni imposée, elle doit se développer dans les têtes et dans les cœurs [...] Ici, réside la «mission» de toute *action jumelage* des collectivités locales de notre commune au regard de l'Europe d'aujourd'hui. Car c'est au niveau local que se construit *notre* monde de demain [...] Oui, à La Rivière-de-Corps aussi, le jumelage c'est l'Europe. Y participer, c'est avant tout se servir d'un outil du développement local, ce qui est bien sûr, l'affaire de *tous* [alle hervorgehoben im Original] et avant tout des jeunes [...]»<sup>226</sup>.

Die Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps wurde also als Mittel zur Propagierung der europäischen Integration verstanden. Im Jahr 1994 fand das regelmäßige Frühlingstreffen daher im Geiste des Europatags der EU statt, der auf den 9. Mai fällt<sup>227</sup>. Zwei Jahre später wurde der Besuch einer Ausstellung auf das Programm der Brombachtaler Gäste gesetzt, die das CAB zum Thema der Entstehung der EWG organisiert hatte und deren Ziel es war, »réaffirmer l'existence d'une citoyenneté européenne«<sup>228</sup>. Bei den Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum der Partnerschaft im Jahr 1997 hob die französische Seite erneut den Gedanken eines einheitlichen Europas hervor, diesmal als Argument für die Intensivierung des Jugendaustauschs zwischen beiden Gemeinden<sup>229</sup>. Ein weiterer Beleg dafür, dass das europäische Integrationsprojekt in den 1990er Jahren in beiden Gemeinden auf ein positives Echo stieß, war die Verwendung europäischer Symbole bei feierlichen Anlässen – so etwa 1995, als in Brombachtal feierlich ein Platz

224 PAUL, Katastrophe überschattet Besuch in der Partnergemeinde; PA CAB, Zeitungsausschnitt »Résultats du concours de dessins d'enfants de La Rivière-de-Corps et de Brombachtal organisé par le C.A.B. sur le thème de l'Europe«, 05.06.1992.

225 »Signature de la charte de jumelage entre La Rivière-de-Corps et Brombachtal«.

226 PA CAB, Text von Jean-Luc Chaudron, dem Vorsitzenden des CAB, verfasst im Jahr 1993, einige Monate nach Vollendung des europäischen Binnenmarktes.

227 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Festivités du jumelage avec le Comité des amis de Brombachtal (C.A.B.)«, 13.05.1994.

228 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Exposition du comité de jumelage. Les Ribocortins affirment leur citoyenneté européenne«, 20.05.1996.

229 Dreitägige Feier zum Jubiläum.

eröffnet wurde, der zu Ehren der Partnergemeinde den Namen »La-Rivière-de-Corps-Anlage« erhielt. Während der Zeremonie erklangen nicht nur beide Nationalhymnen, sondern es wurde auch die Europaflagge gehisst<sup>230</sup>.

Die Partnerschaftsverantwortlichen beschäftigten sich allerdings nicht nur mit gesamteuropäischen Fragen, die im Alltag wenn überhaupt nur eine entfernte Rolle spielen. Es gelang ihnen vielmehr, die Partnerschaft auch zur Bereicherung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Gemeinde zu nutzen, insbesondere in La Rivière-de-Corps. Das größte Verdienst daran hatte das CAB, das 1992 mit der Idee kam, in der Gemeinde einen eintägigen Adventsmarkt nach deutscher Tradition zu veranstalten<sup>231</sup>. An dessen Organisation beteiligten sich auch die Partner aus Brombachtal, etwa durch die Lieferung eines Weihnachtsbaums<sup>232</sup>. Auf französischer Seite stieß der Markt auf ein außerordentlich großes Interesse – zweifellos auch deswegen, weil er in der gesamten Agglomeration Troyes der einzige war<sup>233</sup>. Der unerwartete Erfolg des Marktes bewog die Organisatoren des CAB dazu, diesen jährlich auszurichten<sup>234</sup>.

Im Laufe der 1990er Jahre wurde aus dem Markt eine Vorweihnachts-tradition, die die ursprünglichen Erwartungen deutlich überstieg. Die Dauer des Adventsmarktes wurde 1995 auf zwei Tage erweitert sowie die Anzahl der Stände von ursprünglich 60 auf 100 erhöht, und immer mehr französische Regionen bekundeten Interesse an einer Präsentation ihrer Produkte<sup>235</sup>. Die Einwohner von La Rivière-de-Corps betrachteten den Markt schnell als angenehmen Bestandteil der Adventsvorbereitungen, die örtlichen Vereine konnten darüber hinaus in diesem Rahmen ihre Aktivitäten präsentieren oder durch den Verkauf ihrer Produkte hinzuverdienen<sup>236</sup>. Der CAB bezeichnete den Markt bereits 1994 als »Highlight« seiner Aktivitäten<sup>237</sup>, aus dem ihm überdies Mittel für die Finanzierung anderer Programme zuflossen, zum Beispiel für die regelmäßigen Begegnungen mit den Brombachtaler Bürgern. Der Markt erfuhr auch bei den Verwaltungsinstanzen von Troyes Anerkennung, die ihn als eine wichtige Bereicherung des kommunalen Lebens der gesamten Agglomeration betrachteten, weswegen sie 1993 die Schirmherr-

---

230 Name der Anlage ein Zeugnis der Freundschaft, in: Odenwälder Heimatzeitung, 29.05.1995.

231 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Le premier vrai marché de Noël franco-allemand: une réussite!«, 07.12.1992.

232 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

233 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Le premier vrai marché de Noël de l'agglomération troyenne«, 26.11.1992.

234 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Amis de Brombachtal«, 07.02.1992.

235 PA CAB, Zeitungsausschnitt »»En Avent« toute à La Rivière-de-Corps«, 23.11.1995.

236 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Ambiance de fête pour le Grand Marché de l'Avent«, 27.11.1994 ; PA CAB, Zeitungsausschnitt »Le Comité des Amis de Brombachtal. L'assemblée générale fête un anniversaire »10 ans que ça marche««, 30.01.1995.

237 »Le Comité des Amis de Brombachtal«, 30.01.1995.

schaft übernahmen<sup>238</sup>. Brombachtal war auf dem Markt mit traditionellen deutschen Weihnachtsartikeln vertreten, und in verschiedenen Jahren beteiligten sich Brombachtaler Musiker auch an dem Begleitprogramm<sup>239</sup>. In Brombachtal selbst wurde der Adventsmarkt seit den 1990er Jahren um ein ungewöhnliches Sortiment französischer Produkte bereichert<sup>240</sup>.

Wenngleich sich das CAB in das öffentliche Bewusstsein gerade durch die Organisation des Adventsmarktes einschrieb, bereicherte es das Leben in La Rivière-de-Corps noch durch weitere Aktivitäten. Seinen Mitgliedern bot es außer den Partnerschaftstreffen mit den Brombachtalern ein Kultur- und Bildungsprogramm an, das einen größeren europäischen Kontext hatte<sup>241</sup>. Eine wichtige Rolle spielte das *Comité* ebenfalls bei der Annäherung zweier Einwohnergruppen – der Alteingesessenen und der Neuankömmlinge. Diese lernten sich oftmals erst durch ihr gemeinsames Interesse an Kontakten mit der deutschen Partnergemeinde kennen<sup>242</sup>.

Die Tätigkeit des Kulturkreises Brombachtal war zwar bescheidener, aber auch diese Gruppierung festigte die Verbindungen zwischen den Einwohnern. So wurde beispielsweise das Ziel eines geplanten Ausflugs, an dem die französischen Gäste teilnehmen sollten, vorab an Mitgliedern des Verkehrsvereins Langenbrombach »getestet«<sup>243</sup>. Weiteren lokalen Vereinen fiel dann eine tragende Rolle bei der Gestaltung des Programms für die Gäste aus La Rivière-de-Corps zu, und zwar sowohl in organisatorischer als auch in inhaltlicher Hinsicht.

Die letzten Aktivitäten schließlich, die die partnerschaftliche Zusammenarbeit in den 1990er Jahren prägten, richteten sich an Kinder und Jugendliche. Wie ein Bericht über das Treffen im Jahr 1985 belegt, beteiligten sich die jüngsten Einwohner an den Partnerschaftstreffen fast von Beginn an<sup>244</sup>. Auch der Brombachtaler Bürgermeister äußerte sich lobend über diese Tatsache, als er im Jahr 1991 konstatierte, dass die Partnerschaft in beiden Gemeinden insbesondere bei den Jugendlichen ein Echo gefunden habe<sup>245</sup>. Das Bestreben um eine maximale Einbindung der Kinder und Jugendlichen war daher in dieser Partnerschaft keine Reaktion auf eine Stagnation oder Verschlechterung der Beziehungen, sondern eine Fortführung der Entwick-

238 PA CAB, Zeitungsausschnitt »5<sup>e</sup> Marché de l'Avent: 130 exposants et un succès grandissant«, 30.11.–01.12.1996.

239 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Le CAB dans le succès«, 08.12.1996.

240 PA CAB, Zeitungsausschnitt »La Rivière-de-Corps et le CAB ambassadeurs des produits du terroir champenois«, 08.12.1993.

241 PA CAB, Zeitungsausschnitt »11<sup>e</sup> assemblée générale annuelle du comité de jumelage (C.A.B.)«, 25.01.1995.

242 Gespräch der Autorin mit Hans-Dieter Blumenschein, 26.05.2006.

243 Ebd.

244 »Voyage en Allemagne«.

245 Champagnerkehlehen mit Sang und Klang, in: Odenwälder Heimatzeitung, 13.05.1991.

lung der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Da jedoch detailliertere Quellen zu den Jahren 1997–2000 fehlen, kann nicht beurteilt werden, ob die Aktivitäten Brombachtals und La Rivière-de-Corps', die sich an die jüngste Generation richteten, wirklich überdurchschnittlich erfolgreich waren. Auf jeden Fall waren sie mannigfaltig.

Erstens fanden weiterhin einwöchige Schüleraustausche statt, an denen jeweils eine etwa fünfzehnköpfige Gruppe von Grundschulern teilnahm. In einem Artikel, der den Verlauf eines solchen Treffens im Jahr 1995 beschrieb, wurde das Interesse hervorgehoben, auf das der Schüleraustausch auf französischer Seite insbesondere unter den Schülern der 4. und 5. Klasse gestoßen war<sup>246</sup>. Zweitens konnten interessierte Familien in La Rivière-de-Corps ein vom CAB und der örtlichen *Association familiale* organisiertes Angebot von Sprachkursen für Kinder nutzen<sup>247</sup>. Die Kurse waren für Kinder im Alter von sechs bis neun Jahren bestimmt, und es ist anzunehmen, dass gerade aus ihren Reihen ein Teil der Interessenten an den oben erwähnten Schüleraustauschen stammte. Drittens fanden die Kinder auch bei der Zusammenstellung des jährlichen Besuchsprogramms durch die Organisatoren der Partnerschaftstreffen Berücksichtigung. So konnten 1994 Kinder im Vorschulalter an einem Luftballonwettbewerb teilnehmen, der unter Bezugnahme auf den Europatag veranstaltet wurde<sup>248</sup>. Für die Schüler der Grundschulen wurden wiederum Zeichenwettbewerbe ausgerichtet – im Jahr 1996 sollten die Schüler die ersten zehn Jahre der Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps darstellen<sup>249</sup>. Schließlich konnten die älteren Kinder, sofern sie Mitglieder eines partizipierenden (meistens Musik- oder Gesangs-)Vereins waren, die Partnergemeinde auch ohne ihre Eltern besuchen<sup>250</sup>. Aus den verfügbaren Quellen geht hervor, dass für die älteren Schüler wahrscheinlich auch gemeinsame Begegnungen während der Ferien organisiert wurden<sup>251</sup>.

Obgleich es so scheinen mag, dass sich die Partnerschaft zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps im letzten Untersuchungsabschnitt eines dauerhaften Interesse der jungen Generation erfreute, stehen nicht genügend

246 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Jumelage franco-allemand avec Brombachtal. Un échange dans les meilleurs termes«, 20.10.1995.

247 PA CAB, Zeitungsausschnitt »L'association familiale, le comité de jumelage »Les amis de Brombachtal« vous proposent«, 30.11.1994.

248 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Lâcher de ballons des enfants des écoles maternelles à La Rivière-de-Corps et à Brombachtal«, 05.04.1994.

249 PA CAB, Zeitungsausschnitt »Festivités du jumelage. Journée internationale de la famille 13, 14 et 15 mai. Concours de dessins d'enfants et de Brombachtal«, 05.04.1994; PA CAB, Zeitungsausschnitt »Concours de dessin pour les enfants ribocortins«, 06.04.1996.

250 Gespräch der Autorin mit Udo Keßler, 26. u. 27.05.2006.

251 »L'assemblée générale du Comité des Amis de Brombachtal«, 02.02.1990; »Comité de jumelage C.A.B.«, 29.01.1996.

Quellen zur Verfügung, die eine solche Schlussfolgerung für das letzte Drittel der 1990er Jahre zuließen. Die Tatsache, dass die Frequenz der Berichte über die gegenseitigen Kontakte abnahm, würde eher dafür sprechen, dass auch dieses Duo bzw. dessen partnerschaftliche Aktivitäten für die jungen Deutschen und Franzosen am Ende des 20. Jahrhunderts an Attraktivität eingebüßt hatten.

#### 4. Zusammenfassung

Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene musste sich in den 1990er Jahren vor allem mit der deutschen Wiedervereinigung auseinandersetzen – nicht nur unter sachlichen Gesichtspunkten, sondern auch in statistischer Hinsicht. Die Angaben über die westdeutsch-französischen Partnerschaften wurden daher um Daten ergänzt, die sich auf die Kooperation ostdeutscher und französischer Kommunen bis 1989 bezogen. Die Anzahl aller damals existierenden deutsch-französischen Partnerschaften erhöhte sich damit um ungefähr fünf Prozent und erreichte den Wert 1.556. Werden auch die registrierten Kontakte und Freundschaften hinzugezählt, so existierten im Jahr 1990 auf dem Gebiet der vereinigten Bundesrepublik insgesamt 1.601 deutsch-französische kommunale Kooperationen.

Die statistische Gesamtbilanz der Jahre 1990–2000 war jedoch im Vergleich mit den vorangegangenen Zeitabschnitten durchschnittlich bis unterdurchschnittlich. Außergewöhnlich war lediglich der hohe Anteil (bis zu einem Fünftel) loserer Kooperationsformen. In dem genannten Jahrzehnt wurden neben 485 Partnerschaften 25 Freundschaften und 99 Kontakte geschlossen, der durchschnittliche Jahreszuwachs betrug 44 Partnerschaftsverträge. Im Laufe des Jahres 2000 wurde auch der runde Meilenstein von 2.000 Partnerschaften erreicht. Am Ende der 1990er Jahre wurden 2.041 Partnerschaften, 41 Freundschaften und 128 Kontakte registriert, d.h. insgesamt 2.210 Fälle von deutsch-französischer Kooperation auf kommunaler Ebene.

Statistisch gesehen verzeichneten die 1990er Jahre drei markante Einschnitte – in den Jahren 1991, 1998 und 2000. Im Jahr 1991, in dem 77 Partnerschaftsverträge unterzeichnet wurden, wurde der höchste Zuwachs im gesamten Untersuchungszeitraum überhaupt erzielt. In den Folgejahren wurden immer niedrigere Werte registriert, die zu einem tiefen Einbruch 1995 (30 Partnerschaften) führten. Der absolute Tiefpunkt (19 Partnerschaften) wurde jedoch erst 1998 erreicht. Ein solch geringer Zuwachs wurde zuletzt 1961 registriert, als der Gedanke der deutsch-französischen Annäherung von unten erst noch größere Verbreitung finden musste. Im Jahr 2000, das unseren Untersuchungszeitraum beschließt, erfuhr die kommunale Zusammenarbeit

zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hingegen einen unerwarteten Aufschwung: Außer 48 Partnerschaften entstanden 14 Freundschaften und 78 Kontakte.

War eine solche Verschlechterung, wie sie sich in der statistischen Auswertung der neuen Fälle deutsch-französischer kommunaler Zusammenarbeit zeigte, ebenfalls in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene zu beobachten? Es sei daran erinnert, dass die offiziellen Beziehungen im Frühjahr 1990 wieder eine positive Richtung einschlugen, die jedoch gleich im Folgejahr durch eine ernste Krise infolge der unterschiedlichen Reaktion auf den Jugoslawienkonflikt abgelöst wurde. Obwohl die negative Atmosphäre nicht zu einem dauerhaften Bestandteil der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene wurde, konnte in den weiteren Jahren auch keine deutliche Wende zum Besseren verzeichnet werden. Die offizielle Zusammenarbeit wurde vielmehr durch weitere Meinungsverschiedenheiten im Zuge der Übernahme des Präsidentenamtes durch Jacques Chirac 1995 und der Streitigkeiten bezüglich der Reform der Europäischen Union im Jahr 2000 erschwert. Insgesamt ist also offensichtlich, dass die grundlegende Entwicklungstendenz auf höchster wie auf kommunaler Ebene in dieselbe Richtung zeigte, d.h. abwärts. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass zwischen diesen beiden Ebenen einige Unterschiede bestanden.

Der erste Unterschied war in den Jahren 1990 und 1991 zu beobachten. Während die Zahl der neuen Partnerschaftsverträge überdurchschnittliche Werte wie auch einen markanten zwischenjährlichen Zuwachs erzielte, war in den offiziellen Beziehungen eine weitere Abkühlung eingetreten. Die Rekordhöhe der neuen Partnerschaftsverträge, die im Jahr 1991 verzeichnet wurde, kann auf verschiedene Weise erklärt werden. Erstens konnte es sich um eine Fortsetzung des Trends handeln, der bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu beobachten war, als sich die Kommunalpartnerschaften (nicht nur mit Frankreich) bei der deutschen Öffentlichkeit eines erhöhten Interesses erfreuten<sup>252</sup>. Der einstweilige leichte Rückgang, zu dem es 1989/90 kam, war sehr wahrscheinlich sowohl auf die Kommunalwahlen in Frankreich 1989, in denen der *Front National* Zuwächse verzeichnete, als auch auf die rasante Entwicklung in der DDR an der Jahreswende 1989/90 zurückzuführen. Der zweite Grund konnte das Bestreben der Verfechter der deutsch-französischen Zusammenarbeit sein, zu zeigen, dass diese auch nach dem Zerfall des Ostblocks nicht an Bedeutung verlor, sondern vielmehr auch die neuen Bundesländer in sie integriert werden müssen<sup>253</sup>. Die Bedeutung,

---

252 WAGNER, Partnerschaften deutscher Städte, S. 26.

253 Die Befürchtungen der französischen Bürgermeister, dass die deutsch-deutschen Angelegenheiten Vorrang vor den deutsch-französischen Fragen erhalten könnten, dokumentieren

die die Partnerschaftsverantwortlichen Anfang der 1990er Jahre einer Fortsetzung der privilegierten deutsch-französischen Beziehungen beimaßen, kam auch in einigen Fallstudien zum Ausdruck. Das dritte, wiewohl ergänzende Motiv stellten die finanziellen Zuschüsse dar, die seit dem Jahr 1990 vonseiten der Europäischen Kommission zur Förderung der kommunalen Partnerschaften bewilligt wurden. Die für die jüngste Generation bestimmten Programme konnten zudem aus dem Haushalt des DFJW kofinanziert werden, das zu Beginn des Jahrzehnts gerade den neuen Bundesländern verstärkte Aufmerksamkeit widmete.

Wenngleich der Einbruch, den die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit 1995 verzeichnete, der Krise der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene entsprach, hatte die Entwicklung auf der Kommunalebene noch eine weitere Ursache – die Kommunalwahlen in Frankreich und das damit einhergehende rückläufige Interesse für die Auslandsaktivitäten der Kommunen. Das Wahlergebnis wiederum brachte einigen deutschen Bürgermeistern »problematische« Partner in Form von Vertretern des *Front National*. Bisher ist jedoch nur ein Fall bekannt, wo dies zum Abbruch der offiziellen Kontakte führte, und zwar zwischen Rastatt und Orange<sup>254</sup>. Zugleich muss ergänzt werden, dass der Rückgang des Interesses an der kommunalen Zusammenarbeit zwar der Tendenz der offiziellen Beziehungen entsprach, zweifellos aber auch durch eine gewisse Sättigung gefördert wurde, die sich Mitte der 1990er Jahre bei den Städte- und Gemeindevertretern bezüglich der internationalen Aktivitäten auf kommunaler Ebene einstellte<sup>255</sup>. Damit korrespondierte die Situation in den neuen Bundesländern, in denen allgemein ein abnehmendes Interesse an den deutsch-französischen Aktivitäten zutage trat<sup>256</sup>.

Umso überraschender war der zahlenmäßige Anstieg, den alle Formen deutsch-französischer kommunaler Zusammenarbeit im Jahr 2000 auswiesen. Angesichts dessen, dass in den Jahren 2001–2005 der Zuwachs wieder unter die Grenze von 20 Partnerschaften pro Jahr fiel<sup>257</sup>, handelte es sich

---

zum Beispiel die folgenden Aufsätze: Deutsche Fragen – Europäische Fragen?!, in: *Europa kommunal* 14 (1990), S. 113f.; Französische Bürgermeister in den neuen Bundesländern, in: *Europa kommunal* 15 (1991), S. 147.

254 Rechte Macht im Rathaus gefährdet Städtepartnerschaft, in: *Europa kommunal* 22 (1998), S. 246f.

255 LEITERMANN, Städte initiierten, S. 4.

256 RÖSEBERG, Mittler und Institutionen, S. 33. Eine detailliertere Analyse dessen, wie sich die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit in der ersten Hälfte der 1990er Jahre entwickelte, kann von der Dissertation Tanja Herrmanns erwartet werden. Diese beschäftigt sich mit den deutsch-französischen Partnerschaften in den Jahren 1986–1996 und entsteht als Cotutelle an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und an der *Université de Paris I Panthéon-Sorbonne*.

257 Lucie FILIPOVÁ, Německo-francouzské vztahy z perspektivy německého federalismu [Die deutsch-französischen Beziehungen aus der Perspektive des deutschen Föderalismus], in: Petr



im Jahr 2000, aber lediglich um einen einmaligen Ausschlag. Wodurch war das Jahr 2000 so spezifisch? Auch wenn bisher keine eindeutige Erklärung gefunden werden kann, so bietet sich auf Basis der Fallstudien an, einen Zusammenhang mit der europäischen Integration zu vermuten, die von den Organisatoren der Partnerschaften oft reflektiert wurde. Sowohl der 50. Jahrestag der Schuman-Deklaration als auch die französische EU-Ratspräsidentschaft konnten ein Argument dafür sein, seitens der deutschen und französischen Kommunen die europäische Integration dadurch zu fördern, dass sie den bisherigen gemeinsamen Beziehungen die Gestalt einer offiziellen Partnerschaft gaben. Die ungewöhnlich häufige Kooperation in Form von weniger formalisierten und somit auch weniger verbindlichen Freundschaften und Kontakten zeugt ebenfalls davon, dass das Jahr 2000 auch als symbolischer Eintritt in das neue Jahrtausend verstanden werden konnte, der in den bilateralen Beziehungen wenigstens auf diesem Weg verewigt werden sollte.

Obwohl sich der Westteil der Bundesrepublik auch in den 1990er Jahren stärker in der kommunalen Zusammenarbeit mit Frankreich engagierte als der Ostteil, war Ende 2000 dennoch eine gewisse Annäherung zu beobachten. Waren 1990 auf eine deutsch-französische Partnerschaft in den neuen Bundesländern noch fast 22 Partnerschaften auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik gekommen, so betrug dieses Verhältnis zehn Jahre später nur noch eins zu zwölf. Ein noch größerer Rückgang wurde in der Zahl der Einwohner verzeichnet, die auf einen Partnerschaftsvertrag entfielen: Während sich dieser Wert in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 2000 von 42.000 auf 36.000 Einwohner verringerte, sank er auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von 238.000 auf 98.000.

Wenngleich die deutsche Wiedervereinigung einen Umbruchmoment darstellte, wurde die geographische Verteilung der neuen Fälle deutsch-französischer kommunaler Zusammenarbeit davon nur minimal beeinflusst. Die meisten neuen Partnerschaftsverträge (insgesamt 55 Prozent) wurden in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz registriert, d.h. in den gleichen Regionen wie in den Jahren 1974–1989. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz belegten in den statistischen Übersichten bereits seit 1950 die ersten Plätze. Im Falle Bayerns ist offenkundig, dass die Zusammenarbeit der dortigen Städte und Gemeinden mit den französischen Pendant oftmals das Modell kopierte, das bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Anwendung gefunden hatte. Damals wurden die französischen

---

ML.SNA u.a., Německá centra, německé periferie. Federalismus – regionalismus – subsidiarita [Deutsche Zentren, deutsche Peripherien. Föderalismus – Regionalismus – Subsidiarität], Prag 2010, S. 193–220, hier S. 208. Eine sehr niedrige Zahl von neugegründeten deutsch-französischen Städtepartnerschaften gibt für die Jahre 2000–2010 auch HERRMANN, Les jumelages franco-allemands, S. 53, an.

Partnerkommunen in demjenigen Departement gesucht, mit dem bereits der jeweilige bayerische Bezirk zusammenarbeitete. Die Bedeutung, die der regionalen Kooperation in Bayern zukam, wird auch dadurch belegt, dass im Laufe der 1990er Jahre mit drei weiteren Departements (Oise, Corrèze und Limousin) Partnerschaftsverträge geschlossen wurden<sup>258</sup>.

Da die grenzübergreifende Zusammenarbeit höherer Gebietskörperschaften seit dem Jahr 1990 finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Programm INTERREG erhielt, intensivierten noch weitere »alte« Bundesländer diese Form der deutsch-französischen Kooperation: Reinland-Pfalz (mit Burgund), Baden-Württemberg (mit Rhône-Alpes), Nordrhein-Westfalen (mit Nord-Pas-de-Calais), Hessen (mit Aquitanien), Niedersachsen (mit Haute-Normandie), Saarland (mit Loire-Atlantique und Lothringen) und Schleswig-Holstein (mit Pays de la Loire)<sup>259</sup>. Während bei Rheinland-Pfalz und dem Saarland offensichtlich ist – und im vorangegangenen Text bereits erwähnt wurde –, dass ein bedeutender Teil der Städte und Gemeinden seine Pendanten wirklich in den Partnerregionen suchte, ist im Falle der übrigen Länder diese Korrelation bisher nicht ausreichend untersucht worden. Ein Zusammenhang zwischen der regionalen Zusammenarbeit und der geographischen Lage der Partnerkommunen ist höchstwahrscheinlich, muss jedoch noch belegt und in zwei Hinsichten präzisiert werden. Erstens stellt sich die Frage, wie groß der Anteil dieser Partnerschaften an allen deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften ist, die in dem gegebenen Bundesland geschlossen wurden. Zweitens ist nicht immer klar, wann der Impuls zu einer solchen Kooperation von der Kommunal- und wann vielmehr von der Regionalebene kam.

Abgesehen von der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Regionen waren die 1990er Jahre auch dadurch spezifisch, dass sich der Abstand zwischen dem Trio der aktivsten Bundesländer und dem Rest vergrößerte. Grund für das abnehmende Interesse konnte sowohl eine lokale Sättigung der Nachfrage nach engeren Kontakten mit Frankreich sein wie auch die Nutzung neuer Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit (insbesondere mit Polen), die der Zerfall des Ostblocks mit sich brachte. Dementsprechend verzeichneten Hessen, Nordrhein-Westfalen, aber auch Baden-Württemberg in einigen Jahren ebenso niedrige Zuwächse wie zuletzt in den 1950er Jahren.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR herrschte ein erkennbarer Unterschied zwischen Thüringen und den anderen neuen Bundesländern. Thüringen, auf dessen Territorium in den 1990er Jahren über 50 neue deutsch-französische Kooperationen entstanden (davon 34 Partnerschaften), hielt Schritt mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen. Berücksichtigte man

---

258 Vgl. Kommunale Partnerschaften in Bayern: Partnerschaften der Bezirke. Stand: 05.06.2013.

259 Vgl. Französische Botschaft in Berlin, Partnerschaften der Bundesländer.

die unterschiedliche Einwohnerzahl, rückte Thüringen im gesamtdeutschen Tableau sogar auf den zweiten Platz vor – knapp hinter Rheinland-Pfalz. Thüringen war zugleich das erste Bundesland aus dem Ostteil der Bundesrepublik, dass auf regionaler Ebene die Zusammenarbeit mit Frankreich aufnahm, und zwar auf Basis einer gemeinsamen Deklaration von 1994 mit der Picardie. Es wird daher zurecht als »pionnier des échanges« zwischen den neuen Bundesländern und Frankreich bezeichnet<sup>260</sup>.

Was brachte Thüringen aber zu einem solch intensiven Interesse an Kontakten mit Frankreich? Teilweise ist dies auf die geographische Lage zurückzuführen, die Thüringen zwar keinen direkten ausländischen Nachbarn beschert, zugleich aber dafür sorgt, dass die Entfernung zur deutsch-französischen Grenze für die meisten Einwohner geringer ist als für die Menschen in den übrigen Teilen der ehemaligen DDR. Das zweite, wohl wesentlichere Motiv waren die engen Kontakte, die Rheinland-Pfalz seit 1989 zu Thüringen unterhielt mit dem Ziel, diesem beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen zu helfen. Diese Hilfe umfasste nicht nur die Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern auch die Vermittlung von Erfahrungen und den »Verleih« qualifizierter Beamter<sup>261</sup>. Da diese Leute aus einem Milieu stammten, in dem die Kooperation mit Frankreich bzw. Burgund langfristig gefördert wurde, kann angenommen werden, dass sie sich bemühten, diese profranzösische Orientierung auch beim Aufbau der Auslandskontakte Thüringens durchzusetzen. Für diese These spricht, dass die Vertreter der Thüringer Regierung von Anfang an erwogen, gerade Burgund, d.h. die Partnerregion von Rheinland-Pfalz, zum thüringischen Partner in Frankreich zu machen<sup>262</sup>. In den anderen neuen Bundesländern hingegen war die Anzahl der deutsch-französischen Partnerschaften im gesamten Jahrzehnt deutlich unterdurchschnittlich, wenn auch häufiger losere Kooperationsformen zu verzeichnen waren.

Summieren wir die Angaben über die Verteilung der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften für den gesamten Untersuchungszeitraum, wurden die meisten Partnerschaftsverträge (457) in Baden-Württemberg unterzeichnet. Danach folgen mit relativ großem Abstand Bayern (336) und Rheinland-Pfalz (301). Einen bedeutenden Anteil an den insgesamt ca. 2.000 Verträgen haben ferner Nordrhein-Westfalen (254) und Hessen

260 Christine Gesa LICHTÉ, L'Office franco-allemand pour la jeunesse et la coopération inter-régionale de l'État libre de Thuringe, in: BOCK u.a. (Hg.), Les jeunes dans les relations transnationales, S. 237–253, hier S. 237.

261 Vgl. Rheinland-Pfalz – Die Landesregierung, Gelungene Zusammenarbeit, in: URL: <[http://www.rlp.de/no\\_cache/einzelsicht/article/gelungene-zusammenarbeit](http://www.rlp.de/no_cache/einzelsicht/article/gelungene-zusammenarbeit)> (15.05.2014) oder MÜLLER/MÜLLER (Hg.), Kommunalen Brückenschlag zur Wiedervereinigung. Das bekannteste Beispiel dieses Personaltransfers war Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz in den Jahren 1976–1988, der 1992 zum thüringischen Ministerpräsidenten gewählt wurde und diese Funktion bis 2003 ausübte.

262 LICHTÉ, L'Office franco-allemand, S. 240.

(253). Berücksichtigen wir die unterschiedliche Einwohnerzahl der einzelnen Bundesländer sowie die Tatsache, dass im Jahr 2000 im gesamtdeutschen Durchschnitt auf eine Million Einwohner 25 Partnerschaften entfielen, liegen fünf Länder über diesem Durchschnitt: Rheinland-Pfalz (75), Saarland (60), Baden-Württemberg (44), Hessen (42) und Bayern (28). Die deutlichste Veränderung ist im Falle des Saarlands zu beobachten, womit sich bestätigt, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit mit französischen Kommunen in denjenigen Regionen am größten war, die geographische wie historische Verbindungen zu Frankreich hatten – dank ihrer Lage und der gemeinsamen Vergangenheit, zu der auch die ersten Nachkriegsjahre unter französischer Besatzungsverwaltung zählten.

Für die französische Seite trifft dies nur teilweise zu. Wenngleich uns nur unvollständige Angaben zur Verfügung stehen, die überdies nicht ganz kompatibel mit den Angaben der Gesamtdatenbank sind, ergeben sich aus ihnen zwei eindeutige Schlussfolgerungen: Erstens wurden die meisten Fälle deutsch-französischer kommunaler Zusammenarbeit in denjenigen Regionen verzeichnet, die zu den bevölkerungsreichsten in Frankreich gehörten. Konkret handelt es sich um Île-de-France (11 Prozent), Rhône-Alpes (9 Prozent), Pays de la Loire (8,1 Prozent) und Nord-Pas-de-Calais (6,4 Prozent)<sup>263</sup>. Eine Ausnahme stellte im Führungs- Quintett lediglich Burgund dar (7,3 Prozent). Zweitens ist offensichtlich – berücksichtigen wir die unterschiedliche Einwohnerzahl –, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit mit deutschen Städten und Gemeinden mit der geographischen Lage zusammenhängt. Teilen wir Frankreich ungefähr nach dem Lauf von Loire und Doubs in einen Nord- und einen Südteil, befinden sich alle fünf führenden Regionen in der nördlichen Hälfte. Konkret handelt es sich um Burgund (101 Fälle auf eine Million Einwohner), Basse-Normandie (92), Champagne-Ardenne (65), Haute-Normandie (60) und Elsass (55). Das Quintett am Ende des Tableaus hingegen umfasst die Regionen im südlichsten Teil Frankreichs bzw. im Mittelmeer. Zu dieser Gruppe zählen Aquitanien (20), Provence-Alpes-Côte d’Azur (19), Languedoc-Roussillon (18), Midi-Pyrénées (9) und Korsika (3). Eine große Entfernung von der deutsch-französischen Grenze ist also ein potenzieller Negativfaktor, zugleich aber kein unüberwindbarer. Letzteres belegen die Regionen Limousin und Pays de la Loire, in denen auf eine Million Einwohner eine überdurchschnittliche Zahl von Kooperationen entfällt (54 und 53) – im Unterschied zum Beispiel von der Grenzregion Lothringen (51). Die vorderste Positionierung Burgunds ist in erster Linie das Ergebnis

263 Da die Reihenfolge der Regionen auf Basis der Daten für den Zeitraum 1950–2007 erstellt wurde, werden bewusst die prozentuellen Anteile und nicht konkrete Werte genannt. Der durchschnittliche Anteil pro Region betrug 4,5 Prozent aller kommunalen Kooperationen (d.h. Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte), die zwischen deutschen und französischen Kommunen unterhalten wurden.

der engen Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz, die bis in die 1950er Jahre zurückreicht. Diese Kooperation löste ein größeres Interesse an einer Partnerschaft mit einem deutschen Pendant aus als die geographische, historische oder sprachliche Nähe, die in anderen französischen Regionen ausgeprägter war.

Die konkrete Gestalt der deutsch-französischen Partnerschaften in den neuen Bundesländern vermittelt die letzte Fallstudie. Diese beschäftigt sich mit der Kooperation zwischen Bautzen und Dreux, die als Vertreter der Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.001 und 100.000 gewählt wurden. Das genannte Duo ist darüber hinaus ein Beispiel für Partner, zwischen denen eine große Entfernung liegt (ca. 1.200 km) und die mit unterschiedlichen demographischen Problemen konfrontiert sind. Das sächsische Bautzen dient zugleich als Anschauungsobjekt dafür, wie sich in denjenigen Gebieten, die traditionell Verbindungen zu den östlichen Nachbarn hatten, die Kontakte zu Frankreich gestalteten. Dreux hingegen repräsentiert diejenigen französischen Kommunen, die dank der deutschen Wiedervereinigung einen zweiten Partner in der Bundesrepublik gewannen.

Die eigentliche Partnerschaft zwischen Bautzen und Dreux wurde 1992 geschlossen, als sich die kommunale Zusammenarbeit mit Frankreich im gesamtdeutschen Maßstab eines überdurchschnittlichen Interesses erfreute. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war dies vor allem aus der Resonanz ersichtlich, die das DFJW fand. Gemessen an der Zahl der Veranstaltungen und Teilnehmer war das Jahr 1992 das erfolgreichste seines gesamten bisherigen wie zukünftigen Wirkens in den neuen Bundesländern<sup>264</sup>.

Wenngleich ideologisch motivierte Kontakte zwischen Bautzen und Dreux bereits vor 1989 bestanden hatten, nahmen die einfachen Bürger erst an der Wende der Jahre 1989/90 die gegenseitige Kommunikation auf. Die Initiative dazu kam aus Dreux, konkret von dem Vorsitzenden des dortigen Partnerschaftskomitees, einem Deutschlehrer. In der Partnerschaft wurden als Hauptziel die Kontakte zwischen den Bürgern genannt, die zu einem größeren Verständnis zwischen den Völkern und zu einem friedlichen Zusammenleben allgemein beitragen sollten. Der Vertragstext unterschied sich von jenen in früheren Fallstudien dadurch, dass er vollständig apolitisch konzipiert worden war, d.h. er erwähnte weder die Förderung der deutsch-französischen Beziehungen noch die europäische Integration.

Die Zusammenarbeit zwischen Bautzen und Dreux spielte sich in den 1990er Jahren am häufigsten im kulturellen Bereich oder in Form von Schüleraustauschen ab. Ein regelmäßiges Element waren Gruppenreisen in die Partnerstadt, und an den gemeinsamen Aktivitäten beteiligten sich wiederholt auch Vertreter weiterer Partnerstädte. Bautzen knüpfte auf diesem

---

264 PFEIL, *L'intégration des nouveaux Länder*, S. 159.

Weg Kontakte mit dem französischen Montpellier, dessen deutscher Partner Heidelberg gleichzeitig auch Partner Bautzens war. Wie aus den zeitgenössischen Quellen hervorgeht, war es relativ üblich, dass die französische Seite mittels einer Partnerkommune in der alten Bundesrepublik in Kontakt mit den Einwohnern der ehemaligen DDR kam<sup>265</sup>.

Im Rahmen einer solchen multilateralen Kooperation herrschten spezielle Verbindungen zwischen Bautzen und dem hessischen Melsungen. Dieses war bereits seit 1966 offizieller Partner von Dreux, und die Bautzener Seite betrachtete ihre mannigfaltige Zusammenarbeit als nachahmenswertes Beispiel sowie in praktischen Angelegenheiten als inspirierendes Modell. Wenngleich Bautzen bestritt, dass es mit Melsungen in eine Konkurrenz treten würde, bestand diese zweifelsohne dennoch. Dreux hatte nämlich weder Potenzial noch Kapazitäten genug, um mit beiden deutschen Partnern gleich intensiv zusammenzuarbeiten.

Insgesamt ist offensichtlich, dass sich die Bautzener Kooperation mit Dreux von den »westdeutschen« Partnerschaften, die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellt wurden, mindestens in zwei Hinsichten unterschied. Erstens wurden die Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise der Zusammenarbeit mit einem polnischen oder tschechischen Partner vorgezogen, da in Bautzen alle Partnerschaften als Bestandteil eines weiteren Netzes von internationalen Kontakten auf kommunaler Ebene verstanden wurden. Zweitens mussten sich die Bautzener Partnerschaftsverantwortlichen mit einem wesentlich geringeren Budget zufriedengeben als die Städte im Westen der Bundesrepublik. Da eine ähnliche (wenn nicht gar schlimmere) Situation auch in den Beziehungen zwischen Wismar und Calais herrschte, kann vermutet werden, dass die beiden genannten Phänomene für die deutsch-französischen Partnerschaften in den neuen Bundesländern allgemein typisch waren.

Die Fallstudien, in denen die parallelen Kooperationen französischer Kommunen mit zwei deutschen Partnern vor dem Jahr 1990 vorgestellt wurden, zeigten zugleich, dass diese zwei (wiewohl völlig unterschiedlichen) Partnerschaften nicht ganz isoliert voneinander waren. Die westdeutschen Städte wussten von der Zusammenarbeit des französischen Partners mit der ostdeutschen Stadt und reflektierten diese unterschiedlich intensiv. Das Gleiche galt für die Partnerstädte in der DDR. Wenngleich derzeit Kontroversen darüber geführt werden, ob die deutsch-deutsch-französischen Beziehungen einem »asymmetrischen Dreieck« glichen oder nicht<sup>266</sup>, ist wichtig, dass die Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich immer häufiger zum Bestandteil der Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen werden.

---

265 WOESLER (Hg.), *Deutsch-französische Städtepartnerschaften*, S. 27.

266 Die These über das »asymmetrische Dreieck der deutsch-deutsch-französischen Beziehungen« vertritt Ulrich Pfeil, siehe z.B. DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*,

Betrachten wir die weiteren Fallstudien, die in diesem Kapitel fortgeführt wurden, können wir konstatieren, dass der Zerfall des Ostblocks auch in den westdeutsch-französischen Partnerschaften Niederschlag fand. Sowohl bei dem Paar Kirkel – Mauléon als auch in der Partnerschaft Brombachtal – La Rivière-de-Corps machte die französische Seite den Vorschlag, die bilaterale Zusammenarbeit um einen Partner aus Mittel- oder Osteuropa zu erweitern. Die deutsche Reaktion war entweder halbherzig oder direkt ablehnend. Auch die Vertreter von Mainz und Dijon planten eine gemeinsame Hilfsaktion für ihre Partner im ehemaligen Ostblock. Es ist also offensichtlich, dass die französischen Städte und Gemeinden sehr oft ein Interesse daran hatten, in ihre Auslandsaktivitäten sowohl westdeutsche als auch ostdeutsche bzw. osteuropäische Partner einzubeziehen. Im Rahmen der untersuchten Partnerschaften entzieht sich dieser Schlussfolgerung lediglich Calais. Hier wurde trotz der offiziellen Kooperation mit Wismar kein erhöhtes Interesse an den Ländern jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs verzeichnet.

Das zweite Beispiel dafür, dass die deutsch-französischen Städtepartnerschaften die politische Entwicklung reflektierten, war im Zusammenhang mit der fortschreitenden europäischen Integration zu beobachten. So schenkten die Organisatoren der partnerschaftlichen Aktivitäten wiederholt der Entstehung des europäischen Binnenmarktes Beachtung. In Mainz und Dijon wurde damit vor allem die Notwendigkeit verbunden, die Sprachbarriere zu beseitigen, was durch eine intensivere Förderung der Schüleraustausche geschehen sollte. In Kirkel und Mauléon wurde auch der Maastrichter Vertrag selbst zum Gegenstand der Partnerschaftsverhandlungen, dessen Ratifizierung in Frankreich in Form eines Referendums erfolgte. Nicht nur der Mauléoner, sondern auch der Kirkeler Partnerschaftsverein riefen die Bürger Mauléons daher dazu auf, dem Vertrag ihre Unterstützung zu geben. Die Entstehung der Europäischen Union und die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes wurden ebenfalls in der Partnerschaft der kleinsten Gemeinden reflektiert, also in Brombachtal und La Rivière-de-Corps. Die europäische Integration diente hier nicht nur als Argument für eine Intensivierung der Jugendaustauschprogramme, sondern war in Gestalt der europäischen Symbole bzw. als Thema der Kinderspiele und -wettbewerbe ebenfalls bei den Partnerschaftstreffen anwesend. Die EG/EU wurde schließlich auch als Finanzquelle genutzt. So erhielten sowohl die Vertreter Kirkels (zweimal) als auch die Repräsentanten Bautzens Zuschüsse aus dem europäischen Partnerschaftsfonds.

---

S. 141. Dem widerspricht Hélène Miard-Delacroix, die vielmehr der Ansicht ist, dass die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, der DDR und Frankreich so symmetrisch gewesen seien, »dass das Dreieck einer Linie gleich wäre«. Vgl. MIARD-DELACROIX, Im Zeichen der europäischen Einigung, S. 97.

Im Kontrast zu der Aufmerksamkeit, die in den Partnerstädten und -gemeinden der Entwicklung in der EG/EU gewidmet wurde, steht die Tatsache, dass in den Quellen jegliche Reflexion der deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene fehlt. Nicht einmal in der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon ist diese nachgewiesen, obwohl beide Städte im Laufe der 1990er Jahre Austragungsort eines deutsch-französischen Gipfeltreffens waren. Diese Absenz kann als Bestätigung dafür gewertet werden, dass sich die Rolle der deutsch-französischen Partnerschaften immer mehr aus dem bilateralen Rahmen auf die europäische Ebene verlagerte.

Das bedeutete jedoch nicht, dass die Städte und Gemeinden damit aufgehört hätten, die Entwicklung in der Partnerkommune zu verfolgen. Vielmehr scheint es so, dass die diesbezüglichen Barrieren nunmehr gefallen waren. Eine solche war die ungeschriebene Regel, dass sich die offiziellen Vertreter der einen nicht zur inneren Entwicklung der anderen Gemeinde äußern. Eine Ausnahme stellte nur eine Situation dar, wenn an die Spitze der Kommune Politiker gelangten, die von der anderen Seite als linke oder als rechte Extremisten betrachtet wurden. Obwohl weder in Mainz noch in Dijon Extremisten regierten, verstieß der sozialdemokratische Mainzer Oberbürgermeister gegen das Neutralitätsgebot und kritisierte offen seinen gaullistischen Dijoner Amtskollegen.

Außer der Reaktion auf die politische Entwicklung wiesen die untersuchten Partnerschaften noch weitere gemeinsame Charakteristika auf. Ebenso wie in den 1980er Jahren bemühten sich die Partnerschaftsorganisatoren darum, die junge Generation in die jeweiligen Aktivitäten einzubinden. Eine Erweiterung des Programms für die Jugend war im Übrigen auch Bestandteil des sog. Rastatter Appells, der im November 1996 auf dem Deutsch-Französischen Partnerschaftskongress angenommen wurde<sup>267</sup>. Da die Austauschprogramme für die Schüler der weiterführenden Schulen bereits einen traditionellen Bestandteil der Partnerschaftsaktivitäten darstellten, musste die Zusammenarbeit noch auf weitere Bereiche erweitert werden. Im Rahmen der Partnerschaft zwischen Mainz und Dijon wurde so am Ende der 1990er Jahre auch für die Grundschüler ein entsprechender Schüleraustausch organisiert, ein Projekt, das die kleinen Gemeinden (Brombachtal und La Rivière-de-Corps) bereits mit einem zehnjährigen Vorsprung angestoßen hatten. Zu einem erhöhten Interesse an den Schüleraustauschen sollte perspektivisch auch eine frühere Unterrichtung in der Sprache des Partnerlandes beitragen. In Kirkel wurde der Französischunterricht daher nicht nur in der Grundschule eingeführt, sondern mittels einer Muttersprachlerin auch im Kindergarten. Mainz und Dijon banden auch ihre Universitäten stärker in

---

267 SACH, Die Jugend in der deutsch-französischen Partnerschaft, S. 30.



die Partnerschaft ein, die wiederum die Kooperation um einen integrierten deutsch-französischen Studiengang bereicherten.

Die Vorbereitungen zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes motivierten die Partnerkommunen dazu, die Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich zu entwickeln bzw. zu intensivieren. Ein erhöhtes Interesse daran bekundeten ebenfalls die Banken und Wirtschaftsverbände<sup>268</sup>. Die Realisierung dieses Vorhabens hing jedoch wesentlich von der Größe der jeweiligen Gemeinde ab. Im Falle der Großstädte (Mainz und Dijon) gelang eine komplexe Umsetzung, die nicht nur die Propagierung der Partnerregionen und der dortigen Produkte umfasste, sondern auch die Förderung von Kontakten zwischen den örtlichen Firmen und Handelskammern sowie die Vermittlung von Praktika. Da sich diese Kooperation nicht nur auf Mainz und Dijon beschränkte, sondern ganz Rheinland-Pfalz und Burgund zugute kam, ist offensichtlich, dass ein Zusammenspiel der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit der Wirtschaft zweifelsohne zuträglich war. In die Kooperation der 10.000er-Gemeinden (Kirkel und Mauléon) konnte das wirtschaftliche Element vor allem in Form von Praktika und Ferienjobs integriert werden. Dennoch bekundete in der genannten Partnerschaft fast ausschließlich die französische Jugend Interesse an diesem Angebot. Befürchtungen, dass die wirtschaftlichen Verbindungen die übrigen Aspekte der kommunalen Zusammenarbeit in den Hintergrund drängen könnten<sup>269</sup>, waren somit – zumindest im Kontext der detailliert untersuchten Partnerschaften – übertrieben. Realistisch hingegen erscheint die Schlussfolgerung, dass der wirtschaftliche Aspekt in den deutsch-französischen Partnerschaften in den 1990er Jahren sehr viel weniger präsent war als in Partnerschaften, die die deutschen Kommunen mit ihren Pendants in Großbritannien oder in den Ländern Mittel- und Osteuropas unterhielten<sup>270</sup>.

Ein weiteres Element, das in allen Fallstudien mit Ausnahme von Duisburg und Calais auftauchte, waren die gemeinsamen Gottesdienste. Diese hatten in der Regel einen ökumenischen Charakter und gaben, obgleich sie nicht jedes Jahr auf dem Programm der Partnerschaftsbegegnungen standen, der kommunalen Zusammenarbeit eine spirituelle Dimension. Die Kirche, deren ausgewählte Vertreter an der Wende von den 1940er zu den 1950er Jahren zu den ersten Verfechtern der deutsch-französischen Aussöhnung gehört hatten<sup>271</sup>, bewahrte sich so in den kommunalen Partnerschaften wenigstens eine symbolische Rolle.

---

268 Deutsch-Französischer Bürgermeisterkongress Ludwigsburg, S. VI.

269 CHOMBARD-GAUDIN, *Pour une histoire*, S. 66.

270 WOESLER (Hg.), *Deutsch-französische Städtepartnerschaften*, S. 25.

271 Eine Basis-Charakterisierung und eine entsprechende Bibliographie reichen DEFRANCE/PFEIL, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, S. 168.

Eine symbolische Bedeutung hatte ebenfalls der Abdruck, den die Städte und Gemeinden in der Topographie der Partnerkommune hinterließen. Auch wenn die Straßen und Plätze, die den Namen des deutschen oder französischen Partners trugen, bereits seit dem Anfang der 1960er Jahre entstanden, trat in den Fallstudien dieser Trend gerade in der ersten Hälfte der 1990er Jahre am deutlichsten hervor. Es bietet sich die Frage an, ob die Anhänger der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit auf diesem Wege nicht wenigstens etwas die negative Bilanz der offiziellen Beziehungen auf höchster Ebene ausgleichen wollten.

Dennoch sahen sich auch die Kommunalpartnerschaften einigen Problemen gegenüber. Das erste von ihnen war die abnehmende Intensität der gegenseitigen Kontakte. Im Fall von Bautzen und Dreux, wo dieser Rückgang nach dem Jahr 1997 verzeichnet wurde, handelte es sich um eine natürliche Erscheinung des Kooperationsprozesses, die sich dort allerdings früher einstellte als bei den zuvor untersuchten Partnerschaftspaaren. Auch in der Zusammenarbeit zwischen Brombachtal und La Rivière-de-Corps war eine rückläufige Teilnehmerzahl erkennbar. Mit einem Mangel an interessierten Bürgern hatten in einigen Jahren (einschließlich der Jubiläumsjahre) auch Kirkel und Mauléon zu kämpfen – ungeachtet dessen, dass die Leitung der örtlichen Partnerschaftsvereine Mitte der 1990er Jahre zwei Männer in den Dreißigern übernommen hatten. Die größte Stagnation war jedoch zwischen Calais und seinen deutschen Pendanten zu beobachten. Die Kooperation zwischen Duisburg und Calais beschränkte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf den Bereich des Sports, was für eine Halbmillionenstadt eine etwas schwache Bilanz war. Die Aktivitäten zwischen Wismar und Calais befanden sich fast auf dem Nullpunkt. Grund dafür war sowohl die Untätigkeit der französischen Seite als auch die übertrieben kritische Betrachtung der gegenseitigen Kontakte vor 1989 seitens Wismars. Zu der Absenz gemeinsamer Aktivitäten trugen auch die große Entfernung zwischen den Städten und eine schlechte Finanzlage bei. Damit hatte jedoch noch eine Reihe weiterer Städte zu kämpfen, vornehmlich in den neuen Bundesländern und in Regionen, die von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen waren. Wurden die Rathäuser noch zu Beginn der 1980er Jahre dafür kritisiert, in den Partnerschaften vor allem als Banken zu fungieren, die die entsprechenden Aktivitäten zu einem großen oder auch kleineren Teil finanzieren<sup>272</sup>, so war dieser Vorwurf am Ende der 1990er Jahre vielerorts schon nicht mehr aktuell.

Ein weiteres Problem, mit dem die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften konfrontiert waren, betraf einen der traditionellen Pfeiler der Zusammenarbeit, und zwar die kurzzeitigen Schüleraustauschprogramme. Wie am Beispiel von Bautzen und Dreux deutlich wurde, wirkten ihrer

---

272 BRÜSKE, *Provokante Thesen*, S. 38.

langfristigen Existenz einige Faktoren entgegen: die hohe Abhängigkeit von konkreten Personen (in der Regel Lehrern); die geringe Geburtenrate, die die Schließung oder Zusammenlegung der weiterführenden Schulen zur Folge hatte; ein abnehmendes Interesse für den Unterricht der Sprache des Partnerlandes; ein zu großer Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Obgleich die Anhänger der internationalen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene die Partnerschaftsverantwortlichen dazu aufforderten, auch die Mitbürger anderer Nationalität anzusprechen<sup>273</sup>, zeigte die Bautzener Erfahrung mit Dreux klar, dass eine solche Kooperation wiederum mit unerwarteten Hindernissen zu kämpfen hatte – sowohl mit einem ungenügendem Umfeld für die Gewährleistung der Reziprozität als auch mit andersartigen historischen Erfahrungen und den daraus resultierenden unterschiedlichen sozio-kulturellen Bedürfnissen. Im Fall von Mainz und Dijon, die sich einer Reihe langfristig laufender Schulpartnerschaften rühmen konnten, manifestierte sich noch ein weiteres Problem dieser Austauschprogramme. Wie bereits wissenschaftliche Studien seit Ende der 1960er Jahre betonten, drohte ohne ausreichende Vorbereitung bei solchen Treffen eher eine Verfestigung negativer Heterostereotypen, anstatt diese abzubauen und die Schüler insgesamt in Toleranz zu schulen<sup>274</sup>.

Mit der Jugend hing eng auch die Frage des Generationenwechsels zusammen, die in den deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften allgemein seit den 1980er Jahren aufgeworfen wurde und sich immer dringender gestaltete<sup>275</sup>. Das Hauptproblem bestand darin, dass die junge Generation die Partnerkommune in der Regel im Rahmen einer Schulpartnerschaft kennenlernte und an einer weiterführenden Zusammenarbeit kein Interesse bekundete<sup>276</sup>. Während die Gründe für dieses Desinteresse in den 1990er Jahren detailliert analysiert wurden, waren wirksame Lösungsvorschläge schon seltener. Wie aus dem Jugendforum folgerte, das 1998 unter der Beteiligung von Mainzer und Dijoner Vertretern stattfand, sagten den jungen Leuten weder Inhalt noch Organisation der Partnerschaften zu. Die Strukturen der entsprechenden Vereine erschienen ihnen verknöchert und von den partnerschaftlichen Aktivitäten erwarteten sie einen persönlichen Gewinn, nicht nur ein gemeinsames Erlebnis. Diese Gesinnung der jungen Generation, die sich wesentlich von derjenigen ihrer Vorgänger in den 1960er oder 1970er Jahren

---

273 Kommunale Partnerschaften – konkrete Projekte und Innovationen, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 160.

274 Vgl. GRAUHAN, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden, S. 88f.; GARSTKA, Die Rolle der Gemeinden, S. 113; MIREK, Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften, S. 65f.

275 Für die 1990er Jahre vgl. z.B. Generationenwechsel, in: Europa kommunal 17 (1993), S. 261; LEITERMANN, Städte initiierten, S. 7; GIROND DE L'AIN/BANOUN, Unverbrüchliche Bande, S. 122.

276 DIERKES, Freundschaft ohne Grenzen, S. 247f.

unterschied, konstatierte auch das DFJW<sup>277</sup>. Beide Quellen vergaßen ebenfalls nicht, auf die steigende Sprachbarriere hinzuweisen. Auf einen wesentlichen Unterschied zu den vorherigen Jahrzehnten machte schließlich das Bonner Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit aufmerksam: In den 1990er Jahren erblickte die junge Generation nur noch einen geringen Zusammenhang zwischen den Aktivitäten im Rahmen der Kommunalpartnerschaften auf der einen und der »Zukunft Europas« und der »Friedenssicherung« auf der anderen Seite<sup>278</sup>.

Entsprechend diesen Feststellungen empfahl die deutsche Sektion des RGR, in die partnerschaftliche Kooperation folgende Elemente zu integrieren: Begegnungen, die die Verbesserung der Sprachkenntnisse der Jugend zum Ziel haben, den Austausch junger Berufstätiger und Praktikanten oder ein Programm, an dem Jugendliche mindestens dreier Nationalitäten teilnehmen<sup>279</sup>. Mit Ausnahme der Partnerschaften Duisburg – Calais und Wismar – Calais finden wir mindestens eine der genannten Aktivitäten in allen Fallstudien, wobei gilt, dass mit zunehmender Größe der Gemeinde die Chance steigt, dass diese Empfehlungen umgesetzt werden können. Da sich diese Vorschläge allerdings viel mehr als früher an Einzelpersonen richteten, war es unmöglich, einen ähnlichen Masseneffekt zu erzielen wie in den 1960er bis 1980er Jahren, als zwischen den Partnerkommunen Gruppen von insgesamt mehreren Hundert Personen hin- und herreisten. Somit war das 1992 auf dem Kongress französischer und deutscher Bürgermeister aufgestellte Ziel, dass sich an den partnerschaftlichen Aktivitäten jedes Jahr drei bis fünf Prozent der Einwohner der jeweiligen Gemeinde beteiligen sollten, unrealistisch<sup>280</sup>. Für die Zukunft kann vielmehr angenommen werden, dass sich die Zahl insbesondere der jungen Teilnehmer an den Partnerschaftsaktivitäten lediglich in einer Größenordnung von höchstens ein paar Dutzend bewegen wird. Dieser Wert sollte daher nicht das Haupt- und schon gar nicht das einzige Bewertungskriterium dafür sein, ob eine Städtepartnerschaft aufblüht oder einschläft.

Für die 1990er Jahre ist ebenfalls typisch, dass der Beitrag der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften fast ausschließlich in einer breiteren als einer nur bilateralen Perspektive untersucht wurde. Wurde in den Fallstudien die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf irgendeine Weise

---

277 Bock, *Bilateralismus im Zeichen*, S. 185.

278 GV Kinkel Reg., Ord. H, Arbeitsmappe Europa 2000. Neue Formen und Wege der Jugendbeteiligung im Rahmen von Städtepartnerschaften, S. B1.

279 Walter LEITERMANN, Umfrage zur Einbeziehung von Jugendlichen in die Partnerschaften: Jugendliche müssen mehr Mitsprache erhalten, in: *Europa kommunal* 21 (1997), S. 26–28, hier S. 28.

280 Die Rolle der deutsch-französischen Städtepartnerschaften, in: *Europa kommunal* 16 (1992), S. 111.

reflektiert, dann entweder als Beitrag zur europäischen Integration (bei den Paaren Mainz–Dijon, Kirkel–Mauléon, Brombachtal–La Rivière-de-Corps) oder als Teil der Festigung der Beziehungen mit den westlichen und östlichen Nachbarn (Bautzen–Dreux). Auch der Sprachenaspekt verschwand nicht, denn die kommunale Zusammenarbeit wurde in einigen Fällen zum Argument dafür, dass der Unterricht der Partnersprache in den örtlichen Schulen ausgebaut wurde. Das Bestreben, die Französisch- oder Deutschkenntnisse zu vervollkommen, war für die Jugendlichen zweifelsohne auch ein Grund dafür, sich in der Partnergemeinde um einen Job oder ein Praktikum zu bewerben.

Die analysierten Partnerschaften zeigten jedoch, dass die kommunale Zusammenarbeit auch dem Innenleben der beteiligten Gemeinden zuträglich sein kann. Sowohl in Brombachtal als auch in La Rivière-de-Corps trug die Partnerschaft zu einem größeren Zusammenhalt der Einwohner bei, auf französischer Seite half sie gar bei der Annäherung der Alteingesessenen und der Neuankömmlinge. Auf diese integrative Funktion weisen indirekt auch weitere Forscher hin, die bei den Hinzugezogenen ein erhöhtes Interesse an der Kommunalpartnerschaften registrierten<sup>281</sup>. Ferner darf nicht übersehen werden, dass die Partnerschaften – insbesondere in den kleinen Gemeinden – das lokale Kultur- und Gesellschaftsleben bereichern. Unerwartet können sie aber ebenfalls zur Steigerung des Prestiges der Kommune als Ganzes beitragen. La Rivière-de-Corps erzielte dies durch den erwähnten Adventsmarkt, die Mainzer Universität war dank eines neuartigen Studienganges erfolgreich bei der Anwerbung von Hochschulstudenten.

Auch am Ausgang des 20. Jahrhunderts bot sich so eine Reihe von Möglichkeiten, um die Kommunalpartnerschaften zugunsten der beteiligten Gemeinden und ihrer Bewohner zu nutzen. Es handelte sich somit nicht um einen eindeutigen Niedergang dieser Form der Annäherung, sondern vielmehr um die Notwendigkeit, dieser einen neuen Inhalt und neue Perspektiven zu geben.

---

281 FIEBER, Internationale Gemeindepartnerschaften, S. 11; DIERKES, Freundschaft ohne Grenzen, S. 247.



## Schlussbetrachtung

Das halbe Jahrhundert deutsch-französischer Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene kann eine stolze Bilanz vorweisen: über 2.000 Partnerschaftsverträge und weitere fast 170 losere Kooperationen. Dieses mannigfaltige Ganze wurde in dem vorliegenden Buch aus drei unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Der erste Blickwinkel galt den Auswirkungen, die die offiziellen bilateralen Beziehungen auf die Entwicklung der deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften hatten. Die zweite Perspektive richtete sich auf die Motivation der interessierten Personen und die dritte konzentrierte sich auf einen Vergleich der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften in den alten und den neuen Bundesländern.

Aus den durchgeführten Analysen ergibt sich, dass im Rahmen der gewählten Periodisierung diejenigen Phasen überwogen, in denen sich das deutsche und französische Interesse an der kommunalen Kooperation ähnlich wie die bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene entwickelte. Eine solche Übereinstimmung konnte in den Jahren 1950–1962, 1982–1989 und 1990–2000 beobachtet werden. Im Falle der ersten beiden genannten Perioden spiegelte sich ein etwaiger positiver Wandel in den offiziellen Beziehungen in der Regel auch in einem größeren Interesse an der kommunalen Zusammenarbeit wider. In den 1990er Jahren, in denen beide Sphären eine überwiegend negative Entwicklung durchliefen, war wiederum eine Parallele zwischen verschiedenen bilateralen Krisen auf höchster Ebene und einem abnehmenden Interesse an den deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften erkennbar.

In den Jahren 1963–1973 und 1974–1981 hingegen entwickelten sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten und die Verbindungen zwischen den deutschen und französischen Kommunen größtenteils unterschiedlich. So bekundeten die Städte und Gemeinden im erstgenannten Zeitabschnitt ein deutliches Interesse an einer gegenseitigen Zusammenarbeit, obwohl die zwischenstaatlichen Beziehungen von zahlreichen Konflikten gekennzeichnet waren. In den Jahren 1974–1981 hingegen war die Tendenz genau umgekehrt: Die sich vertiefende Kooperation zwischen den höchsten Repräsentanten stand im Gegensatz zu dem Einbruch des Interesses, mit dem die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften konfrontiert waren.

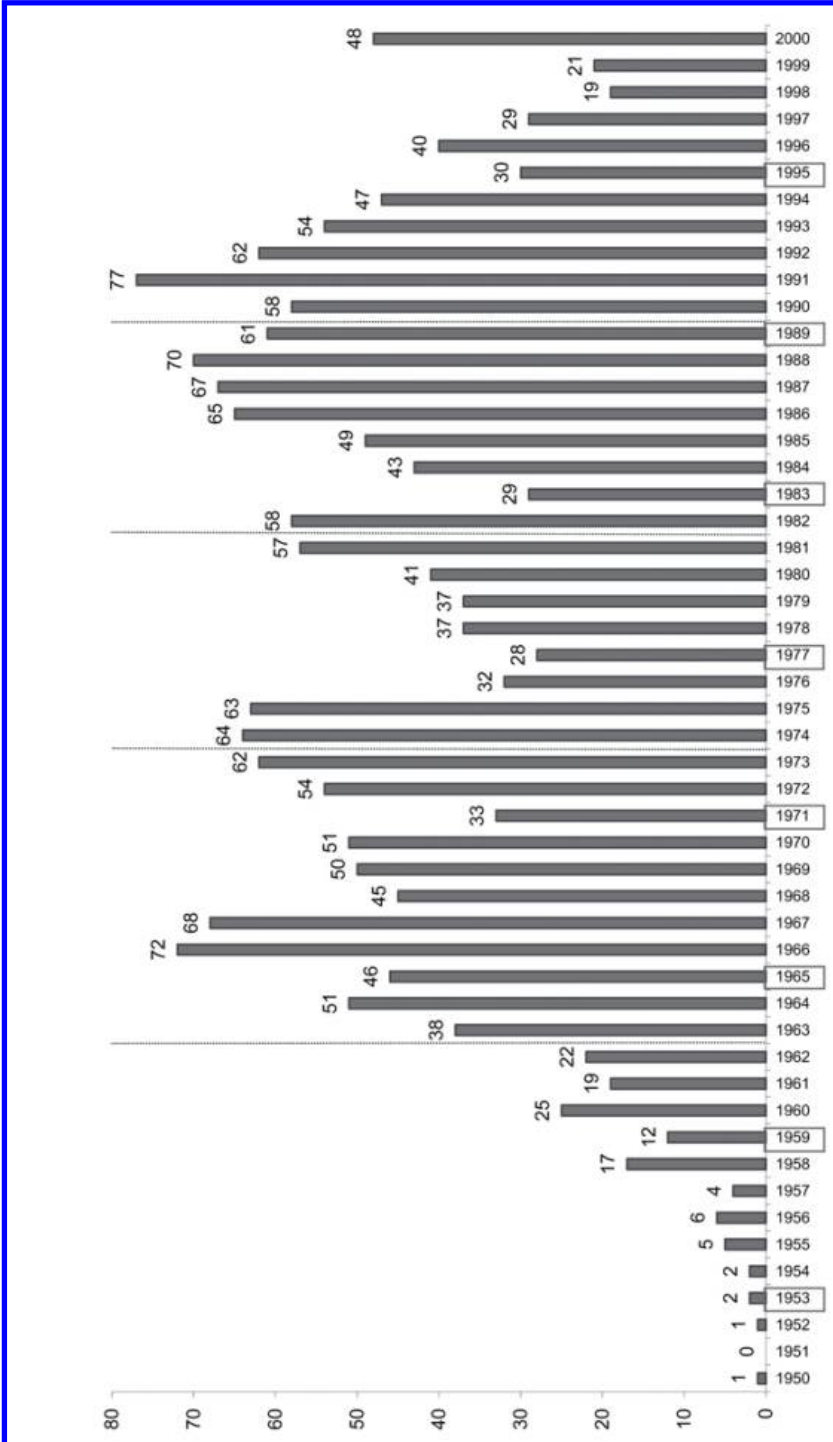
Die Ursachen dafür, warum die Entwicklung der kommunalen Zusammenarbeit von dem aktuellen Stand der offiziellen Beziehungen auf höchster Ebene abwich, lassen sich vier Gruppen zuordnen. Die erste umfasst solche Ereignisse, die sich auf kommunaler Ebene abspielten und zugleich

einen überregionalen Charakter hatten. Dadurch zeichneten sich vor allem die französischen Kommunalwahlen aus, die im Untersuchungszeitraum insgesamt acht Mal stattfanden. In den jeweiligen Wahljahren wurde – bis auf eine Ausnahme – stets ein deutlicher Rückgang in der Zahl neuer Partnerschaftsverträge verzeichnet [Diagramm 14]. In den Jahren 1959, 1965 und 1971 war dieser Einbruch nur einmalig, d.h. im Folgejahr setzte sich das vorherige Wachstum fort und es ist wahrscheinlich, dass es sich auch auf diejenigen Partnerschaften erstreckte, deren Abschluss gerade mit Rücksicht auf den Kommunalwahltermin verschoben worden war. Demgegenüber war der Abschwung in den Jahren 1977, 1983, 1989 und 1995 Teil einer längerfristigen Tendenz, die dieser jedoch einmalig verstärkte. Die französischen Kommunalwahlen wirkten sich nicht nur aufgrund des Wahlkampfes negativ auf die Zusammenarbeit mit den deutschen Kommunen aus, sondern auch wegen der Veränderungen, die infolge der Wahlen im personellen Bereich oder auf der Prioritätenliste der neuen Rathausleitung erfolgten. Die Kooperation mit den deutschen Pendanten wurde in einigen Jahren zudem durch die politische Orientierung der neuen Kommunalleitung erschwert, sei es durch eine extrem linke in den Jahren 1971 und 1977 oder eine extrem rechte in den Jahren 1983, 1989 und 1995. Auf jeden Fall gilt, dass mit der Durchführung der französischen Kommunalwahlen mehrere Ausschläge erklärt werden können, die in den statistischen Übersichten der deutsch-französischen Partnerschaften zwar deutlich erkennbar sind, bisher allerdings nur ungenügend oder wenig überzeugend erklärt wurden.

In der Bundesrepublik, in der es bekanntlich keinen einheitlichen Kommunalwahltermin gibt, konnte ein ähnlicher Zusammenhang mit dem Wahlzyklus nicht nachgewiesen werden. Hier hatten jedoch die Gebietsreformen Mitte der 1970er Jahre, die zur Zusammenlegung von Städten und Gemeinden zu größeren Einheiten führten und gerade in dieser Zeit abgeschlossen wurden, einen ähnlichen negativen Effekt.

Eine weitere Gruppe von Ursachen beinhaltet Maßnahmen, die zwar auf höchster Ebene beider Staaten getroffen wurden, jedoch eine Wirkung über die momentanen offiziellen Beziehungen hinaus entfalteten. Diese Erklärung trifft auf den Zuwachs der Partnerschaftsverträge in den Jahren 1963–1966 (Auswirkung des Élysée-Vertrags und der neuen finanziellen Förderung von Jugendbegegnungen), den gewaltigen Einbruch im Jahr 1976 (wahrscheinlich infolge der Senkung der Zuschüsse des DFJW zu den Schulpartnerschaften) wie auch auf den erstaunlich geringen Rückgang im Jahr 1989 (Nachklang der gemeinsamen Initiativen Kohls und Mitterands) zu. In ähnlicher Weise kam der Entwicklung in den Jahren 1991–1993 und 2000 zugute, dass die Europäische Kommission seit 1990 die gemeinsamen Aktivitäten der Partnerkommunen finanziell unterstützte.





**Diagramm 14:** Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1950–2000).  
Anmerkung: Eingerahmt sind diejenigen Jahre, in denen in Frankreich Kommunalwahlen stattfanden.

Die unterschiedliche Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf höchster und auf kommunaler Ebene kann drittens mit der Reaktion auf die politische oder gesellschaftliche Lage im Partnerland erklärt werden. So reagierte die französische Öffentlichkeit sowohl auf die harten deutschen Maßnahmen gegen den linken Terrorismus in den Jahren 1976–1978 als auch auf die deutschen Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss im Jahr 1983 negativ. Zum Rekordwert des Jahres 1991 trug umgekehrt die deutsche Wiedervereinigung positiv bei.

Viertens stieg das Interesse an den deutsch-französischen Partnerschaften – ungeachtet des momentanen Stands der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene – auch in verschiedenen symbolischen Momenten. Dies betrifft die Zuwächse in den Jahren 1973 (10. Jahrestag des Élysée-Vertrags), 1981 (Wettlauf um den Titel der 1.000 deutsch-französischen Partnerschaft), 1988 (25. Jahrestag des Élysée-Vertrags) und 2000 (50. Jahrestag der Schuman-Erklärung und Übergang in das neue Jahrtausend).

Insgesamt ist also offenkundig, dass die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften eine eigenständige Dynamik aufwiesen, die von kommunalpolitischen, gesellschaftspolitischen und symbolischen Ereignissen getragen wurde. Auch wenn die »hohe« Politik zweifellos Einfluss auf die Kommunalpartnerschaften hatte, kann nicht übersehen werden, dass die Städte und Gemeinden zugleich einen Beitrag dazu leisteten, die bilateralen Beziehungen in Zeiten ihrer negativen Entwicklung auszubalancieren. Aus den statistischen Angaben geht klar hervor, dass der Gedanke der deutsch-französischen Annäherung in der kommunalen Sphäre früher als auf der höchsten bilateralen Ebene Wurzeln schlug. Diese weitgehende Vorreiterrolle wurde mit großem Abstand wenigstens dadurch gewürdigt, dass zwei Vertreter der kommunalen Sphäre (für jeden Staat einer) 1984 unter die ständigen Mitglieder des Kuratoriums des Deutsch-Französischen Jugendwerks aufgenommen wurden.

Dennoch belegt ein erneuter Blick auf die Statistiken, dass sich die Anzahl der Partnerschaften aus der Zeit vor 1963 nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags in nicht ganzen drei Jahren verdoppelte. Die Atmosphäre, die dieses zwischenstaatliche Dokument schuf, sowie die Maßnahmen, die es initiierte, wirkten so auf die kommunale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich wie ein Katalysator. Da sich jedoch für die deutsch-französische Annäherung vor 1963 auch weitere nichtstaatliche Akteure eingesetzt hatten<sup>1</sup>, wäre es übertrieben zu behaupten, dass der Élysée-Vertrag ohne die Existenz der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften überhaupt nicht geschlossen worden wäre.

---

1 Vgl. Lucie FILIPOVÁ, *Cesta k německo-francouzskému sblížení. Úloha nestátních subjektů v bilaterální spolupráci v letech 1945–1963* [Der Weg zur deutsch-französischen Annäherung.

Die deutsch-französische Partnerschaftsidee war Ende der 1940er Jahre als Reaktion auf die sehr konfliktreichen Beziehungen beider Länder seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formuliert worden. Es ist deswegen nachvollziehbar, dass die Initiatoren der Kommunalpartnerschaften in den 1950er Jahren und mindestens noch zu Beginn der 1960er Jahre vor allem daraus ihre Motivation bezogen, einen weiteren Krieg zwischen beiden Ländern zu verhindern. Da sie ihr Engagement auf lokaler Ebene in einem deutsch-französischen Rahmen betrachteten, verfolgten und reflektierten sie verständlicherweise auch die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene. Spätestens in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre war das friedliche Zusammenleben beider Staaten allerdings so selbstverständlich geworden, dass die Abwendung eines etwaigen deutsch-französischen Krieges nun nicht mehr das Hauptziel der Partnerschaftsorganisatoren war. Diese negative Definition wurde vielmehr durch eine positive Motivation ersetzt, und zwar durch das Bestreben, zu der Annäherung beider Staaten und ihrer Bürger beizutragen. Damit einher ging eine häufige Berufung auf den Wortlaut des Élysée-Vertrags.

An der Wende der 1960er zu den 1970er Jahren erweiterte sich dieses bilaterale Moment definitiv um die europäische Dimension, weshalb die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften zunehmend als Instrument zur Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften verstanden wurden. In den einzelnen Partnerschaften fand daher die europäische Integration immer mehr Aufmerksamkeit. Am Ende der 1970er Jahre und im Laufe der 1980er Jahre war dies am deutlichsten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beobachten, denen die Partnerschaftsorganisatoren eine möglichst hohe Wahlbeteiligung sichern wollten. Die Betonung der europäischen Dimension der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit war umso natürlicher, als in den 1970er Jahren immer öfter Stimmen laut wurden, die behaupteten, dass die deutsch-französische Annäherung schon erreicht worden sei. Diese Ansicht hatte sich dann spätestens 1983 durchgesetzt, als sich bereits die meisten interessierten Personen, also die kommunalen Akteure, überregionalen Politiker und Diplomaten, anlässlich des 20. Jahrestags des Élysée-Vertrags in diesem Sinne äußerten. Die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften wurden auch zu Beginn der 1990er Jahre als Beitrag zur Vereinigung Europas verstanden. Viele Partnerschaftsorganisatoren betrachteten damals die Zusammenarbeit mit den deutschen bzw. französischen Pendanten als Vorbereitung einer engeren Zusammenarbeit im Rahmen der entstehenden Europäischen Union und des europäischen Binnenmarktes. Auf deutscher Seite wurden die französischen

---

Die Rolle nichtstaatlicher Subjekte in der bilateralen Zusammenarbeit der Jahre 1945–1963], in: Soudobé dějiny/Contemporary History 15 (2008), S. 84–104.

Partner daher aufgefordert, in dem gesamtstaatlichen Referendum für den Maastrichter Vertrag abzustimmen. Manche Kommunen in den neuen Bundesländern verspürten allerdings das Bedürfnis, über den Rahmen der europäischen Integration hinauszugehen und neben engeren Kontakten im Westen (vor allem mit Frankreich) auch solche im Osten (insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik) zu knüpfen.

Neben diesen allgemeinen Zielen existierten auch persönliche Motive, die alljährlich Zehntausende bis Hunderttausende dazu brachten, sich in der deutsch-französischen Kooperation auf kommunaler Ebene zu engagieren. Mindestens bis zu den 1970er Jahren war dies in der Regel der Wunsch nach einem besonderen Erlebnis und den geteilten Erfahrungen, die die partnerschaftlichen Aktivitäten versprachen. Beides wurde am häufigsten in Form von Schulpartnerschaften und Vereinskontakten verwirklicht. In den kleineren Städten und Gemeinden wurden darüber hinaus regelmäßig Bürgerfahrten in die Partnerkommune, einschließlich der Unterbringung in Gastfamilien, organisiert. Zwischen den größeren Städten hingegen waren Treffen von Vertretern der gleichen Berufsgruppen, Vereinigungen oder Institutionen üblicher. Das Gefühl einer immer größeren Selbstverständlichkeit dieser Kooperationen führte dazu, dass die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften spätestens Mitte der 1970er Jahre ihre ursprüngliche Originalität und damit auch ihre Attraktivität verloren. Zu dieser Tatsache trug paradoxerweise auch bei, dass die Annäherung beider Staaten immer häufiger als unbestreitbare Realität betrachtet wurde. Dennoch gelang es, das Interesse der Bürger erneut zu wecken – zum einen dadurch, dass die Bedeutung dieser Kooperation in einen größeren europäischen Rahmen eingebettet wurde, zum anderen durch einen abwechslungsreicheren Inhalt der Partnerschaftsaktivitäten und die Adressierung breiterer Bevölkerungsgruppen.

In den 1990er Jahren tauchte das Problem der sinkenden Attraktivität der deutsch-französischen Städtepartnerschaften jedoch erneut auf, und zwar diesmal noch deutlicher. Insbesondere die junge Generation zweifelte die drei Säulen an, auf denen die Kommunalpartnerschaften bisher basiert hatten – den Inhalt der partnerschaftlichen Kooperation, ihre allgemeinen Ziele wie auch die persönlichen Motive der Beteiligten. Die jungen Deutschen und Franzosen hatten nur wenig Interesse an Aktivitäten, die ihnen verkrustet erschienen, und zwar umso mehr, als der Massentourismus ganz andere, vielfach attraktivere Möglichkeiten bot, um die benachbarten wie auch weiter entfernt liegende Länder kennenzulernen. Die Vertreter der jungen Generation erblickten außerdem nur einen geringen Zusammenhang zwischen den Partnerschaftstreffen auf der einen und der weiteren Entwicklung der europäischen Integration oder der Friedenssicherung auf der

anderen Seite. Vielmehr erwarteten sie von einem etwaigen Engagement in der kommunalen Kooperation einen persönlichen Gewinn und nicht bloß ein interessantes Erlebnis.

Am Ende der 1990er Jahre war daher sowohl in der deutschen als auch in der französischen kommunalen Sphäre das Bestreben erkennbar, in der gegenseitigen Zusammenarbeit die Bedürfnisse des Einzelnen stärker zu berücksichtigen und die praktischen Aspekte gegenüber der ideellen und symbolischen Komponente in den Vordergrund zu rücken. Falls es gelänge, dies in einem größeren Maßstab umzusetzen, könnten die deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften auch im 21. Jahrhundert einen dauerhaften Platz in den Beziehungen beider Staaten einnehmen. Allerdings ohne den Massencharakter, der die partnerschaftlichen Aktivitäten in den 1960er bis 1980er Jahren ausgezeichnet hatte.

Die Entwicklung der deutsch-französischen kommunalen Kooperation nach dem Jahr 1990 wurde mit besonderer Aufmerksamkeit untersucht – nicht nur für das wiedervereinigte Deutschland insgesamt, sondern auch für die alten und neuen Bundesländer separat. Zwischen beiden Teilen der Bundesrepublik herrschten beträchtliche Unterschiede, die sich zwar im Laufe der 1990er Jahre verringerten, aber weiterhin deutlich blieben. Im Jahr 2000 betrug das Verhältnis zwischen den deutsch-französischen Partnerschaften in den neuen und alten Bundesländern eins zu zwölf, wobei auf eine Partnerschaft in der alten Bundesrepublik 36.000 und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR 98.000 Einwohner kamen.

Die ostdeutschen Städte und Gemeinden hatten für die Zusammenarbeit mit Frankreich schlechtere Ausgangsbedingungen, und das trotz der Tatsache, dass die entsprechenden Förderinstitutionen sie zu begünstigen versuchten. So hatte die ostdeutsche kommunale Sphäre anders als die alten Bundesländer mit einer anderen Tradition der Kontakte zu Frankreich (so sie überhaupt existierten), mit schwachen Französischkenntnissen, einer großen geographischen Entfernung sowie nicht zuletzt einer Reihe von Problemen zu kämpfen, die dringender gelöst und finanziert werden mussten. Die langfristigen Partnerschaften, die die westdeutschen und französischen Kommunen verbanden, wurden in den neuen Bundesländern daher manchmal als nachahmenswertes Vorbild betrachtet, das den ostdeutschen Kommunen als Inspiration bei der Lösung praktischer Angelegenheiten dienen sollte. Teilten sich allerdings die ostdeutschen und westdeutschen Gemeinden denselben französischen Partner, so verhielten sie sich zueinander wie ungewollte Konkurrenten. Die französische Seite hatte in der Regel weder das Potenzial noch die Kapazität dafür, mit beiden deutschen Pendanten (bzw. ihren Vereinen, Schulen usw.) gleich intensiv zusammenzuarbeiten. Vorrang hatten dann die Kontakte mit den westdeutschen Partnern, die bereits seit Jahren oder gar Jahrzehnten bestanden.

Die deutsch-französische kommunale Zusammenarbeit selbst wies auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einige Spezifika auf. Erstens herrschte ein deutlicher Unterschied zwischen Thüringen und den anderen neuen Bundesländern. Sowohl die statistische Gesamtbilanz als auch die konkreten Projekte belegen, dass Thüringen zurecht als Wegbereiter der Zusammenarbeit zwischen den neuen Bundesländern und Frankreich bezeichnet wird. Das starke thüringische Interesse an einer Zusammenarbeit mit Frankreich ergab sich sowohl aus der geographischen Lage des Bundeslandes als auch aus der engen Kooperation mit Rheinland-Pfalz, das wiederum mit Burgund sehr intensiv zusammenarbeitete. Die ostdeutsche Kommunalsphäre war ferner dadurch spezifisch, dass hier vielfach keine historischen Verbindungen zu Frankreich existierten. Das führte insbesondere in den nördlichen, östlichen und südöstlichen Gebieten der ehemaligen DDR dazu, dass die Partnerschaften mit den französischen Pendanten nicht wichtiger waren als die Zusammenarbeit mit den polnischen, tschechischen oder baltischen Kommunen. Schließlich hatten einige ostdeutsch-französische Partnerschaften in den 1990er Jahren überwiegend nur »auf dem Papier« Bestand. Die Ursachen dafür waren die überkritische Bewertung der gegenseitigen Kontakte vor 1989, die Untätigkeit einer oder auch beider Seiten, die große gegenseitige Entfernung und der Mangel an Finanzen.

Dank der Doppel-Fallstudie Duisburg–Calais–Wismar, die parallel seit der Mitte der 1960er Jahre eine westdeutsch-französische und eine ostdeutsch-französische Städtepartnerschaft untersuchte, konnten einige Thesen bezüglich der kommunalen Kooperation mit Frankreich in der Bundesrepublik und in der DDR formuliert werden. So hatte die französische Seite die meiste Zeit Interesse daran, dass sich die offiziell besiegelte Zusammenarbeit mit beiden deutschen Städten ähnlich gestaltete, d.h. direkte Kontakte zwischen den Bürgern ermöglichte und auf dem Prinzip der Reziprozität basierte. Tatsächlich aber unterschieden sich die westdeutsch-französischen und ostdeutsch-französischen Partnerschaften grundlegend – nicht nur durch die Motive (vor allem auf deutscher Seite), sondern auch durch ihre Organisatoren, ihre Zielgruppen und den Inhalt. Die Kontakte zwischen Wismar und Calais hatten überdies einen nahezu einseitigen Charakter. Die Partnerschaften Duisburg – Calais und Wismar – Calais entwickelten sich größtenteils asynchron. Die Intensivierung der Zusammenarbeit von Calais mit dem einen deutschen Partner führte dazu, dass die Kontakte mit dem anderen deutschen Partner geschwächt wurden, gegebenenfalls stagnierte auch die Kooperation mit beiden deutschen Städten. Ergänzen wir die Erkenntnisse dieser Doppel-Fallstudie um die Analyse der statistischen Daten, bietet sich noch eine andere These an: Da eine erhöhte Anzahl neuer Kommunalpartnerschaften zwischen der DDR und Frankreich gerade in den Jahren 1963–1967 (mit Ausnahme des Wahljahres 1965), 1971 und 1976

verzeichnet wurde, konnte es sich auch um Aktivitäten handeln, mit denen sich der politisch linksgerichtete, vor allem aber der kommunistische Teil der französischen Kommunalpolitiker von der privilegierten Zusammenarbeit mit der BRD (1963–1964, 1966–1967) oder von der Bundesrepublik selbst (1971 und 1976) distanzieren wollte.

Die Analyse der statistischen Daten und der Vergleich der empirischen Befunde brachten unerwartet auch in der Frage der geographischen Verteilung der einzelnen deutsch-französischen Städtepartnerschaften eine Reihe neuer Erkenntnisse. Zu einer »Kartographierung« dieser bisherigen Forschungslücke fordern im Übrigen auch die Autoren des zehnten Bandes der »Deutsch-Französischen Geschichte« auf<sup>2</sup>. Untersuchen wir die Verteilung der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften auf dem deutschen Territorium, müssen zwei Phasen unterschieden werden. Die Grenze zwischen ihnen bildet ungefähr die Mitte der 1970er Jahre, in diesem Buch konkret die Jahreswende 1973/74.

Im ersten Zeitraum (1950–1973) war das größte Interesse an einer Zusammenarbeit mit französischen Kommunen in Baden-Württemberg zu beobachten, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen. Die Pionierrolle fiel, bedingt durch die am längsten währende kontinuierliche Einbindung in die Kooperation mit Frankreich, den ersten beiden genannten Bundesländern zu. Die Entstehung neuer Partnerschaften wurde nämlich bis 1962 mehr durch die Nähe zur französischen Grenze beeinflusst als durch die Tatsache, dass die entsprechende Region nach dem Zweiten Weltkrieg einem besonderen französischen Einfluss ausgesetzt war. Ein spezieller Fall war allerdings das Saarland, wo die Partnerschaftsidee erst in den Jahren 1963–1973 Anklang fand. In diesem Jahrzehnt verzeichnete überdies das Interesse an einer Kooperation mit französischen Kommunen auch in den weiter entfernt liegenden Regionen der Bundesrepublik, vor allem in Niedersachsen und Bayern, einen Anstieg.

Im zweiten Zeitraum (1974–2000) waren erneut Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in der kommunalen Zusammenarbeit mit Frankreich am aktivsten, nunmehr gefolgt von Bayern. Das verspätete bayerische Interesse war so intensiv, dass Bayern in der Zahl der neuen Partnerschaften Baden-Württemberg einholte. Die quantitativ erfolgreichste Entwicklung wurde in den Jahren 1982–1989 verzeichnet, in denen mehrere Länder die höchsten Jahreszuwächse des gesamten Untersuchungszeitraums überhaupt erzielten. In den 1980er Jahren war zugleich ein größerer Zusammenhang zwischen der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kommunaler und auf regionaler Ebene zu beobachten. Abgesehen davon, dass sich seit 1990 auch die neuen Bundesländer an der Kooperation mit Frankreich beteiligten, brachte dieses

---

2 Vgl. DEFRA/NCE/PFEIL, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, S. 166.

Jahr für die geographische Verteilung der Kommunalpartnerschaften jedoch keine Wende, da das Trio der aktivsten Bundesländer unverändert blieb. Das Interesse, das die ostdeutschen Städte und Gemeinden an der Zusammenarbeit mit Frankreich bekundeten, konnte sich lediglich im Falle Thüringens mit dem westdeutschen Durchschnitt messen. Die Bilanz der 1990er Jahre selbst war allerdings eher unterdurchschnittlich, denn in einigen Gegenden der alten Bundesrepublik sank das Interesse an neuen Partnerschaften auf das Niveau der 1950er Jahre. Immer intensiver gestaltete sich dagegen die Kooperation mit den französischen Regionen und Departements. Ende des Jahres 2000 wurden die meisten deutsch-französischen Partnerschaften in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz registriert. Auch nach Berücksichtigung der unterschiedlichen Einwohnerzahl blieben Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg weiterhin Teil des Spitzentrios, nunmehr komplettiert durch das Saarland. In der Perspektive des endenden 20. Jahrhunderts galt also letztlich, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit mit französischen Kommunen in denjenigen Regionen am größten war, die Frankreich geographisch wie historisch nahe standen.

Für die französische Seite gilt diese Feststellung nur teilweise. Aus den verfügbaren Teildaten folgte, dass die meisten deutsch-französischen kommunalen Kooperationen in den Regionen Île-de-France, Rhône-Alpes und Pays de la Loire verzeichnet wurden, die zu den bevölkerungsreichsten in Frankreich gehören. Wurden jedoch die Unterschiede in der Einwohnerzahl berücksichtigt, war das Interesse an einer Kooperation mit deutschen Städten und Gemeinden in der Nordhälfte Frankreichs am größten, konkret in Burgund, Basse-Normandie und Champagne-Ardenne. Die vordere Platzierung Burgunds, das seit den 1950er Jahren eine enge Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz und seinen Kommunen verbindet, zeigt, dass eine auch auf regionaler Ebene verankerte Kooperation ein größeres Interesse hervorzurufen vermochte als geographische, historische oder sprachliche Verbindungen zu Deutschland.

Zum Schluss können wir aus den Fallstudien einige allgemeine Erkenntnisse bezüglich der praktischen Aspekte der kommunalen Kooperation ziehen. So sollte die Entfernung zwischen den Partnergemeinden oder -städten nicht so groß sein, dass sie regelmäßige Treffen unmöglich macht. Konnten 400–500 km ohne Probleme bewältigt werden, erwies sich die Aufrechterhaltung persönlicher Kontakte über eine Entfernung von 800 km schon als deutlich schwieriger. Eine solch große oder noch größere Entfernung existiert dabei hauptsächlich zwischen solchen Kommunen, die erst spät ein Pendant für die Kooperation fanden. Erleichtert wird die Aufnahme gegenseitiger Kontakte ebenfalls durch eine ähnliche Einwohnerzahl und demographische Struktur der potenziellen Partnerkommunen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass sich mit einer wachsenden Kommunengröße die Kooperation insgesamt



verändert. Während sich die Partnerschaft in kleinen Städten und Gemeinden vor allem auf persönliche und familiäre Verbindungen stützt, hat die Zusammenarbeit in den großen Städten überwiegend eine institutionalisierte Form. An dieser beteiligen sich hauptsächlich Bildungs- und Kultureinrichtungen oder Freizeitorganisationen, manchmal ergänzt durch wirtschaftliche Subjekte und in Ausnahmefällen auch durch politische Parteien. Der Preis dieser Mannigfaltigkeit ist die erschwerte Einbindung der einfachen Bürger, sofern sie nicht über einen Verein oder den Beruf mit der Partnerschaft in Berührung kommen. Die Chance auf eine langfristige Zusammenarbeit steigt auch dann, wenn die Partnerkommunen über eine ähnliche Infrastruktur in den Bereichen Kultur, Bildung und Wirtschaft verfügen. Dennoch deutete sich in den Fallstudien an, dass strukturelle Parallelen in den gemeinsamen Aktivitäten und Projekten oftmals ungenutzt bleiben. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass die strukturellen Unterschiede in der kommunalen Partnerschaft komplementär wirken können. Ähnliche strukturelle Charakteristika erscheinen also als weniger wichtig als eine vergleichbare Größe der Partnerkommunen oder eine angemessene Entfernung.

Wenn wir die Entstehung der eigentlichen Partnerschaften analysieren, wird deutlich, dass sich die durchschnittliche Zeitspanne zwischen der Aufnahme der ersten Kontakte und der Schließung der offiziellen Partnerschaft allmählich verringerte. Dauerte in den 1950er und 1960er Jahren diese Vorbereitungsphase noch ca. fünf Jahre, so reduzierte sie sich bis zu den 1980er und 1990er Jahren auf drei bis vier Jahre. Die Ursache für diese Verkürzung ist zweifellos darin zu sehen, dass sich die Städte- und Gemeindepartnerschaften bereits als allgemein anerkanntes Konzept der Zusammenarbeit durchgesetzt hatten, das sich darüber hinaus der (vor allem verbalen) Unterstützung der höchsten Staatsorgane erfreute.

Was die Teilnehmer der Partnerschaftsaktivitäten betrifft, so gilt keineswegs, dass sich ihre Anzahl primär von der Größe der Kommune ableitete. Ein viel wesentlicheres Kriterium war, ob sich die konkrete Partnerschaft in einer Phase der Blüte oder einer des Niedergangs befand. In letzterem Falle, d.h. einer Krise der gegenseitigen Beziehungen, handelte es sich um einen natürlichen Teil des Kooperationsprozesses, der sich in der Regel vor Erreichen des 10. Jahrestages, spätestens aber vor dem 15. Jubiläum der offiziellen Zusammenarbeit einstellte. Die Ursachen waren von dreierlei Art: 1) finanziell (wesentliche Verringerung der Zuschüsse aus dem Kommunalhaushalt), 2) kommunalpolitisch (offene oder indirekte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnergemeinde oder vorübergehende Fokussierung auf innenpolitische Angelegenheiten) und 3) personell (Tod der Hauptorganisatoren oder Niederlegung der entsprechenden Funktion). Der personelle Aspekt war um so bedeutsamer, als viele Partnerschaftsaktivitäten keine institutionelle Verankerung hatten, sondern vielmehr auf der Basis persönlicher

Initiativen stattfanden, was eine personelle Kontinuität erforderte. Seit dem Ende der 1950er Jahre galt zudem, dass die Jugend als Hauptzielgruppe betrachtet wurde. Die gängigen Instrumente, die der Annäherung junger Deutscher und Franzosen dienen sollten, waren der Schüleraustausch und Sportbegegnungen. Die Fallstudien zeigten dabei anschaulich, dass diese Maßnahmen alleine noch nicht zu einer deutsch-französischen Annäherung führen, sondern ihr Annäherungspotenzial auf geeignete Weise stimuliert werden muss, und zwar insbesondere durch eine ausreichende Vorbereitung der Teilnehmer vor dem eigentlichen Treffen.

Wenngleich das Konzept der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gerade mit dem Ziel formuliert worden war, die Bürger beider Staaten einander näherzubringen, erwies es sich auch für die jeweiligen Gemeinden selbst als gewinnbringend. So führte es oftmals zu einer Bereicherung des Vereinslebens und zu einer Stärkung der Bindungen unter den Einwohnern. In einigen Fällen gab die Kommunalpartnerschaft den Impuls zu Tätigkeiten, durch die die jeweilige Gemeinde auf lokaler oder regionaler Ebene an Bedeutung gewann und gegebenenfalls in diesem Bereich gar eine Monopolstellung einnahm. Vermittelte die Stadt oder Gemeinde überdies Kontakte zwischen zweien ihrer Partner, bot sich den Bürgern eine einzigartige Möglichkeit zur Erweiterung ihres kulturellen und geographischen Horizonts, der den ursprünglichen deutsch-französischen Rahmen wesentlich überschritt.

Obwohl dieses Buch eine Reihe von neuen Erkenntnissen über die Kommunalpartnerschaften zwischen Deutschland und Frankreich brachte, hat es doch auch neue Fragen aufgeworfen, die von der weiteren Forschung aufgegriffen werden sollten. Diese könnte erstens anhand von gezielten Fallstudien die Hypothesen überprüfen, die zur Erklärung einiger statistischer Ausschläge vorgebracht wurden. Weiterhin wäre sicher eine eingehendere Untersuchung der Entwicklung und des Wandels der kommunalen Kooperation zwischen der DDR und Frankreich erkenntnisfördernd. In diesem Rahmen könnten ebenfalls die Thesen über die gegenseitige Beeinflussung der westdeutsch-französischen und ostdeutsch-französischen Partnerschaften vor dem Jahr 1990 überprüft werden, und zwar wiederum auf Basis weiterer Fallstudien. Ferner wäre es sinnvoll, eine detailliertere Begründung der zahlenmäßigen Entwicklung der deutsch-französischen Partnerschaften in den einzelnen Bundesländern anzubieten, das Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in den verschiedenen Teilen Frankreichs detaillierter zu kartographieren, sowie zu eruieren, wie sich dieses Interesse mit der Zeit veränderte. In diesem Zusammenhang würde auch die Verflechtung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene eine ausführliche Beurteilung verdienen. Und schließlich bietet sich ein Blick über das Millennium hinaus an – so stellt sich nämlich die Frage,

ob die Hauptbeschlüsse der vorliegenden Arbeit eine bereits abgeschlossene Geschichte schildern oder ob sie auch für die Kooperation am Beginn des 21. Jahrhunderts Gültigkeit besitzen.

\*\*\*

Aus der Perspektive des beginnenden dritten Jahrtausends mag es so scheinen, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ein gängiger, wiewohl nicht immer unproblematischer Bestandteil der europäischen politischen Realität ist. Wie jedoch das Jahr 2014 in Erinnerung rief, sollten wir diese Situation bei weitem nicht als selbstverständlich betrachten. Sowohl das Gedenken an den hundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs als auch die blutigen Kämpfe nur einige hundert Kilometer hinter der Grenze der Europäischen Union haben gezeigt, dass es sehr schnell zur Auslösung von Feindseligkeiten und zur Entfesselung eines vernichtenden Krieges kommen kann. Im vergangenen Jahrhundert gerieten die europäischen Nationen gleich mehrfach in eine derartige Situation. Die Spirale des Hasses, die in Europa durch den Ersten und Zweiten Weltkrieg besonders heftig in Gang gesetzt worden war, konnte anschließend nur langsam und mit Mühe gestoppt werden. Das ist auch das Verdienst der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften bzw. ihrer Initiatoren, Organisatoren und aktiven Teilnehmer. Ob es nun dieser speziellen Form der transnationalen Zusammenarbeit gelingt, sich auch im 21. Jahrhundert neu zu erfinden, oder nicht: Wir sollten nicht vergessen, dass sie eine außerordentlich wichtige Aufgabe bereits erfüllt hat.



## Summary

### Hope Fulfilled: Town Twinning as an Instrument of Franco-German Reconciliation (1950–2000)

Initiated even before the Elysée Treaty, town and village twinning represents a traditional element of Franco-German post-war relations. The idea to bring the citizens of both countries closer together by getting to know each other and by participating in joint projects developed in the course of the second half of the 20th century from an initial experiment to a common part of everyday life. Although the town-twinning movement sought, similar to the »high politics«, to achieve a long-lasting co-operation between France and the Federal Republic of Germany, Lucie Filipová shows that the municipal co-operation followed its own dynamics, influenced by local political events, socio-political situations and symbolic aspects. Using case studies and statistical data for the period from 1950 to 2000, the author also describes how the geographical distribution of municipalities involved in twinning projects transformed and how the motivation of citizens and organizations changed. In accordance with recent research she discusses the role of East-German municipalities in the Franco-German town-twinning movement before and after the fall of the Berlin Wall. In general, the book can be counted among works that examine the role of civil society in intergovernmental and international relations and interpret Franco-German co-operation at local level as a part of transnational history.



# Abkürzungsverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AFCCRE	Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe
BA-SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
Best.	Bestand
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bgm.	Bürgermeister
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BW	Baden-Württemberg
CAB	Comité des Amis de Brombachtal
CAPES	Certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du second degré
CCE	Conseil des Communes d'Europe
CCRE	Conseil des Communes et Régions d'Europe
CDU	Christlich Demokratische Union
CEM	Council of European Municipalities
CEMR	Council of European Municipalities and Regions
CNIP	Centre national des indépendants et paysans
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Deufra	Deutsch-französische Gesellschaft (in der DDR)
DFG	Deutsch-Französische Gesellschaft (in der BRD)
DFJW	Deutsch-Französisches Jugendwerk
DM	Deutsche Mark
ECU	European Currency Unit
EFA	Échanges franco-allemands. Association française pour les échanges culturels avec l'Allemagne d'aujourd'hui
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPU	Europäische Politische Union
EU	Europäische Union
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
F	Freundschaft
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FK RLP/B	Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund
FMVJ	Fédération mondiale des villes jumelées
FN	Front national

FNRI	Fédération nationale des républicains et indépendants
FR	Frankreich
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Great Britain
GV	Gemeindeverwaltung
IBU	Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit
IGV	Internationaler Gemeindeverband
INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques
IPZ	Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit
IULA	International Union of Local Authorities
K	Kontakte
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MAE	Ministère des Affaires étrangères
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MLF	Multilateral Force
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OB	Oberbürgermeister
OFAJ	Office franco-allemand pour la Jeunesse
Ord.	Ordner
P	Partnerschaft
PA	Privatarchiv
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PCF	Parti communiste français
PS	Parti socialiste
PV RLP/B	Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/Burgund
RAF	Rote Armee Fraktion
RBm – Skzl	Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei
RDA	République démocratique allemande
Reg.	Registrierung
RGE	Rat der Gemeinden Europas
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
RLP	Rheinland-Pfalz
RPF	Rassemblement du peuple français
RPR	Rassemblement pour la République
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands



SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
SIVOM	Syndicat intercommunal à vocation multiple
SIVU	Syndicat intercommunal à vocation unique
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Stadtarchiv
StPV	Städtepartnerschaftsverein
StV	Stadtverwaltung
UCLG	United Cities and Local Governments
UDF	Union pour la démocratie française
UDR	Union pour la défense de la République
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNR	Union pour la nouvelle République
USA	United States of America
UTO	United Towns Organisation
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WPS	Weltbund der Partnerstädte
WEU	Westeuropäische Union



# Diagrammverzeichnis

<b>1:</b>	Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1950–1962). .....	114
<b>2:</b>	Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1950–1962). .....	118
<b>3:</b>	Anzahl der zwischen der DDR und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1950–1962). .....	121
<b>4:</b>	Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1963–1973). .....	145
<b>5:</b>	Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1963–1973). .....	147
<b>6:</b>	Anzahl der zwischen der DDR und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1963–1973). .....	150
<b>7:</b>	Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1974–1981). .....	195
<b>8:</b>	Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1974–1981). .....	200
<b>9:</b>	Anzahl der zwischen der DDR und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1974–1981). .....	201
<b>10:</b>	Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1982–1989). .....	240
<b>11:</b>	Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1982–1989). .....	243
<b>12:</b>	Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit (1990–2000). .....	285
<b>13:</b>	Anzahl der zwischen ausgewählten Bundesländern und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1990–2000). .....	291
<b>14:</b>	Anzahl der zwischen der BRD und Frankreich geschlossenen Partnerschaften (1950–2000). .....	359



# Tabellenverzeichnis

1:	Fallstudien deutsch-französischer Kommunalpartnerschaften. ....	21
2:	Entwicklung der Gesamtzahl der Kommunen in der BRD und in Frankreich. ....	90
3:	Veränderung der Gesamtzahl der Kommunen in der BRD (1989–2000). ....	93
4:	Bevölkerung der BRD und Frankreichs nach Kommunengröße (1951–2000). ....	95
5:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1950–1962). ....	112
6:	Anzahl der 1950–1962 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit. ....	115
7:	Anzahl der in den einzelnen Bundesländern 1950–1962 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	117
8:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich (1950–1962). ....	120
9:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1963–1973). ....	143
10:	Anzahl der 1963–1973 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit. ....	146
11:	Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1963–1973 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	149
12:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1974–1981). ....	194
13:	Anzahl der 1974–1981 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit. ....	197
14:	Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1974–1981 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	198
15:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der DDR und Frankreich (1974–1981). ....	202
16:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1982–1989). ....	239
17:	Anzahl der 1982–1989 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit. ....	241
18:	Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1982–1989 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	244
19:	Gesamtzahl der bestehenden Fälle kommunaler Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich (1990–2000). ....	284
20:	Anzahl der 1990–2000 zwischen den einzelnen Bundesländern und Frankreich neu entstandenen Fälle kommunaler Zusammenarbeit. ....	288
21:	Anzahl der in ausgewählten Bundesländern 1990–2000 neu entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	290
22:	Anzahl aller in den einzelnen Bundesländern 1950–2000 entstandenen deutsch-französischen Partnerschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	293
23:	Anzahl aller 1950–2007 in den Regionen des metropolitanen Frankreichs entstandenen Fälle deutsch-französischer Zusammenarbeit. ....	295
24:	Anzahl aller 1950–2007 in den Regionen des metropolitanen Frankreichs entstandenen Fälle deutsch-französischer Zusammenarbeit im Verhältnis zur Einwohnerzahl. ....	296



# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Quellenverzeichnis

### Ungedruckte Quellen

#### 1) *Bautzen*

- a) Privatarchiv des Städtepartnerschaftsvereins Bautzen (PA StPV Bautzen):
- Ord. »1991–1997, Presse ab 1998« (A).
  - Ord. »Schriftverkehr – Sektion Dreux (ab 2000)« (B).
  - Ord. »Comité des jumelages. Revue de presse (juillet 1992 à septembre 1993)« (C).
- b) Stadtarchiv Bautzen (StA Bautzen):
- Best. 63004: 1239, 1240.
  - Sammlung Nr. 1.7.1 (Partnerstädte).
- c) Stadtverwaltung Bautzen: Pressestelle (Registratur) (StV Bautzen Reg.):
- Ord. »Städtepartnerschaften 08/93« (A).
  - Ord. »Städtepartnerschaften ab 7/1996« (B).

#### 2) *Berlin*

- a) Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA):
- Best. MfAA: A 18777, B 150/72, C 2673, C 2696, C 2704.
- b) Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei (RBm Berlin – Skzl):
- Städteverbindungen der Bezirke von Berlin – Ausland, Stand: 20.07.2005.
- c) Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (BA-SAPMO):
- Best. DY 13: 1966.

#### 3) *Duisburg*

- a) Stadtarchiv Duisburg (StA Duisburg):
- Best.: 45-12: 3, 4, 9, 11.
  - Best. 45-12: Ord. IX. »VDFG. Broschüren, Informationen, Vortragsangebote«.
  - Best. 100A/1: 91, 204/1.
  - Best. 403/49, 403/142, 403/341, 403/353.
  - Best. 10 Büro OB: 21, 26, 27, 28, 29, 34, 47.

#### 4) Kirkel

- a) Gemeindeverwaltung Kirkel: Verwaltung-, Kultur-, Sport- und Verkehrsamt (Registrator)  
(GV Kirkel Reg.):
- Ord. »1980–1988« (A).
  - Ord. »Gemeindeparterschaft Kirkel–Mauléon. 10 Jahre Partnerschaft 1990–1991« (B).
  - Ord. »Mauléon 1976–1981« (C).
  - Ord. »Mauléon (Oktober 1997 – Januar 2002)« (D).
  - Ord. »Partnerschaft Kirkel–Mauléon bis 1988« (E).
  - Ord. »Partnerschaft Kirkel–Mauléon 2001–2004« (F).
  - Ord. »Partnerschaftsausschuss Kirkel–Mauléon. 1982–1997« (G).
  - Ord. »Partnerschaftsverein, Förderung der Städtepartnerschaften, Presseartikel« (H).
  - Ord. »Partnerschaftsverein Kirkel–Mauléon 2000« (I).
  - Ord. »Partnerschaftsverein Kirkel–Mauléon 2001–2004« (J).
- b) Privatarhiv von Josef Schmidt (PA Schmidt):
- Ord. »I. Partnerschaft Mauléon–Kirkel« (I).
  - Ord. »III. Post Mauléon März 1985 – August 1987« (III).
  - Ord. »IV. Mauléon. 1988–1990« (IV).
  - Ord. »V. Mauléon ab Juni 1991 bis April 1993« (V).
  - Ord. »Mauléon (Oktober 1997 – Januar 2002)« (M).

#### 5) Mainz

- a) Privatarhiv des Partnerschaftsverbands Rheinland-Pfalz/Burgund (PA PV RLP/B):
- Bestehende Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz und Burgund, Oktober 2005.
  - Ord. 12, 14, 16, 17, 19, 21, 23, 25, 33, 43, 45, 47, 48, 50, 51, 53, 54.
- b) Privatarhiv von Gerlinde Brautzsch (PA Brautzsch):
- Rede von OB Franz Stein zur Proklamation der Partnerschaft Mainz–Dijon, 21.06.1958.
- c) Stadtarchiv Mainz (StA Mainz):
- Best. ZGS/Z4: 1993/73.
- d) Stadtverwaltung Mainz, Protokoll-Abteilung des Büros des Oberbürgermeisters (Registrator)  
(StV Mainz Reg.):
- Ord. »DFG, DFJW, Deutsch-französischer Freundschaftsverein« (A).
  - Ord. »Dijon – Gruppen P-Z« (B).
  - Ord. »Dijon – offizielle Kontakte I« (C).
  - Ord. »Dijon – offizielle Kontakte II – Sachgebiete« (D).
  - Ord. »Dijon – offizielle Kontakte III« (E).



- Ord. »Freundschaftskreis 25j. Jubiläum 1982« (F).
- Ord. »Jahresberichte, Arbeitsgespräche, Projektbriefe« (G).

### 6) *La Rivière-de-Corps*

Privatarchiv von Comité des Amis de Brombachtal (PA CAB):

- Ungeordnete Korrespondenz, Zeitungsausschnitte und andere Materialien.

### 7) *Wismar*

a) Archiv der Hansestadt Wismar (StA Wismar):

- Best. RA XXIV: 3 C 40, 3 C 55, 3 C 60, 3 C 69, 3 C 74, 3 C 76, 3 C 79.

b) Stadtverwaltung der Hansestadt Wismar: Abteilung Marketing, Veranstaltungswesen, Repräsentation, Märkte und Internationale Beziehungen (Registratur) (StV Wismar Reg.):

- Partnerschaftsarbeit Wismar–Calais [1998].

## Gedruckte Quellen

### 1) *Amtliche Quellen*

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1968, München 1999.

Assemblée nationale, base de données des députés français depuis 1789, <http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore/index.asp>.

BARETH, Jean, *Das Europa der Gemeinden*, o.O. [1956].

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, *Kommunale Partnerschaften in Bayern: Partnerschaften der Bezirke*, Stand: 05.06.2013, in: URL: [http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale\\_partnerschaften-bezirke.pdf](http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale_partnerschaften-bezirke.pdf).

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, *Kommunale Partnerschaften in Bayern: Partnerschaften der Gemeinden*, Stand: 14.03.2014, in: URL: [http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale\\_partnerschaften\\_gemeinden\\_.pdf](http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/kommunale_partnerschaften_gemeinden_.pdf).

Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst, 18.02.1972, in: URL: [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0113\\_ade&object=pdf&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0113_ade&object=pdf&st=&l=de).

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (Hg.), *Die Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1993.

CANTZ, Charlotte/ENGELHARDT, Heinz (Bearb.), *Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Livre d'or des jumelages franco-allemands*, Stuttgart 1964.

La Constitution du 4 octobre 1958, in: URL: <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/texte-integral-de-la-constitution-du-4-octobre-1958-en-vigueur.5074.html>.

La Constitution du 27 octobre 1946, in: URL: <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil->

- constitutionnel/francais/la-constitution/les-constitutions-de-la-france/constitution-de-1946-ive-republique.5109.html>.
- Československo-sovětské vztahy 1945–1950. Dokumenty a materiály, Prag 1971.
- Dictionnaire national des communes de France, Paris 2001.
- Education, Audiovisual and Culture Executive Agency, Europe for Citizens Programme, Action 1, Measure 1: Town Twinning, in: URL: [http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/action1\\_measure1\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/action1_measure1_en.php).
- ERBAR, Ralph (Hg.), Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963, Darmstadt 2003.
- Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund (Hg.), Berichts-Mappe 1992, Mainz 1993.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 1993, Mainz 1994.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 1994, Mainz 1995.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 1995, Mainz 1996.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 1997, Mainz 1998.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 1998, Mainz 1999.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 1999, Mainz 2000.
- Ders. (Hg.), Berichts-Mappe 2000, Mainz 2001.
- Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags, 22.01.2003, in: URL: <<http://www.assemblee-nationale.fr/12/dossiers/assemblee-bundestag-declaration.asp#deutschversion>>.
- Gemeinde Kirkel (Hg.), Burggemeinde Kirkel [o.O., o.J.].
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in: URL: <<http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>>.
- Heimat- und Verkehrsverein Laubenheim (Hg.), 25 Jahre Partnerschaft. 25ème anniversaire. Laubenheim–Longchamp. 1966–1991, Mainz 1991.
- Hessisches Schulgesetz, vom 14.06.2005, zuletzt geändert am 18.12.2012, in: URL: <[https://kulturministerium.hessen.de/sites/default/files/HKM/hessisches\\_schulgesetz.pdf](https://kulturministerium.hessen.de/sites/default/files/HKM/hessisches_schulgesetz.pdf)>.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hg.), Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2001, Wiesbaden 2002.
- Dass. (Hg.), Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2010, Wiesbaden 2011.
- Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), West-Ost-Beziehungen auf kommunaler Ebene. Eine Dokumentation, Recklinghausen 1987.
- JARDIN, Pierre/KIMMEL, Adolf (Hg.), Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation, Opladen 2002.
- KÄSTNER, Harald (Bearb.), Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule, Bonn 1999.
- KIMMEL, Adolf/JARDIN, Pierre (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, Paris 2001.
- KRINGS, Josef, Begegnungen, Duisburg 2000.
- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hg.), Partnerschaft in Europa. Rheinland-Pfalz/Burgund, Mainz 1991.

- LANG, Gérard, Le Code officiel géographique, in: *Courrier des statistiques* (décembre 2003), H. 108, S. 53–62.
- Mauléon und Umgebung. »Hauptstadt der Vendée militaire« [o.O., o.J.].
- Ministère des Affaires Etrangères (Hg.), *Guide de la coopération décentralisée. Échanges et partenariats internationaux des collectivités territoriales*, Paris 2000.
- Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, *Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1946 bis 2009*, in: URL: <<http://alt.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/ab1946/index.html>>.
- Der neue Fischer Weltatmanach 2013. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2012.
- OFAJ/DFJW (Hg.), *Infobrief – Städtepartnerschaften*, Januar 2012, H. 38, in: URL: <[http://www.dfwj.org/sites/default/files/ofaj\\_ldi\\_38\\_def-Internet.pdf](http://www.dfwj.org/sites/default/files/ofaj_ldi_38_def-Internet.pdf)>.
- Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/Burgund (Hg.), *Forum III. Die Jugend muss ran. En avant les jeunes. St. Martin/Pfalz, 27.–29.11.1998*, in: URL: <[http://yb.alroma.de/uploads/media/Forum\\_III\\_Dokumentation.pdf](http://yb.alroma.de/uploads/media/Forum_III_Dokumentation.pdf)>.
- Plan Fouchet I, 02.11.1961, in: URL: <[http://www.cvce.eu/obj/projet\\_de\\_traite\\_plan\\_fouchet\\_i\\_2\\_novembre\\_1961-fr-485fa02e-f21e-4e4d-9665-92f0820a0c22.html](http://www.cvce.eu/obj/projet_de_traite_plan_fouchet_i_2_novembre_1961-fr-485fa02e-f21e-4e4d-9665-92f0820a0c22.html)>.
- Plan Fouchet II, 18.01.1962, in: URL: <[http://www.cvce.eu/obj/projet\\_de\\_traite\\_plan\\_fouchet\\_ii\\_18\\_janvier\\_1962-fr-c9930f55-7d69-4edc-8961-4f12cf7d7a5b.html](http://www.cvce.eu/obj/projet_de_traite_plan_fouchet_ii_18_janvier_1962-fr-c9930f55-7d69-4edc-8961-4f12cf7d7a5b.html)>.
- Rheinland-Pfalz – Die Landesregierung, *Gelungene Zusammenarbeit*, in: URL: <[http://www.rlp.de/no\\_cache/einzelansicht/article/gelungene-zusammenarbeit](http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/article/gelungene-zusammenarbeit)>.
- SCHMIDT, Josef/SCHMIDT, Harald (Hg.): *25 Jahre Partnerschaft Kirkel–Mauléon. 1980–2005. Festschrift zur Partnerschaftsfeier am 8. Oktober 2005, Kirkel-Limbach [2005]*.
- Stadt Duisburg (Hg.), *60 Jahre Städtepartnerschaft. Portsmouth–Duisburg [2010]*, in: URL: <[http://www.duisburg.de/medien/bilder\\_aktuell/rathaus\\_politik\\_buergerservice/rathaus/60jahre.pdf](http://www.duisburg.de/medien/bilder_aktuell/rathaus_politik_buergerservice/rathaus/60jahre.pdf)>.
- Stadtverwaltung Bautzen (Hg.), *Bautzen/Budyšin. Unsere Partnerstädte/Nāše partnerske města [2011]*, in: URL: <[http://www.bautzen.de/dokumente/FB\\_Partnerstaedte\\_2011.pdf](http://www.bautzen.de/dokumente/FB_Partnerstaedte_2011.pdf)>.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1953*, Wiesbaden 1953.
- Dass. (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1961*, Wiesbaden 1961.
- Dass. (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1964*, Wiesbaden 1965.
- Dass. (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1979*, Wiesbaden 1979.
- Dass. (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1989*, Wiesbaden 1989.
- Dass. (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1991*, Wiesbaden 1991.
- Dass. (Hg.), *Statistisches Jahrbuch 2002*, Wiesbaden 2002.
- STICKER, Johannes, *Moi, Johannes Sticker, prisonnier allemand en Bretagne: 1945–1947. Un avenir précoce, Sables-d’Or-les-Pins 2006*.
- Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18.04.1951, in: *Bundesgesetzblatt 1952 II*, S. 447–504.
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27.10.1956, in: *Bundesgesetzblatt 1956 II*, S. 1589–1836.
- WAGNER, Georg, *Brombachtal, la commune jumelée avec La Rivière-de-Corps, Brombachtal [1988]*.

Ders., La Rivière-de-Corps. Die Partnergemeinde von Brombachtal, Brombachtal [1988].  
 Western European Union, Text of the Modified Brussels Treaty, 23.10.1954, in: URL: <<http://www.weu.int/Treaty.htm>>.  
 Who's Who in France, in: URL: <<http://new.dowjones.com/factiva>>.

## 2) *Periodika und Nachrichtenagenturen*

### a) Überregionale Presse und Nachrichtenagenturen

1983–2007: de la percée au déclin, in: *Libération*, 22.06.2007.  
 »Ein Akt der Dummheit«, in: *Der Spiegel* 49 (1995), H. 37, S. 152–155.  
 Associated Press, Le Poitou-Charentes en quelques chiffres, 17.03.2004.  
 BÜNDER, Helmut, Vorstellungen von der Agrarpolitik. Frankreich und die Agenda 2000, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.03.1999.  
 Bürgermeister-Direktwahlen, in: *Frankfurter Rundschau*, 03.09.2001.  
 Frankreich: Bremse angezogen, in: *Der Spiegel* 37 (1983), H. 38, S. 157f.  
 Mit Vorsicht: Verunsicherung in westdeutschen Rathäusern, in: *Der Spiegel* 31 (1977), H. 19, S. 94–97.  
 NÜTZEL Nikolaus, Freising als Hoffnungsträger für Bautzen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.08.2000.  
 Städtepartnerschaft. Kùßchen links, rechts, in: *Der Spiegel* 29 (1975), H. 38, S. 60–65.

### b) Regionalpresse

#### b1) *Bautzen*

5 Jahre Städtepartnerschaft Bautzen und Dreux. Ein Blick in die Geschichte, in: *Bautzener Bote*, 26.09.1997.  
 DVORACEK, Rolf, Reiseeindrücke von der Fahrt in die französische Partnerstadt. Bautzen gehört jetzt zu einer »schönen Familie«, in: *Sächsische Zeitung*, 08.10.1992.  
 Einander besser verstehen lernen, in: *Bautzener WochenKurier*, 20.05.1998.  
 Französische Schüler im Rathaus, in: *Sächsische Zeitung*, 30.04.1999.  
 GESELL, Ines, Freunde aus Dreux zu Gast in Bautzen, in: *Sächsische Zeitung*, 27.05.1999.  
 LEBER, Carmen, Das Vorbild Melsungen–Dreux, in: *Sächsische Zeitung*, 22.05.1991.  
 Dies., Gemeinsames Konzert war Glanzpunkt, in: *Sächsische Zeitung*, 25.–26.05.1991.  
 Dies., Partnerschaft Dreux–Bautzen wird jetzt mit Leben erfüllt, in: *Sächsische Zeitung*, 21.10.1991.  
 Miteinander der Nationen beim Dreux-Besuch erlebt, in: *Sächsische Zeitung*, 03.–04.04.1993.  
 PURSCHE, Jana, Zum Abschied flossen dann auch Tränen. Schülerpartnerschaft Bautzen–Dreux ist lebendig, in: *Sächsische Zeitung*, 12.05.1995.

#### b2) *Brombachtal*

Am Samstag werden die Urkunden ausgetauscht. Verschwisterungsfeier mit hundert französischen Gästen und einem umfangreichen Programm, in: *Odenwälder Heimatzeitung*, 29.05.1987.  
 Das Band ist offiziell und eng geknotet. Partnerschaftsfeier zwischen La Rivière-de-Corps und Brombachtal, in: *Odenwälder Heimatzeitung*, 01.06.1987.

- Champagnerkehlchen mit Sang und Klang, in: Odenwälder Heimatzeitung, 13.05.1991.
- Dreitägige Feier zum Jubiläum, in: Odenwälder Heimatzeitung, 21.05.1997.
- Name der Anlage ein Zeugnis der Freundschaft, in: Odenwälder Heimatzeitung, 29.05.1995.
- Partnerschaft in der Musik, in: Odenwälder Heimatzeitung, 26.05.1990.
- PAUL, Diether, Katastrophe überschattet Besuch in der Partnergemeinde, in: Odenwälder Heimatzeitung, 29.05.1990.
- Ein Stein als Wegweiser zu guten Freunden, in: Odenwälder Heimatzeitung, 08.05.1989.
- Wiedersehen mit Freunden. Besuch aus der Partnergemeinde La Rivière, in: Odenwälder Heimatzeitung, 20.05.1999.

### b3) Calais

- MARTINACHE, Pascal, Calais, histoire d'un homme et d'un parti, in: La Voix du Nord, 22.03.2008.

### b4) Dijon

- Le bibliobus de Mayence boulevard Clemenceau cet après-midi, in: Le Bien Public, 28.09.1983.
- CCI Mayence et CCI Dijon: Amorce d'une coopération, in: Le Bien Public, 11.04.1994.
- HUVET, Michel, À Dijon pour une semaine. Erwin Becker et son bus mayençais chaque après-midi sur la ligne 14, in: Le Bien Public, 27.09.1983.
- VACHET, Jean, Une grande manifestation d'amitié – Bourgogne-Rhénanie-Palatinat, in: Le Bien Public, 24.06.1958.

### b5) Dreux

- 5<sup>e</sup> anniversaire du jumelage Dreux – Bautzen, in: L'Écho Républicain, 18.–19.10.1997.
- »Dreux – Bautzen« se dissout et adhère au comité de jumelage, in: L'Action Républicaine, 08.12.1992.
- Dreux et Bautzen: un oui européen. Les cérémonies officielles du jumelage auront lieu samedi prochain, in: La République du Centre, 30.09.1992.
- Écrire une page d'histoire, in: L'Écho Républicain, 05.10.1992.
- NORTH, Patricia, Conseil de l'Europe. Dreux obtient le diplôme européen, in: L'Écho Républicain, 29.09.1995.
- Une rue Bautzen, in: L'Action Républicaine, 15.12.1992.

### b6) Duisburg

- BÖTTNER, Gerd, Calais machte Rennen um Freundschaftspokal, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 04.06.1996.
- Ders., Franzosen und Deutsche pflegen tiefe Freundschaft. Sportaustausch im Zeichen der Partnerschaft, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 27.04.1998.
- Duisburg schlägt Calais knapp, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10.06.1990.
- Duisburg und Calais feiern ein Jubiläum, in: Neue Ruhr Zeitung, 31.05.1989.
- Duisburger in Calais: sportlicher Ehrgeiz und Völkerverständigung, in: Neue Ruhr Zeitung, 06.05.2000.

- Die Freundschaft mit Calais ist die zweitälteste Städtepartnerschaft Duisburgs, in: Rheinische Post, 18.11.1995.
- Mit Musik und Kunst nach Calais gereist, in: Rheinische Post, 23.05.1989.
- Niederrheinische Musikschule in Calais. Franzosen applaudierten Duisburger Amateuren, in: Rheinische Post, 02.10.1992.
- PHILIPP, Maike, Frischer Wind für eine alte Partnerschaft. Offizielle Delegation reiste nach Calais, in: Neue Ruhr Zeitung, 23.05.1989.
- SCHMITT, Volker, »Pokal der Freundschaft« bleibt für ein weiteres Jahr in Calais, in: Neue Ruhr Zeitung, 12.05.1997.
- SCHROEDER, Klaus E., Bürger prägen Freundschaft zwischen den beiden Städten, in: Rheinische Post, 18.11.1995.
- Stadt zu Kritik des Hockey-Betreuers in Calais: »Anstand und Höflichkeit vergessen«, in: Rheinische Post, 09.06.1984.
- Städtevergleich ging deutlich an Duisburg. Erfolgreiche Revanche gegen die Gäste, in: Neue Ruhr Zeitung, 12.06.1993.
- TEGETHOFF, Michael, Fundierte Barock-Interpretationen. Konzert in der Salvatorkirche mit Dozenten aus der Partnerstadt Calais, in: Rheinische Post, 25.02.1991.
- »Unfähigkeit der Sportbeamten beider Städte«, in: Neue Ruhr Zeitung, 08.06.1984.

#### b7) Kirkel

- Aus dem Herzklopfen ist Normalität geworden, in: Saarbrücker Zeitung, 03.06.2000.
- Der Bliestalkiebitz, in: Saarpfälz-Anzeiger, 16.07.1992.
- Frankreich liegt den Sängern am Herzen, in: Saarbrücker Zeitung, 16.01.1999.
- Fünf Jahre Jumelage Kirkel–Mauléon, in: Saarbrücker Zeitung, 16.09.1985.
- HUSSONG, Martin, Jugendaustausch bzw. Sprachferien in Mauléon, in: Kirkeler Nachrichten, 21.06.1996.
- Ders., Schüler-/Jugendaustausch mit Mauléon, in: Kirkeler Nachrichten, 19.03.1999.
- Jumelage – mariage, in: Saarbrücker Zeitung, 22.04.1987.
- Partnerschaft: »C'est le i-Tüpfelche«, in: Saarbrücker Zeitung, 02.01.1993.
- SCHWARZ, Erich, Zeichen deutsch-französischer Freundschaft, in: Saarbrücker Zeitung, 28.01.2000.
- »Von der Jumelage zur Poussage«, in: Saarbrücker Zeitung, 07.04.1987.
- WOLF, Thorsten, Kirkel. Ein Meilenstein der Freundschaft, in: Saarbrücker Zeitung, 09.09.2013.

#### b8) La Rivière-de-Corps

- Les Allemands de Brombachtal ont été reçus ce week-end. Un jumelage à venir qui fait déjà l'unanimité, in: Libération-Champagne, 20.05.1985.
- Jumelage Brombachtal–La Rivière-de-Corps: »Maintenant, nous sommes frères et sœurs«, in: L'Est-Éclair, 10.06.1987.
- Une première! L'échange franco-allemand entre élèves d'écoles primaires est au point, in: L'Est-Éclair, 02.04.1987.
- La Rivière-de-Corps et Brombachtal officialisent leur union. Le week-end a été aux réjouissances, in: Libération-Champagne, 24.05.1988.
- La stratégie d'un fonceur, in: L'Express, 03.04.2003.

*b9) Mainz*

- Chronist der Partnerschaft Mainz/Dijon, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 27.08.1992.
- Deutsch-Französische Gesellschaft zog in Mainz Zehnjahres-Bilanz, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 23.10.1972.
- Dijon und Mainz wollen neue Wege gehen: »Weniger Feste – mehr Gespräche«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 28.06.1976.
- Direkt gefragt. Heute: Bürgerkontakte, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 02.–03.08.1986.
- Direkt gefragt. Heute: Mainz-Dijon-Kreis, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 31.01.1986.
- Die Freundschaft Mainz–Dijon ist ein großes Gesto, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 22.05.1985.
- GÖBEL, Mechthild, Delegation aus Dijon bei OB Beutel, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 14.06.2000.
- Jubiläum: 100. Mainzer Chronik in Dijons »Le Bien Public«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 15.10.1985.
- Mainz bekommt eine »Rue de Dijon«, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 08.09.1960.
- Mainz und Dijon sind ideale Partner, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 02.11.1988.
- Neue Partner wollen Regionen verbinden. MVB und Dijoner Bank unterzeichnen Vertrag, in: Mainzer-Rhein-Zeitung, 10.–11.06.1995.
- Partnerschaft erhält Impulse, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 16.04.1994.
- Partnerstädte rufen gemeinsam zur Teilnahme an Europawahl auf, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 01.07.1988.
- Unverzichtbare Kontakte. Freundschaftskreis Mainz–Dijon blickt auf Jubiläumsjahr, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 07.12.1998.
- Zusammen mit Dijon Hilfe für Städte im Osten, in: Allgemeine Zeitung (Mainz), 04.06.1991.

*b10) Mauléon*

- CADU, Dominique, Mauléon–Kirkel: priorité donnée aux jeunes, in: Courrier de l'Ouest, 18.06.2001.
- Heike Chouteau a découvert le Bocage grâce au jumelage Kirkel–Mauléon, in: Courrier de l'Ouest, 26.01.1989.
- Jumelage Mauléon–Kirkel. Louis-Marie Chouteau succède à Marc-André Bisleau, in: Le Courrier de l'Ouest, 15.02.1994.
- Le jumelage Mauléon–Kirkel: un deuxième acte chaleureux, in: Le Courrier de l'Ouest, 22.06.1981.
- Mariage à trois avec l'Allemagne de l'Est, in: Le Courrier de l'Ouest, 20.–21.01.1990.

*b11) Melsungen*

- Bautzen (DDR) und Melsungen. Wird aus Flirt Liebe?, in: Melsunger Allgemeine, 05.05.1988.
- Bautzen meldet sich leider nicht. Aber: Bemühungen gehen weiter, in: Melsunger Allgemeine, 22.03.1983.
- Über Dreux Freundschaft mit Bautzen? Vorsitzender Maillard sprach mit dem Bürgermeister der Stadt in der DDR, in: Melsunger Allgemeine, 29.04.1972.
- Wie steht es mit Bautzen? Melsungen wünscht Kontakte, in: Melsunger Allgemeine, 31.12.1982.

*b12) Wismar*

HOFFMANN, Heiko, Was wurde aus den Städtepartnerschaften?, in: Ostsee-Zeitung, 10.02.1995.

LINDNER, Marlies, Städtepartnerschaften sollen mehr als ein Stück Papier sein, in: Ostsee-Zeitung, 29.04.1994.

OB G. Lunow empfing 22 Kinder aus Calais, in: Ostsee-Zeitung, 30.08.1972.

Städtepartnerschaft muß lebendig sein!, in: Ostsee-Zeitung, 08.09.1993.

WERFEL, Haike, Pfllegt Wismar seine vier Städtepartnerschaften?, in: Ostsee-Zeitung, 03.04.1998.

## c) Periodika der Kommunalverbände

1000 deutsch-französische Städtepartnerschaften, in: Europa kommunal 5 (1981), S. 127–129 u. 154f.

XII. Gemeindetag des Rates der Gemeinden Europas, Lausanne, 08.–11.06.1977, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 1 (1977), S. 58–73.

Alte Gemeinde-Partnerschaften auch nach der kommunalen Neugliederung fortsetzen, in: Der Städtetag 28 (1975), S. 29.

Ansprache des Präsidenten des Rates der Gemeinden Europas – Deutsche Sektion, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 63f.

Ansprache von Prof. Dr. Fr. Schäfer anlässlich der Verleihung der Ehrenfahne des Europarats an die Stadt Neckarsulm, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 4 (1980), S. 147f.

Ein außergewöhnliches Partnerschaftsgesuch, in: Europa kommunal 13 (1989), S. 45.

Auswärtige Angelegenheiten deutscher Städte – I. Partnerschaften, in: Der Städtetag 29 (1976), S. 140.

Bienvenue chez nous. Neuartiger Sprachkurs zur Städtepartnerschaft, in: Europa Kommunal 10 (1986), S. 22.

Déclaration solennelle. Feierliche Erklärung, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 192.

Deutsch-französische Regionalpartnerschaften, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 123f.

Deutsch-Französischer Bürgermeisterkongreß Ludwigsburg. Bericht des Arbeitskreises III, in: Europa kommunal 12 (1988), H. 5–6, S. VI–VIII.

Deutsche Fragen – Europäische Fragen?!, in: Europa kommunal 14 (1990), S. 113f.

Entschließung zum Thema Städtepartnerschaften, in: Der Städtetag 41 (1988), S. 756f.

Europäisches Parlament: Debatte über Partnerschaften, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 156–158.

Europawahl und Städtepartnerschaft, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 2 (1978), S. 121.

FIEDLER, Klaus P., Kommunale Außenpolitik, in: Der Städtetag 31 (1978), S. 459–461.

FONTAINE, Nicole, Partnerschaften – tragende Säule einer europäischen Bürgerschaft, in: Europa kommunal 18 (1994), S. 79–82.

Französische Bürgermeister in den neuen Bundesländern, in: Europa kommunal 15 (1991), S. 147.

Generationenwechsel, in: Europa kommunal 17 (1993), S. 261.

Die Integration von IULA und RGRE, in: Europa kommunal 15 (1991), S. 6.

Kommunale Partnerschaften – konkrete Projekte und Innovationen, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 160.



- Kontakte deutscher Städte und Gemeinden mit Osteuropa, in: Der Städtetag 31 (1978), S. 37f.
- KOSCHNICK, Hans, Keine Einbahnstraße in der Zusammenarbeit, in: Der Städtetag 29 (1976), S. 314f.
- LEITERMANN, Walter, Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften, in: Der Städtetag 41 (1988), S. 172–176.
- Ders., Die Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise, in: Der Städtetag 40 (1987), S. 589f.
- Ders., Städte initiierten größte »Friedensbewegung« Europas, in: Europa kommunal 21 (1997), S. 3–7.
- Ders., Über 6.000 Beziehungen zu Kommunen in 87 Ländern, in: Europa kommunal 22 (1998), S. 191–193.
- Ders., Umfrage zur Einbeziehung von Jugendlichen in die Partnerschaften: Jugendliche müssen mehr Mitsprache erhalten, in: Europa kommunal 21 (1997), S. 26–28.
- LENNEP, Hans-Gerd von, 1000 deutsch-französische Städtepartnerschaften, in: Europa kommunal 5 (1981), S. 43f.
- Ders., Kommunale Partnerschaften: Beteiligung und Aktivitäten, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 102–107.
- Ders., RGE-Kommunalkongreß Stuttgart 1985, in: Europa kommunal 9 (1985), S. 34f.
- Ludwigsburger Erklärung. Deutschland–Frankreich: Zwei Länder – eine Zukunft, in: Europa kommunal 12 (1988), S. 193f.
- PFLIMLIN, Pierre, Für ein Europa der Bürger, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 96f.
- Rechte Macht im Rathaus gefährdet Städtepartnerschaft, in: Europa kommunal 22 (1998), S. 246f.
- REINSCH, Gisela, Das Netz der Städtepartnerschaften, in: Der Städtetag 27 (1974), S. 317–320.
- Resolution des 5. Europäischen Partnerschaftskongresses, 20.–21. März in Bordeaux, in: Europa kommunal 11 (1987), S. 35.
- RGE-Entscheidung: Die Aufgabe der Gemeinden bei der Vorbereitung der Europawahl, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 2 (1978), S. 124f.
- Rheinland-Pfalz-Haus in Dijon, in: Europa kommunal 14 (1990), S. 104f.
- Die Rolle der deutsch-französischen Städtepartnerschaften, in: Europa kommunal 16 (1992), S. 111.
- SACH, Annette, Die Jugend in der deutsch-französischen Partnerschaft: Es mangelt am Nachwuchs, in: Europa kommunal 21 (1997), S. 29f.
- SCHMITT-VOCKENHAUSEN, Hermann, Noch mehr Städtepartnerschaften, in: Nachrichtendienst. RGE – deutsche Sektion 1 (1977), S. 97f.
- Städtefreundschaften – heute, in: Der Städtetag 28 (1975), S. 547f.
- Städtefreundschaften, in: Der Städtetag 8 (1955), S. 360.
- Städtepartnerschaften – größte Friedensbewegung Europas! Jubiläumstreffen der deutsch-französischen Partnergemeinden zur 20-Jahr-Feier des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages, in: Europa kommunal 7 (1983), S. 65f.
- Wuppertal beschließt Partnerschaft mit ČSSR-Stadt Košice, in: Der Städtetag 33 (1980), S. 26.

### 3) *Expertengespräche*

- BLUMENSCHNEIN, Hans-Dieter, 26.05.2006 in La Rivière-de-Corps.
- BRAUTZSCH, Gerlinde, 15.06.2006 in Mainz.
- FRÖHLICH, Wilhelm, 26.05.2006 in La Rivière-de-Corps.
- KESSLER, Udo, 26. u. 27.05.2006 in La Rivière-de-Corps.
- KRASS, Adolf, 12.06.2006 in Mainz.
- KRINGS, Josef, 05.08.2005 in Duisburg.
- LORENZ, Elke, 16.10.2006 in Bautzen.
- NAWKA, Tomasz, 17.10.2006 in Bautzen.
- NIELSEN, Andreas, 20.11.2006 in Wismar.
- PELIZAEUS, Ludolf, 27.06.2006 in Mainz.
- SCHMIDT, Josef, 20. u. 21.06.2006 in Kirkel.
- SCHMITT, Sarah, 08.06.2006 in Mainz.
- SOMMER, Maurice, 27. u. 28.05.2006 in La Rivière-de-Corps.
- WOLFFERSDORFF, Henning von, 15. u. 17.10.2006 in Bautzen.
- WOLFFERSDORFF, Edith von, 15.10.2006 in Bautzen.

### 4) *E-Mail- oder telefonische Kommunikation*

- HARTMANN, Gabriele (Mainz), E-Mail vom 13.03.2008.
- HERRMANN, Tanja (Mainz), E-Mail vom 04.08.2014.
- JACK, Herbert (Mainz), E-Mail vom 27.06.2006.
- JESSE, Regina (Duisburg), E-Mail vom 14.04.2011.
- PRAUSE, Frau (Wismar), Anruf vom 17.11.2006.
- WERWOLL, Marion (Berlin), E-Mail vom 20.04.2006.

### 5) *Webseiten mit kommunalem Bezug*

#### a) Datenbanken der kommunalen Zusammenarbeit

- Atlas français de la coopération décentralisée et des autres actions extérieures, <<https://pastel.diplomatie.gouv.fr/cncdext/dyn/public/atlas/rechercheAtlasFrance.html>>.
- Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe, <<http://www.afccre.org/fr/nos-membres/annuaire-des-villes-jumelees>>.
- Commission nationale de la coopération décentralisée, <<https://pastel.diplomatie.gouv.fr/cncdext/dyn/public/login.html>>.
- Französische Botschaft in Berlin, Partnerschaften der Bundesländer, <<http://www.amba-france-de.org/Partnerschaften>>.
- Ministère des Affaires étrangères und Auswärtiges Amt, <<http://www.france-allemande.fr/La-cooperation-communale-Les,1151.html>>.
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas, deutsche Sektion, <<http://www.rgre.de/partnerschaften.html>>.
- Saarland, <<http://www.partnerschaftsprojekte.saarland.de>>.

## b) Statistiken

- Des villages de Cassini aux communes d'aujourd'hui, <<http://cassini.ehess.fr>>.
- Institut national de la statistique et des études économiques, <<http://www.recensement.insee.fr>>; <<http://www.statistiques-locales.insee.fr>>.
- Statistisches Amt für Nordrhein-Westfalen, <<http://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/>>.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, <<http://sisonline.statistik.m-v.de>>.
- Statistisches Bundesamt, <<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>>.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, <<http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten>>.

## c) Städte und Gemeinden

- Bautzen, <<http://bautzen.de>>.
- Brombachtal, <<http://www.brombachtal.de>>.
- Calais, <<http://www.calais.fr>>.
- Dijon, <<http://www.dijon.fr>>; <<http://www.e-dijon.fr>>; <<http://www.maison-rhenanie-palatinat.org>>.
- Dreux, <<http://www.dreux.com>>.
- Dreux, Comité de Jumelage, <<http://gpierrel43.perso.sfr.fr/index.htm>>.
- Duisburg, <<http://www.duisburg.de>>.
- L'Encyclopédie des villes de France, <<http://www.linternaute.com>>.
- Grand-Quevilly, <<http://www.grandquevilly.fr>>.
- Kiedrich, <<http://www.kiedrich.de>>.
- Kirdel, <<http://kirdel.eu>>.
- Köln, <<http://www.stadt-koeln.de>>.
- La Rivière-de-Corps, <<http://www.larivieredecorps.fr>>.
- Lille, <<http://www.mairie-lille.fr>>.
- Ludwigsburg, <<http://ludwigsburg-montbeliard.bsz-bw.de>>.
- Lyon, <<http://www.lyon.fr>>.
- Mainz, <<http://mainz.de>>; <<http://www.mainz-dijon.de>>; <<http://www.haus-burgund.de>>.
- Mauléon, <<http://www.mauleon.fr>>; <<http://mauleonkirdel.over-blog.com>>; <<http://membres.multimania.fr/mauleonkirdel>>.
- Melsungen, <<http://www.partnerschaftsverein-melsungen.de>>.
- Portal für alle Städte und Gemeinden Deutschlands, <<http://www.meinestadt.de>>.
- Remagen, <<http://www.stadt-remagen.de>>.
- Saint-André-les-Vergers, <<http://www.ville-saint-andre-les-vergers.fr>>.
- Skopje, <<http://www.skopje.gov.mk>>.
- Toutes les communes et villes de France, <<http://www.villorama.com>>.
- Tritttau, <<http://www.amt-tritttau.de>>.
- Troyes, <<http://www.grand-troyes.fr>>.
- Wismar, <<http://wismar.de>>.

## d) Regionen

- Komitee Niedersachsen-Normandie, <<http://niedersachsen-normandie.de>>.
- Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/Burgund, <<http://www.partnerschaftsverband.de>>.

## Literaturverzeichnis

- AFHELDT, Horst, Sicherheit, in: Jacques LEENHARDT/Robert PICTH (Hg.), *Esprit/Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen*, München 1989, S. 284–289.
- ARDIZZONE, Joana/MANAC'H, Bérénice/MENYESCH, Dieter, *Relations culturelles franco-allemandes depuis 1945. Bibliographie sélective 1991–2000/Deutsch-französische Kulturbeziehungen seit 1945. Auswahlbibliographie 1991–2000*, Stuttgart 2001.
- BACH, Laurent, *Faut-il abolir le cumul des mandats?*, Paris 2012, in: URL: <<http://www.cepremap.ens.fr/depot/opus/OPUS27.pdf>>.
- BÄCHLE, Hans, *Bienvenue chez nous! Eine Sprachmethode zur Förderung von Städtepartnerschaften*, Frankfurt a. M. 1986.
- BAUMANN, Ansbert, *Deutsch-Französische Geschichte. Ein bilaterales Gemeinschaftsprojekt setzt Maßstäbe*, in: *Dokumente/Documents* (2012), H. 4, S. 55–57.
- Ders., *Erziehungs- und Jugendfragen: Die Bande enger gestalten und das Verständnis füreinander vertiefen?*, in: Corine DEFRENCE/Ulrich PFEIL (Hg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945 – 1963 – 2003*, München 2005, S. 147–166.
- BAUTZ, Ingo, *Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 1960er Jahren*, Dissertation Siegen 2002, in: URL: <<http://www.ub.uni-siegen.de/epub/diss/bautz.htm>>.
- BEILECKE, François, *Kontinuität, Erneuerung und der europäische Imperativ: Das DFJW in den achtziger Jahren*, in: Hans Manfred BOCK (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk*, Opladen 2003, S. 123–153.
- BENDER, Karl-Heinz, *Mitterrand und die Deutschen (1938–1995) oder die Wiedervereinigung der Karolinger*, Bonn 1995.
- BINOCHÉ, Jacques, *Histoire des relations franco-allemandes de 1789 à nos jours*, Paris 1996.
- BLUMENWITZ, Dieter, *Das Recht der Gemeinden zur Aufnahme kommunaler Auslandsbeziehungen und die Schranken kommunaler »Aussenpolitik«*, in: Paul von KODOLITSCH (Hg.), *»Kommunale Außenpolitik«. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften*, Berlin 1989, S. 47–51.
- Ders., *Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen im Lichte des Staats- und Verfassungsrechts*, Bonn 1980.
- Ders., *Kommunale Außenpolitik*, in: Albert von MUTIUS (Hg.), *Selbstverwaltung im Staat der Industriegesellschaft. Festgabe zum 70. Geburtstag von Georg Christoph von Unruh*, Heidelberg 1983, S. 747–761.
- BOCK, Hans Manfred, *Bilateralismus im Zeichen der deutschen Vereinigung, der Europäisierung und der Globalisierung*, in: Ders. (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk*, Opladen 2003, S. 155–191.

- Ders. (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk*, Opladen 2003.
- Ders., *Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit*, in: *Francia* 17 (1990), Bd. 3, S. 57–101.
- Ders., *Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften*, in: Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994, S. 13–35.
- Ders., *Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren*, in: Ders. (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk*, Opladen 2003, S. 61–90.
- Ders., *Kulturelle Wegbegleiter politischer Konfliktlösung. Mittler zwischen Deutschland und Frankreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Tübingen 2005.
- Ders., *Wiederbeginn und Neuanfang in den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen 1949 bis 1955*, in: *Lendemains* 21 (1996), H. 84, S. 58–66.
- Ders. u.a. (Hg.), *Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la jeunesse 1963–2008*, Paris 2008.
- BONTRON, Jean-Claude, *L'irrésistible élan de l'intercommunalité*, in: Serge CORDELLIER/Élisabeth LAU (Hg.), *L'état des régions françaises 2004*, Paris 2004, S. 36–40.
- BORTMAN, Mark, *Amerikanische Erfahrungen: vorwiegend privat*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 15 (1965), S. 15–17.
- BOZO, Frédéric, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Paris 2005.
- BRAND CRÉMIEUX, Marie-Noëlle, *Les Français face à la réunification allemande, automne 1989 – automne 1990*, Paris 2004.
- BREDOW, Wilfried von, *Bilaterale Beziehungen im Netzwerk regionaler und globaler Interdependenz*, in: Karl KAISER/Joachim KRAUSE (Hg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*, 3. Bd., München 1996, S. 109–115.
- BRUNN, Gerhard, *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2006.
- BRÜSKE, Hans-Günther, *Neue Wege zur Gestaltung von Städtepartnerschaften*, in: *Dokumente* 35 (1979), S. 238–241.
- Ders., *Provokante Thesen zum Thema »Deutsch-französische Städtepartnerschaften«*, in: Ders. (Hg.), *Städtepartnerschaften. Kulturelle Beziehungen*, Bonn 1983 (*Transnational* 21), S. 38f.
- BURGMER, Inge Maria, *Städtepartnerschaften als neues Element der innerdeutschen Beziehungen*, Bonn 1989.
- CAPLAN, Richard, *Europe and the Recognition of New States in Yugoslavia*, Cambridge 2005.
- CHOMBARD-GAUDIN, Cécile, *Pour une histoire des villes et communes jumelées*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 1992, H. 35, S. 60–66.
- COLIN, Nicole u.a. (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1945*, Tübingen 2013.
- Comité pour l'information sur l'Europe de l'Est, *Histoire de la coopération décentralisée*, in: URL: <[http://www.colisee.org/article.php?id\\_article=555](http://www.colisee.org/article.php?id_article=555)>.

- DEFRANCE, Corine, La dimension régionale dans le rapprochement franco-allemand: l'Alsace face à l'Allemagne de l'immédiat après-guerre au début des années 1970, in: Yves DENÉCHÈRE/Marie-Bénédicte VINCENT (Hg.), *Vivre et construire l'Europe à l'échelle territoriale de 1945 à nos jours*, Bruxelles 2010, S. 145–157.
- Dies., Corine, Les jumelages franco-allemands: aspect d'une coopération transnationale, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 2008, H. 99, S. 189–201.
- Dies., La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955, Strasbourg 1994.
- Dies., Les premiers jumelages franco-allemands. 1950–1963, in: *Lendemains*, 1996, H. 84, S. 83–95.
- Dies., Société civile et relations franco-allemandes, in: Corine DEFRANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010, S. 17–31.
- DEFRANCE, Corine/KISSENER, Michael/NORDBLOM, Pia (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010.
- DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich, Deutsche und Franzosen seit 1945: Vergleichende Herangehensweise als Mehrwert – zu Teil 5, in: *Dokumente* 62 (2006), H. 5, S. 82–87.
- Dies., Entre guerre froide et intégration européenne. Reconstruction et rapprochement, 1945–1963, Villeneuve d'Ascq 2012 (*Histoire franco-allemande* 10).
- Dies., Eine Nachkriegsgeschichte in Europa. 1945–1963, Darmstadt 2011 (*Deutsch-Französische Geschichte* 10).
- DEUTSCH, Karl W. u.a., *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton 1957.
- DFJW (Hg.), *50 Jahre Deutsch-französisches Jugendwerk. L'Office franco-allemand pour la jeunesse a 50 ans*, Berlin 2013.
- Dass. (Hg.), *Städtepartnerschaften und Jugendaustausch: Informationen und Anregungen für Verantwortliche von Austauschprogrammen zwischen Partnerstädten und zwischen örtlichen Jugendgruppen*, Bad Honnef 1981.
- DIERKES, Jürgen, Freundschaft ohne Grenzen? Die Städtepartnerschaft Borgentreich–Rue (1986), in: Corine DEFRANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010, S. 237–253.
- DOUBLIER, Caroline, L'OFAJ et les échanges scolaires, in: Hans Manfred BOCK u.a. (Hg.), *Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la jeunesse 1963–2008*, Paris 2008, S. 367–387.
- DÜMMER, Barbara, Die Städtepartnerschaft Frankenthal–Colombes (1958) und die Bedeutung transnationaler Kommunalverbände, in: Corine DEFRANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010, S. 189–203.
- EHALT, Hubert C. (Hg.), *Geschichte von unten*, in: Ders. (Hg.), *Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags*, Wien/Köln 1984, S. 11–39.
- ENGELHARDT, Heinz, Les jumelages: un acte humain et politique, in: *Documents* 33 (1978), Sonderheft, S. 126–135.

- FARQUHARSON, John E./HOLT, Stephen C., *Europe from Below. An Assessment of Franco-German Popular Contacts*, London 1975.
- FIEBER, Bettina, *Internationale Gemeindepartnerschaften. Kulturaustausch und seine Wirkungen in europäischen Landgemeinden*, Trier 1995.
- FILIPOVÁ, Lucie, Cesta k německo-francouzskému sblížení. Úloha nestátních subjektů v bilaterální spolupráci v letech 1945–1963, in: *Soudobé dějiny/Contemporary History* 15 (2008), S. 84–104.
- Dies., Německo-francouzská partnerství měst a obcí (1950–1990). Příklad soupeření mezi SRN a NDR, in: *Český časopis historický/The Czech Historical Review* 105 (2007), S. 585–608.
- Dies., Německo-francouzské vztahy z perspektivy německého federalismu, in: Petr MĚLSNÁ u.a., *Německá centra, německé periferie. Federalismus – regionalismus – subsidiarita*, Prag 2010, S. 193–220.
- France–Bayern. *Bayern und Frankreich: Wege und Begegnungen. 1000 Jahre bayerisch-französische Beziehungen/France-Bavière: Allers et retours. 1000 ans de relations franco-bavaroises*, Paris 2006.
- FRÈRE, Eric, *Vergleich der Kommunen in Deutschland und in Frankreich. Historische Entwicklungen, rechtliche Rahmenbedingungen und öffentliche Finanzstrukturen im föderalen und zentralen System*, Wiesbaden 1998.
- FRIEDRICH, Carl J., The Grassroots Base of the Unification of Europe, in: *Public Policy* 12 (1963), S. 23–40.
- GARSTKA, Hansjürgen, *Die Rolle der Gemeinden in der internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung*, Stuttgart 1972.
- GASSER, Adolf, *Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung*, Basel 1943.
- GERHARD, Simona/HEIPCKE, Corinna/RICHTER, Emanuel, Städtepartnerschaften haben Konjunktur und Konjunktur benötigt Impulse. Eine empirische Studie zu Partnerschaften hessischer Gemeinden und Städte, in: Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994, S. 167–182.
- GIROND DE L'AIN, Marina/BANOUN, Sylvie, Unverbrüchliche Bande. Partnerstädte und deutsch-französischer Austausch, in: *Dokumente* 52 (1996), S. 122–128.
- GÖDDE-BAUMANN, Beate, 40 Jahre Deutsch-Französische Gesellschaft e.V. Duisburg, in: *Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg* (Hg.), *40 Jahre Deutsch-Französische Gesellschaft e.V. Duisburg*, Duisburg [wahrscheinlich 1992], S. 7–16.
- GRAUHAN, Rolf-Richard, Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden, in: Carl J. FRIEDRICH (Hg.), *Politische Dimension der europäischen Gemeinschaftsbildung*, Köln 1968, S. 35–105.
- GRUNERT, Thomas, *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration*, Kehl am Rhein/Straßburg 1981.
- Ders., Städtepartnerschaften – ein Faktor in den deutsch-französischen Beziehungen?, in: *Dokumente* 37 (1981), S. 29–40.

- GUÉROT, Ulrike, Nizza. Zur Genese eines unnötigen Psycho-Dramas, in: *Dokumente* 57 (2001), S. 13–21.
- Hansestadt Wismar (Hg.), *775 Jahre Wismar*, Wismar 2004.
- HEBERLEIN, Horst Christoph, *Kommunale Außenpolitik als Rechtsproblem*, Köln 1989.
- HEID, Ludger u. a. (Hg.), *Kleine Geschichte der Stadt Duisburg. Von den Anfängen bis zu den 80er Jahren*, Duisburg 1996.
- HEINEN, Armin, Saarland, in: Wolfgang BENZ (Hg.), *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*, Berlin 1999, S. 412–415.
- HERRMANN, Tanja: Les jumelages franco-allemands, in: *Allemagne d'aujourd'hui* (2012), H. 201, S. 51–59.
- HEUSER, Rita, *Namen der Mainzer Straßen und Örtlichkeiten. Sammlung, Deutung, sprach- und motivgeschichtliche Auswertung*, Stuttgart 2008.
- HIEPEL, Claudia, *Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise*, München 2012.
- Hinweise des Bundesarchivs zur Benutzung der Bestände der Abteilung der DDR, in: URL: <<http://www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/ddr/index.html.de>>.
- HOBBSBAWM, Eric, *Inventing Traditions*, in: Eric HOBBSBAWM/Terence RANGER (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983, S. 1–14.
- HOFFEND, Andrea, *Zwischen Kultur-Achse und Kulturkampf: die Beziehungen zwischen »Drittem Reich« und faschistischem Italien in den Bereichen Medien, Kunst, Wissenschaft und Rassenfragen*, Frankfurt a. M. 1998.
- HOFFMANN, Peter, *Kommunalpolitik in Niedersachsen*, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 205–230.
- HOFFMANN-MARTINOT, Vincent, *Zentralisierung und Dezentralisierung in Frankreich*, in: Adolf KIMMEL/Henrik UTERWEDDE (Hg.), *Länderbericht Frankreich*, Bonn 2012, S. 92–110.
- HÖHNE, Roland, *Von deutsch-deutschen zu innerdeutschen Städtepartnerschaften. Ein europäischer Sonderfall*, in: Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994, S. 69–107.
- HUBER, Wilhelm, *Das Mainz-Lexikon. 3600 Stichworte zu Stadt, Geschichte, Kultur, Persönlichkeiten*, Mainz 2002.
- HUDEMANN, Rainer/HEINEN, Armin, *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch*, Saarbrücken 2007.
- HÜSER, Dietmar, *Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950*, Berlin 1996.
- Institut de Ludwigsburg. *Les jumelages de villes. Un mouvement démocratique*, in: *Documents* 30 (1975), S. 122–130.
- IRIYE, Akira/SAUNIER, Pierre-Yves, *Introduction. The Professor and the Madman*, in: Dies. (Hg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History*, New York 2009, S. XVIII–XX.
- JAKOB, Dieter/WERNER, Johannes/PARRY HAUSENSTEIN, Renée-Marie (Hg.), *Wilhelm Hausenstein als Wegbereiter der deutsch-französischen Beziehungen*, München 2000.



- JÜNEMANN, Annette/RICHTER, Emanuel/ULLRICH, Hartmut (Hg.), *Gemeindeparterschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994.
- KEMPF, Udo, *Das politische System Frankreichs*, Wiesbaden 2007.
- KINDLER, Christel/WITTE, Hans, *Wismar 1803–2003. Eine Chronik*, Rostock 2002.
- KLEMM, Antje, *Zum Platz der Partnerschaftsbeziehungen zwischen ausgewählten Territorien der DDR und der Republik Frankreich im Ringen um Frieden von Anfang der 60er bis zum Beginn der 70er Jahre*, 2 Bde., Dissertation Dresden 1984.
- KLINDEROVÁ, Iva, *Vietnamská socialistická republika*, Prag 1987.
- KOCH, André, *Sport als Feld interkulturelles Lernens: Das DFJW und die deutsch-französischen Sportbegegnungsprogramme*, in: Hans Manfred BOCK (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk*, Opladen 2003, S. 245–266.
- KOENIG, Pierre, *Maire et Bürgermeister*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 34 (2002), S. 547–554.
- KOOPMANN, Martin, *Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965*, Baden-Baden 2000.
- KOSBAB, Silke, *Die Verfassung der Stadt vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart*, in: *Von Budissin nach Bautzen: Beiträge zur Geschichte der Stadt Bautzen*, Bautzen 2002, S. 84–97.
- KOSCHNICK, Hans, *Handlungsspielraum kommunaler Aussenpolitik*, in: Paul von KODOLITSCH (Hg.), *»Kommunale Außenpolitik«*. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften, Berlin 1989, S. 123–125.
- KOST, Andreas, *Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene*, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 389–402.
- Ders., *Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen*, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 231–254.
- KOST, Andreas/WEHLING, Hans-Georg (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010.
- KOTZUR, Markus, *Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Der Beitrag von Art. 24 Abs. 1a GG zu einer Lehre vom kooperativen Verfassungs- und Verwaltungsstaat*, Berlin 2004.
- KROTZ, Ulrich/SCHILD, Joachim, *Shaping Europe. France, Germany, and Embedded Bilateralism from the Elysée Treaty to Twenty-First Century Politics*, Oxford 2013.
- LAPPENKÜPER, Ulrich, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963*, 2 Bde., München 2001.
- Ders., *Diplomatische Faktoren: Die deutsch-französische Annäherung im europäischen und transatlantischen Zusammenhang*, in: Hélène MIARD-DELACROIX/Rainer HUDEMANN (Hg.), *Wandel und Integration: die Pariser Verträge von 1954 im Prozeß der deutsch-französischen Annäherungen der Nachkriegszeit/Mutations et intégrations. Les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante*, München 2005, S. 69–86.
- Ders., *Miterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011.
- Ders., *Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 635–678.

- LE MARCHAND, Véronique/TOUBOUL, Frédéric, Guide de la commune, Toulouse 1996.
- LE QUINTREC, Guillaume/GEISS, Peter (Hg.), Histoire/Geschichte: Europa und die Welt seit 1945, Stuttgart 2006.
- Dies. (Hg.), Histoire/Geschichte: l'Europe et le monde depuis 1945, Paris 2006.
- LEFÈVRE, Sylvie, Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955: De l'occupation à la coopération, Vincennes 1998.
- LICHTE, Christine Gesa, L'Office franco-allemand pour la jeunesse et la coopération interrégionale de l'État libre de Thuringe, in: Hans Manfred BOCK u.a. (Hg.), Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la jeunesse 1963–2008, Paris 2008, S. 237–253.
- LIND, Christoph, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen in der Ära Kohl-Mitterrand 1982–94. Medienspektakel oder Führungsinstrument?, Baden-Baden 1998.
- LINSEL, Knut, Charles de Gaulle und Deutschland, Paris 1998.
- LISECKI, Gabriel, Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften: ihre historische Entwicklung und Bedeutung. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Städtepartnerschaft Erlangen–Jena, Jena 1995.
- LÜCKE, Barbara (Hg.), Ein Europa der Städte und Gemeinden. Handbuch für Städtepartnerschaften, Luxemburg 1997.
- MAILLARD, Pierre, De Gaulle et le problème allemand. Les leçons d'un grand dessein, Paris 2001.
- MARTIN, Pierre, Les élections municipales en France depuis 1945, Paris 2001 (Notes et études documentaires 5126-27).
- MAYER, Ernst Georg, Auslandsbeziehungen deutscher Gemeinden. Bestandsaufnahme und rechtliche Probleme, Bonn 1986.
- MECKING, Sabine, Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000, München 2012.
- MEHDORN, Margarete, Französische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Konzepte und zivilgesellschaftliche Initiativen 1945–1970, Köln 2009.
- MIAARD-DELACROIX, Hélène, Im Zeichen der europäischen Einigung. 1963 bis in die Gegenwart, Darmstadt 2011 (Deutsch-Französische Geschichte 11).
- Dies., Le défi européen de 1963 à nos jours, Villeneuve d'Ascq 2011 (Histoire franco-allemande 11).
- Dies., Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982), Berne 1993.
- Dies., Willy Brandt, Helmut Schmidt und François Mitterrand. Vom Komitee gegen »Berufsverbote« 1976 bis zum Streit um die Mittelstreckenraketen 1983, in: Horst MÖLLER/Maurice VAISSE (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, Opladen 2005, S. 231–245.
- MIREK, Holger, Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften. Ein Leitfaden für Praktiker, Kehl am Rhein 1984.
- Ders., Glanz und Elend der Städtepartnerschaften. Wie entwickelt sich das Interesse – Wie kann man es fördern?, in: Dokumente 43 (1987), S. 413–416.
- MÖLLER, HORST/VAISSE, Maurice (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, Opladen 2005.
- MÜLLER, Guido, Städtepartnerschaften und deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen seit dem ersten Weltkrieg, in: Richard BAUM/Béatrice DUMICHE/Gilles ROUET (Hg.), Europa der Regionen – L'Europe des Régions. Euregio Maas–Rhein–Région Champagne–Ardennes.

- Akten des Interdisziplinären Kolloquiums der Universitäten Aachen und Reims, Bonn 2002, S. 333–344.
- MÜLLER, Rudolf/MÜLLER, Thomas (Hg.), Kommunalen Brückenschlag zur Wiedervereinigung. 20 Jahre innerdeutsche Partnerschaft der Landkreise Trier-Saarburg und Saalfeld-Rudolstadt 1990–2010, Trier 2010.
- NOBBE, Thomas, Kommunale Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der DDR, Münster 1990.
- PACCHIANO, Florence, Le jumelage Bordeaux–Munich (1964): liens historiques et poids des intérêts économiques, in: Corine DEFRANCE/Michael KISSNER/Pia NORDBLOM (Hg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010, S. 223–235.
- Dies., Le jumelage Bordeaux-Munich (1964–2008), Paris 2009.
- PATEL, Klaus Kiran, Transnationale Geschichte, in: Europäische Geschichte Online, 03.12.2010, URL: <<http://www.ieg-ego.eu/patelk-2010-de>>.
- PAUL, Frank, Internationale Partnerschaften zwischen lokalen Gebietskörperschaften nach deutschem und französischem Recht, Aachen 1993.
- PAWLOW, Nicole-Annette, Innerdeutsche Städtepartnerschaften: Entwicklung – Praxis – Möglichkeiten, Berlin 1990.
- PFEIL, Ulrich, »Alles begann mit der Jugend«: Die Städtepartnerschaft zwischen Saint-Étienne und Wuppertal (1960), in: Corine DEFRANCE/Michael KISSNER/Pia NORDBLOM (Hg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010, S. 205–232.
- Ders., Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert: ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007.
- Ders., Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004.
- Ders., L'intégration des nouveaux Länder dans les structures et les programmes de l'OFJA, in: Hans Manfred BOCK u.a. (Hg.), Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la jeunesse 1963–2008, Paris 2008, S. 149–165.
- PFUNDHELLER, Kai, Städtepartnerschaften – alternative Außenpolitik der Kommunen, Opladen 2014.
- PIERAU, Karl, Datenbank- und Informationsmanagement in der Historischen Sozialforschung. Eine Praxisorientierte Einführung, Köln 2002 (Historical Social Research/Historische Sozialforschung, Supplement, H. 14).
- POHLMANN, Ulrich, Die Saarfrage und die Alliierten. 1942–1948, Frankfurt a. M. 1993.
- REHFELD-STAUDT, Annette/RELLECKE, Werner, Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2010, S. 282–306.
- RITTAU, Andreas, Interaction Allemagne-France. Les habitudes culturelles d'aujourd'hui en questions, Paris 2003.
- RODEN, Günter von, Geschichte der Stadt Duisburg, 2. Bd., Duisburg 1979.
- RÖSEBERG, Dorothee, Mittler und Institutionen im Osten Deutschland seit 1989, in: Doro-

- thee RÖSEBERG/Gilbert CASASUS (Hg.), *Frankreich und die Neuen Länder*, Tübingen 2004, S. 31–44.
- RÜCHEL, Uta, *Schwerin–Wuppertal. Von den Anfängen einer grenzüberschreitenden Partnerschaft*, Schwerin 2012.
- SAIZEW, Wladimir, *Partnerstädte*, Moskau 1971.
- SANTINI, André, *Les jumelages franco-allemands*, in: Henri MÉNUDIER (Hg.), *Le couple franco-allemand en Europe*, Paris 1993, S. 333–336.
- SAUNIER, Pierre-Yves, *Taking Up the Bet on Connections: a Municipal Contribution*, in: *Contemporary European History* 11 (2001), S. 507–527.
- Ders./EWEN, Shane (Hg.), *Another Global City. Historical Explorations into the Transnational Municipal Movement, 1850–2000*, New York 2008.
- SCHÄFER, Claus W., *Freundschaft von unten: Wie die deutsch-französische Verständigung vorbereitet wurde*, in: *Deutsch-Französisches Institut (Hg.), Frankreich Jahrbuch 2012. Deutsch-französische Beziehungen: Entwicklungslinien und Funktionswandel*, Wiesbaden 2013, S. 77–88.
- SCHIRMANN, Sylvain/MOHAMED-GAILLARD, Sarah: *Georges Pompidou et l'Allemagne*, Bruxelles 2012.
- SCHMALSTIEG, Herbert, *Städtepartnerschaften im Wandel*, in: Paul von KODOLITSCH (Hg.), *»Kommunale Außenpolitik«. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften*, Berlin 1989, S. 19–31.
- SCHMIDT, Bernhard u.a., *Frankreich-Lexikon: Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Kultur, Presse- und Bildungswesen*, Berlin 2005.
- SCHMIDT, Jürgen, *Melsungen. Die Geschichte einer Stadt von 1978–2005*, Melsungen 2005.
- SCHNAKENBERG, Oliver, *Innerdeutsche Städtepartnerschaften: rechtliche Aspekte grenzüberschreitenden kommunalen Handelns*, Baden-Baden 1990.
- SCHWARZ, Hans-Peter, Willy Brandt, Georges Pompidou und die Ostpolitik, in: Horst MÖLLER/Maurice VAÏSSE (Hg.), *Willy Brandt und Frankreich*, Opladen 2005, S. 155–165.
- SEBEKE, Christian, *»Wir müssen Brücken bauen von Mensch zu Mensch«. Die Partnerschaft Rheinland-Pfalz–Burgund als regionales Annäherungsmodell (1953–1969)*, in: Corine DEFRAANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, S. 311–326.
- SIMONEAU, Hélène, *Les jumelages entre villes françaises et est-allemandes (1959–1975)*, in: Corine DEFRAANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010, S. 255–269.
- SOLTE-GRESSER, Christiane/LÜSEBRINK, Hans-Jürgen/SCHMELING, Manfred (Hg.), *Zwischen Transfer und Vergleich. Theorien und Methoden der Literatur- und Kulturbeziehungen aus deutsch-französischer Perspektive*, Stuttgart 2013 (*Vice Versa. Deutsch-französische Kulturstudien* 5).
- SOUTOU, Georges-Henri, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996.
- SPRINGER, Frank, *Les jumelages franco-allemands. Une contribution à l'intégration européenne?*, München 1990.

- STEFFAN, Martin, Klimaschutz in Städtepartnerschaften. Zur Genese eines neuen Politikfeldes, Münster 2002.
- STEINKÜHLER, Manfred, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin 2002.
- STICKER, Johannes, Kommunale Außenpolitik. Jumelage, Verschwisterung, Twinning, Gemellaggio, Verbroedering, Köln 1982 (1975).
- STRATANOVIČ, V. F., Podpora spravedlivého boje národů Asie, Afriky a Latinské Ameriky proti imperialismu, za nezávislost a společenský pokrok, in: ČSSR-SSSR: spolupráce a sblížení, Prag 1980.
- TAUER, Sandra, Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973–1980), Göttingen 2012.
- TILLY, Charles, Neuere angloamerikanische Sozialgeschichte, in: Joachim EIBACH/Günther LOTTES (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 38–52.
- TREFFER, Gerd, Kommunale Partnerschaften und Jugendaustausch, Stuttgart 1984.
- ULLRICH, Hartmut, Vorwort, in: Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a.M. 1994, S. 7–11.
- UTERWEDDE, Henrik, Kommunen in Frankreich und Deutschland: Einführung in die kommunale Selbstverwaltung in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland/La vie communale en France et en République fédérale d'Allemagne, Bonn 1991.
- VAISSE, Maurice/WENKEL, Christian (Hg.), La diplomatie française face à l'unification allemande, Paris 2011.
- VERNET, Daniel, Ungewißheiten in der Europa-Politik. Neue deutsch-französische Entscheidungsträger, in: Internationale Politik 53 (1998), H. 9, S. 1–6.
- VION, Antoine, Au-delà de la territorialité: l'internationalisation des villes. Notes sur quelques déplacements de frontières du politique, in: Annuaire français de relations internationales 2 (2001), S. 362–375.
- Ders., Europe from the Bottom Up: Town Twinning in France during the Cold War, in: Contemporary European History 11 (2002), S. 623–640.
- Ders., La construction des enjeux internationaux dans le gouvernement des villes françaises de 1947 à 1995, Dissertation Rennes 2001.
- VOGEL, Wolfram, Deutsch-französische Beziehungen, in: Adolf KIMMEL/Henrik UTERWEDDE (Hg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 2005, S. 418–434.
- WAECHTER, Matthias, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Bremen 2011.
- WAGNER, Beate, Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden. Transnationale Beiträge zur internationalen Sicherheit, Münster 1995.
- Dies., Städtepartnerschaften zwischen Ost- und Westeuropa: Eine Analyse am Beispiel bundesdeutscher Städte und Gemeinden, in: Annette JÜNEMANN/Emanuel RICHTER/Hartmut ULLRICH (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a.M. 1994, S. 109–130.
- WATTIN, Alexandre, Rétrospectives franco-allemandes. Les consultations bilatérales de 1991 à 2003, Paris 2009.

- WEHLER, Hans-Ulrich, Transnationale Geschichte – der neue Königsweg historischer Forschung?, in: Gunilla BUDDE/Sebastian CONRAD/Oliver JANZ (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2010, S. 161–174.
- WEHLING, Hans-Georg, Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik. Ein Rückblick auf die Reformprozesse, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 353–366.
- Ders./KOST, Andreas, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – eine Einführung, in: Andreas KOST/Hans-Georg WEHLING (Hg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 7–18.
- WEICHLIN, Siegfried, Politische Geschichte, in: Stefan JORDAN (Hg.), *Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart 2003, S. 238–241.
- WEINACHTER, Michèle, Valéry Giscard d'Estaing et l'Allemagne. Le double rêve inachevé, Paris 2004.
- WEIZSÄCKER, Beatrice von, *Verschwisterung im Bruderland: Städtepartnerschaften in Deutschland*, Bonn 1990.
- WENGRAF, Tom, *Qualitative Research Interviewing: Biographic Narrative and Semi-Structured Methods*, London 2001.
- WILKENS, Andreas, Willy Brandt, die deutsch-französischen Beziehungen und die Europapolitik (1969–1974), in: Horst MÖLLER/Maurice VAISSE (Hg.), *Willy Brandt und Frankreich*, Opladen 2005, S. 199–214.
- WIMMER, Johann Wolfgang, *Städtepartnerschaften der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Münster 1989.
- WOESLER, Dietmar M. (Hg.), *Deutsch-französische Städtepartnerschaften. Beispiele zur Entwicklung der Partnerschaften in den neuen Bundesländern und in Mittel-/Osteuropa*, Bonn 1995.
- Ders., *Städtepartnerschaften in der Praxis. Handbuch für Städte- und Schulpartnerschaften*, Bonn 1998.
- WOLLMANN, Hellmut, Gebietsreform, in: Rüdiger VOIGT/Ralf WALKENHAUS (Hg.), *Handwörterbuch zur Verwaltungsreform*, Wiesbaden 2006, S. 133–137.
- WOYKE, Wichard, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*, Wiesbaden 2004.
- YÈCHE, Hélène, Les Échanges Franco-Allemands et le rapprochement avec »l'Autre Allemagne« (depuis 1958), in: Corine DEFRANCE/Michael KISSENER/Pia NORDBLÖM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945: Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010, S. 119–133.
- ZELINSKY, Wilbur, The Twinning of the World: Sister Cities in Geographic and Historical Perspective, in: *Annals of the Association of American Geographers* 81 (1991), S. 1–31.
- ZIEBURA, Gilbert, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart 1997.
- ZNINED-BRAND, Victoria, *Deutsche und französische Auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945*, Frankfurt a. M. 1999.
- ZWIENER, Wolfgang, *Saarlouis–Eisenhüttenstadt: Chronik der ersten deutsch-deutschen Städtepartnerschaft. 1984–1992*, Saarlouis 1993.

# Ortsregister<sup>1</sup>

- Aalborg 158  
Afghanistan 191  
Afrika 16, 79, 154, 218f., 222, 232, 299  
Agram (Zagreb) 126  
Alsace → Elsass  
Alpes-Maritimes 271  
Amerika 57f., 70, 74, 79  
Amiens 184  
Andalusien (Andalucía) 209  
Angers 263  
Aquitanien (Aquitaine) 294–296, 344, 346  
Asien 58, 79  
Aube 245, 254  
Auvergne 101, 295f.
- Baden-Baden 123  
Baden-Württemberg 27, 52, 91, 113, 115–118, 133, 144, 146f., 149, 183, 196–200, 230, 239, 241–244, 270, 272, 287–293, 343–346, 365f.  
Baltikum 364  
Basse-Normandie 294–296, 346, 366  
Bautzen 10, 22, 28, 75, 297–313, 325, 347–349, 352f., 355  
Bayern 27, 64, 91, 115–118, 144, 146–149, 183, 197–200, 230, 239, 241–244, 270–272, 287–293, 343–346, 365f.  
Belgien 109  
Berlin 18, 27, 109, 208, 237, 287f., 290, 292f., 302, 334, 371; siehe auch Westberlin  
Berlin-Neukölln 116  
Berlin-Reinickendorf 148  
Berlin-Schöneberg 287  
Berlin-Spandau 116  
Berlin Steglitz-Zehlendorf 148
- Berlin-Tempelhof 197  
Berlin-Wedding 287  
Berlin-Wilmersdorf 287  
Bonn 61, 137, 139, 189, 215, 354  
Bordeaux 100  
Bourgogne → Burgund  
Brandenburg 151, 287–290, 293  
Breisach 52  
Bremen 77, 115–117, 146, 197, 241, 272, 288, 293  
Bressuire 263  
Bretagne 271, 294–296  
Brombachtal 10, 22, 245–254, 272–274, 276–278, 334–340, 349f., 352, 355  
Brombachtal-Birkert 245  
Brombachtal-Böllstein 245  
Brombachtal-Hembach 245  
Brombachtal-Kirchbrombach 245  
Brombachtal-Langnbrombach 245, 247, 338  
Brüssel 30, 327  
Burgund (Bourgogne) 26f., 56, 101, 119, 122f., 125f., 128, 130f., 134, 177f., 185, 255, 294–296, 314, 316, 318, 320, 344–346, 351, 364, 366  
Burkina Faso 301
- Calais 16, 20f., 75, 151–176, 183–186, 209, 218–226, 231–234, 251, 257–261, 274–277, 297, 304, 321–326, 348f., 351f., 354, 364  
Calvados 271  
Centre 294–296, 298  
Chamalières 101  
Champagne 194, 249  
Champagne-Ardenne 245, 294–296, 346, 366

---

1 Die Stichwörter »Bundesrepublik Deutschland«, »Deutschland« und »Frankreich« wurden im Ortsregister nicht erfasst, weil sie sich durch den gesamten Text ziehen.

- Château-Chinon 101  
 China 154  
 Colombey-les-Deux-Églises 83  
 Corrèze 344  
 Corse → Korsika  
 Côte d'Opale 153  
 Côte-d'Or 122  
 Cottbus 39  
 Coventry 75  
 Creuse 271
- Dallas 125  
 Damaskus (Dimaschq) 83  
 Dänemark 73, 158  
 Danzig (Gdańsk) 77  
 Darmstadt 249, 272  
 Deutsche Demokratische Republik 18, 21, 24, 28, 32, 34f., 38f., 48–50, 73, 75, 77f., 80, 93, 119–121, 132f., 149–151, 157–162, 167–169, 173, 175f., 182, 186, 199, 201f., 208, 226, 229, 237f., 245, 260f., 266, 270, 272, 274, 279, 283, 286f., 292, 297, 302, 305, 325, 341, 343–345, 347–349, 363f., 368; siehe auch Bautzen und Wismar  
 Den Haag 141  
 Deux-Sèvres 17, 203f.  
 Dijon 21, 25, 75, 122–130, 134f., 156, 177f., 185, 214–218, 232–234, 254–257, 273–277, 313–321, 349–351, 353, 355  
 Dimaschq → Damaskus  
 Donnersberg (Mont-Tonnerre) 123  
 Dortmund 184  
 Dover 155  
 Drancy 39  
 Dresden 38, 304  
 Dreux 22, 75, 297–313, 325, 347f., 352f., 355  
 Duisburg 10, 16, 20f., 24, 75, 151–158, 160, 162–168, 170–176, 183–186, 209, 218–226, 231–234, 251, 257–259, 264, 274–277, 304, 321–323, 325, 351f., 354, 364  
 Eisenhüttenstadt 39, 77  
 Elsass (Alsace) 52, 115, 119, 134, 295f., 346  
 England 154f., 158, 225  
 Erfurt 245, 313f.  
 Esch-sur-Alzette 16  
 Essen 152, 162, 184  
 Eure-et-Loir 298  
 Europa 11–14, 16, 26, 30–37, 39f., 43–45, 47f., 51–53, 56, 61–63, 66, 69–72, 76, 79–83, 86f., 89, 104, 109f., 126, 137–139, 141f., 152, 155f., 182, 185, 190f., 193f., 203, 211, 217f., 230–237, 252f., 256, 269, 273f., 279f., 282f., 299, 302, 308, 310–314, 317, 326f., 335–339, 341–344, 347–351, 354f., 358, 361f., 369; siehe auch Mittel-, Nord-, Ost-, Süd- und Westeuropa  
 Evesham, Großbritannien 301  
 Evesham, USA 302
- Finnland 75, 158  
 Florenz (Firenze) 73  
 Forbach 52  
 Franche-Comté 217, 294–296  
 Frankenthal 71  
 Frankfurt an der Oder 321
- Gablonz an der Neiße (Jablonec nad Nisou) 300, 302, 307, 310, 313  
 Gdańsk → Danzig  
 Genf (Genève) 71  
 Gent 72  
 Gersheim-Herbitzheim 115  
 Görlitz 184  
 Grand-Quevilly 100  
 Großbritannien 21, 24, 35, 45, 70, 73–75, 89, 109f., 125, 133, 140, 154, 177, 183, 301, 351  
 Hajosch (Hajós) 77  
 Hamburg 115–117, 146, 197, 241, 272, 288, 293  
 Haute-Normandie 164, 294–296, 344, 346  
 Haute-Vienne 271  
 Hautvillers 194



- Heemsen 17  
 Heidelberg 300f., 348  
 Helsinki 51, 209  
 Herbitzheim 115  
 Hessen 22, 39f., 73, 76, 91, 113, 115–118, 133, 135, 144, 146f., 149, 183, 197–200, 241–246, 254, 272, 287–293, 297, 306, 309, 312, 344–346, 348, 365  
 Hirrlingen 77  
 Hirschberg (Jelenia Góra) 300, 302, 307, 313  
 Honduras 155  
  
 Idre-et-Loire 17  
 Île-de-France 119, 134, 194, 294–296, 346, 366  
 Irak 89  
 Italien 70, 73, 75, 108f., 301  
  
 Jablonec nad Nisou → Gablonz an der Neiße  
 Jelenia Góra → Hirschberg  
 Jugoslawien 76, 125f., 280f., 310, 341  
  
 Kaschau (Košice) 77  
 Kemi 158  
 Kiedrich 194  
 Kiel 73, 271  
 Kirkel 10, 17, 21, 96, 203–213, 230f., 234, 245, 248, 253, 261–267, 274–278, 326–334, 349–352, 355  
 Kirkel-Altstadt 204, 208  
 Kirkel-Limbach 204, 206, 208  
 Kirkel-Neuhäusel 204, 208, 262, 328  
 Klagenfurt 73  
 Köln 16  
 Konstanz 77  
 Korsika (Corse) 294–297, 346  
 Košice → Kaschau  
 Koudougou 301  
 Kroatien 280  
  
 La Celle-Saint-Cloud 106  
 La Petite Boissière 21, 96, 204, 211  
 La Rivière-de-Corps 10, 22, 245–254, 272–274, 276–278, 334–340, 349f., 352, 355  
 Languedoc-Roussillon 294f., 297, 346  
 Lateinamerika 79  
 Lausitz 310  
 Leningrad → Sankt Petersburg  
 Liège → Lüttich  
 Lille 16, 245, 259  
 Limousin 101, 294–296, 344, 346  
 Locarno 70f.  
 Loire 17  
 Loire-Atlantique 271, 344  
 Loire-Divatte 96  
 Lomé 16, 154f., 218f., 222, 232, 234, 323  
 Longchamp 92, 126  
 Lothringen (Lorraine) 52, 119, 134, 294–296, 344, 346  
 Lübeck 158  
 Ludwigsburg 4, 17, 273, 277  
 Lüttich (Liège) 16  
 Luxemburg 16, 109  
 Lyon 123  
  
 Mainz 9f., 16, 21, 24f., 56, 71, 92, 122–130, 134f., 156, 177–179, 185, 187, 214–218, 232–234, 254–257, 273–277, 313–321, 342, 349–351, 353, 355  
 Mainz-Bingen 56  
 Mainz-Bretzenheim 314  
 Mainz-Laubenheim 92, 126  
 Maison-Lafitte 194  
 Manchester 75  
 Marburg 76  
 Marburg an der Drau (Maribor) 76  
 Marseille 219  
 Mauléon 21, 96, 203–213, 230f., 234, 248, 253, 261–266, 274–278, 326–334, 349, 351f., 355  
 Mauléon-La Chapelle-Largeau 203  
 Mauléon-Le Temple 203  
 Mauléon-Loublande 203

- Mauléon-Moulins 203  
 Mauléon-Rorthais 203  
 Mauléon-Saint-Aubin-de-Baubigné 203  
 Mayenne 271  
 Mazedonien 125  
 Mecklenburg 158  
 Mecklenburg-Vorpommern 21, 151, 157,  
 287–290, 292f.  
 Melsungen 297f., 301–305, 307f., 348  
 Menden 92  
 Midi-Pyrénées 294f., 301, 350  
 Mitteleuropa 80, 126, 349, 351  
 Mömpelgard → Montbéliard  
 Montbéliard 4, 17  
 Montreuil 39  
 Montpellier 301, 348  
 Mont-Tonnerre → Donnersberg  
 Moskau (Moskva) 191  
 Mourmelon 110  
  
 Nantes 271  
 Neuf Brisach 52  
 Neuilly-sur-Seine 101  
 Nicaragua 47  
 Nice → Nizza  
 Niederlande 109  
 Niedersachsen 17, 91, 99, 115–117, 135,  
 146–149, 183, 197f., 200, 241–244, 272,  
 288–291, 293, 344, 365  
 Nievenheim 58  
 Nizza (Nice) 117, 282  
 Nordeuropa 75, 158  
 Nord-Pas-de-Calais 119, 134, 151, 294–  
 296, 344, 346  
 Nordrhein-Westfalen 21, 37f., 58, 91f., 99,  
 113, 115–118, 133, 144, 146–149, 151,  
 163, 183, 197–200, 219, 221, 230, 241,  
 243f., 272, 287–293, 344f., 365  
 Norwegen 158  
 Nürnberg 117  
 Oise 344  
  
 Orange 342  
 Osteuropa 42, 46f., 61, 80, 126, 248, 349,  
 351  
  
 Parava 248, 335  
 Paris 30, 82, 88, 101, 103, 105–107, 111,  
 116, 119, 194, 197, 279f., 342  
 Pas-de-Calais 151, 157, 166  
 Pays de la Loire 271, 294–296, 344, 346,  
 366  
 Picardie 295f., 345  
 Pierrefitte-sur-Seine 39  
 Poitiers 333  
 Poitou-Charentes 203, 230, 271, 295f.  
 Polen 51, 53, 74, 77, 80, 219, 298, 300, 302,  
 344, 348, 362, 364  
 Portsmouth 154, 224f., 323  
 Portugal 236  
 Potsdam 282  
 Prag (Praha) 9, 140, 180  
 Provence-Alpes-Côte d'Azur 119, 134,  
 294–296, 346  
  
 Rambouillet 235  
 Rastatt 342, 350  
 Ravensbrück 304  
 Reichenbach 335  
 Reims 110  
 Remagen 194  
 Rheinhessen 128  
 Rheinland-Pfalz 21, 26f., 56, 91, 113, 115–  
 118, 122f., 125f., 128, 130f., 133f., 146–  
 149, 177–179, 183, 185, 194, 197–200,  
 217, 230, 239, 241–244, 255, 270, 272,  
 287–293, 314, 316–318, 343–347, 351,  
 362, 365f.  
 Rhône-Alpes 119, 134f., 294f., 300  
 Riga 155  
 Rostock, Bezirk 157, 161  
 Rostock, Stadt 159, 161, 259, 304  
 Rotterdam 16  
 Rouen 164  
 Rüdersdorf 39

- Rumänien 80, 156, 248, 335  
 Russland 80, 155, 158
- Saarbrücken 64, 76, 271  
 Saarland 17, 21, 27, 52, 55, 83, 90f., 105f.,  
 115–117, 132–134, 146–149, 183, 197f.,  
 203, 206, 230f., 241f., 244f., 266, 270–  
 272, 287–290, 292f., 327, 344, 346, 365f.
- Saarlouis 77  
 Sachsen 22, 93, 151, 287f., 290, 293, 298  
 Sachsen-Anhalt 17, 151, 287–290, 293  
 Saint-Amand-sur-Sèvre 203f.  
 Saint-André-les-Vergers 335  
 Saint-Jean-Bonnefonds 17  
 Saint-Pierre-des-Échaubrognes 21, 96,  
 204f.  
 Sankt Petersburg 75  
 Sansibar 158  
 Schleswig-Holstein 91, 96, 115–117, 146,  
 148f., 197f., 230, 241f., 244, 270–272,  
 287f., 290, 293, 344  
 Schweden 158  
 Schweiz 11f., 70f., 127  
 Skandinavien 158, 324  
 Skopje 125  
 Slowakei 156  
 Slowenien 76, 280  
 Sonderburg (Sønderborg) 73  
 Sowjetunion 21f., 45, 48, 73–76, 79, 109,  
 139f., 155, 157, 191, 219, 235  
 Spanien 208f., 236  
 Stalingrad → Wolgograd  
 Stuttgart 70  
 Südeuropa 191
- Tabor (Tábor) 77  
 Tbilisi → Tiflis  
 Teucherner Land 17  
 Thüringen 151, 287–293, 313f., 344f., 364,  
 366  
 Tiflis (Tbilisi) 76  
 Todi 302f.
- Togo 154, 218, 238  
 Torino → Turin  
 Trittau 96  
 Troyes 245–247, 249, 272, 337  
 Tschechien 9, 80, 298, 300, 302, 348, 362,  
 364  
 Tschechoslowakei 74, 77, 79, 140, 180,  
 219, 362  
 Tübingen 31, 59  
 Tulle 101  
 Turin (Torino) 16  
 Türkei 155
- Ungarn 77, 80, 219
- Valencia 256  
 Verdun 87  
 Vereinigte Staaten 22, 24, 45, 70, 84, 86,  
 89, 109, 125, 133, 137–140, 142, 190f.,  
 193, 272, 302  
 Véron 17  
 Vietnam 79  
 Völklingen 52
- Watford 125, 177, 256  
 Weimar 73  
 Westberlin 17, 109, 115–117, 146, 148f.,  
 197f., 241f., 244, 272, 286  
 Westeuropa 35f., 38, 42, 45, 47f., 51, 53f.,  
 69f., 73–78, 80f., 83–85, 104f., 109f.,  
 161, 169  
 Wien 170  
 Wiesbaden 73  
 Wismar 10, 20f., 24, 75, 155, 157–162,  
 166–169, 172–176, 183f., 186, 226, 233,  
 259–261, 274, 276, 297, 304, 321, 323–  
 325, 348f., 352, 354, 364
- Wolgograd 75, 126  
 Worms 300  
 Wuhan 154  
 Wuppertal 77
- York 125
- Zagreb → Agram

**This article has been cited by:**

1. Jörg Echternkamp. 2017. FROM FOE TO FRIEND? VETERANS AS A DRIVING FORCE OF INTERNATIONAL RECONCILIATION AFTER THE SECOND WORLD WAR. *CONTEMPORARY MILITARY CHALLENGES* :VOLUME 2017/ ISSUE 19/2, 49-58. [[Crossref](#)]